Ostdeutsche Rundschau
2./V. 1919

Neue Feiertage.

Unsere arbeitsfreudige Nationalversammlung hat in solder Einmütigkeit ein neues Gesetz herausgebracht, das geeignet ist, einem längst gefühlten Bedürfnis abzuhelfen und dem ganzen Volke Glück und Segen zu bringen: wir haben zwei neue Feiertage, die in Zukunft schön rot im Kalender stehen werden, den 1. Mai und den 12. November. An und für sich wäre dagegen nichts zu sagen, warum soll es im Staate nicht auch einen Arbeiter- und einen Staatsfeiertag geben? Es drängt sich nur unwillkürlich die Frage auf, ob uns die katholische Kirche nicht ohnehin reichlich mit Feiertagen gesegnet hat und ob nicht die Gelegenheit gleich beim Schopfe zu nehmen gewesen wäre, um einige überflüssige Feiertage abzuschaffen. Die vielen Feiertage wie Oster- und Pfingstmontag, der Stephans- und Leopoldstag, die ungezählten Marientage, Fasching, Allerseelen usw., haben im neuen Staate, der den Religionsunterricht in den Schulen abgeschafft hat, keine Daseinsberechtigung mehr, einige davon hätten ganz gut unter einem Aufwaschen abgeschafft werden können.

Es ist nicht unsere Aufgabe, die Frage der Feiertage vom religiösen Standpunkte zu erörtern, wir wollten uns heute nur mit dem Nutzen und Schaden der reichlichen Feiertage in bezug auf die Volkswirtschaft und das Gesamtwohl befassen. Was ist ein Feiertag? Eine notwendige Arbeitspause, ein Tag der Ruhe und Erholung, den jeder Staatsbürger nach seiner Fasson ausnützen soll; der eine verschläft ihn, der zweite sucht Erholung in der Natur, der dritte geht ins Kino oder zum Heurigen, manchmal tut einer sogar etwas für seine Bildung. Aber selten. Ein Feiertag ist ein Tag, an dem man nichts verdient, dafür aber mehr ausgibt, besser gekleidet ist und besser essen will. Das sind selbstverständliche Sachen, die sich jedermann gönnen muß, wenn ihn das Leben ein bisserl freuen soll. Solange der kleine Bürger und Arbeiter in der Arbeitswoche so viel verdient, daß er sich am Sonntag etwas besseres leisten kann, ist ja alles recht gut und schön, ganz anders aber sieht es aus, wenn man zum Feiern gezwungen ist und nicht über die Mittel verfügt, um den Tag wunschgemäß ausnützen zu können. Es gibt Tausende von Geschäftsleuten, die gerne am Sonntag ein paar Stunden arbeiten und verdienen möchten, aber sie dürfen nicht! Wo der Mann seinen Lebensunterhalt und die Steuern hernimmt, darum fragt der Staat nicht, wenn er nicht soviel verdient als er braucht, geht er eben zugrunde und wenn er die Steuern nicht zahlt, wird er halt gepfändet. Punktum. Was aber vom Einzelnen gilt, das trifft im großen den Staat. Wir haben 52 Sonntage und bei 40 Feiertage, d. i. nach Adam Riese fast der vierte Teil des Arbeitsjahres. Jeder für die Arbeit verlorene Tag bedeutet einen enormen Verlust an Volksvermögen und dieser Verlust trifft den Einzelnen ebenso wie den Staat in seiner Gesamtheit. Bei den unerhörten Anforderungen, die das heutige Leben stellt, bei den hohen Abgaben, die der Staat aus uns herauspreßt, werden wir das Gleichgewicht nicht lenge erhalten können. Auf der einen Seite sagt man uns: arbeiten und wieder arbeiten und mit der anderen Hand verbietet man die Arbeit und schafft neue Feiertage. Die arme Klavier- oder Sprachlehrerin darf am 1. Mai keine Stunden geben, unsere Hochschüler, die jetzt ausnahmslos fieberhaft arbeiten, um die verlorenen Jahre hereinzubringen, dürfen am 1. Mai keine Vorlesung hören, bei allen Aemtern und Behörden bleiben die Akten, auf die der Staatsbürger sehnsüchtig wartet, noch einen Tag länger liegen. Diese Beispiele möge sich der gütige Leser hundertfach selbst ausmalen.

Und doch gibt es Berufszweige, die am 1. Mai nicht nur arbeiten dürfen, sondern müssen. Wie wäre es denn, wenn z. B. die Aerzte, die das ganze liebe Jahr keinen freien Tag und keine freie Nacht haben, auch am 1. Mai feiern würden, wenn der Spitalbetrieb ruhte? Wie wäre es, wenn die Aerzte in einer Versammlung am 1. Mai der Oeffentlichkeit in die Ohren riefen, daß die sozialistisch geleiteten Krankenkassen heute noch ihren Aerzten Monatsgehalte von 200 bis 300 Kronen zahlen, obwohl die Einzahlungen der Versicherten auf das Dreifache erhöht wurden. Wie wäre es, wenn die Apotheker ihre Betriebe am 1. Mai gesperrt hielten und einen Demonstrationszug zum Genossen Seitz veranstalteten und sich dafür zu bedanken, daß ihnen das gänzlich versagende Volksgesundheitsamt mit seinem weltfremden Sektionschef am 1. Februar d. J. eine Erhöhung von 5 v. H., sage und schreibe fünf v. H. auf die Friedensarbeitstaxe für Krankenkassen gnädigst bewilligt hat? Ja, Bauer, das ist etwas anderes, das sind eben Burschoa und die haben im neuen Staat das Maul zu halten! „Denen werd'n ma's schon zag'n, wir jetzt die Herr'n san!

Ein welterschütterndes Ereignis ist die gesetzliche Festlegung des 1. Mai als Feiertag keineswegs, es wäre auch ohne Gesetz jedermann, der an diesem Tage nicht arbeiten will, freigestanden, zu feiern. Daß man aber Arbeitswillige, die gerne verdienen möchten, zum Feiern zwingt, das ist geradezu Einschränkung der persönlichen Freiheit und die verträgt sich gar nicht gut mit den Grundlagen einer Republik. Wie wir hören, bleiben große Mengen des amerikanischen Schweinefleisches unverkauft, nicht weil es unserem Gaumen nicht zusagt, sondern weil breite Massen der Bevölkerung nicht die Mittel zum Ankauf aufbringen können. Die ganz Reichen — sie werden erschreckend von Tag zu Tag weniger — und die gut bezahlten Arbeiter können heute noch das Fleisch bezahlen, davon kann man sich überzeugen, wenn man sich die Käufer in den Geschäften ansieht. Der Mittel- und Beamtenstand kann sich aber Fleisch nicht mehr kaufen und wird begreiflicherweise unzufrieden und gerade den zwingt man zur Arbeitslosigkeit. Der schönste 1. Mai verliert seinen Reiz, wenn der Magen knurrt, mit Drüsenschwellungen und Knochenerweichung bringt man den Ruf „Hoch die Republik!" nicht mit der gehörigen Kraft heraus!

Was unsere Regierung und Nationalversammlung in nächster Zeit versuchen wird, um dem Volke halbwegs erträgliche Lebensmöglichkeiten zu schaffen, wissen wir nicht, vielleicht werden noch der Namenstag des Herrn Seitz und der Geburtstag der Frau Friedländer zu Nationalfeiertagen ausgerufen. Aber die ernste Mahnung müssen wir unseren Machthabern am 1. Mai zurufen: Nehmt dem kleinen Kreise von staatstreuen Bürgern, die heute noch gerne arbeiten wollen und dem Staate freudig geben, was des Staates ist, nicht die Möglichkeit, über diese fürchterliche Zeit, in der — weiß Gott — gar keine Veranlassung für Feste ist, durch Fleiß und Sparsamkeit hinauszukommen. Wir Deutschnationalen haben uns in die neue Zeit eingelebt, wir lieben unser Vaterland und wollen mit sittlichem Ernst und aller Kraft am Neubau mitschaffen. Die Zeiten sind ernst und tieftraurig wie noch nie, welchem Schicksal das arme Deutschösterreich entgegengeht, kann heute kein Sterblicher sagen.

Ueber alle Verzweiflung hilft uns nur eines hinweg: Arbeit und wieder Arbeit! Für uns ist in diesem Leben nicht mehr viel zu erwarten, aber sehen wir zu, daß uns unsere Kinder und Enkel dereinst nicht verfluchen. Jetzt heißt es, alle aufzurufen, jeden persönlichen Hader zurückzustellen, jeden Kopf und jede Hand am richtigen Platz zu verwenden; wenn es gelingt, aus der Nacht unseres Elends zum Lichte emporzusteigen, wenn die schier unmögliche Arbeit getan ist, dann wollen wir uns den Schweiß von der Stirne wischen, befriedigt auf unser Werk zurückblicken, dann, aber erst dann, können wir froh und frei den 1. Mai feiern! Bis dahin ziehen wir die Arbeit vor

Fanger

Ostdeutsche Rundschau
3. IV. 1919

Recht und Zweckmäßigkeit.

Von Dr. **Paul Molisch.**

In seinem Aufsatze „Schlösser und Paläste" in der „Ostdeutschen Rundschau" vom 30. v. M. hat Professor Samassa die Frage der entschädigungslosen Enteignung vom Standpunkte der Zweckmäßigkeit anschließend an zwei Aufsätze der „Arbeiterzeitung" besprochen. Mit deren Behauptung, daß es sich hier nicht um eine Frage des Rechtes sondern der Zweckmäßigkeit handle, stimmen auch im Wesen die Ausführungen überein, die der Staatssekretär für soziale Fürsorge Hanusch am 24. v. M. in der Nationalversammlung vorgetragen hat. Da dies somit der Standpunkt der gegenwärtigen Regierungsmehrheit zu sein scheint, dürfte es angezeigt sein, diese Frage einer kritischen Erörterung zu unterziehen.

Daß es sich hier um keine Rechtsfrage handle, kann zweierlei bedeuten. Einmal, daß der gesetzlichen Festlegung der Enteignung ohne Entschädigung keine geltenden Rechtsgrundsätze entgegenstehen. Dies ist jedoch nicht richtig, denn § 365 des bürgerlichen Gesetzbuches vom Jahre 1811 bestimmt: „Wenn es das allgemeine Beste erheischt, muß ein Mitglied des Staates gegen eine angemessene Schadloshaltung selbst das vollständige Eigentum einer Sache abtreten." Nun erinnere man sich daran, wie die Sozialdemokraten, solange sie Oppositionspartei waren, stets Freiheit und gesetzlichen Schutz gegenüber Willkür der Behörden verlangt haben. Damit vergleiche man, wie die nunmehrige sozialdemokratische Regierungspartei den gesetzlichen Schutz eines Rechtsgutes, wie es das Eigentum ist, beseitigen will, der selbst in den dunkelsten Zeiten des Absolutismus unangefochten geblieben ist. Es muß hier ausdrücklich festgestellt werden, daß dies nicht ein Fall für sich ist, der mit dem Schlagworte abgetan werden kann, es handle sich nur um „Feudalisten und Kapitalisten". Vielmehr würde damit ein Berufungsfall geschaffen werden, aus dem später weittragende Folgen abgeleitet werden könnten. Hat doch ebenfalls am 24. v. M. der Staatssekretär Dr. Bauer in der Nationalversammlung überhaupt das Eigentum als ein vom Staate verliehenes Recht hingestellt und darüber weiter erklärt: „Der Staat kann das Recht, das er gegeben hat, auch widerrufen, es wieder an sich ziehen, und es obliegt ihm selbst, festzustellen, unter welchen Bedingungen er es tun will. Wir lehnen daher eine Enteignung ohne Entschädigung durchaus nicht prinzipiell ab."

Zweitens aber — und das dürfte hier gemeint sein —, kann jene Behauptung besagen, daß der Staatsbürger kein Recht auf angemessene Entschädigung für das ihm entzogene Eigentum habe, sondern daß es lediglich eine Frage der Zweckmäßigkeit sei, ob man ihm eine solche gewähre. Das ist nun der Kernpunkt des Ganzen und es ist notwendig, die Folgen zu erwägen, die sich aus der Aufstellung dieses Grundsatzes ergeben. Was heute für das Eigentum bestimmt wird, kann in Kürze für alle übrigen Rechte verordnet werden und eines schönen Tages wären wir dabei angelangt, daß alle Befugnisse des Staatsbürgers nicht Ausfluß eines Rechtes sind, sondern ihm nur aus Gründen der Zweckmäßigkeit zugestanden werden. Diese aber wird oft Gegenstand eines Streites sein; was die eine Regierung zweckmäßig findet, kann ihrer Nachfolgerin höchst unzweckmäßig erscheinen. So wäre also der Staatsbürger nicht mehr im Besitze gesetzlich geschützter Rechte, sondern keinen Tag davor sicher, daß ihm seine bisher genossenen Befugnisse entzogen würden, weil es irgendein Staatssekretär „zweckmäßig" findet. Damit wäre das Ende des Rechtsstaates eingetreten.

„Wollte der Staat für diese Gebäude Entschädigungen leisten, müßte er viele hunderte Millionen für diesen Zweck ausgeben", erklärte der Staatssekretär Hanusch. Abgesehen von den Einwänden, die schon Samassa dagegen erhoben hat, muß sich doch das gesunde Rechtsempfinden dagegen sträuben, daß hier von der Regierung der Grundsatz aufgestellt wird, ohne Entschädigung zu enteignen, weil die Leistung einer solchen zu kostspielig wäre. Man erwäge ferner, welche Folgewirkungen dies auf das Rechtsempfinden mancher nach sich ziehen kann. Es ist eine beklagenswerte Tatsache, die jeder Strafrichter bestätigen kann, daß die Zahl strafbarer Handlungen erheblich zugenommen und daß insbesondere die Erkenntnis des Unterschiedes zwischen Mein und Dein bedenklich nachgelassen hat. Man wird sich bei Aufstellung solcher Grundsätze nicht darüber wundern dürfen, wenn sittlich nicht besonders Gefestigte es „zweckmäßig" finden, eine gewünschte Sache zu entwenden, da es zu kostspielig ist, sie zu kaufen. Mit Belehrungen darüber, was dem Staate vermöge seines Hoheitsrechtes wirklich oder vermeintlich gestattet ist, würde dagegen wenig auszurichten sein.

Wir stehen vor der Aufgabe, Deutschösterreich als einen nationalen, wirklich freiheitlichen Staat aufzubauen, wohnlich für alle Deutschösterreicher, nicht bloß für eine „Klasse". Die Arbeit, die es dafür zu leisten gilt, ist groß und schwer und nur bei Aufbietung aller Kräfte kann sie zum Erfolge führen. Dazu ist auch die Erziehung des Volkes zu einem gefestigten Rechtsempfinden nötig, das auch den Rechten anderer dieselbe Achtung zollt, die man für seine eigene in Anspruch nimmt. Auf diesem Wege muß die Regierung mit gutem Beispiele vorangehen. Sie darf nicht Grundsätze verkünden, die geeignet sind, das ohnehin schon geschwächte Rechtsempfinden noch mehr ins Schwanken zu bringen.

Neues Wiener Tagblatt

4.IV.1919

12

Eine große demokratische Partei für ganz Deutschösterreich.

Die Parteileitung der bürgerlich-demokratischen Partei sendet uns folgende Mitteilung: „Dem Wunsche der freiheitlich bürgerlichen Wählerschaft entsprechend, hat sich die Parteileitung der bürgerlich-demokratischen Partei entschlossen, die Vorarbeiten zur Schaffung einer großen demokratischen Partei für ganz Deutschösterreich in die Wege zu leiten. Nach den Wahlen werden im Einvernehmen mit den übrigen Parteien demokratischer Richtung die hiezu nötigen organisatorischen Arbeiten in Angriff genommen. Es steht zu hoffen, daß der Ausbau der großen demokratischen Partei rasch fortschreitet und zu dem ersehnten Ziele der Zusammenfassung aller Kräfte führt.

Schon aus diesem Grunde muß die genannte Bürgerschaft es als ihre Pflicht erachten, am 4. Mai für die Listen der vereinigten demokratischen Partei Wiens zu stimmen, die die einzige Vertretung der bürgerlichen Interessen darstellen. Die Wahlen sind ein Prüfstein für die wahre demokratische Gesinnung der Bürgerschaft und für ihren unbeugsamen Willen, jetzt und in Zukunft ihre politischen und wirtschaftlichen Rechte zu verteidigen. Ein guter Ausgang der Wahl wird den demokratischen Parteien die Gewähr und den Grundstock geben für die Schaffung der großen demokratischen Partei ganz Deutschösterreichs."

Arbeiterzeitung

4./V. 1919

13

Auf zur Wahl!

Der Tag der Wahlen ist erschienen. In Stadt und Land fällt die große Entscheidung. Zwei Jahrzehnte hindurch war Wien, war Niederösterreich der Sitz der christlichsozialen Herrschaft. Der höchstgetriebene Parteidespotismus gründete sich hier auf die Mittel einer furchtbar entarteten Scheindemokratie. Im Namen der städtischen Selbstverwaltung und der Landesautonomie nützte zuerst ein Parteidiktator, dann ein Parteiklüngel alle politischen und wirtschaftlichen Machtquellen Wiens und Niederösterreichs aus, um die Grundlagen einer willkürlichen, stets von persönlichen und nie von sachlichen Beweggründen geleiteten Gewaltübung auszubauen und zu sichern. Und alles wurde Mittel dienend diesem einen Zweck, den zu erreichen weder sittliche, noch rechtliche, noch gesetzliche Bedenken jemals abschreckten. Was war der Verwaltungsapparat der Stadt und des Landes anderes als zwei lange Reihen von Posten, die vom Magistratsdirektor und den höchsten Landesbeamten bis zum letzten Diener mit ergebenen Werkzeugen der Parteimacht besetzt wurden? Nicht Tüchtigkeit, nicht gewissenhafte Pflichterfüllung, nicht treuer Dienst am Wohle des Volkes, nicht Fachkenntnisse führten auf der Leiter des Dienstes empor, sondern wie einer sich als Werkzeug der Partei bewährte, stets bereit, Ueberzeugung, Wissen und Gewissen den Winken der Parteiführer unterzuordnen, das machte seine Lebenshoffnung, seine Aussicht, aufzusteigen, machte seine Bestimmung und Eignung zu leitenden Stellungen aus. Zwischen öffentlicher Verwaltung und Parteigetriebe waren alle Grenzen vergessen, vieles verziehen werden: dies eine müssen die Arbeiter Wiens und Niederösterreichs als ein Unsühnbares und nie zu Vergebendes stets in richtendem Gedächtnis bewahren, daß eine lange Reihe von Jahren hindurch ein großer Teil ihrer Klassengenossen durch die Christlichsozialen in die entehrendste politische Sklaverei hinabgedrückt wurde, daß sie schlimmere Unterjochung zu erdulden hatten als in den schlimmsten Stätten privatkapitalistischer Ausbeutung, daß sich zu der ungenügenden Entlohnung ihrer Arbeitskraft die Schmach gesellte, um das bißchen Lohn nicht nur die Zeit und Anstrengung des Arbeitstages, sondern auch die politische Gesinnung, die freie Ausübung der höchsten Bürgerrechte dahinzugeben. Erst der Umsturz hat die Kette gelockert, hat den Sklavenhaltern und Sklavenaufsehern den Mut benommen, den Gesinnungsdruck nach alter frecher Weise auszuüben. Es mußte erst zum Zusammenbruch aller Dinge, zum Sturz der Monarchie, zur Auflösung aller Teile des Reiches kommen, bis daß die Gas- und Elektrizitätsarbeiter, die Schaffner der Straßenbahn, die Beamten und Diener der Stadt und des Landes endlich wagen durften, von ihren politischen Rechten nach eigenem Willen und selbstgewordener Ueberzeugung Gebrauch zu machen. Erst die Revolution gab ihnen die primitivsten Rechte des freien Mannes zurück.

So ist also die Herrschaft geartet, die morgen die Wähler und Wählerinnen Wiens und Niederösterreichs durch den Stimmzettel werden haben zu beseitigen, die sie zweifellos beseitigen werden. Die Tyrannen der Stadt und des Landes, sie waren ja zugleich die beflissensten Diener der Monarchie, stets allen imperialistischen Untaten ihres Militarismus Vorschub leistend. Sie tragen die schwerste Mitschuld an dem Kriege und allem seinem Unheil und sie haben seine volksverheerende Wirkung durch Unfähigkeit und Parteilichkeit der Verwaltung noch verderblich gesteigert. Alles, was in dem alten Staate morsch, faul, des Untergangs wert war, hat in der christlichsozialen Partei seine vollkommenste Verkörperung und die Gewähr eines neuen Wiederauflebens, wenn die Erregung der Revolutionstage vorübergebraust ist. Wie wäre bei machtvoller Stellung dieser Partei in Stadt und Land der Ausbau des großen Werkes der Sozialisierung denkbar, wie die Einsetzung einer ehrlichen, nur den Gemeininteressen dienenden Verwaltung? Wie gar eine Schule, die erneuert in ihrem Geiste und in den Methoden ihres Unterrichts der neuen Zeit ein neues Geschlecht erziehen soll, in all der Entfaltung sittlicher und geistiger Kräfte, die der Gemeinschaftsbau unserer künftigen sozialen Republik erfordert? Wenn heute die Stimmzettel in die Urnen fallen, wird nicht über Mandate entschieden werden: die kostbarsten Güter der Kultur, die Rettung, die der tiefleidenden Menschheit nur im Zeichen des Sozialismus kommen kann, die Freiheit aller und eine echte ehrliche Demokratie sind in Frage. Und wer diese Fragen beantworten will im Sinne einer aufsteigenden Entwicklung, im Namen der höchsten Ideale der Menschheit, der wählt sozialdemokratisch.

Neue Freie Presse

4/V. 1919

15

Die Gemeinderats- und Bezirksratswahlen in Wien.

Wien, 3. Mai.

Am morgigen Sonntag finden in sämtlichen Wiener Gemeindebezirken die Wahlen für den Gemeinderat und für die Bezirksvertretungen statt. Der Wahlakt beginnt um 7 Uhr morgens und endet um 5 Uhr nachmittags. Die Wähler sind meist demselben Wahllokal zugeteilt wie bei der im Februar erfolgten Wahl für die konstituierende Nationalversammlung. In jedem Hausflur befindet sich eine amtliche Kundmachung, welche die Hausinsassen diesbezüglich orientiert. Auch die Formalitäten des Wahlvorganges sind morgen die gleichen wie am 16. Februar. Der Wähler muß sich im Wahllokal persönlich legitimieren, am besten durch den Meldezettel, den Paß oder ein anderes Personaldokument, wie Tauf- oder Geburtsschein, Heimatsschein, Arbeitsbuch usw. Den Stimmzettel, den er entweder von der Partei, die er zu wählen beabsichtigt, ins Haus zugestellt erhalten hat oder auf dem Weg dahin in der weiteren Umgebung der Wahllokale von den hiezu Beauftragten der einzelnen Parteien in Empfang nehmen kann oder auch bei der Wahlkommission selbst erhält, steckt er, nachdem er sich vor der Kommission legitimiert hat, in der Wahlzelle in das ihm von der Kommission überreichte amtliche Kuvert und übergibt dieses dem Vorsitzenden. Damit hat seine Wahlhandlung ihr Ende erreicht.

Die Stimmenzählung wird sich diesmal einfacher gestalten, da die Stimmzettel nicht die Namen der Kandidaten, sondern bloß die Namen der Parteien enthalten. Die Wahlwerber der bürgerlich-demokratischen Parteien haben wir im heutigen Abendblatt veröffentlicht. Die christlichsoziale und die sozialdemokratische Partei haben in sämtlichen Bezirken Wiens Kandidaten aufgestellt. In vielen Bezirken treten auch die deutschnationale Partei, die deutschnationalantisemitische, die jüdischnationale Partei und andere kleine Fraktionen als Wahlwerber auf.

Wahlumzüge.

Der heutige letzte Tag vor der Wahl verlief im Straßenbilde etwas lebhafter. Ueberall klebten neue Plakate, teils rein textlichen Inhalts, teils mit Illustrationen. Alle Parteien hielten in allen Bezirken Wählerversammlungen ab, und wie vor den Wahlen zur Nationalversammlung fanden auch mehrfach Umzüge von sozialdemokratischen Korporationen mit roten Fahnen und Emblemen statt, an denen auch Angehörige der Volkswehr mit Musik teilnahmen.

Alkoholverbot für die Wahlzeit.

Es wird in Erinnerung gebracht, daß nach § 25 der Landtagswahlordnung am Wahltage, am Tage vor und am Tage nach der Wahl der Ausschank von geistigen Getränken allgemein verboten ist.

Eine große demokratische Partei für ganz Deutschösterreich.

Die Parteileitung der bürgerlich-demokratischen Partei sendet uns folgende Mitteilung: „Dem Wunsche der freiheitlich bürgerlichen Wählerschaft entsprechend, hat sich die Parteileitung der bürgerlich-demokratischen Partei entschlossen, die Vorarbeiten zur Schaffung einer großen demokratischen Partei für ganz Deutschösterreich in die Wege zu leiten. Nach den Wahlen werden im Einvernehmen mit den übrigen Parteien demokratischer Richtung die hiezu nötigen organisatorischen Arbeiten in Angriff genommen. Es wird gehofft, daß der Ausbau der großen demokratischen Partei rasch fortschreitet und zur Zusammenfassung aller Kräfte führt. Schon aus diesem Grunde muß die gesamte Bürgerschaft es als ihre Pflicht erachten, am 4. Mai für die Listen der vereinigten demokratischen Parteien Wiens zu stimmen, die die einzige Vertretung der bürgerlichen Interessen darstellen. Die Wahlen sind ein Prüfstein für die demokratische Gesinnung der Bürgerschaft und für ihren Willen, jetzt und in Zukunft ihre politischen und wirtschaftlichen Rechte zu verteidigen. Ein guter Ausgang der Wahl wird den demokratischen Parteien die Gewähr und den Grundstock geben für die Schaffung der großen demokratischen Partei ganz Deutschösterreichs."

Agitationslokale der demokratischen Parteien.

Agitationslokale der vereinigten demokratischen Parteien für den 1. Bezirk: Hauptlokal, 1. Bezirk, Blumenstockgasse Nr. 5, 1. Stock; Restaurant, 1. Bezirk, Auerspergstraße Nr. 2; Café Louvre, 1. Bezirk, Wipplingerstraße Nr. 27; Café Wayer, 1. Bezirk, Wollzeile Nr. 10.

Die demokratische Bürgerschaft im 1. Bezirk, die für die Wiederwahl des Stadtrates Dr. Hein eintritt, hat am heutigen Wahltage nachstehende Agitationslokale: Café Folly, Café Residenz, Café Metropole, Café Prückl und Café Landmann.

Die Agitationslokale der vereinigten demokratischen Parteien in der Leopoldstadt.

Am morgigen Wahltage sind Agitationslokale der vereinigten demokratischen Parteien der Leopoldstadt, welche den Gemeinderat Dr. Rudolf Schwarz-Hiller als Listenführer aufgestellt haben, die folgenden: Zentrale: Stephaniestraße 11, Haslinger; Bürgerkaffee, Praterstraße 11; Restaurant Guth, Kleine Sperlgasse 1; Café Reif, Stephaniestraße 4; Restaurant Alt, Rembrandtstraße 14; Gasthaus Spreß, Obere Donaustraße Nr. 12; Café Bauer, Praterstraße 50; Gasthaus Eckel, Alxplatz 4; Gasthaus Hessenberger, Praterstraße 47.

Auskunftstellen der Demokraten im 2. Bezirk.

Auskunftstellen der demokratischen Bürger des 2. Bezirkes sind: Franz Kramas Gasthaus, 2. Bezirk, Vereinsgasse 12, Ecke Kaiser Josefstraße; Café Glaser, 2. Bezirk, Stuwerstraße 13, Telephon 41250.

Vereinigte demokratische Parteien Wiens, Wahlausschuß 9. Bezirk.

Die vereinigten demokratischen Parteien Wiens kandidieren im 9. Bezirk als Listenführer den bisherigen Vertreter des Bezirkes, Stadtrat Edmund Melcher, der während seines langjährigen Wirkens in öffentlichen Vertretungskörpern mannhaft und entschieden für die fortschrittliche Sache eingetreten ist und der während der Kriegszeit eine reiche Tätigkeit auf dem Gebiete der Flüchtlingsfürsorge entfaltet hat. Stadtrat Edmund Melcher ist auch in der letzten Stadtratssitzung dem Antrage auf Ausweisung jener Flüchtlinge, die in ihrer Heimat gegenwärtig weder Obdach noch Erwerb zu finden vermögen, mit aller Energie entgegengetreten.

Unbegründete Angriffe gegen Dr. Rudolf Schwarz-Hiller.

Gestern abend wurde in der Leopoldstadt ein vierseitiges anonymes Pamphlet gegen Gemeindrat Dr. Rudolf Schwarz-Hiller, Listenführer der vereinigten demokratischen Parteien der Leopoldstadt, verteilt. Dr. Schwarz-Hiller erklärte in einer Versammlung die Mitteilungen dieses Pamphletes als vom Anbeginn bis zum Ende erfunden und fährt dann fort: Sie sollen die Wähler gegen mich beeinflussen und meine Wahl in den Gemeinderat verhindern. Ruhigen Gewissens kann ich auf meine mehr als zwölfjährige, dem Wohle meiner Mitbürger gewidmete Tätigkeit im öffentlichen Leben zurückblicken. Mit berechtigtem Stolze darf ich auf meine fast fünfjährige Tätigkeit in der Kriegsfürsorge sowie in der Obmännerkonferenz des Wiener Gemeinderates verweisen. Ich habe mit Freuden für meine öffentlichen Aufgaben die größten persönlichen Opfer gebracht. Ich appelliere an alle anständigen Menschen aller Parteien! Gegen eine solche Entartung des Wahlkampfes wird sich die Gesamtheit auflehnen. Jene aber, welche mein Programm teilen, mögen nach wie vor für meine Wiederwahl eintreten.

* * *

Marianne Hainisch ersucht uns, der berichtigenden Feststellung Raum zu geben, daß sie von den vereinigten demokratischen Parteien Wiens (bürgerlich-demokratische Partei und demokratische Partei) aufgestellt worden sei, für diese eintrete und jede Zersplitterung als der Sache des freiheitlichen Bürgertums äußerst abträglich ansehe.

Reichspost
4. IV. 1919

Wiens Zukunft auf der Donau.

Die Lösung der Donaufrage ist für die Stadt Wien von allergrößter Bedeutung. Dementsprechend werden von Fachkreisen die verschiedensten, mitunter überaus wertvolle Vorschläge gemacht. So sind unter anderm von dem mehr als 80jährigen Ingenieur Paul Klunzinger, der auf diesem Gebiete großes Ansehen genießt, eine Reihe von Anträgen über die Ausgestaltung des Donaukanals zum Hafen erschienen, die eine Fülle wertvoller Anregungen enthalten. Aus allen diesen Anregungen drängt sich von selbst der Gedanke auf, daß die Donaufrage zur Lösung derart reif ist, daß nicht mehr gesäumt werden dürfte, aus dem Stadium der Pläne und Beratungen heraus zur Durchführung zu schreiten. Wiens Zukunft liegt auf der Donau.

Die Donauregulierungskommission befaßt sich seit längerer Zeit mit dem Studium der Wiener Donaufrage und es hat, wie wir hören, in jüngster Zeit eine Sitzung eines Unterausschusses stattgefunden, in welcher über die technischen Projekte eingehend gesprochen wurde. Die Beratungen sind so weit vorgeschritten, daß voraussichtlich in allerkürzester Frist sich die Vollversammlung der Kommission mit den Vorschlägen beschäftigen wird. Die Ideen, die dem Projekt zugrunde liegen, betreffen die Schaffung eines neuen Ufergeländes, die Verbesserung des Hochwasserschutzes, Schaffung von Hafenplätzen und Ausnützung der Wasserkräfte. Es ist uns nicht bekannt, wie weit die Ideen, die Ingenieur Klunzinger in seiner Schrift niedergelegt hat und die sich in einigen Hauptpunkten mit dem obenangeführten Projekt decken, von der Donauregulierungskommission aufgenommen werden. Jedenfalls sind die Vorschläge beachtenswert, besonders die, welche die Anlage eines Brigittenauer Hafens zum Gegenstand haben. Diesen denkt sich der Verfasser an Stelle des Kuchelauer Hafens, der infolge der ungünstigen Ausladeverhältnisse bisher fast gar nicht benützt wurde, auch nicht von der Ruderschiffahrt, deren wichtigster Teil, das Floßholz, infolge der dortigen Uferhöhe des Donaukanals nicht ans Land gebracht werden konnte. Das Terrain in der Brigittenau liegt nun in ganz geringer Höhe über dem Niveu und die Ausbringung der großen Stämme läßt sich auf die größtenteils beiderseitig vorhandenen Lagerplätze auf möglichst billige und rasche Weise bewerkstelligen. Anschließend an die Lagerplätze des Stammholzes ist auch genug Raum für die weitere Verarbeitung auf Zimmerplätzen und Sägewerken. An diesen Brigittenauer Hafen werden die Holzplätze zu verlegen sein, die zwischen dem Franz-Josef-Bahnhofe und dem Donaukanale liegen. Die günstige Lage dieses Platzes wird nicht nur zu der sehr erwünschten Vergrößerung der Geleiseanlagen des Bahnhofes beitragen können, sondern auch die Anlage eines Umschlagplatzes zwischen der Bahn und dem Hafen mit einer beständigen Wasserhöhe in günstiger Lage ermöglichen. In gleicher Weise wie für das Holz dient dieser Hafen auch für andere, von der Ruderschiffahrt hergeführte Waren: Pflastersteine, Sand, Schotter usw., die statt auf hochgelegene Lagerplätze vom Donaukanal aus hier in gringer Höhe ausgebracht und von dort in die Stadt weitergeführt werdn können.

Ein anderes Kapitel widmet Ingenieur Klunzinger der Schaffnung eines Simmeringer Hafens. Die Simmeringer Heide, sagt er, bietet mit einem Areal von über 600 Hektar eine sehr günstige Lage für Industrien, insbesondere für solche, welche mehr Wasser brauchen, als ihnen durch die Hochquellenleitungen verschafft werden kann. Es wird daher diesem Umstande in Verbindung mit Industriehäfen eine besondere Wichtigkeit beigelegt werden müssen, da erstere Vorteile bei anderen Industriehäfen nicht so leicht zu finden sind, der Hafen wird vorzugsweise für Massengüter, wie Kohle usw. zu dienen haben, da er für einen großen Verkehr genügen kann und wird einmal noch eine besondere Bedeutung erlangen, wenn der Donau-Oder-Kanal gebaut ist.

Der Verfasser beschäftigt sich weiter mit der Ausgestaltung der Donauuferbahn in Verbindung mit der Verlängerung des Donaukanals, er sieht eine Tieferlegung des Ueberschwemmungsgebietes, ausreichenden Hochwasserschutz, Stauanlagen und so fort vor. Ideen in Fülle, die, verwirklicht, von großer Bedeutung für den Handel wären. Es wäre zu begrüßen, wenn man diese Probleme vorläufig wenigstens in Einzelheiten praktisch in Angriff nehmen wollte.

Arbeiterzeitung
6. II. 1919
6
22

Die Regierung über die Sonntagswahlen.

Die „Wiener Abendpost" veröffentlicht die nachfolgende Betrachtung über die Wahlen vom Sonntag, in der man wohl die Auffassung der Regierung zu erkennen hat. Wir wollen sie deshalb wiedergeben. Das halbamtliche Blatt schreibt:

Der Ausgang der Wahlen in Stadt und Land bestätigt und bekräftigt die Politik, die durch den Hauptausschuß und das neue Kabinett inauguriert worden ist. Die Bevölkerung hat, obwohl die Wahlbeteiligung diesmal im ganzen geringer war, doch mit aller Deutlichkeit den zwei Parteien, Sozialdemokraten und Christlichsozialen, ihre Stimmen und ihre Sympathie zugewendet. Die eigentlich bourgeoisen Parteien haben noch schlechter abgeschnitten als im Februar. Die Volksmassen haben sich nicht nur zur politischen Demokratie, sondern auch zur sozialen bekannt, und zwar in den zwei gegebenen, wenn auch entgegengesetzten Formen, der des radikalen Sozialismus und des konservativ-christlichen Sozialismus, wie er in der bäuerlichen Seele und im Kleinbürgertum vorwaltet. Der Wahlausgang bringt den endgültigen Sieg des sozialen Gedankens über den individualistischen, des Sozialismus über den Kapitalismus.

Unsere Bauernschaft ist gewiß nicht sozialdemokratisch; durch die frühere Agrarpolitik sind im Gegenteil die kapitalistischen Instinkte in der Bauernschaft wachgerufen und verschärft worden, aber es lebt doch im Landvolk das uralte Gemeindebewußtsein stark fort, und niemals kann und wird die Bauernschaft direkt kapitalistische und bourgeoise Politik machen. Von der städtischen Arbeiterschaft versteht sich das von selbst.

Das Wahlergebnis ist, was die Arbeiterschaft betrifft, darin gekennzeichnet, daß die kommunistische Agitation, die auf Wahlenthaltung und auf Ablehnung der parlamentarischen Aktion gerichtet war, sichtlich ohne Ergebnis geblieben ist. In Orten, wo die kommunistische Agitation am allerstärksten war, hat die Wahlbewegung kaum merklich eingebüßt. Die deutschösterreichische Arbeiterschaft hat sich gegen die kommunistischen Methoden unzweideutig entschieden. Die deutschösterreichische Arbeiterschaft hat sowohl bei diesen Wahlen als auch bei den vorangegangenen schweren sozialen Erschütterungen einen hohen Grad politischer Reife und charaktervoller Selbständigkeit des Urteils bewiesen. Es zeigt sich die politische Durchbildung unserer gesamten Arbeiterschaft gediegener als in den vielen anderen Ländern. Es ist offenbar die Schule Viktor Adlers, der bei aller Leidenschaft für die Idee dennoch immer auf das praktisch Erreichbare abzielte und von allen Vertrauensmännern strenge Selbstzucht forderte. Dem ist wohl zu danken, daß die deutschösterreichische Arbeiterschaft in ihrer ganzen Geschichte nie einen ernsten Rückschlag erlitten hat, wie sie immer vorschnelle Eroberungen und überstürzte Entwicklungen verschmäht hat. Der Sinn für positive Arbeit, die Ablehnung aller Scheinerfolge, die Verwerfung der selbstgefälligen Demagogie und nicht zuletzt der durch die Persönlichkeit Viktor Adlers gegründete persönliche Zusammenhang zwischen allen Teilen der Partei hat ja auch die deutschösterreichische Sozialdemokratie befähigt, die schweren Krisen der Kriegszeit ohne ernsthafte Spaltung zu überdauern. Die ruhige und zuverlässige Art, die Geschäfte zu führen, die sorgfältige Bedachtnahme darauf, daß die parlamentarische Vertretung der Arbeiterschaft selbst um den Preis vorübergehender Einbußen an geschlossenen Vereinbarungen festhielt, die Vorschulung zu solider Verwaltungsarbeit haben die deutschösterreichische Sozialdemokratie zur Führung der staatlichen Geschäfte befähigt, diese ohne zerstörende Erschütterung aus dem früheren Zustand in den jetzigen überzuleiten. Diese in Not und Drang bewährte Eigenschaft der deutschösterreichischen Arbeiterschaft verdient auch die volle Anerkennung des Staates und sie ist eine Bürgschaft in der Wiederaufrichtung unseres Staates und Volkes.

Die christlichsoziale Partei hat den in den Februarwahlen behaupteten Besitzstand festgehalten und zum Teil sogar verbessert. Sie hat sich dadurch als demokratische Volkspartei bewährt, die Festigkeit ihrer Organisation und die Zuverlässigkeit ihrer nunmehrigen Anhängerschaften stehen außer Zweifel. Diese Partei, die in den letzten Jahrzehnten der Monarchie durch die unglückseligen Abenteuer der Monarchie von ihren ursprünglichen Aufgaben weit abgelenkt worden ist, wird nicht ungern zu ihren sozialen Anfängen zurückkehren, die durch die Namen Vogelsang und Rudolf Meyer umschrieben sind. Sie zielen auf einen bäuerlichen und kleinbürgerlichen Sozialismus ab, der von christlichen Ideen ebenso geleitet als begrenzt ist. Diese Richtung war der Sozialpolitik von Haus aus freundlich gesinnt, und ihrer Mitwirkung ist ein Teil unseres Arbeiterschutzes zu danken. Die Anknüpfung an diese Tradition weist zugleich einen Weg in die Zukunft.

Die nunmehr auf ein Jahrfünft abgeschlossenen Wahlen schaffen feste Parteiverhältnisse und eine bestimmte politische Machtverteilung in Deutschösterreich, mit der nun dauernd gerechnet werden muß.

Die Bestätigung des Wahlergebnisses vom Februar durch die jetzigen Wahlen in Stadt und Land legen daher auch der ganzen Oeffentlichkeit gewisse Pflichten auf. Die Organe der öffentlichen Verwaltung, die zum Teile großbürgerlicher Herkunft sind und durch das frühere Regime künstlich von sozialen Fragen ferngehalten wurden, erkennen nunmehr, in welcher Richtung von nun an die öffentlichen Geschäfte geführt werden sollen. Sie haben leider durch das frühere System eine falsche Ausrichtung ihres Denkens erfahren und müssen rasch und energisch umlernen. An ihrer falschen Erziehung tragen sie selbst wenig Schuld, sie müssen nun nachholen, was an ihnen versäumt worden ist. Die Universitäten und die fachlichen Hochschulen werden den sozialen Dingen einen weitaus größeren Platz einzuräumen haben. Die Aemter werden endgültig die Allüren der bürokratisch-monarchistischen Zeit ablegen und sich volkstümlich erneuern müssen. Insbesondere aber muß die öffentliche Meinung, vor allem die großstädtische Presse, die in den letzten Monaten, wie sich zeigte, einen völlig aussichtslosen Kampf in falscher Front geführt hat, eine Neuorientierung vornehmen. Sie hat — gegen die Notwendigkeiten der Nation und gegen die Notwendigkeiten des Volkes — das alte Wirtschaftsregime verteidigt und infolge des Umstandes, daß entweder kapitalistische Kreise ihre Herausgeber sind oder daß das zahlungsfähigere kapitalistische Publikum sie erhält, weit mehr Raum und Geltung beansprucht, als den Wünschen und Bedürfnissen der breiten Massen der Bevölkerung entspricht. So hat das feindliche wie das befreundete Ausland ein falsches Bild von dem wirklichen Leben und Streben Deutschösterreichs erhalten. Die Wahlen sind eine abermalige und unzweideutige Berichtigung dieses falschen Bildes geworden. Der Zustand aber wäre unerträglich, daß eine der ganzen Aufmachung nach politische Presse ohne wirklichen politischen Anhang und ohne den Hintergrund von nennenswerten politischen Parteien — mit wenigen rühmlichen Ausnahmen — die öffentliche Meinung des Landes selbst und die Meinung der Welt über das Land beharrlich anders beeinflusse, als es dem Volkswillen entspricht. Die Publizistik Deutschösterreichs wird ihre hohe Kunst der Anpassung an die Zeitideen auch dem neuen Staate gegenüber erweisen müssen.

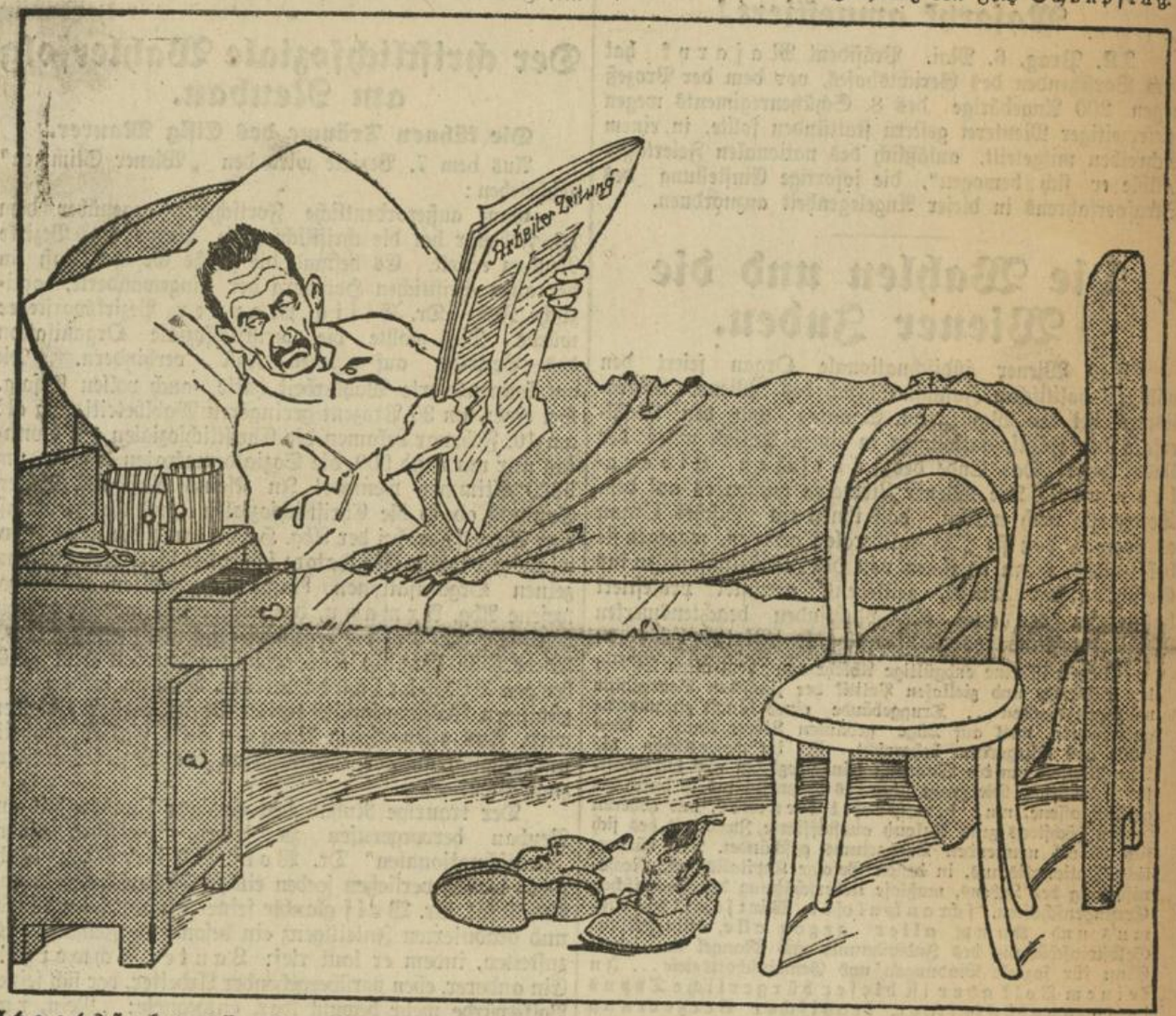
Wie diese Presse die Ermahnung auffassen wird, wollen wir abwarten, dann aber nötigenfalls deutlicher sprechen, als es hier geschieht.

Wiener - Stimmen
6./V. 1919

24

Minister Futsch.

Zeichnung von Fritz Schönpflug.



Staatssekretär Dr. Bauer: Sehr gut, jetzt wird es doch noch gelingen! Sudetenland futsch, Deutschböhmen futsch, Tirol futsch, Vorarlberg futsch, Westungarn futsch — da also vom ganzen Deutschösterreich zum Schluß nur Wien übrig bleiben wird, ist die Reichsunmittelbarkeit Wiens, die anders nicht zu erreichen war, eine todsichere Sache. Diplomat muß man sein!

Arbeiterzeitung 6./V. 1919

Glück und Ende der Christlichsozialen.

Vor fünfundzwanzig Jahren ist der Stern Luegers aufgegangen. In den Wahlen des zweiten Wahlkörpers im April 1895 gelang es den Christlichsozialen zum erstenmal, in diesen Wahlkörper, bis dahin die sicherste Burg der Liberalen, Bresche zu schlagen, und selbst in den ersten Wahlkörper einzudringen. Die liberale Mehrheit war erschüttert und bei der Wahl des ersten Vizebürgermeisters erhielt der liberale Kandidat, der Gemeinderat Albert Richter, von den hundertachtunddreißig Mitgliedern, aus denen sich der Gemeinderat damals zusammensetzte, nur noch siebzig Stimmen. Er nahm die Wahl nicht an, und da die Liberalen auf die weitere Beteiligung an der Wahl verzichteten, ging schließlich Lueger aus einem vierten Wahlgang mit fünfundsechzig Stimmen als der gewählte erste Vizebürgermeister hervor. Das war Luegers erste Erwählung zum Oberhaupt der Stadt Wien! Der liberale Bürgermeister Grübl demissionierte und so wurde am 14. Mai 1895 Lueger zum Bürgermeister gewählt. Er nahm die Wahl nicht an und am 30. Mai wurde der Gemeinderat aufgelöst. Die Neuwahl, 17. bis 30. September 1895, brachte den Christlichsozialen den ersten ihrer großen Erfolge, die ihre Herrschaft in der Stadt begründeten. Sie brachten es zur Zweidrittelmehrheit und am 29. Oktober wurde nun Lueger mit 93 Stimmen zum Bürgermeister gewählt. Badeni hintertrieb die Bestätigung; die christlichsoziale Mehrheit blieb aber fest und am 13. November erfolgte Luegers zweite Wahl zum Bürgermeister, die Badeni mit der Auflösung beantwortete. Die Antwort der Wählerschaft war die Verstärkung der christlichsozialen Mehrheit; am 18. April 1896 erhielt Lueger 96 Stimmen. Unter dem Drucke verzichtete er „dermalen" auf die Annahme und so wurde an seiner Statt am 6. Mai 1896 Strobach installiert. Seit diesem Tage, seit dreiundzwanzig Jahren, sitzt auf dem Wiener Bürgermeisterstuhl der Christlichsoziale: Strobach, Lueger, Neumayer, Weiskirchner. Nun ist die Herrschaft zu Ende, vollständig zu Ende und für immer zu Ende. Die Christlichsozialen, einst mit Ausnahme der industriellen Arbeiter das ganze Volk ergreifend und zu einer politischen Partei verknüpfend, sind nun auf den Altenteil der ganzklerikalen und der verstockt kapitalistischen Schichten gesetzt. Alles übrige, was sie einst besaßen, was sie gefürchtet machte und ihnen manchmal zu dem Schein der Unwiderstehlichkeit verhalf, hat die rote Flut weggespült. Die christlichsoziale Herrlichkeit werdet ihr nimmer sehen.

Die Christlichsozialen waren einmal eine große Partei, denn mit der Eroberung des Gemeinderates begann auch ihr Aufstieg in Land und Staat. Nach den Wahlsiegen in Wien eroberten sie den niederösterreichischen Landtag, pflügten das ganze flache Land um, das ehemals von sehr freisinnigen Bauern bevölkert war, besetzten auch die Landstädte — Niederösterreich wurde ihr unveräußerlicher Besitz. Die errungene Herrschaft verankerten sie in raffinierten Wahlordnungen, wovon der berüchtigte allgemeine Wahlkörper in Wien mit seinen die Arbeiterklasse ebenso herausfordernden wie demütigenden zwanzig Mandaten unvergeßbar und auch wohl geeignet ist, ein Zeugnis zu sein, wie Lueger seine politischen Versprechungen einzulösen pflegte. Als er zum erstenmal zum Vizebürgermeister gewählt worden war, hatte er „in diesem für ihn feierlichen Augenblick" erklärt, er werde bestrebt sein, „dem bis jetzt ausgeschlossenen Teile der Bevölkerung zu seinen politischen Rechten zu verhelfen". Und dieser „Teil der Bevölkerung", der immer größer wurde, mußte bis zur Revolution warten, bis sich die Tore des Rathauses für alle Bürger dieser Stadt in gleicher Weise öffneten! Und schließlich kamen, als Krönung des christlichsozialen Turmes, die Erfolge im Parlament. Wer von den Genossen, die jene Zeiten miterlebt, hätte den 9. März 1897 vergessen, da, in den ersten Wahlen der fünften Kurie des allgemeinen Wahlrechtes, die Christlichsozialen Stadt und Land eroberten und wir in unseren Hoffnungen bis zur Verzweiflung getrogen wurden! Welcher Unterschied zwischen jenem Tage und den Tagen des 16. Februar und 4. Mai des Jahres 1919! Im Jahre 1907 gingen die Christlichsozialen, allerdings vereinigt mit den ehemaligen Klerikalen, aus der ersten Wahl des allgemeinen Stimmrechtes als die größte Partei des Abgeordnetenhauses hervor. Von da geht es allerdings abwärts, zuerst langsam und anscheinend nur an den Peripherien, aber allmählich gerät das ganze Gebäude ins Wanken und die nächsten Wahlen, im Jahre 1911, da der christlichsoziale Besitzstand in Wien auf drei Mandate und überdies Mandate in den kleinsten Wahlbezirken reduziert wird, zeigen schon an, daß der Kreislauf des politischen Lebens für die Christlichsozialen beschlossen ist. Daß sie auch jetzt Stimmen, wenn man will, viel Stimmen und Mandate bekommen, wen soll es wundern? Natürlich gibt es in Wien noch Besitzende, verstockte Bourgeois, Monarchisten und Klerikale, und die wählen eben christlichsozial! Aber jener Luegersche Königsgedanke, nämlich das ganze Volk im christlichsozialen Lager zu sammeln, zu einer Einheit zusammenzuschweißen, zu einem Heerbann zu formieren, der ist ausgeträumt und der wird nie wieder, kann nicht mehr Wirklichkeit werden.

Denn die Christlichsozialen sind, so wandlungsfähig und anpassungsfähig sie auch sein mögen, der Ausdruck einer alten Zeit, jener Zeit, die zu Ende geht. Wohl erstarren sie nicht und verdorren sie nicht wie ehemals die Liberalen; davor schützt sie ihre Schlauheit und Behendigkeit. Aber mit allen Fasern sind sie an die kapitalistische Ordnung gebunden, an ihr Unrecht, an ihre Unnatur, an ihre Entartungen. Der Sieg der Sozialdemokraten, der in der neuen Zusammensetzung des Gemeinderates und des Landtages so überwältigend zu Tage tritt, ist der Sieg des Sozialismus, der Sieg der unwiderstehlichen Notwendigkeit der Entwicklung, der Sieg über den Kapitalismus, der noch leben will, aber sterben muß. Darum war dieser Sieg eine Notwendigkeit, ist das Urteil der Geschichte selbst, gegen das es keine Berufung gibt. Eine neue Zeit bricht an und die Sozialisten sind ihre Sendboten.

Reichspost

6.V.1919

27

Nachrechnen!

Wien, am 5. Mai.

Es ist dem sozialdemokratischen Parteioberkommando nicht zu verdenken, daß es sich der Besitznahme der Wiener Gemeindeverwaltung freut. Es ist ein Glücksfall ersten Ranges, durch eine günstige Reihung äußerer Umstände es erreicht zu haben, daß gegen die bessere Einsicht der verwaltenden Partei ein alle kommunalpolitischen Grundsätze kopfüber stürzendes Gemeindewahlrecht über Nacht eingeführt wurde, das eine auch in den breitesten Massen wurzelnde Partei des Volkes zu majorisieren ermöglicht. Ein solches Geschenk fällt nicht alle Tage aus den Wolken. Was die Christlichsozialen in mühseligen, jahrzehntelangen Kämpfen gegen die Macht der Zahl erreichen mußten, das erreichte die Sozialdemokratie in einer plötzlichen Umwälzung, die das Abwägen der Argumente nicht gestattete. Aber wie groß auch das Glück sein mag, das damit der Sozialdemokratie in den Schoß gefallen ist — die Siegesfanfaren der sozialdemokratischen Presse, die schmetternd „das Ende des luegerischen Königstraumes" verkünden, sollten gedämpfter klingen und die Verkündigung, Wien sei sozialdemokratisch, etwas vorsichtiger gefaßt werden. Denn Wien ist nicht sozialdemokratisch, seit dem 4. Mai noch weniger als noch im Februar.

Die Ziffern dieser Wahl sind vielsagend. Wien hatte für die gestrigen Wahlen eine Gesamtzahl von 1,123.216 Stimmberechtigten. Von diesen haben gestern nur 368.230 für die Sozialdemokratie gewählt; noch am 16. Februar waren es 523.256. Es hat also nicht einmal ein Drittel der Wiener Wähler sozialdemokratisch gestimmt, um 155.026 weniger, als vor zweieinhalb Monaten, so daß die Sozialdemokratie mehr als ein Drittel ihrer Anhängerschaft nach dem Ausdruck des Zahlenbildes einbüßte. Es ist dies nicht mit der allgemeinen politischen Ermüdung zu erklären; wenn die Tschechen 11% ihrer Stimmen verloren, die Christlichsozialen nur 12·7% — 26.754 Stimmen — so ergibt sich, daß aus der gleichen Ursache nicht die Sozialdemokratie den mehr als doppelt so starken Ausfall erleiden kann. Nicht einmal die Deutschnationalen und Nationaldemokraten, die sicher eine recht aussichtslose Bewerbung vor sich sahen, haben einen gleich starken Abgang — 22% bei 10.400 Verringerung an Wahlstimmen — zu verzeichnen. Nur der Liberalismus, der in den Vereinigten Demokraten und Bürgerlich-Demokraten sich ausschäumte, hat in seinen Todeswehen die Sozialdemokratie zu übertrumpfen vermocht; er verlor mit 46.526 Stimmen 69·1% der Wählerschaft, die er noch im Februar besessen hatte. Eine Pikanterie, die das Wiener Zeitbild vielsagend ergänzt, ist die Erscheinung, daß die einzige Gruppe, die einen absoluten Stimmenzuwachs zu verzeichnen hat, die Jüdischnationalen sind, die ihre Stimmenzahl um 68·4% zu erhöhen vermochten. „Nacht muß es sein, wenn Friedlands Sterne strahlen."

Bei keiner Partei ist ein gewisser Stimmenausfall so erklärlich, wie bei der christlichsozialen Partei. Sie war die herrschende Gemeinderatspartei und eine solche hat immer einen Prozentsatz von Mitläufern in den Grenzbezirken ihres Bestandes, die bei anderem Winde ihr Segel umstellen. Städtische Kontrahenten die sich aus geschäftlichen Gründen nicht mehr zu bekennen wagen, wenn sie auch Christlichsoziale sind, Angestellte, die den Terror der neuen Herren fürchten, Modeimpressionisten, die der Zeitströmung auch die Anpassung ihrer politischen Ueberzeugung schuldig zu sein glauben. Das alles kann die Sozialdemokratie zur Erklärung ihres rapiden Stimmenrückganges nicht anführen. Selbst in einem ihrer Nobelbezirke, in Floridsdorf, wo Präsident Seitz persönlich kandidierte, und wohin zur Wahrung des Ansehens der Partei noch am Sonntagnachmittag die gewaltigen Agitationsreserven der Partei geworfen wurden, schwanden 15% des sozialdemokratischen Wählerbestandes spurlos dahin, während die Christlichsozialen in dieser sozialdemokratischen Hochburg nur 6% ihrer Stimmen verloren.

Mit 32·8% — am 16. Februar waren es noch 46·4% — der Gesamtwählerzahl, gewann die Sozialdemokratie ihren Wahlsieg und selbst von den abgegebenen Stimmen gehören ihr nur 54·1%. Es ist einer der eigentümlichen Fehler des bestehenden Verhältniswahlrechtes, daß mit dieser Hälfte der abgegebenen Stimmen die Sozialdemokratie hundert Mandate, beinahe zwei Drittel der Gemeinderatssitze errang. Eine Partei, die ihre Herrschaft nur auf die glückliche Verteilung der Hälfte der abgegebenen und nur auf ein schwaches Drittel der vorhandenen Wählerstimmen stützt, ist leichtsinnig, oder sie sucht zu täuschen, wenn sie ob eines solchen Sieges Purzelbäume schlägt. Es fällt uns nicht ein zu behaupten, daß es gegenwärtig möglich gewesen wäre, bei diesem Wahlrecht aus der großen Reserve nichtabgegebener Stimmen eine christlichsoziale Mehrheit herauszuholen, aber daß eine Partei, die über eine so straffe Parteidisziplin verfügt, daß sie bisher noch immer den letzten ihrer Anhänger an die Urne zu bringen verstand, nun plötzlich einem so mächtigen Block von Wählern sich gegenüber sieht, die ihr die Stimme verweigern, ist eine Mahnung für sie, daß ihre Macht auf enge Grenzen stößt und daß sie gut tun müßte, diese Macht nicht zu überspannen. Dem Zustand, der durch die gestrige Wahl geschaffen worden ist, könnte man das mittelalterliche Sprüchlein auf den Leib schreiben: „Das neue Wiener Interim hat den Schalk hinter ihm."

Die Christlichsozialen Wiens können erhobenen Hauptes der Zukunft entgegenschreiten. Manches, was sich ihnen im Laufe einer Herrschaft von fast einem Vierteljahrhundert angeheftet und sie gehemmt hat, kann abgetan werden; Perioden der Reinigung sind jeder Partei, die große unwandelbare Grundsätze vertritt, zu Zeiten notwendig. Die christlichsoziale Partei wird diese Läuterung vollziehen; sie besitzt treue, starke Wählerkaders, die durch die Zwischenfälle der Tagesgeschichte nicht erschüttert werden; junge Kräfte strömen ihr zu, eine tatenfrohe junge Intelligenz aus allen Berufsschichten steht heute in ihren Reihen, sehr zum glücklichen Unterschiede zu jenen Anfängen, in denen sie sich aus einer einzelnen tapferen ständischen Schichte aufarbeiten mußte. Ihr Programm ist der moderne Gegenpol des materialistischen Sozialismus. Sie hat alles, was sie für die Erneuerung ihrer Kraft braucht. Das christliche Wien steht fest.

Neues Wiener Tagblatt

28

7./V. 1919

Nationalversammlung.

(Sitzung vom 6. Mai.)

Die ungeklärte politische Lage kam in der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung zu sinnfälligem Ausdrucke. Sie währte eine knappe Stunde und war ausschließlich der debattelosen Verabschiedung einiger kleinerer Ausschußberichte gewidmet; keine der politischen Fragen wurde angeschnitten, die die Oeffentlichkeit, die Parteien und die Regierung in Klubsitzungen, im Hauptausschuß und im Kabinettsrat lebhaft beschäftigen. Präsident Seitz sah sich sogar zur Mitteilung genötigt, er könne die nächste Sitzung erst im schriftlichen Wege anberaumen. Der Staatssekretär für Finanzen beantwortete eine Anfrage wegen der Sperrverordnungen. Dr. Schumpeter gab rundweg zu, daß diese Verordnungen sich nicht durchweg durch ein gemeinverständliches Deutsch auszeichnen und stellte volkstümliche Merkblätter in nahe Aussicht. In der kurzen Rede gab er, frei von jeder fiskalischen Voreingenommenheit, das „Schikanöse" der Sperrmaßnahmen zu, begründete sie aber mit der allgemein anerkannten Notwendigkeit einer raschen Durchführung der Vermögensabgabe.

Nachstehend der Bericht:

Präsident Seitz eröffnet die Sitzung um 3 Uhr 25 Minuten.

Dem Präsidenten Dr. Dinghofer wird ein Urlaub bis 20. d. erteilt.

Vom Staatssekretär für Finanzen ist eine Zuschrift eingelangt betreffend die auf Grund des Gesetzes vom 27. November 1918 durchgeführten Kreditoperationen. Die Zuschrift wird dem Finanz- und Budgetausschuß zugewiesen.

Eine von der Staatsregierung unterbreitete Vorlage betreffend das Staatswappen und Staatssiegel der Republik Deutschösterreich wird dem Hauptausschusse zugewiesen.

Die Tagesordnung.

Es wird in die Tagesordnung eingegangen.

Die Gesetze über die Einhebung der inneren Abgaben und Lizenzgebühren für eingeführte Verbrauchsgegenstände und Gegenstände des Tabakmonopols (Berichterstatterin Amalie Seidel) und betreffend die Ermächtigung der Regierung zu zoll- und handelspolitischen Verfügungen (Berichterstatter Schiegl) werden in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Eine zu dem letzteren Gesetze vom Abgeordneten Kraft beantragte Resolution, durch welche die Regierung aufgefordert wird, die auf Grund des wirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes erlassenen, bisher der Nationalversammlung nicht vorgelegten Verordnungen dem Hause unverzüglich vorzulegen, wird angenommen. Eine vom Abgeordneten Friedmann beantragte Resolution, durch welche die Regierung aufgefordert wird, sich über die auf Grund des Gesetzes zu treffenden Verordnungen mit dem [illegible] und Industrie ins Einver-

bereits Material vorliegt, wie in Deutschland, kann nicht ohne schwere Unbequemlichkeiten der Bevölkerung durchgeführt werden. Was die in der Interpellation gewünschte Verlängerung der Anmeldefrist betrifft, so hätte der Staatssekretär dagegen das eine Bedenken: Wenn man die Bevölkerung schon schikaniert, so soll man sie wenigstens möglichst kurze Zeit schikanieren. (Heiterkeit und Zustimmung.) Dazu kommt, daß die Anmeldung durchgeführt sein muß, bevor das Gesetz über die Vermögensabgabe fertiggestellt herausgegeben wird. Von allen Seiten wird darauf gedrängt, daß die Vermögensabgabe so schnell als möglich gemacht werde, und das soziale Bewußtsein verlangt eine schnelle und energische Vermögensabgabe. Die Finanzverwaltung selbst hätte gegen eine kurze Ausdehnung der Anmeldefrist keine prinzipiellen Bedenken und würde sich in dieser Beziehung den Wünschen der Bevölkerung, wie sie durch die Nationalversammlung repräsentiert ist, anpassen.

Was die Frage einer Interpretation des Begriffes „Oeffentlich-rechtliche Körperschaft" betrifft, insbesondere ob darunter neben den Gemeinden auch die kirchlichen Vermögenschaften zu verstehen sind, verweist der Staatssekretär darauf, daß die nähere Interpretation ebenfalls in einem Erlasse erfolgen werde. Dem in der Interpellation des Abgeordneten Johann Mayer und Genossen betreffend die Anmeldung gewisser Vermögenschaften und die Sicherung der Vermögensabgabe gestellten Begehren, jedoch die Anmeldungsfrist für Raiffeisenkassen und landwirtschaftliche Genossenschaften noch um zwei Monate zu verlängern, erklärt der Staatssekretär, aus den eben dargelegten Gründen nicht zustimmen zu können.

Präsident Seitz bemerkt, er habe die Haussitzung möglichst abgekürzt, weil nach Schluß der Haussitzung der Hauptausschuß zusamentrete, um Mitteilungen der Regierung betreffend den Friedensschluß entgegenzunehmen, eventuell ihr Weisungen zu erteilen. Die nächste Sitzung werde im schriftlichen Wege einberufen werden. Der Präsident richtet an die Abgeordneten die Bitte, in Wien zu bleiben, da voraussichtlich noch diese Woche, vielleicht sogar schon morgen diese Sitzung stattfinden werde.

Schluß der Sitzung 4 Uhr nachmittags.

Neues Wiener Tagblatt
7. IV. 1919

Staatswappen und Staatssiegel Deutschösterreichs.

Ein einköpfiger Adler mit den Insignien der drei Stände.

Das gestern eingebrachte Gesetz über das Staatswappen und das Staatssiegel der Republik Deutschösterreich besagt: Das Staatswappen der Republik Deutschösterreich besteht aus einem freischwebenden, einköpfigen, schwarzen, golden gewaffneten und rot bezungten Adler, dessen Brust mit einem roten, von einem silbernen Querbalken durchzogenen Schildchen belegt ist. Der Adler trägt auf dem Haupte eine goldene Mauerkrone mit drei sichtbaren Zinnen, im rechten Fange eine goldene Sichel mit einwärts gekehrter Schneide, im linken Fange einen goldenen Hammer.

Das Staatssiegel der Republik Deutschösterreich weist das oben beschriebene Staatswappen mit der Umschrift „Republik Deutschösterreich" auf. Je ein Exemplar des Siegelstockes wird vom Präsidenten der Nationalversammlung und vom Staatskanzler verwahrt.

Bei der Gelegenheit sei daran erinnert, daß die Staatsfarben Deutschösterreichs weißrot sind, nicht aber, wie man des öfteren liest: Rotweißrot. Heraldisch betrachtet sind die Farben: silberner (weißer) Balken im roten Schilde, also silber (weiß) über rot, was als weißrot anzusprechen ist.

Wiener - Stimmen
7/IV. 1919

32

Abschied vom Doppeladler.

Das Wappentier Deutschösterreichs wird ein einköpfiger Adler sein, wie man aus einer eben erschienenen Verlautbarung erfährt. Es heißt nun vom Doppeladler endgültig Abschied nehmen. Er war nur ein totes Tier, bald aus Eisen, bald aus Holz, aus Stoff oder Pappendeckel, aber er war ein Symbol der Kraft und Stärke. Erst des heiligen Römischen Reiches Wappenzier, dann das Wappen der Monarchie, erst das Sinnbild der Macht in einem Reiche, in dem die Sonne nicht unterging, dann das Zeichen eines Landes, das vom Bodensee bis zum Eisernen Tor, von Bodenbach bis Spizza reichte und das in den Träumen der Patrioten ein Großösterreich werden sollte.

Auf allen Amtsgebäuden prangte er, in allen landesfürstlichen Kirchen und von der Spitze des Stefansturmes hoch in den Lüften über dem Herzen des Reiches lugte er wie ein grimmiger Wächter in alle Länder der Monarchie, die mit tausend Fäden an Wien hingen und mit Freuden gaben, was die alte Kaiserstadt zu ihrem Blühen und Gedeihen brauchte. Auf den zerfetzten Sturmfahnen der altösterreichischen Regimenter war er in Gold und schwerer Seide eingestickt und wenn der Kaiser seine getreuen Völker zum Kampfe für die bedrohte Heimat rief, da gab es Tage, an denen auch das tote Tier lebendig wurde, dann rauschten seine Schwingen über die ruhmbedeckten Truppen Radetzkys und Albrechts, dann zog er hoch über der Adria seine stolzen Kreise und wurde Zeuge von Lissa. — — In Wien hielt man was auf ihn und, wenn der Marsch von Wagner „Unterm Doppeladler" klang, dann jubelten die Leute in vaterländischer Freude nicht anders wie beim Radetzky-Marsch.

Es kam der Krieg im Jahre 1914. Unter dem mächtigen Doppeladler auf dem Kriegsministerium entschieden sich die Schicksale von Millionen. Aber als es ernst wurde, als die Völker spürten, der schon tot geglaubte Doppeladler lebe, recke drohend seinen mächtigen Leib und greife kraftvoll nach den altvertrauten Fahnen, da erfaßte alle die helle Begeisterung, und singend zogen sie dem Feind entgegen. Schlugen ihn in unzähligen Schlachten, bis Verrat und Hunger sie zermürbte, Armee und Monarchie zusammenbrachen und der Traum unserer Väter zu einem schrecklichen Erwachen wurde ...

Das große, schöne Oesterreich zerfiel in wenig bedeutende Kleinstaaten, Deutschösterreich habert mit sich selbst, die Kaiserstadt ist eine bloße Großgemeinde geworden, an der die Länder keine Freude mehr haben, alle Symbole einstiger Größe und einstigen Glückes verschwanden, und als eines der letzten hat man nun auch den Doppeladler zu Grabe getragen. Mit Wehmut geben wir ihm das letzte Geleite.

Maurer.

Wiener - Stimmen

7.IV. 1919

33

Zeichnung von Theo Zasche.

Vindobona: Ihr habt infolge der vielen neuen Mitwähler aus dem Osten die Mehrzahl der Mandate erhalten, so nehmt denn Besitz von meinem Hause! Ich übergebe Euch den Schlüssel und werde zufrieden sein, wenn Ihr meinem Lueger, dessen Partei mir seit einem Vierteljahrhundert die Wirtschaft führte, auch nur bis zur kleinen Zehe reicht.

Reichspost

7./V. 1919

An die christliche Wählerschaft Wiens!

Die Wahlen in die n.-ö. Landesversammlung, in den Wiener Gemeinderat und in die Bezirksvertretungen sind abgeschlossen.

Sie haben bewiesen, daß das deutsch-christliche Wien sich wieder aufrichtet. Abermals hat sich gezeigt, wie tief die Anhänglichkeit und Treue zur christlichsozialen Partei im Wiener Volke wurzelt.

Der 4. Mai 1919 wird immerdar ein bedeutungsvoller Tag in der Geschichte unserer Bewegung, ein Ehrentag für das christlichsoziale Wien sein.

Tüchtige und brave Arbeit wurde geleistet. Die bewunderuswerte Haltung aller christlichen Wählerinnen und Wähler, die in dieser schweren Zeit ihre Pflicht gegenüber unserer Partei erfüllten, verdient den herzlichsten Dank des gesamten deutsch-christlichen Volkes.

Voll Zuversicht wollen wir weiterarbeiten. Die Zukunft ist unser! Wir rechnen damit gerade jetzt, da durch zwei der heißesten Wahlkämpfe erneut bewiesen ist, in welchem Maße wir uns auf die ungebrochene Kraft und Ausdauer unserer Gesinnungsgenossen verlassen können.

Nehmt für alle Eure Mühe und Treue den tiefgefühlten Dank der Parteileitung entgegen!

Es lebe die christlichsoziale Volkspartei!

Für den Wiener Parteirat:

Dr. Weiskirchner.

Leopold Kunschak. Leopold Steiner.

An die Landtagswähler in Niederösterreich-Land!

Mit seltener Pflichttreue hat das christliche deutsche Volk auf dem flachen Lande Niederösterreichs am 4. Mai seinen Mann gestellt. Deutsche Treue und christliche Gewissenhaftigkeit hat einen Sieg erfochten, der uns die Gewähr bietet, daß auch ein „rotes Wien" nie über uns zur Tagesordnung übergehen kann, immer unsere berechtigten Forderungen berücksichtigen muß.

Während die Stimmenzahl der anderen Parteien überall einen gewaltigen und merkenswerten Rückgang aufweist, hat unsere Phalanx standgehalten. Es hat sich eben gezeigt, daß unser Volk sich das ruhige Denken trotz des politischen Fieberwahnes nicht trüben ließ, sondern daß es klar erkannte, daß nur eine nüchterne, von allen Schlagworten freie Wirtschaftspolitik zur Gesundung führen kann.

Für uns soll dieses ergreifende Vertrauen ein neuer Ansporn sein, auf dem beschrittenen Wege weiterzugehen und unbeirrt um die angestaunten Götzen des Tages unsere Pflicht voll und ganz zu erfüllen. Unser Volk verlangt unsere Arbeit und die wollen wir auch in Hinkunft vollkräftig leisten. Helfe uns Gott, daß uns das schwere Werk bald gelinge!

Unseren bewährten Vertrauensmännern, jedem Wähler und jeder Wählerin unseren heißen und herzlichen Dank! Gestützt auf ihre Hilfe und Mitarbeit, die sie uns mit ihrem großen und erhebenden Vertrauen zugesichert haben, erhoffen wir sicheren Erfolg.

Die christlichsoziale Landesparteileitung für Niederösterreich:

Kollmann. Stöckler.

Der Neue Tag. Abend
8/IV. 1919

Das neue Staatswappen.

Der einköpfige Adler.

Die Begründung zu dem Entwurf eines Gesetzes über das Staatswappen und das Staatssiegel der Republik Deutschösterreich lautet:

Der Staatsrat hat in der Zeit des provisorischen Regimes die Frage des Staatswappens und des Staatssiegels beraten und sich entschlossen, die Frage der konstituierenden Nationalversammlung vorzubehalten. Ein Beschluß des Staatsrates hatte ein Emblem in Aussicht genommen, das die drei Hauptstände der Gesellschaft, Bürger, Bauer und Arbeiter, symbolisch darstellt und in der Wahl der Farben schwarz, rot und gold zugleich die nationale Zusammensetzung der Republik Deutschösterreichs versinnbildlicht. Auf Grund dieser Anregung hat das früher bestandene Staatssiegelamt eine Konkurrenz veranstaltet, aus der eine lange Reihe von Entwürfen hervorgegangen ist.

Die Fachleute der Heraldik bemängelten an den meisten dieser Entwürfe, daß sie zu sehr an die modernen Firmenzeichen, an die geschützten Marken und Muster des Handelsrechtes erinnern, und forderten ein Wappen, das sich gerade wegen seines heraldischen Charakters als Staatsemblem von Privatemblemen wirksam unterscheidet. Die Symbolik der Stände müsse in einer diskreteren Form angebracht werden, als in den meisten Entwürfen. Auf Grund dieser fachmännischen Erwägungen hat sich die Staatsregierung entschlossen, das vorliegende einfache und ganz den heraldischen Grundsätzen entsprechende Wappen der konstituierenden Nationalversammlung zur Annahme zu empfehlen.

Als Zeichen der Staatlichkeit überhaupt fungiert der Adler. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika, Mexiko und Polen bedienen sich des Adlers. Die Annahme, daß der Adler ein monarchisches Zeichen sei, ist ein Vorurteil: der Adler war das Symbol der Legionen der römischen Republik. Er versinnbildlicht die Souveränität des Staates. Der einköpfige Adler trägt auf der Brust ein Wappenschild, das rot-weiß-rote Bindenschild ist nicht das Schild eines Herrscherhauses, auch nicht das der Babenberger, sondern das Zeichen des Landes Oesterreich in der Zeit der Babenberger gewesen und war schon vor diesem fürstlichen Geschlechte landesüblich. Die drei Symbole Sichel, Hammer und Mauerkrone werden von dem Adler getragen. Auch diese drei Sinnbilder sind der Heraldik geläufig und so diskret angebracht, daß sie durchaus nicht aufdringlich wirken.

Da das Wappen die Aufgabe hat, Aemter und Anstalten als staatlich zu bezeichnen, kommt viel darauf an, daß die Bevölkerung dieser von allen anderen Abzeichen unterschiedene Abzeichen sofort als staatliches Kennzeichen versteht und achtet. Ein gewisser Anklang an die bisherigen staatlichen Wappen ist darum erwünscht.

Was nun die Berücksichtigung der Länder in dem Wappenzeichen betrifft, so kann später, wenn die Konstituante, wie zu erwarten, eine bundesstaatliche Verfassung beschließt, neben dem gebräuchlichen Wappen noch ein großes Staatswappen festgesetzt werden, in dem auf dem rot-weiß-roten Mittelschilde die Wappen der einzelnen Länder angebracht sind. Das ist aber erst dann möglich, wenn der Länderbestand einschließlich der allfällig zu erwerbenden Gebiete von Westungarn feststeht.

Die schleunige Beschlußfassung über das Gesetz ist deshalb notwendig, weil die Republik Deutschösterreich, sobald sie völkerrechtlich anerkannt ist, sofort den Friedensvertrag mit ihrem Staatssiegel zu fertigen haben wird und weil schon vorher die zur Friedensverhandlung Delegierten eine gesiegelte Beglaubigung haben müssen.

*

Nun also, nun also! Wie der Friedensvertrag aussehen wird, darauf haben wir keinen Einfluß, wir ahnen nicht (oder ahnen gar zu sehr), wie er aussehen wird, aber womit wir ihn siegeln werden, wissen wir nun gewiß. Die fürsorgliche Weisheit unserer Staaatsregierung hat endlich einmal ein Ei gelegt und aus ihr ist ein reizendes Vögelchen ausgekrochen, ein Wappentier, das sich sehen lassen kann. Wie nett! Nun haben wir doch wenigstens wieder einen halben Doppeladler! Jetzt lassen sich alle unsere patriotischen Phrasen von ehedem frisch aufbügeln, bald erklingt uns der Einzeladlermarsch und in den Schulheften stehen Aufsätze über das Schwingenrauschen des Einzeladers. Ja, und wenn jetzt der Bauer aufs Amt geht, merkt er doch wenigstens gleich, daß wir ein richtiger Staat sind, nicht einer wie die französische Republik, die mit ein paar Emblemen auskommt, sondern ein viel respektablerer. Mit einer bloßen Geschäftsfirma können wir nicht mehr verwechselt werden, erstens, weil eine solche bessere Geschäfte zu machen pflegt, zweitens, weil wir nun einen Adler haben, ganz wie die altrömische Legion. Und was für ein hübsches Ding er doch auf dem Köpfchen hat! Er braucht sich vor der gekrönten heraldischen Vogelwelt ringsum nicht im mindesten zu genieren, er hat wie nur einer seine Krone auf dem Kopf, sie symbolisiert aber nichts Kaiserliches, sondern etwas Bürgerliches. Ei, wie wird uns? Wir hatten ja zuletzt immer nur gehört, Bauern und Arbeiter allein machten den Staat aus? Krönt man jetzt das Haupt seines Sinnbilds mit einem bürgerlichen Symbol?

Arbeiterzeitung

8/V. 1919

37

Spannung in der Nationalversammlung.

In den Arbeiten der Nationalversammlung ist heute eine gewisse Stockung eingetreten. Im Plenum beschränkte man sich, die Tagesordnung ohne Debatte zu erledigen, und der Sozialisierungsausschuß, der heute die aufgeschobenen Abstimmungen vornehmen hätte sollen, vertagte sich im Einvernehmen aller Parteien gleich nach Eröffnung. In der Hauptsache, um den Klubs Gelegenheit zu einer Aussprache zu geben. Insbesondere drängt unsere Partei auf eine Klärung, die sich aus folgendem Beschlusse der Fraktion ergibt:

Der Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten zur konstituierenden Nationalversammlung Deutschösterreichs hat heute einen Bericht über die Arbeiten des Sozialisierungsausschusses und über die Beratung des Gesetzes über die Enteignung der Schlösser entgegengenommen.

Der Verband befürchtet, daß die Arbeiten des Sozialisierungsausschusses bei den heutigen Verhältnissen zu einer Verwässerung der Sozialisierungsgesetze führen könnten; er beauftragt daher den Vorstand, direkte Verhandlungen mit den Vertretern der anderen Parteien über die Sozialisierung einzuleiten und insbesondere eine Verständigung mit den Vertretern der Bauernschaft über diese Frage anzustreben. Der Verband erwartet, daß die Bauernschaft nicht mit den Kapitalisten gegen, sondern mit den Arbeitern für die Sozialisierung wirken werde. Ueber die Ergebnisse dieser Verhandlungen ist dem Verband ehestens zu berichten. Der Verband wird seine weitere politische Stellungnahme vom Ergebnis dieser Verhandlungen abhängig machen.

Auf der anderen Seite überwiegt im Augenblick das Interesse an den Pariser Friedensverhandlungen, die es ja sind, die über unser gesamtes Schicksal entscheiden werden. Darüber hat man heute im Hauptausschuß verhandelt und die Debatte wird, nachdem heute Bauer die Sachlage dargestellt hat, morgen fortgesetzt werden. Es laufen natürlich allerlei Unterströmungen mit. Erstens gewinnen die Anschlußfeinde Courage: die schamlosen Zeitungen, die darüber, daß die Entente Deutschösterreich sein Selbstbestimmungsrecht vergewaltigen will, ganz glücklich sind, arbeiten den Anschlußfeinden im Parlament und zu diesen zählen die Christlichsozialen innerlich ganz gewiß) in die Hände. Die Christlichsozialen möchten also offensichtlich eine Führung in Paris, die sich auf den Anschlußgedanken nicht festgelegt hat; scheinen also der Bestellung des Dr. Klein, der die deutschösterreichische Delegation führen soll, Widerspruch entgegenzusetzen. Aber da Dr. Klein, seit Monaten die Vorarbeiten leitend, der berufene Mann ist und überhaupt nicht zu ersetzen, so ist anzunehmen, daß sich diese Sache morgen klären wird. Erwähnen wollen wir noch, daß die Großdeutschen einen Antrag auf Einsetzung eines Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten eingebracht haben, den sie, obwohl daran nicht viel ist und damit nicht viel gemacht sein wird, eine ellenlange Begründung mitgegeben haben, die, wie jetzt alles, ein Ausdruck der Tatsache ist, daß alle in Sachen des Friedens gern etwas machen möchten, innerlich aber fühlen, daß die letzte Entscheidung ganz außerhalb unseres Willens liegt. Wozu auch der Plan gehört, für Deutschösterreich eine „kantonale" Verfassung auszuarbeiten. Als ob die Länder jetzt nicht selbständiger wären als selbst Glieder eines Bundesstaates! Es ist also eine gewisse Unruhe zu sehen; aber überschätzt braucht sie nicht zu werden.

Sitzung der Nationalversammlung.

Der Präsident eröffnet die Sitzung um ¼4 Uhr, aber um 4 Uhr war sie bereits zu Ende. Die auf der Tagesordnung stehenden Berichte wurden ohne Debatte erledigt. Danach beantwortete noch der Staatssekretär für Finanzen eine Interpellation über die Anmeldung und Kontrolle der Vermögensschaft. Der Staatssekretär gab zu, daß sich die Verordnung nicht durchwegs durch ein gemeinverständliches Deutsch auszeichnet. (Heiterkeit.) Dieser Mangel sei durch die große Hast erklärlich, mit welcher die Verordnung verfaßt werden mußte, und werde durch die Hinausgabe der populär gehaltenen Merkblätter behoben werden. Allerdings sind diese Merkblätter infolge der Postverhältnisse noch nicht überall an ihre Adressen gelangt. Daran, daß die ganze Maßregel als schikanös empfunden wird, läßt sich nichts ändern. Es ist der Finanzverwaltung wohl bekannt, daß die Erhebungen und das Eindringen in private und geschäftliche Verhältnisse für das Publikum sehr unangenehm sind. Aber eine Vermögenseinhebung, die vorgenommen werden soll, ohne daß bereits Material vorliege, wie in Deutschland, kann nicht ohne schwere Unbequemlichkeiten der Bevölkerung durchgeführt werden. Was die Verlängerung der Anmeldefrist betrifft, so spricht dagegen das Bedenken, wenn man die Bevölkerung schon schikaniert, so soll man sie wenigstens möglichst kurze Zeit schikanieren. (Heiterkeit und Zustimmung.) Dazu kommt, daß die Anmeldung durchgeführt sein muß, bevor das Gesetz über die Vermögensabgabe fertiggestellt hinausgegeben wird. Von allen Seiten wird darauf gedrängt, daß die Vermögensabgabe so schnell als möglich gemacht werde, und das soziale Bewußtsein verlangt eine schnelle und energische Vermögensabgabe. Die Finanzverwaltung selbst hätte gegen eine kurze Ausdehnung der Anmeldefrist keine prinzipiellen Bedenken und würde sich in dieser Beziehung den Wünschen der Bevölkerung, wie sie durch die Nationalversammlung repräsentiert ist, anpassen.

Eingebracht wurden sieben Anträge und zwei Anfragen. Damit war die Sitzung zu Ende und der Präsident konnte nur mitteilen, daß er den Tag der nächsten Sitzung noch nicht bestimmen könne. Das hänge von der Verhandlung im Hauptausschuß ab.

Ostdeutsche Rundschau
8.IV.1919

38

Das Staatswappen.

Die Begründung zu dem Entwurfe eines Gesetzes über das Staatswappen und das Staatssiegel der Republik Deutschösterreich lautet:

Der Staatsrat hat in der Zeit des provisorischen Regimes die Frage des Staatswappens und des Staatssiegels beraten und sich endlich entschlossen, die Frage der konstituierenden Nationalversammlung vorzubehalten. Ein Beschluß des Staatsrates hatte ein Emblem in Aussicht genommen, das die drei Hauptstände der Gesellschaft, Bürger, Bauer und Arbeiter, symbolisch darstellt und in der Wahl der Farben schwarz, rot und gold zugleich die nationale Zusammensetzung der Republik Deutschösterreich versinnbildlicht. Auf Grund dieser Anregung hat das früher bestandene Staatssiegelamt eine Konkurrenz veranstaltet, aus der eine lange Reihe von Entwürfen hervorgegangen ist. Die Fachleute der Heraldik bemängelten an den meisten dieser Entwürfe, daß sie zu sehr an die modernen Firmenzeichen, an die geschützten Marken und Muster des Handelsrechtes erinnern und forderten ein Wappen, das sich gerade wegen seines heraldischen Charakters als Staatsemblem von Privatemblemen wirksam unterscheidet. Die Symbolik der Stände müsse in einer diskreteren Form angebracht werden als in den meisten Entwürfen. Auf Grund dieser fachmännischen Erwägungen hat sich die Staatsregierung entschlossen, das vorliegende einfache und ganz den heraldischen Grundsätzen entsprechende Wappen der konstituierenden Nationalversammlung zur Annahme zu empfehlen.

Als Zeichen der Staatlichkeit überhaupt fungiert der Adler — die Vereinigten Staaten von Nordamerika, Mexiko und Polen bedienen sich des Adlers. Die Annahme, daß der Adler ein monarchisches Zeichen sei, ist ein Vorurteil. Der Adler war das Symbol der Legionen der römischen Republik. Er versinnbildlicht die Souveränität des Staates. Der einköpfige Adler trägt auf der Brust ein Wappenschild, das rot-weiß-rote Bindenschild ist nicht das Schild eines Herrscherhauses, auch nicht das der Babenberger, sondern das Zeichen des Landes Oesterreich in der Zeit der Babenberger gewesen und war schon vor diesem fürstlichen Geschlechte landesüblich. Die drei Symbole Sichel, Hammer und Mauerkrone werden von dem Adler getragen. Auch diese drei Sinnbilder sind der Heraldik geläufig und so diskret angebracht, daß sie durchaus nicht aufdringlich wirken.

Da das Wappen die Aufgabe hat, Aemter und Anstalten als staatlich zu bezeichnen, kommt viel darauf an, daß die Bevölkerung dieses von allen anderen Abzeichen unterschiedene Abzeichen sofort als staatliches Kennzeichen versteht und achtet. Ein gewisser Anklang an die bisherigen staatlichen Wappen ist darum erwünscht.

Was nun die Berücksichtigung der Länder in dem Wappenzeichen betrifft, so kann später, wenn die Konstituante, wie zu erwarten, eine bundesstaatliche Verfassung beschließt, neben dem gebräuchlichen Wappen noch ein großes Staatswappen festgesetzt werden, in dem auf dem rot-weiß-roten Mittelschilde die Wappen der einzelnen Länder angebracht sind. Das ist aber erst dann möglich, wenn der Länderbestand einschließlich der allfällig zu erwerbenden Gebiete von Westungarn feststeht.

Die schleunige Beschlußfassung über das Gesetz ist deshalb notwendig, weil die Republik Deutschösterreich, sobald sie völkerrechtlich anerkannt ist, sofort den Friedensvertrag mit ihrem Staatssiegel zu fertigen haben wird und weil schon vorher die zur Friedensverhandlung Delegierten eine gesiegelte Beglaubigung haben müssen.

9.IV.1919

9

89

Wien als deutsche Kulturstadt.

Von Hans Huebmer (Wien).

Wien als Kulturstadt, ja als Kulturstadt ersten Ranges — wem wäre das etwas Neues! Aber wer unter denen, die es angeht, wer unter den Deutschen im Reich weiß von Wien als deutscher Kulturstadt? Es ist uns Deutsch-österreichern schon im Frieden und auch in den vergangenen Kriegsjahren stets schwergefallen, im Ausland als Deutsche anerkannt zu werden. „Ihr seid doch keine Deutschen, ihr seid eben Oesterreicher!", dies bekam ich, während ich in Deutschland studierte, oft genug zu hören und litt darunter um so mehr, als ich wußte, daß es in ganz Oesterreich eigentlich keinen „Oesterreicher" gab, sondern bloß Deutsche, Tschechen, Polen usw. österreichischer Staatszugehörigkeit. Noch weniger gab es jemals eine österreichische Kultur, denn dazu hätte es ein einheitliches österreichisches Volk geben müssen, wohl aber eine tschechische, polnische usw. und natürlich vor allem einen — und zwar nicht den dürrsten — Zweig der deutschen Kultur. War der Südtiroler oder der Triestiner — mochte er auch durchaus loyaler Untertan der Habsburger Monarchie und keineswegs Irredentist sein — sein ganzen Kultur und Gesittung nach Italiener, so war der österreichische Deutsche von jeher — mochte er es sich selbst zugestehen oder nicht — Deutscher und fühlte sich durchaus als solcher. Wollte man aber den Einwand machen, die österreichischen Deutschen hätten stets einen dem Mutterland etwas entfremdeten Volksteil dargestellt, wären seit Jahrhunderten ihre eigenen Wege gegangen und so dem Deutschtum auch geistig stark entrückt, weil eben ihre Schicksale mehr an slawische und romanische Völker gekettet waren als an die Stammesbrüder jenseits der Grenze, so muß demgegenüber bemerkt werden, daß der Deutschösterreicher in den seltensten Fällen eine andere Landessprache verstand, infolgedessen unfähig war, in den Geistes- und Kulturkreis derjenigen Völker einzudringen, von denen er oft kaum eine Schnellzugstunde weit wohnte. Anderseits sind die meisten Deutschösterreicher, soweit sie überhaupt reisen, im Deutschen Reiche gewesen, sie lesen reichsdeutsche Bücher und Zeitungen und standen so mit ihren ausländischen Volksgenossen in weit engerer Berührung als mit ihren stammesfremden Mitbürgern, deren Land man meist nur vom Hörensagen kannte; der Verfasser kennt wenige Wiener, die von Galizien oder von den südslawischen Ländern mehr wissen, als sie in der Schule gelernt haben, während ihnen umgekehrt das Deutsche Reich kaum weniger bekannt ist als die deutschen Länder Oesterreichs selbst. So hat sich der Deutschösterreicher, der Wiener zumal, stets als Glied des deutschen Kulturkreises gefühlt.

Betrachten wir aber einmal die Sache vom reichsdeutschen Standpunkt, so sieht sie — wie schon gesagt — wesentlich anders aus. Jenseits der schwarzgelben Pfähle ist „Oesterreich" ein einheitlicher Begriff gewesen; man kannte die schwierige Lage der österreichischen Deutschen entweder gar nicht oder hatte dafür kein Verständnis. Der Reichsdeutsche war — dies weiß der Verfasser aus Erfahrung — höchstens im Sommer in Tirol oder im Salzkammergut, und natürlich kannte er Wien, wo er einige genußreiche Tage verbracht hat und das ihm, wie einst den Verfassern der „Xenien", als lebensfrohe, üppige Phäakenstadt erschien, die wohl genießen, nicht aber arbeiten kann. Daß dieser Zustand der Kongreßzeit 1814—15, nicht aber der weit trüberen Gegenwart entspricht, daß dies höchstens in der Perspektive des Fremden so erscheint, der hier nur einige Tage dem Vergnügen widmet, daß dieses Urteil wohl für den Graben und die Kärntner Straße, nicht aber für die Geschäfts- und Fabrikbezirke paßt, darüber gibt sich der Fremde in der Regel keine Rechenschaft. Und wenn gerade von den Deutschen Wien nicht so als eine ihrer Städte gewertet worden ist, wie sie es verdient, so wollen wir nun weder klagen noch anklagen, sondern aufklären und trachten, daß es besser wird. Es gilt hier eine Versäumnis gutzumachen, ehe es zu spät wird, denn bezeichnenderweise war die Stellung Wiens als deutsche Stadt im vielsprachigen alten Oesterreich weit weniger bedroht als sie heute ist, da die in den letzten Jahrzehnten eingewanderten Tschechen — Dienstboten, Arbeiter, Gewerbsleute, Beamte usw. — Anstalten treffen, sich als Staat im Staate betrachten zu lassen und die eigenartige geographische Lage in Wien in die Gefahr versetzt, internationalisiert, d. h. von seinem deutschen Mutterboden abgerissen und balkanisiert zu werden. Fünf der von Wien ausstrahlenden acht Schnellzugslinien führen in die Tschechoslowakei, von deren nächstem Punkte (bei Marchegg) Wien nur 30 Km. entfernt ist; von der ungarischen Grenze bei Bruck a. d. Leitha beträgt der Abstand bis zum nächsten Punkte der Peripherie von Wien kaum 20 Km. (die Verlegung dieser Grenze weiter nach Osten wäre sowohl im Interesse der von Madjarisierung und Bolschewisierung schwer bedrohten 300 000 deutschen Heanzen Westungarns wie auch wegen der Brotversorgung des Wien-Neustädter Industriegebietes eine der wichtigsten Forderungen Deutschösterreichs an die Friedenskonferenz!). Zwar ist Wien von Jugoslawien mehr als 150 Km., noch weiter (280 Km.) von der italienischen Grenze entfernt, doch sind diese Entfernungen im Zeitalter der Expreßzüge und der Luftpost nicht sehr bedeutend, zumal die Westmächte alles daransetzen werden, aus dem deutsch-österreichischen Alpengebiete eine Brücke zwischen Italien und dem südslawischen S. H. S. *) - Staate einerseits, den nordslawischen Reichen (Tschechien, Polen) anderseits zu machen, d. h. es national zu entrechten und ihm eine fremde Kultur aufzuzwingen.

Mannigfach sind also die Gefahren, die der Umsturz Wien als einer Stätte fast tausendjähriger deutscher Kultur gebracht hat; durch Klagen allein werden diese Gefahren nicht aus der Welt geschafft werden, wohl aber durch zielbewußte Arbeit. Auf eigene Beine gestellt werden die von vier fremden Völkern eingeschlossenen 6 Millionen Alpendeutschen — von den 8½ Millionen Sudetendeutschen, die räumlich getrennt von ihren alpenländischen Volksgenossen längs der sächsischen und schlesischen Grenze siedeln, ist absichtlich bisher nicht die Rede gewesen, da für sie ganz andere räumliche, nationale und wirtschaftliche Verhältnisse bestehen — sich kaum halten können; dies kann nur geschehen im Anschluß ans Mutterland, und dieser kann nur bestehen, wenn er ein geistiger Anschluß ist, wenn die lange getrennten Brüder einander wieder kennen lernen.

*) Bedeutet: Vereinigtes Königreich der Serben, Kroaten (Horvatski), Slowenen.

Neues Wiener Tagblatt
10./V. 1919

Deutschösterreich.

Einberufung in die Nationalversammlung.

Aus Wiener-Neustadt wird uns gemeldet: An Stelle des Bürgermeisters und Landtagsabgeordneten Anton Ofenböck, welcher laut Beschluß der sozialdemokratischen Partei auf sein Mandat in der konstituierenden Nationalversammlung aus Gründen der Inkompatibilität verzichten mußte, wurde Frau Julie Rauscha in die Nationalversammlung einberufen. Frau Rauscha ist Funktionärin der sozialdemokratischen Frauenorganisation im 9. Bezirk in Wien.

Massenkundgebungen der bedrohten deutschen Bevölkerung in Niederösterreich.

In Gmünd und in Poysdorf fanden gestern unter gewaltiger Beteiligung der Bevölkerung Einspruchskundgebungen gegen die Einbeziehung rein deutscher Gebiete von Niederösterreich zum tschecho-slowakischen Reiche statt.

In Gmünd erschienen die Abgeordneten Kittinger, Lenz, Höher, Schneider, Maringer, Dr. Mittermann, Lindner und Reiter. Als Redner traten ferner auf Baurat Breitentaler, Ingenieur Bitza und Eisenbahnbeamter Edinger. In allen Versammlungen wurde folgende Entschließung mit stürmischer Begeisterung angenommen: „Die in Gmünd und in Böhmzeil unter freiem Himmel tagenden Versammlungen von mehr als 10,000 deutschen Männern und Frauen des politischen Bezirkes Gmünd geben einmütig und unerschütterlich ihren Willen kund, sich mit allen Mitteln gegen die im Friedensentwurf von St.-Germain enthaltenen Grundsätze in ihrem Bezirke zur Wehr zu setzen. Unbesiegt haben unsre Brüder die Waffen niedergelegt, weil sie und mit ihnen das ganze Volk Deutschösterreichs in dem der ganzen Welt verheißenen Selbstbestimmungsrecht der Völker ein Mittel zu sehen glaubten, den durch vier Jahre geflossenen Strömen von Blut Einhalt zu tun. Hatten doch unsre Gegner, insbesondere Amerika und England, wiederholt erklärt, nur für die Wahrung von Recht und Freiheit das Schwert ergriffen zu haben, und nun sollen zahlreiche Gemeinden unsres Bezirkes, unsrer deutschen Waldheimat, abgetrennt werden von unserm deutschen Staate und unter die Herrschaft unsrer erbittertsten völkischen Feinde, der Tschechen, kommen, auch Gemeinden, in denen nicht ein einziger Tscheche wohnt, Gemeinden, die seit ihrem Bestehen rein deutsch sind. Den unumstößlichen Beweis dafür bilden die amtlichen Wahlziffern vom 16. Februar dieses Jahres. Wir wissen, daß ihre tschechischen Berater in Paris seit Jahr und Tag keine Gelegenheit versäumten, unsern rein deutschen Boden in ein gemischtsprachiges Gebiet umzulügen, darum schreien wir es heute in letzter Stunde noch hinaus in die Welt, daß unsre Heimat, die unsre Vorfahren aus unberührtem Urwald zu einem Kulturlande gemacht haben, seit jeher deutsch war und bis heute deutsch ist. Deshalb verlangen wir vor dem Forum der ganzen Welt unser Selbstbestimmungsrecht. Dieser Friede ist kein Friede, sondern er treibt uns zur Verzweiflung. Er läßt uns auch angesichts der für ein freies Volk unmöglichen wirtschaftlichen Bestimmungen nur die Wahl zwischen langsamem völkischem und wirtschaftlichem Zutodegequältwerden oder einem sofortigen Endkampfe. Möge es in Paris vermerkt werden, daß wir den letzteren wählen. Wir fordern deshalb unsre Regierung auf, diesen Frieden nicht zu unterzeichnen, wir fordern sie auf, unser einmütiges Bekenntnis zum deutschen Volke und zum deutschen Staate zu hören und danach zu handeln. Die klar erkennbare nationale Linie, die Wilson für alle neuen Grenzen forderte, führt nicht durch unser Land, sondern durch Böhmen. Daher weg mit diesem Friedensdiktat, das unser Todesurteil ist!"

Ebenso machtvoll gestaltete sich die Kundgebung in Poysdorf. Von den Abgeordneten des Wahlbezirkes waren erschienen: Landesrat Pölzer, Doktor Buresch, Wody, Eisenhut, Göstl, Dersch, Wollek, Heß, Veith, Lang und Licht. Bürgermeister Schwayger sagte in seiner Eröffnungsansprache: Unsre slawischen Feinde wollen sich urdeutsches Land aus Niederösterreich aneignen, deutscher Boden, der Jahrhunderte von deutschen Bauern bebaut und betreut worden ist, soll slawischer Habgier zum Opfer fallen. Der Gerichtsbezirk Feldsberg und die Gemeinden Herrnbaumgarten, Poysbrunn und Falkenstein sollen dem tschecho-slowakischen Staat einverleibt werden. (Stürmische Entrüstungsrufe.) Nie und nimmer wollen wir das zugeben und einträchtig wollen wir zeigen, daß wir nicht gewillt sind, gütlich unser bestes Land der Habsucht eines fremden Volkes preiszugeben. Es sprach noch Landesrat Pölzer, Abg. Eisenhut, Franz List. In der begeistert angenommenen Entschließung heißt es: „Die Versammelten fordern im Namen des Rechtes, daß die geplante Vereinigung der niederösterreichischen Grenzgebiete mit dem tschecho-slowakischen Reiche unterbleibe und daß diese Gebiete auch weiterhin in dem Verbande verbleiben, mit dem sie durch Abstammung, Geschichte und Kultur seit jeher unauflöslich verbunden sind, dem Verbande des deutschen Niederösterreich." Eindrucksvoll und würdig war auch die Kundgebung von Hohenau.

Neue Freie Presse

10./V. 1919

41

Konstituierende Nationalversammlung.

Wien, 9. Mai.

Die Nationalversammlung hat heute die Wahl des Abgeordneten Eldersch zum Staatssekretär für Inneres und des Professors Dr. Julius Tandler zum Unterstaatssekretär für Volksgesundheit vorgenommen. Die Mitglieder der Großdeutschen Vereinigung beteiligten sich nicht an der Wahl. In dem Gesetze über die Staatsregierung vom 14. März d. J. wurde das Staatsamt für soziale Verwaltung mit der Zuständigkeit der früheren Staatsämter für soziale Fürsorge, Volksernährung und Volksgesundheit geschaffen. Bis zur Durchführung dieser Vereinigung sollte das Staatsamt für Volksernährung noch fortbestehen. Nun ist auch für die Volksgesundheit ein besonderer Leiter ernannt worden. Die nächste Sitzung der Nationalversammlung findet Mittwoch statt. Auf der Tagesordnung steht als letzter Punkt die Vorlage über die Betriebsräte.

(14. Sitzung).

Die Wahl der neuen Kabinettsmitglieder.

Präsident Seitz eröffnet die Sitzung um 3 Uhr und schlägt über Beschluß des Hauptausschusses vor, auf die Tagesordnung die Wahl eines Unterstaatssekretärs für Volksgesundheit zu setzen. Das Haus stimmt diesem Vorschlage zu.

Berichterstatter des Hauptausschusses Dr. Weiskirchner beantragt auf Grund einstimmigen Beschlusses des Hauptausschusses, den Abg. Eldersch zum Staatssekretär für Inneres zu wählen.

Berichterstatter des Hauptausschusses Sever beantragt auf Grund einstimmigen Beschlusses des Hauptausschusses zum Unterstaatssekretär für Volksgesundheit Universitätsprofessor Dr. Julius Tandler zu bestellen.

Die Anträge des Hauptausschusses werden in namentlicher Abstimmung mit sämtlichen abgegebenen 71 Stimmen angenommen.

Ueber Befragen des Präsidenten Seitz erklärt Abgeordneter Eldersch, die Wahl zum Staatssekretär für Inneres anzunehmen.

Die Einholung der Antwort des Universitätsprofessors Doktor Tandler wird durch die Staatskanzlei erfolgen.

An Stelle der Abgeordneten Dr. Gürtler und Dr. Schönbauer, welche mit Rücksicht auf ihre Wahl in die Friedensdelegation die Mandate als Mitglieder des Hauptausschusses niedergelegt haben, und des zum Staatssekretär gewählten Abgeordneten Eldersch werden in den Hauptausschuß gewählt die Abgeordneten Schoiswohl, Dr. Ursin und Smitka.

Hierauf werden Ausschußersatzwahlen vorgenommen.

Hiemit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung Mittwoch den 14. d., 3 Uhr nachmittags, mit folgender Tagesordnung: Bericht des Ausschusses für Erziehung und Unterricht über das Gesetz, betreffend die definitive Anstellung von Bezirksschulinspektoren; Berichte des Ausschusses für soziale Verwaltung über die Gesetze, betreffend die Nachtarbeit der Frauen und den Ladenschluß im Handelsgewerbe; Bericht des Ausschusses für Handel und Industrie über die Anträge, betreffend den Abbau der Zentralen; endlich Bericht des Ausschusses für Sozialisierung über das Gesetz, betreffend die Errichtung von Betriebsräten.

Präsident Seitz macht darauf aufmerksam, daß in der nächsten Zeit in den Ausschüssen wichtige Arbeiten zu leisten sind, weshalb die Mitglieder der Ausschüsse dringend gebeten werden, in Wien zu bleiben, um an diesen Arbeiten teilnehmen zu können.

Anträge werden überreicht von den Abgeordneten Dengg, betreffend die Anrechnung eines Drittels der Militärdienstzeit zur Erlangung der höheren Bezüge für die aus dem Stande der Unteroffiziere hervorgegangenen Staatsbeamten;

Kittinger, betreffend die Abänderung der Bestimmung der Geschäftsordnung über die Wahl von Ausschußersatzmännern.

Anfragen werden überreicht von den Abg. R. Gruber, betreffend Vorkehrungen gegen die Bedrohung der deutschösterreichischen Grenzgemeinden durch einen Einfall der ungarischen Roten Armee;

Straffner, betreffend die Behandlung der aus den vom Feinde besetzten Gebieten vertriebenen deutschen Staatsangestellten;

Schneidmadl, betreffend Maßnahmen zur Verhinderung von Rechtshandlungen, die der Bodenreform entgegenwirken können.

Reichspost

10./V. 1919

Die Gemeindewahlen in Niederösterreich.

Wie bereits berichtet, werden die Wahlen in die Landgemeinden Niederösterreichs für den 22. Juni ausgeschrieben. Die neue Gemeindewahlordnung, nach der diese Wahlen vorgenommen werden, weicht nicht nur in jenen Bestimmungen, in denen sie der Wahlreform für den Landtag und die Städte mit eigenem Statut angepaßt ist, sondern auch in jenen, die von dem bisherigen Wahlrecht stehen geblieben sind, wesentlich ab. So wird in Hinkunft der bisher übliche Ausdruck „Gemeindeausschuß" durch die Bezeichnung „Gemeinderat" ersetzt. Die Zahl der Mitglieder des Gemeinderates ist gegenüber den bisherigen Ansätzen im allgemeinen herabgesetzt. Der Gemeinderat wählt aus seiner Mitte den Gemeindevorstand, das ist der Bürgermeister und mindestens zwei geschäftsführende Gemeinderäte, deren Zahl aber den dritten Teil der Gemeinderäte nicht übersteigen darf. Der zur Vertretung des Bürgermeisters bestimmte Gemeinderat führt den Titel „Vizebürgermeister", in größeren Gemeinden können mit Bewilligung der Landesregierung bis zu drei Vizebürgermeister bestellt werden. Wahlberechtigt ist jeder deutschösterreichische Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechtes, der vor dem 1. Jänner d. J. das 20. Lebensjahr überschritten hat und in der betreffenden Gemeinde am 4. Jänner, dem Tage der Ausschreibung der Nationalversammlungswahlen, und am Wahltage seinen ordentlichen Wohnsitz hat.

Ausgenommen sind alle diejenigen, die die Staatsbürgerschaft oder den Wohnsitz in der Gemeinde inzwischen verloren haben, ferner Personen, die einen Aufenthalt in der Gemeinde lediglich deshalb haben, weil sie zur militärischen Dienstleistung in der Gemeinde oder auf Grund des Kriegsdienstleistungsgesetzes zur Dienstleistung in einem militärischen Betriebe herangezogen worden sind. Diese sind nicht wahlberechtigt und aus dem Wählerverzeichnis zu streichen. Es sind daher beispielsweise auszuscheiden: Pfleglinge in Militärheilanstalten oder Invalidenschulen, in Versorgungsanstalten, Volkswehrmänner bei einer in der Gemeinde befindlichen Volkswehrabteilung, Militärwache oder einer sonstigen militärischen Abteilung, ferner Personen, die auf Grund der Landsturmpflicht oder des Kriegsdienstleistungsgesetzes zu Arbeiten in einem militärischen Zwecken dienenden Betriebe beschäftigt sind. Alle diese sind nur dann wahlberechtigt, wenn sie vor ihrer Einrückung in der betreffenden Gemeinde ihren ordentlichen Wohnsitz hatten oder bei Pfleglingen in einer im Gemeindegebiet gelegenen Versorgungsanstalt, wenn sie vor der Aufnahme in die Anstalt in dieser Gemeinde heimatsberechtigt waren. Dagegen finden Heimkehrer Aufnahme, wenn sie vor ihrer Einrückung in der Gemeinde ihren ordentlichen Wohnsitz hatten.

Zwei Stimmen = ein Mandat.

Wie wichtig es ist, daß alle Wahlberechtigten zur Wahl gehen, kann man aus folgendem Beispiele ersehen. Im Bezirke Landstraße waren am letzten Sonntag 13 Gemeinderäte zu wählen. Abgegeben wurden 52.389 gültige Stimmen. Davon erhielten die Sozialdemokraten 25.285, Christlichsozialen 16.795, Deutschnationalen 4019, Tschechen 3679, Vereinigten Demokraten 2611 Stimmen. Wahlzahl ist nach dem bekannten Verfahren **3612.** Hätten die Sozialdemokraten nur um 2 Stimmen weniger gehabt, nämlich nur 15.283, so wären ihnen, da 3612 in 25.283 nur 6mal enthalten ist, nur 6 Mandate zugefallen, während sie in Wirklichkeit 7 Mandate erhielten. Das 7. Mandat wäre dann den Christlichsozialen zugefallen und diese hätten dann 5 Mandate während sie nur 4 haben.

Die Zeit

10.IV.1919

Die neuen Staatsfunktionäre.

Angelobung der neugewählten Regierungsmitglieder.

Nach der Haussitzung fand die feierliche Angelobung des neugewählten Staatssekretärs für Inneres Matthias Eldersch und des neugewählten Unterstaatssekretärs für Volksgesundheit, Universitätsprofessors Dr. Julius Tandler, statt.

Präsident Seitz richtete zuerst an den neugewählten Staatssekretär für Inneres eine kurze Ansprache, in der er hervorhob, er sei überzeugt, daß Staatssekretär Eldersch auf Grund seiner langjährigen Erfahrung in den ihm nunmehr zustehenden Agenden diese im selben Geist fortführen werde, in dem sie bisher durch Staatskanzler Dr. Renner geleitet wurden.

An Unterstaatssekretär Dr. Tandler richtete er eine Ansprache, in der er betonte, daß angesichts der schrecklichen Folgen des Krieges eine unserer Hauptsorgen sein muß, der Wiederaufrichtung der Menschheit in körperlicher Hinsicht die größte Sorgfalt zu widmen, um jenes tüchtige Geschlecht heranzuziehen, dessen unsere junge Republik bedarf. Wenden Sie dieser Aufgabe, zu der Sie Ihre reiche, langjährige wissenschaftliche Tätigkeit in erster Linie befähigt, Ihre größte Aufmerksamkeit zu. Sie sind dazu berufen, denn Sie haben in Ihrer ganzen wissenschaftlichen Arbeit den Beweis dafür erbracht. Wir anerkennen in hohem Grade das Opfer, das Sie haben in ihrer ganzen wissenschaftlichen Aufgaben entzogen werden. Sie haben dieses patriotische Opfer gebracht. Wir sprechen Ihnen unseren Dank dafür aus und geben der Hoffnung Ausdruck, daß Sie der Wissenschaft nicht ganz entzogen werden, insbesondere nicht der Lehrtätigkeit an unserer ersten Universität.

Staatskanzler Dr. Renner verlas sodann die Gelöbnisformel, worauf Staatssekretär Eldersch und Unterstaatssekretär Dr. Tandler in die Hände des Präsidenten Seitz das Gelöbnis ablegten.

* * *

Staatssekretär Matthias Eldersch.

Staatssekretär Matthias Eldersch ist in Brünn geboren und war ursprünglich Weber von Beruf. Als langjähriger Sekretär der Brünner Arbeiterkrankenkasse erwarb er sich gründliche Kenntnisse auf dem Gebiete des Versicherungswesens. Als Redakteur des Brünner sozialdemokratischen Organs „Der Volksfreund" war er wiederholt in politische Prozesse verwickelt und abgeurteilt worden. Während des Krieges war Eldersch, der bis 1911 dem Abgeordnetenhaus angehört hatte, sehr erfolgreich auf dem Gebiete des Ernährungswesens tätig; er war auch Direktor des Ernährungsamtes.

Unterstaatssekretär Dr. Tandler.

Prof. Dr. Julius Tandler, ein gebürtiger Wiener, ist 50 Jahre alt. Nach Absolvierung der Wiener Universität wurde er Demonstrator bei Hofrat Zuckerkandl und später dessen Lieblingsassistent, der sich durch glänzendes Lehrtalent hervortat. Nach dem Tode Zuckerkandls übernahm er dessen Lehrkanzel. Der Zulauf zu seinen Vorlesungen war seit je ein bedeutender, seine Vorlesungen immer weit über den Fassungsraum des Hörsaales besucht. Tandler hat wertvolle anatomische Arbeiten veröffentlicht, namentlich Studien über vergleichende Anatomie und über Sexualcharaktere bei den Tieren. Er gehört der sozialdemokratischen Partei an und wurde jüngst im 9. Bezirk in den Gemeinderat gewählt. In seinem öffentlichen Wirken war er namentlich für Volksaufklärung und Volksbildung tätig. Die Wiener Aerzte sind mit seiner Berufung sehr zufrieden, namentlich die jüngere Generation, die in ihm den vortrefflichen Lehrer schätzt. Die älteren Aerzte glauben, daß ihm Klugheit und Verstand das ersetzen werden, was ihm als dem Vertreter eines theoretischen Faches an praktischer Erfahrung in Heilkunde und Hygiene abgeht.

Neue Freie Presse

Abendl 13.V.1919

47

Ein Bundesverfassungsentwurf der christlichsozialen Partei.

Demission Hausers und Finks als Parteiobmänner.

Wien, 13. Mai.

Die Christlichsoziale Vereinigung veröffentlicht heute den Entwurf einer Bundesverfassung. Der Entwurf ist vorläufig als eine Anregung zu betrachten, die zunächst in der christlichsozialen Partei erörtert werden wird. Erst nach Abschluß dieser Diskussion wird es sich entscheiden, ob dieser Entwurf in Form eines Initiativantrages in der Nationalversammlung eingebracht werden wird. Die Anregung ist auf die separatistische Strömung zurückzuführen, die sich schon seit Entstehen der deutschösterreichischen Republik in den Ländern bemerkbar macht und die erst vor kurzem ihren Ausdruck in der wirtschaftlichen Abschließung der Länder gefunden hat. Die teils abgeschlossenen, teils noch im Zuge befindlichen Landtagswahlen mit ihrem Rückgang der sozialdemokratischen Stimmen haben bei den Christlichsozialen die Ueberzeugung hervorgerufen, daß die Länder mit der Politik der Wiener Regierung nicht einverstanden seien und eine gewisse Sonderstellung anstreben. Die Staatsregierung hat von diesen Bestrebungen Kenntnis und ist auch darüber unterrichtet, daß die Christlichsozialen einen derartigen Initiativantrag vorbereiten. Die Staatsregierung steht diesen Bestrebungen prinzipiell nicht ablehnend gegenüber. Erst kürzlich ist in dem Motivenberichte zum Gesetz über das Staatswappen und das Staatssiegel gesagt worden, es sei zu erwarten, daß die Konstituante eine bundesstaatliche Verfassung beschließen werde. Man glaubt jedoch, daß diese Frage erst spruchreif sein dürfte, bis das Schicksal Deutschösterreichs auf der Friedenskonferenz entschieden sein wird.

Wie in parlamentarischen Kreisen auf das bestimmteste verlautet, haben Präsident Hauser und Vizekanzler Fink in der Vorwoche ihre Demission als Parteiobmänner gegeben. Den Anlaß dazu bildeten Differenzen, die über die Taktik der Partei im Christlichsozialen Klub aufgetaucht sind. Es besteht dort ein aus den Wiener Vertretern und den früheren Abgeordneten aus den Ländern zusammengesetzter radikaler Flügel, der mit der bisher geübten Taktik der Kompromisse, wie sie in der letzten Zeit bei dem Sozialisierungsgesetze und bei der Feststellung der Friedensdelegation geschlossen wurden, nicht einverstanden ist und ein entschiedeneres Auftreten verlangt. Sowohl Präsident Hauser als auch Vizekanzler Fink werden in der morgigen Sitzung wiedergewählt werden, es ist jedoch zweifelhaft, ob Prälat Hauser die Wiederwahl annimmt, da er die Absicht hat, sich im Falle eines für die Partei günstigen Ausganges der Landtagswahlen auf die Stelle eines Landeshauptmannes von Oberösterreich zurückzuziehen. Auch im Falle der Nichtannahme der Wiederwahl würden sowohl Hauser als auch Fink in ihren Stellungen als Präsident der Nationalversammlung, beziehungsweise als Vizekanzler, weiter verbleiben.

Der christlichsoziale Verfassungsentwurf.

Die Christlichsoziale Vereinigung wird sich demnächst mit dem Entwurf einer Bundesverfassung beschäftigen, dem wir folgenden kurzen Auszug entnehmen:

Die freien Völker der selbständigen Länder Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg, Steiermark, Kärnten, Tirol, Vorarlberg, Heinzenland und der Freistadt Wien in ihrem gegenwärtigen Umfange schließen aus eigenem Antriebe und aus freiem Entschlusse sich zum deutschen Freistaat Oesterreich zusammen.

Das Gebiet der Freistadt Wien ist jenem eines Landes gleichzuhalten, wie überhaupt Wien die in der Bundesverfassung vorgesehenen Freiheiten, Rechte und Pflichten eines selbständigen Landes und der Wiener Gemeinderat die Rechte und Pflichten eines Landtages genießen.

Der deutsche Freistaat Oesterreich ist ein Bundesstaat der vorangeführten Länder und bezweckt die gemeinsame Vertretung und Verteidigung nach außen usw. Die Länder sind selbständig, soweit ihre Selbständigkeit nicht durch die Bundesverfassung eingeschränkt ist, und untereinander gleichberechtigt. Sie stehen in unauflöslicher Wehrgemeinschaft und bilden ein einheitliches Zoll- und Wirtschaftsgebiet. Der Bundesfreistaat gewährleistet den Ländern ihr Gebiet, ihre Selbständigkeit und Landesverfassungen. Besondere Bündnisse und Verträge politischen Inhalts sind den Ländern untersagt und sie sind nicht berechtigt, stehende Truppen zu halten. Jeder Staatsbürger ist wehrpflichtig, zum Dienst mit der Waffe können nur Männer herangezogen werden. Mütter, die ihre Kinder betreuen, sind der Wehrpflicht enthoben. Letztere beruht auf dem Milizsystem.

Der Wirkungsbereich der Bundesgewalt umfaßt alle gemeinsamen Angelegenheiten, so die Entscheidung über Krieg und Frieden, und alle auswärtigen Angelegenheiten, insbesondere den Abschluß von Staats- und Handelsverträgen. Staatsbürgerrecht, Vereins- und Versammlungsrecht usw. werden in besonderen Gesetzen geregelt. Gemeinschaftlich sind noch die Heeresangelegenheiten, der Bundeshaushalt, das Auswanderungswesen, das Hochschulwesen, das Arbeiterrecht, der Frauen- und Kinderschutz, das soziale Versicherungswesen, die gesamte Justizpflege und das Polizeiwesen, das Verkehrswesen, das Handelsrecht usw.

Die übrigen Angelegenheiten fallen in den Wirkungskreis der Länder. Die Landesgesetzgebung über die nationalen und konfessionellen Verhältnisse, über das untere und mittlere Bildungs- und Erziehungswesen, über das Sanitäts- und Veterinärwesen, über das Kredit-, Bank- und Gewerbewesen, über das Wasserrechtswesen, über Jagd und Fischerei usw. erfolgt unter Mitwirkung der Bundesregierung; ebenso jene Landesgesetzgebung, die Bundesmittel in Anspruch nimmt.

Alle Gewalt ruht beim Volke und geschieht nur im Namen des Volkes. Sie wird durch die Volksabstimmung oder durch die Nationalversammlung geübt. Die Nationalversammlung besteht aus zwei Kammern, dem Nationalrate und dem Ständerate. Sie wird auf sechs Jahre gewählt und tritt jährlich mindestens einmal zusammen. Ein Nationalrat wird auf je 40.000 Staatsbürger eines Landes nach dem Proporz gewählt. Wahlberechtigt ist jeder Zwanzigjährige, wählbar jeder Fünfundzwanzigjährige. Der Ständerat setzt sich aus je drei Vertretern aus den Landtagen zusammen, ebenso entsenden die Räteorganisationen als Berufsorganisationen entsprechend ihrer Mitgliederzahl ihre Vertreter im Verhältniswahlverfahren auf sechs Jahre in den Ständerat.

Die Christlichsoziale Vereinigung und der Wahlerfolg in Steiermark.

Die Christlichsoziale Vereinigung hielt heute mittag unter Vorsitz des zweiten Obmannstellvertreters Dr. Weiskirchner eine Klubberatung, die sich mit den auf der Tagesordnung befindlichen Sozialisierungsgesetzen sowie mit der Vollzugsanweisung, betreffend die Einstellung von zwanzig Prozent Arbeitslosen in die Betriebe, beschäftigte. Zu Beginn der Sitzung würdigte der Vorsitzende den christlichsozialen Wahlsieg in Steiermark, der nicht bloß für die Partei, sondern auch für ganz Deutschösterreich von weittragender Bedeutung sei, und beglückwünschte die Klubkollegen aus Steiermark.

Die Volksabstimmung in Vorarlberg.

Bregenz, 12. Mai.

Das vorläufige Ergebnis der Abstimmung über die Frage des Eingehens in Verhandlungen, betreffend den Anschluß Vorarlbergs an die Schweiz, ist folgendes: 47.131 ja, 11.386 nein.

Neue Freie Presse Abendblatt 14. V. 1919

Verfassungsfragen in der Nationalversammlung.

Wien, 14. Mai.

Der heutige Vormittag war der Vorbereitung der Sitzung der Nationalversammlung gewidmet, auf deren Tagesordnung außer den bereits bekanntgegebenen Gegenständen auch eine Ergänzung des Gesetzes über die Staatsregierung gestellt werden wird. Durch die längere Abwesenheit des Staatskanzlers Dr. Renner von Wien hat sich die Notwendigkeit ergeben, eine Lücke des geltenden Gesetzes auszufüllen. Das Gesetz vom 14. März 1919, St. G. Bl. Nr. 180, über die Staatsregierung enthält nämlich nur die allgemeine Bestimmung, daß der Vizekanzler in Vertretung des Staatskanzlers den Vorsitz in der Staatsregierung zu führen hat (Artikel 1) und daß der Vizekanzler zur Vertretung des Staatskanzlers bestellt wird (Artikel 11). Um nun jeden Zweifel über den Umfang der Vertretungsbefugnisse des Vizekanzlers zu beheben, hat heute der Verfassungsausschuß eine Novelle beschlossen, durch welche dem Vizekanzler für den Fall der Verhinderung des Staatskanzlers die Vertretung in dem gesamten gesetzlichen Wirkungskreise des Staatskanzlers übertragen und insbesondere auch das Recht der Gegenzeichnung erteilt wird.

In parlamentarischen Kreisen bildet der Verfassungsentwurf der christlichsozialen Partei den Gegenstand der Erörterung. Die Vereinigung hat heute die Beratung über den Entwurf beendet und wird ihn in der Nachmittagssitzung der Nationalversammlung als Initiativantrag einbringen. Von den anderen Parteien, denen die Einzelheiten des Entwurfes noch nicht bekannt sind, scheinen, nach Aeußerungen einzelner Parlamentarier zu schließen, die Mitglieder der Großdeutschen Vereinigung geneigt zu sein, mit den im Bundesverfassungsentwurf der Christlichsozialen niedergelegten Grundgedanken sich vertraut zu machen. Allerdings wird erklärt, daß man vor allem den Ausgang der Verhandlungen in Saint-Germain abwarten müsse, ehe man an die Ausarbeitung einer Verfassung schreiten oder sich auf die Grundprinzipien einer solchen einigen könne. Man ist auch in großdeutschen Kreisen der Meinung, daß eine Erweiterung der Länderkompetenzen sich nicht werde vermeiden lassen, wenn man auch nicht der Ansicht ist, daß diese so weit gehen solle, wie sie in dem christlichsozialen Entwurfe vorgesehen sei.

In der großdeutschen Gruppe wird auch an dem Antrage festgehalten, einen Ausschuß für äußere Angelegenheiten zu wählen, dessen Zusammensetzung aber weniger vom parteimäßigen Standpunkte als vielmehr unter Berücksichtigung der Interessen der einzelnen Länder zu erfolgen hätte. Im Verfassungsausschusse, dem dieser Antrag zugewiesen ist, gelangte übrigens heute diese Angelegenheit nicht zur Sprache.

Die Frage der Klubobmannschaft in der christlichsozialen Partei dürfte heute noch nicht zum Austrage kommen. Man glaubt, daß es möglich sein wird, die unleugbar vorhandenen Meinungsverschiedenheiten zwischen den städtischen und agrarischen Mitgliedern des Klubs auszugleichen und wenigstens vorläufig die Einheitlichkeit der Partei wieder herzustellen. Prälat Hauser dürfte wieder zum Obmann des Klubs gewählt werden.

Die Befugnisse des Vizekanzlers.

Wien, 14. Mai.

Der Verfassungsausschuß hat in seiner heutigen Sitzung folgendes Gesetz, betreffend Ergänzung des Artikel 11 des Gesetzes vom 14. März 1919 über die Staatsregierung angenommen: Im Artikel 11 des Gesetzes vom 14. März 1919, St. G. Bl. Nr. 180, über die Staatsregierung wird nach dem ersten Satze folgende Bestimmung eingefügt:

„Der Staatskanzler wird in Fällen seiner Behinderung in seinem gesamten gesetzlichen Wirkungskreise vom Vizekanzler vertreten; diesem obliegen daher auch die sonst vom Staatskanzler zu vollziehenden Gegenzeichnungen."

Mit der Berichterstattung an das Haus wurde der Obmann Dr. Eisler betraut.

Österr. Volkszeitung
14./V. 1919

Die Verdorfung Wiens.

Es ist eine schöne Sache um die Selbständigkeit. Das Selbstbestimmungsrecht ist sozusagen der Geist der demokratischen Zeit. Wenn aber dieses an sich rühmliche Bestreben nach eigener Betätigung dahin führt, Kräfte zu zerspalten und wirkungsunfähig zu machen, die nur in der Vereinigung, in der Gemeinsamkeit sich bewähren können, so ist ein arger Schaden unvermeidlich. Es sollte wirklich nicht erst bewiesen werden müssen, daß unser vom Schicksal so hart aufgenommenes, weiteren feindlichen Machteinflüssen aller Art schutzlos ausgesetztes Deutschösterreich allen Grund hat, sich zu einer möglichst festen Einheit zusammenzuschließen, alle seine Kräfte unlöslich zu verkitten. „Durch Einigkeit wachsen die kleinen Dinge, durch Uneinigkeit zerfallen die großen," heißt es im alten Sprichwort. So einleuchtend dieses Wort, so wenig wird es von unseren Staatsgenossen gewürdigt und befolgt.

Ein Wahrzeichen für die Gesinnung der Länder ist die Art, wie die Verfügungen der Staatsregierung über den Sommerverkehr durch die Landesräte von Oberösterreich und Salzburg kurzerhand zurückgewiesen wurden. Gegen die wohlgemeinte und wohlbegründete Absicht der Regierung soll es also den von Mühen, Sorgen und Hunger niedergedrückten Wienern verwehrt bleiben, sich in Landluft und etwas besserer Kost ein wenig Lebensfreude zu holen. Das ist nun allerdings keine Frage ersten Ranges und soll nicht weiter aufgebauscht werden. Doch aber ist dieses Verhalten der Länder, die Manier, in der sie ihren Willen dem der Staatsregierung entgegensetzen, ein Politikum von entscheidender Bedeutung: Man rückt mit Bewußtsein ab von Wien, ab von dem Mittelpunkt der Staatsverwaltung. Man hat ja für das Verhältnis zwischen Wien und dem übrigen Deutschösterreich das plumpe Wort ersonnen, der kleine Körper sei mit einem großen Wasserkopf behaftet. Welche Torheit, welcher Widersinn! Wien mit seiner geistigen und wirtschaftlichen Kultur und Kraft soll und muß das Herz Deutschösterreichs bleiben, das seinen belebenden Blutstrom nach allen Gliedmaßen des Staates sendet. Vor allem aber müßte doch eine Staatsregierung, wenn sie nicht zum Selbstspott werden will, die Geltung haben, daß ihre Anordnungen im Staate auch befolgt werden. Geschieht das nicht, sehen die Länder in den Verfügungen der Regierung nichts als ein Stück bedrucktes Papier, dann hat die Zusammengehörigkeit, dann hat alle Verwaltung ein Ende, dann ist aber auch der Staat ein Staat gewesen. Was dabei herauskommt, wenn die Teile von dem Ganzen fortstreben, das haben wir in dem früheren Oesterreich schaudernd miterlebt. Weit entfernt, von der Vergangenheit zu lernen, es zu erkennen, daß uns vor ein so düsteres Ungewisses gestellten Deutschösterreicher jetzt und gerade im gegenwärtigen entscheidungsvollen Augenblicke der unzerreißbare Zusammenschluß dringendst nottut, trumpfen die Länder gegen die Staatsregierung auf, lähmen deren Kraft und damit zugleich die Kraft der Staatsgesamtheit.

Will doch die Christlichsoziale Vereinigung dieses Auftrumpfen sogar in ein festes System bringen. Die Partei hat einen Entwurf ausgearbeitet, der die Umwandlung Deutschösterreichs in einen Bundesstaat in Aussicht nimmt. Der Sinn dieser eingreifenden Verfassungsänderung ist, dem Ursprung und der Richtung der Christlichsozialen Partei unserer Nationalversammlung angemessen, die möglichste Erweiterung der Verwaltungsrechte der Länder, in denen die Christlichsozialen ihre Machtposition sichern wollen. Alles andere ist ihnen Nebensache. Die Tonart ihrer Opposition gegen die Zentralgewalt hat man ja kennen gelernt, als der Versuch gemacht wurde, unsere Schulverfassung von den eingeschlichenen klerikalen Mißbräuchen zu säubern und auf den Weg des Gesetzes zurückzuführen. Wenn jetzt in dem Verfassungsentwurf der Christlichsozialen, der ein staatsstreichähnliches Gepräge kaum verleugnet, die Befugnisse des zu schaffenden Bundesrates im einzelnen dargelegt werden, wenn man großmütig der Freistadt Wien die Rechte eines Landes zuzuerkennen entschlossen ist, auch manche Teile der Landesgesetzgebung auf ein Einvernehmen mit dem Bundesrate verweist, so ist das alles nur Nebenwerk, nur der Rahmen zu dem eigentlichen Bilde. Die Christlichsozialen sind die nackten Länderautonomisten, sie haben den Mut, im jetzigen Zeitpunkte, wo wir in Kummer und Angst darauf hinhorchen müssen, was die unerbittlich grausamen Sieger in St. Germain über unser Schicksal beschließen werden, weitwendige Verfassungsprojekte auszuhecken, deren Seele und Antrieb die Staatszerreißung, die sichere Herunterdrückung, die Verdorfung Wiens ist.

Es mag dahingestellt bleiben, inwiefern bei diesem Verhalten der Länder auf unser unbeirrbares Bestreben, mit Deutschland vereinigt zu werden, Rücksicht genommen ist. Unter allen Umständen muß Deutschösterreich ein Staat sein und bleiben, wenn es sich die Lebensmöglichkeit sichern will. Daß die jetzt hervordrängenden Sondergelüste der Teile nicht bei der Bereitwilligkeit, sich dem Bundesstaate einzufügen, Halt machen, daß auch schon Extratouren, die aus Deutschösterreich hinausführen, in Erwägung gezogen wurden, das wird gar nicht in Abrede gestellt. Die Verländerung aber, wie sie sich jetzt ausspricht in dem Widerstande gegen die Staatsregierung und dem Verfassungsentwurf der Christlichsozialen, ist ein Nagel zum Sarge Deutschösterreichs.

Ostdeutsche Rundschau
14. IV. 1919

50

Sozialdemokratische Versorgungstätigkeit.

Um Irrtümern vorzubeugen: Es soll nicht von der dringend nötigen Versorgung von Invaliden, entlassenen Offizieren und Unteroffizieren oder der von Tschechen und Slovenen vertriebenen deutschen Beamten durch die sozialdemokratische Partei die Rede sein, sondern von der Versorgung der Parteigenossen, „ihrer Leute", die meist auch „unsere Leut'" sind und die von der herrschenden Partei ohne Rücksicht auf sachliche Notwendigkeit und unsere bankerotte Staatskasse vorgenommen wird. Das letzte Stückchen, das sich die Sozialdemokratie auf diesem Gebiete geleistet hat, die Ernennung des Professors Tandler zum Unterstaatssekretär, beleuchtet ein Brief, den wir von einem Arzte in einer Landeshauptstadt erhalten, in folgender treffender Weise:

„Also Herr Professor Tandler ist jetzt Unterstaatssekretär und somit Chef des Sanitätswesens unserer Republik geworden; und der Präsident Seitz bescheinigt ihm, daß er ein großer Gelehrter und Fachmann auf dem Gebiete des Gesundheitswesens sei, dem man für das große Opfer dankbar sein müsse, das er mit der Uebernahme des neuen Amtes bringe. Das ist natürlich reiner Schwindel, Professor Tandler mag ein ganz guter Anatom sein, auf dem **Gebiete des Gesundheitswesens hat er lediglich als Schnittlauch auf allen Suppen etwas herumdilettiert.** Für seine Ernennung war lediglich bestimmend, daß er, der lange zwischen zionistischen und sozialdemokratischen Neigungen herumschwankte, sich nun endgültig für diese entschieden hat, worin sich ja viel Sinn für eine gute Konjunktur ausspricht.

Eine Notwendigkeit, einen Unterstaatssekretär für dieses Gebiet zu ernennen, bestand **auch nicht im entferntesten.** Die Sektion für Gesundheitswesen wurde im Amt für soziale Fürsorge bisher vom früheren Staatssekretär Professor Kaup betreut. Kaup ist wirklich Fachmann auf dem Gebiete des Gesundheitswesens. Als Bezirksarzt hatte er sich seinerzeit schon einen solchen Ruf gemacht, daß er als Referent in die „Zentrale für Volkswohlfahrt" nach Berlin berufen wurde. Dort hat er jahrelang in überaus ersprießlicher Weise gewirkt und zahlreiche Arbeiten aus allen Gebieten des Gesundheitswesens und der Wohlfahrtspflege veröffentlicht. Dann wurde er als Professor der Hygiene an die Münchner Universität berufen. Bei Kriegsbeginn rückte er bei der österreichischen Armee ein und wurde bald der hygienische Referent im Großen Hauptquartier. Seiner Tatkraft ist es vor allem zu verdanken, daß die Seuchen im Felde wirksam bekämpft wurden und dadurch das Hinterland vor unübersehbarem Schaden bewahrt wurde. Als Kaup dann den Ruf annahm, unser Sanitätswesen zu reformieren, brachte er zweifellos ein großes Opfer, denn er hatte in München eine überaus angenehme und angesehene Stellung. Nun soll an die Stelle dieses tüchtigen und erprobten Fachmannes der Dilettant Tandler treten, denn daß Kaup sich dazu hergeben wird, für Tandler das Arbeitstier zu spielen, ist kaum anzunehmen, um so mehr als er ja jederzeit einen angemessenen Wirkungskreis an einer reichsdeutschen Universität finden würde. Daß der Herr Tandler natürlich dafür sorgen wird, daß alle besseren Stellen im Amte von seinen Stammesgenossen besetzt werden, versteht sich. (In dieser Beziehung war auch Kaup leider nur allzu „objektiv" und hat es nicht über sich bringen können, hier die so notwendige Säuberung von unfähigen Elementen vorzunehmen.)

Die Wirkung dieser Juden- und Dilettantenherrschaft wird sich aber u. a. auch darin äußern, daß das Gesundheitsamt sich seinen Wirkungskreis zwischen der Taborlinie und Mödling suchen kann; wir Aerzte in der Provinz werden einfach unsere eigenen Wege gehen, das Gesundheitswesen im eigenen Wirkungskreise in den Ländern ausbauen und uns um die Weisungen aus Wien einen Pfifferling scheren. Und ohne die Mithilfe der Aerzte ist die Sache einfach nicht zu machen. Mehrere Aerztekammern haben schon in deutlicher Weise gegen die Besetzung dieses wichtigen Postens mit einem Dilettanten Verwahrung eingelegt. Die Regierung ist über diese Proteste zur Tagesordnung übergegangen; sie wird die Folgen zu tragen haben.

Skandalös ist bei dieser ganzen Angelegenheit das Verhalten der Christlichsozialen. Daß die Sozialdemokraten ihre Leute versorgen und nackte Parteipolitik treiben, wissen wir ja; ebenso, daß sie dem Judentum dermaßen ausgeliefert sind, daß es ja nicht mehr darauf ankommt, wie groß die Zahl der Juden in leitender Stellung bei ihnen ist. Es wird sich freilich an ihnen bitter rächen. Aber wie kommen die Christlichsozialen, die „antisemitische" Partei, dazu, all das mitzumachen? Spielen sie in der Regierung eine so lächerliche Rolle, **daß sie nicht einmal in einer solchen Personenfrage, wo alle guten sachlichen Gründe auf ihrer Seite sind, ihren Willen durchsetzen können? Oder haben sie diesen Willen gar nicht? Man wird die Bevölkerung über diese verjudende Tätigkeit der Christlichsozialen ausgiebig aufklären müssen."**

Ostdeutsche Rundschau 51

14./V. 1919

Gründung des Niederösterreichischen Landesbürgerrates. Am 11. d. fand im Hotel „Oesterreichischer Hof" in Wien die gründende Versammlung des Niederösterreichischen Landesbürgerrates statt. Es waren die Vertreter der Ortsbürgerräte nahezu aller niederösterreichischen Landstädte, Märkte und Industrieorte erschienen. Die Berichte über die Ziele und die Tätigkeit der Bürgerräte und über die Organisation erstattete der Bürgerrat Korneuburg (Dr. Jesch d. J. und Professor Kilian). Nach Annahme eines vorläufigen Statuts für den Niederösterreichischen Landesbürgerrat wurde der Landesbürgerrat einhellig gewählt, wie folgt: Präsident: Rechtsanwalt Dr. Theodor Bernhard (Liesing bei Wien); zu Vizepräsidenten: Dr. Rudolf Felgenhauer, Arzt in Traismauer; Professor Kilian in Korneuburg und Herr Reich in Krems; zu Schriftführern wurden bestellt die Herren Dinghauser (St. Pölten); Kotmayer (Korneuburg); Ingenieur Kraus (Krems) und Langeder (Mödling); zum Landeskassier wurde Leopold Haschka, Realitätenbesitzer und Weinhändler in Rodaun gewählt. Die Rechnungsprüfung wurde den Bürgerräten Bruck und Schwechat (den Herren Karl Ibel und Georg Kimmerl übertragen. Es wurde beschlossen, die Organisation auf dem flachen Lande für sich allein durchzuführen, selbstverständlich aber mit der Bürgerräte-Organisation in Wien die Verbindung behufs gemeinsamen Vorgehens herzustellen. Als geschäftsführender Bürgerrat wurde der Bürgerrat der Stadt Liesing bestellt. Die Kanzlei des Niederösterreichischen Landesbürgerrates wird in Liesing demnächst errichtet werden. Bis dahin wollen Zuschriften in Angelegenheiten des Landesbürgerrates an dessen Präsidenten Dr. Theodor Bernhard, Rechtsanwalt in Wien, 1., Nibelungengasse 3, Fernsprecher Nr. 783, gerichtet werden.

Wiener - Stimmen
15. IV. 1919

54

Deutschösterreich unter roter Kappe.

Zeichnung von Robert Wosak.

„Fallen seh' ich Zweig auf Zweig . . "

Neues Wiener Tagblatt
15./V. 1919

Die Selbständigkeitsbestrebungen der Länder.

Eine Konferenz in Salzburg.

Aus Salzburg wird uns berichtet: Vorgestern fand hier unter dem Vorsitz des Landeshauptmannes Meyer eine Konferenz der Vertreter der Länder statt, die sich nicht nur mit aktuellen wirtschaftlichen, sondern auch mit politischen und Verfassungsfragen beschäftigte. Es waren vertreten die Länder Salzburg, Tirol, Kärnten, Steiermark und Oberösterreich.

Die Einreisebewilligungen.

Zunächst wurde die Frage der Einreisebewilligung einer eingehenden Erörterung unterzogen und zu dem jüngsten Erlasse der Staatsregierung Stellung genommen. Es wurde hiebei betont, daß es nicht angehe, die Angelegenheit mit einem Schlage ändern zu wollen, und es wurde beschlossen, bei der Staatsregierung dahin vorstellig zu werden, daß dieser Erlaß außer Kraft gesetzt werde, bis diese Frage endgültig geregelt sei.

Die Bewirtschaftung von Holz und Salz.

Einen breiten Raum in der Aussprache nahm die Bewirtschaftung der alpenländischen Produktionsartikel, wie Holz und Salz, ein. Hier kam die Meinung zum Ausdrucke, daß die Freiheit des Handels in den Ländern keinesfalls so stark eingeschränkt werden dürfe, wie es geplant sei, sondern daß ihnen gestattet sein müsse, wegen Beschaffung von Lebensmitteln und Rohstoffen mit ausländischen Vertretern Verhandlungen zu pflegen und Holz wie Salz als Kompensationsmittel verwenden zu dürfen. Ein allzu straffes Vorgehen der Zentralbewirtschaftung könnten die Länder nicht zulassen, zumal sie während der ganzen Kriegszeit in dieser Hinsicht üble Erfahrungen gemacht haben und ihr Mißtrauen daher auch gerechtfertigt sei. Auch die Frage der Wasser- und Elektrizitätsbewirtschaftung bildete den Gegenstand einer lebhaften und eingehenden Diskussion. Es wurde hiebei die Stellung der Länder zum Staate in dieser Frage sehr eingehend beleuchtet, und man verwies darauf, daß in dieser Angelegenheit den Ländern gleichfalls eine größere Handlungsfreiheit zugestanden werden müsse. Der Vertreter Kärntens verwies darauf, daß die provisorische Landesversammlung Kärntens bereits ein Gesetz über die Wasser- und Elektrizitätsbewirtschaftung beschlossen habe, worin die Rechte des Landes und die Interessen desselben gewahrt sind.

Die Verfassungsreform.

Bei der Erörterung der politischen Fragen kam auch der Anschluß an Deutschland zur Sprache, doch wurde kein Beschluß gefaßt. Hingegen wurde auf das nachdrücklichste betont, daß eine Aenderung der Verfassung sowohl im Interesse der Länder wie auch des Staates notwendig sei. Die Konferenzteilnehmer erklärten das Kantonalsystem als das zweckentsprechendste, da es sich den Interessen der Länder am besten anpasse. An die von der Regierung herausgegebenen Weisungen über die Befugnisse der Landeshauptleute wurde lebhafte Kritik geübt und namentlich die Erweiterung der Befugnisse der Landeshauptmannstellvertreter verlangt. Es wurde beschlossen, diese und andre in der Konferenz erhobenen Forderungen in der nächsten Konferenz der Landesvertreter in Wien zur Sprache zu bringen.

Die Vermögensabgabe.

Schließlich gelangte die Vermögensabgabe zur Erörterung, wobei der Meinung Ausdruck gegeben wurde, daß die in den Ländern eingehobenen Beträge solange in deren Kassen verbleiben sollen, bis die Friedenskonferenz die Staatlichkeit Deutschösterreichs endgültig festgesetzt habe. Die Regelung der Landesfinanzen, die sich im Kriege noch bedeutend verschlechtert haben, wurde als dringend und unaufschiebbar bezeichnet. Den Ländern sei es unmöglich, aus eigener Kraft die Landesfinanzen zu sanieren, da ihnen die nötigen Einnahmequellen fehlen. Auch diese Frage soll bei der nächsten Konferenz der Ländervertreter in Wien mit den Vertretern der Regierung eingehend besprochen werden.

* * *

Für die Selbständigkeitserklärung Tirols.

Innsbruck, 14. Mai. (Privattelegramm.) Zur Reutermeldung über den Verlust Deutschsüdtirols haben die bürgerlichen Blätter Nordtirols nun einstimmig Stellung genommen in dem Sinne, daß zur Rettung Deutschsüdtirols die Selbständigkeitserklärung Tirols ehestens erfolgen soll. Die „Innsbrucker Nachrichten" verlangen die rascheste Einberufung der Landesversammlung, um zur neuen Situation Stellung zu nehmen. Nur die Sozialdemokraten beharren auf ihrem Standpunkte des Anschlusses an Deutschland.

Wiener Stimmen
16/V. 1919

NW H 16
58

Die Teuerung in Wien und die Abgeordneten.

Eine Quartiergeldzulage für die auswärtigen Volksvertreter.

Die Volksvertreter müssen sich, was auch sein Gutes hat, Tag für Tag von der schrecklichen Teuerung, unter der die Bevölkerung Wiens leidet, persönlich überzeugen; sie bekommen sie am eigenen Leibe zu spüren. Sie klagen, daß es ihnen unter den gegebenen Verhältnissen nicht möglich ist, mit ihrem Monatspauschale von 1000 Kr. auszukommen, was man ihnen aufs Wort glauben darf. In der letzten Zeit wurde der Vorschlag viel erörtert, den Volksvertretern eines der Wiener Hotels oder eines der freiwerdenden Staatsgebäude zur Verfügung zu stellen, damit sie hier billigere Unterkunft und Verpflegung finden könnten. Aber der Plan findet wenig Anklang und die Zahl der eingelaufenen Anmeldungen von Volksvertretern ist zu gering, um an die Verwirklichung des Projekts auch nur zu denken. Die Abgeordneten äußerten vielfach, daß sie zwar billiger in Wien untergebracht, aber nicht kaserniert sein wollen. In einzelnen Privatmieten fühlen sie sich wohler als in einem Hotel mit Massenbetrieb.

Nun wird der Gedanke einer Quartiergeldzulage für die nicht in Wien seßhaften Abgeordneten erwogen. Auch werden Anträge vorbereitet, die eine materielle Besserstellung der Abgeordneten zum Zwecke haben.

Wiener- Stimmen 59
16./V. 1919

Deutschösterreichs Wappen

in Poesie („Wr. Stg." vo[illegible])

und

in Prose.

Wiener - Stimmen
17.IV.1919

60

Beginn der neuen Aera im Wiener Rathaus.

Zeichnung von Robert Wolf.

„Den deitsche Nasi muß weg!“

(„Delnicke Listy“ vom 9. Mai:
„Mit dem deutschen Charakter Wiens ist es zu Ende.“

Ostdeutsche Rundschau
17.IV.1919

0
14
61

Wien und das Deutschtum.

Das Vordringen asiatischer Horden aus dem Osten veranlaßte bekanntlich um 955 Kaiser Otto den Großen zur Gründung der Ostmark, mit der Otto 2. 976 die Babenberger belehnte. Markgraf Leopold 3., der Wiederhersteller Wiens, residierte in der Burg am letzten Ausläufer des Wienerwaldes, dem heutigen Leopoldsberge, und am Fuße des Berges entwickelte sich zusehends die ehemalige Römersiedlung Vindobona, das nun deutsche und bis heute deutsch gebliebene Wien. So wurde diese Stadt und blieb lange das östlichste Zentrum deutscher Kultur.

Als dann 1683 die Heere Mohammeds 4. unter Kara Mustaphas Führung unaufhaltsam gegen Norden vordrangen und im selben Jahre Wien belagerten, da blickte Deutschland sorgenvoll auf die alte Donaustadt, durch das ganze Abendland ging der angstvolle Ruf: „Wenn Wien fällt, fällt auch die Christenheit!“ Wie wir wissen, fiel es nicht.

120 Jahre später kam eine andere Gefahr für Deutschland, diesmal aus dem Westen. Der übermütige Korse, der nur einen Gott und einen Kaiser wollte, dehnte seine Macht nach allen Seiten aus, auch gegen Deutschland. Als er dort Widerstand fand, holte er zum kräftigen Schlage aus und schlug dank der deutschen Uneinigkeit die Schlachten von Austerlitz und Jena. Deutschland lag platt auf dem Boden, Hannover und Westfalen standen unter französischer Herrschaft, der Rheinbund, Württemberg und Bayern leisteten Napoleon Gefolgschaft. Da erstand dem deutschen Volke in Wien ein Mann, der die Schilderhebung Oesterreichs durchsetzte und vor den Mauern der Kaiserstadt — bei Aspern — dem bisher unbesiegten Gewaltmenschen die erste schwere Niederlage bereitete. Von diesem Augenblicke an sah alles, was in Deutschland noch deutsch fühlte, auf Wien, von dort mußte die Rettung kommen, wenn es überhaupt noch eine gab. Unverdrossen predigten Dichter, Denker und Soldaten jener Zeit den deutschen Geist, immer wieder auf Wien verweisend. Da kam endlich 1813 und wieder gab Wien den Ausschlag.

Fast scheint es, als ob der ewig heiteren Stadt am Donaustrande von der Vorsehung eine besondere Rolle im Leben des deutschen Volkes zugedacht wäre. Wenn Deutschland in größter Gefahr schwebt und Mutter Germania tränenden Auges, von Sorge für ihre Kinder erfüllt, angstvoll nach Hilfe späht, hebt Vindobona ihren Schild, um schützend Deutschland zu decken.

Nun ist wieder eine solche Wandlung eingetreten: Deutschland steht wie Herkules am Scheidewege; entweder über Dornen hinweg zu einer neuen, schönen Zukunft oder in Sklaverei, Siechtum und endlichen Verfall. Von Osten her droht die russische Pest — der Bolschewismus — vom Westen die unersättliche Habgier, der teuflische Haß der Verbandsimperialisten; die eine Gefahr ist ebenso groß wie die andere, die Wirkung der einen hat Deutschland durch seine Spartakisten — wenn auch vorübergehend — bereits gefühlt, die andere soll es durch einen Schmachfrieden, der die Grausamkeit der römischen Cäsaren tief in den Schatten stellt, zu kosten bekommen.

Neuerdings steht Wien vor einer großen Aufgabe. Was in diesem Kulturzentrum vor sich geht, wirkt strahlenförmig nach allen Seiten auf ganz Deutschösterreich und damit auf das Deutsche Reich. Die Blicke sind dort auf uns gerichtet, wenn wir sie auch nicht fühlen; jede Erschütterung des Wiener Bodens zittert in Deutschland nach. Solange wir die Ruhe bewahren, übt dies einen wohltätigen Einfluß auf unsere Brüder, kommt es bei uns zum Aufruhr, so flammt er auch dort wieder auf. Schützen wir uns gegen volksfremde Einflüsse, halten wir dem geistigen Ansturm der Feinde würdevoll stand, dann stärkt dies auch den Nacken des Volkes im Reich. Lassen wir den Bolschewismus ins Land, so wälzt er sich über alle deutschen Gaue, trotzen wir nicht standhaft der Verslavung oder Verwelschung, so folgen den Deutschösterreichern bald die ihnen gemütsverwandten Bayern, die Württemberger und die katholischen Rheinländer. Wenn es auch nicht augenfällig ist, Wien und mit ihm Deutschösterreich kann für die Rettung Deutschlands mehr tun als man allenthalben glaubt.

Volk von Wien und Deutschösterreich! Deine Ahnen waren der Schutzwall gegen die mongolischen Stämme des Ostens, spätere Geschlechter haben die Türkennot von Deutschland vor Wien abgewendet, deine Urgroßväter haben den Traum Napoleons mit eiserner Faust zerstört und du bist berufen, Deutschland abermals zu retten. Halte dich rein von der bolschewistischen Seuche und bewahre so dich selbst und das Deutsche Reich — von dem du ja deinem eigenen Bekenntnis nach ein Teil bist — vor Chaos und erhalte auch in dir den deutschen Geist. Laß dich nicht betören, weder von Slaven noch von Welschen, geh' unbekümmert deinen Weg. Einem Granitblock gleich schiebe dich ein zwischen dem Osten und dem Westen, der russische Kommunismus und der imperialistische Größenwahn der Westmächte sollen an dir zerschellen. Haben die beiden Gewalten an dir sich zermürbt, dann ersteht aus dem Blutmeere des Weltkrieges ein neues, geeinigtes, herrliches Alldeutschland und den Dank dafür wird dir, wie bisher, die Geschichte wissen.

Josef Nowak.

Neues Wiener Tagblatt
18/IV. 1919

Sozialdemokratischer Landtagsklub.

Der Klub der sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten hielt gestern nachmittag eine konstituierende Sitzung ab. Nach einer allgemeinen Aussprache über die politische Lage wurden in den Vorstand gewählt die Abgeordneten Karl Seitz, Anton Ofenböck (Wiener-Neustadt), Paul Richter, Georg Sailer, Anna Kaff, Max Klein, Friedrich Adler, Eduard Linder (Krems), Eduard Rösch (Stockerau) und Hubert Schnofl (St. Pölten), für die Kontrolle August Siegl und Josef Palme (Purkersdorf).

Für die Landesverwaltung werden vorgeschlagen: als Landeshauptmann Albert Sever, als Landeshauptmannstellvertreter Laurenz Widholz, als Landesräte Johann Pölzer, Karl Volkert, Rudolf Müller und Karl Müller (Aspang); als Schriftführer für den Landtag Adolf Müller, Josef Paulik und Anna Kaff.

Ostdeutsche Rundschau
19.IV.1919

Zum Eintritt von Tschechen in den Wiener Gemeinderat.

Von Dr. **Paul Molisch.**

Nach ihrem Wahlerfolg vom 4. Mai, den das Wahlgesetz sozialdemokratischen Ursprungs und die Ablehnung der deutschnationalen Sicherungsanträge mit einer Ausnahme ermöglichte, machen sich die **Tschechen wieder lebhafter bemerkbar.** Nun werden wieder Ansprüche von der Art laut, wie sie der Abgeordnete Dworak in der ersten Sitzung der Nationalversammlung angemeldet hat.

Jene Ausnahme ist das **Gelöbnis, alles zu unterlassen, was den deutschen Charakter der Stadt Wien beeinträchtigen könnte.** Dies müssen naturgemäß auch die neugewählten tschechischen Gemeinderäte geloben, bevor sie ihre Mandate ausüben können. Man sollte daher annehmen, daß einem deutschgegnerischen Wirken von ihrer Seite der Boden entzogen wäre. Damit stimmen aber die Nachrichten nicht überein, die in letzter Zeit auftauchen. Wenn man da von Drohungen der Tschechen hört, sie würden dieses Gelöbnis gar nicht leisten, so ist das nicht ernst zu nehmen. Die Tschechen wissen selbst ganz genau, daß eine solche Weigerung einem Verzicht auf die Mandatsausübung gleichkäme. Nun wurde aber nach Zeitungsnachrichten von ihrer Seite auch der Hoffnung Ausdruck gegeben, **daß die neue Gemeinderatsmehrheit der Aufhebung des Gelöbnisses, betreffend die Wahrung des deutschen Charakters der Stadt, zustimmen würde!** Dies läge nicht außer dem Bereich der Möglichkeit. Man erinnere sich des Verhaltens der Sozialdemokraten bei der Beratung der neuen Gemeindewahlordnung und halte sich insbesondere gegenwärtig, daß der früher erwähnte, vom Deutschnationalen Sedlak beantragte Zusatz gegen die Stimmen der Sozialdemokraten beschlossen wurde. Hier muß nun hervorgehoben werden, daß unter dieses Gelöbnis auch die Verpflichtung fällt, alle gesetzlichen Bestimmungen unangefochten zu lassen, die zum Schutze des deutschen Charakters der Stadt getroffen wurden. Daher würden Gemeinderäte diesem von ihnen abgelegten Gelöbnis bereits durch einen Antrag, es für die Zukunft aufzuheben, zuwiderhandeln. **Ein solcher Antrag dürfte demnach überhaupt nicht zur Verhandlung zugelassen werden.**

Die Wahrnehmungen, zu denen das Verhalten der Tschechen im deutschösterreichischen öffentlichen Leben Anlaß gibt, zeigen neuerlich eine **Lücke in unserer Gesetzgebung,** die sich auch im Gesetze vom 5. Dezember 1918, betreffend die Staatsangehörigkeit, geltend macht. **Es genügt nicht, den Erwerb politischer Rechte an die Leistung eines Gelöbnisses zu knüpfen und dessen Einhaltung durch jedermann als selbstverständlich anzunehmen. Vielmehr ist es notwendig, auch entsprechende Bestimmungen für den Fall zu treffen, daß diesem Gelöbnis zuwidergehandelt wird.** Dabei wird von dem Gesetz über die Erwerbung der Staatsbürgerschaft auszugehen sein, da ja diese eine Voraussetzung für den Besitz politischer Rechte bildet. Hierzu werden die bürgerlichen Parteien der Nationalversammlung geschlossen von ihrer Mehrheit Gebrauch machen müssen. Sie dürfen auch Kampfabstimmungen nicht scheuen, wenn es nicht gelingt, wie der Christlichsoziale Schmidt im Gemeinderat erklärte, bei den Sozialdemokraten Verständnis zu finden. Wir haben nicht Zeit, mit nationalen Schutzmaßnahmen zu warten, bis dies der Fall sein wird!

Reichspost

19./V. 1919

Die Bundesverfassung und die Wiener Liberalen.

Die „S.- und Mtg.-Ztg.", die ehrwürdige Hüterin des Wiener Liberalismus, protestiert in dessen Namen gegen die Selbständigkeitserklärung Wiens im christlichsozialen Verfassungsentwurfe, weil dadurch „Wien dem Einfluß einer fluktuierenden, aus allen Ländern zu- und abströmenden Bevölkerung ausgesetzt werde, deren Interessen in den meisten Fällen nur auf Kosten der Einheimischen zu befriedigen wären". Die liberale Presse war es, die stets gegen jede Beschränkung dieses fluktuierenden Zuströmens auf Kosten der Einheimischen verhindert hat und in jeder Ausweisung eines Galizianers gleich ein Pogrom witterte, wodurch Wien „der Zufluchtsort aller vagen Existenzen" geworden ist. Daher stammt ja eben die Vorsicht der Länder. Uebrigens wird auch diese Betrachtung der „S.- und Mtg.-Ztg." dem Entwurfe folgendermaßen gerecht:

Mit großer Geschicklichkeit hat die christlichsoziale Partei — es scheint, daß die letzten Wahlen ihr einige ganz hervorragende Talente zugeführt haben — dem wahnsinnigen Tempo der sozialdemokratischen Gesetzgebung Einhalt geboten. Von Bregenz bis Hainburg haben sechs Monate Republik genügt, die Ueberzeugung reifen zu lassen, daß es einfach so nicht mehr weitergeht. Durch den Entwurf einer Bundesverfassung soll nun der jeden Tag weiter um sich greifenden Zersetzung Deutschösterreichs ihr Hauptbeweggrund: der überwiegende Einfluß einer „durch die Zufälle der Arithmetik in Wien" zur Macht gekommenen Gruppe, genommen und sie selbst auf die ihr ziffernmäßig zukommenden Rechte beschränkt werden.

Ein anderer liberaler Kritiker ist der „Morgen", der aber von der falschen Voraussetzung ausgeht, daß er an dem Entwurf das Schweizer Vorbild beanständet, obwohl dieses nur eine der vielfach abgeänderten Grundlagen darstellt, und daher die Wiederkehr eines „Kantönligeistes" befürchtet — sehr überflüssig, da der Artikel selbst von dem Entwurfe sagt:

Er kann das Hohe Lied des Föderalismus genannt werden und treibt die Länderherrschaft auf die Spitze. Der Entwurf ist sicherlich sehr ernst durchberaten worden; es finden sich in ihm manche interessante Gedanken. Auch kann das Bemühen nicht geleugnet werden, dem Staate das Minimum an Lebensfähigkeit zu gewährleisten, den notwendigen Blutkreislauf aufrecht zu erhalten.

Jedenfalls, der christlichsoziale Verfassungsentwurf steht ernstlich zur Debatte, da nützt auch die anfängliche Absicht des sozialdemokratischen Regierungsorganes nichts, ihn mit dem üblichen Parteihochmute abzutun. Das föderalistische deutsche Oesterreich ist auf dem Marsche.

Neue Freie Presse

20./V. 1919

0 20 — 67

Die Eröffnung des niederösterreichischen Landtages.

Lärmszenen bei der Ablegung des Gelöbnisses durch die czechischen Abgeordneten.

Wien, 20. Mai.

Heute fand die erste Sitzung des neuen niederösterreichischen Landtages statt. Die sozialdemokratischen Abgeordneten haben, mit roten Nelken geschmückt, die Sitze in der linken Hälfte des Saales, der im übrigen dichtgefüllt war, in Anspruch genommen, unter ihnen fünf Frauen. Auf der rechten Seite haben die Christlichsozialen Platz genommen, zwischen beiden Parteien die deutschnationalen Abgeordneten, in der letzten Sitzreihe in der Mitte die drei Czechen.

Nach Eröffnung der Sitzung um 12 Uhr mittags durch den bisherigen Landeshauptmann Steiner übernahm der christlichsoziale Abgeordnete Jedek als ältestes Mitglied den Vorsitz, um die Konstituierungsarbeiten mit einer kurzen Ansprache einzuleiten. Die Abgeordneten leisteten hierauf die Angelobung, für welchen Zweck folgende Angelobungsformel festgestellt worden war: „Sie werden der Republik Deutschösterreich und dem Lande Niederösterreich unverbrüchliche Treue, Beobachtung der Gesetze und gewissenhafte Erfüllung der Pflichten als Mitglied des niederösterreichischen Landtages geloben."

Bei Ablegung des Gelöbnisses kam es zu stürmischen Szenen. Der czechische Abgeordnete Dvorak antwortete beim Aufruf seines Namens mit: „Slibuji! Ich gelobe!" Bei den Christlichsozialen und Deutschnationalen wird durch lebhafte Zwischenrufe gegen den Gebrauch der czechischen Sprache protestiert. Man hört die Rufe: „Wir sind doch Deutsche, da hört sich alles auf. Pfui!"

Als beim Aufrufe des Namens des czechischen Abgeordneten Klimesch dieser in gleicher Weise die Angelobung leistet, bricht die ganze christlichsoziale und deutschnationale Gruppe in stürmische Pfuirufe aus. Die Abgeordneten rufen den Czechen zu: „Das ist eine Frechheit, das lassen wir uns nicht bieten. Hinaus!"

Der Alterspräsident Jedek versucht vergeblich, die Ruhe herzustellen. Erst nach längerer Zeit gelingt ihm dies. Er richtet an den Abgeordneten Klimesch unter Hinweis darauf, daß die von ihm geleistete Angelobung von den Abgeordneten nicht verstanden wurde, die Aufforderung, das Gelöbnis in deutscher Sprache abzulegen.

Abg. Klimesch: Ich habe ja gesagt, ich gelobe. (Zwischenrufe bei den Christlichsozialen und Deutschnationalen.)

Auch der Abgeordnete Machat leistet die Angelobung zuerst in czechischer und dann in deutscher Sprache. Die christlichsozialen und deutschnationalen Abgeordneten springen erregt von ihren Sitzen auf und rufen ihm zu: Das ist eine Frechheit, eine Provokation! Was heißt das Slibaji? Wenn er nicht sagen will: Ich gelobe, so soll er hinausgehen. Wir verlangen, daß er die Angelobung deutsch wiederholt.

Alterspräsident Jedek: Ich muß sehr bedauern, daß der Herr trotz der ersten Ermahnung noch immer nicht weiß, was er zu tun hat. Ich glaube in Ihrem Sinne zu handeln, wenn ich ihn zur Ordnung rufe. (Lebhafter Beifall und Rufe: Er muß Deutsch sprechen oder hinausgehen. Wir haben hier die deutsche Verhandlungssprache. Sofort hinaus mit ihm! Lärm.)

Alterspräsident Jedek: Ich lasse noch einmal den Namen verlesen und fordere den Abgeordneten auf, die Angelobung in deutscher Sprache zu leisten.

Abg. Machat: Ich habe schon gesagt: Slubuji, ich gelobe. (Rufe: Nein, hinaus. Sie haben die Angelobung deutsch zu leisten. Entweder wird der Herr Deutsch sprechen oder er darf nicht mehr hereinkommen. Hier gibt es keine Doppelsprachigkeit. Lärm.)

Alterspräsident Jedek fordert den Abg. Machat zum drittenmal auf, die Angelobung deutsch zu leisten.

Abg. Machat: Ich habe das Gelöbnis schon abgegeben. Mehr kann ich nicht tun. (Rufe: Das ist eine Hinterhältigkeit. Sie haben die Angelobung deutsch zu leisten, sonst kommen Sie nicht mehr hinein.)

Alterspräsident Jedek fordert den Schriftführer auf, den Namen Machat noch einmal zu verlesen, damit dieser die Angelobung in deutscher Sprache leiste.

Abg. Machat: Ich habe mein Gelöbnis schon abgelegt. (Rufe bei den Christlichsozialen und Deutschnationalen: Das ist kein Gelöbnis. So ein böhmischer Dickschädel!)

Es wird nun in der Verlesung des Namensverzeichnisses fortgefahren, worauf allmählich Ruhe eintritt.

Die Wahl des Landeshauptmannes.

Nach Beendigung der Angelobungen wird zur Wahl des Landeshauptmannes geschritten. Abg. Albert Sever wird mit 106 von den abgegebenen 116 Stimmen gewählt. 10 Stimmzettel waren leer.

Landeshauptmann Sever erklärt, die Wahl anzunehmen, und entwickelt in längeren Ausführungen sein Programm, wobei er insbesondere auf das dem Lande zustehende Recht zur Sozialisierung verschiedener Betriebe hinweist.

Die Sitzung dauert fort.

Eine Verwahrung der deutschnationalen Abgeordneten.

Abgeordneter Dr. Riehl wird namens der deutschnationalen Abgeordneten folgende Rechtsverwahrung abgeben: „Die endesgefertigten Abgeordneten legen namens der deutschbewußten Bevölkerung Niederösterreichs schärfste Rechtsverwahrung ein gegen die Anwesenheit czecho-slowakischer Vertreter im niederösterreichischen Landtage, weil diese als Czecho-Slowaken, also als Vertreter eines ausländischen Staatsvolkes, gewählt sind, und weil sie zum Großteil von Wählern, die sich zum czecho-slowakischen Staate bekannt haben — dort also heimatsberechtigt sind — daher in Wien nicht wahlberechtigt waren, Stimmen erhielten. Durch Meldungen von Eisenbahnern ist bekannt geworden, daß zum Zwecke der Wiener Wahlen in der Czecho-Slowakei heimatberechtigte und bereits dahin ausgewanderte Czechen hieher gereist sind. Czecho-slowakische Staatsbürger haben über Weisung der czecho-slowakischen Regierung sich als deutschösterreichische Staatsbürger bekannt, um bei den Wahlen im Interesse des czecho-slowakischen Staates tätig sein zu können, dabei aber gleich die Versicherung erhalten, daß ihnen die czecho-slowakische Staatsbürgerschaft mit besonderen Vorteilen gewährleistet sei. Wehrpflichtige Angehörige der Czecho-Slowakei sind für die Dauer der Wiener Wahlen nicht eingezogen worden. Diese Rechtsverwahrung beantragen wir in die Verhandlungsschrift aufzunehmen."

Ein Antrag gegen die Losreißung deutscher Gebiete.

Landtagsabgeordneter Dr. Lutz (nationaldemokratische Partei) wird in der heutigen Sitzung des Landtages eine Kundgebung beantragen, in der es zum Schlusse heißt: „Der niederösterreichische Landtag, als die gesetzliche Vertretung des größten deutschösterreichischen Landes, erhebt gegen die Verhöhnung der von den Feinden feierlich verkündeten Wilsonschen Grundsätze, auf Grund deren Oesterreich den Frieden angeboten hat, vor aller Welt Einspruch und legt gegen die Losreißung großer deutscher Gebiete sowie gegen die Entrechtung von vier Millionen deutscher Volksgenossen schärfste Verwahrung ein. In voller Uebereinstimmung mit allen deutschen Volksgenossen beharrt er auf dem natürlichen Selbstbestimmungsrechte des deutschen Volkes, das sich den Zusammenschluß der ganzen deutschen Nation zu einem Staate niemals rauben lassen wird und fordert die deutschösterreichische Regierung auf, einen Frieden, der diesen Grundsätzen nicht Rechnung trägt, vielleicht mehr zur vollständigen Vernichtung Deutschösterreichs und des deutschen Volkes führen müßte, als unannehmbar zurückzuweisen. Das Präsidium des Landtages wird aufgefordert, diese Entschließung an die deutschösterreichische Regierung weiterzuleiten."

Die Länderkonferenz über den Reise- und Sommerverkehr.

In der Staatskanzlei begann heute vormittag unter Vorsitz des Vizekanzlers Fink die Konferenz der Ländervertreter. Den wichtigsten Gegenstand der Beratung wird die Regelung des Reise- und Sommerverkehrs bilden. An der Konferenz sind alle Länder vertreten.

Verhandlungen über das Schlössergesetz.

Der Ausschuß für soziale Verwaltung hätte heute vormittag eine Sitzung abhalten sollen, um das Schlössergesetz zu beraten. Es kommt jetzt der § 3 zur Verhandlung, der die Enteignung ausspricht und bei den bürgerlichen Parteien Widerstand hervorgerufen hat, da diese Parteien auf den Standpunkt stehen, daß das Prinzipp der Entschädigung auch in diesem Gesetz Anwendung finden müsse. Heute vormittag wurden Kompromißverhandlungen eingeleitet, die aller Wahrscheinlichkeit nach zu einem positiven Ergebnis führen werden. Der Ausschuß wurde auf Nachmittag vertagt, da man glaubt, daß bis dahin eine Vereinbarung bereits zustandegekommen sein wird.

Neues Wiener Tagblatt
20.IV.1919

Sozialdemokratischer Mißerfolg in Vorarlberg.

Bregenz, 19. Mai. Gestern wurden in 102 Gemeinden, darunter in 25 Verhältniswahlgemeinden, die Gemeindewahlen durchgeführt. Im ganzen Lande ist ein starker Rückgang der sozialdemokratischen Stimmen zu verzeichnen. In allen Gemeinden haben die bürgerlichen Parteien die Mehrheit erlangt. Die christlichsoziale Volkspartei hat in vielen Orten die absolute und in den meisten übrigen Gemeinden die relative Mehrheit. In der Landeshauptstadt Bregenz haben die Deutschfreiheitlichen die bisherige absolute Mehrheit verloren.

Bregenz, 19. Mai. Ueber die gestrigen Gemeinderatswahlen wird amtlich verlautbart: Von den 36 Sitzen in der Gemeindestube in Bregenz erhielten die Christlichsozialen mit 1670 Stimmen 12 Sitze, die Deutschfreiheitlichen mit 2272 Stimmen 17 Sitze und die Sozialdemokraten mit 1032 Stimmen 7 Sitze.

Von den 40 Sitzen in der Gemeindestube von Dornbirn erhielten die Christlichsozialen mit 3658 Stimmen 22 Sitze, die Deutschfreiheitlichen mit 1472 Stimmen 8 Sitze und die Sozialdemokraten mit 1752 Stimmen 10 Sitze.

Von den 30 Sitzen in der Gemeinde Feldkirch erhielten die Christlichsozialen mit 919 Stimmen 16 Sitze, die Deutschfreiheitlichen mit 483 Stimmen 8 Sitze und die Sozialdemokraten mit 328 Stimmen 6 Sitze.

Von den 30 Sitzen in der Gemeindestube Bludenz erhielten die Christlichsozialen mit 987 Stimmen 12 Sitze, die Deutschfreiheitlichen mit 624 Stimmen 6 Sitze und die Sozialdemokraten mit 777 Stimmen 10 Sitze.

Christlichsoziale Mehrheit im oberösterreichischen Landtag.

Linz, 19. Mai. Das offizielle Ergebnis der Landtagswahlen bestätigt die schon veröffentlichten Daten. Im oberösterreichischen Landtag werden die Christlichsozialen, welche von 72 Landtagsmandaten 38 errungen haben, gegenüber den Sozialdemokraten mit 22 Mandaten und der deutschen Freiheits- und Ordnungspartei mit 12 Mandaten die absolute Mehrheit bilden.

In der Linzer Gemeindestube werden von 60 Mandaten die Sozialdemokraten 35 gegen bisher 19, die Christlichsozialen 17 gegen bisher 7 und die deutsche Freiheits- und Ordnungspartei 8 gegen bisher 34 Mandate innehaben.

Neues Wiener Tagblatt

20./V. 1919

Niederösterreichische Landesversammlung.

In einer gestern nachmittag abgehaltenen Klubsitzung der christlichsozialen Vereinigung der niederösterreichischen Landesversammlung wurde Abgeordneter Johann Mayer zum Klubobmann gewählt. Für die heutige Wahl des Landtagspräsidiums wurden als Landeshauptmannstellvertreter die Abgeordneten Johann Mayer und Oberkurator Steiner namhaft gemacht.

Im christlichsozialen Klub der Abgeordneten des flachen Landes wurde Landeskulturratspräsident List, im Klub der Landtagsabgeordneten der christlichsozialen Partei der Stadt Wien Abgeordneter Leopold Steiner zum Obmann gewählt.

Österr. Volkszeitung

20./V. 1919

Niederösterreichische Landesversammlung.

Die erste Sitzung.

Heute versammelt sich die neugewählte niederösterreichische Landesversammlung zu ihrer ersten Sitzung. Sie wird ein durchaus verändertes Aussehen gegenüber dem früheren Landtag aufweisen. 1908 zogen die Christlichsozialen mit einer überwältigenden Mehrheit in die Landstube ein. Die Wahlen, die kürzlich durchgeführt wurden, haben die Sozialdemokraten zur stärksten Partei gemacht; sie haben 64 Mandate, die Christlichsozialen 45 Mandate erhalten. Die Großdeutschen sind durch 8 Abgeordnete vertreten; zum erstenmal sind 3 Tschechen in den Landtag gelangt. Zum Landeshauptmann ist der Sozialdemokrat Sever ausersehen; Landeshauptmannstellvertreter werden der Sozialdemokrat Widholz und die Christlichsozialen Steiner und Johann Mayer. Zu Landesräten sollen gewählt werden: die Sozialdemokraten Volkert, Polzer, Müller Rudolf und Müller Karl, die Christlichsozialen Jukel, Neputil und Zwetzbacher. Die Großdeutschen kandidieren den Abgeordneten Kittinger entweder für die Stelle des Landeshauptmannstellvertreters oder eines Landesrates; es scheint jedoch fraglich, ob Sozialdemokraten und Christlichsoziale diesem Wunsche Rechnung tragen werden.

Konstituierung des christlichsozialen Klubs.

Gestern nachmittags konstituierte sich die Christlichsoziale Vereinigung der niederösterreichischen Landesversammlung. Zum Obmann wurde Abg. Johann Mayer, zu Obmannstellvertretern die Abgeordneten Nagler und Segur, zu Schriftführern die Abgeordneten Philp und Prager, zum Kassier Abg. Heigl, als Beisitzer für den Vorstand die Abgeordneten Jukel, Zwetzbacher und Dr. Hemala gewählt.

Für die heutige Wahl des Landtagspräsidiums und der Landesräte wurden namhaft gemacht: Als Landeshauptmannstellvertreter die Abgeordneten Johann Mayer und Oberkurator Steiner; als Landesräte die Abgeordneten Zwetzbacher, Jukel und Dr. Neputil. Dem Landesrate Sturm, der auf eine Wiederwahl verzichtet hatte, wurde der Dank für seine eifrige Pflichterfüllung ausgesprochen. Zu Schriftführern für den Landtag wurden die Abgeordneten Volker und Wollek kandidiert.

Im Christlichsozialen Klub der Abgeordneten des flachen Landes wurden zum Obmann Landeskulturratspräsident List, zu Obmannstellvertretern die Abgeordneten Zwetzbacher und Doktor Beirer, zu Schriftführern die Abgeordneten Wollek und Prager, zum Kassier Abgeordneter Jukel gewählt. Der Klub der Landtagsabgeordneten der christlichsozialen Partei der Stadt Wien konstituierte sich folgendermaßen: Obmann Abg. Leopold Steiner, Obmannstellvertreter Abg. Anderle, Schriftführer Abg. Philp.

Der Neue Tag
21./V. 1919

11 I. 72

Die Ausgesperrten.

Die Wiener sind einem doppelten Irrtum verfallen: sie leben in der Einbildung, die Bürger einer Hauptstadt und die Zugehörigen der deutschösterreichischen Republik zu sein. Ihr Irrtum wird durch eine Regierung bestärkt, die anscheinend alle Attribute der Staatshoheit besitzt, Verfügungen trifft, Gesetze entwirft und Verordnungen erläßt. Aber eine kurze Fahrt von wenigen Stunden genügt, um dem Wiener diese Illusion grausam zu zerstören: an der Grenze Oberösterreichs, vor Salzburgs grünen Bergen oder hinterm Semmering wird er gewahr, daß sein staatliches Gefühl an den Schlagbäumen der Länder ein Ende findet; dort hört für ihn Deutschösterreich auf, ein gemeinsames Reiches zu sein, er selbst wird der Fremde, der Ausgesperrte, der isolierte Wiener.

Es ist sehr schön, sich in der Vorstellung zu wiegen, daß wir politisch zusammengehören, daß die Nationalversammlung in Wien alle Stämme Deutschösterreichs vereinigt und ihre Gesetze bindende Kraft haben sollen für die Bürger der Republik; aber was bleibt eigentlich von dem Staate übrig, wenn in Wirklichkeit sein Wesentliches aufgehoben erscheint, die freie Wahl des Ortes innerhalb der gemeinsamen Grenzen, jene primitivste Freiheit, die jedem Bürger gleichermaßen zustehen müßte? Die Theoretiker unserer Regierung sind nach dem Zusammenbruch des alten Reiches mit der festen Absicht an die Arbeit gegangen, dem übriggebliebenen Rest eine feste Form und ein einheitliches Gepräge zu geben. Wenn es nach ihnen gegangen wäre, hätten sie am liebsten auf dem Papier auch jene alten Grenzen ausgemerzt, die seit Jahrhunderten die einzelnen Länder von einander scheiden. Es zeigte sich jedoch sehr bald, daß die historisch gewordenen Gebilde wohl gefühlsmäßig zusammenhängen, aber in der Praxis nicht daran denken, auch nur ein Tüpfelchen ihrer Selbständigkeit dem Ganzen zu opfern.

Am deutlichsten kam diese Absonderung und Selbständigkeit in der Frage der Ernährung zum Ausdruck. Wie ganz anders hätte sich wohl unser Los gestaltet, wenn es gelungen wäre, das ganze Gebiet Deutschösterreichs als ein einheitliches Gebilde zu erfassen und es zu versorgen! Vor diesem Problem hat schon die Kunst der altösterreichischen Verwaltung versagt, um wieviel mehr erst die neue Regierung! In Wahrheit liegen die Dinge so, daß Wien in der letzten Zeit einer doppelten Blockade ausgesetzt war: der großen Blockade unserer Feinde, die uns den Weg zu den Gütern der Welt versperrten, und der Blockade unserer Brüder und Freunde, die sich strenge absperrten vor den vielen hungernden Mägen der Millionenstadt. Man müßte ein ganzes Buch schreiben, wollte man alle Leiden erzählen, die ein Versuch, ins Nachbarland zu dringen, nach sich zog. Vor kurzem nun raffte sich die Wiener Regierung zu dem Mute auf, die eigenwilligen Verfügungen der einzelnen Länder aufzuheben und die Freizügigkeit der deutschösterreichischen Bürger wiederherzustellen. Der Erfolg dieses Entschlusses ist noch in aller Erinnerung: die Länder nahmen den Wiener Ukas mit Gelassenheit auf und ließen sagen, sie pfiffen uns was. Unter sotanen Umständen war es schwer, dem Gesetze Achtung zu verschaffen. Was hätte die Wiener Regierung tun sollen? Steht ihr ein Machtmittel gegen die Länder zu Gebote? Sie kann nur durch moralische Mittel, durch den Appell an das Gewissen, durch die Anrufung der nationalen Ehre zu wirken suchen. Leider nur ist dies wie das nicht stark genug, den Egoismus der Länder zu zähmen. So blieb denn nichts übrig, als auf dem Wege der Verhandlungen zu einem Einverständnis zu gelangen. Dieses wurde gestern versucht. Die Vertreter der Länder waren in Wien und haben in mehrstündiger Sitzung mit der Regierung beraten. Das Resultat freilich ist gar nicht danach, unser Staatsgefühl zu erhöhen: im Grunde bleibt alles beim Alten. Der Regierung ist es wohl geglückt, die Länder dazu zu bewegen, daß die Einreisebewilligung aufgehoben wird, da aber zum Aufenthalt in Deutschösterreich außerhalb Wiens auch eine Aufenthaltsbewilligung gehört, die von den einzelnen Gemeinden abhängig ist, so bleibt die Freizügigkeit innerhalb unseres Staates auch weiterhin ein leerer Wahn. Ja, wenn man es genau nimmt, hat sich die Lage eigentlich noch verschlimmert: Früher beruhte die Einschränkung der Freizügigkeit auf dem Eigenwillen der Länder; von heute an ist sie von der Regierung sanktioniert. Dafür aber hat die Regierung versprechen müssen, die Zuschübe an Nahrungsmitteln für die Länder zu erhöhen.

Es steht uns armen Teufeln von Wienern kaum noch zu, diese traurigen Tatsachen bitter zu glossieren; wir sind schwach und hilflos. Aber man soll die Wahrheit sagen und jede staatliche Wichtigtuerei und Phrasenmacherei endlich bei Seite lassen. Die Wahrheit ist, daß uns unsere nächsten Verwandten, die angrenzenden Länder, nicht besser behandeln als unsere Feinde, und weitere Wahrheit ist, daß die Wiener Regierung in theoretischem Ungestüm wohl nach den Wolken greift, in Wirklichkeit aber nicht die Macht hat, den nächstliegendsten Schlagbaum zu öffnen.

Der Abend
21.IV. 1919

73

Aemterkumulierung.

Aus der Zeit der christlichsozialen Wahlsiege erinnert man sich noch der sehr berechtigten heftigen Beschwerden gegen die Ämterkumulierung der Christlichsozialen. So ein tüchtiger christlichsozialer Wahl- und Bezirkskämpe wurde von der im Aufstiege befindlichen Partei mit Ämtern geradezu überschüttet, wurde in rascher Aufeinanderfolge Bezirksrat, Gemeinderat, Landtags- und Reichsratsabgeordneter. Die damals in der Minderheit befindlichen Sozialdemokraten und Freiheitlichen warfen den Christlichsozialen vor, daß diese Ämterkumulierung nur den Zweck verfolge, einflußreiche Parteigänger gut zu versorgen. Wichtiger jedoch als diese auf das Persönliche zugespitzten Vorbringungen scheint uns, daß ein Mann, der einen Beruf ausübt und außerdem zwei Mandate versieht (beispielsweise Nationalversammlung und Landtag), gar nicht imstande sein kann, seinen Pflichten als Volksvertreter wirklich gerecht zu werden. Schon gar nicht, wenn er auch in Ausschüsse entsendet wird, Gesetzesvorlagen studieren, Beratungen mit Sachverständigen abhalten und Parteien empfangen soll. Die Ämterkumulierung ist zweifellos ein grober, von den Parteimehrheiten geübter Mißbrauch, der die Arbeit in den öffentlichen Vertretungskörpern schwer schädigt.

Die Wahlen in die Nationalversammlung und die niederösterreichischen Vertretungskörper sind nun vorüber und man hat bereits einen Überblick, ob sich diese Verhältnisse geändert haben. Man hätte füglich erwarten dürfen, daß in der Zeit der Demokratie und der Republik eine Besserung eintreten werde. Das ist leider nicht der Fall. Wir zählen nicht weniger als fünf Christlichsoziale, die sowohl in die Nationalversammlung wie in den niederösterreichischen Landtag gewählt wurden und acht Sozialdemokraten, die im Landtag und in der Nationalversammlung sitzen. Zwölf Sozialdemokraten wurden in den Landtag und in den Gemeinderat gewählt und ein Sozialdemokrat, der sich in die Nationalversammlung, in den Landtag und in den Gemeinderat wählen ließ, hat sogar noch die Stelle eines Landesrates angenommen. Wir wissen nicht, ob dieser Abgeordnete ein Übermensch an Geist und Arbeitskraft ist, aber selbst wenn er es wäre, müßte sein Arbeitstag 48 und nicht 24 Stunden haben, damit er heute, da ein neues Gesetz das andere jagt und wohldurchdacht sein will, ein wirklicher Gemeinderat, ein wirkliches Mitglied der Nationalversammlung und ein wirklich arbeitender Landesrat sein kann. Neben diesem Mandatsträger sind die 18 Sozialdemokraten, die sich in den Landtag und Gemeinderat oder in den Landtag und Bezirksrat wählen ließen, wahre Waisenknaben der Ämterkumulierung. Aber auch diese Doppelmandate sind ungesunde Auswüchse der Parteimacht.

Unseres Erachtens müßte die Republik ein Gesetz erlassen, welches die Annahme von Doppelmandaten verbietet. Die Wählerschaft sieht die Doppelmandate mit großem Mißbehagen. Sie sagt sich mit Recht, daß ein zweifacher Mandatar nicht doppelte Arbeit, sondern auf jedem Platz nur halbe Arbeit leisten kann. In einem wirklich demokratischen Staatswesen darf nicht, wie in der vergangenen k. k. Zeit die Hauptarbeit beim Zustandekommen von Gesetzesvorlagen von den Beamten der Ministerien geleistet werden, sondern muß aus einem lebendigen Zusammenwirken der Wählerschaft mit den Abgeordneten hervorgehen. Doppelmandatare können solcher Pflicht nicht genügen. W.

Ostdeutsche Rundschau

21. IV. 1919

0
11
—
75

Bevorstehende Erhöhung der Abgeordnetendiäten.

Aus Abgeordnetenkreisen wird uns mitgeteilt: Auf Verlangen der Abgeordneten aus der Provinz finden seit acht Tagen zwischen den Parteien der Nationalversammlung Verhandlungen wegen Erhöhung der Abgeordnetendiäten statt, da es der überwiegenden Mehrheit der Abgeordneten wegen der außerordentlichen Teuerung der Lebenshaltung und der Quartiere ganz unmöglich ist, mit dem monatlichen Entschädigungsbetrage von 1000 Kronen das Auslangen zu finden. Auf diesen Umstand ist auch der zumeist sehr schlechte Besuch der Nationalversammlung zurückzuführen.

Zunächst wurde erwogen, diese Erhöhung der Entschädigung in Form einer Quartierzulage zu gewähren und auf die Abgeordneten der Provinz zu beschränken. Dagegen wendeten sich mit Recht die Wiener Abgeordneten. Daher beschäftigt man sich augenblicklich wieder mit dem Plane, die monatliche Entschädigungssumme aller Abgeordneten ohne Unterschied um mindestens 50 v. H. zu erhöhen.

Ostdeutsche Rundschau
21./V. 1919

0
21
—
76

Scharfe Angriffe auf den Staatssekretär für Finanzen Dr. Schumpeter im Finanzausschusse.

In der gestrigen Sitzung des Finanzausschusses kritisierten Redner der verschiedenen Parteien, darunter auch Abgeordneter Dr. Wutte von der Großdeutschen Vereinigung das Verhalten des Staatssekretärs für Finanzen Dr. Schumpeter. Die Kritik ging dahin, daß der Staatssekretär, der auch der gestrigen Sitzung des Finanzausschusses nicht beiwohnte, bisher nur zweimal im Ausschusse, jedoch nur auf kurze Zeit — stets unter dem Vorwande der außerordentlichen geschäftlichen Inanspruchnahme — erschienen sei. Aus den Pressemeldungen sei zu entnehmen, daß der Staatssekretär sich vielfach in der Oeffentlichkeit betätige, ohne jedoch Gelegenheit zu nehmen, mit dem parlamentarischen Ausschuß sich auseinander zu setzen. Bei der durch die Verhältnisse gegebenen Lage des deutschösterreichischen Staates seien die **Abgeordneten außer Stande, im Wege der Presse an den Ausführungen des Staatssekretärs entsprechende Kritik zu üben.** Um so notwendiger erscheine es, daß der Staatssekretär in den Ausschußsitzungen seine finanzpolitischen Tendenzen zum Ausdruck bringe. Uebel bemerkt werde auch, daß die auf Grund des wirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes herausgegebenen **Vollzugsanweisungen trotz wiederholten Ersuchens des Ausschusses demselben nicht vorgelegt** werden, so daß **jede parlamentarische Kontrolle** über die derzeitige Tätigkeit des Staatsamtes für Finanzen **fehle.** Es wurde des weiteren vielfach auf **Fehler in den Vollzugsanweisungen und in den Merkblättern** verwiesen. Schließlich wurde der Obmann des Finanzausschusses Dr. Weisskirchner ersucht, den Staatssekretär für Finanzen Dr. Schumpeter zur nächsten Ausschußsitzung persönlich einzuladen.

Beanstandung eines Aufrufs der sozialistischen Staatsbeamten.

Anfrage in der Nationalversammlung.

In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung bringen die Abgeordneten Dr. Schürff und Genossen (Großdeutsche Vereinigung) eine Anfrage bezüglich der Vorgänge bei den Wahlen in die Arbeiterräte der Staatsbeamtenschaft ein, in der auf die Einladung des Aufrufes des Verbandes der sozialistischen Angestellten der Staatskanzlei, des Staatsamtes für Inneres und des Staatsamtes für Unterricht hingewiesen wird, in dem die Angestellten aufgefordert werden, sich an den Wahlen für die Bezirksarbeiterräte zu beteiligen.

In dem Aufruf heißt es weiter: Wahlberechtigt ist jeder Staatsangestellte (Beamte und Diener), Mann und Frau, der in den Aemtern im Dienste steht. Wählbar und delegierbar in die Bezirksarbeiterräte sind nur jene Angestellten des Betriebes, die auf dem Boden des sozialistischen Parteiprogramms stehen und einer Berufsorganisation angehören. Die Bedeutung der Arbeiter- und Angestelltenräte in der Zukunft ist groß, namentlich weil vielleicht die Entwicklung unseres Verfassungslebens dahin gehen kann, daß unter Beiseiteschiebung der Nationalversammlung und der Landtage die Arbeiterräte selbst in Gestalt eines Rätekongresses über die Bedürfnisse und das Wohl des Volkes entscheiden werden.

In der Anfrage wird darauf hingewiesen, daß die Beschränkung des Wahlrechtes auf Staatsangestellte, die auf dem Boden des sozialistischen Parteiprogramms stehen und einer sozialdemokratischen Organisation angehören, vollständig den demokratischen Grundsätzen unseres jetzigen Verfassungslebens widerspricht und die willkürliche Entrechtung des Großteils der Staatsangestellten bedeute. Befremden erregen aber muß insbesondere der Passus des Aufrufes, der ganz öffentlich von einer Beiseiteschiebung der Nationalversammlung durch die Arbeiterräte, beziehungsweise durch einen Rätekongreß spricht, und indirekt zu einer Ausschaltung der aus den allgemeinen Wahlen hervorgegangenen Vertretungskörper auffordert. Besonderes Aufsehen erregt jedoch die Tatsache, daß eine derartige demokratiefeindliche Versammlung in den Räumen der Staatskanzlei selbst stattfinden konnte.

Die Abgeordneten stellen an den Staatskanzler folgende Anfragen: 1. Ist dem Staatskanzler die Ausschließung eines Großteiles der Staatsangestellten von der Wählbarkeit in den Arbeiterrat bekannt?

2. Ist der Staatskanzler bereit, das Recht der Wählbarkeit allen Staatsangestellten ohne Unterschied ihrer politischen Gesinnung und Organisationsangehörigkeit zu verschaffen?

3. Ist der Staatskanzler geneigt, zur Wahrung unserer demokratischen Verfassung alle Versuche, die auf eine Beseitigung der Nationalversammlung und Landtage durch die Arbeiterräte hinauslaufen, entschieden zu bekämpfen?

4. Wie kann der Staatskanzler rechtfertigen, daß die Versammlung des Verbandes der sozialistischen Angestellten der Staatskanzlei in der Staatskanzlei selbst, stattfinden konnte, obwohl sie sich ganz verfassungswidrige Ziele gesteckt hat?

Die Zeit Offenbach 21. V. 1919

Reichspost

23./V. 1919

82

Niederösterreichischer Landtag.

Wahl der Geschäftsausschüsse. — Abänderung der Gemeindewahlordnung für Niederösterreich.

Die Tagesordnung der heutigen zweiten Sitzung des niederösterreichischen Landtages trug zunächst nur formellen Charakter. Sie galt der Wahl der Ausschüsse, die sich sofort nach dem Wahlakt konstituierten.

Nach Erledigung der Tagesordnung wurde ein Dringlichkeitsantrag des christlichsozialen Abg. Segur und Gen. in Verhandlung gezogen, der die von der provisorischen Landesversammlung beschlossene Gemeindewahlordnung für Niederösterreich in der Richtung abändert, daß von dem passiven Wahlrecht nur jene Beamten der Landesregierung, des Landesrates und der zuständigen Bezirkshauptmannschaft, die eine kontrollierende Tätigkeit in ihrem Dienste gegenüber der betreffenden Gemeinde haben, ausgeschlossen sind. Der Antrag wurde nach längerer Debatte einstimmig angenommen und damit das seinerzeit an diesen Kategorien begangene Unrecht aus der Welt geschafft.

Nachstehend der Bericht über die Sitzung:

Nach der Eröffnung der Sitzung und Verlesung des Einlaufes wurde zunächst die Wahl der Geschäftsausschüsse vorgenommen.

Die sofort vorgenommene Konstituierung der Ausschüsse hatte folgendes Ergebnis:

Bauausschuß: Obmann Maier Adolf, Obmannstellvertreter Derbl, Schriftführer Dr. Mittermann;

Eisenbahnausschuß: Obmann Müller Adolf, Obmannstellvertreter Schmatz, Schriftführer Sedlaczek und Heitzinger;

Ernährungsausschuß: Obmann Sigl, Obmannstellvertreter Krilawa, Schriftführer Pölzl und Frau Schirmer.

Finanzausschuß: Obmann Philp, Obmannstellvertreter Richter, Schriftführer Kanlik und Wollek;

Gemeinde- und Verfassungsausschuß: Obmann: Segur, Obmannstellvertreter Ofenböck, Schriftführer Lindner;

Landeskulturausschuß: Obmann List Karl, Obmannstellvertreter Gerdinitsch, Schriftführer Brunner und Wagner Josef;

Schulausschuß: Obmann Zwilling, Obmannstellvertreter Prader, Schriftführer Birbaumer;

Versicherungs- und Hypothekenanstaltsausschuß: Obmann Klein, Obmannstellvertreter Rain, Schriftführer Fuchs;

Verwaltungsausschuß: Obmann Adler Friedrich, Obmannstellvertreter Segur, Schriftführer Dr. Mittermann und Frau Bock.

Es wird hierauf der Dringlichkeitsantrag der Abg. Segur und Genossen in Verhandlung gezogen, der die Abänderung der von der provisorischen Landesregieung beschlossenen Gemeindewahlordnung für Niederösterreich in den Punkten über die Ausschließung der Beamten der zuständigen Bezirkshauptmannschaft, der Landesregierung und des Landesrates vom passiven Wahlrecht beinhaltet. Nach dem Antrage sollen nur diejenigen Beamten von der Wählbarkeit ausgeschlossen werden, welche infolge ihrer amtlichen Stellung eine Kontrolltätigkeit über die Gemeinde auszuüben haben, sowie die zur Besorgung der Gemeindegeschäfte bestellten besoldeten Beamten und Diener der Gemeinde und schließlich diejenigen, welche zur Gemeinde in einem auf Erwerb oder Gewinn abzielenden, nicht bloß zufälligen, ausnahmsweisen oder vorübergehenden Vertragsverhältnis stehen. Abg. Segur begründet die Dringlichkeit damit, daß bis 27. Mai in den Gemeinden des flachen Landes die Listen vorzulegen sind. Nach dem einstimmigen Beschlusse auf Zuerkennung der Dringlichkeit, führt der Antragsteller aus, daß es im demokratischen Zeitalter nicht angängig sei, daß z. B. ein Beamter der Landesbahnen oder ein Mittelschulprofessor vom passiven Wahlrecht ausgeschlossen werde. Auch bezüglich der Wählbarkeit in den Gemeindevorstand sei nur die Ausschließung solcher Beamten des Staates und Landes gerechtfertigt, welche in einem geistigen Verpflichtungsverhältnis zur Gemeinde stehen. Abg. Pölzer erklärt namens der Sozialdemokraten, daß seine Partei einer solchen Abänderung des Gemeindewahlrechtes kein Hindernis in den Weg legen wird. Abg. Hemala wei stdarauf hin, daß sich die Beamten gegen den Wahlrechtsraub zur Wehr gesetzt haben. Durch die Abänderung würde ein offenes Unrecht getilgt werden. (Beifall bei den Christlichsozialen.) Abg. Johann Mayer erklärt, daß er die Verantwortung für die ursprüngliche Fassung des Gesetzes auf sich nehme, die damals aus dem Gedanken heraus entstanden sei, daß Kontrollbeamte nicht gleichzeitig in der Körperschaft sitzen sollen, die sie zu kontrollieren haben. Nachträglich habe sich herausgestellt, daß diese Bestimmung vielfach etwas zu weitgehend war. Durch Hinzutun des Redners soll die Frage in der jetzigen Form gelöst werden. Ursprünglich hätten alle Landesbeamten und Regierungsbeamten ohne Unterschied, ob Kontrollorgane oder nicht, das Wahlrecht erlangen sollen.

Bei der Abstimmung wird das Gesetz einstimmig angenommen.

Die nächste Sitzung wird im schriftlichen Wege bekannt gegeben.

Die Geschäftsverteilung in der n.-ö. Landesregierung.

Den Vertretern der Christlichsozialen in der Landesregierung wurden folgende Geschäfte zugewiesen:

Landeshauptmann-Stellvertreter Mayer: Landeskultur, Landeswirtschaftsamt, landwirtschaftliche Abteilung, Forstdepartement, Veterinärdepartement, Holzlandesstelle, Straßen- und Wasserbau.

Landeshauptmann-Stellvertreter Steiner: Gewerbe, Militär, Kultus, Stiftungen und Fonds mit Ausnahme des Krankenanstaltenfonds, (Dorotheum, Waisenhaus, Taubstummenfonds), Verkehr, Sanität, Hochbau, Dikasterialgebäudeverwaltung.

Für die Freigabe des Tabakbaues.

Die Abgeordneten Jedek und Genossen beantragten in der heutigen Landtagssitzung, bei der Staatsregierung dahin zu wirken, daß das Verbot des Tabakbaues und der Zucht von Tabakpflanzen so lange aufzuheben ist, als der Staat nicht in der Lage ist, Rauchtabak in genügender Menge für die Bevölkerung herbeizuschaffen. Den Großbesitzern soll gestattet werden, auf eigenem Grund und Boden Tabakpflanzen anzubauen und zu züchten, soviel diese für sich, für ihre Familien und das Hausgesinde selbst verbrauchen, dagegen den Verkauf an andere Personen zu verbieten und die Erzeugung von Tabaksorten dem Staate vorbehalten bleiben.

Die Abg. Hofer, Juckel und Genossen stellten einen Antrag, betreffend die Piestingregulierung.

Eine „Rechtsverwahrung" der Tschechen.

Im Einlauf der heutigen Sitzung befand sich eine von den Tschechen als Antwort auf die in der konstituierenden Sitzung von den Deutschnationalen gegen die Anwesenheit tschechischer Vertreter im Landtag eingebrachte Rechtsverwahrung ein gleiches Schriftstück, in dem die Tschechen sagen, daß sie an dem Aufbau des Staates mitarbeiten und mit den deutschen Staatsbürgern in Ruhe leben wollen. Sie verwahren sich dagegen, daß man ihnen und ihren Wählern zumute, sich nicht zur tschechischen Nationalität bekennen zu dürfen. Der Landeshauptmann hat die Entgegennahme dieses Schriftstückes abgelehnt.

Entfernung nichtdeutscher Beamter aus dem Landesdienst. In der heutigen Sitzung des Landtages stellten die Abgeordneten Birnbaumer und Genossen eine Anfrage an den Landeshauptmann wegen der Entfernung der nichtdeutschen Beamten und Angestellten im Landes-, Schul- und Gemeindedienste. Die Anfrage wurde damit begründet, daß in den anderen Nationalstaaten die deutschen Beamten ihrer Stellungen enthoben wurden.

Die Ungültigkeitserklärung der Angelobung der tschechischen Landtagsabgeordneten. Von den Deutschnationalen wurde heute im Landtag ein Dringlichkeitsantrag eingebracht, in dem die von den tschechischen Vertretern in der Eröffnungssitzung geleistete Angelobung mit Berufung auf die Landes- und Geschäftsordnung für ungültig erklärt und verlangt wird, die tschechischen Abgeordneten solange von den Verhandlungen auszuschließen, bis sie das Gelöbnis in der vorgeschriebenen Form abgelegt haben.

Reichspost
25./V. 1919

Die gesetzwidrigen Einbürgerungen.

Ein begrüßenswerter Erlaß des Staatsamtes für Inneres.

Die aufsehenerregenden Veröffentlichungen der „Reichspost" und die Debatten im n.-ö. Landtag über die gesetzwidrigen Einbürgerungen Hunderter galizischer Juden in n.-ö. Landgemeinden haben heute zu einem sehr begrüßenswerten und höchst notwendigen Erlaß des Staatsamtes für Inneres an alle Landesregierungen geführt, der folgenden Wortlaut hat:

Dem Staatsamt für Inneres ist zur Kenntnis gekommen, daß sich einzelne Gemeinden in mißverständlicher Auffassung des § 2 des Gesetzes vom 5. Dezember 1918 für berechtigt halten, Ausländer überhaupt oder wenigstens nach Ungarn, Bosnien und der Herzegowina, bezw. nach Dalmatien, Istrien und Galizien (hauptsächlich Galizien! D. R.) zuständige Personen ohne weiters in den Heimatsverband aufzunehmen, obwohl die Aufnahmswerber erst nach dem 1. August 1914 ihren Wohnsitz nach Deutschösterreich verlegt haben. Ferner wurde die Wahrnehmung gemacht, daß einzelne Gemeinden die Heimatgesetznovelle noch immer auf alle Personen zur Anwendung bringen, die aus einem der vormals im Reichsrate vertretenen Königreiche und Länder stammen (heimatsberechtigt sind), ohne zu bedenken, daß diese Personen in ihrer Mehrzahl für uns heute Ausländer sind, für die selbstverständlich eine Ersitzung des Heimatsrechtes auf Grund des § 2 der Heimatsgesetznovelle nicht mehr in Betracht kommen kann. Da durch ein derartiges gesetzwidriges Vorgehen die Beweiskraft der Heimatscheine als Urkunden über das Heimatsrecht und in weiterer Folge über die Staatsbürgerschaft erschüttert werden müßte, anderseits aber der auf solche Art erlangte Heimatschein seinem Besitzer durch die Möglichkeit der Vortäuschung der deutschösterreichischen Staatsbürgerschaft Gelegenheit zur Erlangung verschiedener Vorteile, die ihm sonst versagt blieben, bietet, (Immatrikulierung auf deutschösterreichischen Universitäten u. dgl.) wird die Landesregierung eingeladen, eine allfällige derartige Praxis der Gemeinden in ihrem Verwaltungsgebiete ohne Verzug abzustellen. In diesem Sinne wird die Ueberprüfung der seit der Errichtung der deutschösterreichischen Republik erfolgten Heimatsrechtverleihungen, gegebenenfalls die Außerkraftsetzung bereits vollzogener gesetzwidriger Aufnahmen in den Heimatsverband und die Einbeziehung der hierüber ausgefertigten Heimatscheine zu veranlassen sein.

Österr. Volkszeitung
25./V. 1919

„Slibujim!"

Von Dr. Wolfgang Madjera.

Mit Zähneknirschen haben wir Deutschen tatenlos zusehen müssen, wie das alte Oesterreich in Trümmer sank, wie es in jene Teile auseinanderfiel, aus denen die geschichtliche Entwicklung von Jahrhunderten einen mächtigen Großstaat geschmiedet hatte. Der Traum einer starken deutschen Vormacht gegen den Osten ist zu Ende geträumt; die wunderbare, über ein Jahrtausend hinaus erstreckte Entfaltungskraft des karolingischen Gedankens, der in der Ostmark ein deutsches Kristallisationszentrum für die umwohnenden Völker schuf, hat sich erschöpft. Er wird wohl, wie dies das Schicksal aller großen Bildungen der Weltgeschichte ist, seine Aufgabe im Werdegang der Menschheitsschicksale erfüllt haben und deshalb dem Wirken anderer, neuer Zusammenhänge weichen.

Was aber Sinn und Berechtigung nicht verloren hat, was vollen Anspruch besitzt, unter den geänderten Verhältnissen unverletzt und unangefochten weiterzubestehen, das ist das deutsche Land, das den anderen so lange Führer, Förderer und Kulturbringer war, bis sie ihm in der Stunde des Unglücks in den Rücken fielen und sich auf Kosten seiner Erniedrigung erhöhten. Wie hart der Zwang und die Bevormundung war, worüber sie nicht genug Klage führen konnten, erhellt schon daraus, daß sie durch Jahrzehnte die Macht hatten, Oesterreichs parlamentarische Einrichtungen zu mißbrauchen, um Oesterreich zugrunde zu richten, und daß sie alle hochverräterischen Vorbereitungen zur Zertrümmerung dieses Staates ungestört betreiben konnten, bis der äußere Feind ihm nicht mehr die Kraft ließ, den inneren niederzuschlagen.

Kein Zweifel: Uns Deutsche trifft ein vollgerütteltes Maß der Schuld, daß die Dinge so kamen. Ohne unsere unselige Spaltung, ohne die Verblendung kurzsichtiger Politiker, die fortwährende Nachgiebigkeit, unermüdliches Beschwichtigen und rastloses Verkleistern fortfressender Risse für geeignete Mittel hielten, um slawische Ränkesucht und Gewalttätigkeit unschädlich zu machen, ohne all diese Unfähigkeit am Steuer und an den Rudern hätte Oesterreichs altes Staatsschiff kein Opfer der Stürme werden müssen. Aber diese bittere Erkenntnis ändert nichts an den eingetretenen Tatsachen. Das Rad der Geschichte läßt sich nicht zurückdrehen. Versäumte Gelegenheiten kehren nicht wieder.

Und doch sollte nichts so klar ins Bewußtsein und nichts so tief und brennend in das Herz jedes deutschen Oesterreichers dringen, als gerade diese Erkenntnis der Schmach, die wir selbst verschuldet haben. Sie sollte es, auf daß jeder den heiligen Vorsatz fasse, so viel in seinen Kräften steht, dazu beizutragen, daß unser deutsches Land in alle Zukunft vor der verhängnisvollen österreichischen Schwächlichkeit bewahrt bleibe, für die wir schon so fürchterlich büßen mußten. Jeder Politiker, jeder Beamte, jeder Lehrer hat Gelegenheit, in diesem Sinne Taten zu verrichten. Jeder andere aber besitzt in seinem Stimmzettel das Zwangsmittel, um seine Erwählten zum rücksichtslosen, eisernen Festhalten an dem obersten Granddogma unserer Staatspolitik zu verpflichten: daß dieses unser teures Land deutsch sei und deutsch bleiben müsse in alle Zukunft.

Dies zu fordern und immer wieder festzustellen, ist jetzt, da sich die Slawen ihre eigenen Staaten geschaffen haben, keineswegs überflüssig. Die Vorfälle der letzten Tage in der Landesversammlung und im Gemeinderat beleuchten diese Notwendigkeit mit grellen Streiflichtern. Würde ein in Deutschösterreich eingebürgerter Franzose oder Italiener, wenn er in eine dieser Körperschaften gewählt würde, sich einfallen lassen, ein Gelöbnis, dessen Leistung in der Staatssprache vorgeschrieben ist, auf französisch oder italienisch abzulegen oder eine französische oder italienische Rede zu halten? Was die in diese Körperschaften gewählten Tschechen mit ihrem „Slibujim" und ihren Versuchen, tschechische Reden zu halten, bezwecken, ist nichts anderes, als den deutschen Charakter Deutschösterreichs und Wiens zu leugnen. Sie wollen den alten Sprachenstreit, an dem Oesterreich zugrunde ging, auch in den deutschen Staat, der noch von ihm übrig geblieben ist, hineintragen, sie wollen auch hier die friedliche Arbeit verseuchen, um den verhaßten Nachbar ihres tschechischen Vaterlandes zu schwächen und zu schädigen, und niemand weiß, wo ihre kühnen Träume enden; denn tschechische Habgier und tschechischer Machthunger ist bekanntlich unersättlich.

Die tschechischen Nationalräte Deutschösterreichs gehen sogar so weit, von der tschecho-slowakischen Nationalversammlung zu verlangen, daß sie ihr als beratende Mitglieder beigezogen werden. Wenn wir uns darüber empören, werden sie vermutlich darauf verweisen, daß ein ähnliches Verhältnis zwischen der deutschösterreichischen und der reichsdeutschen Nationalversammlung angestrebt werde. Wollten sich unsere Tschechen wirklich hierauf berufen, dann hätten sie sich in ihrer eigenen Schlinge gefangen! Denn Deutschösterreich macht kein Geheimnis daraus, daß es den Anschluß an das Deutsche Reich erstrebt, daß es in ihm aufzugehen wünscht. Das trifft aber gegenüber der Tschecho-Slowakei nicht zu. Muß man also nicht annehmen, daß die Vertreter der deutschösterreichischen Tschechen — und das heißt eigentlich nur so viel als: der niederösterreichischen Tschechen — auf eigene Faust denselben Anschluß an den Tschechenstaat in die Wege leiten, daß sie ihm wenigstens Niederösterreich, nach dem man von Prag aus lüstern ausblickt, in die Hände spielen möchten?

Man sieht: kaum haben Tschechen ihren Einzug in unsere Vertretungskörper gehalten, so beginnen sie schon die Flamme nationalen Zwiespalts zu entzünden und Leidenschaften aufzureizen, von denen sie nach den Erfahrungen des alten Parlaments genau wissen, daß an ihnen schließlich auch der stärkste Organismus zugrunde geht.

Für die deutschen Oesterreicher gibt es gegenüber diesen ersten und allen ähnlichen Versuchen nur eine Pflicht: Sofortige, unerbittliche, wuchtige Abwehr. Die Herren Tschechen werden entweder den staatsrechtlich festgelegten deutschen Charakter unseres Landes anerkennen und jeden offenen oder versteckten Angriff auf ihn unterlassen oder sie werden aus den Vertretungskörpern verschwinden — und sei es selbst um den Preis, daß ihnen Wahlrecht und Wählbarkeit gesetzlich aberkannt wird!

Arbeiterzeitung
25./V. 1919

Die Tschechen im Landtag und Gemeinderat.

In der Prager Nationalversammlung brachten, wie gemeldet wird, die Abgeordneten Professor Srdinko und Genossen eine Anfrage ein, in der es heißt:

Nach eingegangenen glaubwürdigen Nachrichten wurden Abgeordnete tschechischer Nationalität, die rechtsgültig in den niederösterreichischen Landtag gewählt wurden, unerhörten Angriffen von deutscher Seite ausgesetzt. Es wird deshalb die Anfrage gestellt: Ist die Regierung bereit, sofort in dieser Angelegenheit von der Wiener Regierung Aufklärung zu fordern? Sind bei der Friedenskonferenz Schritte für den künftigen Schutz der tschechischen Minderheiten in Deutschösterreich und Ungarn unternommen worden?

Die Uebertreibung dieser Anfrage liegt auf der Hand: es ist weder im Landtag noch im Gemeinderat etwas passiert, was über die „Zwischenfälle", wie sie in Parlamenten ja nicht ungewöhnlich sind, hinausgehen würde. Auch wird die Zuständigkeit der tschecho-slovakischen Regierung, „von der Wiener Regierung Aufklärung zu fordern", sehr bestritten werden können; die tschechische Regierung hat sich in der Behandlung der Deutschen, die dort leben, wo sie ihre Gewalt ausübt, ganz andere Dinge zu Schulden kommen lassen, als sie jene Zwischenrufe darstellen, ohne daß die deutschösterreichische Regierung den Anspruch zu „Aufklärungen" erhoben hätte. Auch könnte man den erstaunlichen Interpellanten fragen, wie er sich denn eine Intervention der deutschösterreichischen Regierung vorstellt, der doch selbstverständlich in Hinsicht der Geschäftsführung im Wiener Gemeinderat und im niederösterreichischen Landtag nicht das geringste Recht zusteht. Man kann den tschechischen Abgeordneten und Gemeinderäten auch den Vorwurf nicht ersparen, daß sie sich ganz ohne Grund und Zweck in die Rolle einer nationalen Kampfminderheit begeben haben, obwohl dafür kein Anlaß besteht. Wenn man ihre politische Stellung in Niederösterreich mit der Behandlung der Deutschen in Böhmen und im Sudetenland vergleicht — man denke nur an die Märzmorde, an die Auflösung der Gemeindevertretungen und deutscher Organisationen, an die Versammlungsverbote, an die Konfiskationen und Einstellungen deutscher Zeitungen —, so wird kein Einsichtiger den Unterschied verkennen können, und wir rufen die Einsicht jener Tschechen, die sich zur Sozialdemokratie bekennen, an, wenn wir sie auffordern, die kleinlichen Mätzchen, mit denen sie debütiert haben, fallen zu lassen und sich in der deutschösterreichischen Republik, deren getreue Bürger sie sein wollen, zu einer sachlichen Mitarbeit zu bequemen. Das wird für sie besser sein als diese Prager Bemutterung, der der Tropfen Denunziation, ohne die es bei gewissen Tschechen nicht leicht geht, nicht fehlt.

Aber das alles ändert nichts daran, daß den Christlichsozialen hier eine Taktik beliebt, die ganz bestimmt nicht im Interesse des deutschen Volkes ist und daher eine verwerfliche Demagogie darstellt. An sich ist die Aufregung über ein tschechisches Wort bei den Christlichsozialen, die die tschechischen Kleinbürger in Wien so lange als Stimmvieh gebrauchen wollten — „Laßt mir meine Böhm' in Ruh'!" —, ein Schwindel; wie überhaupt den christlichsozialen Anschlußfeinden und Französlingen die deutsche Aufregung doch niemand glauben wird. Die Komödie ist recht durchsichtig: die verkrachten Christlichsozialen raffen jetzt eben alle Demagogien zusammen und da, meinen sie, werde auch die nationale ihnen gute Dienste leisten. Auf der einen Seite hat ihr Blatt die Schamlosigkeit, die Entsendung von Delegierten zur Förderung der Kulturgemeinschaft mit den reichsdeutschen Brüdern so darzustellen, daß man damit der Entente, die man doch brauche, ins Gesicht speit; auf der anderen wird gegen die Tschechen, die Deutschösterreich doch nicht minder braucht, in der albernsten Weise gehetzt und die nachbarliche Stimmung vergiftet. Die Zeiten sind aber zu ernst, um, weil die Christlichsozialen die Mehrheit in Wien verloren haben, im Landtag und im Gemeinderat Kirchweihspäße aufführen zu dürfen. Wie immer und überall zeigen die Christlichsozialen auch hier, daß ihnen ihr schäbiges Parteiinteresse über die stärksten Notwendigkeiten des Vaterlandes geht.

Reichspost

27.V.1919

Einberufung des Hauptausschusses.

Der Hauptausschuß hält morgen Dienstag, den 27. Mai, um 5 Uhr nachmittags eine Sitzung ab. Wie man vermutet, wird er sich vornehmlich mit den Meldungen aus St. Germain befassen. Man hofft in unterrichteten Kreisen, daß die Abfassung des Friedensvertrages nun beschleunigt werden wird, wie die Note des Staatskanzlers Dr. Renner gefordert hat, und daß daher eine Unterbrechung des Aufenthaltes unserer Friedensabordnung in St. Germain sich vermeiden lassen wird.

Der christlichsoziale Verfassungsentwurf.

Nach dem impotenten Spötteln des sozialdemokratischen Organes über den christlichsozialen Verfassungsentwurf ist rasch Nachdenklichkeit über den Vorschlag einer bundesstaatlichen Gliederung Deutschösterreichs eingekehrt. Nun liegt auch eine interessante wissenschaftliche Aeußerung über den christlichsozialen Entwurf vor. Univ.-Prof. Dr. Rudolf Herrnritt untersucht in einem Artikel in der „N. Fr. Pr." die Grundzüge des Entwurfes, den er einen „kühnen Versuch einer Neugestaltung Deutschösterreichs" nennt, „welcher das Verdienst für sich beanspruchen kann, gesunde Einrichtungen aus der Vergangenheit mit fruchtbaren Gedanken der neuesten Entwicklung zu verknüpfen. Immerhin scheint mir der Entwurf den richtigen Weg anzudeuten, um der bedenklichen Erscheinung der besonders außerhalb Wiens um sich greifenden Staatsverdrossenheit zu steuern und den Staat aus seiner trostlosen Gegenwart einer besseren Zukunft entgegenzuführen." Prof. Herrnritt kommt sogar bei Besprechung der Abgrenzung der Kompetenzen zwischen Bundesgewalt und Landesgesetzgebung, darauf zu sprechen, daß die Bundesbelange durch die Zuweisung des Theaterwesens und der Regelung des gesamten Verwaltungsrechtes an die Bundesgesetzgebung eher zu wit gezogen seien, und fügt hinzu:

Auch die Verfügung über die gesamten Finanzquellen des Staates seitens der Bundesgewalt, welche in der Zuständigkeit derselben zur „Festlegung der Steuerquellen für die Länder" sich äußert, dürfte zu Bedenken Anlaß geben. Immerhin ist aber der verhältnismäßig weite Umfang der Bundesgesetzgebung nur zu begrüßen.

Ueber die Bestimmung, daß Landeskultur und Wasserrecht, Nutzbarmachung der Naturschätze und Naturkräfte, das untere und mittlere Bildungs- und Erziehungswesen zwar in den Wirkungskreis der Länder fallen, jedoch an die „Mitwirkung der Bundesregierung" gebunden sein sollen, sagt Prof. Herrnritt:

Dieser Artikel dürfte wohl den hauptsächlichen Kampfplatz der verschiedenen politischen Richtungen bilden, falls dem Entwurfe, wie ich hoffe, das Schicksal der parlamentarischen Beratung beschieden sein wird. Auf gleichem Boden wurden doch auch namentlich bezüglich des Schulwesens und der mit der Landeskultur zusammenhängenden wirtschaftlichen und Verkehrsfragen die heftigsten Kämpfe zwischen der zentralistischen und föderalistischen Richtung im alten Oesterreich gefochten. Das Kompromiß zwischen diesen beiden Richtungen, wie es in der „Mitwirkung" der Bundesregierung offenbar beabsichtigt ist, wäre an sich ein glücklicher Gedanke, vorausgesetzt, daß es gelingt, die Wirkungssphären beider Gewalten gegeneinander genau abzugrenzen.

Für und gegen Dr. Steinwender.

Die freisinnigen Bauernbünde gegen die Großdeutsche Vereinigung.

Bekanntlich wollte mit Zustimmung des freisinnigen Kärntner Bauernbundes dessen Vertreter Abg. Egger zugunsten seines Ersatzmannes Dr. Steinwender auf sein Mandat verzichten. Die „Großdeutsche Vereinigung" hat sich jedoch gegen eine solche Verzichtleistung Eggers ausgesprochen, worauf dieser seinen beim Präsidenten Seitz bereits angemeldeten Mandatsverzicht wieder zurückzog. Nun meldet die D.-ö. Korr. aus Graz, daß sich die freisinnigen Bauernbünde von Steiermark und Salzburg an den Kärntner Bauernbund zugunsten Dr. Steinwenders gewendet hätten, da die freisinnige Bauernschaft ihn als Finanzfachmann in der Nationalversammlung benötige. Da die Vertreter der freisinnigen Bauernbünde nahezu die Hälfte der Mitglieder der Großdeutschen Vereinigung bilden, ist diese nun in eine nicht sehr angenehme Lage versetzt.

Die Gemeindewahlen in Salzburg.

Salzburg, 26. Mai.

Gestern fanden im ganzen Lande, ausgenommen in Salzburg und Hallein, die Gemeindewahlen statt, die überall in vollster Ruhe verliefen. Außer einigen nichtoffiziellen Meldungen liegen noch keine authentischen Daten vor. In Badgastein entfielen von 24 Mandaten 12 auf die Sozialdemokraten, 7 auf die Christlichsolialen und 5 auf die Deutschfreiheitlichen, in Hofgastein von 12 Mandaten 2 auf die Sozialdemokraten, 6 auf die Christlichsozialen und 4 auf die Deutschfreiheitlichen.

Neues Wiener Tagblatt

Abendl
27./V. 1919

Die Standesherabsetzung der Volkswehr.

Wie bereits berichtet, hat sich auf Drängen der Entente das Staatsamt für Heerwesen gezwungen gesehen, eine Standesherabsetzung der Wiener Volkswehr um ein Viertel zu verfügen. Diese Verminderung soll am letzten Mai durchgeführt sein und wird 3480 Mann betreffen, während 10,436 Mann zurückbleiben. Jedem ausgeschiedenen Soldaten wird ohne Rücksicht auf die Dauer seiner Dienstzeit das vorgeschriebene Kündigungsgeld ausbezahlt werden.

Gegen diese Verfügung wurde in den Kreisen der Volkswehr eine lebhafte Agitation mit einem Flugblatt der Zeitschrift „Der rote Soldat" getrieben. Das Flugblatt fordert zum Besuch einer Versammlung der Volkswehr auf, welche für heute einberufen wurde. Nach unsern Erkundigungen an maßgebender Stelle ist ein ruhiger Verlauf dieser Versammlung zu erwarten. Gegenstand der Debatte werden materielle Forderungen sein, welche sich auf einen Ausgleich zwischen den Gebühren eines Volkswehrmannes und der Arbeitslosenunterstützung beziehen, welche die ausgeschiedenen Soldaten vorläufig zu erwarten haben. Der Versammlung werden nur die dienstfreien Volkswehrleute beiwohnen. Das Kommando der Volkswehr erwartet einen vollkommen ruhigen Verlauf und weist jede Spur einer Befürchtung zurück.

Auch der Staatssekretär für Heerwesen Doktor Deutsch hält alle Alarmgerüchte für müßig. Die Volkswehr weiß — so erklärt er —, daß auf Drängen der Entente ihr Abbau auch in Wien durchgeführt werden muß, wie er in der Provinz bereits stattfand. Niemand erwarte Gewalttätigkeiten, welche nur die Sache der Reaktion unterstützen würden, die schon längst eine Gelegenheit zu energischem Vorgehen suche.

Eine Erklärung des Staatssekretärs für Heerwesen.

Der Staatssekretär für Heerwesen Dr. Deutsch äußerte sich heute gegenüber einem Berichterstatter über die Frage wie folgt: „Der der Nachricht zugrundeliegende Tatbestand beschränkt sich darauf, daß infolge des bekannten Einschreitens der Entente 25 Prozent der Wiener Volkswehr nunmehr ebenso abgebaut werden müssen, wie das in der Provinz bereits geschehen ist. Daß eine solche Maßnahme nicht leicht durchzuführen ist, versteht sich von selbst, und ebenso, daß die Entlassenen hart getroffen erscheinen. Gegenüber der Notwendigkeit jedoch, die Forderung der Entente, wenn auch nur schrittweise zu erfüllen, mußten vom Staatsamte für Heerwesen alle Bedenken zurückgestellt werden. Es blieb leider nichts andres übrig, als nachzugeben und, um die Volkswehr als Ganzes zu retten, einen kleinen Teil zu opfern. Wenn von den Kommunisten der Abbau der Volkswehr zu einer demagogischen Agitation benützt werden sollte, werden sie damit nichts andres erreichen, als daß sie Wasser auf die Mühlen der Reaktion treiben, die nichts sehnlicher wünscht, als durch Unbotmäßigkeit einzelner Teile der Volkswehr einen Vorwand zum Scharfmachen der Entente gegen die ganze Volkswehr zu schaffen."

Neue Freie Presse Abendl
30./V. 1919

A
30
94

Konstituierende Nationalversammlung.

Wien, 30. Mai.

Die schwierigen Verkehrsverhältnisse und der gestrige Feiertag verursachten einen schwächeren Besuch der heutigen Sitzung der Nationalversammlung und hatten auch zur Folge, daß der Ausschuß für Handel und Industrie und der Finanzausschuß beschlußunfähig blieben. Das Haus wird sich heute mit dem Schlössergesetz und dem Verfahren bei der Enteignung von Wirtschaftsbetrieben beschäftigen. Da das Wiederbesiedlungsgesetz wegen der Beschlußunfähigkeit des Ausschusses aber nicht zu Ende beraten werden konnte, ist auch für morgen eine Sitzung des Hauses in Aussicht genommen.

Staatssekretär Dr. Deutsch hat heute einen Gesetzentwurf über die Anwendung des Invalidenentschädigungsgesetzes auf Personen des militärischen Berufsstandes und deren Hinterbliebenen eingebracht und begründet. Dr. Deutsch kündigte hiebei an, daß in kürzester Zeit dem Hause ein Militärversorgungsgesetz und eine Dienstpragmatik für Berufsmilitärpersonen zugehen werden. Das Streben geht dahin, die Berufsmilitärs mit den Zivilstaatsbediensteten gleichzustellen.

Präsident Seitz kam heute auf die an ihn gerichtete Anfrage des Abgeordneten Dr. Straffner zurück, die sich unter Hinweis auf die Selbständigkeitsbestrebungen in Vorarlberg dagegen wendet, daß der Vorarlberger Abgeordnete Fink die Stelle des Vizekanzlers bekleide. Der Präsident lehnte auf Grund einer zwischen den Christlichsozialen und den Sozialdemokraten getroffenen Vereinbarung die Beantwortung der Anfrage mit der Begründung ab, daß ihm als Präsidenten der Nationalversammlung die Kompetenz in dieser rein politischen Angelegenheit nicht zukomme, und daß die Verfassung dem Hause das Recht gebe, jedem Staatsfunktionär das Mißtrauen auszusprechen.

(19. Sitzung. — Präsident Seitz eröffnet die Sitzung um 11 Uhr.)

Auslieferungsbegehren.

Das Bezirksgericht Haag hat das gegen den Abg. Stöckler gestellte Auslieferungsbegehren zurückgezogen. Gegen den Abg. Dr. Wutte wird vom Bezirksgerichte für Strafsachen in Graz ein Auslieferungsbegehren wegen Uebertretung gegen die Sicherheit der Ehre gestellt.

Regierungsvorlagen.

Das Staatsamt für Heerwesen unterbreitet einen Gesetzentwurf über die Anwendung des Invalidenentschädigungsgesetzes auf Personen des militärischen Berufsstandes und ihre Hinterbliebenen, die Staatskanzlei einen Gesetzentwurf über die Regelung des Verkehres mit Getreide und Mahlprodukten.

Staatssekretär für Heerwesen Dr. Deutsch: Bei dieser Regierungsvorlage handelt es sich im Wesen darum, daß das allgemeine Invaliden-Entschädigungsgesetz sinngemäß auf Personen des militärischen Berufsstandes übertragen werden soll. Der Staatssekretär kündigt an, daß in kürzester Zeit dem Hause ein Militärversorgungsgesetz und eine Dienstpragmatik für Berufsmilitärpersonen unterbreitet werden wird. Alle diese Gesetze sind von dem Gedanken getragen, den Versuch zu unternehmen, die Sonderstellung, die bisher Berufsmilitärpersonen hatten, möglichst zu beschränken, möglichst darauf zu reduzieren, was infolge der besonderen Verhältnisse des Dienstes selbst nötig ist. Freilich darf nicht übersehen werden, daß die Berufsmilitärpersonen nicht alle eine Ausnahmsstellung besaßen, die ihnen Rechte gegeben hat, sondern mitunter ist ihre Ausnahmsstellung auch eine Benachteiligung gewesen. Beides soll beseitigt werden. Wir wollen den Grundsatz festhalten, daß gleiches Recht für alle geschaffen werde, und wollen insbesondere, soweit das Dienstverhältnis in Frage kommt, die Berufsmilitärpersonen mit den Zivilstaatsbediensteten gleichstellen. Die Bediensteten des Staates sollen nicht verschieden behandelt werden. Durch die demnächst zur Unterbreitung gelangenden Vorlagen wird es hoffentlich gelingen, ein einheitliches Recht für alle zu schaffen, in das also auch die Berufsmilitärpersonen einbezogen sind. (Lebhafter Beifall.)

Die Stellung des Vizekanzlers Fink.

Präsident: In der Sitzung vom 23. Mai d. J. haben die Herren Abgeordneten Dr. Straffner und Genossen eine Interpellation an mich gerichtet über eine angebliche Unvereinbarkeit der Stellung des Herrn Vizekanzlers Jodok Fink mit seiner Stellung als Vertreter des Landes Vorarlberg. Der § 62 der Geschäftsordnung sieht vor, daß an den Präsidenten des Hauses und an die Obmänner der Ausschüsse Anfragen gerichtet werden können. Diese Anfragen können sich offenbar nur auf die Geschäftsführung im Hause, beziehungsweise im Ausschusse beziehen. Die Interpellation bezieht sich aber nicht auf solche Fragen, sondern hat einen rein politischen Charakter. Man könnte also annehmen, daß sie sich auf jenen Pflichtenkreis bezieht, der in anderen Verfassungen dem Staatspräsidenten zukommt. Ueber seine Tätigkeit in staatsrechtlichen und politischen Fragen ist jedoch der Präsident dem Parlamente nicht verantwortlich, die Verantwortung hiefür trägt vielmehr der betreffende Ressortstaatssekretär, beziehungsweise der Staatskanzler. Ich bin daher weder in der einen noch in der andern Eigenschaft in der Lage, auf diese Interpellation einzugehen. Die Bestellung des Vizekanzlers erfolgt nach unserer Verfassung in der Nationalversammlung durch einen feierlichen Akt in geheimer Wahl. Wer zum Vizekanzler zu bestellen sei, das wird vom Hause entschieden. Die Verfassung sieht auch vor, daß jedem Staatsfunktionär, sei er Staatskanzler, Vizekanzler oder Staatssekretär, durch einen Beschluß des Hauses das Vertrauen entzogen werden kann, worauf er dann seine Konsequenzen zu ziehen hätte. Keineswegs jedoch sieht die Geschäftsordnung oder die Verfassung vor, daß der Präsident, sei es auf die Bestellung eines dieser Funktionäre, sei es auf die Entziehung der Funktion, irgendeinen Einfluß hat. Wenn ich also selbst der in der Interpellation niedergelegten politischen Anschauung wäre und sie teilen würde, so wäre ich nicht in der Lage, diese Interpellation zu beantworten. (Beifall.)

Das Schlössergesetz.

Es wird zur Tagesordnung übergegangen, und zwar zunächst in die Beratung des Gesetzes über die Errichtung und Unterbringung von Volkspflegestätten.

Berichterstatter Dr. Schacherl verweist darauf, daß wir vor dem Kriege schweren Mangel an Anstalten zur Heilung und Pflege von Kranken und Siechen, an Einrichtungen zur Heilung der Volksgesundheit und zur körperlichen, geistigen und moralischen Erstarkung der Jugend gelitten haben. Der Krieg hat uns eine Unzahl von Krüppeln, Siechen und Nervenkranken gebracht, hinzugekommen sind Hunderttausende von Kindern, bei denen die Gefahr einer vollständigen Verlotterung besteht. Die Unglücksbilanz des Krieges ist noch nicht gezogen, aber das wenige, das wir wissen, ist furchtbar.

(Fortsetzung im Morgenblatte.)

Österr. Volkszeitung
30./V. 1919

Das Schlössergesetz.

Bericht des Ausschusses für soziale Fürsorge.

Der Ausschuß für soziale Fürsorge hat durch den Abgeordneten Dr. Schacherl den Bericht über die Errichtung von Volkspflegestätten vorgelegt, zu welchem Zwecke Schlösser, Paläste und Luxuswohnungen unter Umständen entschädigungslos vom Staate in Anspruch genommen werden können. Bekanntlich ist man im Ausschuß dahin übereingekommen, daß nur die Schlösser von Kriegsgewinnern, Emigranten, sowie die seit anderhalb Jahren nicht bewohnten Paläste ohne Entschädigung enteignet werden. Der Staat kann aber auch Gebäude gegen Entschädigung in Anspruch nehmen, vorausgesetzt, daß das Gebäude für die wirtschaftliche Existenz des Besitzers von wesentlicher Bedeutung ist.

Der Bericht gibt der Ueberzeugung Ausdruck, daß dem Staat soviele Gebäude für soziale Zwecke ohne Entschädigung zufallen werden, daß er nur sehr selten in die Lage kommen wird, solche Gebäude in Anspruch zu nehmen, für die er hohe Entschädigungen zahlen müßte.

Die Inanspruchnahme der Schlösser erfährt mehrere Einschränkungen: Zunächst dadurch, daß die Errichtung von Volkspflegestätten an das Einvernehmen mit der Landesregierung gebunden ist. Dann sind Schlösser ausgenommen, die als Bauwerke einen hohen Wert repräsentieren oder eine künstlerische Innenausstattung besitzen. Die Heranziehung der Schlösser wurde indirekt in der Weise geregelt, daß Gebäude, die Unterrichts-, Erziehungs- und Wohlfahrtszwecken dienen und hiefür entsprechend ausgenützt werden, nicht herangezogen werden. Werden sie nicht voll ausgenützt, so haben sie binnen einer bestimmten Frist den Nachweis der vollen Ausnützung zu erbringen.

Mit der Entscheidung der Staatsregierung, ein Gebäude ohne Entschädigung in Anspruch zu nehmen, wird dieses sofort Eigentum des Staates. Die Inanspruchnahme unterbleibt nur, wenn der Eigentümer auf andere Weise für die Unterbringung der Pflegestätte sorgt. Der Bericht bemerkt hiezu, daß der Staat in einem solchen Fall auf ein Anerbieten des Besitzers gern eingehen wird, das den Zweck des Gesetzes erreicht, da es sich bei der Vorlage nicht darum handelt, jemand zu schikanieren, sondern die Schäden zu lindern, die der Krieg und seine Nachwirkungen der Volksgesundheit geschlagen, und die Jugend körperlich, geistig und moralisch wieder zu ertüchtigen.

Die Oberaufsicht über die staatlichen Volkspflegestätten obliegt dem Staatssekretär für soziale Verwaltung; falls hiebei selbständige Wirtschaftsbetriebe in Betracht kommen, auch dem Staatssekretär für Landwirtschaft. Die Oberaufsicht über die für öffentlich erklärten Volkspflegestätten obliegt der aus den beteiligten Staatssekretären bestehenden Volkspflegestättenkommission, der ein Aufsichtsausschuß zur Seite steht, dem Fachleute sowie Vertreter und Vertreterinnen der Fürsorgeorganisationen angehören.

Neue Freie Presse Abend
31.V.1919
a 31/98

Konstituierende Nationalversammlung.

Wien, 31. Mai.

Die Nationalversammlung wird heute nur eine kurze Sitzung abhalten. Es wurde zunächst das Wiederbesiedlungsgesetz erledigt. In der Debatte hierüber kam es zu einer scharfen Auseinandersetzung zwischen dem sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Eisler und dem Führer der Deutschen Bauernpartei Stocker. Bei den Abstimmungen ergab sich mehrmals nahezu Stimmengleichheit.

Die Nationalversammlung dürfte in der ersten Hälfte der nächsten Woche eine Sitzung abhalten, um zu den bis dahin bekannten Friedensbestimmungen Stellung nehmen zu können.

Mandatsniederlegung sozialdemokratischer Abgeordneter.

Am Schlusse der heutigen Sitzung werden 15 sozialdemokratische Abgeordnete, die dem Landtage oder dem Gemeinderate angehören, einem Parteibeschluß gemäß, ihre Mandate für die Nationalversammlung zurücklegen. Unter ihnen befindet sich Landeshauptmann Sever, die Landesräte Volkert, Pölzer und Rudolf Müller sowie die Stadträte David und Amalie Seidel. An Stelle der Zurücktretenden werden die Ersatzmänner einberufen werden.

Der Sitzungsbericht.

(20. Sitzung. — Präsident Seitz eröffnet die Sitzung um 10 Uhr.)

Die Staatsregierung unterbreitet eine Vorlage, betreffend die Beschäftigung von Jugendlichen und weiblichen Arbeitern, dann die Arbeitszeit und Sonntagsruhe im Bergbau (Bergarbeitergesetz); diese Vorlage wird dem Ausschusse für soziale Verwaltung zugewiesen; ferner den Entwurf eines Militärpensionsgesetzes; diese Vorlage wird dem Heeresausschusse zugewiesen.

Das Gesetz, betreffend die Uebernahme der zur Besorgung der Handleistungen beim Zollverfahren amtlich bestellten Hilfskräfte in den Staatsdienst (Berichterstatter Dr. Weiskirchner) wird unverändert in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Abg. Buchinger referiert über das Wiederbesiedlungsgesetz und führt aus, daß das Gesetz, welchem angesichts der Nahrungsmittelnot besondere Bedeutung zukommt, den ersten Schritt auf dem Wege der Bodenreform bilde. Den besonderen Bedürfnissen der Länder soll durch Vollzugsanweisungen Rechnung getragen werden. Der Krieg hat gelehrt, daß jedes Stück Boden der Produktion zugeführt werden muß. Nur dadurch kann für die Allgemeinheit das Beste geleistet werden. Der Hirsch und das Reh haben in den Alpenländern das Rind immer mehr und mehr zurückgedrängt, nun soll wieder die landwirtschaftliche Produktion in ihre Rechte treten. (Lebhafter Beifall bei den Agrariern.)

Abg. Stricker spricht sich gegen die Fassung des Absatzes 3 des § 4 des Wiederbesiedlungsgesetzes aus, wonach als Bewerber nur „Personen deutscher Volkszugehörigkeit" in Betracht kommen. Ein Staat kann nicht zweierlei Staatsbürger haben. Alle Staatsbürger müssen das gleiche Recht genießen, und ein Staat, der diesen Grundsatz nicht befolgt, ist kein Kulturstaat. (Chorufe rechts.) Sie erheben immer den Vorwurf, daß die Juden sich nur mit Schacher und Wucher befassen, wollen ihnen aber anderseits nicht die Gelegenheit geben, sich der Landwirtschaft zu widmen. Da handelt es sich nicht um Juden, die Millionen ausgeben können, sondern um solche, die als Bauern arbeiten wollen. (Zwischenrufe rechts.) Mit den großen Juden machen Sie Geschäfte, Ihre Stärke zeigen Sie an dem kleinen und anständigen Juden.

Vizepräsident der Agraroberbehörde Pantz erörtert die Kompetenzfrage. Das in Verhandlung stehende Gesetz entstand aus einer gemeinsamen Arbeit des Staatsamtes für Justiz und des Staatsamtes für Land- und Forstwirtschaft. Auf Grund eingehendster Erwägungen sind die beiden Staatsämter zu der Ansicht gekommen, daß im vorliegenden Fall entschieden die Reichskompetenz maßgebend sein müsse, weil es sich um eine Regelung der zivilrechtlichen Gesetzgebung über Grund und Boden handelt. Wollte man die Kompetenz der Reichsgesetzgebung ausschalten, so blieben zwei Eventualitäten: entweder die Schaffung eines sogenannten Rahmengesetzes, wovor jedoch mit Rücksicht auf die bisher auf dem Gebiete der Landeskultur gemachten Erfahrungen eindringlichst gewarnt werden müsse; die zweite Eventualität wäre, in den einzelnen Ländern Gesetzentwürfe einzubringen, wobei jedoch die Gefahr bestünde, daß die wesentlichen Bestimmungen der Gesetze in den einzelnen Ländern verschiedene wären. Daraus würde sich dann ergeben, daß die Ansiedlungsmöglichkeiten in den verschiedenen Ländern verschiedene wären, was ein Abfluten der bodenhungrigen Bevölkerung von dem einen Land in das andere zur Folge hätte. Außerdem würde vom praktischen Standpunkte eine Erschwerung eintreten, da die ganze Rechtsprechung in einer der wichtigsten Angelegenheiten des Zivilrechtes eine schwankende werden müßte, weil in jedem Lande andere gesetzliche Bestimmungen gelten würden. Redner warne daher vor der Ueberweisung der Angelegenheit an die Länder, aber ebenso davor, daß einzelne Länder etwa den Versuch machen sollten, in Erfassung ihrer Landeskompetenz Gegengesetze gegen das Reichsgesetz zu beschließen.

Abg. Dr. Eisler bezeichnet es als unzweifelhaft, daß in dem vorliegenden Gesetz die Kompetenz der Reichsgesetzgebung eintreten müsse, da es sich um grundlegende zivilrechtliche Bestimmungen handelt, und abgesehen davon, der durch das Gesetz angestrebte Zweck vereitelt würde. Das Wiederbesiedlungsgesetz könne die daran geknüpften Hoffnungen nur erfüllen, wenn sowohl Staat und Landesverwaltung, insbesondere die Gemeinden dafür sorgen, daß das Gesetz zu einem tauglichen Mittel der Verwaltung gemacht werde. Leider haben in dieser Beziehung gerade die Gemeinden versagt, namentlich auf dem Gebiete des Kampfes gegen Großgrundbesitz und Großkapital. Diesen Vorwurf müsse er insbesondere gegen die Partei des Abgeordneten Stocker richten, welche diesen Kampfruf am lautesten ertönen lassen, in ihrer praktischen Agitationsarbeit aber versagt habe. In der deutschen Vereinsdruckerei in Graz hat diese Partei eine Anzahl von Flugblättern herstellen lassen und sie in großer Zahl verbreitet, die nichts anderes sind als ein Sammelsurium der allererbärmlichsten Lügen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten. Widerspruch und Protestrufe des Abgeordneten Stocker.) Eine Partei, die ihre Aufgabe darin sieht, die Bauern zur Verletzung bestehenden Gesetze zu veranlassen ....

Abg. Stocker: Beweisen Sie das!

Abg. Dr. Eisler ... die darauf ausgeht, die übrige Bevölkerung planmäßig auszuhungern, hat nicht das Recht zu behaupten, daß sie die Bauernschaft auf moralischer Grundlage aufrichten will. Ihre Partei ist es, die gepredigt hat, daß man die Ablieferungspflicht nicht erfüllen soll!

Abg. Stocker: Das ist eine Lüge!

Abg. Dr. Eisler: Es wäre besser, wenn Ihre Partei ihre Aufgabe darin sehen würde, den Bauern Verständnis für die Notwendigkeiten der Gesamtheit beizubringen. (Zwischenrufe und Lärm.)

Präsident Seitz bittet dringend, die Verhandlungen durch Zwischenrufe nicht zu stören, zu seinem Bedauern habe er auch bemerkt, daß von einzelnen Abgeordneten aus dem Plenum, aber auch von dem Redner der Ausdruck „Lüge" gebraucht wurde, den er als parlamentarisch unzulässig bezeichnen müsse.

Abg. Stocker tritt für das Gesetz im Interesse der Bauern in den Alpenländern ein, wo wichtiges Volksgut gerettet und der Bauernstand wieder aufgerichtet und leistungsfähig gemacht werden soll. Das Wiederbesiedlungsgesetz soll nur der Anfang einer durchgreifenden Agrarreform und Agrargesetzgebung sein. Es genügt nicht, Bauerngüter zu errichten, sie müssen auch lebensfähig gemacht werden. Der Bauernbund hat stets die Forderung vertreten: Der Heimatboden gehört dem deutschen Volke, und zwar dem deutscharischen Volke. (Zustimmung bei den Parteigenossen.) Aus diesem Grunde werden die Vertreter der Landwirtschaft und alle Anhänger des nationalen Gedankens gegen das Minoritätsvotum der Sozialdemokraten stimmen. Der Staat ist ein schlechter Landwirt, und eine Gewähr dafür, daß aus dem Grund und Boden alles herausgeholt wird, besteht nur dann, wenn er in die Hand des selbständigen Bauern gelegt ist. Die gesamte Bauernschaft wird den Kampf gegen die Sozialisierung von Grund und Boden, nach Vergesellschaftlichung des Großgrundbesitzes mit aller Hartnäckigkeit führen. (Beifall bei den Parteigenossen.)

Das Parlament und die Friedensbedingungen.

Nachschrift, 1 Uhr: Nach Erledigung der Tagesordnung erklärte Präsident Seitz, er könne den Tag der nächsten Sitzung noch nicht festsetzen. Da aber Montag die Friedensbedingungen überreicht werden sollen, dürfte Dienstag der Hauptausschuß zusammentreten und er werde dann für Mittwoch oder Donnerstag eine Sitzung der Nationalversammlung einberufen.

Schluß der Sitzung um 1 Uhr nachmittags.

Arbeiterzeitung
1./III.1919

Mandatsniederlegungen sozialdemokratischer Abgeordneter.

Bekanntlich hat die Reichskonferenz der Sozialdemokratie Deutschösterreichs am 2. Jänner den Beschluß gefaßt, daß das Mandat für die Nationalversammlung unvereinbar sein soll mit einem Mandat in Land oder Gemeinde, das mit Verwaltungsfunktionen verbunden ist. Die Durchführung dieses Beschlusses ist nunmehr in den Ländern, wo die Landtags- und Gemeinderatswahlen bereits vollzogen sind, möglich geworden. Demnach haben zunächst die Abgeordneten von Niederösterreich und Salzburg, die derartige Doppelmandate bekleiden würden, ihre Nationalversammlungsmandate niedergelegt. Es sind dies Landeshauptmann Albert Sever, Landeshauptmannstellvertreter Laurenz Widholz und Robert Preußler (Salzburg), die Landesräte Rudolf Müller, Johann Pölzer und Karl Volkert, die Stadträte Anton David und Amalie Seidel sowie Bürgermeister Anton Ofenböck (Wiener-Neustadt). Der Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten wird die Mitarbeit all dieser Mitglieder, von denen einige bereits seit zwölf Jahren dem Parlament angehört haben, stark vermissen. Sie haben sich gemäß Parteibeschluß nunmehr mit ganzer Kraft den ihnen neu zugewiesenen Aufgaben zu widmen.

Gemäß den Bestimmungen der Wahlordnung rücken nunmehr die Ersatzmänner vor. Im fünften Wiener Wahlkreis wären dies Bezirksvorsteher Hummel und Stadtrat Bombek, im Wahlkreis Korneuburg Vizebürgermeister Rösch von Stockerau. Entsprechend dem Beschluß der Reichskonferenz verzichten die drei Genannten auf den Eintritt in die Nationalversammlung, da sie in ihren bisherigen, damit unvereinbarlichen Funktionen im Auftrag der Partei verbleiben. Demnach werden folgende Ersatzmänner in die Nationalversammlung einziehen: Aus dem ersten Wiener Wahlkreis Bürgerschullehrerin Irene Sponner, aus dem fünften Wiener Wahlkreis Volksschullehrer Matthias Herrmann und Eisendreher Alois Bauer, aus dem siebenten Wiener Wahlkreis Telephonarbeiter Franz Zelenka, Bauarbeiter Theodor Meißner und Taschner Karl Hohenberg, aus dem Wahlkreis Wiener-Neustadt Gemeinderätin Julia Rauscha, aus dem Wahlkreis Korneuburg Gehilfenobmann Karl Mühlberger, aus Salzburg Oberrechnungsrat Heinrich Ulrich.

Neues Wiener Tagblatt
2./II. 1919

Zwei Berliner Stimmen über die Zukunft Wiens.

Unser Berliner Korrespondent schreibt uns: Ich bat jüngst einige geistig hervorragende Persönlichkeiten Berlins um ihre Ansicht über die voraussichtliche Entwicklung Wiens. Zwei dieser Aeußerungen seien hier wiedergegeben: die des Oberbürgermeisters von Berlin Adolf Wermuth und die des Schriftstellers Karl Scheffler, der sich in seinem vielbeachteten Buche „Berlin, ein Stadtschicksal" als geistvoller Kenner der Psychologie und des Kultus des Städtewesens erwies.

Oberbürgermeister Wermuth meint unter anderm: „Der geistige, wirtschaftliche und künstlerische Austausch zwischen Wien und Berlin trug schon vor dem Kriege reiche Früchte. Wenn künftig sich das Verhältnis von Berlin und Wien auch staatsrechtlich enger orientieren sollte, ist auch hieraus eine neue Entwicklung zu erhoffen, die sich nicht nur für Wien, sondern auch für das gesamte deutsche Leben als lebenswichtig erweisen muß. Hiebei werden die neuen frei gewordenen Kräfte deutscher Arbeit und deutschen Wirkens, die sich nach innen und außen richten, bestimmend sein. Sie würden um so größere Werte schaffen, wenn die kulturellen Mächte des deutschen Nordens und des deutschen Südens sich in einem verfassungsmäßig gesicherten und gegründeten politischen Gleichgewichte würden auswirken dürfen."

Karl Scheffler faßt seine Anschauungen in folgende Worte: Wiens Bedeutung war schon vor dem Kriege erschüttert. Als Hauptstadt des ganzen Oesterreich konnte es kaum noch angesprochen werden, seit Budapest und Prag immer selbständiger hervorgetreten sind. Die Selbständigkeit dieser beiden Städte ist jetzt endgültig zur praktischen Tatsache geworden. Damit wird Wien ganz von selbst die Hauptstadt nur der deutsch sprechenden Teile des alten Oesterreich. Schließt sich Deutschösterreich dem Deutschen Reiche an, so wird sich Wien in absehbarer Zeit mit Städten wie München oder Köln vergleichen lassen. Wichtiger als dieses ist aber die Frage, ob Wien in Zukunft seinen Charakter als deutsche Stadt mehr betonen oder mehr verleugnen wird. Dieses ist nicht nur eine Frage des geschichtlichen Fatums, sondern auch des Willens. Da Deutschland und Deutschösterreich mit Hilfe der bewußt slawenfreundlichen Politik Wilsons und Englands durch die Barriere der Slawenstaaten vom Osten abgeschnitten werden sollen, da es mit der alten kolonisierenden Tätigkeit der Deutschen bis tief in den Osten auf absehbare Zeit vorbei sein wird, da im Gegenteil die durch germanische Hilfe kultivierten Slawen anspruchsvoll auf ihre westlichen Nachbarn zu drücken beginnen werden, besteht die Gefahr, daß Wien im Süden ebensowohl wie Berlin im Norden zu Vorstädten eines rücksichtslosen Expansionsdranges — hier der Polen, dort der Balkanvölker — werden und daß hiedurch beiden Städten der Charakter deutscher Städte mehr noch als in den letzten Friedensjahrzehnten verlorengeht. Beide Städte brauchen dadurch nicht eben ärmer an Bewegung zu werden. Wohl aber müssen sie das Entscheidende einbüßen an Kultur, an Charakter und Physiognomie. Dieses Schicksal ist nur abzuwenden, wenn sowohl die Wiener wie die Berliner mit allen deutsch empfindenden Männern und Frauen einig sind in der Abwehr der aus dem Osten drohenden Flut, wenn sie, nachdem die Weltstadtträume der letzten Jahrzehnte zusammengebrochen sind, freiwillig die nationale Selbstbeschränkung wählen. Wien sowohl wie Berlin können nur gewinnen, wenn sie wieder zu sein streben, was sie einst waren — jenes zur Zeit des Barocks, dieses zur Zeit des Klassizismus: — deutsche Städte. Die Wiener und Berliner sollen sich nicht prüde abschließen, aber sie sollen Herr im Hause bleiben, oder vielmehr wieder lernen, es zu sein.

Der Neue Tag
2./III. 1919

Nr. 2
104

Fahnenenthüllung beim Volkswehrbataillon VI.

In der Roßauer Kaserne wurde gestern vormittags die rote Fahne des Volkswehrbataillons Nr. VI feierlich enthüllt. Staatssekretär Dr. Deutsch hielt dabei eine Ansprache, in der er sagte: „Wir wollen es hier geloben, in diesem ernsten, feierlichen Augenblicke: Wir stehen zu unserer Fahne; denn sie ist uns ein Symbol, ein Symbol der jungen Freiheit, die wir errungen haben, der Freiheit, die wir jetzt haben in unserem Staate Deutschösterreich! Der Freiheit, die heute politisch ist, von der wir hoffen, daß sie werden wird eine wirtschaftliche Freiheit! Wir haben schwere, unruhevolle Tage hinter uns, in denen sich fest bewährt hat der Bund der freien Soldaten und der fest organisierten Arbeiterschaft, und da war das Bataillon VI immer eines der besten, auf das stolz zu sein, die Arbeiterschaft Ursache hatte. Und, was wir heute hier sagen, soll gelten für alle Zeiten. Die Zeit verlangt, daß freie Soldaten und Arbeiter in festen Treuen zueinander stehen, um sich einander zu helfen, zu schützen, zu wirken und zu streben für eine bessere Zukunft. Das ist es, was wir wollen. Wir sind noch lange nicht zufrieden. Unser Streben geht nach dem Höchsten. Wir wollen sein ein freies Volk auf freiem Grund; wir wollen sein ein freies Volk gegenüber jedermann und wir wollen arbeiten und schaffen, daß es uns gelinge, aus unserem jungen Staat ein freies Gemeinwesen zu machen. Wohl wissen wir, daß es dazu noch großer Arbeit bedarf; wohl wissen wir, daß uns in den nächsten Tagen Friedensbedingungen auferlegt werden, die drückend sein werden; wir wissen, daß wir außen und innen Gegner haben und in der Zukunft haben werden; aber ebenso groß ist unser guter Wille und unsere politische Kraft. Es gilt nicht allein für uns; es gilt für unsere Zukunft, für unsere Kinder, für den Fortschritt und die Zukunft eines tüchtigen, braven Volkes!“ Donnernd widerhallt in dem weiten Hofe der dreimalige Hochruf. Dann wurde die Fahne enthüllt und Staatssekretär Dr. Deutsch schlug den goldenen Nagel in den Fahnenschaft. Die Fahne trägt die Aufschrift: „Vorwärts!“ — „12. November 1918“ und auf dem Fahnenband das Datum des 1. Juni. Die Marseillaise erklang und wurde entblößten Hauptes angehört. Mit dem „Liede der Arbeit“ schloß die Feier.

Reichspost
3/VI. 1919

Der Reichsverein der christlichsozialen Beamten, Lehrer und Angestellten im öffentlichen Dienste.

Samstag den 31. Mai fand die gründende Versammlung einer neuen politischen Organisation der Angestelltenschaft, des deutschösterreichischen Reichsvereines der christlichsozialen Beamten, Lehrer und Angestellten im öffentlichen Dienste, statt.

Der Obmann des vorbereitenden Ausschusses, Postsparkassensekretärs GR. Dr. Odehnal, teilte zunächst mit, daß aus St. Pölten, Krems, Graz und Salzburg Zustimmungskundgebungen eingelangt sind und kam dann auf die Schwierigkeiten der Gründung des Vereines zu sprechen, wobei er hervorhob, daß es ein unbestrittenes Verdienst des Stadtrates Karl Rummelhardt sei, die Idee einer derartigen Vereinsgründung gefaßt zu haben. Großzügig ausgearbeitete Vereinssatzungen, die Orts- und Fachgruppen vorsehen, wurden seitens der Landesregierung unter Berufung auf das Vereinsgesetz nicht genehmigt. Als dann neue Satzungen unter Berücksichtigung der Gründung von fachlichen und örtlichen Sektionen ausgearbeitet worden waren, stellte sich heraus, daß auch diese noch nicht ganz dem Vereinsgesetz entsprachen. Auf den Hinweis, daß anderen Vereinen fast ganz gleichlautende Satzungen bewilligt worden seien, teilte man mit, daß nunmehr das Vereinsgesetz viel schärfer gehandhabt werden müsse. (Rufe: Im Zeitalter der Republik!) Nach einer neuerlichen Umarbeitung wurden die Satzungen endlich genehmigt. Der Verein wurde gegründet, um den Bund sozialistischer Staatsangestellter ein Gegengewicht entgegen zu stellen, um alle christlich denkenden Angestellten im öffentlichen Dienste im Reichsvereine zusammenzuschließen und um unseren Wünschen und Forderungen einen größeren Nachdruck verleihen zu können. Mit einem Hinweis auf die erfolgreiche Tätigkeit des parlamentarischen Arbeitsausschusses der christlichsozialen Partei schloß der Vorsitzende seinen beifällig aufgenommenen Bericht. Unterstaatssekretär Dr. Resch begrüßte die Gründung, welche beweise, daß es in den Kreisen der öffentlichen Angestelltenschaft noch Leute gibt, die Mut aufbringen. Als Beamter könne Redner ruhig sagen, daß die Christlichsozialen seitjeher Freunde der Beamten waren. Eine Volkspartei wie die christlichsoziale muß sich der Armen annehmen und diese armen Staatsbürger sind heute die Fixangestellten. Ich verweise, fuhr Redner fort, auf eine Reihe von Anträgen, die von unserer Partei zur Verbesserung des Loses der Festbesoldeten eingebracht wurden, auf die Entschuldungsaktion, Krankenfürsorge, Verlängerung des Erholungsurlaubes usw. Trachten Sie, daß der Verband möglichst groß und gewaltig wird, die christlichsoziale Partei wird stets Ihre Wünsche und Forderungen in der Nationalversammlung vertreten. (Großer Beifall). Abg. Fischer überbrachte die herzlichsten Grüße der alpenländischen Abgeordneten der christlichsozialen Vereinigung und begrüßte den Ausbau der Organisation der Festbesoldeten. Er verwies auf die schönen Erfolge der christlichsozialen Vereinigung deutscher Festbesoldeter Steiermarks; an der Spitze der steirischen Landesregierung steht ein christlichsozialer Festbesoldeter, im Grazer Gemeinderat befinden sich unter den 11 Christlichsozialen 6 Festbesoldete aus den verschiedensten Kategorien. Ich bitte, schloß Redner, die Organisationsarbeit nicht auf Wien zu beschränken; man wartet draußen, daß Sie kommen werden. Ich bin überzeugt, in der kürzesten Zeit wird dann wirklich eine Organisation der christlichsozialen Festbesoldeten dastehen, die sich sehen lassen kann und mit der auch die politischen Gegner zu rechnen haben werden. Gehen Sie mutig an die Arbeit, christlichsozial wird auch in Zukunft Trumpf sein! (Lebhafter Beifall.) Abg. Dr. Seipel führte u. a. aus: Ich schließe mich vom Herzen meinen Vorrednern an, die ihrer Freude über die heutige Gründungsversammlung Ausdruck gegeben haben. Wenn Sie in diesen Tagen den Mut zu einer solchen Gründung aufbringen, dann bringen Sie zugleich ein wertvolles Gut für die neue Gründung mit. Wenn man in der gegenwärtigen Zeit nicht mit Eifer daran geht, sich irgend einer roten Organisation anzuschließen, sondern eine neue christlichsoziale zu gründen, dann muß man ein Mensch von Ueberzeugung, Charakter und schließlich ein Mensch sein, der in seinem Herzen einen gewissen Optimismus für die Zukunft hat. Das begrüße ich so sehr, daß Sie alle diese drei Gaben für diese neue Gründung mitbringen. Insbesondere bitte ich Sie um das eine: Halten Sie fest auch an dem Optimismus! Ich sage Ihnen aus der tiefsten Ueberzeugung meines Herzens, daß unser Stern bereits wieder im Aufgehen ist. (Lebhafter Beifall.) Nach einer treffenden Schilderung der politischen Lage schloß der Redner: Es haben diejenigen, die sich in dieser Stunde der christlichsozialen Partei anschließen, nicht schlecht gerechnet. Wenn Sie diesen wohlbegründeten Optimismus Ihres Herzens festhalten und auch andere, die jetzt nicht anderer Gesinnung, sondern nur noch eingeschüchtert, pessimistisch sind, etwas von diesem Optimismus bringen und uns den Beweis liefern, daß Sie das getan haben, indem Sie einen großen Verein zustandebringen, dann werden Sie so, wiederkehrend mit diesen Früchten Ihrer Arbeit, bei uns eine große und starke Partei finden, die länger Bestand hat und für die wieder gute Tage kommen, auch dann, wenn diese kurze Vorherrschaft der Sozialdemokratie längst wieder verschwunden sein wird. Ich möchte nicht als Gast aus dieser Versammlung gehen, ich gehe nicht aus dieser Versammlung, ohne nicht selbst Mitglied dieses Reichsvereines geworden zu sein. (Stürmischer Beifall.) Es sprachen noch Frl. May vom christlichen Beamtinnenverbande, StR. Vaugoin, der voraussagte, daß sich noch mancher Kopfarbeiter an den Kopf greifen werde, daß er den Sozialdemokraten hereingefallen sei, GR. Angermayer und Bürgerschullehrer Zwirner, worauf die Satzungen des Vereines genehmigt wurden. Nunmehr erfolgte die Wahl in die Vereinsleitung, die folgendes Ergebnis hatte: Präsident Postsparkassensekretär GR. Dr. Franz Odehnal, Vizepräsidenten GR. Leopold Doppler, StR. Dr. Alma Seitz und StR. Karl Rummelhardt, Schriftführer Oberkontrollor BR. Aufinger und Fräulein Viktoria Pfoff, Vermögensverwalter Kassendirektor Groh; Vorstandsmitglieder: Bürgerschullehrer Zwirner, StR. Vaugoin und Revisor Bozian; Ersatzmitglieder: Staatsbahnrat Dr. Karl/Semann sowie die Damen Cäcilie Kolar, Rudolfine Warthol, Karoline Leeb, Karoline Merschinsky. — Der Mitgliedsbeitrag wurde mit 1 Krone monatlich festgesetzt. Nachdem noch Abg. Heinl und GR. Doppler, welch letzterer darauf hinwies, daß die Neugründung keine Konkurrenz, sondern ein Bindeglied zwischen den bestehenden Fachorganisationen, bezw. Standesvereinen und den Vertretungskörpern darstellen solle, aufmunternde Worte gesprochen, schloß Präsident Doktor Odehnal mit dem Hinweise auf das bereits aufliegende Vereinsorgan „Deutschösterreichische Beamtenzeitung" die glänzend verlaufene Versammlung.

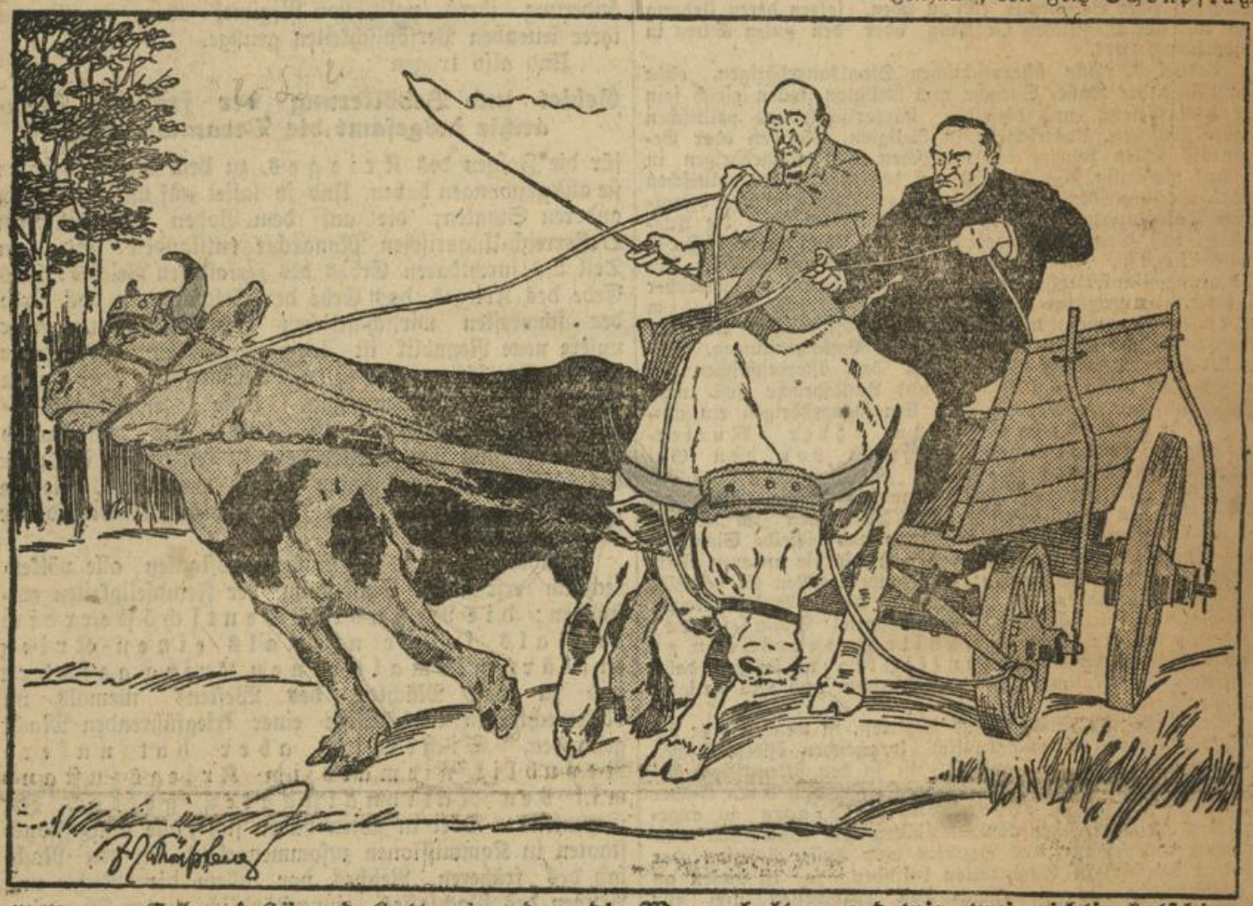
Wiener - Stimmen
3./VI. 1919

107

Das Zugochsengespann der Arbeitsgemeinschaft.

Zum Rededuell Adler—Kunschak.

Zeichnung von Fritz Schönpflug.



„Solang' Hü und Hott einander die Wage halten und wir zwei richtig kutschieren, wird das Gespann schon auf der Straße fahren. Und darauf kommt es an, sonst stürzen wir alle zusammen in den Abgrund."

Ostdeutsche Rundschau 108

4/III. 1919

Die Vereinigung der freiheitlich-nationalen Parteien Wiens.

Die Bürgerlich-demokratische Partei als deutsche Arbeitsgemeinschaft.

Die Parteileitung der Bürgerlich-demokratischen Partei ersucht um Aufnahme nachstehender Mitteilung:

Für die Gründung der Bürgerlich-demokratischen Partei war der Gedanke maßgebend, die national und sozial empfindenden Bürger und Bürgerinnen der Republik Deutschösterreich in einer einheitlichen Partei zusammenzufassen, deren Ziel es sein sollte, an der staatlichen Vereinigung aller Deutschen und der Ausgestaltung weitgehender sozialer Reformen mitzuwirken und dem freiheitlichen Mittelstand die ihm gebührende Interessenvertretung sichern zu helfen.

Die Wahlen in die Nationalversammlung und insbesondere in die Wiener Gemeindevertretung haben jedoch den Beweis erbracht, daß dieses Bestreben der Bürgerlich-demokratischen Partei leider noch nicht auf fruchtbaren Boden gefallen ist, sondern es hat sich die überraschende Tatsache eingestellt, daß insbesondere die Mehrheit des jüdischen Teiles der Wählerschaft, dem in der Bürgerlich-demokratischen Partei die politische Mitarbeit im breitesten Maße gewährleistet worden war, einerseits durch die Erstarkung der jüdisch-nationalen Bewegung, andrerseits durch ihre Stimmenabgabe für die Sozialdemokraten eine freiheitliche bürgerliche Partei zu unterstützen nicht die Absicht hatte.

Die Bürgerlich-demokratische Partei sah sich deshalb veranlaßt, diesen von allen Mitgiedern der Partei klar erkannten Erscheinungen Rechnung zu tragen, um so mehr, als die bisherigen Führer der Partei, mit Dr. Franz Klein an der Spitze, bald nach den Nationalratswahlen sich von der Leitung der Geschäfte der Partei zurückgezogen hatten.

Die Schwere der Zeit, die alle auf den großdeutschen Standpunkt Stehenden zum Zusammenschluß nötigt, zwingt auch die Bürgerlich-demokratische Partei, alle anderen Parteiabsichten nunmehr zur Seite zu stellen und der großen nationalen Zukunftsfrage, der unentwegten Verfechtung des Anschlusses Deutschösterreichs an das deutsche Mutterland den Vorrang vor allen anderen politischen Fragen einzuräumen.

Die Bürgerlich-demokratische Partei plant deshalb den Zusammenschluß aller ehrlich freiheitlich und nationalen Parteigruppen ganz Deutschösterreichs und hat zu diesem Zwecke ihre frühere Organisation umgestaltet, um unter Wahrung der kulturellen und sozialpolitischen Grundsätze der überwiegenden Mehrheit der Partei als „Deutsche Arbeitsgemeinschaft" ein Zusammengehen mit der Hauptorganisation der Nationalen, nämlich dem Deutschnationalen Verein für Oesterreich, zu ermöglichen.

Es ist also unrichtig, wenn in einzelnen Pressenachrichten behauptet wird, daß die Bürgerlich-demokratische Partei mit den übrigens gar nicht mehr bestehenden Deutschradikalen allein sich zusammengeschlossen habe, sondern der Zusammenschluß erfolgte mit allen im Deutschnationalen Verein inkorporierten Parteigruppen und es ist die feste Absicht der Partei, auch mit den noch außerhalb stehenden national-freiheitlichen Gruppen gleichfalls ein Einvernehmen zu finden.

Die Parteileitung erwartet von allen Gleichgesinnten, daß sie diesem Beispiele Folge leistend auch ihrerseits jede Sonderbestrebung in der Politik zur Seite stellen und dem Ernste der Zeit entsprechend, mithelfen werden, jene große national-freiheitliche Partei zu schaffen, die alle umfassen soll, die bei den anderen Parteien keine ihrer politischen Ueberzeugung entsprechende Vertretung finden können.

Die Bürgerlich-demokratische Partei.

Arbeiterzeitung
4./VII. 1919

II
109

Konstituierung der Bezirksvertretungen. Gestern wurden in allen Bezirken die Bezirksvertretungen konstituiert und die Bezirksvorsteher und ihre Stellvertreter gewählt. Der Bürgermeister Reumann und die zwei sozialdemokratischen Vizebürgermeister Emmerling und Winter nahmen die Konstituierung in ihren Wahlbezirken, Vizebürgermeister Hoß in der Josefstadt die Konstituierung vor. In den übrigen Bezirken leiteten den Akt Stadträte in Vertretung des Bürgermeisters. Das Wahlergebnis stand ja überall von vornherein fest, weshalb auch in allen Bezirken die Konstituierung ohne jeden Mißton verlief. In allen Parteien trat das Bestreben zutage, durch ernste Arbeit an der Stadtverwaltung ehrlich mitzuwirken, damit sich Wien aus der furchtbaren Lage, in die es der Krieg versetzt, durch alle Anstrengungen heraus arbeite.

Wiener-Stimmen 110
4./VI. 1919

Großer Militärstreik.

Beginn morgen früh. — Mitteilung an die Ententemissionen. — Unabsehbare Folgen.

Die passive Resistenz der Angestellten bei den liquidierenden Militärstellen, welche als Folge der Ablehnung der in der Hauptsache in einer einheitlichen monatlichen Teuerungszulage von 350 Kronen gipfelnden Forderungen, geplant war, hat sich zu einem großen Militärstreik entwickelt.

Heute um 10 Uhr vormittags versammelten sich viele Tausende der Militärangestellten in den beiden großen Häfen der Sitftskasernes Soldaten, Stabsoffiziere, weibliche Hilfskräfte und Vertragsangestellte waren hier vereinigt. Die Offiziere hatten den ihnen vom bevollmächtigten Kollegium der Nationalstaaten angebotenen Zuschuß von monatlich 100 Kronen im Interesse der Solidarität abgelehnt. Die Redner aller Parteischattierungen und jeder Standeszugehörigkeit und aller Militärverbände betonten die geschlossene Solidarität mit den Angestellten des liquidierenden Kriegsministeriums. Es wurde der Beschluß gefaßt, den Streik in ganz Deutschösterreich morgen um 8 Uhr früh zu beginnen. Streikbrecher werden ernstlich verwarnt. Der Streik oder die passive Resistenz müsse bis zum vollen Erfolge unbedingt durchgeführt werden „komme was da wolle!" sagten die Redner. Der Viererrat wurde von der Versammlung ngochmal zum Bevollmächtigtenkollegium und auch zu den Ententemissionen entsendet, um mit ihnen nochmals „kurz zu verhandeln".

Die Folgen des Streiks sind noch unabsehbar, weil durch denselben auch die Lieferungen an die Nationalstaaten stark in Mitleidenschaft gezogen erscheinen.

Reichspost

4./VI. 1919

111

Die Konstituierung der Bezirksvertretungen.

Heute nachmittag fanden die konstituierenden Sitzungen der Bezirksvertretungen statt. Nach dem Ergebnis der Wahlen haben die Bezirke Innere Stadt, Wieden, Neubau, Josefstadt einen christlichsozialen Bezirksvorsteher, die Sozialdemokraten haben in allen übrigen Bezirken, bis auf Währing, wo die Christlichsozialen und Sozialdemokraten je zwölf Mandate besitzen, die Mehrheit. Es haben also 16 Bezirke einen sozialdemokratischen Bezirksvorsteher. In Währing wurde zwar heute ebenfalls ein Sozialdemokrat zum Vorsteher gewählt, die Wahl wird aber von den Christlichsozialen mit Rücksicht auf die gleiche Zahl der Mandate angefochten. In 14 Bezirken (2., 3., 5., 6., 9., 11., 12., 13., 14., 15., 16., 17., 19. und 21.) stellen die Christlichsozialen den Bezirksvorsteherstellvertreter, Favoriten hat einen sozialdemokratischen Vorsteher und einen tschechischen Stellvertreter, in der Brigittenau halten sich Christlichsoziale und Tschechen mit je vier Bezirksratssitzen die Wage. Den Vorsitz bei der heutigen Konstituierung führten in den einzelnen Bezirken die Bürgermeister oder hiezu bestimmte Stadträte. Aus den Bezirken liegen uns folgende Berichte vor:

In Margareten führte der christlichsoziale Stadtrat Breuer den Vorsitz. Er verlas die Angelobungsformel und nahm dann den Mandataren, auch den Tschechen, durch Handschlag das Gelöbnis ab. Der deutschnationale BR. Payr protestierte gegen diese Art der Angelobung seitens der Tschechen, StR. Breuer erklärte aber, er bleibe bei seiner Entscheidung. Zum Vorsteher wurde der sozialdemokratische Sekretär Bummel, zum Stellvertreter der Christlichsoziale Franz Wanderer mit je 27 Stimmen gewählt. Bemerkt sei, daß sich die Tschechen der Wahl, auch des Bezirksvorstehers, enthielten.

Am Neubau fand die Wahl des Bezirksvorstehers und seines Stellvertreters unter der Leitung des StR. Baugoin statt. Mit 15 von 29 abgegebenen Stimmen wurde der bisherige BV. Heinrich C. Ohrfandl zum Bezirksvorsteher, mit 14 Stimmen der galizische Jude Eisig Maurer zum Bezirksvorsteherstellvertreter gewählt. Die Christlichsozialen hatten als Protest gegen den von den Sozialdemokraten vorgeschlagenen Juden dem arischen Sozialdemokraten Schrammel die Stimme gegeben, so daß dieser Nichtgewählte mehr Stimmen aufbrachte als der gültig Gewählte. BV. Ohrfandl gab die Erklärung ab, daß er objektiv wie bisher die Geschäfte der Bezirksvertretung weiterführen werde, und erbat sich die Unterstützung aller Parteien, da die Aufgaben der Bezirksvertretung gerade jetzt keine leichten seien. Herr Eisig bezeichnete es dagegen als Hauptaufgabe der Bezirksvertretung, der Schule einen „freien und unabhängigen" Betrieb zu „sichern", was die südischen Galeriebesucher zu solchem Gejohle hinriß, daß StR. Baugoin sie verwarnen mußte.

In der Josefstadt führte VBgm. Hoß den Vorsitz. Der bisherige Vorsteher Johann Bergauer wurde mit 17 Stimmen wiedergewählt. Zum Bezirksvorsteherstellvertreter wurde Privatbeamter Franz Brückner (Sozialdemokrat) mit 13 Stimmen gewählt; 17 Stimmzettel waren leer. BV. Bergauer dankte für das ihm entgegengebrachte Vertrauen, versprach, nach wie vor unermüdlich und objektiv für die Interessen der Bevölkerung des Bezirkes zu wirken und bat alle Bezirksräte ohne Unterschied der Partei um Unterstützung. VBgm. Hoß begrüßte herzlichst den Bezirksvorsteher, der durch sein langjähriges Wirken bewiesen habe, daß er imstande sei, die Interessen der Bevölkerung und des Bezirkes zu wahren und gab der Ueberzeugung Ausdruck, daß er auch unter den geänderten Verhältnissen eine Form finden wird, die Interessen der Bevölkerung weiter zu wahren und dabei die Interessen der Gemeinde nicht außeracht zu lassen. VBSt. Brückner verlas eine längere programmatische Parteierklärung.

Die Wahl im 10. Bezirk leitete Bgm. Neumann, der eine längere Ansprache vor dem Akt hielt. Gewählt wurde der Sozialdemokrat Sigl zum Vorsteher und der Tscheche Franz Begricht zum Stellvertreter. Von abgegebenen 30 Stimmen erhielt der Bezirksvorsteherstellvertreter 5 Stimmen, 25 Stimmzettel waren leer. In einer Erklärung, die der Bezirksvorsteherstellvertreter abgab, betonte er, daß er, wenn er auch nicht das volle Vertrauen der Bezirksvertretung genieße, doch alles daran setzen werde, um es zu erringen. Auch seine Partei sei verpflichtet, dem Nächsten zu helfen.

In Währing leitete den Wahlakt der sozialdemokratische StR. Linder. Im Hinblicke auf die gleiche Zahl der Vertreter in der Bezirksvertretung haben sowohl die Christlichsozialen wie die Sozialdemokraten einen Vertreter für den Bezirksvorsteherposten in Vorschlag gebracht. Der christlichsoziale Vorschlag wurde aber von den Sozialdemokraten bestritten und gegen den Protest der Christlichsozialen der Sozialdemokrat Krepell mit 13 Stimmen zum Vorsteher und der Christlichsoziale Wenzel Dworak mit 26 Stimmen zum Stellvertreter gewählt. Das Ergebnis der Wahl wird von den Christlichsozialen, die die Entscheidung durch das Los beantragten, angefochten und wird vielleicht noch den Verwaltungsgerichtshof beschäftigen.

Neues Wiener Tagblatt

4./VI. 1919

Umgestaltung der bürgerlich-demokratischen Partei.

Deutsche Arbeitsgemeinschaft.

Die Parteileitung der bürgerlich-demokratischen Partei sendet uns eine Mitteilung, der wir folgendes entnehmen: Für die Gründung der bürgerlich-demokratischen Partei war der Gedanke maßgebend, die national und sozial empfindenden Bürger und Bürgerinnen der Republik Deutschösterreich in einer einheitlichen Partei zusammenzufassen, deren Ziel es sein sollte, an der staatlichen Vereinigung aller Deutschen und an der Ausgestaltung weitgehender sozialer Reformen mitzuwirken und dem freiheitlichen Mittelstande die ihm gebührende Interessenvertretung sichern zu helfen.

Die Wahlen in die Nationalversammlung und insbesondere in die Wiener Gemeindevertretung haben jedoch den Beweis erbracht, daß dieses Bestreben der bürgerlich-demokratischen Partei leider nicht auf fruchtbaren Boden gefallen ist, sondern es hat sich die überraschende Tatsache eingestellt, daß insbesondere die Mehrheit des jüdischen Teiles der Wählerschaft, dem in der bürgerlich-demokratischen Partei die politische Mitarbeit im breitesten Maße gewährleistet worden war, einerseits durch die Erstarkung der jüdischnationalen Bewegung, anderseits durch ihre Stimmenabgabe für die Sozialdemokraten eine freiheitlich bürgerliche Partei zu unterstützen, überhaupt nicht die Absicht hatte.

Die bürgerlich-demokratische Partei sah sich deshalb veranlaßt, diesen von allen Mitgliedern der Partei klar erkannten Erscheinungen Rechnung zu tragen, um so mehr, als die bisherigen Führer der Partei mit Dr. Franz Klein an der Spitze bald nach den Nationalratswahlen sich von der Leitung der Geschäfte der Partei zurückgezogen hatten.

Die Schwere der Zeit, die alle auf dem großdeutschen Standpunkte Stehenden zum Zusammenschlusse nötigt, zwingt auch die bürgerlich-demokratische Parei, alle andern Parteiabsichten zur Seite zu stellen und der großen nationalen Zukunftsfrage, der unentwegten Verfechtung des Anschlusses Deutschösterreichs an das deutsche Mutterland, den Vorrang vor allen andern politischen Fragen einzuräumen.

Die bürgerlich-demokratische Partei plant deshalb den Zusammenschluß aller ehrlich freiheitlichen und nationalen Parteigruppen ganz Deutschösterreichs und hat zu diesem Zwecke ihre frühere Organisation umgestaltet, um unter Wahrung der kulturellen und sozialpolitischen Grundsätze der überwiegenden Mehrheit der Partei als „Deutsche Arbeitsgemeinschaft" ein Zusammengehen mit der Hauptorganisation der Nationalen, nämlich dem Deutschnationalen Verein für Oesterreich, zu ermöglichen.

Es ist also unrichtig, wenn in einzelnen Pressenachrichten behauptet wird, daß die bürgerlich-demokratische Partei mit den übrigens gar nicht mehr bestehenden Deutschradikalen allein sich zusammengeschlossen habe, sondern der Zusammenschluß erfolgte mit allen im Deutschnationalen Verein inkorporierten Parteigruppen, und es ist die feste Absicht der Partei, auch mit den noch außerhalb stehenden nationalfreiheitlichen Gruppen gleichfalls ein Einvernehmen zu finden.

Der Neue Tag. Abendb
6./VI. 1919

NT. a 6.

115

Die neuen Bezirksvorsteher.

Bei den Mittwoch vorgenommenen Wahlen der Bezirksvorsteher und der Bezirksvorsteher-Stellvertreter der Wiener Gemeindebezirke wurden folgende Herren gewählt: 1. Bezirk: Vorsteher Josef Wieninger (Christlichsoz.); Stellvertreter Otto Urbach, Gewerkschaftssekretär (Soz.); 2. Bezirk: Vorsteher Max Berdiczower, Redaktionssekretär (Soz.), Stellvertreter Ignaz Ludikovsky, Oberrevident (Christlichsoz.); 3. Bezirk: Vorsteher Adolf Lahner, Tischler (Soz.), Stellvertreter Karl Rauscher, Konditor (Christlichsoz.); 4. Bezirk: Vorsteher Maximilian Charwat, Rentner (Christlichsoz.), Stellvertreter Alfons Herrlein, Professor (Soz.); 5. Bezirk: Vorsteher Albert Hummel, Sekretär (Soz.), Stellvertreter Franz Wanderer, Tischlermeister (Christlichsoz.); 6. Bezirk; Vorsteher Alexander Langer, Oberkontrollor (Soz.). Stellvertreter Josef Schelz, Vorstand (Christlichsoz.); 7. Bezirk: Vorsteher Heinrich Ohrfandl (Christlichsoz.), Stellvertreter Dr. Emil Maurer, Advokaturskonzipient (Soz.); 8. Bezirk: Vorsteher Johann Bergauer (Christlichsozialer), Stellvertreter Franz Brückner, Privatbeamter (Soz.); 9. Bezirk: Vorsteher Josef Schober, Unterbeamter (Soz.), Stellvertreter Hans Steger, Beamter (Christlichsoz.); 10. Bezirk: Vorsteher August Sigl, Landtags-Abgeordneter (Soz.), Stellvertreter Franz Vegricht, Maschinenschlosser (Tscheche); 11. Bezirk: Vorsteher Franz Zehetbauer, Privatbeamter (Soz.), Stellvertreter Karl Salesy, Postoberoffizial (Christlichsoz.); 12. Bezirk, Vorsteher Alois Zanaschka, Sekretär (Soz.), Stellvertreter Josef Burghaber, Spirituosenschenker (Christlichsoz.); 13. Bezirk: Vorsteher Franz Schimon, Lokomotivführer (Soz.), Stellvertreter Rudolf Hoff, Rechnungsdirektor (Christlichsoz.); 14. Bezirk: Vorsteher Karl Frey, Beamter (Soz.), Stellvertreter Anton Mayer, Gemischtwarenverschleißer (Christlichsoz.); 15. Bezirk: Vorsteher Johann Grassinger, Privatbeamter (Soz.), Stellvertreter Franz Vakosch (Christlichsoz.); 16. Bezirk: Vorsteher Johann Vollitzer, Eisendreher (Soz.), Stellvertreter Karl Weingärtner, Hausbesitzer (Christlichsoz.); 17. Bezirk: Vorsteher Anton Haidl, Beamter (Soz.), Stellvertreter Johann Dwaroch, Hausbesitzer (Christlichsoz.); 18. Bezirk: Vorsteher August Klepel, Münzarbeiter (Soz.), Stellvertreter Wenzel Dworak, Spediteur (Christlichsozialer); 19. Bezirk: Vorsteher Josef Seleskowitsch, Lehrer (Soz.), Stellvertreter Franz Pröll, Bauunternehmer (Christlichsoz.); 20. Bezirk: Vorsteher Johann Janecek, Metallarbeiter (Soz.), Stellvertreter Franz Wimmer, Fuhrwerksbesitzer (Christlichsoz.). Von den Tschechen wurde gegen die Wahl des Stellvertreters ein Wahlprotest eingebracht, da die Christlichsozialen und Tschechen je vier Mandate haben; 21. Bezirk: Vorsteher Franz Breitschneider (Soz.), Stellvertreter Emil Scholz, Gastwirt (Christlichsoz.)

Der Neue Tag. Abend
6./VI. 1919

116

Keine Höflichkeitsformeln mehr.

Die staatlichen Aemter wurden durch die Staatskanzlei neuerdings eindringlich aufmerksam gemacht, im amtlichen Verkehr von den Höflichkeitsanreden, wie „Hochwohlgeboren", „Wohlgeboren" oder von Ergebenheitsausdrücken, wie „ergebenst", „untertänigst", „gehorsamst" usw. keinen Gebrauch mehr zu machen und nur jene Höflichkeitsredensarten noch anzuwenden, die zum guten Ton gehören. Die Anwendung solcher Höflichkeitsformeln ist auch in Gesuchen der Beamten zu unterlassen, und zum Beispiel auch nicht mehr „Hohes" Staatsamt und dergleichen zu schreiben.

Neues Wiener Tagblatt
6./VI. 1919

117

(Das Arbeitsprogramm der Sozialdemokraten in den Bezirksvertretungen.) In den konstituierenden Sitzungen der Wiener Bezirksvertretungen haben die gewählten sozialdemokratischen Bezirksvorsteher Antrittsreden gehalten, aus denen folgende Programmpunkte zu entnehmen sind: Es müssen die notwendigen Maßnahmen getroffen werden, die den Weg für die gesellschaftliche Produktion frei machen und den breiten Massen, die in Wien an den Folgen des Krieges am meisten gelitten haben, ein erträgliches Dasein zu bereiten. Vor allem muß in den Bezirksvertretungen dahin gewirkt werden, daß die Schule volle Lehrfreiheit erhält, ohne die es unmöglich ist, unsrer Jugend die Pflichten republikanischer Staatsbürger darzulegen. Die Aufgaben der Bezirksschulbehörden müssen in den Dienst einer freien und unabhängigen Schule gestellt werden. Die bisher geübte Form der Verleihung der Gewerbekonzessionen und des Bürgerrechtes erscheint nicht mehr in die heutige Zeit passend. In der Verleihung des Bürgerrechtes hat das arbeitende Volk immer eine Zurücksetzung erblickt. Im demokratischen Staat muß ein solches Vorrecht fallen. Ein großes Augenmerk muß dem weiten Gebiete der Volksgesundheit zugewendet werden; die Wohnungs- und Jugendfürsorge soll eine intensive Ausgestaltung erfahren, die Reform der Armenfürsorge, die immer dringender wird, muß mit allen Kräften in Angriff genommen werden. Der Wirkungskreis der Bezirksvertretungen wird sich nicht nach den Wünschen kleiner bevorzugter Gruppen gestalten dürfen, sondern es wird Pflicht sein, im Interesse der breiten Massen zu wirken. Letzteren Endes wird die Tätigkeit so einzustellen sein, damit das höchste Ziel, die Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaftsordnung, zur Wahrheit werde.

Ostdeutsche Rundschau 118
6. VII. 1919

Zu den Vorsteherwahlen in den Bezirksvertretungen. Wir deutschnationalen Bezirksräte nehmen an der Wahl des Bezirksvorstehers und des Bezirksvorsteher-Stellvertreters nur gezwungen durch die Bestimmungen der Gemeindewahlordnung teil, weil die letzteren uns frei gewählte Bezirksräte der freien Entschließung bei der Auswahl unserer Vorsitzenden vollständig beraubten und diese Wahl zu einer inhaltslosen Formsache herabdrücken. Diese Bestimmungen widersprechen den Grundsätzen freiheitlicher Selbstverwaltung, ja sie sind der Ausfluß von unbedingter Herrschsucht der sozialdemokratischen Partei. Wir wrrden ihre Abänderung verlangen und erklären, daß unsere Anwesenheit bei dem Wahlakte keine Zustimmung zu den von uns mißbilligten gesetzlichen Bestimmungen bedeutet.

Rechtsverwahrung der Bezirksvertretung Wieden gegen die Wahl von Tschechen. Die deutschnationalen Bezirksvertreter des 4. Bezirkes legten namens der deutschbewußten Bevölkerung Wiens schärfste Rechtsverwahrung ein gegen die Anwesenheit eines tschechoslowakischen Vertreters in der Bezirksvertretung des 4. Bezirkes, weil dieser als Tschecho-Slowake, also als Vertreter eines ausländischen Staatsvolkes gewählt ist und weil bei seiner Wahl von zahlreichen Wählern, die sich zum tschecho-slowakischen Staat bekannt haben — dort also heimatsberechtigt sind — daher in Wien nicht wahlberechtigt waren, Stimmen abgegeben wurden.

Die Angelobung der Wiener Bezirksräte. Wie vermutet wurde, hat sich der Stadtrat bei der Konstituierung der Bezirksvertretungen um die Frage des Gelöbnisses der Bezirksräte, den deutschen Charakter der Stadt Wien wahren zu wollen, gedrückt. Die die Angelobung zu Leistenden hatten, entgegen den Vorschriften der Gemeindeordnung, nicht durch mündliche Erklärung, sondern stumm durch Handschlag diese Angelobung zu leisten. Außerdem wurde eine Gelöbnisformel verlesen, die die Stelle von der Wahrung des deutschen Charakters der Stadt Wien gar nicht enthält. Dieser Vorgang in den einzelnen Bezirken ist auf einen Beschluß des Stadtrates zurückzuführen und stützt sich auf die natürlich unrichtige Begründung, daß angeblich für die Bezirksräte die Gelöbnisformel, die für die Gemeinderäte gilt, keine Anwendung zu finden habe. Selbstverständlich ist gegen den Vorgang Verwahrung eingelegt worden. In einzelnen Bezirken, z. B. im 9., wurde diese Verwahrung durch höhnische Bemerkungen der Sozialdemokraten begleitet. Im 6. Bezirk wurde dem national-demokratischen Bezirksrat Köhler unter Hinweis auf die Geschäftsordnung das Wort nicht erteilt. Die Frage wird jedenfalls in den nächsten Sitzungen der Bezirksvertretungen noch Nachspiele haben. Die national-demokratischen Bezirksräte werden sie auf keinem Fall auf sich beruhen lassen, denn wir haben gerade jetzt weniger denn je Anlaß, auch nur auf das geringste unserer nationalen Rechte zu verzichten. Man hat ja in Wien deutlich gesehen, wohin die noble Duldsamkeit gegenüber allen nichtdeutschen Vorstoßversuchen geführt hat.

Konstituierung der Bezirksvertretung Wieden. Bei der gestern erfolgten Konstituierung der Bezirksvertretung Wieden wählten die 30 Mandatare (15 Christlichsoziale, 8 Sozialdemokraten, 4 Deutschnationale, 2 Freiheitlich-Bürgerliche und ein Tscheche) zum Bezirksvorsteher den Christlichsozialen Max Charvat, der auch in der früheren Bezirksvertretung Vorsteher war, zum Stellvertreter den Sozialdemokraten Handelsschulprofessor Alfons Herrlein. Die vier Deutschnationalen, die sich der Stimmenabgabe enthielten, legten gegen die Angelobung des tschechischen Bezirksrates durch den Bezirksrat Architekten Wiedemann Protest ein.

Ostdeutsche Rundschau
6./VII. 1919

119

Konstituierung der Bezirksvertretung im 8. Bezirk.
Am 3. d. M. um 5 Uhr nachmittags fand unter dem Vorsitze des Vizebürgermeisters Hoß die Konstituierung der Bezirksvertretung statt. Nach kurzer Begrüßung der neugewählten Mitglieder der Bezirksvertretung, welche vollzählig erschienen waren, wurde das sogenannte Gelöbnis durch stummen Handschlag vom Vorsitzenden entgegengenommen. Unter Protest gegen die Art der Abgabe des Gelöbnisses gab der deutschnationale Bezirksrat Franz Gürtelschmied folgende Erklärung ab: „Im Namen der Deutschnationalen Partei lege ich Verwahrung dagegen ein, daß Bezirksräte, die aufs Programm der tschechischen Parteien gewählt worden sind, zur Abgabe des Gelöbnisses zugelassen werden; falls sie ein solches aufrichtig ablegen, gehen sie des Vertrauens ihrer Wähler verlustig, die Zulassung zur Ausübung des Mandates ist somit eine Verhöhnung des Grundsatzes der Demokratie und Volkssouveränität, falls sie jedoch das Gelöbnis in unehrlichem Sinne ablegen, wäre es offenkundiger Falscheid und als solcher ungültig. Das Gelöbnis muß überdies mit den im Gesetz vorgeschriebenen Worten abgelegt werden. Jeder Vorbehalt, jeder Zusatz, also auch jede Hinzufügung nichtdeutscher Worte macht es ungültig. Wir können aus diesen Gründen keine Abstimmung als rechtsgültig anerkennen, die durch Mitwirkung des tschechischen Vertreters zustandekommen sollte. Vor der hierauf vorgenommenen Wahl des Bezirksvorstehers und des Bezirksvorsteher-Stellvertreters gab der deutschnationale Bezirksrat Gürtelschmied folgende Erklärung ab: „Wir deutschnationalen Bezirksräte nehmen an der Wahl des Bezirksvorstehers und des Bezirksvorsteher-Stellvertreters nur gezwungen durch die Bestimmungen der Gemeindewahlordnung teil, weil diese letzteren uns freigewählte Bezirksräte der freien Entschließung bei der Auswahl unserer Vorsitzenden vollständig beraubten und diese Wahl zu einer inhaltslosen Formsache herabdrücken. Diese Bestimmungen widersprechen den Grundsätzen freiheitlicher Selbstverwaltung. Wir werden ihre Abänderung verlangen und erklären, daß unsere Anwesenheit bei dem Wahlakte keine Zustimmung zu den von uns mißbilligten gesetzlichen Bestimmungen bedeutet." Im Sinne dieser Erklärung wurden von den deutschnationalen Bezirksräten leere Stimmzettel abgegeben. Bergauer (christlichsozial) wurde mit 17 Stimmen zum Bezirksvorsteher und Brückner (Sozialdemokrat) mit 13 Stimmen zum Bezirksvorsteher-Stellvertreter gewählt. Die Genannten dankten für das Vertrauen und erklären die Wahl anzunehmen. Mit einer Aufforderung des Vorsitzenden Vizebürgermeisters Hoß an die Anwesenden zur ersprießlichen Mitarbeit im Rahmen der Bezirksvertretung, auf welche Bezirksrat Gürtelschmied im Namen der deutschnationalen Bezirksräte kurz erwidert, wird die Sitzung geschlossen.

Neue Freie Presse Abend
11/VI. 1919

Der Protest des niederösterreichischen Landtages gegen die Friedensbedingungen.

Wien, 11. Juni.

In einer außerordentlichen Sitzung veranstaltete heute der niederösterreichische Landtag eine eindrucksvolle Protestkundgebung gegen die Friedensvertragsbedingungen, die die Entente unseren Delegierten in Saint-Germain vorlegte. Die Abgeordneten waren vollzählig versammelt, die Galerien dicht gefüllt. Gleich nach Eröffnung der Sitzung erhob sich Landeshauptmann Sever zu einer Ansprache, in der er die Unmöglichkeit der Bedingungen darlegte und die Folgen andeutete, die eine Annahme dieser Bedingungen nach sich zöge. Der Landeshauptmann schilderte insbesondere die schweren Schädigungen, die Wien und Niederösterreich in territorialer und wirtschaftlicher Beziehung auferlegt werden sollen und fand hiebei die lebhafte Zustimmung aller Parteien des Landtages.

Nach der Ansprache des Landeshauptmannes wurde die Sitzung sofort geschlossen. Der Landtag wird heute noch eine zweite Sitzung zur Erledigung der Tagesordnung halten.

Die Ansprache des Landeshauptmanns.

Landeshauptmann Sever: Die deutschösterreichische Republik steht vor ihrer schwierigsten und folgenschwersten Entscheidung. Durch sieben Monate warteten wir in krisenhafter, aufgeregter Zeit auf die Bekanntgabe der Bedingungen durch die Sieger; nun, da wir sie kennen, ist das ganze Volk in einmütiger Erregung und Bestürzung über die maßlose Schwere des uns angedrohten undurchführbaren Gewaltfriedens. In würdiger und eindringlicher Weise hat die deutschösterreichische Nationalversammlung der gesamten zivilisierten Welt das Unmögliche, das Unerträgliche dieses Friedensvertrages vor Augen geführt. Bangen Herzens, im Gefühle unserer Ohnmacht, aber im stolzen Bewußtsein unseres Rechtes erwarten wir die Wirkung dieser Kundgebung auf die Sieger.

Niederösterreich ist ein deutsches Land. Im Norden, im Süden, im Westen und zum größten Teil auch im Osten grenzt es an deutsche Gebiete. Wir haben, vertrauend auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker, an unserer Nordgrenze dem Znaimer Kreis, dem deutschen Südmähren, entsprechend dem souveränen Willen seiner Bevölkerung, durch Gesetz im Lande Niederösterreich Aufnahme gewährt. Rücksichtslos, unter anmaßender Nichtbeachtung des Willens der Bevölkerung spricht der Vertragsentwurf Südmähren dem czecho-slowakischen Staate zu. Der einzige klägliche Grund für diese brutale Annexion ist die historische Grenze. Und selbst diesen Grund geben die Gegner preis, weil sie noch mehr wollen. Ueber die historischen Grenzen hinaus verlangen sie die Nordostecke von unserem alten Niederösterreich, die deutschen Gemeinden Feldsberg, Hohenau, Herrnbaumgarten, Schrattenberg, Reinthal und Bernhardsthal. Nicht genug damit, sie wollen auch im Nordwesten zwölf Kilometer tief aus unserem Lande Gebiete mit den darauf wohnenden Menschen wegnehmen. Haugschlag, Litschau, Brand, Rotenschachen, Schwarzbach, Nagelberg, Zuggers, Erdweiß, Weißenbach, Wielands, Harbach und Gmünd Bahnhof sollen uns verloren gehen, ohne daß man die Bevölkerung befragt, ob sie auch zur Czecho-Slowakei kommen wolle.

Was wollen die Czechen mit diesem deutschen Land? Fühlen sie nicht die Schande, welche schon in der Tatsache liegt, daß sie ihren Staat nicht auf das Siedlungsgebiet des eigenen Volkes beschränken zu können glauben? (Lebhafte Zustimmung.) Sie wollen ihn mit deutschem Land, mit deutscher Menschenkraft und deutscher Arbeit erst künstlich zu einem ansehnlichen Staatsgebilde gestalten. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.)

Wie ungerecht diese Grenzbestimmungen von Czechen ausgeklügelt sind, sieht man auch bei dem Grenzvorschlage gegen Osten. Die March soll die Grenze sein. Bei allen zivilisierten Völkern liegen Flußgrenzen in der Mitte des Stromes. Nur an der niederösterreichisch-slowakischen Grenze soll auch unser Flußufer dem Grenznachbar abgetreten werden (Hört! Hört!), ein Fall, der in der Geschichte einzig dasteht. (Zustimmung.) Es würde dann vom Belieben der Czechen abhängen, ob sie gestatten, daß auf ihrem Gebiete Schutzbauten gegen Ueberschwemmungen unseres Landes errichtet werden. (Sehr richtig!) Auch der Donau-Oder-Kanal, der sich des Wasserlaufes der March bedienen würde, wäre von Wien abgelenkt.

Diese Maßnahmen territorialer Verstümmlung unter Mißachtung des Volkswillens und unter Raub von deutschem werktätigen Volke haben aber auch die schwersten wirtschaftlichen Folgen. Die nordniederösterreichischen Gebiete, die wir abtreten sollen, sind äußerst fruchtbar und für die Versorgung von Wien von wesentlicher Bedeutung. Der Boden ist dort am fruchtbarsten und daher der Hektarertrag der größte von ganz Niederösterreich. Mit Hohenau nimmt man uns die letzte Zuckerraffinerie (Hört! Hört!), mit der Thaya nimmt man uns die einzige nennenswerte Wasserkraft nördlich von Wien, mit der March die Möglichkeit der Entwicklung des Wiener Donauhafens als Umschlagplatz für den Donau-Oder-Kanal. Und alle die wirtschaftlichen Drosselungen und Knebelungen, die wahnsinnigen, undurchführbaren Forderungen, die der Leiter des Staatsamtes für Aeußeres in seiner Rede vom vergangenen Samstag ausführte, sie alle treffen vor allem Wien und Niederösterreich aufs schwerste. (Sehr richtig!)

In den vergangenen Tagen hat das Volk auf den Straßen seiner leidenschaftlichen Empörung über seine drohende Vernichtung und über das kommende Unglück, das die Kriegsjahre noch zu übertreffen droht, Ausdruck verliehen. Diese Erregung und Empörung zittert auch in uns nach. Wohl kann uns die Entente heute zu allem zwingen, sie kann uns unter das fremde Joch beugen, sie kann uns dem Staatsbankerott zutreiben, sie kann es erreichen, daß wir unser Todesurteil selbst unterschreiben, aber hat sie etwas damit erreicht? Das Deutschösterreich, das diesen Friedensvertrag unterschreibt, würde nicht lange bestehen und statt eines Vertragsgegners, der seine Pflichten erfüllt, würden die Sieger ein wildes Chaos finden. (Zustimmung.)

Darum wollen wir noch nicht die Hoffnung sinken lassen, daß die Mächte in Paris, wenn sie das Furchtbare und Unmögliche dieses Vertragsentwurfes erkannt haben werden, ihn entsprechend mildern. Das gesamte deutsche Volk von der Nord- und Ostsee bis in die Alpen, regiert auf freiester demokratischer Grundlage, einiger denn je (lebhafter, langanhaltender Beifall und Händeklatschen) und niemand mehr bedrohend, verteidigt sein ursprünglichstes Recht, das Recht zu leben. Es steht geschlossen hinter seinen Vertretern, die es in den Friedensverhandlungen verteidigen. (Die Versammlung erhebt sich. Lebhafter, langanhaltender Beifall und Händeklatschen.)

Das Budgetprovisorium für Niederösterreich.

Wien, 11. Juni.

Der niederösterreichische Landesrat hat heute dem Landtag ein Budgetprovisorium für die Zeit vom 1. Juli bis 30. September 1919 vorgelegt. Neben den üblichen finanziellen Ermächtigungen wird auch um die Bewilligung zur Einhebung der Landesfondszuschläge zu den direkten Steuern, und zwar in unveränderter Höhe angesucht. Danach betragen die Zuschläge zur Grundsteuer 30 H., Hauszinssteuer 23 H., Hausklassensteuer 30 H., 5prozentigen Steuer von dem Ertrag der hauszinssteuerfreien Häuser 33 H., Erwerbsteuer der zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichteten Unternehmungen 43 H., allgemeinen Erwerbsteuer, und zwar bei den Erwerbsteuerpflichtigen der ersten Klasse 43 H., bei den Erwerbsteuerpflichtigen der zweiten Klasse 36 H., bei den Erwerbsteuerpflichtigen der dritten und vierten Klasse (einschließlich Hausier- und Wandergewerbe) 23 H., Rentensteuer auf Grund von Bekenntnissen 36 H. und Besoldungssteuer 31 H. von jeder Steuerkrone.

Wiener Stimmen 123
12./VI. 1919

Am Scheideweg.

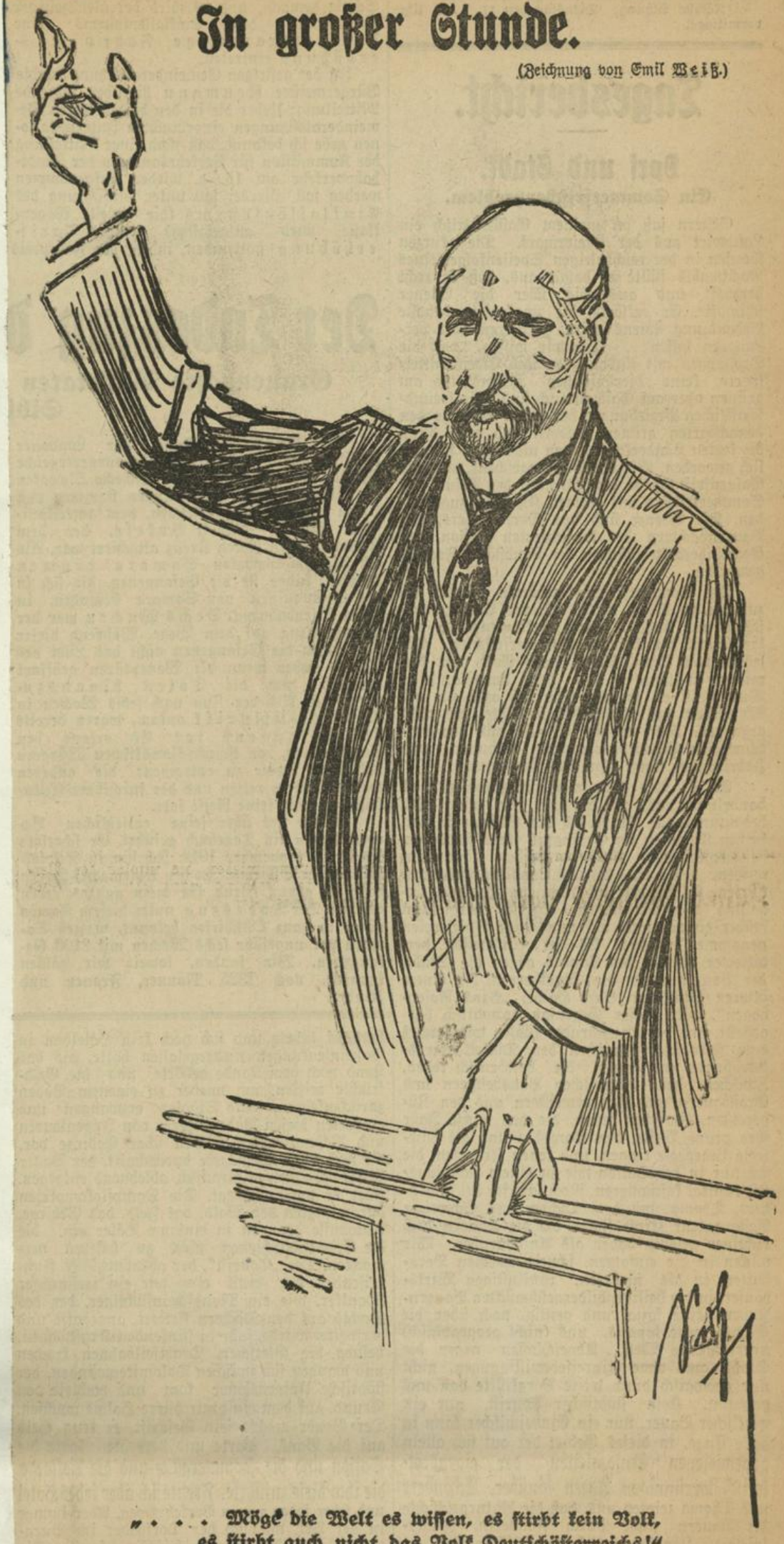
Zeichnung von Fritz Schönpflug.

Staatssekretär Hamlet: Ich oder — ich, das ist jetzt die Frage.

Die Zeit
12./VI. 1919
127

In großer Stunde.

(Zeichnung von Emil Weiß.)



„. . . . Möge die Welt es wissen, es stirbt kein Volk,
es stirbt auch nicht das Volk Deutschösterreichs!“

(Präsident Seitz in der Nationalversammlung am 7. Juni 1919.)

Österr. Volkszeitung
13./VI. 1919

13

128

Gerüchte in Wien.

Die Agitation der Kommunisten.

In den letzten Tagen sind wieder einmal, wie schon so oft seit dem Umsturze, Gerüchte in Wien im Umlauf, Gerüchte, die diesmal in scheinbar bestimmterer Form auftreten, als dies bisher immer der Fall war, und die davon zu erzählen wissen, daß ein Umsturz, eine Aenderung der bestehenden Regierungsform bevorstehe. Die Kommunisten in Deutschösterreich seien bereit, nach russischem und ungarischem Beispiel die Räterepublik auszurufen. Es sind Gerüchte. Der eine erzählt es dem anderen, sie gehen von Mund zu Mund, der eine will es an amtlicher Stelle erfahren, der andere durch seine angeblich vorzüglichen Beziehungen zur Parteileitung vernommen haben.

Sicher ist, daß die Kommunisten seit den blutigen Vorgängen am Gründonnerstag eine lebhafte Agitation entfalten, die zuerst mit russischem, in der letzten Zeit aber auch mit ungarischem Gelde gefördert wurde. Millionen — das ist erwiesen — hat die ungarische Räteregierung dafür verwendet, wenn auch nicht offiziell, so doch inoffiziell durch Emissäre ihrer Partei, um auch in Deutschösterreich den Umsturz herbeiführen zu können. Daß die Regierung Bela Kuns ein großes Interesse daran hat, daß auch in Deutschösterreich ein Rätesystem eingeführt werde, liegt klar auf der Hand.

Die Wiener Kommunisten — bei ihrer separatistischen Maifeier konnten ihre 2106 Mitglieder genau gezählt werden — haben nun, wie erwähnt, in der letzten Zeit eine rege Agitationstätigkeit entfaltet. Den geplanten Abbau der Volkswehr haben sie für ihre Parteizwecke auszunützen verstanden und sie werden jetzt natürlich das Unterbleiben dieser Maßnahme als ihren Erfolg buchen. Auch das Verlangen der Heimkehrer nach einer Abfertigung, deren Gesamtsumme für Deutschösterreich ungefähr drei Milliarden ausmachen würde, haben sich die Kommunisten zunutze gemacht und in Versammlungen Anhänger für ihre Partei zu gewinnen versucht. Diese rege agitatorische Tätigkeit, die zahlreichen verschiedenartigen in der letzten Zeit abgehaltenen kommunistischen Versammlungen sind wohl eine der Hauptursachen der in den letzten Tagen verbreiteten Gerüchte von einem bevorstehenden Umsturz.

Nun hat die Entente zu wiederholten Malen erklärt, daß sie keinen Anlaß habe, sich in die innerpolitischen Verhältnisse der deutschösterreichischen Republik einzumengen, aber ebenso wurde die Erklärung abgegeben, daß die Entente, auf deren Lebensmittelhilfe Deutschösterreich und namentlich Wien nicht nur gegenwärtig, sondern auch noch lange nach dem Friedensschluß angewiesen sein wird, diese Lebensmittelzuschübe sofort einstellen würde, wenn durch einen Umsturz eine von ihr nicht anerkannte Regierung ans Ruder gelangen würde. Aber nicht nur auf Lebensmittelzuschübe durch die Entente ist das Land angewiesen, sondern auch auf Jahre hinaus auf die Einfuhr von Rohstoffen, wenn der Wiederaufbau beginnen soll, wenn die Arbeiter Arbeit finden sollen, damit sich das große Heer der Arbeitslosen vermindere. Die Arbeiterschaft selbst hat deshalb das größte Interesse daran, daß die Politik in ruhige Bahnen gelenkt, daß das junge Staatswesen nicht durch gefährliche Experimente in seiner Entwicklungsmöglichkeit behindert und vernichtet werde. Dessen ist sich auch die Regierung wohl bewußt und so ist zu erwarten, daß die seit einigen Tagen verbreiteten Gerüchte — Gerüchte bleiben werden.

Eine Versammlung in Graz.

Aus Graz, 12. d., wird uns berichtet: Hier fand Samstag eine Kommunistenversammlung statt, Zwei Wiener kommunistische Soldatenräte forderten die Anwesenden auf, sich den Beschlüssen der Wiener Volkswehr anzuschließen, die Mann für Mann auf den Kommunismus eingeschworen sei und jede Maßnahme zum Abbau der Volkswehr zu verhindern. Sollte es aber doch zum Abbau derselben kommen, so müsse unbedingt eine allgemeine Bewaffnung des „Proletariats" stattfinden. Ferner wurde hinsichtlich der zwanzig in Graz in Haft befindlichen Kommunistenführer die sofortige Freilassung der Verhafteten gefordert. Für den Fall der Ablehnung droht die Resolution mit Gewaltmitteln. Eine Resolution gleichen Inhalts hat eine Abordnung der Grazer Kommunisten dem Präsidenten Seitz in Wien überreicht.

Die Grazer Kommunisten planen noch im Laufe dieser Woche einen Aufmarsch vor der Landesregierung. In der gleichen Angelegenheit ist auch für Wien, wie man hört, am 15. d. eine Kundgebung der Volkswehr vorgesehen.

Schmuggel von Kriegsmaterial nach Ungarn.

Aus Ebenfurth wird gemeldet: Am 31. v. M. veranstaltete die Volkswehr in Ebenfurth ein Kränzchen. Diesen Anlaß haben die Kommunisten auf dem Steinfelde benützen wollen, um große Mengen Zündschnüre nach Ungarn hinabzuschmuggeln. Auf mehreren Lastautos brachten sie 62 Kisten Zündschnüre aus der Zündschnurfabrik Bickford u. Co. in Wiener-Neustadt nach Ebenfurt, fuhren bei der Ueberlandszentrale der Gemeinde Wien in Ebenfurt vor und luden die Kisten auf die Wagen der schmalspurigen Bahn, die über die Leithabrücke zum Braunkohlenbergwerk nach Zillingsdorf führt. Vor der Leithabrücke begegnete dem Zug ein dienstfreier Gendarm, dem die Sendung, die als Zündhölzer deklariert war, verdächtig vorkam. Er öffnete eine Kiste und es kamen nun die Zündschnüre zum Vorschein. Die ganze Sendung wurde daraufhin zurückbefördert. Gegenwärtig ist eine Untersuchung im Zuge.

Österr. Volkszeitung
14./VI. 1919

Die Wiener Gerüchte.

Verbreitung auch im Auslande.

Gestern wurde hier über die Gerüchte Mitteilung gemacht, die seit einigen Tagen in Wien im Umlaufe sind, und die von einem neuen bevorstehenden Umsturz wissen wollen. Den Anstoß zu diesen Gerüchten bot offenkundig der Umstand, daß der geforderte Abbau der Volkswehr auf Widerspruch stieß; nicht minder werden aber die beunruhigenden Meldungen durch die Anwesenheit und das Gebaren ungarischer Emissäre in Wien gefördert, die notorisch sehr bedeutende Geldmittel besitzen und für ihre Zwecke verausgaben. Auch das seltsame Verschwinden der Maschinengewehre auf dem Asperner Flugfelde, über das gestern berichtet wurde, gab den Gerüchten Nahrung.

Nun haben diese alarmierenden Nachrichten auch den Weg ins Ausland gefunden. „Central News" verbreiten nämlich, wie aus London, 13. d., telegraphiert wird, die Nachricht, daß in Wien eine Verschwörung geplant wurde, um am folgenden Sonntag die Revolution auszurufen, die gegenwärtige Regierung zu stürzen und sich mit den ungarischen Bolschewiki zu vereinigen.

Es handelt sich bei dieser Londoner Meldung zweifellos nur um einen Niederschlag der mannigfachen, mit allerlei Einzelheiten ausgestatteten Erzählungen, die in Wien im Umlauf waren und teilweise noch im Umlaufe sind, die sich aber wohl schließlich bloß als Gerüchte erweisen werden.

Österr. Volkszeitung
14/VI. 1919

14
130

Die neue Gemeindewahlordnung für Niederösterreich.

Im heute erscheinenden Landesgesetzblatt gelangt das Gesetz betreffend die Abänderung der Gemeindewahlordnung für Niederösterreich mit Ausnahme der Städte mit eigenem Statut zur Verlautbarung.

In diesem Gesetze wird Artikel II dahin abgeändert, daß der Gemeinderat in Gemeinden bis zu 250 Wahlberechtigten aus 10 Mitgliedern, mit 250 bis 500 Wahlberechtigten aus 12 Mitgliedern, 501 bis 1000 Wahlberechtigten aus 14, 1001 bis 1500 aus 16, 1501 bis 2000 aus 18, 2001 bis 2500 aus 22, 2501 bis 3000 aus 24, 3001 bis 4000 aus 26, 4001 bis 5000 aus 30, 5001 bis 7500 aus 34 und mehr als 7500 aus 42 Mitgliedern besteht. Der Berechnung der Wahlzahl wird die erhöhte Mandatswahl zugründe gelegt.

Die Frist zur Einbringung der Wahlvorschläge wird bis zum 18. d. erstreckt. Die Parteien können innerhalb dieser neuen Frist auch bereits bei der Gemeindewahlbehörde überreichte Wahlvorschläge durch neue Wahlvorschläge ersetzen. Die Ergänzungsvorschläge müssen spätestens am 19. d. bei der Gemeindewahlbehörde einlangen und müssen die Parteilisten längstens am 20. d. abgeschlossen und kundgemacht werden. Es können somit auch jene Parteien, die es bisnun unterlassen haben, Parteilisten einzubringen, noch bis 18. d. solche bei der Gemeindewahlbehörde einbringen.

Die Zeit
14.VII.1919

131

Kundgebung der Kommunisten.

Anläßlich des gestern in Berlin stattgefundenen Begräbnisses der Spartakistin Rosa Luxemburg hatte die kommunistische Partei Deutschösterreichs in der Volkshalle und vor dem Rathause eine Versammlung einberufen, die als Trauerkundgebung für diese kommunistische Führerin gelten sollte. Als um 6 Uhr abends die Volkshalle geöffnet wurde, war sie binnen wenigen Minuten übervoll, und mehr als tausend Personen, die im Saale keinen Platz mehr finden konnten, versammelten sich auf dem Platz vor dem Rathause, wo eine zweite Kundgebung stattfand.

In der Volkshalle sprach zuerst Frau Dr. Friedländer, die das Wirken Rosa Luxemburgs würdigte und im Verlaufe der wiederholt von stürmischen Beifallsrufen begleiteten Rede ausführte, daß es mit der Bourgeoisie kein Zusammengehen gebe. Langanhaltende Pfuirufe löste in der Versammlung die Nennung der Namen Scheidemann, Ebert und Noske aus. Der Scheinfriede von Saint-Germain, wie überhaupt der Weltkrieg, werden, so führte die Rednerin weiter aus, den Weltbund der kommunistischen Idee zur Folge haben. Was auch in Versailles geschehen mag, es ist uns ganz gleich. Der Kapitalismus entrinnt ja doch nicht seinem Schicksal. Mit ihm geht es nunmehr zu Ende, daher gibt es für uns, mag der Friede aussehen wie immer, keinen schlechten Frieden. Wenn die Ententekapitalisten die Friedensbedingungen zu unseren Gunsten abändern, dann müssen sie ihren Arbeitern größere Lasten aufhalsen, und dann wird sich, wie wir heute schon sehen, das Proletariat zur Revolution rüsten. Jeder Tag bringt uns der Weltrevolution näher. Wir wollen Rosa Luxemburg das schönste Denkmal, das es je gegeben hat, setzen (Zwischenrufe: Dort, wo jetzt das Maria Theresien-Denkmal ist!), wir wollen die Rätediktatur errichten. (Beifall.) Deutschösterreich soll die kommunistische Rätediktatur bekommen. (Beifall.)

Als nächster Redner spricht Tomann, der seine Rede mit den Worten schließt: „Die Welle des Kommunismus ist nicht mehr aufzuhalten; sie räumt alles hinweg, was sich ihr entgegenstellt."

Hierauf schloß der Vorsitzende die Versammlung mit der Ermahnung, sich ruhig zu entfernen und keine Ausschreitungen zu begehen.

Vor dem Rathaus sprachen Tomann, Frau Friedländer, Herrmann, Oesterreicher und Haid in dem gleichen Sinne wie die Redner in der Volkshalle. Es wurde gegen die Behandlung Kohn-Ebers schärfstens protestiert und ebenso gegen die Behandlung der Kommunisten in Steiermark durch Schacherl und Resel.

Die Versammlungsteilnehmer wollten zum Landesgericht ziehen und die Befreiung Kohn-Ebers verlangen, doch die Versammlungsleiter und die einzelnen Redner erklärten, daß die Regierung bereits zugesagt habe, daß Kohn-Eber freigelassen werde, man solle daher warten, bis und ob die Zusage erfüllt werde.

Dann zogen die Versammlungsteilnehmer vor das Parlament, wo es noch zu einer kleinen ruhig verlaufenen Kundgebung kam.

15./II. 1919

135

Eine neue Kundgebung für [illegible].

Wir erhalten folgende Erklärung:

„Dem mutigen Anonymus, der in einem Augenblick, da einem Kameraden in München die Rache des blutdürstigen Bürgertums drohte, unbekümmert unsere Namen unter seinen Protest setzte, sprechen wir den wärmsten Dank für diese Handlung aus."

Blei, Ehrenstein, Moissi, Gütersloh,
Roland, Sonnenschein, Werfel."

* * *

Levinié ist bekanntlich unter dem sozialistischen Ministerium Hoffmann in München zum Tode verurteilt worden. Der Ausfall gegen das „blutdürstige Bürgertum" entstellt somit die Tatsachen. Wenn die Unterzeichneten die Toten des „Blutdurstes" verhüten wollen, müssen sie Depeschen nach Moskau schicken, wo mehr Hinrichtungen durch die Diktatur vorgenommen worden sind, als in der ganzen französischen Revolution. Gewiß ist es richtig, der Vollstreckung von Todesstrafen überall entgegenzutreten und sie nirgends zuzulassen; aber das kann durch Kundgebungen geschehen, bei denen keine Unterschriften gefälscht werden.

Neue Freie Presse
15./VI. 1919
136

Eine unterbliebene Vorlesung Alexander Moissis in der Universität.

Sperrung des Universitätsgebäudes.

Die Vereinigung sozialistischer Hochschüler hatte für heute, 5 Uhr, im großen Festsaale der Universität eine Vorlesung revolutionärer Dichtungen geplant, bei der unter anderen auch Alexander Moissi und Karl Ettlinger mitwirken sollten. Es waren Flugzettel ausgegeben worden, in denen die Arbeiterschaft und Soldaten aufgefordert wurden, in Massen bei dieser Vorlesung zu erscheinen, um kundzugeben, daß auch die Hochschule der bisherigen Privilegien entkleidet und durch eine Hochschule für das Proletariat ersetzt werden solle.

Das Rektorat der Universität sah sich, um Zusammenstöße hintanzuhalten, veranlaßt, die Abhaltung dieser Vorlesung zu untersagen.

Vor 5 Uhr fanden sich einige Hunderte von Besuchern, meist Studenten und Studentinnen, ein, fanden jedoch die Tore verschlossen. Dies rief große Erregung und Unwillen hervor. Ein Student verkündete vor der Rampe aus: „Man hat vor euch die Universität geschlossen! Die Vorlesung, die hätte zeigen sollen, daß die Universität auch dem Proletariat offen steht, wurde gestört. Auf Drängen deutschnationaler Studenten (stürmische Rufe) hat man die Universität gesperrt! Die Bourgeoisie will ihre Klassenprivilegien nicht preisgeben. Wir fordern euch alle zu einer sofortigen Protestversammlung vor der Universität auf."

Zu dieser Versammlung kam es jedoch nicht, da Moissi durch einen Vertreter erklären ließ, daß er in einigen Tagen in einem Wiener Theater die Vorlesung abhalten werde, zu der Einladungen ergehen würden. Hierauf zerstreute sich langsam die vor der Rampe angesammelte Menge.

Kundmachung des Rektors.

Die Kundmachung des Rektors, die an den Toren der Universität angeschlagen war, hat folgenden Wortlaut:

Für heute nachmittag 5 Uhr war der Freien Vereinigung sozialistischer Studenten zu einer literarischen Veranstaltung (Vorlesung revolutionärer Dichtungen) der Festsaal der Universität eingeräumt worden. Es war ausdrücklich bedungen worden, daß die Veranstaltung den Charakter künstlerischer Vorträge, nicht aber einer politischen Demonstration haben soll. Wie die Einladungen erkennen lassen, die die Freie Vereinigung sozialistischer Studenten an Arbeiter und Soldaten in Form roter Flugzettel ergehen ließ, wurde gegen die Verabredung dem Vortrage der Charakter einer politischen Agitation gegeben. Diese Einladung enthält grobe Unwahrheiten und Beschimpfungen der Hochschulen. Infolgedessen habe ich die erteilte Erlaubnis zurückgenommen und die Sperre der Universität für Samstag nachmittag angeordnet.

Der Rektor der Universität: Becke.

Wie von den Studenten erzählt wurde, hatten sich die Veranstalter der Vorlesung telephonisch an Unterstaatssekretär Glöckel mit der Bitte um Intervention gewendet. Glöckel antwortete, daß ihm in dieser Sache kein Verfügungsrecht zustehe.

Abschrift
17./VI. 1919
140. 0 17

Das Parlament und die Abwesenheit des Staatskanzlers.

Wien, 17. Juni.

In den Abgeordnetenkreisen wird angesichts der vorgestrigen Ereignisse lebhaft die Notwendigkeit der Anwesenheit des Staatskanzlers Dr. Renner besprochen und die Frage erörtert, ob es nicht angezeigt wäre, an den Staatskanzler das Ersuchen zu richten, seinen Aufenthalt in Saint-Germain zu unterbrechen. Von den Regierungsstellen aus wird erklärt, daß die Anwesenheit Dr. Renners in Saint-Germain mit Rücksicht auf die bevorstehende Ueberreichung der wirtschaftlichen und finanziellen Friedensbedingungen noch erwünscht sei. Wenn diese Ueberreichung erfolgt sein werde, dürfte abermals eine Zusammenkunft zwischen dem Staatskanzler, dem Präsidenten und den maßgebenden Funktionären der Regierung stattfinden, bei welchem Anlasse dann ein Meinungsaustausch stattfinden wird. Die Abgeordneten betonen, daß damit der Zweck, der mit der Anwesenheit des Staatskanzlers verfolgt werde, nicht erreicht wäre.

Christlichsoziale Abgeordnete für eine eventuelle Verlegung der Nationalversammlung.

Die Einberufung der Nationalversammlung im gegenwärtigen Augenblicke hält man in den Abgeordnetenkreisen nicht für zweckmäßig. Sie wird erst nach der Bekanntgabe des zweiten Teiles der Friedensbedingungen einberufen werden. Wohl würde man aber eine Beratung des Hauptausschusses für empfehlenswert halten. Insbesondere unter den christlichsozialen Abgeordneten aus der Provinz ist der Gedanke erwogen worden, ob es bei einer eventuellen Wiederholung der blutigen Straßenvorgänge am Sonntag nicht zweckmäßig wäre, den Sitz der Nationalversammlung an einen Ort außerhalb Wiens zu verlegen.

Österr. Volkszeitung
19./VI. 1919

Das bedrohte Wien.

Noch steckt uns der letzte blutige Wiener Sonntag in allen Gliedern, noch zittert in der Bevölkerung die Angst vor den möglichen Folgen der an diesem Tage beabsichtigt gewesenen Gewaltakte nach und schon wird die Stadt abermals in quälende Unruhe versetzt. Wer etwa gedacht hätte, daß unsere Kommunisten jetzt vielleicht etwas bescheidener auftreten, sich auf mehr oder weniger wirkungslose Versammlungs- und Klubreden beschränken oder gar etwa die Flinte ins Korn werfen würden, befand sich in argem Irrtum. Im Gegenteil. Kühner und verwogener denn je erhebt der Terror sein Haupt. Er spottet der Behörden, spottet aller Preßvorschriften, spottet aller Mahnungen, freundschaftlichen und energischen. Unverhüllt, ohne jedes Bedenken nach oben oder unten, offenbart er täglich seine Ziele: Sprengung der Nationalversammlung, kurz der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung und Regierung, Ausrufung der Räterepublik, Verkündigung der Diktatur. Also die nackte Gewalt Weniger, ganz Weniger gegen die Vielen, die übergroße Mehrheit der Bevölkerung. Allem Verbote zum Trotz werden vor den Augen der Behörden die aufreizendsten Flugschriften hergestellt und unter den verelendeten Massen verbreitet, Maschinengewehre in dem Hause, wo die Herren Tomann und Genossen ihr Heim aufgeschlagen haben, untergebracht und drohend aufgepflanzt, wird ohne die geringste Scheu die kommunistische Gewaltagitation unter den Volkswehrleuten betrieben und mit überreichlich zur Verfügung gestellten Geldern planmäßig der ohnedies nicht allzufeste soziale Boden vollends zu unterwühlen versucht. Man lese die letzten Verhandlungen des Kreisarbeiterrates Wien, wo sich die Sendlinge Bela Kuns wegen der blutigen Vorgänge des letzten Sonntags zu verantworten hatten. Was da alles ans Tageslicht gefördert wurde, läßt erst erkennen, vor welcher Gefahr wir gestanden sind und noch immer stehen. Lüge, wenn behauptet wird, es hätte sich Sonntag nicht um den gewaltsamen Umsturz gehandelt. Alles war vorbereitet, so weit bereits in Gang gebracht, daß sich in einzelnen Industrieorten Niederösterreichs Herren des berüchtigten Viererdirektoriums einfanden, um auch da ihr Beglückungssystem aufzurichten. Erfährt man, wie einwandfrei festgestellt wurde, daß auf die Gefangennahme sozialdemokratischer Führer die ganz nette Summe von hunderttausend Kronen ausgesetzt war, so weiß man eigentlich über- und übergenug. Wer in die Kerker zu werfen, wer als Geisel festzunehmen, wer unsere neuen Herren und Diktatoren werden sollen, war offenbar schon vereinbart. So herrlich weit haben wir's gebracht.

Wir fragen angesichts aller dieser Umstände, fragen angesichts der unerhörten Aeußerung eines bolschewistischen Führers, daß das für die Opfer kommunistischer Vergiftung zu veranstaltende Leichenbegängnis mit den Waffen in der Hand begangen werden müsse, daß rundweg erklärt wurde, man behalte sich die Beschlüsse über das Vorgehen bei der Leichenbestattung noch bevor — was gedenkt die Regierung gegenüber all diesen am hellichten Tage ausgestoßenen Drohungen zu tun? Dieses Lavieren und dieses Paktieren, dieses Einerseits und dieses Andererseits, dieses momentane Zugreifen und gleich darauf wieder erfolgende Zurückweichen unserer Regierung und unserer Behörden geht auf die Nerven und ist auf die Dauer nicht zu ertragen. Dr. Friedrich Adler mag sich ja jetzt bemühen, die Terroristen zur Vernunft zu bringen. Ein Hehl daraus, daß es sich bei ihm nur um taktische Fragen handelt und daß, wenn die Gelegenheit günstig ist, er gleichfalls zur Diktatur des Proletariats zu schreiten entschlossen ist, macht er so wenig wie der Führer der Volkswehr Dr. Frey, der in der Sitzung des Arbeiterrates unumwunden erklärt hat, von den Kommunisten unterscheide er sich nur hinsichtlich des zu wählenden Zeitpunktes für die Aktion. Mag der Kreisarbeiterrat in seiner überwiegenden Mehrheit sich den Umsturzversuchen bisher unzugänglich gezeigt haben, eine Forderung, wie sie Dr. Adler aufgestellt hat, daß nämlich der Arbeiterrat als Instanz, dem Behörden, wie die Polizei, etwa unterstellt werden sollen, anerkannt werde, ist unannehmbar und schroff zurückzuweisen. Jeder Weg vom Gesetz und von der wirklichen Verfassung führt in den Abgrund. Dem Terror mit den Mitteln der Ueberredung oder gar des Ueberlistens oder Ueberlistenwollens beizukommen ist, wie alle Erfahrung bisher gelehrt hat, töricht und gefährlich. Es gibt nur ein Entweder — Oder. Entweder regiert das Kabinett, oder es regiert das Ehepaar Friedländer. Wir, die erdrückende Mehrheit der Wiener Bevölkerung, wollen aber von diesen Herrschaften verschont bleiben.

Tatkraft, die freilich nicht mit blindem Uebereifer zu verwechseln ist, tut also not. Schluß auch mit dem ganzen elenden Gewimmel der ungarischen Räteagenten, die unser armes Land mit den Millionen des Herrn Bela Kun überschwemmen. Die Nester müssen gesäubert, die Gewaltmenschen dingfest gemacht und über die Grenze gebracht, mit dem famosen Gesandten der ungarischen Gewalt-, Raub- und Tollhausrepublik ein ernstes, nicht mißzuverstehendes Wort gesprochen werden. Gut, Vorsicht ist nötig, Millionenwerte deutschösterreichischer Staatsangehöriger in Ungarn sollen nicht leichtsinnig aufs Spiel gesetzt werden. Aber es werden und müssen sich Mittel finden, um das kecke Handwerk des bolschewistischen Gesandten bei uns wenigstens zu legen. Zeit ist nicht mehr zu verlieren. Um keinen Schritt darf vor dem Terrorismus zurückgewichen werden. Es gibt nur eine Gewalt, die Gewalt des gesamten Volkes, das sie in die Hände der Regierung gelegt hat. Diese einzige Gewalt gilt es zu üben, die einzige Gewalt zu verteidigen. Wir wollen unser armseliges Leben nicht noch unter den täglichen Qualen innerer Bedrohungen verbringen. Der Schrecken muß wissen und fühlen, daß er auf unerbittlichen Widerstand stößt. Sonst ist alles verloren.

Neue Freie Presse

19./VI. 1919

Entschlossenheit der Regierung zur Abwehr neuerlicher Putschversuche.

Wien, 18. Juni.

In Abgeordnetenkreisen besteht folgende Auffassung über die gegenwärtige Situation: Ueber die kommunistischen Bewegungen in Wien lauten die Aeußerungen aller maßgebenden Funktionäre heute beruhigend. Nach der Ansicht der Regierungskreise ist eine Wiederholung der blutigen Ereignisse vom letzten Sonntag vorläufig nicht zu befürchten. Nach den Erklärungen, die gestern im Kabinettsrat abgegeben wurden, ist die Volkswehr mit ganz geringen Ausnahmen gegen die kommunistischen Versuche zur Errichtung einer Räterepublik und entschlossen, alle diese Versuche energisch abzuwehren. Die Debatte im Kreisarbeiterrat zeigt, daß die sozialdemokratische Arbeiterschaft Wiens gegen die kommunistische Umsturzpropaganda Stellung nimmt. Es wird ferner versichert, daß auch die Führer der Wiener Kommunisten selbst zur Einsicht gelangt sind, daß ihre Anhängerschaft momentan noch zu schwach ist, um den Umsturz herbeizuführen. Der springende Punkt bei der Beurteilung der Situation ist die von der ungarischen Regierung im Wege der Gesandtschaft in der Bankgasse betriebene Propaganda. Die ungarische Gesandtschaft verfügt über sehr große Geldmittel, die sie der kommunistischen Agitation zur Errichtung einer Räterepublik in Deutschösterreich zur Verfügung stellt. Das Gebäude der ungarischen Gesandtschaft in Wien ist die Zentralstelle der kommunistischen Bewegung, verfügt über zahlreiche Agenten, die bereits über Wien hinaus tätig sind, und steht mit den Führern der Wiener kommunistischen Bewegung in ständiger Fühlung. Im gestrigen Kabinettsrat war anfänglich die Meinung vorherrschend, daß die Regierung darauf drängen müsse, daß die kommunistische Agitation in der ungarischen Gesandtschaft eingestellt wird. Erst die Bedenken, die Staatssekretär Dr. Bauer gegen ein solches Einschreiten äußerte und die er mit dem Hinweis auf die in Ungarn befindlichen deutschösterreichischen Milliardenwerte, die dadurch gefährdet würden, begründete, bewirkten eine Abschwächung der ursprünglichen Stimmung. Es soll zunächst versucht werden, die ungarische Regierung im Verhandlungswege zur Einstellung ihrer kommunistischen Propaganda in Wien zu bewegen. Die Regierung ist ferner entschlossen, die kürzlich publizierte Ausweisverordnung gegenüber den nach dem 1. März eingewanderten Ungarn strenge durchzuführen. Nach Ansicht der Abgeordneten müßte auch ein Einreiseverbot und eine strenge Grenzüberwachung gegenüber Ungarn stattfinden.

Gegenüber diesen beruhigenden Aeußerungen der amtlichen Stellen ist es jedoch in Abgeordnetenkreisen bekannt, daß die kommunistische Agitation in Wien mit unverminderter Intensivität weiter betrieben wird. Das neuangekaufte Parteilokal der Kommunisten in der Alserstraße ist auch militärisch ganz zu Verteidigungszwecken eingerichtet, und ein kommunistisches Bataillon der Volkswehr scheint sich ganz den Parteizwecken der Kommunistenführer zur Verfügung gestellt zu haben. Besonders intensiv wird die Propaganda in Flugzetteln betrieben. Um so zeitgemäßer erachtet man die im heutigen Abendblatt der „Neuen Freien Presse" publizierte Mitteilung von maßgebender informierter italienischer Seite, nach der bei einem Andauern der Umsturzversuche in Wien Italien nicht nur jede Lebensmittelsendung sistieren, sondern wahrscheinlich auch die Entente neuerlich die Blockade über Deutschösterreich verhängen würde. Unter solchen Umständen wäre ein Umsturz in Wien von überraschend kurzer Dauer. Eine Räterepublik in Wien müßte nach wenigen Tagen in einer Hungerkatastrophe enden. Im übrigen versichern die Abgeordneten aus der Provinz, daß ein Umsturz in Wien oder auch nur Wiederholungen der Ausschreitungen vom Sonntag eine völlige Absperrung der Länder gegen Wien zur Folge haben müßte und daß der Sitz der Nationalversammlung zweifellos von Wien in eine Landeshauptstadt, wahrscheinlich nach Salzburg, verlegt würde. Diese Tatsachen sind auch den Wiener Kommunistenführern bekannt, ebenso wie der Wiener Arbeiterschaft. Sie sind so zwingender Natur und so handgreiflich, daß anzunehmen ist, daß die kommunistischen Umsturzbewegungen in Wien in der Partei selbst trotz der Agitation und Propaganda der ungarischen Gesandtschaft kaum so viele Anhänger finden werden, um einen Putschversuch ernstlich durchzuführen.

Sollte die Ueberreichung des zweiten Teiles der Friedensbedingungen entsprechend den aus Saint-Germain kommenden Nachrichten tatsächlich im Laufe des morgigen Tages erfolgen, so würde wahrscheinlich genau so wie nach der Ueberreichung des ersten Teiles die Zusammenkunft des Staatskanzlers Dr. Renner mit dem Präsidenten Seitz und mit den Funktionären der deutschösterreichischen Regierung Samstag oder Sonntag stattfinden. Die Nationalversammlung würde in diesem Falle am 24. d. zusammentreten. Der Friedensvertrag würde dann als Ganzes vorliegen und in seiner Gesamtwirkung beurteilt werden können. Die Gegennoten auf den ersten Teil des Friedensvertrages sind bereits an die Entente abgegangen. Derselbe Vorgang würde auch bei den wirtschaftlichen und finanziellen Fragen eingehalten werden. Es würde also eine wirtschaftliche und eine finanzielle Antwortnote von der Friedensdelegation im Einvernehmen mit der deutschösterreichischen Regierung ausgearbeitet und der Entente überreicht werden. In Abgeordnetenkreisen mißt man den Verhandlungen, die mit der italienischen Regierung über Deutschsüdtirol eingeleitet wurden, große Bedeutung zu. Man hält es nicht für ausgeschlossen, daß auf diesem Wege das Problem Deutschsüdtirols eine Lösung erfährt, die eine gänzliche Losreißung dieser deutschen Gebietsteile von Deutschösterreich verhindert. Auch besteht die Meinung, daß der endgültige Friedensvertrag speziell in wirtschaftlicher und finanzieller Beziehung nicht unwesentliche Erleichterungen gegenüber den ursprünglichen Bedingungen aufweisen dürfte. Schon im Zusammenhang mit der nahen entscheidenden Schicksalsstunde des deutschösterreichischen Staates betonen die Abgeordneten, daß die deutschösterreichische Bevölkerung und der deutschösterreichische Staat keinen verhängnisvollen Erschütterungen ausgesetzt werden dürfen.

Neues Wiener Tagblatt

Abendblatt
20./VII. 1919

154

Die Stimmung im Parlament.

Die Ländervertreter gegen die Kommunisten

Die jüngsten Aktionen der Kommunisten in Wien bilden den Gegenstand der Erörterungen der Abgeordneten. Diesen ist es ganz unverständlich, daß erst unmittelbar vor dem Losschlagen die Pläne der Kommunisten bekannt geworden sind. Dieser Umstand erzeugte begreiflicherweise bei den Abgeordneten großes Unbehagen und sie erachten es als notwendig, daß die Ländervertreter solchen Wiederholungen vorbeugen, und wollen daher die von ihnen vertretenen Gebiete entsprechend vorbereiten.

Namentlich in den Landeshauptstädten und Industrieorten sollen Vorsichtsmaßregeln getroffen werden, und zwar wollen die Landesregierungen und Ländervertreter selbstständig vorgehen, da sie nach den bisherigen Erfahrungen der Zentralregierung wenig Vertrauen schenken. Sollte es den Kommunisten gelingen, in Gemeinschaft mit einem Teile der Sozialdemokraten in Wien eine Rätediktatur zu errichten, so würden die Länder rasch das Tischtuch mit Wien zerschneiden.

Außerhalb Wiens will man, mit Ausnahme des Wiener-Neustädter Kreises, von den Kommunisten und radikalen Sozialdemokraten nichts wissen, wie dies allüberall die letzten Landtags- und Gemeindewahlen hinlänglich gezeigt haben, und die Bevölkerung der Provinz würde sich absolut nicht von einer landfremden Minderheit regieren lassen. Sie würde vielmehr einen schärferen und energischeren Widerstand leisten als in Wien. Es käme dann zur vollständigen Losreißung von der Hauptstadt.

Die Arbeit der letzten Wochen, ein besseres Einvernehmen zwischen Wien und den Ländern herzustellen, war auf dem besten Wege, ist aber nunmehr wieder empfindlich gestört. Die Länder werden bündige Erklärungen und Vorkehrungen der Regierung verlangen und lassen über ihre Absichten niemand im Zweifel. Ebenso wollen sie wissen, ob die Sozialdemokraten die Kommunisten entschlossen abschütteln wollen.

21.VII.1919

Eine amtliche Feststellung über den Putschversuch vom letzten Sonntag.

Eine Demonstrantengruppe mit einem Maschinengewehr.

Wien, 20. Juni.

Amtlich wird verlautbart: Es haben sich einwandfreie Zeugen (Angehörige der Volkswehr) gemeldet, welche beim Volkswehrkommando zu Protokoll gaben, daß sie im Zuge der Demonstranten am 15. d. durch die Landesgerichtsstraße eine Gruppe derselben sahen, die ein Maschinengewehr trug, und außerdem im Zuge Leute beobachteten, welche mit Gewehren bewaffnet war.

Wiener-Stimmen 156

21./VII. 1919

Das Treiben der andern.

Zeichnung von Theo Zasche.

Abg. Dr. Friedrich Adler: „Was, politische Attentate wollen die Kerls hier anstiften? Denen werde ich Mores beibringen!“

Wiener - Stimmen
2./V. 1919

2

Seine Wahlsorge.

Zeichnung von Fritz Schönpflug.

Der eiserne Rathausmann: Wiener, wollt ihr am Sonntag wirklich dem, der da heraufklettert, meinen Platz übergeben?

Wählet am Sonntag christlichsozial!

Reichspost
3
2./V. 1919

Der 1. Mai.

Der 1. Mai zeigte gestern zum ersten Male sein neues Gesicht. Er ist aus einem freiwilligen Arbeiterfeste zu einer offiziellen Veranstaltung der regierenden Sozialdemokratie geworden, steif und gezwungen, ein Staatsfeiertag ohne Inhalt. Denn die trotzige Gebärde, die einst diesem Tage den Charakter verlieh, ist gegenstandslos geworden seit die Macht im Staate den Sozialdemokraten zugefallen ist. An Stelle der einstigen großen Versprechungen sind nun Vertröstungen getreten, um die Enttäuschung der Massen zu betäuben, und auch der innere Streit zwischen der zweiten und der dritten Internationale hat sich der Parteibegeisterung auf die Brust geschlagen; sie bot gestern deutliche Schwindsuchtszeichen. So freudlos und ohne inneren Schwung ist der 1. Mai noch nie von der Sozialdemokratie begangen worden, trotz der großen Anstrengungen und des Aufwandes alles Regierungspompes. Der Tag ist ein Feiertag geworden er war gestern aber kein Fest mehr.

Es war ein vollständiger Ruhetag; selbst die Kaffeehäuser hielten gesperrt und ebenso die Gasthäuser wegen des Alkoholverbotes, das verfügt worden war, um der der Massen sicher zu sein. Vormittags ruhte auch der Straßenbahnverkehr und das war für die Veranstaltungen sehr von Vorteil, da infolgedessen keine Flucht in den Frühlingswald, ins Freie möglich war. Vormittags hielten die sozialdemokratischen Organisationen ihre Versammlungen ab, in denen viel über die Kommunisten geschimpft wurde und sodann fanden unter Musikbegleitung Umzüge statt, deren Teilnehmer sich mit roten Blumen, Schleifen und der schlecht geratenen Maifestplaquette geschmückt hatten. Um 12 Uhr mittags begann die Straßenbahn wieder zu verkehren, auch die Badner Elektrische, die vormittags von Dampfmaschinen gezogen wurde, erhielt wieder Strom. Nachmittags begaben sich die sozialdemokratischen Versammlungsteilnehmer in geschlossenem Zuge an der Spitze Musikkapellen, zum Dritten Kaffeehaus. Ein Teil der Arbeiter marschierte zum großen Fußballplatz im Prater. Ein Teil unterhielt sich in den Buden des Wurstelpraters. Abends fanden in den Theatern und Kinos Parteiveranstaltungen statt; vor den Lokalen hingen Plakate: „Heute wird nur von Arbeitern für Arbeiter gearbeitet. Der Reingewinn des heutigen Tages kommt Arbeiterwohlfahrtseinrichtungen zugute." In den Kinos sprachen sozialdemokratische Redner über Sozialismus und Internationale und schließlich — forderten sie zu eifrigster Wahlbeteiligung am Sonntag auf . . .

Die Sozialdemokraten haben im Verfassungsausschuß erklärt, daß der 1. Mai ein Staats- und kein Parteifeiertag sein solle. Sie haben den ersten 1 Mai weidlich für ihre Parteizwecke und für ihre Wahlpropaganda ausgebeutet und das christliche Wien einen Tag lang vollständig für ihre Parteipolitik beschlagnahmt, in einer Weise, die sie früher bei jeder anderen Partei für Anmaßung und Herausforderung erklärt hätten. Ob freilich diese Aufmachung bei den Wienern, die viel mehr Taktgefühl besitzen, für die Sozialdemokraten wirklich erfolgreich geworben und viel genützt hat, wird jeder Augenzeuge dieser Feiern bezweifeln.

Die Umzüge und Versammlungen am Vormittag.

In den einzelnen Bezirken veranstalteten vormittags die Sozialdemokraten mehr oder minder große Umzüge und Versammlungen, in denen die verschiedenen Redner vor allem die Bedeutung des heurigen 1. Mai als ersten Nationalfeiertages würdigten.

In der Inneren Stadt versammelten sich etwa 2000 Teilnehmer des Umzuges in der Werdertorgasse, zogen über den Hohen Markt und Stefansplatz zur Oper und zurück auf den Neuen Markt. In dem Zuge sah man auch eine Gruppe sozialdemokratischer Soldaten. Auf dem Eislaufplatze in der Lothringerstraße hielten einige hundert Mittelschüler ihre Maifeier ab.

Die Leopoldstädter Sozialdemokraten veranstalteten im Hof der Wilhelmkaserne eine Versammlung, in der Abg. Eldersch an eine Abteilung von Volkswehrmitgliedern, die nach Kärnten abgehen sollen, eine Ansprache hielt. Die Versammlungsteilnehmer zogen hierauf zum Praterstern.

Im 3. Bezirk kreuzte sich der sozialdemokratische Zug nächst der Baumgasse mit einer Kommunistengruppe, die Flugzettel unter die Sozialdemokraten warfen. Den Umzug schloß eine Versammlung in der Rennweger Kaserne ab.

Margareten wies eine verhältismäßig starke Teilnahme an dem Umzug auf; auch diesen Zug eröffnete Volkswehrmusik. Im Hofe der Landwehrkaserne und vom Balkon des Gemeindehauses aus sprachen Abg. Domes und VV. Hummel zur Menge. Die größte Versammlung in den Bezirken Mariahilf, Neubau und Josefstadt fand auf dem Esterhazyplatz statt. Die Bezirke des Wahlkreises Nordwest versammelten sich gemeinsam am Währingergürtel.

Die Favoritener hatten für ihren Umzug auch eine Abteilung von Invaliden aufgeboten. In diesem Bezirk kam es zu einer Kundgebung für den verstorbenen Führer Dr. Adler und gegen die Kommunisten. Der Bezirk Simmering sah trotz seiner starken Arbeiterbevölkerung nur eine Menge von etwa 4000 Menschen durch seine Straßen ziehen.

In Meidling wurde vor dem Umzug die neue Fahne des Volkswehrbataillons 12 enthüllt. Hauptmann Dr. Frey und Staatssekretär Dr. Deutsch sprachen hiebei über das Verhältnis der Arbeiterschaft zum Militär. Die Rudolfsheimer Sozialdemokraten zogen unter klingendem Spiel auf den Heumarkt. Während der Reden Skarets u. a., die auf die schwierigen Aufgaben der sozialdemokratischen Regierung hinwiesen, ereignete sich ein Unfall.

Die Festversammlung der Fünfhauser Sozialdemokraten tagte im Zirkus Schumann. Durch die Straßen des 16. Bezirkes bewegte sich ein Zug von etwa 15.000 Menschen, der vom Arbeiterheim in der Kreitnergasse seinen Ausgang nahm. Von einer Böschung der Ueberbrückung der Stadtbahn-Vorortelinie nächst der Thaliastraße hielt Abg. Sever eine Ansprache, in der er über das Verhältnis von Sozialismus und Kommunismus sagte: „Wir alle sind Kommunisten, uns trennt kein Prinzip, sondern nur der Weg zur Erreichung des gleichen Zieles."

Die sozialdemokratischen Anhänger in Hernals versammelten sich auf dem Platze nächst der Wattgasse.

In der Brigittenau sprach auf dem Sachsenplatze Unterstaatssekretär Dr. Ellenbogen über Sozialisierung und wies darauf hin, daß noch schwere Kämpfe bei Durchführung der Sozialisierung bevorstehen. Man dürfe jedoch die Geduld der Sozialdemokraten nicht auf eine allzu harte Probe stellen. Die größte Beteiligung wies wohl unter allen Bezirken Floridsdorf auf, wo an der Kundgebung, die mit einem Zuge zum Arbeiterheim ihren Abschluß fand, mehr als 25.000 Personen teilnahmen. Hier in seinem Wahlbezirk legte Präsident Seitz dar, wie im Laufe der Zeiten die sozialdemokratische Partei groß geworden sei.

Die Maifeier der Kommunisten.

Auch die kommunistische Partei hatte heute ihren Anhang zu einer von der offiziellen Sozialdemokratie gesonderten Maifeier zusammengerufen. Um 1/2 10 Uhr trafen die ersten Züge von den Bezirken auf dem Platz vor der Votivkirche ein. Sie trugen durchwegs große rote Fahnen und Plakate mit Inschriften, wie: „Hoch die soziale Revolution!", „Es lebe die ungarische und bayrische Räterepublik!", „Heraus mit den Grazer Inhaftierten!" usw. Die Zugsteilnehmer waren durchwegs mit der roten Nelke geschmückt. Mit dem Zuströmen der an und für sich kleinen Züge, unter denen besonders der jüdisch-sozialistische Verein „Paole Zion" mit seinen hebräischen Aufschriften auffiel, wuchs zusehends auch die Masse der neugierigen Zuschauer, die denn auch gegen 11 Uhr fast den ganzen Platz zwischen Votivpark und -kirche füllte. Die eigentlichen Teilnehmer dürften schließlich die Zahl von etwa 2000 Köpfen erreicht haben. Zum Unterschied von den kommunistischen Kundgebungen der letzten Zeit traten heute wieder einige der bekannten Führer der Kommunisten, wie Forst, Frau Friedländer und Toman, sowie der ungarische Kommunist Kovacs, mit Reden in den Vordergrund. In ihren Ausführungen, die sich im allgemeinen im üblichen Geleise bewegten, waren die Redner sichtlich bemüht, die große Masse der neugierigen Zuschauer zu überzeugen, daß die kommunistische Partei mit den traurigen Vorgängen der letzten Zeit nichts zu tun gehabt habe, und sie betonten deshalb auffällig, daß durch ein großes Aufgebot von Ordnern dafür Sorge getragen sei, daß die heutige Kundgebung in voller Ruhe verlaufe. Toman gab im Namen der Partei nach heftigen Ausfällen gegen die sozialdemokratisch-kapitalistische Koalition die Parole aus, sich am 4. Mai nicht an den Wahlen zu beteiligen, da die Arbeiter ihre wahre Vertretung ohnehin schon in den Arbeiterräten besäßen.

Kurz nach 11 Uhr formierten sich die Kommunisten zu einem Demonstrationszug, der sich, mit einer großen Standarde an der Spitze, über den Schottenring, Franz-Josefs-Kai, am Heeresamt vorbei bis zur Wollzeile bewegte. Dort löste er sich, nachdem sich schon auf dem Wege dahin mehrere Bezirksgruppen abgesplittert und den Heimweg angetreten hatten, nach 1/4 1 Uhr auf. Um 1 Uhr war keine kommunistische Gruppe auf dem Ring mehr zu sehen.

Maifest der christlichen Arbeiterschaft.

In Hernals.

Die Bezirksorganisation der christlichsozialen Arbeiter in Hernals veranstaltete am 1. d. unter Vorsitz des Obmannes Heinrich in Grünbecks Gastwirtschaft eine sehr gut besuchte Maifestversammlung. GR. Doppler erörterte die Maifeier vom Standpunkte der christlichen Arbeiterschaft und sagte u. a.: Während die Sozialdemokraten nur an das Diesseits denken, reine Materialisten sind und die Angelegenheit erledigt sehen, wenn sie den Triumph der Anerkennung ihrer Gewalt feiern, wissen die christlich denkenden Arbeiter, daß jede Errungenschaft auf einer sittlichen Unterlage ruhen muß und niemals die christliche Grundlage fehlen darf. Hätte es statt des alten Liberalismus von jeher eine auf christlichen Grundlagen aufgebaute Wirtschaftsordnung, gut christlich denkende Unternehmer und eine gut christlich denkende Staatsverwaltung gegeben, so wäre die Arbeiterfrage schon längst besser gelöst worden, als sie die Sozialdemokratie zu lösen imstande ist. Wenn die Sozialdemokraten im Triumphe durch die Straßen ziehen und rufen, sie haben das Werk der Befreiung des Proletariats durchgeführt, so erklären wir, dieses Werk wäre nie zur Durchführung gekommen, wenn nicht längst auf Grund der christlichen Weltanschauung der Weg gewiesen wäre, der beschritten werden muß, um allen erwerbenden Schichten die ihnen zukommenden Rechte zu sichern, die in den uralten christlichen Gesetzen niedergelegt sind. (Beifall). Daher müssen wir uns dem ungeheuren Terrorismus der Sozialdemokraten entgegenstellen. Wir kämpfen für unsere Rechte, die auf christlicher Grundlage und Weltanschauung ruhen. Für uns wird der 1. Mai immer ein Festtag, eine Erinnerung daran sein, daß die öffentlichen Gewalten sich entschließen mußten, den christlichen Gesetzen Rechnung zu tragen. Darum wird der 1. Mai auch für uns ein Feiertag des Sieges der christlichen Weltanschauung sein. (Großer Beifall). Unterstaatssekretär Dr. Resch gab einen ausführlichen Rückblick auf die soziale Gesetzgebung und besprach die von christlichsozialer Seite gestellten Anträge, betreffend die Reform des Dienstbotenrechtes, die Ausdehnung der Kranken- und Unfallversicherung auf die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter, auf die Hausgehilfinnen, Heimarbeiter sowie auf die in öffentlichen Diensten Stehenden, ferner die Besoldungsreform und die Entschuldungsaktion der Staatsbeamten. (Lebhafter Beifall.)

Am Allergrund.

Landesrat Kunschak über die Feier des 1. Mai.

Der Verband aller katholischen Vereine des 9. Bezirkes veranstaltete unter Vorsitz des Obmannes Daffinger am 1. Mai im Theatersaale des katholischen Arbeiterinnenheimes eine Maifestversammlung, die einen großartigen Besuch aufwies. Abg. Kunschak führte u. a. aus: Die „großen" Ereignisse haben ein sehr kleines Geschlecht gefunden. Der Staatsfeiertag wird mit Musik und Umzügen gefeiert. Die Straßenbahner werden gezwungen, mitzutun, damit der hohe Präsident Seitz und der allergnädigste Staatskanzler Renner sich auch an schmucken Uniformen ergötzen können. (Heiterkeit.) Aber was hat denn das zu sagen, wenn sich 4000 bis 5000 Leute in meinem Bezirk zusammenfinden, der 94.000 Bewohner zählt? Die wirkliche Bevölkerung hat den 1. Mai kühl und in ablehnender Haltung gefeiert. (Zustimmung.) Ich muß nochmals sagen: Die „große" Zeit findet an uns Wienern nur ein kleines Geschlecht. (Lebhafter Beifall.) Wir begehen die Maifeier ganz anders. Wir brauchen kein Locken der Musik und sonstiges Geklingel. Wir feiern das Fest unserer Himmelskönigin in des Wortes poesievollster Bedeutung. Und so werden heute am Abend Hunderttausende in die Kirchen strömen, um frohgestimmten Herzens an der Maifeier teilzunehmen, die mächtigen Akkorde des Gebetes werden emporbringen zum Herrn. Die Feier eines gedrückten, aber nicht unterdrückten Volkes, die Feier eines gebeugten, aber nicht gebrochenen Volkes. (Großer Beifall.) Das ist unser geistiges Eigentum und an dem wollen wir festhalten. (Stürmischer Beifall.)

Es sprachen noch GR. Schmitz, der mit den Worten schloß: Auch wir wollen den 1. Mai immerdar feiern, indem wir uns an diesem Tage zusammenfinden, um darüber zu beraten, was wir brauchen, um die christliche Weltanschauung zum Siege zu führen; ferner Pater Bogsrucker und GR. Wolny.

Ruhe auch in der Provinz.

Die bisher aus den Provinzstädten vorliegenden Meldungen besagen, daß auch dort überall die Maifeier ruhig und ohne jeden Zwischenfall verlief. So in Graz, wo die sozialdemokratische Arbeiterschaft und dienstfreie Volkswehr in der Industriehalle Versammlungen abhielten. Auch in der steirischen Hauptstadt ruhte jede Arbeit, der Straßenbahnverkehr setzte erst um 1 Uhr nachmittags ein.

•

In den Südbahngemeinden nächst Wien fanden zwar zahlreiche aber sehr schlecht besuchte Maifeiern statt, so in Mauer, wo beim Mittlböck die von den Sozialdemokraten aufgenommene Musikkapelle bei geöffneten Fenstern die schönsten Weisen spielte, um recht viele Besucher anzulocken, ein Beginnen, das aber vergeblich blieb. — In Brunn a. G. war dem Diktate des Ortsarbeiter- und Soldatenrates, alle Häuser zu beflaggen, nur sehr vereinzelt Rechnung getragen worden und wo, wurden nicht, wie „gewünscht", rote, sondern rot-weiß-rote Fahnen gehißt. Nur einige Häuser, in denen sozialdemokratische Organisationen ihren Sitz haben, waren rot beflaggt. Im Gasthause Reisinger floß das Bier in Strömen. — In dem mit Brunn zusammenhängenden Maria-Enzersdorf war auch nicht ein einziges Haus beflaggt. Auch fand dort keine einzige Maifeier statt. — In Mödling gab es nachmittags einen Umzug, dem bei sehr schwachem Besuch eine Maifeier im Saale der Brunner Brauerei folgte. — Einen Massenbesuch wiesen dagegen die Wallfahrtsorte in der nächsten Nähe Wiens auf, namentlich Maria-Brunn, Maria-Enzersdorf, Maria-Lanzendorf, wo dem nachmittägigen Segen, bezw. der Maiandacht Tausende beiwohnten.

Neue Freie Presse
2./V. 1919
5

ungarischen Monarchie, ½8 Uhr, „Volksheim“: „Was erwarten die deutschen Auswanderer aus den Gebieten der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie von der deutschösterreichischen Republik und von ihren Mitbürgern?“ Karten im Bureau des Schutzverbandes, 3. Bezirk, Cisteplatz 3, unentgeltlich. — Zoologisch-botanische Gesellschaft, 6 Uhr, gemeinsame Sitzung der Sektion für Lepidopterologie und Zoologie, Professor Dr. H. Przibram: „Wege aus dem Irrgarten der Mimikry.“ — Monistenbund in Oesterreich. 6 Uhr, Tuchlauben 11, Universitätsdozent Professor Dr. Heinrich Karny: „Die indische Weltanschauung“ (Brahmanismus). Eintritt 2 K.

Der 1. Mai als Staatsfeiertag.

Wien, 2. Mai.

Der gestrige Tag ist nach den vorliegenden Meldungen in Deutschösterreich in Ruhe und ohne jeden Zwischenfall verlaufen. In Wien war der Tag durch vollständigste Arbeitsruhe auch äußerlich gekennzeichnet. Die Straßenbahn nahm den Verkehr erst zur Mittagsstunde auf, als die Versammlungen und Umzüge in den einzelnen Bezirken ihr Ende gefunden hatten. Die Kaffeehäuser hatten der von der Genossenschaft ausgegebenen Parole, gesperrt zu halten, Rechnung getragen. Auch einzelne Gasthäuser waren außer Betrieb. Tabaktrafiken und Lebensmittelgeschäfte waren so ziemlich die einzigen Verkaufsstätten, die geöffnet waren. Auch die Raseure feierten. Das Wetter war zwar kühl und windig, aber die Sonne leuchtete meist klar und übergoß das Bild der menschenerfüllten Straßen mit warmen Tönen. In den einzelnen Bezirken versammelten sich die Arbeiter, die sozialdemokratischen und kommunistischen Korporationen in den ersten Vormittagsstunden an den vorher bestimmten Plätzen. Die Teilnahme an diesen Versammlungen unter freiem Himmel war stark. Ueberall wurden Ansprachen gehalten, die der Bedeutung des Tages und der Entwicklung der Maifeier in den dreißig Jahren ihres Bestehens galten. Der Ton der Reden klang durchaus gemäßigt. Die Aufrechterhaltung der Ordnung wurde überall als erstes Gebot aufgestellt. An den Umzügen und Feierlichkeiten nahm auch die Volkswehr teil. Einigen Bataillonen wurden neue Fahnen überreicht. Der Präsident der Nationalversammlung, die sozialdemokratischen Staatssekretäre, Mitglieder der Nationalversammlung, männliche und weibliche, Gemeinde- und Bezirksräte fungierten als Sprecher. Der Nachmittag und Abend wurden durch Vorstellungen in den Theatern und Kinos ausgefüllt. Der Eintritt war meist den Arbeiterorganisationen vorbehalten. Mit der Haustorsperre um 9 Uhr wurde es, da die Cafés geschlossen blieben, in den Straßen menschenleer.

Ueber den Verlauf des Tages liegen uns folgende Berichte vor:

In der Innern Stadt.

In der Innern Stadt versammelten sich die Teilnehmer in der Werdertorgasse, wo sich der aus zirka 2000 Personen bestehende Zug formierte. An der Spitze war der Sängerbund der Zeitungsarbeiter, der mit seiner Fahne ausgerückt war, ihm schlossen sich ungefähr hundert Bankbeamte und eine größere Anzahl Skontisten unter Vorantragung von Tafeln an. In dem Zuge befand sich auch eine Abteilung der Vereinigung sozialdemokratischer Soldaten, wie dies auf einer hochgetragenen großen roten Tafel verzeichnet war. Der Zug nahm den Weg über den Börseplatz durch die Wipplingerstraße auf den hohen Markt, wo Gemeinderat Direktor Breitner bei der Pestsäule die Festrede hielt. Von hier bewegte sich der Zug über die Rotenturmstraße, den Stephansplatz bis zum Stock-im-Eisenplatz, wo Dr. med. Friedjung sprach. Nach Absingung eines Freiheitschores durch den Sängerbund setzte der Zug seinen Weg fort durch die Kärntnerstraße, rings um die Oper, den Neuen Markt, wo vom Donnerbrunnen herab Gemeinderat Breitner abermals eine Rede hielt und der Sängerbund einen Chor zum Vortrag brachte.

Namens der Vereinigung der sozialdemokratischen Soldaten sprach Soldatenrat Bracker. Durch die Seilergasse, über den Graben, Am Hof und die Renngasse zogen die Teilnehmer bis zum Haupttelegraphenamt, wo sich der Zug auflöste.

In den übrigen Bezirken.

In der Leopoldstadt versammelten sich die Festteilnehmer im Hofe der Wilhelmskaserne, wo gleichzeitig die Volkswehr eine Fahnenenthüllung feierte. Nach Vortrag einiger Musikstücke durch die Volkswehrmusik sprach Abg. Eldersch. Er erinnerte an die heuer zum dreißigstenmal wiederkehrende Maifeier. Die erste unterscheide sich insbesondere dadurch von der heutigen, daß wir damals die Soldaten als Feinde bei der Maifeier sahen, während sie heute verbrüdert mit den Arbeitern einem gemeinsamen Ziele entgegengehen, dem Weltsozialismus und der Völkerverbrüderung. Die Arbeiterorganisationen Wien, 2. Bezirk, und Kagran haben den Volkswehrbataillonen 16 und 26 je eine Fahne gespendet, die Redner als Symbol der Aufmunterung zum Kampfe gegen den Kapitalismus, wie er erklärte, den beiden Bataillonen übergab. Zum Schlusse nahm noch Abg. Eldersch von den nach Kärnten abgehenden Volkswehrleuten, denen er viel Glück und gesunde Rückkehr wünschte, Abschied. Nach einem dreifachen Hoch auf die internationale revolutionäre Sozialdemokratie und Absingung des Liedes der Arbeit und der Marseillaise formierte sich der ungefähr zehntausend Menschen zählende Maifestzug, der von Radfahrern, Fahnenträgern und der Volkswehr mit Musik eröffnet wurde. Er nahm seinen Weg durch die Vorgartenstraße, Ausstellungsstraße, Praterstern, Kaiser Josefstraße, Taborstraße und zurück zum Praterstern, wo sich der Zug gegen Mittag auflöste. Die Feier verlief in vollster Ordnung.

Im Bezirke Landstraße fand vom Hofe der Restauration Dreher aus unter Vorantritt von Musik und der Angestellten der Straßenbahn, der Umzug durch die Straßen statt. Nächst der Baumgasse kreuzte sich der starke Zug der Sozialdemokraten mit einer kleinen Gruppe der kommunistischen Partei Deutschösterreichs, Gruppe 3, welche Flugzettel unter die sozialdemokratischen Teilnehmer warfen. Um 11 Uhr erfolgte der Einzug in den Hof der Rennweger Volkswehrkaserne. Hier hielt Abgeordneter Rieger eine Ansprache, in welcher er die Vereinigung der Arbeiter und der Armee zur Maifeier als symbolisch bezeichnete. Der Militarismus von einst sei zerbrochen und heute ist die Armee nicht mehr gegen, sondern für das Volk. Gemeinderat Kohl gedachte der dahingegangenen Vorkämpfer der Sozialdemokratie Viktor Adler und Schuhmeier und forderte zu geschlossenem Vorgehen bei der Wahl am 4. Mai auf. Ein Mann der Volkswehr dankte im Namen des Soldatenrates für das Erscheinen der Zivilbevölkerung. „Wir sind,“ sagte er, „für das Volk und stehen geschlossen vor den Arbeitern, um, wenn es sein müßte, mit der Waffe in der Hand unser gemeinsames Ziel zu erreichen.“

Im Bezirke Margareten nahmen an dem Umzug über 20.000 Arbeiter teil. Die Teilnehmer versammelten sich im Hofe der Landwehrkaserne, woselbst Leutnant Christian, Bezirksvorsteher Hummel und Abgeordneter Domes kurze Ansprachen über die Bedeutung der Maifeier hielten. Unter Vorantritt einer Militärkapelle formierte sich der Zug und bewegte sich zum Gemeindehaus in der Schönbrunnerstraße, woselbst auf dem Balkon ein Soldat eine rote Fahne schwenkte. Neben ihm stand Bezirkvorsteher Hummel. Der Zug blieb vor dem Gemeindehause stehen und der Bezirksvorsteher hielt eine Ansprache, in welcher er unter anderm erklärte, daß die Arbeiterschaft nicht mit Gewalt, sondern mit Vernunft die Umgestaltung unserer wirtschaftlichen Ordnung vollziehen wolle. Sodann ging es auf den Heumarkt, der bald von Menschenmassen übersät war. Ein rotdrapierter Wagen mit zwei vorgespannten, mit roten Rosetten dekorierten Schimmeln war als Rednertribüne, auf der die Abgeordneten Frau Seidl, Frau Popp und Herr Domes standen, improvisiert. Nachdem der Arbeitergesangsverein das Lied der Arbeit vorgetragen hatte, hielten die Abgeordneten Domes und Frau Seidl sowie Gemeinderat Jakl kurze Ansprachen.

Im 6., 7. und 8. Bezirk verlief die Feier programmgemäß bei außerordentlich starker Beteiligung der Arbeiterschaft. Eine riesige Beteiligung wies die Versammlung im Esterhazypark auf. In sämtlichen Versammlungen wurden von den Parteifunktionären Reden gehalten.

In Favoriten feierte der größte Teil der Bevölkerung den 1. Mai mit der organisierten Arbeiterschaft. Der schier endlose, mehr als 20.000 Teilnehmer zählende Zug der Gewerkschaften und Vereine, an dessen Spitze sich die Parteifunktionäre und eine nach Hunderten zählende Gruppe von Invaliden befanden, nahm seinen Weg vom Arbeiterheim bis zum Herthaplatz durch ein dichtes Spalier. An verschiedenen Stellen sprachen die Abgeordneten Pölzer und Siegel, Gemeinderat Hiß und die Bezirksräte Meidl und Kopriwa. Nach einer Kundgebung für Dr. Viktor Adler gaben die Redner den Invaliden das Versprechen, daß die Republik sich ihrer voll und ganz annehmen werden. Entschiedene Verwahrung wurde unter stürmischer Zustimmungskundgebung gegen das Auftreten unbesonnener jugendlicher kommunistischer Elemente eingelegt. Vom Herthaplatz zogen die Versammlungsteilnehmer über die Favoritenstraße bis zum Columbusplatz. Hier löste sich der Zug auf.

In Simmering fand die Versammlung im Hofe des Simmeringer Brauhauses statt, wo vor mehr als 4000 Personen Abgeordneter Widholz, Gemeinderat Hedorfer und der Führer der Straßenbahner Jansa sprachen. Im Zuge, der an die Versammlung sich anschloß, befanden sich auch vier Automobile mit Kriegsinvaliden. Die ersten „Elektrischen“, die mittags von der Remise wegfuhren, waren mit roten Fähnchen geschmückt.

Dem Massenumzuge durch die Straßen Meidlings, an dem sich über 15.000 Personen beteiligten, ging die feierliche Enthüllung der Fahne des Volkswehrbataillons 12 in der Trainkaserne voraus. Eingeleitet wurde die Feier, die sich auf dem von einer nach Tausenden zählenden Menschenmenge besetzten Reitschulplatze abspielte, mit einem Prolog und einer Ansprache des Hauptmannes Dr. Josef Frey. Er führte aus, daß die Volkswehr den Bourgeois sehr verhaßt sei. Das allein zeige schon die Bedeutung der Volkswehr für das arbeitende Volk, das sie hüten muß wie ihren Augapfel. Zwischen Arbeiterschaft und Volkswehr müssen die innigsten Beziehungen bestehen. Anderseits haben sich die Volkswehrmänner vor Augen zu halten, daß sie vor allem Arbeiter sind und daß sie keine Soldateninteressen, sondern die Interessen der Arbeitermassen zu vertreten haben. Nach einem Hinweis auf die politischen und wirtschaftlichen Errungenschaften in den letzten sechs Monaten schloß der Redner mit folgenden Worten: „Wir dürfen uns nicht verhehlen, daß wir schweren Zeiten entgegengehen. Uns droht ein Gewaltfriede mit all seinen drückenden, niederschmetternden Lasten. Was immer die Zukunft bringen mag, wir wissen es nicht. Wir wissen nur das eine, daß wir keinen anderen Rückhalt haben als den Zusammenhalt aller Arbeitenden. Durch die Solidarität der Arbeiter wollen wir zur Solidarität der Völker gelangen.“ (Beifall.) Nach Absingung des Arbeitergrußes sprach Staatssekretär Dr. Deutsch. Er zog einen Vergleich zwischen einer Fahnenweihe in der Zeit des Militarismus und einer Fahnenweihe in der Zeit der Demokratie. Für uns, sagte der Staatssekretär, bedeutet die Fahne ein Symbol der Freiheit. Wir stehen zur Fahne, die ein Verbrüderungszeichen der Arbeiterschaft und Volkswehr ist. In dem Sinne halten wir unsere rote Fahne hoch als ein Zeichen unauflöslicher Gemeinschaft zwischen Heer und Volk, einer Gemeinschaft, die im Zeichen des alten Militarismus nie bestanden hat. Die nächsten Wochen werden uns noch manche schwere Arbeit bringen. Unser junger Staat hat leider noch äußere, und wir verkennen es nicht, auch innere Feinde. Wir werden mit beiden fertig werden, wenn wir treu zueinander halten. Der erste Maientag der Republik soll im Zeichen des Treugelöbnisses von Volkswehr und Arbeiterschaft stehen. Lieder- und Musikvorträge beschlossen die Feier. Die Teilnehmer, verstärkt durch große Arbeitermassen, zogen bis zum Meidlinger Marktplatz. Hier sprachen Staatssekretär Dr. Deutsch, die Gemeinderatskandidaten Richter, Reismann und Frau Glöckel. Nach diesen Ansprachen löste sich der Zug auf. Mittags vereinte ein gemeinsames Mahl Offiziere und Soldatenräte der Volkswehrbataillone 12a und 12b und des Trainbataillons. Dr. Frey streifte in einem Trinkspruche das Verhältnis zwischen Offizieren und Soldatenräten. Um 5 Uhr wurde in den beiden Hallen der Trainkaserne ein Konzert mit Liedervorträgen veranstaltet, das einen nach Tausenden zählenden Massenandrang aufzuweisen hatte.

In dem Industriebezirk Rudolfsheim vollzog sich die Maifeier unter massenhafter Beteiligung der Bevölkerung in vollster Ruhe und Ordnung. Der Festzug, in welchem sich auch die organisierten Eisenbahner befanden, bewegte sich unter Vorantritt einer Musikkapelle durch die Straßen dieses Bezirkes auf den Heumarkt, woselbst die Massen Aufstellung nahmen. Die Abgeordneten Skaret und Frau Popp sowie Gemeinderat Hellmann hielten an verschiedenen Punkten des Platzes Ansprachen, in welchen sie die Bedeutung des Tages würdigten. Zum Schlusse der Feier sang die Menge entblößten Hauptes, von der Musikkapelle begleitet, das „Lied der Arbeit“ und die „Marseillaise“, worauf der Zug sich auflöste.

In ähnlicher Weise ging auch im Nachbarbezirk Fünfhaus die Maifeier vor sich. Die Festversammlung tagte im Zirkus Schumann, woselbst unter anderen Abgeordneter Forstner eine Ansprache hielt.

In Hernals fand die Zusammenkunft auf dem Platze nächst der Wattgasse statt. Auch hier war die Beteiligung, insbesondere auch jene der Straßenbahnbediensteten, sehr stark.

Im Bezirk Ottakring hatten sich mehr als 15.000 Personen vor dem Arbeiterheim in der Kreitnergasse eingefunden. Eine sehr starke Gruppe bildeten die Straßenbahnbediensteten der Ottakringer Remise, die mit mehreren roten Fahnen und Tafeln mit den Inschriften: „Wir wollen die soziale Republik!“, „Nach zwanzig Jahren endlich erreicht!“, „Kampf und Sieg am 4. Mai!“ ausgerückt waren. Ihnen reihten sich die Arbeiter und Arbeiterinnen der Tabakfabrik sowie die sozialdemokratischen Vereine des Bezirkes an. Der Zug, welchen Radfahrer eröffneten, bewegte sich durch zwei Stunden in den Hauptstraßen Ottakrings, in welchen eine dichte Menschenmenge Spalier bildete. Von einer

Neue Freie Presse

2./V. 1919

6

Die Wahlen in Wien.

Im 9. Bezirk entfalten die vereinigten demokratischen Parteien Wiens eine lebhafte Agitation. Die Wahlbewegung zieht immer weitere Kreise und insbesondere für die Kandidatur des Stadtrates Edmund Melcher, der als langjähriger Vertreter des 9. Bezirkes durch seine eifrige und erfolgreiche Tätigkeit auf dem Gebiete des Bau- und Wohnungswesens sowie durch sein energisches Eintreten zugunsten der Kriegsflüchtlinge sich das allgemeine Vertrauen zu erwerben wußte, gibt sich reges Interesse kund. Der Listenführer für den Landtag Landesoberrechnungsrat Hans Pfeiffer, der ebenso wie die anderen Kandidaten in täglich abgehaltenen Wählerversammlungen die brennenden Fragen der politischen und wirtschaftlichen Erneuerung mit reicher Sachkenntnis und in temperamentvoller Weise behandelt, hat es rasch verstanden, sich die Sympathien der Wählerschaft in vollem Maße zu erwerben.

Kürzlich fand im Sitzungssaale des alten Rathauses eine von dem Wahlausschusse der demokratischen Bürgerschaft des ersten Bezirkes veranstaltete zahlreich besuchte Wählerversammlung statt.

Der erste Redner, Rechtsanwalt Dr. Wilhelm Schneeberger, erklärte, er habe seit Dezennien keine politische Versammlung besucht, sei aber hieher gekommen, um für die Wiederwahl Dr. Heins, eines Mannes einzutreten, für den er vor 28 Jahren einen politischen Prozeß gegen den Antisemitenführer, Mechaniker Schneider erfolgreich durchgeführt habe. Die redliche, ehrliche und gewissenhafte, langjährige politische Arbeit Dr. Heins finde allgemeine Anerkennung.

Gemeinderat Lohner führt aus, daß das freiheitliche Bürgertum im zukünftigen Gemeinderate nur durch einige wenige Mitglieder vertreten sein werde. Um so mehr sei es im Interesse des freiheitlichen Bürgertums, daß ein Mann von dem reichen Wissen und der großen Erfahrung des Stadtrates Doktor Hein auf kommunalem Gebiete wieder in den Gemeinderat gelange.

Gemeinderat Professor Klaudy erstattet einen kurzen Bericht über die von ihm im Gemeinderate entwickelte Tätigkeit und verweist insbesondere auf den von ihm seinerzeit gestellten Antrag auf Heranziehung des Marchfeldes zur Gemüseversorgung Wiens. Professor Klaudy erklärt, daß die Haltung des Wahlkomitees, welches den Obmann des demokratischen Parteiverbandes, Dr. Hein, nicht als Listenführer anerkennen will, nur auf vollkommener Unkenntnis der Tätigkeit Dr. Heins beruhen müsse und in weiten Kreisen das höchste Befremden hervorgerufen habe. Auf Grund genauer Kenntnis der Tätigkeit Dr. Heins könne er der freiheitlichen Wählerschaft der Innern Stadt, von welcher er heute Abschied nehmen müsse, keinen besseren und geeigneteren Kandidaten empfehlen als Stadtrat Dr. Hein.

Stadtrat Dr. Hein bespricht hierauf die Finanzlage Wiens, die Rückständigkeit in den Verkehrs- und Wohnungsverhältnissen und führt aus, daß es eigentlich das richtigste wäre, die Politik vom Gemeinderate fernzuhalten und den Gemeinderat zu einem neutralen Boden zu gestalten, auf dem alle Parteien unter Aufrechthaltung ihrer politischen Meinungsverschiedenheiten gemeinsam wirtschaftliche Arbeit leisten sollten.

Frau Bezirksrat Frankl-Scheiber bespricht die Aufgaben des Bezirksrates und teilt mit, daß sie sich an den Führer der demokratischen Partei Dr. Ofner mit der Frage gewendet habe, für welchen Kandidaten sie eintreten solle. Doktor Ofner habe geantwortet: „Selbstverständlich für Dr. Hein, den bewährten Mann, der sich immer treu geblieben ist."

Nach einer Rede des Wählers Fabrikanten Reich für die Kandidatur Dr. Heins wurde die Versammlung geschlossen.

In einer im Hotel de France stattgefundenen Wählerversammlung reagierte Gemeinderat Moißl auf die Ausführung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, das Bürgertum möge sich zusammenschließen. Der Redner führte aus: Wir wollen uns mit allen zusammenschließen, die für Ordnung und ehrliche Arbeit sind, die nicht wollen, daß das Bürgertum vernichtet werde. Aber mit den Christlichsozialen können wir, solange sie die Phrase des Antisemitismus im Munde führen, die einen Teil des Bürgertums aus ihren Reihen schließt, nicht zusammengehen. Die Zeit ist gewiß ernst und gefahrdrohend. Wir rufen deshalb den Christlichsozialen zu: Trachtet dem Gebote der Stunde Rechnung und einigt euch mit uns auf dem Boden der Ordnung und ehrlichen Arbeit.

Kürzlich fand im Gasthof „zur Glocke" eine überaus zahlreich besuchte Wählerversammlung der vereinigten demokratischen Parteien statt, in welcher Kammerrat Weidner über die wirtschaftlichen, namentlich gewerblichen und wohnungspolitischen Aufgaben der Gemeinde, Dr. Groß über eine Reihe der wichtigsten Forderungen der Bewohner dieses Bezirks (Errichtung von Häusern für Kleinwohnungen, Werkstätten und Geschäftsräume an Stelle der Hofstallungen, der Stiftskaserne u. a.), ferner Professor Kobatsch über die Aufgaben des künftigen Landtages (Reform der Landesverfassung, künftige Stellung Wiens), weiter über die Tragweite der Sozialisierungsgesetze; schließlich Abgeordneter Friedmann über die politische Lage, über die unklare Haltung der Regierung, den viel zu weitgehenden Inhalt der Sozialis-

er nur die Möglichkeit der Entwicklung zuerkennen. Nicht einmal nach diesem Bekenntnis sind die Wahlgesetze zugeschnitten worden. Die Wahlkreis- und Mandatsverteilung ist eine Versündigung am Geiste des Proportionalwahlrechtes.

Dies alles darf aber das fortschrittliche Bürgertum nicht abschrecken, seine Pflicht zu tun. Es muß die Anstrengungen verdoppeln, um möglichst stark in die Vertretungskörper einzuziehen, die am Sonntag gewählt werden. So schwer ist vom Krieg niemand betroffen worden wie Wien. Es hat gedarbt und gehungert, es ist in seiner Not immer mehr vereinsamt, und ungewiß steht die Zukunft vor ihm. Landtag und Gemeinderat werden diese zu sichern haben. Man spricht von einer Umgestaltung der ganzen Landesverwaltung, von einer dritten Stadterweiterung, von der Reichsunmittelbarkeit. In der Nationalversammlung ist ein Gesetz eingebracht worden, das die Vergesellschaftung von Unternehmungen durch die Gemeinden vorsieht. Der Fehlbetrag im Haushalt der Stadt hat ebenso wie jener des Landes eine namhafte Höhe erreicht. Wichtige und bedeutsame Fragen für Wien würde der Anschluß an Deutschland aufrollen. Obwohl die Nationalversammlung und der Landtag eine zweijährige Funktionsdauer haben, wird der Gemeinderat für fünf Jahre gewählt. Auch hier ist der Einspruch der Liberalen unberücksichtigt geblieben, da nun einmal alle Anträge von dieser Seite verworfen wurden. Soll während eines so langen Zeitraumes die Stimme des freiheitlichen Bürgertums sich nicht Gehör verschaffen können, soll über die neuen Steuern, über die Sozialisierung, über die ganze zukünftige Stellung Wiens entschieden werden, ohne daß jene mitzubestimmen haben, welche diese Stadt zur Größe und Blüte gebracht und auch einen großen Teil der neuen Lasten zu tragen haben werden? Wer sich der Namen erinnert, die einmal im niederösterreichischen Landtag und im Wiener Gemeinderat eine Rolle gespielt haben, der empfindet mit Wehmut den Wandel der Zeit. Früher konnte man Parteien, hinter denen eine kleinere, aber an Steuerkraft und Bildung hervorragende Wählerschaft steht, durch die Berufung auf einflußreichere Stellen einen Ersatz bieten. Auch dies machen die neuen Gesetze unmöglich. Die Mandate des Bürgermeisters, der Vizebürgermeister, der Stadträte und der Ausschüsse müssen künftig auf die einzelnen Parteien genau nach dem Verhältniswahlrecht aufgeteilt werden. Und auch hier können die verwandten Gruppen nicht zusammengenommen werden, da jedes Mitglied des Gemeinderates der Partei zuzuzählen ist, auf deren Liste es bei der Wahl war. Selbst die Vertretung der Freiheitlichen im Stadtrat und in den wichtigsten Ausschüssen ist gefährdet, wenn die Wähler nicht dafür sorgen, daß der 4. Mai erfolgreich bestanden wird. Wahlenthaltung wäre ein Fehler, der jedem einzelnen schweren Schaden bringen könnte.

Die Wahlen und das freisinnige Bürgertum.

Wien, 2. Mai.

Wien hat am nächsten Sonntag 863 neue Mandatare zu wählen: 68 Landtagsabgeordnete, 165 Gemeinderäte und 630 Bezirksräte. Schon diese Ziffern zeigen, wie sich am freisinnigen Bürgertum Gleichgültigkeit und Verdrossenheit rächen müßten. Das ungünstige Ergebnis der Wahlen in die Nationalversammlung darf nicht mutlos machen, die Nachteile der Wahlordnungen müssen durch regere Wahlbeteiligung wettgemacht werden. Es ist begreiflich, daß der geringe Erfolg bei der Wahl der Nationalräte eine tiefe Verstimmung zurückgelassen hat. Das Verhältniswahlrecht hat seine wichtigste Aufgabe nicht erfüllt, auch den Minderheiten eine entsprechende Vertretung zu sichern. Trotz dieser Erfahrungen sind die Fehler des Systems in den Gesetzen für den Landtag und für den Gemeinderat noch verschärft worden. Die gebundenen Listen, die den Wähler so sehr beschränken und alle Macht den Parteileitungen überliefern, sind geblieben, die Koppelung ist gefallen. Die Spaltung der bürgerlichen Parteien ist tief bedauerlich, aber der Hohn, mit dem sie in den Landtagsdebatten und in den Wählerversammlungen der Gegner überschüttet wurden, trifft sie ungerecht. Die deutsche Sprache sei zu arm, meinte ein Redner, um die notwendigen Parteibezeichnungen für die demokratischen Gruppen zu finden. Unbillig wäre es jedoch, zu übersehen, daß es sich hier um Wählerschichten handelt, die sich nicht so leicht einem Parteidiktate fügen oder einen Führer anerkennen, dessen Wort unbedingt zu gelten hat. Gewiß vollzog sich auch bei den anderen Parteien die Aufstellung der Kandidaten nicht ohne Reibung. Auch ihnen ist sicherlich der Kampf um die Listenführerschaft nicht erspart geblieben, auch bei ihnen haben die Unzufriedenen und Mißvergnügten nicht gefehlt. Aber die straffe Organisation verhinderte es, daß aus den Beratungszimmern ein Wort des Unmuts in die Oeffentlichkeit drang. Ein blindes Unterwerfen unter die Entscheidung der Parteileitung wird beim bürgerlichen Freisinn wohl nie zu erreichen sein. Eine gerechte Wahlordnung sollte aber solche Eigentümlichkeiten einer Wählerschaft berücksichtigen. Wäre eine Einigung aller demokratischen und deutschnationalen Schattierungen möglich gewesen, könnte mit einer ansehnlichen fortschrittlichen Vertretung in Landtag und Gemeinderat gerechnet werden. Es ist kaum zu begründen, warum man diesen Gruppen das Hilfsmittel der Koppelung genommen hat, nachdem man es für die Nationalversammlung zugelassen hatte. Im Landtage wurden mit Recht die Parteiverhältnisse in Wien ungesund genannt und auch von sozialdemokratischer Seite ist zugegeben worden, daß es für das öffentliche Leben ganz zweckmäßig wäre, wenn zwischen dem Radikalismus der Sozialdemokraten und dem Konservatismus der Christlichsozialen eine Partei bestünde, die eine mittlere Linie sucht und ausgleichend wirkt. Alles ist jedoch geschehen, um die Freiheitlichen niederzuhalten. Für den Landtag riß man die Stadtteile, in denen die freisinnige Bürgerschaft geschlossener wohnt, auseinander, und für den Gemeinderat läßt man die Minderheiten bezirksweise erdrücken und verschiebt überdies das Schwergewicht von dem alten Wien in die früheren Vororte. Die Innere Stadt verliert sieben Mandate, die Wieden, der Neubau und der Alsergrund je vier. Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat offen eingeräumt, daß nach seiner Meinung nur große Parteien das Recht auf Existenz haben, den kleinen Parteien will

Wegweiser für die Wähler.

Gleichzeitige Vornahme der Wahlen in den Landtag, in den Gemeinderat und in die Bezirksvertretungen.

Wien, 2. Mai.

Das Wahlverfahren bei den Wahlen für den Landtag, den Gemeinderat und die Bezirksvertretungen ist ähnlich jenem bei der Wahl in die Nationalversammlung. Unterschiede ergeben sich diesmal daraus, daß drei Wahlen gleichzeitig vorgenommen werden und daß keine amtlichen Stimmzettel ausgegeben werden.

Die Wahl findet Sonntag den 4. Mai von 7 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags statt.

In dem Flur eines jeden Hauses ist eine Bekanntmachung angeschlagen, die das Lokal bekanntgibt, in dem die Bewohner des betreffenden Hauses die Stimmzettel abzugeben haben.

Für die Wahl braucht der Wähler einen Stimmzettel und eine Urkunde oder amtliche Bescheinigung, aus der sein Personalstand ersichtlicht ist, da es amtliche Wahllegitimationen nicht gibt.

Als Urkunden oder amtliche Bescheinigungen zum Erweise des Personenstandes kommen insbesondere in Betracht: Tauf-, Geburts-, Trauungs- und Heimatsscheine, Staatsbürgerschaftsurkunden, Zuständigkeits- und Anstellungsdekrete, Pässe jeder Art, amtliche Legitimationen, Ausweiskarten für gewerbliche Hilfsarbeiter, Arbeits- und Dienstbotenbücher, Eisenbahn- und Straßenbahnpermanenzkarten, Gewerbescheine, Lizenzen, Schulzeugnisse, Immatrikulationsscheine und Meldungsbücher einer Hochschule, Diplome, militärische Dokumente, wie überhaupt alle unter Beidruck eines Amtsstempels ausgefertigte Urkunden, welche den Personenstand der Wähler erkennen lassen.

Stimmzettel sind von den meisten Parteien den Wählern zugeschickt worden. Man bekommt auch beim Wahlleiter einen unausgefüllten Stimmzettel, den der Wähler in der Wahlzelle ausfüllen kann. Er kann aber auch selbst einen Stimmzettel anfertigen. Dieser Stimmzettel muß aus weichem Papier hergestellt sein.

Zur Gültigkeit eines Stimmzettels ist erforderlich, daß er deutlich die Partei bezeichnet oder wenigstens einen Namen der auf einer der Parteilisten verzeichneten Wahlbewerber enthält. Durch Streichungen von Namen oder durch Aufnahme von Namen anderer Parteien oder von Namen anderer Personen überhaupt verliert ein gedruckter oder auf sonstige Art vervielfältigter Stimmzettel seine Gültigkeit nicht. Der Stimmzettel ist dagegen ungültig, wenn er zwei oder mehrere Parteibezeichnungen enthält oder wenn er gar keine Parteibezeichnung, wohl aber zwei oder mehrere Namen verschiedener Parteilisten aufweist. Ebenso sind Stimmzettel, die unter Bedingungen oder mit Beifügung von Aufträgen abgegeben werden, ungültig.

Am Sonntag zwischen 7 Uhr früh und 5 Uhr nachmittags sucht der Wähler das Wahllokal auf, dem er zugewiesen wurde. Er tritt vor die Wahlkommission, nennt seinen Namen, bezeichnet seine Wohnung und legt eine der früher erwähnten Urkunden oder amtlichen Bescheinigungen vor. Er erhält dann vom Wahlleiter das undurchsichtige Wahlkuvert und auf Verlangen einen unausgefüllten Stimmzettel.

Der Wähler begibt sich hierauf in die Wahlzelle, die in jedem Wahllokal vorbereitet ist, gibt dort die Stimmzettel in das Kuvert. Dann tritt er wieder aus der Zelle und übergibt das Kuvert geschlossen dem Wahlleiter, der es uneröffnet in die Urne wirft.

Jeder Wähler erhält nur ein Wahlkuvert und kann in dieses für alle drei Wahlen gesonderte Stimmzettel einlegen. Der einfachste Vorgang ist aber der, daß er einen Stimmzettel abgibt, der nur die Parteibezeichnung ohne einen einschränkenden Vermerk enthält. Also etwa: „Vereinigte demokratische Parteien." Dieser Stimmzettel gilt dann für alle drei Wahlen und die Kandidaten der betreffenden Partei.

Der Ausschank von geistigen Getränken ist am Wahltage, am Tage vor und am Tage nach der Wahl allgemein verboten. Im Umkreise des Wahllokales ist jede Wahlwerbung, jede Ansammlung sowie das Tragen von Waffen allen mit Ausnahme der im Dienste befindlichen Sicherheitsorgane verboten.

Die Kandidaten für die Landtagswahlen in Niederösterreich.

Wien, 2. Mai.

Sonntag den 4. d. finden die Wahlen für den niederösterreichischen Landtag auf Grund der im März 1919 beschlossenen neuen Wahlordnung statt. An diesem Tage tritt die bisherige provisorische Landesversammlung zurück, nachdem sie von Anfang November 1918 die Geschäfte geführt hatte. Sie bestand aus den bisherigen Reichsrats- und Landtagsabgeordneten Niederösterreichs. Das Mandat der Landtagsabgeordneten war bereits im Jahre 1915 abgelaufen und seither für den Landtag verlängert worden. Der neue Landtag wird für zwei Jahre gewählt und hat am 16. Tage nach der Wahl, also am 20. d., zusammenzutreten. Es sind 120 Abgeordnete zu wählen, demnach um sieben Abgeordnete weniger als nach der letzten Wahlordnung vom Jahre 1907; die Virilisten sowie die Abgeordneten der Handelskammer und des Großgrundbesitzes entfallen. Von den Mandaten besetzt Wien 68, den Rest das Land. In Wien erfolgen gleichzeitig mit den Landtagswahlen die Wahlen in die Gemeindevertretung und in die Bezirksvertretungen.

Die Wiener Wahllisten.

Innen-Ost (Innere Stadt, Landstraße, Wieden. 9 Mandate).

Vereinigte demokratische Parteien: Dr. Ernst Hampel, Marianne Hainisch, Oswald Hohensinner, Dr. Felix Schostal, Amalie Falke-Ellienstein, Friedrich Schmidt.

Deutschnationale Partei: Dr. Walter Riehl, Felix Kojetinsky, Lotte Furreg, Adam Müller-Guttenbrunn, Karl Werner, Alexander Basler, Franz Pitschl, Hubert Haeßler, Alexander Wielemans.

Deutschösterreichische Volkspartei: Listenführer Anton Orel.

Christlichsoziale Partei: Anton Nagler, Johanna Weiß, Georg Philp, Johann Wolfbauer, Ferdinand Berchinak, Johann Schaible, Emma Kapral, Dr. Wilhelm Tinter, Anna Wagner.

Sozialdemokratische Partei: Rudolf Müller, Anton Kohl, Leopold Biner, Dr. Josef Karl Friedjung, Rudolf Neuhaus, Marie Scherl, Hans Kupka, Otto Urbach, Ferdinand Kral.

Czechen: Listenführer: Matthäus Turcin.

II. Innen-West (Mariahilf, Neubau, Josefstadt, 6 Mandate).

Vereinigte demokratische Parteien: Doktor Rudolf Kobatsch, Dr. Hans Hinaiß, Berthold Groß, Gustav Bartosch, Theodor Kövesdy, Julius Stadler.

Nationaldemokratische Partei: Dr. Felix Frank, Cornelia Bemdorf, Hermann Köhler, August Fuchsjäger, Josef Franz, Otto Mohr.

Deutschösterreichische Volkspartei: Listenführer Anton Orel.

Christlichsoziale Partei: Josef Rain, Dr. Anton Nepustil, Adolf Anderle, Wolfgang Dirnbacher, Robert Kaspar Heim, Heinrich Ohrfandl.

Sozialdemokratische Partei: Georg Sailer, Dr. Max Adler, Josef Billmaier, Anna Frey, Alfred Zohner, Johann Zlatnik, Wilhelm Weiß, Karl Czabel, Hugo Sip.

Czechen: Listenführer: Franz Jandik.

Jüdischnationale Partei: Listenführer: Ing. Robert Stricker.

III. Nordwest (Alsergrund, Währing, Döbling, 7 Mandate).

Vereinigte demokratische Parteien: Hans Pfeiffer, Theodor Gießkann, Anton Klaude, Georg Schlesinger, Dr. Elise Richter, Karl Josef Wölfl, Marie Schwarz, Dr. Kurt Stockert, Hermann Hostowsky.

Nationaldemokratische Partei: Dr. Otto Lutz, Ferdinand Khaelß, Marie Namesnig, Anton Kolassa, Josef Erber, Max Kochler, Albert Titze, Karl Rockenbauer, Karl Engleitner.

Deutschösterreichische Volkspartei: Listenführer: Anton Orel.

Jüdischnationale Partei: Listenführer: Doktor Bruno Pollak-Lagnau.

Deutschnational-antisemitische Partei: Listenführer: Dr. Anton Schubert.

Christlichsoziale Partei: Leopold Steiner, Josef Wolny, Rudolf Solterer, Josef Groß, Julie Kosary, Josef Stary, Konrad Rumpf.

Sozialdemokratische Partei: Adolf Müller, Max Winter, Viktor Zwilling, Max Wagner, Max Klein, Karl Innerhuber, Gisela Trampusch, Franz Hofhansl, Karl Sonnek.

Czechen: Listenführer: Dr. Franz Jetel.

IV. Nordost (Leopoldstadt, Brigittenau, Floridsdorf. 11 Mandate).

Vereinigte demokratische Parteien: Doktor Rudolf Schwarz-Hiller, Ferdinand Eder, Dr. Eduard Mellus, Elsa Beer-Angerer, Josef Haslinger, Edmund Hofmann, Josef Schulhof.

Deutschvölkische Partei: Dr. Karl Wilhelm Frey, Dr. Walter Riehl, Gabriele Donabauer, Johann Brödl, Doktor Hans Lenz, Georg Leitner, Kamilla Tschadesch, Josef Gold, Josef Steinmetzer, Franz Komarek, Alfons Kraliczek, Karl Niemetz.

Deutschösterreichische Volkspartei: Listenführer Anton Orel.

Christlichsoziale Partei: Otto Voller, Aloisia Schirmer, Johann Jägersberger, Wilhelm Amweg, Johann Baptist Hartl, Johann Prohaska, Franziska Horn, Franz Wichl-Baumgartner, Heinrich Meigner, Luise Riegel, Marie Oberslik.

Neue Freie Presse

Abendl
3./V. 1919

D
3
8

Die Wahlen für den Wiener Gemeinderat.

Wien, 3. Mai.

Sonntag den 4. Mai finden die Wahlen für den Wiener Gemeinderat statt. Nach der bisherigen in Geltung gestandenen Wahlordnung setzte sich die Gemeindevertretung aus den in vier Wahlkörpern gewählten Mandataren zusammen. Die Neuwahlen erfolgten nach Ablauf von je zwei Jahren für jeden der alten drei Wahlkörper, die hauptsächlich auf der Steuerleistung fußten, während für den vierten Wahlkörper das allgemeine Wahlrecht galt. Seit Kriegsausbruch unterblieben alle Neu- und Ergänzungswahlen. Der politische Umsturz machte auch in der Gemeindestube die Schaffung eines Provisoriums notwendig, das beiläufig den tatsächlichen Machtverhältnissen der politischen Parteien entsprach. Die bis dahin im Besitz von reichlich zwei Dritteln der Mandate gewesene christlichsoziale Partei, die auch den Stadtrat zu ihrer ausschließlichen Domäne gemacht hatte, schaffte durch Rücktrittserklärungen entsprechend Platz, und Anfang Dezember nahm der so umgestaltete Gemeinderat, in dem zum erstenmal auch weibliche Mandatsträger, 12 an der Zahl, Platz fanden, seine Tätigkeit auf. Zugleich hielt die bisherige Opposition, entsprechend ihrer Stärke, auch Einzug in den Stadtrat. Der provisorische Gemeinderat setzte sich bei einer Gesamtmandatzahl von 165 aus 85 Christlichsozialen, 60 Sozialdemokraten, 15 Mitgliedern des demokratischen Parteiverbandes, 3 Mitgliedern der Demokratischen Vereinigung und 2 Deutschnationalen zusammen. Die Christlichsozialen haben also knapp die absolute Majorität.

In ziemlich langwierigen Verhandlungen kam die neue Wahlordnung zustande. Sie fußt auf dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht für beide Geschlechter bei Anwendung des Proporzsystems, aber ohne die Koppelungsmöglichkeit für die kleineren Parteien, wie sie das Wahlrecht zur Nationalversammlung kennt. Die Mandatzahl von 165 wurde beibehalten, aber eine starke Veränderung in der Aufteilung der Mandate zugunsten der äußeren Bezirke vorgenommen.

In der nachfolgenden Aufzählung ist die bisherige Mandatzahl in Klammern beigefügt. Es wählen die Bezirke Innere Stadt 4 (11), Leopoldstadt 12 (13), Landstraße 13 (14), Wieden 5 (9), Margarethen 9 (8), Mariahilf 5 (8), Neubau 6 (9), Josefstadt 5 (8), Alsergrund 8 (12), Favoriten 12 (6), Simmering 4 (4), Meidling 9 (7), Hietzing 11 (7), Rudolfsheim 7 (5), Fünfhaus 5 (4), Ottakring 14 (9), Hernals 8 (6), Währing 8 (9), Döbling 5 (4), Brigittenau 8 (5), Floridsdorf 7 (7).

Am 16. Februar, dem Wahltage für die Nationalversammlung, sind von 1,125.627 konskribierten Wählern 943.666 zu den Urnen gekommen. Von diesen Wählern haben 523.256 für die Sozialdemokraten, 210.600 für die Christlichsozialen gestimmt. Die anderen Stimmen waren auf die Bürgerlich-Demokraten, Demokraten, Deutschnationalen und die anderen Parteien entfallen. Seit dem 16. Februar haben sich in den Wählermassen mannigfache Umgruppierungen vollzogen. Zahlreiche Familien sind aus Wien nach Czechien

Reichspost

3./V. 1919

9

Am Sonntag ist Wahltag!

Vor der Entscheidung!

Christliche Wählerinnen und Wähler! Morgen Sonntag, den 4. Mai, ist Wahltag!

Nützet den letzten Tag zu rastloser Agitations- und Aufklärungsarbeit unter euren Berufs- und Standesgenossen, unter euren Bekannten und Verwandten! Scheuet nicht die Opfer, die ihr in diesen Tagen für die Partei, für eure Gesinnung, für euch selbst bringt, indem ihr werbend von Haus zu Haus, von Familie zu Familie eilt!

Christliche Wiener! Es geht um euer Wien, um die Zukunft der alten Donaustadt, um das Wien Dr. Luegers. Ein rotes Wien wäre das Ende des Wienertums! Ein christliches Wien bedeutet Ordnung und Ruhe.

Ein rotes Wien wäre der Beginn zu wirtschaftlichem Niedergang, zur Verelendung des Mittelstandes, dauernde Beunruhigung jedes ehrlich Erwerbenden und Besitzenden! Ein rotes Wien bedeutet die Isolierung eures vordem politisch und wirtschaftlich so hochgeachteten Wien gegenüber den Ländern Deutschösterreichs, die von einem sozialdemokratisch beherrschten Wien sich abwenden wollen.

Wer daher nicht will, daß die Wirtschaftskraft Wiens versiege, wer nicht will, daß Wien zur politischen Bedeutungslosigkeit herabsinke, wer die baldige Wiederkehr wirklicher Ordnung, Ruhe und Freiheit wünscht, der wähle am Sonntag, den 4. Mai, christlichsozial!

Niemand vergesse ein Dokument (Heimatschein, Tauf- oder Trauungsschein, Arbeitsbuch) für den Wahltag vorzubereiten. Meldezettel allein genügt nicht!

Christliche Wählerinnen und Wähler! Haltet auch den Stimmzettel, der euch von der christlichsozialen Partei zugesendet wird oder den ihr bei jedem christlichsozialen Mandatar und Vertrauensmann erhält, bereit für den Wahlgang! Der Stimmzettel der christlichen Wähler und die christlichen Wählerinnen lautet:

Stimmzettel

für die am 4. Mai 1919 stattfindenden Wahlen in den niederösterreichischen Landtag, den Wiener Gemeinderat und die Bezirksvertretungen.

Christlichsoziale Partei.

Es genügt die Bezeichnung „Christlichsoziale Partei"! Die Anführung der Namen der einzelnen Wahlwerber ist unnötig. Aendert daher nichts an dem euch von der christlichsozialen Partei zugesendeten Stimmzettel!

Wie wählt man am Sonntag?

Die Wahlen am Sonntag finden unter denselben Bestimmungen statt, wie die Wahlen in die Nationalversammlung am 16. Februar. Mit dem Dokumente und dem Stimmzettel der christlichsozialen Partei (im Falle ein solcher nicht zugesendet wurde, erhält man einen solchen Stimmzettel in den untenstehenden Agitations- und Auskunftslokalen der christlichsozialen Partei ausgefolgt) begibt sich die christliche Wählerin oder der christliche Wähler in das Wahllokal, dem er zugewiesen wurde. Das Wahllokal erfährt man aus dem Anschlage im Hausflur, im sonstigen Falle ist es zu erfragen beim Hausbesorger oder bei den untenstehenden Auskunftsstellen; im Wahllokal tritt man vor die Wahlbehörde, gibt seine Wohnung an, nennt seinen Namen unter Vorweis des mitgebrachten Dokumentes (Tauf- und Geburtschein oder Heimatschein oder Staatsbürgerschaftsurkunde oder Anstellungsdekret oder Paß oder Arbeits-, bezw. Dienstbotenbuch oder Schulzeugnis) und erhält dann vom Vorsitzenden ein Wahlkuvert, mit dem mau sich in die Wahlzelle begibt und daselbst den christlichsozialen Stimmzettel in das Wahlkuvert hineinlegt; dann verläßt man die Wahlzelle und übergibt dem Vorsitzenden das Wahlkuvert mit dem eingelegten Stimmzettel. Damit ist für den Wähler die Wahlhandlung zu Ende.

Jede christliche Wählerin und jeder christliche Wähler suche, nachdem er selbst gewählt hat, seine Bekannten und Freunde auf, um sie zum Wahlgange zur ermuntern, wenn sie noch nicht gewählt haben. Jede werbe bis zur letzten Stunde für die christlichsoziale Partei!

Christlichsoziale Wahlarbeit in Wien.

Die Wahlvorbereitungen für die Erneuerung des Landtages, des Gemeinderates und der Bezirksvertretungen in Wien sind abgeschlossen. Die christlichsoziale Partei, verkörpert durch ihre Führer und zahlreiche Organisationen und Vereine, hat gute Wahlarbeit getan und kann mit einer gewissen Selbstbefriedigung auf das in den letzten Wochen Geleistete zurückblicken. Einzelne Bezirke vermögen auf eine außerordentlich rege Versammlungstätigkeit zurückzublicken, die, was Zahl und Beteiligung betrifft, zu den schönsten Hoffnungen berechtigt. Allerdings eines bildet die Voraussetzung für den Erfolg; daß auch am Wahltage selbst alle christlichen Wählerinnen und Wähler, Mann und Frau, Jungfrau und Jüngling, ihre Pflicht erfüllen und ihren Stimmzettel für die christlichsoziale Partei in die Wahlurne legen.

Die Lehrerschaft für die Liste des Stadtrates Vaugoin.

In einer am Mittwoch in Schmidts Saallokalitäten in Unter-St. Veit stattgefundenen Lehrerversammlung, die einen starken Besuch aufwies und von Lehrern aller Parteischattierungen besucht war, erstattete der Referent der kürzlich im Gemeinderate beschlossenen Regulierung der Gemeindeangestelltenvorlage, Stadtrat Vaugoin, ein eingehendes Referat über die Regelung der vom 1. Mai d. J. geltenden neuen Bezüge der städtischen Lehrerschaft.

Seine Ausführungen fanden stürmischen Beifall. Aus der Mitte der Versammlung wurde wiederholt anerkannt, daß Stadtrat Vaugoin in allen Fragen der Lehrerschaft das beste Verständnis bekundet hatte und ihm ein besonderer Dank gebühre, wenn es gelungen ist, diese glänzende Regulierung durchzuführen.

Eine Aufforderung aus der Mitte der Versammlungsteilnehmer, ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit am bevorstehenden Wahltage unbedingt der Liste des Stadtrates Vaugoin die Stimme zuzuwenden, fand einstimmigen Beifall. Schließlich wurde dem Stadtrate Vaugoin wegen seiner außerordentlichen Fürsorge, die er für die Wiener Lehrer bekundet hat, der Dank durch Erheben von den Sitzen zuteil.

Landeshauptmann Steiner über die Sozialisierung.

In einer in Kratzers Saal in Gersthof am 30. April stattgefundenen Versammlung führte Landeshauptmann Steiner u. a. aus: Gegenwärtig befinden wir uns an der Schwelle eines neuen Abschnittes, nämlich vor der Frage, wie es zu machen wäre, damit dem einzelnen Arbeiter das Recht auf den vollen Ertrag seiner Arbeit gesichert werde. Das wäre sehr einfach zu machen, wenn jede Arbeit einen Ertrag hätte und wenn dieser Ertrag auch dauernd garantiert wäre. Leider ist das aber nicht der Fall; ich glaube daher, daß sich zunächst eine Form der Sozialisierung herausbilden wird, bei der die Allgemeinheit das ganze Risiko für den Entgang des Ertrages übernehmen, dafür aber auch wenigstens mit einem Teile an dem Gewinn der Unternehmungen teilhaben wird. Um auf diesem Gebiete bahnbrechend und beispielgebend vorzugehen, sind die großen Gemeindeverwaltungen und die Länderverwaltungen in erster Linie befähigt und berufen; der Staat wird wohl noch lange brauchen, bis er sich auf diesem Gebiete den neuen Verhältnissen angepaßt haben wird.

Wir Christlichsoziale sind entschlossen, an dem Wiederaufbau oder vielmehr an dem Neuaufbau unseres öffentlichen Lebens in diesem Sinne mitzuwirken. Wir fassen den Begriff der Demokratie so auf, daß die wirkliche, dauernde und ununterbrochene Mitarbeit des

Reichspost

3./V.1919

10

Parlament und Nebenregierung.

In dem Gesetze über die Volksvertretung heißt es „Die vom Volke Deutschösterreichs gewählte konstituierend Nationalversammlung übernimmt als höchstes Organ des Volkes die oberste Gewalt der Republik Alle öffentlichen Gewalten beruhen auf den von ihr beschlossenen Gesetzen." Eine Kundgebung des Reichsvollzugsausschusses der Arbeiterräte aber nennt die Nationalversammlung „Zufälle der Arithmetik" und stellt ihr „die Tatsache der realen Machtverhältnisse" im Staate drohend gegenüber, indem sie die Parteien „vor dem verbrecherischen Plane warnt", an den Sozialisierungsvorlagen Aenderungen vorzunehmen. So spricht die Diktatur zu Demokratie, die Klassenherrschaft zur Volksherrschaft, und es ist selbstverständlich, daß sich ein Parlament, das sich nicht selbst aufgeben will, gegen diesen Versuch einer Nebenregierung entschieden verwahren muß. Im Sozialisierungsausschusse haben heute die christlichsozialen und deutschnationalen Abgeordneten Protest gegen diesen Terror von außen eingelegt und sogar schon den Auszug der Ländervertreter in Aussicht gestellt, wenn die Einschüchterung des Parlamentes von der Straße aus fortgesetzt würde. Die Meinungsverschiedenheit über die Organisation der Betriebsräte ist durch diese Kundgebung der Arbeiterräte, die sogar von einem sozialdemokratischen Abgeordneten, Friedrich Adler, unterschrieben ist, nur verschärft worden und es gewinnt fast den Anschein, als ob durch diese Scharfmacherei ein Ausgleich verhindert und die gesetzliche Durchführung der Sozialisierung, die beim linken Flügel der Sozialdemokraten einen großen Teil des Widerstandes gegen das Parlament mildern würde, unmöglich gemacht werden sollte. Denn die Gegensätze sind nicht so weit, daß ein so grobes Geschütz berechtigt wäre; die Einschränkung der Betriebsräte auf die großen Betriebe mit zwanzig und mehr Arbeitern war der erste Vorschlag, den der sozialdemokratische Staatssekretär Dr. Bauer selbst der Kommission gemacht hatte, und die Einführung der Betriebsräte in den nicht industriellen landwirtschaftlichen Betrieben ist derzeit kein soziales Bedürfnis. Jedenfalls haben sich die Sozialdemokraten dadurch den Weg zu einer Verständigung bedeutend erschwert, und da nur durch eine solche, nicht durch ein Diktat, die Schwierigkeiten in den grundsätzlichen Fragen gelöst werden können, auch der Erledigung des Zwischenfalles neue Hindernisse in den Weg gelegt. Die Sozialisierungskommission hat heute neuerlich einen großen Teil des Gesetzes über die Betriebsräte weiter beraten. Am Dienstag treten die Parteiverbände zusammen, um die bisher offen gelassenen Fragen zu erörtern. Dabei werden auch die grundlegenden Fragen, die zu dem Zwischenfalle geführt haben, von den Parteien nochmals beraten werden, und man hofft, daß sich dann nach den Wahlen, ein Ausweg aus der üblen Lage öffnen wird.

Proteste gegen die Drohungen der Sozialdemokraten.

In der heutigen Sitzung des Sozialisierungsausschusses gab zunächst Abg. Dr. Mayr (christsoz.) namens der christlichsozialen Partei folgende Erklärung ab:

In den gestern erschienenen Wiener Blättern wurde eine Mitteilung des Vollzugsausschusses der Arbeiterräte Deutschösterreichs veröffentlicht, welche die Arbeiten der Nationalversammlung mit Gewalt zu hindern droht, wenn die Annahme der in Beratung stehenden Sozialisierungsgesetze nicht unverzüglich und unverändert erfolge. Einem solchen Versuch gegenüber, uns durch Drohungen zu beeinflussen, erklären wir, daß wir uns als freigewählte Vertreter unseres christlich-deutschen Volkes durch keinerlei Drohungen einschüchtern lassen, auch weiterhin die unveräußerlichen Rechte unserer Wählerschaft mit der größten Entschiedenheit zu vertreten und die Lebensinteressen des Bauern-, Beamten-, Arbeiter-, Gewerbe- und Handelsstande nicht duch bolschewikische Tagesströmungen gefährden zu lassen. Eine gesunde und maßvolle Sozialisierung der Gesellschaft und des Staates, welche die Auswüchse des Kapitals in allen seinen Formen gründlich beseitigt, ist eine Hauptforderung unseres politischen und wirtschaftlichen Programmes. Fruchtbare Arbeit kann aber nicht auf dem Boden eines Scheinparlamentes, das ständig von der Gewalt bedroht wird, geleistet werden. Dadurch wird auch jede einvernehmliche Lösung auftauchender sachlicher Schwierigkeiten im Parlamente verhindert.

Abg. Dr. Wutte gibt namens der Großdeutschen Partei eine ähnliche Erklärung ab,

in der er gegen die unverantwortliche Verhetzung der Massen unter Leitung eines Abgeordneten schärfste Verwahrung einlegt und erklärt, daß seine Partei einem solchen verbrecherischen Versuche, die Demokratie auszuschalten, mit allen Mitteln entgegentreten werde. Auslandskredite zur Beschaffung von Lebensmitteln und Rohstoffen würden bei der Duldung einer derartigen Nebenregierung niemals zu beschaffen sein. Derartige Beschlüsse seien geeignet, die Länder immer mehr von Wien zu entfernen. Im Wege der natürlichen Fortentwicklung der Demokratie müsse jener Weg gefunden

Arbeiterzeitung
4/V. 1919
14

Wer wird heute gewählt?

915 Vertreter.

Heute werden in einem einzigen Wahlgang, bei dem der Wähler bloß einen einzigen Stimmzettel abgibt, drei Körperschaften gewählt: der Landtag, der Gemeinderat und die Bezirksvertretungen. Der Wähler, der den Stimmzettel abgibt, auf dem nichts anderes steht als die Worte „Sozialdemokratische Partei", hat damit zu Gunsten aller sozialdemokratischen Kandidaten für alle drei Körperschaften abgestimmt.

Der Landtag besteht nunmehr aus 120 Abgeordneten. Bisher waren es 127, aber die meisten kamen aus einem Privilegienwahlrecht, und dieses ist weggefallen. Von den 120 Mandaten entfallen 68 auf Wien, 52 auf das übrige Niederösterreich.

In Wien wählen die Bezirke:

Innere Stadt, Landstraße und Wieden neun Abgeordnete (an der Spitze der Liste: Rudolf Müller);

Mariahilf, Neubau und Josefstadt sechs Abgeordnete (an der Spitze der Liste: Georg Sailer);

Alsergrund, Währing und Döbling neun Abgeordnete (an der Spitze der Liste: Adolf Müller);

Leopoldstadt, Brigittenau und Floridsdorf elf Abgeordnete (an der Spitze der Liste: Karl Seitz);

Margareten, Favoriten und Simmering elf Abgeordnete (an der Spitze der Liste: Johann Pölzer);

Meidling, Hietzing und Fünfhaus zehn Abgeordnete (an der Spitze der Liste: Dr. Karl Renner);

Rudolfsheim, Ottakring und Hernals zwölf Abgeordnete (an der Spitze der Liste: Albert Sever).

In den Gemeinderat werden 165 Mitglieder gewählt. Diese Zahl ist unverändert geblieben, hingegen gab es bisher vier Wahlkörper und als weitere Ungleichheit eine weit stärkere Zuteilung der Mandate an die von den Reicheren bewohnten Bezirke. Jetzt wählt jeder Bezirk so viel Gemeinderäte, als der Zahl der Bewohner entspricht.

Es wählen:

Innere Stadt vier Gemeinderäte (an der Spitze Hugo Breitner);

Leopoldstadt zwölf Gemeinderäte (an der Spitze Georg Emmerling);

Landstraße dreizehn Gemeinderäte (an der Spitze Rudolf Müller);

Wieden fünf Gemeinderäte (an der Spitze Gustav Simon);

Margareten neun Gemeinderäte (an der Spitze Franz Domes);

Mariahilf fünf Gemeinderäte (an der Spitze Johann Groß);

Neubau sechs Gemeinderäte (an der Spitze Alexander Täubler);

Josefstadt fünf Gemeinderäte (an der Spitze Johann Gröbner);

Alsergrund acht Gemeinderäte (an der Spitze Max Winter);

Favoriten zwölf Gemeinderäte (an der Spitze Jakob Reumann);

Simmering vier Gemeinderäte (an der Spitze Florian Heborfer);

Meidling neun Gemeinderäte (an der Spitze Karl Richter);

Hietzing elf Gemeinderäte (an der Spitze Franz Kurz);

Rudolfsheim sieben Gemeinderäte (an der Spitze Ferdinand Skaret);

Fünfhaus fünf Gemeinderäte (an der Spitze August Forstner);

Ottakring vierzehn Gemeinderäte (an der Spitze Anton David);

Hernals acht Gemeinderäte (an der Spitze Anton Wimmer);

Währing acht Gemeinderäte (an der Spitze Julius Linder);

Döbling fünf Gemeinderäte (an der Spitze Karl Reisinger);

Brigittenau acht Gemeinderäte (an der Spitze Josef Hammerschmied);

Floridsdorf sieben Gemeinderäte (an der Spitze Anton Weber.

Für die Bezirksvertretungen ist das Wahlrecht natürlich dasselbe wie für den Landtag und Gemeinderat. Bisher wählte jeder Bezirk dreißig Bezirksräte, aber in drei Wahlkörpern bloß der Privilegierten. Bei der Zahl dreißig ist es geblieben, doch wählt jetzt jeder Mann und jede Frau.

Die amtlichen Stimmzettel.

Die amtlichen Stimmzettel für die heutigen Wahlen sind leer, enthalten also nicht die Listen der einzelnen Parteien. Sie haben drei Rubriken, eine für den Landtag, eine für den Gemeinderat und eine für die Bezirksvertretung. Der Wähler, der den amtlichen Stimmzettel benützt, muß bei jeder Rubrik den **Namen der Partei,** die er wählt, dazuschreiben. Es genügt nicht, bloß in einer der drei Rubriken hinzuschreiben: Sozialdemokratische Partei. Wenn jemand diese Parteibezeichnung zum Beispiel nur in die Landtagsrubrik des amtlichen Stimmzettels schreibt und in die anderen beiden Rubriken nicht, so hat er seine Stimme nur für den Landtag abgegeben. Für Gemeinderat und Bezirksvertretung wird der Stimmzettel als leerer Stimmzettel gezählt. Der Wähler wird also alle drei Rubriken des amtlichen Stimmzettels mit der Parteibezeichnung ausfüllen müssen. Um diese Schreibarbeit zu ersparen, ist es natürlich am besten, **nur die von der Partei selbst ausgegebenen Stimmzettel zu verwenden.** Das wird auch jeder Wähler und jede Wählerin tun!

Achtung, Bezirksobmänner!

Das Wiener Sekretariat amtiert heute im Parteisekretariat V. Rechte Wienzeile Nr. 97. Bei telephonischen Anrufen sind demnach nur die Nummern 8335, 880, 900 zu benützen. Die Wahlergebnisse auf Grund der amtlichen Ermittlung der Bezirkswahlbehörden und Berichte über allfällige das Wahlergebnis beeinflussende Vorgänge sind unbedingt im Laufe des Abends dem Parteisekretariat mitzuteilen.

Helfer bei der Wahlarbeit am heutigen Wahltag!

Alle Genossen und Genossinnen, die heute bei der Wahlarbeit mithelfen wollen — und es ist **sehr notwendig, daß viele die Hingebung an unsere Sache mit der Uebernahme dieser Arbeit beweisen —,** mögen sich in den ersten Morgenstunden im **Sekretariat ihres Bezirkes,** dessen Sitz ja überall bekannt ist, **gewiß melden!**

Verkündigung der Wahlergebnisse.

Heute Sonntag wird in den bekannten Parteilokalen in jedem Bezirk das **Wahlergebnis nach acht Uhr abends verkündigt werden.**

An die Hausgehilfinnen!

Die Stimmenabgabe für die Gemeinderats- und Landtagswahlen wird schon um 5 Uhr nachmittags geschlossen. Es ist das **Recht jeder Hausgehilfin, wählen zu gehen.** Jede Hausgehilfin kann daher verlangen, daß sie ihre Arbeit **so abschließen kann, daß sie noch zur Wahl zurecht kommt.**

Ohne christlichsozialen Wahlschwindel geht es nicht!

Die Wahlen lassen jetzt wenig Gelegenheit zu Wahlschwindel. Aber die Christlichsozialen können ohne ihn nicht auskommen. Geld haben sie genug und so schicken sie an die Wähler mit der Post Drucksachen, die sich so ausnehmen, als wären sie eine amtliche Aufforderung, christlichsozial zu wählen. Christlichsoziale Stimmzettel liegen natürlich dabei. Der Schwindel liegt besonders darin, daß auffallend gedruckt ist: „Eine andere amtliche Wahllegitimation wird nicht mehr zugestellt!" Es wird also auf diejenigen spekuliert, die glauben, daß der von den Christlichsozialen zugeschickte Wisch eine amtliche Legitimation sei und daß man den christlichsozialen Stimmzettel abgeben müsse. Ob der Schwindel den Christlichsozialen nennenswerten Nutzen bringen wird, steht dahin, doch ohne Schwindel kann sich diese Partei einfach nicht betätigen. Es liegt ihr im Blute.

Eine Wahldemonstration des Arsenals.

Volkswehrmänner und Arbeiter des Arsenals veranstalteten gestern bei eintretender Dunkelheit eine eindrucksvolle Wahlkundgebung in Form eines Fackelzuges. Der prächtige Zug, an dem sich auch Offiziere beteiligten, wurde von Reitern eröffnet und von einer Musikkapelle begleitet, die hoffnungsfreudige Weisen erschallen ließ. Die lodernden Fackeln beleuchteten rote Fahnen, die dem Zuge voranschwebten. Ueberall von der Menge sympathisch begrüßt, bewegte sich die stramm militärisch marschierende Kolonne vom Arsenal durch die Fasangasse und über den Rennweg zur Rennwegkaserne, von dort die Landstraße Hauptstraße hinab, worauf sie durch die Beatrixgasse über den Rennweg und durch die Fasangasse wieder zum Arsenal zurückkehrte.

Alkoholverbot am Wahltag.

Nach § 25 der Landtagswahlordnung ist am Wahltag und am Tage nach der Wahl der Ausschank von geistigen Getränken allgemein verboten.

Reichspost
4./V. 1919

Bitte, daß dieser junge Mann, der wegen seiner Jugend vielleicht persönlich nicht der vollen Schuld des durch ihn ausgeführten Attentates geziehen werden könne, keiner weiteren Bestrafung zugeführt werde. Das Staatsamt für Aeußeres nahm dankend diese freundliche Intervention des Apostolischen Nunzius entgegen, der so in humaner Weise eine scharfe Linie zu ziehen wußte zwischen der unbedachten Tat eines verhetzten jungen Menschen am Sonntag der Wahlagitation vor dem 16. Februar und den böswilligen Anstiftern des Attentats.

Wiener, wählet christlichsozial!

Der Wahltag ist da!

Heute Sonntag wird in den niederösterreichischen Landtag, in den Wiener Gemeinderat, in die Wiener Bezirksvertretungen gewählt. Mit einem Stimmzettel muß die christliche Wählerschaft alle diese Körperschaften vor der Ueberflutung durch das Nichtwienertum retten, mit dem Stimmzettel: Christlichsoziale Partei!

Wienerinnen! Stimmt für die Partei, die das Zentralkinderheim, die Heilanstalt Steinhof, das Lainzer Versorgungsheim, das Jubiläumsspital geschaffen, die für die Wiener Kinder schon im Frieden Pflegestätten in Bad Hall, San Pelagio errichtet hat, die Wien durch die zweite Hochquellenleitung vor Krankheiten und Seuchen bewahrt hat, die unseren Kindern prächtige Schulpaläste, Kindergärten und Jugendsportplätze erbaut hat, die Wien zu einer Gartenstadt zum Wohle eurer Kinder gemacht hat!

Wiener! Gebt eure Stimme nur der Partei, die durch ihre Kommunalpolitik den heutigen sozialen Strömungen schon längst vorausgeeilt ist, die als eine Partei des wirtschaftlichen und sozialen Fortschrittes Wien zur Weltstadt gemacht hat, die Partei der Ruhe und der Ordnung, der Sicherheit des redlich erworbenen Eigentums!

Christliche Wählerinnen und Wähler, verlaßt die Stadt Luegers nicht in ihrer schwersten Gefahr, da die rote Parteiherrschaft die Länder von Wien wegzureißen droht, und wählet christlichsozial, damit Wien der Mittelpunkt Deutschösterreichs bleibe!

Wie wählt man?

Die Wahl findet für Landtag, Gemeinderat und Bezirksvertretungen unter einem statt. Es genügt die Abgabe eines einzigen Stimmzettels für alle drei Wahlen. Der Wahlvorgang ist derselbe wie bei der Wahl im Februar. Amtliche Aufforderungen zur Wahl werden nicht ausgegeben. Die Wahl findet statt am Sonntag

von 7 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags.

Am besten ist es, möglichst frühzeitig zur Wahl zu gehen. Vor der Wahl bereitet jede Wählerin und jeder Wähler ein Dokument und den christlichsozialen Stimmzettel vor. Der Stimmzettel wurde ihm bereits zugeschickt, sonst erhält er ihn bei jedem christlichsozialen Vertrauensmann oder in den unten angeführten Auskunftsstellen. Als Dokument dienen Heimatschein oder Taufschein oder Staatsbürgerschaftserklärung oder Gewerbeschein oder Eisenbahnlegitimation u. dgl. Meldezettel allein genügt nicht!

Dokument und Stimmzettel nicht vergessen!

Sodann begibt sich die Wählerin oder der Wähler in das Wahllokal, das im Hausflure seines Wohnhauses auf einem Plakate bekanntgegeben ist. Dort tritt er vor die Wahlbehörde, überreicht dem Vorsitzenden das mitgenommene Dokument und erhält dann das Wahlkuvert. Mit diesem Wahlkuvert tritt er in die Wahlzelle ein. In der Wahlzelle legt er den mitgebrachten Parteistimmzettel in das Wahlkuvert, verläßt wieder die Zelle und übergibt das Kuvert dem Vorsitzenden. Nur einen Stimmzettel einlegen! Von anderen Parteien auf der Straße aufgenötigte Stimmzettel in der Wahlzelle wegwerfen! Den christlichsozialen Stimmzettel genau ansehen und nicht verwechseln! Da der Wähler in der Wahlzelle unbeobachtet ist, wählt er vollkommen frei, weiß niemand, wie er gewählt hat.

Die Wahl ist geheim!

Nachdem er selbst gewählt hat, soll jede Wählerin und jeder Wähler die Bekannten aufsuchen und sie bewegen, gleichfalls mit dem christlichsozialen Stimmzettel zur Wahl zu gehen.

Der christlichsoziale Stimmzettel sieht folgendermaßen aus:

Stimmzettel

für die am 4. Mai 1919 stattfindenden Wahlen in den niederösterreichischen Landtag, den Wiener Gemeinderat und die Bezirksvertretungen.

Christlichsoziale Partei.

Es genügt die Bezeichnung „Christlichsoziale Partei"! Die Anführung der Namen der einzelnen Wahlwerber ist unnötig. Aendert daher nichts an dem euch von der christlichsozialen Partei zugesendeten Stimmzettel!

Agitationslokale und Auskunftsstellen der Partei.

1. Bezirk: Wählerverein der vereinigten Christen, Franziskanerplatz 5, 2. Stiege.

2. Bezirk: Frau Marie Wielsch, Karmeliterplatz 5. — Vereinshaus, Vereinsgasse 4. — Sack's Gasthaus, Große Sperlgasse 7. — Kirchengast, Aspernallee 5. — Hallers Gasthaus Schüttaustraße 64. — Fenz's Gasthaus, Valeriestraße 70.

3. Bezirk: Christlichsoziales Bezirksparteisekretariat, Göllnergasse 8. — Kinderbewahranstalt, Untere Weißgerberstraße 10 — Gasthaus Heller, Ungargasse 34. — Gasthaus „Zum schwarzen Tor", Landstraßer Hauptstraße 73. — Kinderbewahranstalt, Steingasse 16. — Gasthaus Neisl, Heumarkt 5. — Katholischer Jünglingsverein, Mohsgasse 2.

4. Bezirk: Gasthaus Leber, Schäffergasse 5. — Gasthaus Reinisch, Alleegasse 15. — Gasthaus Köttl, Luisengasse 22. — Gasthaus Strohmayer, Rainergasse 12a.

5. Bezirk: A. Richards, Wehrgasse 19. — Stadtrat Angermayer, Zeinlhofergasse 5. — Gastwirtschaft Holzmann, Grüngasse 21. — Gasthaus Schardax, Margaretenplatz 4. — Handelskammerrat Nemetz, Sonnenhofgasse 4. O. Herrmann, Ramperstorffergasse 57. — J. Brendl, Bräuhausgasse 53. — F. Marek, Amtshausgasse 2. — Gemeinderat Roth, St. Johanngasse 16. — Nähstube, Arbeitergasse 48. — Bezirksrat Wanderer, Johannagasse 5. — Katholischer Arbeiterverein, Kohlgasse 39. R. Roik, Reinprechtsdorferstraße 43. — Gasthaus Penz, Wiedner Hauptstraße 135. — A. Kendöl, Ramperstorfergasse 11. — A. Mally, Nikolsdorfergasse 1. — F. Rauscher, Ziegelofengasse 22.

6. Bezirk: Christlicher Holzarbeiterverband, Aegydigasse 22. — Gasthaus Walter, Eisvogelgasse 5. — Gasthaus „Zur Schönen Schäferin", Gumpendorferstraße 101. — Gasthaus Stockinger, Gumpendorferstraße 71. — Gasthaus Nisser Webgasse 16. — Gasthaus Wedischka, Barnabitengasse 5. — Gasthaus Schorn, Kapistrangasse 12.

7. Bezirk: Bezirksparteisekretariat Lindengasse 51.

8. Bezirk: Gasthaus Sittner, Josefstädterstraße 37. — Gasthaus Schiedlbauer, Florianigasse 47. — Gasthaus Keller, Alserstraße 63 a. — Gasthaus Rumpl, Blindengasse 8. — Gasthaus Lukaseder, Lerchengasse 29. — Calasanzverein, Piaristengasse 56.

9. Bezirk: Kath. Gesellenvereinshaus, Franz-Josef-Bahn-Straße 51. — Gasthaus Mayer, Währinger Gürtel 144. — Gasthaus Feirer, Rote Löwengasse 21. — Gasthaus Wessely, D'Orsaygasse 10. — Gasthaus Schober, Servitengasse 7. — Gasthaus Kraft, Währingerstraße 21. — Gasthaus Landsteiner, Garnisongasse 20. — Gasthaus Haidecker, Zimmermannsplatz 8. — Gasthaus Schiller, Lazarettgasse 15. — Gasthaus Kunz, Nußdorferstraße 30. — Gasthaus Ketei, Schubertgasse 3. — Gasthaus Rudolf, Canisiusgasse 18.

10. Bezirk: Rosensäle, Favoritenstraße 89. — Gasthaus Holzheu, Laxenburgerstraße 26. — Gasthaus Stefan, Triesterstraße 23. — Kath. Arbeiterverein, Schröttergasse 1d.

11. Bezirk: Gasthaus Hacker, Simmeringer Hauptstraße 60. — Bezirksparteisekretariat, Kobelgasse 24. — Baumeister Rubens, Schmiedgunstgasse 15.

12. Bezirk: Christliches Vereinsheim, Tivoligasse 15. — Gasthaus Fraß, Bischoffgasse 16. — Gasthaus Mang, Schönbrunnerstraße 192. — Gasthaus Gareis, Vierthalergasse 10. — Gastwirtschaft Fockygasse 24. — Geschäftslokal Oswald, Oswaldgasse 6—8. — Gasthaus Weber, Schönbrunnerstraße 220. — Gasthaus Wintersberger, Wilhelmstraße 52. — Florasaal, Wilhelmstraße 22. — Privatlokal Klährgasse 22. — Gasthaus Kern, Hetzendorferstraße 38. — Café After, Breitenfurterstraße 46. — Gasthaus Flügel, Hetzendorferstraße 67. — Café Saar, Hetzendorferstraße 123.

13. Bezirk. Sektion Hietzing: Steineder, Trauttmannsdorffgasse 20. — Schönbrunner Keller, Hadikgasse 52. — Sektion Hacking: Hotel Braun, Auhofstraße 205. — Penzing oder der Bahn: Sauer, Linzerstraße 205. — Pfarrhofer, Linzerstraße 36. — Neu-Penzing: Ferchländer, Winkelmannstraße 22. — Speising: Schlusche, Speisingerstraße 19. — Ober-St. Veit: Böck, Hietzinger Hauptstraße 130. — Unter-St. Veit: Schmid, Hietzinger Hauptstraße 50. — Lainz: Privatlokal, Fasangartengasse 30. — Breitensee: Ludwigshof, Breitenseerstraße 48. — Hütteldorf: Ludwig, Bergmüllergasse 4. — Baumgarten: Schwarzhappel, Baumgartenstraße 44.

Reichspost
4./V. 1919
17

ost.
Volk.

für die Nationalstaaten bei täglich einmaliger Postzusendung
Morgenbl. allein: monatl. K 6.—
vierteljährlich „ 18.—
Morgenblatt u. Wiener Stimmen
monatlich . . . . . K 8.—
vierteljährlich . . . . . „ 24.—
Morgenblatt, Wiener Stimmen und Neues Montagblatt
monatlich . . . . . K 9.—
vierteljährlich . . . . . „ 27.—
Bei täglich zweimaliger Postversendung
Morgenblatt u. Wiener Stimmen
monatlich . . . . . K 8.70
vierteljährlich . . . . . „ 26.—
Morgenblatt, Wiener Stimmen und Neues Montagblatt
monatlich . . . . . K 9.70
vierteljährlich . . . . . „ 29.—

Für Deutschland:
Morgenblatt allein:
vierteljährlich . . . . . K 28.—
Morgenblatt u. Wiener Stimmen
vierteljährlich . . . . . K 29.—

19 XXVI. Jahrgang

Heute ist Wahltag.

Christliche Wiener, erfülle jeder seine Pflicht!

Um das Herz Deutschösterreichs.

Wien, am 3. Mai.

Der Novemberumsturz hat auch das Wiener Gemeindewahlrecht revolutioniert und es in Formen gebracht, die in normaler, mit ruhigen Sinnen gezügelter Entwicklung nicht möglich gewesen wären. So begründet das allgemeine gleiche Wahlrecht der Staatsbürger im Staate ist und so aufrichtig die Christlichsozialen sich zu dessen erfolgreichen demokratischen Vorkämpfern gemacht haben, so gewichtig sind die Einwände gegen die vorbehaltlose Anwendung des allgemeinen, gleichen Wahlrechtes für Gemeindeverwaltungen. Der Galizier, der vorgestern auf dem Nordbahnhof landete, sich in der Geschwindigkeit die Staatsangehörigkeit erwirbt und hier einen Basar in Ramschwaren auftut, um bei nächster Gelegenheit nach gemachter Beute, unbekümmert um die Stadt und ihre Bewohner, wieder zu verschwinden, oder der Analphabet, der irgendwo aus einem Huzulenwalde hereingeschneit kommt und zufällig Deutschösterreicher wird, weil er heute gerade hier Verdienst findet, ebenso gut, wie er es morgen anderswo nehmen wird, die zahllosen Glücksritter und Schmarotzerexistenzen des Großstadtlebens, für die ubi bene, ibi patria ist, — sie alle sind an Gedeih und Verderb der Stadt anders interessiert als der bodenständige Wiener, dessen Dasein hier mit tausend Fäden verwurzelt ist und verdorren wird, wenn die Heimat verdorrt. Aus der Bodenständigkeit erwachsen Pflichten, deren der Fluggast in der städtischen Gemeinschaft ledig ist. Diesem verschiedenen Maß von Interessen und Pflichten sollte auch in gerechten Grenzen die Abstufung des Wahlrechtes entsprechen. Dieser Grundsatz ist von jeher Gemeingut aller einsichtigen Kommunalpolitiker gewesen. In den stürmischen Katarakten der Novemberumwälzungen ist auch er untergegangen und Wien bekam ein Wahlrecht, das von Anfang an bestimmt war, gegen eine in der bodenständigen Bevölkerung wurzelnde Partei und ihre Stadtverwaltung zu wirken. Wir haben uns heute mit diesem Wahlrechte, das momentane Massenstimmungen an Stelle ausgleichender, ruhig abwägender Ueberlegungen setzt, und den Folgeerscheinungen abzufinden. Die nächste Wiener Gemeindeverwaltung wird in den Händen einer sozialdemokratischen Mehrheit sein.

Was die christlichsoziale Verwaltung in Wien geleistet hat, wie sie Schritt für Schritt in nimmermüdem Vordrängen ihr Programm verwirklichte und Wien zu der blühendsten Großstadt des Festlandes machte — die Entwicklung ist erst durch den Krieg jäh unterbrochen und zurückgeschraubt worden — dessen bedarf es keiner christlichsozialen Zeugnisse, das haben hundertmal mit einem Freimut, den nur die von der Wahrheit hingerissene Ueberzeugung hervorbringt, Gegner aller Lager, heimische und fremde, ausgesprochen, der französische sozialdemokratische Deputierte Weber ebenso, wie im niederösterreichen Landtag Doktor Viktor Adler in eigener Person, oder der französische Historiker Baillou, der verstorbene Lordmayor von London oder etwa der Deutschnationale Dr. v. Derschatta. Aber was sich nicht sichtbar ausprägte, nicht in gewaltigen, ertragreichen kommunalen Einrichtungen glänzendster Organisationskunst, nicht in den neuerrichteten zahllosen Schulpalästen, den städtischen Spitälern und Versorgungsanstalten, nicht in den blühenden Gärten, die an Größe die aller Großstädte der Welt übertreffen, was weit noch über die Grenzen der Stadt noch hinausreichte, das war das Beispiel des christlichen Wien, seiner sozialreformerischen und kulturellen Ideen, das war die Wirkung dieses heroischen Kampfes, mit dem die christliche Bevölkerung der großen Stadt ihr Selbstbestimmungsrecht gegen eine geistige und wirtschaftliche Fremdherrschaft wieder an sich riß und Wien, das Herz Oesterreichs, die Ideengemeinschaft mit dem ganzen christlichen Volke des Vaterlandes sich zurückeroberte. Wien, das von dem bureaukratisch-zentralistischen Geiste des Liberalismus befreite Wien, wurde nun ein wirkliches Zentrum Oesterreichs, befruchtend drangen die hier verkündigten politischen und wirtschaftlichen Ideen nach Oesterreich hinaus, weckten mächtige Volksbewegungen in allen deutschen Kronländern, warben Freundschaften unter den Rumänen Siebenbürgens wie unter den galizischen Bauern Stojalowskis, zogen die erstarkenden christlichen Volksparteien der Nord- und Südslaven politisch näher an Wien und an das Reich heran. Es hat der traurige Unverstand grundsatzloser Staatsmänner dazugehört, diese mächtigen positiven Elemente, die sich in der Hand jeder großzügigen Regierung zum Mittel einer großen Staatserneuerung geformt hätten, ungenützt zu vergeuden, vielfach feindselig mit ihnen im Kampfe liegend. Dem christlichen Wien wurde der uralte Steffel zu einem neuen Wahrzeichen seines Geistes und wer den Eucharistischen Kongreß miterlebt hat, diese gewaltige Weltversammlung, aus deren Massen die Stimme des christlichen Erdkreises wie ein brausender Chorus sich erhob, der weiß, wie auch die geistige Weltstellung Wiens, anerkannt bei allen Nationen, zu imponierender Größe gewachsen war.

Es haben sich schmerzliche Veränderungen vollzogen. Das bittere Wort von der „Verdorfung", das nicht ein Christlichsozialer, sondern der sozialdemokratische Staatskanzler Dr. Renner, überwältigt von den bedrückenden Tatsachen, ausgesprochen hat, gilt auch für Wien. Seitdem in Wien die Ziehtochter des Liberalismus, die Sozialdemokratie, die Macht an sich gerissen hat, liegt ein Schatten über der Stadt. Die Länder wenden sich ab, die regen geistigen Wechselbeziehungen zwischen der Hauptstadt und dem übrigen Staatsgebiete erschlaffen, eine kalte Isolierschicht droht sich zwischen uns und dem übrigen Deutschösterreich einzuschieben. Schritte diese Entwicklung fort, so wäre dies das langsame Absterben Wiens und mit dem Herzen verfiele auch die Kraft Deutschösterreichs. Heute ebenso auf Vorposten gestellt wie zur Zeit der Ostmark, vermöchte Deutschösterreich, der inneren Zusammenhänge entblößt, seinen Aufgaben, der Hüter deutschen

Neues Wiener Tagblatt

5. IV. 1919

Weggehen der Gesandten nicht bemerkt. Er sei der ungarischen Sprache nicht mächtig, glaube jedoch, daß die Unterredung der Gesandten mit ihren Begleitern in völlig ruhiger Weise vor sich gegangen sei.

Der gestern gewählte Gemeinderat weist eine beträchtliche Verschiedenheit gegenüber der Zusammensetzung des alten Gemeinderates auf. Die Christlichsozialen entsandten sechs, die Sozialdemokraten fünfzehn Mandate in den neuen Gemeinderat. Der neue Gemeinderat hat also 21 Gemeinderätinnen zählen.

* * *

Zum erstenmal seit dem Bestande der selbständigen Verwaltung hat der erste Bezirk keinen Bürgerlich-Freiheitlichen im Gemeinderate. Hier standen sich einander gegenüber: Christlichsoziale und Sozialdemokraten. Eine Stichwahl war nicht erforderlich; da eine Hilfenstoppelung nach der neuen Gemeindewahlordnung nicht gestattet ist, unterlagen beide Bewerber. Im zweiten Bezirke haben die Christlichsozialen die absolute Majorität erhalten und gelangen mit ihren Kandidaten alle sechs Mandate in den Gemeinderat. Im dritten Bezirke haben die Christlichsozialen ihre Majorität behauptet und sind mit ihren sechs Kandidaten in den Gemeinderat eingezogen. Im vierten Bezirke haben die Christlichsozialen ihre Majorität behauptet und sind mit ihren sechs Kandidaten in den Gemeinderat eingezogen. Im fünften Bezirke haben die Christlichsozialen ihre Majorität behauptet und sind mit ihren sechs Kandidaten in den Gemeinderat eingezogen. Im sechsten Bezirke haben die Christlichsozialen ihre Majorität behauptet und sind mit ihren sechs Kandidaten in den Gemeinderat eingezogen. Im siebenten Bezirke haben die Christlichsozialen ihre Majorität behauptet und sind mit ihren sechs Kandidaten in den Gemeinderat eingezogen. Im achten Bezirke haben die Christlichsozialen ihre Majorität behauptet und sind mit ihren sechs Kandidaten in den Gemeinderat eingezogen. Im neunten Bezirke haben die Christlichsozialen ihre Majorität behauptet und sind mit ihren sechs Kandidaten in den Gemeinderat eingezogen. Im zehnten Bezirke haben die Christlichsozialen ihre Majorität behauptet und sind mit ihren sechs Kandidaten in den Gemeinderat eingezogen. Im elften Bezirke haben die Christlichsozialen ihre Majorität behauptet und sind mit ihren sechs Kandidaten in den Gemeinderat eingezogen. Im zwölften Bezirke haben die Christlichsozialen ihre Majorität behauptet und sind mit ihren sechs Kandidaten in den Gemeinderat eingezogen. Im dreizehnten Bezirke haben die Christlichsozialen ihre Majorität behauptet und sind mit ihren sechs Kandidaten in den Gemeinderat eingezogen. Im vierzehnten Bezirke haben die Christlichsozialen ihre Majorität behauptet und sind mit ihren sechs Kandidaten in den Gemeinderat eingezogen. Im fünfzehnten Bezirke haben die Christlichsozialen ihre Majorität behauptet und sind mit ihren sechs Kandidaten in den Gemeinderat eingezogen. Im sechzehnten Bezirke haben die Christlichsozialen ihre Majorität behauptet und sind mit ihren sechs Kandidaten in den Gemeinderat eingezogen. Im siebzehnten Bezirke haben die Christlichsozialen ihre Majorität behauptet und sind mit ihren sechs Kandidaten in den Gemeinderat eingezogen. Im achtzehnten Bezirke haben die Christlichsozialen ihre Majorität behauptet und sind mit ihren sechs Kandidaten in den Gemeinderat eingezogen. Im neunzehnten Bezirke haben die Christlichsozialen ihre Majorität behauptet und sind mit ihren sechs Kandidaten in den Gemeinderat eingezogen. Im zwanzigsten Bezirke haben die Christlichsozialen ihre Majorität behauptet und sind mit ihren sechs Kandidaten in den Gemeinderat eingezogen. Im einundzwanzigsten Bezirke haben die Christlichsozialen ihre Majorität behauptet und sind mit ihren sechs Kandidaten in den Gemeinderat eingezogen.

Das Schicksal Deutschtirols.

Eine Kundgebung in Innsbruck.

Innsbruck, 4. Mai. Heute um 11 Uhr vormittags fand hier im Stadttheater unter zahlreicher Beteiligung eine imposante Kundgebung der Innsbrucker Bürgerschaft statt. Die Tiroler Abgeordneten hatten, wie wir erfahren, zur Nationalversammlung am Dienstag wieder in Wien eintreffen und werden voraussichtlich ähnliche Berichterstattungen abgeben wie die Tiroler Landesregierung. Sogenau wie die nächste Nationalversammlung. Sogenau wie die nächste Nationalversammlung. Sogenau wie die nächste Nationalversamml

Neues Wiener Tagblatt
5./IV. 1919

20

Die Wiener Gemeindewahlen.

100 Sozialdemokraten, 50 Christlichsoziale, 8 Tschechischnationale, 3 Deutschnationale, 3 Jüdischnationale, 1 Deutschbürgerlicher.

Ermüdung, Mangel an Teilnahme und Lässigkeit in der Erfüllung politischer Pflicht sind das bezeichnende Merkmal der gestrigen Wahlen in die Landesvertretung von Niederösterreich, in den Gemeinderat und in die Bezirksvertretungen von Wien. Gegenüber den Februarwahlen zur Nationalversammlung zeigt sich ein auffallender Rückgang der Wahlbeteiligung, die durchschnittlich nicht mehr als sechzig von hundert aller Wahlberechtigten beträgt. Das ist ein Symptom der Enttäuschung und Entzauberung, die sich der Wählerschaft bemächtigt hat. Verhältnismäßig am stärksten trifft der Rückschlag die erfolgreichste Partei, die sozialdemokratische. Wohl hat sie den Wiener Gemeinderat erobert, wie es schon nach den Wahlen zur Nationalversammlung in sicherster Aussicht stand, allein in Mandaten ausgedrückt, ist ihr Erfolg geringer, als er nach dem Ergebnis der Februarwahlen angenommen werden mußte: nach jenem Schlüssel konnte man die Zahl der sozialdemokratischen Gemeinderatsmandate mit rund 108 bis 110 berechnen, während sie tatsächlich 100 beträgt; hingegen haben sich die Christlichsozialen auffallend erholt und anstatt der rund 42 Mandate, die ihnen auf Grund der Februarwahlen zugesprochen wurden, haben sie 50 Mandate errungen.

Die Gemeindevertretung von Wien wird bis auf weiteres von den Sozialdemokraten beherrscht sein. Der Ernst und die Tragweite dieser Tatsache werden durch die erwähnten Rückschläge gegenüber den Februarwahlen nicht berührt. Die Gemeindeverwaltung einer Stadt, die wesentlich eine Schöpfung des Bürgertums ist, wird in die Hände einer Partei übergehen, deren Programm der Klassenkampf bildet. Die Sozialdemokratie wird nunmehr den Beweis ihrer Eignung zu schöpferischer Tätigkeit und Gestaltungskraft auf dem Gebiete der Gemeindepolitik zu erbringen haben. Sie übernimmt eine überaus ernste und schwierige Aufgabe: der Krieg und seine Folgen haben auch die Kommunalfinanzen verwüstet, die städtischen Unternehmungen sind notleidend geworden, an die städtische Wohlfahrtspflege treten ungewöhnliche Anforderungen heran. Die künftige sozialdemokratische Mehrheit wird ihren Aufgaben nur dann gerecht werden können, wenn sie sich von der Erwägung leiten läßt, daß Macht verpflichtet, daß in einer Periode tiefsten wirtschaftlichen Niederganges keine Zeit zu gewagten Experimenten ist, und daß vor allem auch auf die Stimmungen in den Ländern Rücksicht genommen werden muß. Es ist notwendig, die beklagenswerte, fast von Stunde zu Stunde sich verschärfende Entfremdung zwischen Wien und den Ländern zum Stillstande und die natürliche Interessengemeinschaft wieder zur Geltung zu bringen.

Die Ursachen des Wahlausganges, der eine völlige Umwälzung der Machtverhältnisse im Wiener Rathause mit sich bringt, liegen klar zutage. Die Seelenverfassung, die den sozialdemokratischen Wahlerfolg im Februar herbeigeführt hat, die Stimmungen der Verzweiflungs- und Hungerwahlen wirken noch nach, die Frist ist zu kurz, als daß trotz der seitherigen Fehlschläge der sozialdemokrati-

5/V. 1919

Redaktion 88
Administration 900
Inseraten-Annahme 900
Stadtexpedit. u. Steiner Anzeiger 9191
Filiale II 40328
„ X 58244
„ XIV 33126
„ XVI 34146
„ XVII 17175

Telegramm-Adresse: Arbeiter-Zeitung Wien.

Postsparkassenkontos: Verwaltung u. Lokalabonnement 19810 Provinzabonnement . . . 157993 Inserate . . . 102-46 Ungarn . . . 40292

Inserate übernehmen alle renommierten in- und ausländischen Annoncenbüros.

Arbeiter-Zeitung

Zentralorgan der Sozialdemokratie Deutschösterreichs.

Erscheint täglich um 6 Uhr morgens, Montag um 2 Uhr nachmittags.

für Wien.

Bezugsbedingungen: Wien: Mit Zustellung ins Haus: Wöchentlich . . . . K 1.— Monatlich . . . . „ 4.20 Vierteljährig . . . . „ 12.60

Provinz und Ungarn: Monatlich . . . . K 4.60 Vierteljährig . . . . „ 13.80

Deutschland: Vierteljährig K 20.—. Für alle anderen dem Weltpostverein angehör. Länder: Vierteljährig K 25.—.

Abonnements werden angenommen in der Administration, V. Rechte Wienzeile 97, und in den Filialen: I. Schulerstraße 18, Tel. 9191 II. Mazzanitengasse 30, Tel. 40328 X. Wielandplatz 5, Tel. 58244 XIV. Wiemingerplatz 6, Tel. 33126 XVI. Klausengasse 44, Tel. 34146 XVII. Lacknergasse 22, Tel. 17175 XXI. Angererstraße 14.

Für die an fremde Austräger oder Verschleißer bezahlten Beträge leisten wir keine Garantie.

Offene Reklamationen sind portofrei.

Nr. 123. Wien, Montag, 5. Mai 1919. XXXI. Jahrgang.

Die Macht in Stadt und Land erobert!

Hundert Sozialdemokraten in den Wiener Gemeinderat gewählt.

In sechzehn Bezirksvertretungen eine sozialdemokratische Mehrheit.

In den Niederösterreichischen Landtag in Wien über vierzig Sozialdemokraten gewählt.

Im Gemeinderat von Wiener-Neustadt eine sozialdemokratische Zweidrittelmehrheit gesichert.

Wahl- und Siegestag!

Der gestrige Wahltag, an dem über so viele wichtige und bedeutsame Körperschaften entschieden wurde, hat unserer Partei einen gewaltigen Sieg auf der ganzen Linie gebracht. Es ist wahrlich eine berauschende Fülle der Erfolge, denn sie drücken zusammen nicht weniger als die Tatsache aus, daß Wien und das ganze Land Niederösterreich sozialdemokratisch geworden sind. Vor allem Wien! Der Wiener Gemeinderat besteht aus 165 Mitgliedern; gestern wurden 100 Sozialdemokraten gewählt. Hundert Sozialdemokraten! Bei der letzten Wahl des Wiener Gemeinderates, im Jahre 1912, haben wir wohl gezählte acht Genossen in den Gemeinderat gebracht, und wenn seither natürlich auch das Wahlrecht von Grund aus umgebaut wurde — aber die Gesetzänderung ist gleichfalls ein Ausdruck unserer wachsenden Größe und Macht — so ist der Umschwung, der sich, innerhalb sieben Jahren vollziehend, in diesen zwei Zahlen ausdrückt, so groß, so gewaltig, daß seine Bedeutung über die Wahl weit hinausragt. Es ist eben so: die alte Zeit mit ihren ganzen Auffassungen ist abgeschlossen, und die Epoche der Erfüllung des Sozialismus hat begonnen! Von den einundzwanzig Bezirksvertretungen haben nun, nach dem Ergebnis der gestrigen Wahlen, sechzehn eine sozialdemokratische Mehrheit und in einem der restlichen Bezirke halten die Sozialdemokraten den übrigen Parteien die Wage. Alle diese Bezirksvertretungen waren bisher der ausschließliche politische Besitz der Christlichsozialen, und wenn, wie immer und überall, so auch hier die christlichsoziale Macht vor allem auf Wahlunrecht beruhte, so vollendet die Eroberung der Bezirksvertretungen die mit der Eroberung des Gemeinderates begonnene Eroberung der Stadt. Wien ist sozialdemokratisch, und die Partei der schaffenden Arbeit, der breiten Volksmassen, ergreift nun die politische Macht in dieser Stadt, in der bisher und so lange die Christlichsozialen schrankenlos geboten! Ein gewaltiger Erfolg, ein stolzer Sieg, und er ist wohl geeignet, den Blick aus der tiefen Betrübnis unserer Tage in lichtere Höhen zu erheben.

Dazu kommt noch der überwältigende Wahlsieg in Wiener-Neustadt, der zweitgrößten Stadt des Landes, wo unsere Partei — auch hier wurde am Sonntag der Gemeinderat gewählt — von den fünfzig Mandaten nicht weniger als fünfunddreißig erobert hat, also eine Zweidrittelmehrheit ihr Eigen nennt. Nun ist auch das Wahlrecht für das ganze flache Land umgebaut worden und die guten Wirkungen werden selbstverständlich nicht ausausbleiben: das rote Banner wird in Niederösterreich auf allen Gemeindestuben aufgepflanzt werden und überall, in jeder Landstadt und wohl auch in jedem Dorf, werden in der Gemeindeverwaltung die Sozialdemokraten fortan ihr gewichtig Wort mitsprechen. Unaufhaltsam dringt der sozialdemokratische Gedanke; vor und nichts vermag ihm zu widerstehen, es ist eben die Notwendigkeit der Zeit selbst die in ihm ihren Ausdruck findet und ihr Werkzeug sich schafft. Wie haben sie uns noch knapp vor dem Kriege behandelt, uns in ihre berüchtigten Kurien sperren, uns mit politischen Almosen abfinden wollen! Und nun sind die Sozialdemokraten überall die größte Partei und alles, was von den alten Parteien übriggeblieben sein mag, sinkt ins Bereich des Nebensächlichen, ja gar nicht mehr Zählenden hinab.

Die Prüfung der Ergebnisse der Wahlen zum niederösterreichischen Landtag ist noch nicht abgeschlossen, aber es besteht die begründete Hoffnung, daß wir auch in diesem alten Bollwerk der Agrarier die Mehrheit erobert haben. Daß die Verhältnisse bei dem Landtag vorweg ungünstiger liegen, ist klar. Das Land ist eben zu einem großen Teile landwirtschaftliches Gebiet, die Städtebildung nicht groß, und da zu den Agrariern des Landes die Reste der bürgerlichen Parteien Wiens stoßen und sich parteipolitisch zu einem gemeinsamen Heerbann sammeln können, ist die Eroberung des Landes natürlich ein schwereres Problem, eine mühselige Aufgabe, die eine große Vorbereitung und Durchdringung bedarf. Aber sie ist die Lösung, und wir sind auf dem Wege, und vom Landhause aus, aus dem Wirken des Landtages wird sich die sozialdemokratische Aufklärung des Dorfes noch ganz anders und ungleich schneller und reichhaltiger vollziehen lassen.

Aber wenn wir mit den Erfolgen und Siegen, soweit sie sich in den Zahlen der Mandate darstellen, vollauf zufrieden sein können und ein Mehr überhaupt nicht zu erreichen war, so stört es doch unsere Genugtuung, daß die gestrigen Wahlen nicht das Interesse gefunden haben, das ihrer Wichtigkeit entspräche. Die Beteiligung an den Wahlen war gestern ungleich schwächer als am 16. Februar, und nicht bloß die zahlenmäßige Teilnahme, auch die innere, auch das gleichsam geistige Mitwirken war schwächer; nicht zu vergleichen mit der geradezu dramatischen Spannung, die die Wahl zur Nationalversammlung ebenso bei der Gesamtheit wie bei jedem einzelnen hervorgerufen hatte. Das hat natürlich viele Gründe, vor allen den, daß die Wahlen einander zu rasch folgen und daß eigentlich, da das Wahlsystem dasselbe ist, in der ersten die zweite schon mitentschieden war. Die Wahl im Februar war eben die erste Wahl seit dem Kriege, eigentlich seit sieben Jahren; in ihr entlud sich die gewaltige Erregung, die sich durch die Jahre des aufgezwungenen Schweigens, der Mißhandlung während des Krieges angesammelt hatte, die aufgehäufte Empörung und all das, was der verruchte Krieg über die Gesamtheit und über jeden Menschen gebracht hat. Den gestrigen Wahlen fehlte dieses Erregungsmoment, und Wahlen für Verwaltungskörper, für Gemeinderat und Landtag, finden in Wien erfahrungsgemäß nicht das Interesse, das politische Wahlen begleitet. Auch stürmt auf die Menschen gerade in diesen Tagen so viel ein, daß sie sich für nüchterne Fragen der Gemeindevertretung und Verwaltung nicht derart erwärmt haben, als daß sie mit jener Leidenschaft zu den Urnen geströmt wären wie am Tage der Wahl der Nationalversammlung. Daß die schwächere Wahlbeteiligung vor allem die stärkste Partei trifft, ist selbstverständlich; und so erscheint der Rückgang der Stimmen bei dieser Wahl gegenüber der Wahl vor zehn Wochen keineswegs als eine gewichtige Sache, wenn es natürlich dennoch nötig ist, ihn zu betrachten, seinen Ursachen nachzugehen und, wo er auf Rückständigkeiten und Fehlern der Organisation und Agitation beruht, diese zu bessern und abzustellen. Diejenigen, die diesmal für uns nicht gewählt haben, haben eben überhaupt nicht gewählt; sie sind selbstverständlich nicht abgefallen, sondern sie sind lässiger geworden und teilnahmslos geblieben. Zum Teil sind es, wie in den inneren Bezirken, die Menschen und Schichten, die überhaupt nur Stimmungsreizen folgen, also diesmal, wo diese fehlten, selber gefehlt haben; zum anderen Teil hat die Entscheidung vom 16. Februar, als absolute Siegesgewißheit, den Eifer gerade dort abgeschwächt, wo die größten Mandatserfolge verbürgt waren und auch errungen worden sind. Daß die Christlichsozialen anscheinend weniger Stimmen verloren haben, ist natürlich nicht überraschend, ist eigentlich selbstverständlich, da ihnen am 16. Februar eben schon alles abgenommen wurde und sie nur das behalten haben, was im Augenblick unverbesserlich ist: die ganz schwarzen klerikalen Schichten und die des kapitalistischen Eigennutzes, also Gruppen, die man nicht belehren, nicht gewinnen kann, die man beseitigen muß. Die Erfolge der zwei chauvinistischen Gruppen, der Tschechen und der Juden —, über die der „Nationaljuden“ sind weit geringer als ihr Geschrei, das freilich über alle Maßen laut und schrill war — sind nicht unbegreiflich: die appellieren eben an den nationalen Gegensatz und erzeugen damit starke Antriebe. Von der Zermalmung des sogenannten bürgerlichen Freisinns braucht nicht gesprochen zu werden; die versteht sich eigentlich von selbst und man wundert sich nur, daß diese „Parteien“ überhaupt noch etwas zu verlieren haben. Die existieren wirklich nur noch im Zeitungslärm, aber das Volk kennt sie längst nicht mehr.

Zu Ende ist die christlichsoziale Herrschaft, zu Ende der luegerische Königstraum, zu Ende das bürgerliche Klassenregime! In voller Souveränität ergreift nun das Volk die Herrschaft, die soziale Demokratie zieht in das Rathaus ein, das so viele lange und bittere Jahre die christlichsoziale Zwingburg gewesen ist. Rot flammt es am Horizont und kündet den herrlichen, den furchtbaren, den unwiderruflichen Sieg des Sozialismus an!

6./V. 1919

Die Wahlen in Landtag und Gemeinderat.

Die Wiener Vertretung im Landtage.

In Wien gewählt 19 Christlichsoziale, 44 Sozialdemokraten, 1 Deutschnationaler, 1 Nationaldemokrat, 3 Tschechen.

Es ist nunmehr auch das Ergebnis der gestrigen Wahlen in Wien für den Landtag festgestellt; es lautet:

1. Wahlkreis (1., 3., 4. Bezirk): 9 Mandate. Abgegebene gültige Stimmen 85.244, davon Christlichsoziale 32.533, Sozialdemokraten 33.244, Deutschnationale 7473, Vereinigte Demokraten 7033, Tschechen 4849, Deutschösterreichische Volkspartei 112. Davon entfallen auf den 1. Bezirk: Abgegebene gültige Stimmen 13.894, Christlichsoziale 7020, Sozialdemokraten 2040, Tschechen 389, Deutschnationale 706, vereinigte Demokraten 2817, Deutschösterreichische Volkspartei 13; auf den 3. Bezirk: Abgegebene gültige Stimmen 53.480, Christlichsoziale 16.789, Sozialdemokraten 25.288, Tschechen 3735, Deutschnationale 4026, Vereinigte Demokraten 2611, Deutschösterreichische Volkspartei 31; auf den 4. Bezirk: Abgegebene gültige Stimmen 18.870, Christlichsoziale 8724, Sozialdemokraten 5007, Tschechen 725, Deutschnationale 2741, Vereinigte Demokraten 1605, Deutschösterreichische Volkspartei 68. Gewählt sind **vier Christlichsoziale** (Anton Nagler, Johanna Weiß, Georg Philp, Johann Wolfbauer), vier Sozialdemokraten (Rudolf Müller, Anton Kohl, Leopold Viena, Dr. Josef Friedjung), ein Deutschnationaler (Dr. Walter Riehl).

2. Wahlkreis (6., 7., 8. Bezirk): 6 Mandate. Abgegebene Stimmen 60.514, davon Christlichsoziale 25.820, Sozialdemokraten 22.252, Tschechen 3031, Jüdischnationale 1756, Vereinigte Demokraten 2715, Nationaldemokraten 4751, Deutschösterreichische Volkspartei 71. Davon entfallen auf den 6. Bezirk: Abgegebene gültige Stimmen 21.103, Christlichsoziale 8031, Sozialdemokraten 8639, Tschechen 1105, Jüdischnationale 819, Vereinigte Demokraten 1016, Nationaldemokraten 1486, Deutschösterreichische Volkspartei 8; den 7. Bezirk: Abgegebene Stimmen 21.669, Christlichsoziale 9656, Sozialdemokraten 7576, Tschechen 1024, Jüdischnationale 671, Vereinigte Demokraten 1020, Nationaldemokraten 1702, Deutschösterreichische Volkspartei 20; auf den 8. Bezirk: Abgegebene gültige Stimmen 17.643, Christlichsoziale 8133, Sozialdemokraten 6037, Tschechen 902, Jüdischnationale 266, Vereinigte Demokraten 679, Nationaldemokraten 1583, Deutschösterreichische Volkspartei 43. Gewählt sind: **drei christlichsoziale** (Vizebürgermeister Josef Rain, Dr. Anton Nepustil, Adolf Anderle), 3 Sozialdemokraten (Georg Sailer, Dr. Max Adler, Josef Billmair).

3. Wahlkreis (9., 18., 19. Bezirk): 9 Mandate. Abgegebene gültige Stimmen 81.014, davon Christlichsoziale 25.823, Sozialdemokraten 33.860, Deutschnationale Antisemiten 1394, Tschechen 4146. Davon entfallen auf den 9. Bezirk: Abgegebene gültige Stimmen 31.518, Christlichsoziale 9422, Sozialdemokraten 12.827, Demokratische 2399, Deutschnationale Antisemiten 109, Tschechen 1830; auf den 18. Bezirk: Abgegebene gültige Stimmen 29.967, Christlichsoziale 10.818, Sozialdemokraten 10.897, Vereinigte Demokraten 781, Deutschnationale Antisemiten 1245, Tschechen 1569; auf den 19. Bezirk: Abgegebene gültige Stimmen 19.529, Christlichsoziale 5583, Sozialdemokraten 10.136, Vereinigte Demokraten 1108, Deutschnationale Antisemiten 40, Tschechen 747. Gewählt sind **drei Christlichsoziale** (Landeshauptmann Leopold Steiner, Msgre. Josef Wolny, Rudolf Solterer), 5 Sozialdemokraten (Adolf Müller, Max Winter, Viktor Zwilling, Max Wagner, Max Klein), 1 Nationaldemokrat (Dr. Otto Lutz).

4. Wahlkreis (2., 20., 21. Bezirk): 11 Mandate. Abgegebene gültige Stimmen 122.985, davon Christlichsoziale 22.355, Sozialdemokraten 72.688, Jüdischnationale 8881, Vereinigte Demokraten 4152, Deutschnationale 4378, Deutschösterreichische Volkspartei 75, Tschechen 10.456. Davon entfallen auf den 2. Bezirk: Abgegebene gültige Stimmen 49.344, darunter Christlichsoziale 11.174, Sozialdemokraten 22.482, Deutschnationale 1739, Vereinigte Demokraten 3853, Jüdischnationale 684, Deutschösterreichische Volkspartei 22, Tschechen 3280; auf den 20. Bezirk: Abgegebene gültige Stimmen 36.835, davon Christlichsoziale 4829, Sozialdemokraten 24.183, Jüdischnationale 2011, Deutschnationale 715, Vereinigte Demokraten 261, Deutschösterreichische Volkspartei 43, Tschechen 4733. 21. Bezirk: Abgegebene gültige Stimmen 36.806. Davon Christlichsoziale 6352, Sozialdemokraten 26.022, Deutschnationale 1864, Vereinigte Demokraten 36, Jüdischnational 29, deutschösterreichische Volkspartei 10, Tschechen 2492. Gewählt: zwei Christlichsoziale (Otto Volker, Aloisia Schirmer), 8 Sozialdemokraten (Präsident Karl Seitz, Georg Emmerling, Johann Janicek, Eberhard Heider, Karl Walz, Josef Derbl, Franz Thoma, Berthold Fuchs), 1 Tscheche (Anton Machat).

5. Wahlkreis (5., 10., 11. Bezirk): 11 Mandate. Abgegebene gültige Stimmen 101.005, davon Christlichsoziale 21.589, Sozialdemokraten 65.856, Deutschösterreichische Volkspartei 138, Tschechen 13.422. Davon entfallen auf den 5. Bezirk: Abgegebene gültige Stimmen 32.100, Christlichsoziale 10.039, Sozialdemokraten 19.263, Deutschösterreichische Volkspartei 22, Tschechen 2776; 10. Bezirk: Abgegebene gültige Stimmen 50.525, Christlichsoziale 7826, Sozialdemokraten 33.254, Deutschösterreichische Volkspartei 38, Tschechen 9407; 11. Bezirk: Abgegebene gültige Stimmen 18.380, Christlichsoziale 3724, Sozialdemokraten 13.339, deutschösterreichische Volkspartei 78, Tschechen 1239. Gewählt: **Zwei Christlichsoziale** (Landesrat Josef Sturm, Karl Görner), 8 Sozialdemokraten (Joh. Pölzer, Aug. Sigl, Albert Hummel, Josef Paulik, Jakob Reumann, Laurenz Widholz, Dr. Friedrich Adler, Robert Pletzl), 1 Tscheche Johann Klimes.

6. Wahlkreis: (12., 13., 15. Bezirk): 10 Mandate. Abgegebene gültige Stimmen 103.978, Christlichsoziale 20.120, Sozialdemokraten 61.058, Tschechen 6503, Vereinigte Demokraten 1060, Schutzverband deutscher Kriegsteilnehmer 5237. Davon entfallen auf den 12. Bezirk: Abgegebene gültige Stimmen 39.224, Christlichsoziale 9626, Sozialdemokraten 24.560, Tschechen 3293, Vereinigte Demokraten 219, Schutzverband deutscher Kriegsteilnehmer 1526; 13. Bezirk: Abgegebene gültige Stimmen 44.378, Christlichsoziale 14.144, Sozialdemokraten 24.937, Tschechen 1336, Vereinigte Demokraten 646, Schutzverband deutscher Kriegsteilnehmer 3015; 15. Bezirk: Abgegebene gültige Stimmen 20.376, Christlichsoziale 6350, Sozialdemokraten 11.561, Tschechen 1574, Vereinigte Demokraten 195, Schutzverband deutscher Kriegsteilnehmer 696. Gewählt: **drei Christlichsoziale** (Gemeinderat Dr. Franz Hemala, Franz Marounek, Hans Rott), 7 Sozialdemokraten (Staatskanzler Dr. Karl Renner, Josef Heinzl, Josef Jakich, Josef Wabitsch, Emil Weber, Anna Kaff, Josef Pirkebner).

7. Wahlkreis (14., 16., 17. Bezirk): 12 Mandate. Abgegebene gültige Stimmen 123.544, Christlichsoziale 25.641, Sozialdemokraten 79.264, Tschechen 15.222, Nationaldemokraten 3272, Deutschösterreichische Volkspartei 145. Davon entfallen auf den 14. Bezirk: Abgegebene gültige Stimmen 33.661, Christlichsoziale 7542, Sozialdemokraten 21.345, Tschechen 4096, Nationaldemokraten 662, Deutschösterreichische Volkspartei 16. 16. Bezirk: Abgegebene gültige Stimmen 58.407, Christlichsoziale 9439, Sozialdemokraten 39.489, Tschechen 7906, Nationaldemokraten 1495, Deutschösterreichische Volkspartei 78; 17. Bezirk: Abgegebene gültige Stimmen 31.476, Christlichsoziale 8660, Sozialdemokraten 18.430, Tschechen 8660, Nationaldemokraten 1115, Deutschösterreichische Volkspartei 51. Gewählt: **Zwei Christlichsoziale** (Josef Heigl, Ferdinand Kritawa), 9 Sozialdemokraten (Landeshauptmannstellvertreter Albert Sever, Landesrat Karl Volkert, Stadtrat Paul Richter, Johann Jiricek, Cäcilie Lippa, Dr. Max Ellmann, Johann Hartmann, Josef Wagner, Adolf Pech), 1 Tscheche (Nationalrat Franz Dworak).

Die Zusammensetzung des Landtages.

Der neue Landtag setzt sich also zusammen aus

45 Christlichsozialen,
64 Sozialdemokraten,
7 Deutschnationalen,
3 Tschechen und
1 Nationaldemokraten.

Die Konstituierung des neuen Landtages wird ungefähr in 14 Tagen erfolgen. Es ist nämlich nach der neuen Landtagswahlordnung nach Durchführung der Wahl eine vierzehntägige Reklamationsfrist vorgesehen und infolgedessen der Zusammentritt erst nach dem 20. Mai zu erwarten. Die gestern gewählten Landtagsabgeordneten werden zur ersten Sitzung vom Landeshauptmann einberufen. Die Sitzung wird durch den Landeshauptmann eröffnet. Dieser ladet den Aeltesten des Landtages ein, einstweilen den Vorsitz zu führen, bis das Präsidium gewählt ist.

Die Sozialdemokraten werden als stärkste Partei des Landtages den Posten des Landeshauptmanns und eines Stellvertreters, die Christlichsozialen zweier Stellvertreter beanspruchen. Ueber die Träger dieser Stellen steht noch nichts fest.

Im Landesrate gebühren den Christlichsozialen drei, den Sozialdemokraten vier Landesratsposten.

Das künftige Gemeinderatspräsidium.

Die Konstituierung des Gemeinderates.

Nach den Bestimmungen des Gemeindewahlrechtes folgen der gestrigen Wahl zwei je achttägige Fristen (Reklamations- und Annahmefrist), so daß also die Konstituierung des neuen Gemeinderates erst nach dem 20. Mai erfolgen wird. Bis dahin bleibt der provisorische Gemeinderat in Tätigkeit und wird in der Zwischenzeit noch zwei Sitzungen abhalten.

Nach dem gestrigen Ergebnis fallen den Sozialdemokraten der Posten des Bürgermeisters und zweier Vizebürgermeister zu. Die Christlichsozialen werden im Gemeinderatspräsidium die Stelle des ersten Vizebürgermeisters verlangen. Auf sozialdemokratischer Seite werden der derzeitige Vizebürgermeister Jakob Reumann als Bürgermeister und die beiden Stadträte Emmerling und Winter als Vizebürgermeister genannt.

Der Stadtrat wird sich nach dem Verhältniswahlrecht aus neun Christlichsozialen, 20 Sozialdemokraten und einem Tschechen zusammensetzen.

•

In der Eile der Sammelarbeit für die Wahlergebnisse haben sich einige Fehler in den Veröffentlichungen der letzten Nummer eingeschlichen.

Die christlichsozialen Gemeinderäte für den 4. Bezirk sind StR. Prof. Heinrich Schmid, Genossenschaftsvorsteher Johann Breuer und GR. Uhrmacher Emil Panosch (nicht Frau Johanna Weiß). — Der gestern gewählte christlichsoziale Gemeinderat für den 11. Bezirk ist Bäckermeister Josef Schmölzer. — In die Bezirksvertretung des 15. Bezirkes sind gewählt 9 Christlichsoziale, 18 Sozialdemokraten, 1 Deutschnationaler und 2 Tschechen.

•

Die Wahlziffern in Niederösterreich-Land.

In den vier Landtagswahlkreisen von Niederösterreich-Land erhielten am 4. Mai die Christlichsozialen (Niederösterreichischer Bauernbund und Städte- und Märkteorganisation) 255.365 gegenüber 283.457 Stimmen am 16. Februar, das sind um 9·7% weniger; davon entfällt der größte Teil auf die geringe Wahlbeteiligung im Viertel unter dem Manhartsberg, wo 21.620 Stimmen von insgesamt 28.092 Stimmenausfall weniger abgegeben wurden. Am geringsten war der christlichsoziale Stimmenausfall im Viertel ober dem Wienerwald (St. Pölten) indem in diesem Viertel 78.998 (gegen 79.416 gelegentlich der Wahlen in die Nationalversammlung) christlichsoziale Wähler am Wahlakte sich beteiligten. Weit größer ist der Stimmenausfall bei den Gegnern, bei denen er sich auch ziemlich gleichmäßig auf alle vier Wahlkreise verteilt. So erhielten die Sozialdemokraten am 4. Mai nur 207.818 Stimmen, gegenüber 263.636 am 16. Februar, was einem perzentuellen Verluste von 21·1% gleichkommt. Noch stärker ist jedoch der Stimmenverlust der Deutschnationalen, die nahezu die Hälfte ihrer Wählerzahl vom 16. Februar einbüßten, nämlich 45%. Sie erhielten am 4. Mai nur 75.305 Stimmen gegen 137.070 am 16. Februar. Die schwere Niederlage, welche die Deutschnationalen erlitten haben, ist ein Zeichen, daß die deutsche Wählerschaft die unfruchtbare deutschnationale Politik in der Nationalversammlung, Kulturkampfpolitik und Angriffe gegen die Autonomie der Länder, wie sie der Antrag auf Verstaatlichung der Schulen bedeuten, ablehnt; es ist kennzeichnend, daß gerade im Wahlkreise des Abgeordneten Dr. Schönbauer, im Viertel ober dem Manhartsberg, die Deutschnationalen den größten Stimmenverlust zu verzeichnen haben; sie haben gerade dort 51·5% ihrer Wählerzahl vom 16. Februar eingebüßt, indem sie am 4. Mai nur mehr 26.247 gegenüber 54.141 Stimmen auf ihre Liste zu vereinigen vermochten.

Dieses ziffernmäßige Wahlergebnis drückt sich naturgemäß auch im Mandatserfolg aus. Im Viertel ober dem Wienerwald entfielen von 12 Mandaten 7 oder 58·3% auf die Christlichsozialen gegenüber 55·5% am 16. Februar (5 von 9). Die Deutschnationalen vermochten trotz der vermehrten Mandatszahl nur ein Mandat (wie am 16. Februar) zu erringen. Im Viertel unter dem Wienerwald vermochten die Christlichsozialen gleichfalls ihre Verhältniszahl zu verbessern. Sie erhielten am 4. Mai 29·4% (5 von 17) gegenüber 25% (3 von 12). Im Viertel ober dem Manhartsberg fiel ihnen der gesamte Mandatszuwachs zu. Sie erhielten 54·4% (6 von 11) gegenüber 37·5% (3 von 8) im Februar. Auch in diesem Wahlbezirk blieb die Zahl der Mandate, welche die Deutschnationalen zu erlangen vermochten, gegenüber jener im Februar unverändert. Das gleiche gilt vom Wahlkreise Viertel unter dem Manhartsberg. Auch hier ein wachsender Verhältnissatz der Christlichsozialen an der Mandatszahl (66·6% gegen 62·5%) und ein Gleichbleiben der deutschnationalen Mandatsziffer.

Politische Wirkungen des Wahlausganges.

Die Wiener Presse stellt in ihren vorläufigen Wahlbetrachtungen einstimmig fest, daß mit dem 4. Mai wieder der Aufstieg der Christlichsozialen begonnen hat. Die Staatskanzlei widmet in der „Wr. Abendpost" — seit die „Arb.-Ztg." Regierungsorgan geworden, ist die „Wr. Ztg." sozialdemokratisches Parteiblatt — dem Wahlausgange einen bemerkenswerten Artikel, in dem es u. a. heißt:

Der Ausgang der Wahlen in Stadt und Land bestätigt und bekräftigt die Politik, die durch den Hauptausschuß und das neue Kabinett inauguriert worden ist. Die Bevölkerung hat, obwohl die Wahlbeteiligung diesmal im ganzen geringer war, doch mit aller Deutlichkeit den zwei Parteien, Sozialdemokraten und Christlichsozialen, ihre Stimmen und ihre Sympathie zugewendet. Die eigentlich bourgeoisen Parteien haben noch schlechter abgeschnitten als im Februar. Die Volksmassen haben sich nicht nur zur politischen Demokratie, sondern auch zur sozialen bekannt, und zwar in den zwei gegebenen, wenn auch entgegengesetzten Formen, der des radikalen Sozialismus und des konservativ-christlichen Sozialismus, wie er in der bäuerlichen Seele und im Kleinbürgertum vorwaltet. Der Wahlausgang bringt den endgültigen Sieg des sozialen Gedankens über den individualistischen, des Sozialismus über den Kapitalismus. (Es geht daher künftig nicht mehr an, daß die Sozialdemokraten die Christlichsozialen Kapitalisten nennen! Anm.) Es wird dann zu beweisen versucht, daß die kommunistische Aufforderung zur Wahlenthaltung ohne Ergebnis geblieben sei, und der sozial-

Neue Freie Presse
6./V. 1919
26

Die endgültigen Ergebnisse der Landtagswahlen.

64 Sozialdemokraten, 45 Christlichsoziale, 8 Deutschnationale, 3 Czechen.

Wien, 5. Mai.

Nach den nunmehr vorliegenden amtlichen Ergebnissen entfallen von den 68 Landtagsmandaten der Stadt Wien 41 auf die Sozialdemokraten, 19 auf die Christlichsozialen, 3 auf die Czechen, 1 auf die Deutschnationalen und 1 auf die Nationaldemokraten. Auf dem flachen Lande besetzten von den 52 Mandaten 20 die Sozialdemokraten, 26 die Christlichsozialen und 6 die Deutschnationalen. Insgesamt ziehen also die Sozialdemokraten mit 64, die Christlichsozialen mit 45, die Deutschnationalen verschiedener Schattierung mit 8 und die Czechen mit 3 Abgeordneten in die neue Landesversammlung ein.

In Wien wurden 678.284 gültige Stimmen abgegeben, was gegenüber den bei den Wahlen für die Nationalversammlung abgegebenen 947.604 Stimmen einen Rückgang um 269.000 Stimmen bedeutet. Die Christlichsozialen erhielten 173.881, die Deutschnationalen zusammen 26.525, die vereinigten Demokraten 14.960, die Jüdischnationalen 10.637, die Czechen 57.629 Stimmen. Auf die Sozialdemokraten entfielen 368.201 Stimmen.

Ein Vergleich mit den bei den Wahlen für die Nationalversammlung in Wien abgegebenen Stimmen ergibt einen Rückgang bei den Christlichsozialen um 37.100 Stimmen, bei den Sozialdemokraten um 153.900 Stimmen, bei den Deutschnationalen um 42.100 Stimmen, bei den demokratischen Parteien um 55.900 Stimmen, bei den Czechen um 7400 Stimmen. Einen Zuwachs haben die Jüdischnationalen mit 2800 Stimmen zu verzeichnen.

Mit Hinzurechnung der auf dem flachen Lande für die Sozialdemokraten abgegebenen Stimmen erhielten diese insgesamt 576.000 Stimmen. Auf die bürgerlichen Parteien, ohne die Czechen, entfielen zusammen 556.700 Stimmen.

Unter den gewählten Abgeordneten sind zwei Frauen, die der sozialdemokratischen Partei angehören.

1. Wahlkreis (1., 3., 4. Bezirk): 9 Mandate.

Abgegebene gültige Stimmen 85.244; Christlichsoziale 32.533, Sozialdemokraten 33.244, Deutschnationale 7473, vereinigte Demokraten 7033, Czechen 4849, deutschösterreichische Volkspartei 112.

Davon entfallen auf den 1. Bezirk: Abgegebene gültige Stimmen 13.894; Christlichsoziale 7020, Sozialdemokraten 2949, Deutschnationale 706, vereinigte Demokraten 2817, Czechen 389, deutschösterreichische Volkspartei 13.

3. Bezirk: Abgegebene gültige Stimmen 53.480; Christlichsoziale 16.789, Sozialdemokraten 25.288, deutschnationale Partei 4026, vereinigte Demokraten 2611, Czechen 3735, deutschösterreichische Volkspartei 31.

4. Bezirk: Abgegebene gültige Stimmen 18.870; Christlichsoziale 8724, Sozialdemokraten 5007, deutschnationale Partei 2741, vereinigte Demokraten 1605, Czechen 725, deutschösterreichische Volkspartei 68.

Gewählt: 4 Christlichsoziale: Anton Nagler, Realitätenbesitzer, Johanna Weiß, Vorsteherin des Verbandes der christlichen Hausbediensteten, Georg Philp, Schuldirektor, Johann Wolfbauer, Bäckermeister; 4 Sozialdemokraten: Landesrat Rudolf Müller, Anton Kohl, Werkzeugschlosser, Leopold Biner, Privatbeamter, Dr. Josef Karl Friedjung, Kinderarzt; 1 Deutschnationaler: Dr. Walter Riehl, Rechtsanwalt.

2. Wahlkreis (6., 7., 8. Bezirk): 6 Mandate.

Abgegebene gültige Stimmen 60.514; Christlichsoziale 25.820, Sozialdemokraten 22.231, Czechen 3031, Jüdischnationale 1756, vereinigte Demokraten 2715, Nationaldemokraten 4771, deutschösterreichische Volkspartei 71.

Davon entfallen auf den 6. Bezirk: Abgegebene gültige Stimmen 21.103; Christlichsoziale 8031, Sozialdemokraten 8639, Czechen 1105, Jüdischnationale 819, vereinigte Demokraten 1016, Nationaldemokraten 1486, deutschösterreichische Volkspartei 8.

7. Bezirk: Abgegebene gültige Stimmen 21.669; Christlichsoziale 9656, Sozialdemokraten 7576, Czechen 1024, Jüdischnationale 671, vereinigte Demokraten 1020, Nationaldemokraten 1702, deutschösterreichische Volkspartei 20.

8. Bezirk: Abgegebene gültige Stimmen 17.643; Christlichsoziale 8133, Sozialdemokraten 6037, Czechen 902, Jüdischnationale 266, vereinigte Demokraten 679, Nationaldemokraten 1583, deutschösterreichische Volkspartei 43.

Gewählt: 3 Christlichsoziale: Vizebürgermeister Josef Rain, Dr. Anton Nepustil, Veterinäramtsinspektor, Adolf Anderle, Landesbeamter; 3 Sozialdemokraten: Georg Sailer, Genossenschaftsbeamter, Dr. Max Adler, Advokat, Josef Billmaier, Beamter.

3. Wahlkreis (9., 18., 19. Bezirk): 9 Mandate.

Abgegebene gültige Stimmen 81.014; Christlichsoziale 25.823, Sozialdemokraten 33.860, Czechen 4146, deutschnationale Antisemiten 1394.

Davon entfallen auf den 9. Bezirk: Abgegebene gültige Stimmen 31.518; Christlichsoziale 9422, Sozialdemokraten 12.827, Czechen 1830, vereinigte Demokraten 2399, deutschnationale Antisemiten 109.

18. Bezirk: Abgegebene gültige Stimmen 29967; Christlichsoziale 10.818, Sozialdemokraten 10.897, Czechen 1569, vereinigte Demokraten 781, deutschnationale Antisemiten 1245.

19. Bezirk: Abgegebene gültige Stimmen 19.529; Christlichsoziale 5583, Sozialdemokraten 10.136, Czechen 747, vereinigte Demokraten 1108, deutschnationale Antisemiten 40.

Gewählt: 3 Christlichsoziale: Landeshauptmann Leopold Steiner, Domherr Josef Wolny, Rudolf Solterer, Landesrechnungsrat; 5 Sozialdemokraten: Adolf Müller, Beamter des Eisenbahnergewerkschaftsvereines, Stadtrat Max Winter, Viktor Zwilling, Direktor des Kinderasyls „Humanitas", Max Wagner, Sekretär des Vollzugsausschusses des Soldatenrates, Max Klein, Kanzleileiter der Gremialkrankenkasse; 1 Nationaldemokrat: Dr. Otto Lutz, Landesgerichtsrat.

4. Wahlkreis (2., 20., 21. Bezirk): 11 Mandate.

Abgegebene gültige Stimmen 122.985; Christlichsoziale 22.355, Sozialdemokraten 72.688, Czechen 10.456, deutschösterreichische Volkspartei 75, Jüdischnationale 8881, vereinigte Demokraten 4152, Deutschvölkische 4378.

Davon entfallen auf den 2. Bezirk: Abgegebene gültige Stimmen 49.344; Christlichsoziale 11.174, Sozialdemokraten 22.482, Czechen 3230, deutschösterreichische Volkspartei 22, Jüdischnationale 684, vereinigte Demokraten 3853, Deutschvölkische 1739.

20. Bezirk: Abgegebene gültige Stimmen 36.835; Christlichsoziale 4829, Sozialdemokraten 24.183, Czechen 4733, deutschösterreichische Volkspartei 43, Jüdischnationale 2011, vereinigte Demokraten 261, Deutschvölkische 775.

21. Bezirk: Abgegebene gültige Stimmen 36.806; Christlichsoziale 6352, Sozialdemokraten 26.022, Czechen 2492, deutschösterreichische Volkspartei 10, Jüdischnationale 29, vereinigte Demokraten 36, Deutschvölkische 1864.

Gewählt: 2 Christlichsoziale: Otto Volker, Bürgerschullehrer, Gemeinderätin Aloisia Schirmer; 8 Sozialdemokraten: Präsident Karl Seitz, Stadtrat Georg Emmerling, Johann Janicek, Metallarbeiter, Eberhard Heider, Bahnbediensteter, Karl Walz, Metallarbeiter, Josef Derbl, Bauarbeiter, Franz Thoma, Metallarbeiter, Berthold Fuchs, Beamter; 1 Czeche: Anton Machat, Druckereileiter.

5. Wahlkreis (5., 10., 11. Bezirk): 11 Mandate.

Abgegebene gültige Stimmen 101.005; Christlichsoziale 41.589, Sozialdemokraten 65.856, Czechen 13.422, deutschösterreichische Volkspartei 138.

Davon entfallen auf den 5. Bezirk: Abgegebene gültige Stimmen 32.100; Christlichsoziale 10.039, Sozialdemokraten 19.263, Czechen 2776, deutschösterreichische Volkspartei 22.

10. Bezirk: Abgegebene gültige Stimmen 50.525; Christlichsoziale 7826, Sozialdemokraten 33.254, Czechen 9407, deutschösterreichische Volkspartei 38.

11. Bezirk: Abgegeben gültige Stimmen 18.380; Christlichsoziale 3724, Sozialdemokraten 13.339, Czechen 1239, deutschösterreichische Volkspartei 78.

Gewählt: 2 Christlichsoziale: Josef Sturm, Professor und Landesrat, Karl Görner, Eisendreher und Ortsschulrat; 8 Sozialdemokraten: Johann Pölzer, Landesrat, August Sigl, Bezirksvorsteher, Albert Hummel, Sekretär, Josef Paulik, Beamter, Vizebürgermeister Jakob Reumann, Laurenz Widholz, Gehilfenobmann, Dr. Friedrich Adler, Schriftsteller, Robert Plegl, Bäcker; 1 Czeche: Johann Klimes, Sekretär.

6. Wahlkreis (12., 13., 15. Bezirk): 10 Mandate.

Abgegebene gültige Stimmen 103.978; Christlichsoziale 20.120, Sozialdemokraten 61.058, Czechen 6503, vereinigte Demokraten 1060, Schutzverband deutscher Kriegsteilnehmer 5237.

Davon entfallen auf den 12. Bezirk: Abgegebene gültige Stimmen 39.224; Christlichsoziale 9626, Sozialdemokraten 24.560, Czechen 3293, vereinigte Demokraten 219, Schutzverband deutscher Kriegsteilnehmer 1526.

13. Bezirk: Abgegebene gültige Stimmen 44.378; Christlichsoziale 14.144, Sozialdemokraten 24.937, Czechen 1336, vereinigte Demokraten 646, Schutzverband deutscher Kriegsteilnehmer 3015.

15. Bezirk: Abgegebene gültige Stimmen 20.376; Christlichsoziale 6350, Sozialdemokraten 11.561, Czechen 1574, vereinigte Demokraten 195, Schutzverband deutscher Kriegsteilnehmer 696.

Gewählt: 3 Christlichsoziale: Dr. Franz Hemala, Gemeinderat, Franz Marounek, Bezirksrat, Hans Rott, Postbeamter; 7 Sozialdemokraten: Staatskanzler Dr. Karl Renner, Josef Heinzl, Werkmeister, Josef Jesch, Gewerkschaftsbeamter, Josef Wabitsch, Oberkondukteur der Staatsbahnen, Emil Weber, Beamter, Anna Kaff, Beamtenfrau, Josef Pirkebner, Kassenbeamter.

7. Wahlkreis (14., 16., 17. Bezirk): 12 Mandate.

Abgegebene gültige Stimmen 123.544; Christlichsoziale 25.641, Sozialdemokraten 79.264, Czechen 15.222, Nationaldemokraten 3272, deutschösterreichische Volkspartei 145.

Davon entfallen auf den 14. Bezirk: Abgegebene gültige Stimmen 33.661; Christlichsoziale 7542, Sozialdemokraten 21.345, Czechen 4096, Nationaldemokraten 662, deutschösterreichische Volkspartei 16.

16. Bezirk: Abgegebene gültige Stimmen 58.407: Christlichsoziale 9439, Sozialdemokraten 39.489, Czechen 7906, Nationaldemokraten 1495, deutschösterreichische Volkpartei 78.

17. Bezirk: Abgegebene gültige Stimmen 31.476; Christlichsoziale 8660, Sozialdemokraten 18.430, Czechen 8660, Nationaldemokraten 1115, deutschösterreichische Volkspartei 51.

Gewählt: 2 Christlichsoziale: Josef Heigl, Handelskammerrat, Ferdinand Krikawa, Redakteur; 9 Sozialdemokraten: Landeshauptmannstellvertreter Albert Sever, Landesrat Karl Volkert, Stadtrat Paul Richter, Johann Jiricek, Metalldreher, Cäcilie Lippa, Bezirksrätin, Dr. Max Ellmann, Arzt, Johann Hartmann, Eisenbahner, Josef Wagner, Privatbeamter, Adolf Pesch, Tischlergehilfe; 1 Czeche: Abgeordneter Franz Dworak.

Wieder Angriffe auf die Presse.

Die „Wiener Abendpost" veröffentlicht heute einen Artikel über die Wahlen, der mit einem Angriffe auf die Presse schließt. Die Presse müsse nach einem aussichtslosen Kampfe in falscher Front eine Neuorientierung vornehmen. Das feindliche wie das befreundete Ausland habe ein falsches Bild von dem wirklichen Leben und Streben Deutschösterreichs erhalten. „Die Wahlen sind eine abermalige und unzweideutige Berichtigung dieses falschen Bildes geworden. Der Zustand aber wäre unerträglich, daß eine der ganzen Aufmachung nach politische Presse ohne wirklichen politischen Anhang und ohne den Hintergrund von nennenswerten politischen Parteien — mit wenigen rühmlichen Ausnahmen — die öffentliche Meinung des Landes selbst und die Meinung der Welt über das Land beharrlich anders beeinflusse, als es dem Volkswillen entspricht. Die Publizistik Deutschösterreichs wird ihre hohe Kunst der Anpassung an die Zeitideen auch dem neuen Staate gegenüber erweisen müssen."

Diese Bemerkungen kommen aus einem so eigentümlichen Gedankengang und sind auch in den tatsächlichen Angaben so unrichtig, daß sie nicht ohne Erwiderung bleiben können.

Erstens: Das feindliche wie das befreundete Ausland konnte kein falsches Bild von dem wirklichen Leben Deutschösterreichs erhalten, weil niemals bestritten oder verborgen wurde, daß in unserem Staate eine starke sozialdemokratische Welle im Aufstiege ist.

Zweitens: In demokratischen Ländern kommt es häufig vor, daß Parteien siegen und andere unterliegen, ja scheinbar von den Wählern nahezu verlassen werden. Nie ist jedoch einem Minister in England oder Frankreich eingefallen, daß die Presse sich dem Erfolge „anpassen" und ihre Gesinnung ändern müsse. Nie würde ein freisinniger Minister in Deutschösterreich eine solche Zumutung der sozialdemokratischen Presse nach einer Niederlage stellen.

Drittens: Wahlen sind kein untrüglicher Maßstab des Volkswillens in einer Zeit, da der Erfolg sehr häufig von der besseren Organisation abhängt. In Wien sind gestern für sämtliche Parteien des Privateigentums so viele Stimmen abgegeben worden, daß die durch sie zugewiesenen Mandate in einem grellen Mißverhältnisse zu diesen Zahlen sind. Wenn der Volkswille, der sich in der Stimmenenthaltung kundgab, nur ein wenig berücksichtigt wird, hat das Privateigentum in Wien mindestens so viele Anhänger wie das Gemeineigentum.

Viertens: Warum sich nur die großstädtische Presse anpassen soll und die Presse in den Kronländern nicht, obgleich die politischen Richtungen ziemlich übereinstimmen, diese Willkür wird nicht einmal zu begründen versucht.

Fünftens: Das Staatsgrundgesetz erklärt: „Jedermann hat das Recht, durch Wort, Schrift, Druck oder bildliche Darstellung seine Meinung innerhalb der gesetzlichen Schranken frei zu äußern."

Die politische Lage in der Nationalversammlung.

Die Zusammensetzung der Friedensabordnung. — Die Richtlinien für die Verhandlungen.

Die bevorstehenden Friedensverhandlungen und die damit im Zusammenhang stehenden Fragen der großen Politik beeinflussen naturgemäß im stärksten Maße die politische Situation in der Nationalversammlung. Es ergaben sich ernstere Differenzen zwischen dem bürgerlichen und dem sozialdemokratischen Block, die bereits gestern zu einer unleugbaren Hemmung der parlamentarischen Arbeit geführt haben. Der Sozialisierungsausschuß ist weder vormittags noch abends zusammengetreten, wiewohl die entscheidenden Abstimmungen über die Frage der Errichtung der Betriebsräte auf der Tagesordnung standen, und das Plenum hat eine ganz kurze Sitzung abgehalten, die eine debattenlose Annahme der zur Beratung stehenden Vorlagen brachte, ohne daß am Schlusse auch nur der Termin der nächsten Sitzung anberaumt werden konnte. Das Schwergewicht der Situation liegt im Hauptausschuß, der über die Zusammensetzung der deutschösterreichischen Friedensabordnung und die ihr für die Verhandlungen in St.-Germain, die am 14. d. beginnen, mitzugebenden Richtlinien zu entscheiden haben wird.

Das Staatsamt des Auswärtigen hat die Delegiertenliste und die politischen Verhandlungsleitsätze rasch fertiggestellt und wollte das Namensverzeichnis der Abordnung nach der Genehmigung durch den Kabinettsrat noch gestern morgen dem französischen Gesandten Allizé übermitteln. Wider Erwarten traten die christlichsozialen Mitglieder des Kabinetts dieser Taktik entschieden entgegen, und es entspann sich eine lebhafte Auseinandersetzung über den Namensvorschlag, der folgendermaßen lautete: —

Führer der Delegation: Minister a. D. Dr. Franz Klein.

Vertreter des Staatsamtes des Auswärtigen: Sektionschef Johann Eichhoff, Generalkonsul Franz Peter, Sektionschef Dr. Richard Schüller, Professor Doktor Laun und Gesandter Frankenstein.

Vertreter des Staatsamtes für Finanzen: Hofrat Brauner und Oberfinanzrat Dr. Patzauer.

Vertreter des Staatsamtes für Heerwesen: Oberst Karl Schneller.

Vertreter des Staatsamtes für Verkehrswesen: Sektionschef Otto Müller-Martini.

Als Fachleute: für Völkerrecht Ministerpräsident a. D. Dr. Heinrich Lammasch, für Kriegsgefangenenwesen Sektionschef a. D. Heinrich Slatin, für Finanzen Präsident Dr. Landesberger, für Geographie Professor Dr. Rudolf Sieger und für Statistik Dr. Adolf Drucker.

Als Vertreter der Länder: für Deutschböhmen Landeshauptmann Doktor Lodgman und Landeshauptmannstellvertreter Seliger, für Sudetenland Dr. Freißler, für Mähren Dr. Stephan Licht, für Steiermark Karinka, für Kärnten Martin Wutte, für Tirol die Abgeordneten Abram, Dr. Schumacher und Kraft, für Vorarlberg Landeshauptmann Ender und für Deutschwestungarn Baer.

Die hauptsächlichsten Einwendungen richteten sich gegen die Person Dr. Kleins, der sich, wie von christlichsozialer Seite betont wurde, der Politik Dr. Bauers vollkommen anbequemt habe und auch in der Anschlußfrage denselben Standpunkt einnehme wie der Staatssekretär. Die Christlichsozialen verwiesen auf die Notwendigkeit einer Revision der Anschlußpolitik, die bekanntlich von der Entente verworfen werde, und vertraten die Anschauung, daß die Betrauung einer in dieser Frage so stark engagierten Persönlichkeit wie Dr. Kleins mit der Führung der Abordnung der Sache nur schaden könne, wenn man sich nicht gar der Möglichkeit einer Ablehnung der Delegation aussetze. Auch die in Wien weilenden Ententevertreter hätten, so wurde von christlichsozialer Seite behauptet, mit ihrer gegen Dr. Klein gerichteten Auffassung nicht zurückgehalten und offen erklärt, daß jeder andre Politiker der Sache förderlicher sein würde als der Stellvertreter Doktor Bauers.

Die sozialdemokratischen Kabinettsmitglieder, die in der Anschlußfrage mit Staatssekretär Dr. Bauer vollkommen solidarisch vorgehen und von dieser Forderung noch nicht zurückzutreten gewillt sind, verfochten die Delegiertenliste mit größtem Nachdruck und verwiesen gegenüber der von christlichsozialer Seite aufgestellten Kandidatur des Präsidenten des Verfassungsgerichtshofes Dr. Max Wladimir Beck darauf, daß Dr. Klein die ganze Materie beherrsche; es sei unmöglich, daß ein andrer Staatsmann sich in dem kurzen Zeitraum von acht Tagen auf diesem schwierigen Gebiet so vollkommen einarbeite, wie dies vor den Friedensverhandlungen eben notwendig sei. Ein zweiter Wunsch der Christlichsozialen, die Berufung Doktor Lammasch' in die Kommission, sei ohnehin bereits vorweggenommen worden. Da auch bezüglich andrer Persönlichkeiten Einwendungen erhoben wurden und eine Einigung vorgestern nicht zu erzielen war, wurde die von Dr. Bauer empfohlene Ueberreichung der Delegiertenliste an Mr. Allizé vertagt und die Fortsetzung der Beratung auf gestern verschoben.

Trotz der Fühlungnahme der Kabinettsmitglieder mit ihren Klubs ließ sich bisher keine Annäherung der beiden Standpunkte erzielen und der Hauptausschuß sowie der Kabinettsrat gingen auch gestern unverrichteter Dinge auseinander. In der Nachmittagssitzung des Hauptausschusses erstattete Dr. Bauer ein fast zweistündiges Exposé über die für die Delegierten bestimmten Richtlinien, die von den anwesenden Abgeordneten zur Berichterstattung an ihre Klubs zur Kenntnis genommen wurden.

Die bürgerlichen Abgeordneten haben demnach erreicht, daß die ganze Angelegenheit von den parlamentarischen Parteien mitberaten wird und die Volksvertretung in die Lage kommt, ein entscheidendes Wort mitzusprechen. Heute um 2 Uhr nachmittags versammelt sich der Hauptausschuß wieder und dann wird sich zeigen, ob ein Kompromiß möglich sein wird. Man sprach abends davon, daß Dr. Beck als Führer der Delegation mit Dr. Klein als Adlatus nach St. Germain reisen werde; vorläufig ist dies aber nichts als ein Vorschlag freiwilliger Vermittler, dessen Aussichten noch ungewiß sind.

Die amtliche Verlautbarung über die Sitzung des Hauptausschusses.

Nach Schluß der gestrigen Vollsitzung der Nationalversammlung trat der Hauptausschuß unter dem Vorsitz des Präsidenten Seitz zusammen, um die vor der Sitzung begonnenen Beratungen fortzusetzen. An der Sitzung nahmen alle Mitglieder, mit Ausnahme des erkrankten Präsidenten Dr. Dinghofer, sowie alle Mitglieder des Kabinetts teil. Staatssekretär Dr. Bauer hielt einen zweistündigen Vortrag über die vom Staatsamte des Aeußern getroffenen Vorbereitungen für die Friedensverhandlungen. Der Hauptausschuß beschloß, die Debatte hierüber in der heute um 4 Uhr nachmittags stattfindenden Sitzung abzuführen.

* * *

Forderung Salzburgs nach einer Vertretung in der Friedensdelegation.

In der gestrigen Landesratssitzung wurde nach der Mitteilung einer hiesigen Korrespondenz der Beschluß gefaßt, an die Wiener Regierung die Forderung zu richten, daß der deutschösterreichischen Friedensdelegation auch ein Vertreter des Landes Salzburg beigezogen werde, mit dem Beifügen, daß sich das Salzburger-Land, falls die Wiener Regierung diese Forderung nicht erfülle, selbständig vorgehen werde. Gleichzeitig wurde beschlossen, an die übrigen Länder heranzutreten und ihnen nahe zu legen, die gleiche Forderung an die Wiener Regierung zu richten.

* * *

National-Zeitung
7.IV. 1919

d. 75
7
31

etwas von einer glorreichen Revolution vormachen, so kann dies höchstens als Beispiel einer überaus raschen Legendenbildung angesehen werden. Wir haben keine Revolution gemacht, die Revolution hat vielmehr uns gemacht, sie hat uns gezwungen, wozu wir gar keine Neigung hatten, auf den eigenen Beinen zu stehen; und es zeigt sich, daß diese Beine auf das freie Gehen und Stehen gar nicht eingerichtet sind. Wir waren nicht auf das Selbstbestimmungsrecht, sondern auf ein obrigkeitliches Schutzverhältnis eingestellt; wir hatten uns, um unsere Vorrangsstellung im Staate zu begründen, eingeredet, die eigentlichen Erhalter Oesterreichs zu sein, und erst als wir aus dem geschichtlichen Verbande herausfielen, merkten wir zu unserem unangenehmen Erstaunen, daß wir in dem alten Staate weit mehr die Nehmenden, als die Gebenden waren, daß wir, und wahrhaftig wir allein, die Nutznießer der alten verrotteten Verhältnisse und aus diesem wenig ehrenhaften Grunde auch deren einzige Verteidiger waren. Nun aber da wir auf die eigene, allzu oft übermäßig gerühmte Kraft angewiesen waren, hatten wir weder eigene politische Ideen, noch verfügten wir über die wirtschaftlichen Mittel, um uns gleich den anderen Völkern ein eigen Haus zu gründen.

Deutschösterreich ist also das, was es ist, ein eigener Freistaat, nicht durch eigenen Entschluß, nicht durch eigene Kraft, sondern durch Schicksalzfügung geworden, und was Wunder, wenn es von Anfang an mit dieser freien Staatlichkeit nichts Rechtes anzufangen wußte. Ich werde die Stimmung der konstituierenden Sitzung der Nationalversammlung, in der wir uns als Staat erklärten, nie los werden. Da war nichts von einem revolutionären Wagemut, vom Stolze freier Männer, die schmähliche Sklavenketten abgeschüttelt hatten, zu merken; wir fühlten uns vielmehr gedrückt und zerschlagen und sahen uns angstvoll nach irgend einem Anschluß um. Es waren damals drei Möglichkeiten offen: entweder wir suchten den Anschluß an die Welt und brachen gleich den übrigen Nationen gründlich mit der Vergangenheit, oder wir suchten zu den ehemals österreichischen und ungarischen Nationen, die jetzt staatliche Selbständigkeit erlangt hatten, ein neues Verhältnis, oder wir schlossen uns dem Mutterlande Deutschland an. Von der erstgenannten Möglichkeit laut zu sprechen wäre in der Zeit des Zusammenbruches nicht ratsam gewesen; die Treue gegen Deutschland ließ schon den bloßen Gedanken eines Anschlusses an den Westen als Verrat erscheinen, und nicht nur die Deutschnationalen, die in der provisorischen Nationalversammlung noch immer die stärkste Partei waren, sondern auch die Sozialdemokraten belegten jeden mit dem großen Bann, der es wagte, an dem Bündnis und der unbedingten Solidarität mit Deutschland zu rütteln. Die ungeheuren Schwierigkeiten, die unser harrten, wenn wir mit Deutschland in die Isolierung gingen und wenn wir durch starres Festhalten an dem Bündnis uns selbst zu der Erbschaft nach dem alten Habsburgerstaate bekannten, diese Schwierigkeiten sah damals niemand voraus. Für die Idee einer Donauföderation herrschte in der Bevölkerung schon wegen der Aufrechterhaltung der alten wirtschaftlichen Gemeinschaft eine sehr freundliche Stimmung. Aber die Nationalversammlung stand noch zu sehr unter dem Eindruck der Erlebnisse im geborstenen Reichsrate, sie zitterte noch vor nationaler Erregung, und die Absperrung der neuen Nationalstaaten gegen Deutschösterreich, die dessen Verpflegung in Frage stellten, die übermütigen Ansprüche, die von den Tschecho-Slowaken in Bezug auf Deutschböhmen und Deutschmähren gestellt wurden, die Ansprüche, die Deutschösterreich hinwieder selbst auf Westungarn stellte, ließen kein Verhältnis aufkommen das einem neuen, völkerrechtlichen Zusammenschluß der ehemals österreich-ungarischen Nationen förderlich gewesen wäre. Und so kamen denn die großen Parteien der provisorischen Nationalversammlung überein, den Anschluß an Deutschland auszusprechen, was in der dritten Sitzung vom 12. November geschehen ist, ohne daß man zuvor die deutsche Regierung um ihre Stellungnahme zu dieser wichtigen Sache befragt hätte.

Seither hat man den Anschluß an Deutschland mit Hilfe einer beispiellos zähen Agitation der Sozialdemokraten auch der großen Oeffentlichkeit als den einzigen Ausweg aus der Wüste plausibel zu machen gesucht. Man wird sich einmal erstaunt fragen, wie denn gerade die „internationale" Sozialdemokratie dazu kam, das großdeutsche Banner zu entfalten und die nationalen Instinkte, die sie einst als eine bürgerliche Rückständigkeit schonungslos gegeißelt, aufzupeitschen. Man wird sich dann vielleicht erinnern, wie der sterbenskranke Viktor Adler in seiner letzten Reichstagsrede mit Wehmut von dem Zusammenbruch des alten Oesterreich gesprochen, und wie derselbe Renner, der heute als Kanzler an der Spitze der großdeutschen Politik marschiert, während des Krieges bis zum letzten Ende sich für die Erhaltung Oesterreichs die Finger wund geschrieben und die Unmöglichkeit und soziale Unerträglichkeit rein nationaler Staaten nachgewiesen hat; man wird sich dann vielleicht auch an die Haltung der deutschösterreichischen Sozialdemokraten in Stockholm erinnern, wie energisch sie damals der nationalen Zerlegung Oesterreichs begegneten und wie abweisend sie sich bei den Stockholmer Beratungen und auch später im Wiener Parlament selbst gegen die nationale Einigung der Polen verhielten. Woher also nach dem Zusammenbruch urplötzlich die nationalstaatliche, großdeutsche Haltung der Renner, Seitz und Otto Bauer? Die Annahme, daß in den Sozialdemokraten urplötzlich die deutschnationale Begeisterung aufgeflammt sei, wäre mehr als naiv. Tatsache ist, daß die Sozialdemokratie von dem vollständigen Zusammenbruche ebenso überrascht wurde, wie die bürgerlichen Parteien und daß sie ebensowenig wie diese ein Programm für den Fall der Selbstbestimmung besaß. In dieser unerwarteten Lage betrachtete sie die Zukunft Deutschösterreichs, das nun ihrer Führung anvertraut war, lediglich als ihre Parteifrage. Der zentralisierende Grundzug der sozialdemokratischen Lehre ließ bei ihren Anhängern für das kleine Stäätchen a priori keine Begeisterung aufkommen; diese wollten lieber ein Teil der mächtigen sozialdemokratischen Partei in einem vollständig industrialisierten Großstaat, als eine zur ewigen Minderheit und zu faulen Kompromissen verurteilte Partei in einem kleinen Bauernstaate sein. Die Führer sagten sich wohl auch, daß in der bedrohlichen wirtschaftlichen Not des Volkes ein ideologisches Schlagwort wünschenswert sei, um die breiten Massen von ihrer verzweifelten ökonomischen Lage abzulenken und in das rein Politische hinüber zu leiten. Und endlich war der Ruf nach dem deutschen Anschluß auch eine gute Wahlparole in den zwischen Nationalismus und Sozialismus schwankenden Kreisen.

Die sozialdemokratische Partei hat die nun einmal eingeschlagene Linie mit der ihr eigenen Hartnäckigkeit verfolgt; sie stachelte, um ihre Politik der Bevölkerung schmackhaft zu machen, ganz gegen ihre Grundsätze den nationalen „Hochgedanken" auf, sie suchte den Darbenden einzureden, unsere Ernährung könne nur durch Deutschland gesichert werden, was angesichts der trostlosen wirtschaftlichen Verhältnisse im Reiche eine starke demagogische Leistung war, und, als diese Argumente nicht verfingen, suchte sie jeden, der gegen den Anschluß auftrat, als feilen Söldling der Entente hinzustellen. Aber in der Bevölkerung bestand und besteht wenig Begeisterung für den großdeutschen Partei-Imperialismus derer um Otto Bauer. In Wien, das ja ein volles Drittel der Staatsbevölkerung in sich schließt und das die volle Härte des von der Entente verhängten Strafzustandes am schwersten fühlt, hat man nur ein Bedürfnis, den Weg ins Freie so rasch als möglich wieder geöffnet zu sehen und von der Entente nicht mehr für die Sünden des alten Oesterreich verantwortlich gemacht zu werden. Man weiß hier sehr genau, daß die Pariser Konferenz die Vereinigung Deutsch-Oesterreichs mit Deutschland nicht will, und daß sie diesen Akt, wenn sie ihn aus moralischen Erwägungen auch nicht verhindern könnte, doch mit einer Verschlechterung der Friedensbedingungen und mit aller möglichen Erschwerungen der Lebensmittel- und Rohstoffzufuhren zu bestrafen die Macht habe. Daran, daß uns Deutschland mit Lebensmitteln und Kohlen ausreichend versorgen könnte, glaubt hier nach den Erlebnissen der letzten Monate kein Kind, dagegen fürchtet man für den Fall des Anschlusses mit Recht, daß Wien seine internationale Stellung als Handelsemporium verlieren, innerhalb des Reiches selbst aber auf das Niveau einer Mittelstadt herabgedrückt würde. Aber auch in der Provinz will man von dem Anschluß nicht viel wissen. Von der Gegnerschaft der reaktionären und konterrevolutionären Gruppen, die durch den Anschluß auch die letzte Hoffnung auf eine Restauration verlieren würden, will ich schweigen, weil ihre Argumente contra für jeden Republikaner eher Argumente pro sein müßten.

Das deutschösterreichische Problem.

Von Ernst Viktor Zenker (Wien).*

Deutschösterreich nimmt unter den Sukzessionsstaaten der alten Donau-Monarchie eine eigene — nicht gerade stets beneidenswerte — Stellung ein.

Während alle anderen Nationen Oesterreichs und Ungarns seit je ihr positives, nationalpolitisches Programm besaßen, wenn nicht schon früher, so doch bestimmt seit Ausbruch des Krieges zielbewußt auf ihre staatliche Selbständigkeit hinarbeiteten und vorsorgend das eigene Heim erweiterten und ausbauten, das sie dann im Augenblicke des Zusammenbruchs beziehen konnten, hatten die Deutschen Oesterreichs nie ein klares, nationales Programm, am allerwenigsten das der Selbstbestimmung, arbeiteten vielmehr immer und bis zum letzten Augenblick, für die Erhaltung des alten, monarchischen Oesterreich, und waren, als dieses morsche Haus über ihrem Haupte zusammenkrachte, obdachlos und — ratlos. Wenn heute gewisse Parteien sich und ihren Angehörigen

* (Der Verfasser dieses geistig überlegenen und sehr beachtenswerten Aufsatzes, Ernst Viktor Zenker, gehörte zu jenen wenigen weitblickenden Politikern im alten Oesterreich, die ernsthaft von dem verderblichen Nationalismus abrücken und aus einer Verständigung von dessen Völkern die Erneuerung des Staates begründen wollten. Bei der nationalistischen Besessenheit in Böhmen erfordert dies für einen von dort ausgehenden Politiker und Publizisten nicht bloß Einsicht, sondern Mut und Selbstverleugnung. Zuerst als Wortführer in Deutschböhmen, später als Abgeordneter des vierten Wiener Gemeindebezirkes im Parlament, immer als Publizist, der schon lange vor der Katastrophe im „Berliner Tageblatt" in zu wenig beachteten Aufsätzen die Wege der Rettung zeigte, hat sich Zenker als eines der wenigen staatsmännischen Talente des heutigen Oesterreich gezeigt. Es ist nur selbstverständlich und für ihn eine Ehre, daß der Chauvinismus und die Beschränktheit der fanatischen Großdeutschen in ihm einen Gegner sieht. #)

Reichspost
7.IV.1919
85

Nach den Wahlen in den Landtag und Gemeinderat.

Knallrot und rosa.

Der Wahlerfolg der Christlichsozialen hat in den sozialdemokratischen Wiener Hauptorganen das Naturwunder eines zweistimmigen Echos hervorgerufen. Anders hält es aus dem offiziellen, anders aus dem offiziösen Regierungsblatt und wundersam treffen sich doch beide Melodien auf derselben Partitur. Jubelnd weiß die heutige „Arb.-Ztg." an der Spitze des Blattes den Lesern zu erzählen:

Nun ist die Herrschaft (der Christlichsozialen) zu Ende, vollständig zu Ende und für immer zu Ende. Die Christlichsozialen, einst mit Ausnahme der industriellen Arbeiter das ganze Volk ergreifend und zu einer politischen Partei verknüpfend, sind nun auf den Altenteil der ganzklerikalen und der verstockt kapitalistischen Schichten gesetzt. Alles übrige, was sie einst besaßen, was sie gefürchtet machte und ihnen manchmal zu dem Schein der Unwiderstehlichkeit verhalf, hat die rote Flut weggespült. Die christlichsoziale Herrschaft werdet ihr nimmer sehen... Aber mit allen Fasern sind sie (nämlich die Christlichsozialen) an die kapitalistische Ordnung gebunden, an ihr Unrecht, an ihre Unnatur, an ihre Entartungen. Der Sieg der Sozialdemokraten, der in der neuen Zusammensetzung des Gemeinderates und des Landtages so überwältigend zu Tage tritt, ist der Sieg des Sozialismus, der Sieg der unwiderstehlichen Notwendigkeit der Entwicklung, der Sieg über den Kapitalismus, der noch leben will, aber sterben muß.

Gut gebrüllt, knallroter Löwe! Der Sozialismus hat also über die Träger des Kapitalismus, die Christlichsozialen, gesiegt, die für das ganze Volk ein Band gefunden und nur die industriellen Arbeiter stiefmütterlich vernachlässigt hatten. So liest man es auf der ersten Seite und der röteste Leser kann seine Freude daran haben. Auf der dritten Seite derselben Nummer desselben Blattes ist die Wahlbetrachtung des sozialdemokratischen Staatskanzlers aus der „Wr. Abendpost" abgedruckt. Dort heißt es u. a.:

Die christlichsoziale Partei hat den in den Februarwahlen behaupteten Besitzstand festgehalten und zum Teil sogar verbessert. Sie hat sich dadurch als demokratische Volkspartei bewährt, die Festigkeit ihrer Organisation und die Zuverlässigkeit ihrer nunmehrigen Anhängerschaften stehen außer Zweifel. Diese Partei, die in den letzten Jahrzehnten der Monarchie durch die unglückseligen Abenteuer der Monarchie von ihren ursprünglichen Aufgaben weit abgelenkt worden ist, wird nicht ungern zu ihren sozialen Anfängen zurückkehren, die durch die Namen Vogelsang und Rudolf Meyer umschrieben sind. Sie zielen auf einen bäuerlichen und kleinbürgerlichen Sozialismus ab, der von christlichen Ideen ebenso geleitet als begrenzt ist. Diese Richtung war der Sozialpolitik von Haus aus freundlich gesinnt, und ihrer Mitwirkung ist ein Teil unseres Arbeiterschutzes zu danken. Die Anknüpfung an diese Tradition weist zugleich einen Weg in die Zukunft.

Hier also rosarote Anerkennung der Partei, der ein Teil des Arbeiterschutzes zu verdanken ist. Dr. Renner sieht wohlwollend Sozialismus, wo Austerlitz verstockten Kapitalismus verachtet. Welcher von beiden ist nun farbenblind? Man frägt sich, wo der Verstand mit dem Herzen oder das Herz mit dem Verstande durchgegangen ist. Erkläret mir, Graf Oerindur, dieses Wunder der Natur!

Die Berufe im neuen Wiener Gemeinderat.

Nach dem sonntägigen Wahlausgange ergibt sich folgende Berufsgliederung in den einzelnen Parteien des Gemeinderates:

Von den 50 Christlichsozialen sind 2 Rechtsanwälte, 1 Arzt, 1 Ingenieur, 13 Beamte, 3 Lehrer, 15 Gewerbetreibende, 2 Private, 7 Arbeiter und 6 Frauen.

Der sozialdemokratische Klub setzt sich zusammen aus 28 (über ein Viertel!) Kassen-, Organisations- und Parteibeamten, 20 Arbeitern, 4 Journalisten, 2 Universitätsprofessoren, 2 Advokaten, 1 Arzt, 1 Ingenieur, 3 Lehrern, 21 Beamten, 2 Gewerbetreibenden und 16 Frauen.

Unter den Deutschnationalen sind je 1 Beamter, Gewerbetreibender und Ingenieur.

Die Juden schicken 2 Advokaten und 1 Fabrikanten in den Gemeinderat, die bürgerlichen Demokraten 1 Advokaten und die Tschechen 6 Beamte, 1 Gewerbetreibenden und 1 Arbeiter.

Ein Dank an das Wiener christlichsoziale Parteisekretariat.

An dem erfreulichen Wahlausgange in Wien hat namentlich auch das christlichsoziale Parteisekretariat für Wien großen Anteil, das in der kürzesten Zeit eine umsichtige und wirkungsvolle Wahlpropaganda eingeleitet und durchgeführt hat. Das Verdienst des Parteisekretariates, an dessen Spitze Abg. Schönsteiner steht, wurde auch in einer Kundgebung der Wiener Parteileitung dankend anerkannt.

Die Tschechen und die Wiener Wahlen.

Die tschechischen Blätter stellen in den Betrachtungen über den Ausgang der Wiener Wahlen fest, daß die Wiener Tschechen nunmehr 53 Vertreter in den gesetzgebenden und verwaltenden Körperschaften besitzen: 1 in der Nationalversammlung, 3 im Landtag, 8 im Gemeinderat und 41 in den Bezirksvertretungen und daß sie in sämtlichen Wiener Bezirken mit Ausnahme der Innern Stadt vertreten sein werden. Das Ergebnis wurde sogar dem tschechischen Vertreter in der Friedenskonferenz gemeldet. (Hoffentlich leitet dieser aus dem Wahlergebnis nicht historische Rechte auf den Besitz der Stadt Wien ab. D. Red.) Der tschechische Abg. Dworak hat im 16. Bezirk erklärt, daß sich die Tschechen in Wien und Niederösterreich vereinigen würden, um einen neuen Kampf für die tschechischen Schulen (!) einzuleiten.

In diesen tschechischen Freudensprüchen vermissen wir allerdings auch Mitteilungen hierüber, auf welche Art diese tschechischen Stimmen zustande kamen. Seit Wochen wurden alle in Wien lebenden Tschechen, alle nach den von Tschechen besetzten Ländern zuständigen oder auch nur dort geborenen Männer und Frauen und deren Angehörige aufgefordert, in die tschechischen Vereine einzutreten, da die von dort aus mit Lebensmitteln aus Böhmen versorgt würden. Tatsächlich wurden von diesen Vereinen in den zwei letzten Wochen vor den Wahlen z. B. Mehlzubußen, geräuchertes Fleisch zu 34 Kr., Fett zu 50 Kr. ausgegeben, dabei aber bemerkt, wenn sich aber bei den Wahlen nicht eine entsprechende Stimmenzahl in Wien für die Tschechen zeigen würde, dann würden die Zufuhren aus Böhmen eingestellt. Auf diese Art der Wahlagitation durch den Magen kamen die großen tschechischen Minderheiten zustande, auf die sich nun die tschechischen Ansprüche stützen.

Wie verlautet, suchen die tschechischen Vertreter im Landtag und Gemeinderat bereits eine Fühlungnahme mit den Sozialdemokraten, um mit diesen gemeinsam vorzugehen.

Der christlichsoziale Stimmenzuwachs in Niederösterreich.

Aehnlich wie in Wien hat die christlichsoziale Partei auch in Niederösterreich am 4. Mai im Vergleiche mit den Sozialdemokraten und Deutschnationalen nicht nur den geringsten Stimmenverlust gegenüber der Februarwahl zu verzeichnen, sondern in vielen Orten, ja in ganzen Gerichtsbezirken sogar einen absoluten Stimmenzuwachs zu verzeichnen. So erhielten die Christlichsozialen in dem zwölf Gemeinden zählenden Gerichtsbezirk Atzenbrugg im Viertel unter dem Wienerwald am 4. Mai 2926 Stimmen gegenüber 2575 Stimmen am 16. Februar, während im gleichen Bezirk die Sozialdemokraten von 972 auf 575 und die Deutschnationalen von 1400 auf 634 Stimmen herabsanken, letztere also nahezu zwei Drittel ihrer Wählerschaft vom 16. Februar verloren.

Bemerkenswert ist auch das Wahlergebnis in der Stadt Tulln. Hier erzielten die Christlichsozialen am 4. Mai gleichfalls einen Stimmenzuwachs (688 gegenüber 611 im Februar), während die Deutschnationalen (332 gegen 537), aber auch die Sozialdemokraten (714 gegen 844) starke Einbußen erlitten.

Die Stimmenverluste der Deutschnationalen.

Die Deutschnationalen, die in Wien vor allem unter der Firma der Nationaldemokraten mit Hilfe einer marktschreierischen Preßmache gehofft hatten, durch ihre Querkopfpolitik gegen das durch die Verhältnisse notwendig gewordene Zusammenarbeiten der Christlichsozialen mit den Sozialdemokraten einen reichen Fischzug machen zu können, haben sowohl in Wien, als auch in Niederösterreich eine schwere, nahezu vernichtende Niederlage erlitten. In Wien werden sie hierin nur von den Liberalen übertroffen. Während sie noch vor zweieinhalb Monaten, am 16. Februar, 68.936 Stimmen erhielten, vermochten sie aus dem Zusammenbruche ihrer politischen Hoffnungen am 4. Mai nur mehr 36.955 Stimmen zu retten. Sie verloren demnach 46:4 Prozent ihres Besitzstandes vom Februar.

Fast ebenso groß ist der Verlust, den sie in den vier Wahlkreisen Niederösterreichs erlitten. Er beträgt 45 Prozent (75.305 gegen 137.070). Die Deutschnationalen, für die in Wien und Niederösterreich am 16. Februar insgesamt 206.751 Wähler gestimmt hatten, haben am 4. Mai nur mehr 112.260 Stimmen auf sich zu vereinigen vermocht, also einen absoluten Stimmenverlust von 94.491 Stimmen zu verzeichnen.

Ausschreibung der Gemeinderatswahlen in Niederösterreich.

Der n.-ö. Landesrat hat die allgemeinen Neuwahlen der Gemeinderäte für alle Gemeinden Niederösterreichs, mit Ausnahme der Städte mit eigenem Statut ausgeschrieben. Der Wahltag wird besonders festgesetzt werden.

Die Zeit
10.IV.1919
10
43

Nationalversammlung.

Die Nationalversammlung hat in ihrer gestrigen Sitzung den sozialdemokratischen Abgeordneten Eldersch provisorisch bis zur Rückkehr des Staatskanzlers Dr. Renner zum Staatssekretär für Inneres und den Professor Dr. Julius Tandler zum Unterstaatssekretär für Volksgesundheit gewählt. Die Mitglieder der Großdeutschen Vereinigung hatten vor der Abstimmung den Saal verlassen.

Nachstehend der Sitzungsbericht:

Präsident Seitz eröffnet die Sitzung um 3 Uhr 15 Minuten und schlägt infolge Beschlusses des Hauptausschusses vor, auf die Tagesordnung die Wahl eines Unterstaatssekretärs für Volksgesundheit zu setzen. Das Haus stimmt diesem Vorschlag zu.

Berichterstatter des Hauptausschusses Dr. Weiskirchner beantragt auf Grund einstimmigen Beschlusses des Hauptausschusses, den Abg. Eldersch zum Staatssekretär für Inneres zu wählen.

Berichterstatter des Hauptausschusses Sever beantragte, auf Grund einstimmigen Beschlusses des Hauptausschusses zum Unterstaatssekretär für Volksgesundheit Universitätsprofessor Dr. Julius Tandler zu bestellen.

Die Anträge des Hauptausschusses werden in namentlicher Abstimmung mit sämtlichen abgegebenen 71 Stimmen angenommen.

Auf Befragen des Präsidenten Seitz erklärt Abg. Eldersch, die Wahl zum Staatssekretär für Inneres anzunehmen. — Die Einholung der Antwort des Universitätsprofessors Dr. Tandler wird durch die Staatskanzlei erfolgen.

An Stelle der Abgeordneten Dr. Gürtler und Dr. Schönbauer, die mit Rücksicht auf ihre Wahl in die Friedensdelegation die Mandate als Mitglieder des Hauptausschusses niedergelegt haben, und des zum Staatssekretär gewählten Abg. Eldersch werden in den Hauptausschuß gewählt die Abgeordneten Schoiswohl, Dr. Ursin und Smitka.

Nächste Sitzung Mittwoch den 14. d., 3 Uhr nachmittags, mit folgender Tagesordnung:

Bericht des Ausschusses für Erziehung und Unterricht über das Gesetz betreffend die definitive Anstellung von Bezirksschulinspektoren; Berichte des Ausschusses für soziale Verwaltung über die Gesetze betreffend die Nachtarbeit der Frauen und den Ladenschluß im Handelsgewerbe; Bericht des Ausschusses für Handel und Industrie über die Anträge betreffend den Abbau der Zentralen; endlich Bericht des Ausschusses für Sozialisierung über das Gesetz betreffend die Errichtung von Betriebsräten.

Präsident Seitz macht darauf aufmerksam, daß in der nächsten Zeit in den Ausschüssen wichtige Arbeiten zu leisten sind, weshalb die Mitglieder der Ausschüsse dringend gebeten werden, in Wien zu bleiben, um an diesen Arbeiten teilnehmen zu können.

Schluß der Sitzung ¾4 Uhr nachmittags.

* * *

Sozialisierungsausschuß.

Erledigung des Betriebsrätegesetzes.

Der Sozialisierungsausschuß hat gestern das Gesetz betreffend die Errichtung von Betriebsräten erledigt, nachdem die Sozialdemokraten auf Grund der mit den bürgerlichen Parteien getroffenen Vereinbarung die von diesen bekämpfte Forderung nach Einführung von Betriebsräten in bäuerlichen Wirtschaften fallen gelassen hatten. In einer Resolution wird die Regierung aufgefordert, die Betriebe bekanntzugeben, die sozialisiert werden sollen.

§ 10 wurde in folgender Fassung beschlossen:

„In Betrieben, die bis 50 Arbeiter oder Angestellte beschäftigen, besteht der Betriebsrat aus drei Mitgliedern, in Betrieben mit mehr als 50 Beschäftigten erhöht sich die Mitgliederzahl für je weitere 100 Beschäftigte um eines. Bruchteile von 100 werden für voll gerechnet. In Betrieben mit mehr als 1000 Beschäftigten entfällt auf je weitere 500 ein Vertreter, wobei Bruchteile für voll gerechnet werden."

Dem § 11 (neu § 10) wurde folgende Bestimmung angefügt: „In denjenigen Betrieben, in denen Arbeiter und Angestellte gemeinsam den Betriebsrat wählen, hat mindestens ein Angestellter dem Betriebsrat anzugehören."

Ferner wurden folgende Bestimmungen angefügt:

Die Mitgliedschaft im Betriebsrat ist ein Ehrenamt. Den Mitgliedern gebührt nur eine Entschädigung für den Verdienstentgang, soweit hierfür nicht nach dem Gesetz der Betriebsinhaber aufzukommen hat, und für die ihnen erwachsenen Barauslagen.

Das Staatsamt hat für die Revision der Gebarung der Betriebsräte Sorge zu tragen. Es kann diese Revision auf die Gewerkschaften der Arbeiter und Organisationen der Angestellten übertragen.

Ein Mitglied des Betriebsrates darf nur entlassen werden, wenn es sich einer Handlung schuldig macht, die nach den bestehenden Gesetzen die Entlassung rechtfertigt. Kündigungen oder Entlassungen aus anderen Gründen dürfen nur mit Zustimmung des Einigungsamtes erfolgen."

Einigungsämter.

Die Schaffung von Einigungsämtern erfolgt durch ein besonderes Gesetz. Infolange das Gesetz über die Einigungsämter nicht in Kraft getreten ist, wird das gemäß der Vollzugsanweisung vom 8. November 1918 bestellte Einigungsamt zur Durchführung der in diesem Gesetz den Einigungsämtern zugewiesenen Aufgaben berufen. In diesen Fällen setzt sich das Einigungsamt lediglich aus je einem Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer und einem vom Staatssekretär für Justiz ernannten Vorsitzenden zusammen. Die Entscheidungen dieses Einigungsamtes in den ihm durch dieses Gesetz zugewiesenen Fällen sind mit Ausschluß des Rechtsweges endgültig."

Das Gesetz tritt zwei Monate nach seiner Kundmachung in Kraft.

Die vorstehenden Bestimmungen sind sinngemäß anzuwenden hinsichtlich des Aufsichtsrates von Kommanditgesellschaften auf Aktien und des Aufsichtsrates von Gesellschaften m. b. H., bei denen das Stammkapital eine Million Kronen übersteigt und ein Aufsichtsrat besteht."

Folgende Resolution des Abg. Dr. Gimpl wurde zum Beschluß erhoben: „Die Staatsregierung wird aufgefordert, um unser daniederliegendes Wirtschaftsleben nicht zu hemmen und die treibenden Kräfte privaten Fleißes und persönlicher Energie wieder zur Schaffensfreude anzuregen, mit tunlichster Beschleunigung in allerkürzester Zeit mit voll-

12/V. 1919

12
45

Die Hintermänner der Antianschluß-bewegung in Wien.

(Wiener Brief.)

Die im Friedensvertrage enthaltene Klausel, daß Deutschland die Selbständigkeit Deutsch-Oesterreichs anerkennen müsse, hat in nationalen Kreisen begreifliche Erregung hervorgerufen, zumal die Entente den Boden für diese Bestimmung an Deutschland innerhalb Deutsch-Oesterreichs bereits gut vorbereitet hatte. Es hat sich denn auch in den letzten Tagen eine auffällige Wendung der Stimmung vollzogen. Der nach Wien entsandte außerordentliche französische Gesandte Allize hat kein Hehl daraus gemacht, daß es seine Hauptaufgabe ist, den Anschluß Deutsch-Oesterreichs an das Deutsche Reich zu verhindern. Da das Schlagwort von der Donaukonföderation angesichts der ablehnenden Haltung der Tschecho-Slowakei und der anderen auf dem Boden der habsburgischen Doppelmonarchie entstandenen Nationalstaaten, wie auch angesichts der entschiedenen Opposition Italiens, seine Zugkraft rasch verloren hat, hat man von Paris aus die Idee der Neutralisierung Deutsch-Oesterreichs lanciert und verspricht nun Deutsch-Oesterreich goldene Berge, wenn es auf diesen Köder anbeißt. So meldete kürzlich ein Abendblatt, die amerikanische Regierung plane die Durchführung eines großzügigen Projektes, um Wien zum Zentrum des Ententewarenverkehrs für Mitteleuropa zu machen. Wien solle gewissermaßen eine Art staatliches Import- und Exporthaus der Entente in größtem Stile werden. Die ganze Bewirtschaftung Europas mit Rohstoffen solle in Wien organisiert und ausgebaut werden. Daß solche Lockungen, gepaart mit der Ausmalung aller Schrecknisse der Mittragung der Deutschland aufzuerlegenden wirtschaftlichen Versklavung für den Fall des Anschlusses — hier der Himmel, dort die Hölle — auf weite Kreise namentlich der bürgerlichen und erwerbstätigen Bevölkerung nicht ohne Eindruck bleiben konnten, erscheint begreiflich.

Um sich über den Wert der Kundgebungen gegen den Anschluß ein Bild zu machen, muß man sich einmal die Hintermänner und Drahtzieher dieses Antianschlußrummels etwas näher ansehen. Und da kommt man zunächst zu dem überraschenden Ergebnis, daß diese Kundgebungen durchaus nicht aus einer einheitlichen Quelle fließen. Im Gegenteil, man kann, selbst wenn man von gewissen offiziösen Widerständen im Ententelager absieht, noch mindestens vier verschiedene Strömungen unterscheiden, die in ihrem Ursprung und in ihrer Tragweite durchaus nicht identisch sind.

Der Ursprung der ersten dieser Strömungen ist in der Habsburger Clique zu suchen, welche jetzt mit der entthronten Dynastie in der Schweiz ein Emigrantendasein führt. Ihre Protagonisten sind die Fürsten Schönburg und Windischgrätz, die Grafen Berchtold und Andrassy, der Freiherr v. Chlumetzky und andere. Auch der jüngste Entweichungsversuch des Grafen Ottokar Czernin nach der Schweiz dürfte in dem Wunsche dieses in allen Farben oszilierenden Staatsmannes, der sich noch bei den Wahlen zur Nationalversammlung als Republikaner aufzuspielen versucht hat, seine Erklärung finden, sich der Schweizer Emigrantenkolonie wieder zu nähern. Das Ziel dieser hochfeudalen Emigrantenclique ist die Restauration der Dynastie Habsburg mit Hilfe der Entente. Darum sucht sie natürlich den Anschluß an das Deutsche Reich mit allen Mitteln zu hintertreiben. Im Inlande besitzt diese habsburgische Propaganda namentlich in klerikalen Kreisen noch einen nicht zu unterschätzenden Anhang, der sich zwar unter dem Drucke der Verhältnisse derzeit als loyale Republikaner aufspielt, aber nur auf den günstigen Augenblick martet, um die Maske abzuwerfen. Das publizistische Sprachrohr dieser Richtung ist die Wiener „Reichspost".

Die zweite Gruppe bilden gewisse Tiroler Kreise, die sich um den Landeshauptmann Schraffl und den Professor Schöpfer scharen. Es sind fast durchweg Klerikale, wenn auch nicht die gesamte christlichsoziale Partei Tirols hinter ihnen zu stehen scheint. Durch die Kanäle des Klerikalismus dürfte auch eine Verbindung zwischen dieser Tiroler Gruppe und der Schweizer Emigrantenkolonie bestehen. Für die Tiroler kommen aber noch zwei besondere Motive bestimmend hinzu. Erstens die alte Tiroler Abneigung gegen Wien, die sich sogar zu einer Tiroler Unabhängigkeitspropaganda verdichtet hat, und zweitens die Besorgnis wegen Deutsch-Südtirols. Und das muß allerdings offen anerkannt werden: wenn die Alternative so stände oder so gestellt würde — Anschluß an Deutschland unter Verzicht auf Südtirol oder Erhaltung Südtirols unter Verzicht auf den Anschluß —, so würde wohl kein Tiroler, welcher Partei immer, sich dazu entschließen können,

Neue Freie Presse

13./V. 1919

46

Das Ergebnis der Wahlen in Steiermark.

Bürgerliche Mehrheit im Landtage und im Grazer Gemeinderate.

Wien, 12. Mai.

Die Wahlen für den steiermärkischen Landtag und für den Grazer Gemeinderat haben in diesen beiden Körperschaften den bürgerlichen Parteien die Mehrheit gebracht. Wie in Wien und Niederösterreich zeigte sich auch gestern in Steiermark ein bedeutender Rückgang der Stimmen. Die Beteiligung bei den Wahlen für die Nationalversammlung ging in einzelnen steirischen Gebietsteilen bis zu 90 Prozent. Gestern ist sie auf 50 bis 70 Prozent geschätzt worden. Vom Rückgange sind insbesondere die Sozialdemokraten betroffen, die an das Ergebnis der Wahlen große Hoffnungen geknüpft hatten. Sie haben von den 70 Mandaten des Landtages 25 erhalten, und es werden ihnen 35 Christlichsoziale, 8 Bauernbündler und 2 Deutschdemokraten gegenüberstehen. Die bürgerliche Mehrheit umfaßt mithin 45 Stimmen. Im Grazer Gemeinderat, der 48 Mitglieder zählt, wird die bürgerliche Mehrheit über 28 Stimmen verfügen. Den Sozialdemokraten sind 20 Sitze, der nationalmittelständischen christlichsozialen Bürgerpartei, deren Listenführer Apotheker Fizia nun wieder zum Bürgermeister gewählt werden wird, 24, der Partei der Angestellten drei Sitze und der Partei der freien Republikaner ein Sitz zugefallen.

Dieses Ergebnis ist erreicht worden, obwohl die bürgerlichen Parteien diesmal unter ungünstigeren Bedingungen als bei der Nationalversammlung in den Wahlkampf eintraten, da weder für den Landtag noch für den Gemeinderat die Listenkoppelung zugelassen war. Die Ziffern des Wahlkreises Graz und Umgebung liegen noch nicht vor. Im Wahlkreis Obersteier sind die sozialdemokratischen Stimmen von 72.437 bei der Wahl in die Nationalversammlung auf 64.142, also rund um 8000 Stimmen, gesunken. Die Christlichsozialen verzeichnen in diesem Bezirk einen Gewinn von 1200 Stimmen. In Mittel- und Untersteier sind die sozialdemokratischen Stimmen von 19.635 auf 17.092, also rund um 2500 Stimmen, gesunken. In diesem Kreise haben auch die Christlichsozialen einen Rückgang von 5400 Stimmen, der teilweise der Bauernpartei zugute gekommen ist. In Oststeiermark beträgt der Rückgang der Sozialdemokraten 4700 Stimmen. Sie hatten bei der Wahl in die Nationalversammlung 11.275 Stimmen, gestern 6500 Stimmen erhalten. Das Wahlergebnis verdient auch deshalb Beachtung, weil Steiermark nach Niederösterreich das industriereichste Land Deutschösterreichs ist. Es hat neben seinem bedeutenden Bergbau- und Hüttenwesen eine hochentwickelte Eisen- und Stahlindustrie, weiter Holz-, Leder-, Glas- und Papierfabriken, Brauereien und chemische Industrien, die alle eine sehr große Zahl von Arbeitern beschäftigen. Der Erfolg der bürgerlichen Parteien in Steiermark ist heute in parlamentarischen Kreisen sehr bemerkt worden.

Graz, 12. Mai.

Nach dem in den Abendstunden beendeten Ermittlungsverfahren über die Wahlen für den Grazer Gemeinderat erhielten die mittelständische christlichsoziale Bürgerpartei 23, die Sozialdemokraten 20, die Partei der Angestellten und Verbraucher 3 und die deutschvölkische Einigungspartei 1 Mandat. Ein Mandat ist noch nicht entschieden, da die Stimmen außerhalb Graz weilender Volkswehrmänner und der Studentenwehr noch nicht vorliegen.

Meinungsverschiedenheiten in der christlichsozialen Partei.

In parlamentarischen Kreisen waren heute Gerüchte verbreitet über Differenzen in der Christlichsozialen Vereinigung, die zum Rücktritt des Präsidenten Hauser von der Stelle des Obmannes der Partei führen sollen. Diese Gerüchte sind zurückzuführen auf Meinungsverschiedenheiten, die anläßlich der Verhandlungen über den Gesetzentwurf, betreffend die Errichtung von Betriebsräten, zwischen den landwirtschaftlichen und den städtischen Mitgliedern der Partei ausgebrochen sind. Diese Meinungsverschiedenheiten sind infolge des im Sozialisierungsausschusse zustande gekommenen Kompromisses wieder beigelegt. Die Haltung der Christlichsozialen zu den Friedensverhandlungen ist dabei nicht in Frage gekommen, da die Ansichten darüber in der Partei nicht geteilt waren. Die Gerüchte über die Rücktrittsabsichten des Präsidenten Hauser von der Obmannstelle beruhen auf dessen in der letzten Zeit wiederholt gemachten Aeußerungen. Er möchte im Falle eines der Partei günstigen Ergebnisses der oberösterreichischen Landtagswahlen die Stelle des Landeshauptmannes übernehmen und sich von dem beschwerlichen Amte eines Parteiobmannes, das seine ständige Anwesenheit in Wien erfordert, zurückziehen.

Dr. Lodgman über die Friedensverhandlungen in Saint-Germain.

Landeshauptmann Dr. Lodgman verabschiedete sich heut mittag vor seiner Abreise zu den Friedensverhandlungen in Saint-Germain von der Beamtenschaft der deutschböhmischen Landesregierung in Wien und richtete an sie folgende Ansprache:

„Vor meiner Abreise empfinde ich das Bedürfnis, Sie, meine Herren, die Sie meine unmittelbaren Mitarbeiter in dieser letzten Zeit gewesen sind, um mich zu versammeln, um an Sie einige Worte des Abschiedes zu richten. Die Bedingungen, welche Deutschland zugedacht worden sind, übersteigen alle trüben Erwartungen. Auch Deutschböhmens Selbstbestimmung soll dem rasenden Wahnsinn zum Opfer fallen. Deutschböhmen soll in einen Staat hineingepreßt werden, der sich „czecho-slowakisch" nennt, aber dreieinhalb Millionen Deutsche beansprucht. Nach dem in den Zeitungen veröffentlichten Wortlaute des Friedensvorschlages kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die sudetenländischen Gebiete einen Bestandteil der czechischen Republik bilden sollen, und daß nur noch über die Bedingungen des Eintrittes verhandelt werden soll. Nach dem Artikel 86 hat die czechische Republik die Verpflichtung zu übernehmen, jene Bestimmungen anzuerkennen, welche die Alliierten im Interesse jener Bewohner treffen werden, die sich untereinander durch Sprache, Rasse und Religion unterscheiden. Bei Festsetzung dieser Bestimmungen werden die Alliierten, wenn der Artikel 86 überhaupt einen Zweck haben soll, jedenfalls genötigt sein, die Aeußerungen von Personen zu hören, die mit den Verhältnissen im Lande vertraut sind, da man von der Entente die Kenntnis der Verhältnisse im einzelnen nicht erwarten darf. Hier soll also die Arbeit der nach Frankreich reisenden Unterhändler und Politiker einsetzen, die berufen sein werden, den Alliierten, die sich ja die Festlegung der betreffenden Bestimmungen vorbehalten haben, mit Rat zur Seite zu stehen. Inwieweit sie diese Aufgabe erfüllen können, bleibt ungewiß, ihre Anwesenheit wäre aber auf jeden Fall gegenstandslos, wenn etwa nur die czechischen Vertreter so wie bisher gehört würden. Daß der czechische Staat ein Staat innerer Kämpfe sein würde, das muß die Entente heute genau wissen. Daher ist es die letzte Weisheit, die noch erübrigt, die fremden Völker in ihm zu berücksichtigen, denn sie sind zu stark, um sich widerspruchslos zu fügen.

Auch Deutschböhmens Schicksal beruht in letzter Linie auf der Widerstandskraft und dem Willen der Bevölkerung, seine Eigenart zu wahren. Beide sind vorhanden, mit beiden muß daher gerechnet werden.

Durch diese Grundsätze bestimmt sich auch das Verhältnis der für das Schicksal des Landes verantwortlichen Personen. Ihre Aufgabe wird es sein, die Flagge der Selbstbestimmung, welche Wilsons Händen offenbar entglitten ist, aufzunehmen und vor den Völkern Europas neuerlich zu entrollen, wobei wir uns keiner Täuschung darüber hingeben wollen, daß auch dieser Friede, wie seine Vorgänger, nicht auf Gerechtigkeit und Verständigung, sondern auf denjenigen Bedingungen aufgebaut werden soll, welche die siegreichen Mächte für gut und für sie scheinbar vorteilhaft befinden. Dabei ist besonders Deutschböhmens Schicksal ganz eigenartig, denn es wird nach den vorliegenden Meldungen als Schachfigur im Spiele der Weltgeschichte behandelt und kommt nicht unter die Aufsicht des Völkerbundes, sondern wird einer Nation überantwortet, die sich an dem alten Oesterreich mit Hilfe deutscher Kultur und Arbeitskraft und jetzt an den siegreichen großen Mächten emporgerankt hat. Der von ihr ins Leben gerufene Staat weist alle Merkmale des alten Oesterreich auf. Das Hervorstechendste aber ist, daß auch Neuösterreich nicht auf dem freien Entschlusse seiner Bewohner fußen, sondern eine übernationale Zwangsgemeinschaft werden solle, wobei kein Zweifel darüber bestehen kann, daß die hier herrschende Nation trotz aller gegenteiligen Versicherungen aus jüngster Zeit darauf ausgehen wird, die ihr untergeordneten Nationen ihrer Volkskraft mit allen Mitteln zu berauben.

Freilich ist anzunehmen, daß hiezu auf die Dauer nicht die in den letzten Monaten gebrauchten brutalen Methoden der Gewalt in Anwendung gebracht werden, sondern man wird dieses Ziel unter einer modernen sozialen Maske anstreben, um es um so unauffälliger erreichen zu können. Insbesondere werden es die in deutschen Händen befindlichen Unternehmungen und die deutsche Scholle sein, welche im Wege der Sozialisierung, Bodenreform und Ansiedlung von Kriegsteilnehmern der nationalen Eroberungssucht willkommen sein werden. Die Scholle aber ist die Urkraft jeglichen Volksbundes. Sie deutsch zu erhalten ist unsere oberste Pflicht. Gewiß, auch wir wissen, daß die jetzige Wirtschaftsordnung einer Aenderung bedarf, wir werden aber diese nicht als Deckmantel für imperialistische Pläne mißbrauchen lassen.

Der Inhalt der bisher festgelegten Friedensbedingungen ist bisher noch nicht bekannt, es wäre daher verfrüht, ihn zu besprechen. In rein formeller Beziehung jedoch wollen wir feststellen, daß wir ihm konstitutive Bedeutung beilegen und daß wir die Zeit der Besetzung Deutschböhmens durch die czechischen Truppen nicht anders als nach der Haager Konvention beurteilen können. Wir müssen daher unter allen Umständen auf eine ordnungsmäßige Liquidierung jener Angelegenheiten dringen, welche die Zeit bis zum Friedensschlusse ausfüllen und im Vertrauen auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker getroffen worden sind. Unter diese Angelegenheit fällt auch die Sicherstellung der durch den Umsturz der Verhältnisse getroffenen Beamten und ehemaligen Heeresangehörigen, die sorglos zu stellen wir als Pflicht betrachten, insofern sie sich zu uns und ihrem Volke bekannt haben. Für Frankreich und England ist der Zweck des Krieges erfüllt, die Menschheit hat ihn verloren, das deutsche Volk aber und Deutschböhmen werden bestehen, sofern sie nicht gewillt sind, sich selbst aufzugeben. Damit, meine Herren, lassen Sie mich von Ihnen Abschied nehmen.

Die Rede des Landeshauptmanns Dr. Lodgmans wurde von der Beamtenschaft mit lauter Zustimmung aufgenommen. Ihre Sprecher betonten, daß heute ganz Deutschböhmen geschlossen unter seinem Landeshauptmann stehe, in der festen Ueberzeugung, daß seine bewährte politische Kraft Deutschböhmen zu seinem Selbstbestimmungsrechte verhelfen und daß es der Bamtenschaft der Landesregierung schon in naher Zeit vergönnt sein werde, Dr. Lodgman wieder als Chef der selbständigen Verwaltung Deutschböhmens begrüßen zu können.

Die Anschlußkundgebung in Linz.

Linz, 11. Mai.

Mitten im Wahlkampf zu den in acht Tagen bevorstehenden Landtagswahlen haben sich heute alle drei politischen Parteien des Landes einmütig zusammengefunden, um in einer von mehreren Tausenden besuchten Massenversammlung gegen die Vergewaltigung des deutschen Volkes durch die Entente und für das Selbstbestimmungsrecht, beziehungsweise für den Anschluß Deutschösterreichs an Deutschland einzutreten.

Neue Freie Presse

15./V. 1919

52

Konstituierende Nationalversammlung.

Staatssekretär Loewenfeld-Ruß über die Zuckerversorgung. Gänzliches Verbot der Nachtarbeit für Frauen und Jugendliche.

Wien, 14. Mai.

Der ältere Pitt hat einmal das Gelächter des Unterhauses erregt. Er begann seine Rede mit den Worten: Zucker, Mister Speaker ... Als das Lachen fortdauerte, wandte er sich mit flammenden Augen gegen die Störer, und der Schrecken, der von ihm ausging, war so groß, daß die Leichtherzigen verstummten und das Haus in Spannung und Aufmerksamkeit der Rede folgte. Kein Mensch denkt heute daran, zu lachen, wenn von Zucker die Rede ist, und was Staatssekretär Loewenfeld-Ruß heute erzählte, ist so recht ein Beispiel von dem Jammer unseres vereinzelten, von den Bezugsquellen abgeschnittenen Staates, der um die einfachsten Lebensbedürfnisse betteln muß und selbst wenn er schon die Gnade eines Versprechens erfleht hat, erst recht noch keine Sicherheit besitzt, daß die Versprechen auch erfüllt werden und daß nicht durch Kniffe und durch die Hinterlist auch bezahltes Gut noch zurückbehalten wird. Wie ist es uns mit dem Zucker ergangen? Dr. Loewenfeld-Ruß stellte vor allen Dingen die herabstimmende Tatsache fest, daß in Deutschösterreich nur vier Zuckerfabriken sind gegenüber einem Bestande von hundertachtzig im alten Oesterreich. Wir sind vollständig von den Czechen abhängig und unsere eigene Produktion ist nicht imstande, uns auch nur für einen einzigen Monat Befriedigung zu geben. Was war zu tun? Man mußte mit den Czechen verhandeln. Es gelang, einen Vertrag zu schließen, auf Grund dessen wir bis zum 21. Januar 3700 Waggons hätten erhalten sollen. Das klang wunderschön, aber die Wirklichkeit sah ganz anders aus. Am 31. Januar, also nach Ablauf des Vertrages, waren die 3700 Waggons — nicht geliefert, sondern nur 1300 und so mußte ein neuer Vertrag geschlossen werden, obzwar noch aus den früheren Verpflichtungen 2400 Waggons, das Bedürfnis von zwei Monaten, ausständig waren. Nun begannen die Czechen alle Schrauben anzusetzen. Sie verlangten vor allem einen Preis von 320 Kronen gegen früher 246. Sie verlangten ferner Zahlung in czecho-slowakischer Währung, wodurch unser Verlust sich bei dem Disagio der deutschösterreichischen Krone wesentlich erhöhe. Sie verlangten ferner alle möglichen Kompensationsartikel, Magnesit, Knochen, Sensen, Sicheln, ja sogar Milchkühe, was unsere so schwer an Milchmangel leidende Bevölkerung am härtesten trifft. Schließlich gingen sie noch so weit, mit diesen Verhandlungen alle möglichen anderen Fragen zu verquicken, die Liquidation der Zentralen und die Fragen der Sachdemobilisierung. Endlich kommt ein neues Abkommen für die Versorgung bis September zustande. Am 13. März wird der Vertrag beschlossen. Nun glaubt man, erleichtert aufatmen zu können. Aber nun kommt erst, wie man zu sagen pflegt, das dicke Ende. Zunächst ratifizieren die Czechen nicht und warten damit volle anderthalb Monate bis zum 30. April. Dann beginnt das Elend der Beschaffung von fremder Währung, und die peinliche Tatsache, daß gerade in diesem Augenblick alle Bankguthaben und Kontokorrente in Czechien gesperrt und die hundert Millionen, die monatlich den Czechen gezahlt werden müssen, nicht aufzubringen sind. Neuer Aufenthalt. Schließlich wird auch diese Krise überwunden, aber nur für zwei Monate ist die Finanzierung zustandegebracht und alles spätere liegt im Dunkel. 5200 Waggons sind von den Czechen gegen die Vertragspflicht nicht geliefert worden. Wahrlich, man muß nach dem Tode des armen alten Oesterreich das Wort Carneris von neuem anwenden: Armes Deutschösterreich!

Nach der Rede des Staatssekretärs wurden zwei Vorlagen erledigt: Das Gesetz über die definitive Anstellung von Bezirksschulinspektoren und das Verbot der Nachtarbeit der Frauen und Jugendlichen in gewerblichen Betrieben. Die erste Vorlage schreibt vor, daß fachlich vorgebildete Lehrpersonen ohne Unterschied des Geschlechtes auf Vorschlag der Landesbehörde provisorisch als Bezirksschulinspektoren in Verwendung genommen werden sollen. Die definitiven Bezirksschulinspektoren werden als Staatsbeamte angestellt. Der Berichterstatter Kunschak erinnerte an das Jubiläum des Reichsvolksschulgesetzes und hob die Leistungen der autonomen Verwaltungskörper, insbesondere von Wien und Niederösterreich auf dem Gebiete des Schulwesens hervor. Bei dem Gesetze über die Nachtarbeit der Frauen handelt es sich nur um eine Ausdehnung dieser Vorschrift auch auf jene Betriebe, die weniger als zehn Arbeitskräfte haben. Alle anderen sind bereits durch das Gesetz vom Jahre 1911 getroffen. Abgeordneter Spalowsky betonte, die beste Gewähr für die Ertüchtigung des Volkes sei der Schutz der Frauen und Jugendlichen. Die Abgeordnete Anna Boschek erklärte, die Nachtarbeit der Frauen bedeute zu gleicher Zeit ein Stück Mutterschutz. Ein kleiner, aber bezeichnender Zwischenfall hat sich ergeben. Der Abgeordnete Michael Mayr sagte in einer Bemerkung: Die Kompetenzfrage zwischen Staats- und Landesregierung wird durch die neue Verfassung entsprechend geregelt werden. Eine neue Verfassung! Seltsamer Ausblick nach so viel Veränderungen.

In der Sitzung stellte Präsident Seitz den neuen Unterstaatssekretär für Volksgesundheit Professor Tandler vor. Dann wurde die Vertretungsbefugnis des Vizekanzlers, wie es der Verfassungsausschuß beantragt hatte, angenommen.

Regierungsvorlage.

Die Staatsregierung übermittelt einen Gesetzentwurf, betreffend die Aufhebung des Gesetzes über die Verwendbarkeit eines von der Salzburger Landesversammlung auszugebenden pupillarsicheren Anlehens.

Staatssekretär für Volksernährung Dr. Loewenfeld-Ruß über die Zuckerknappheit.

Dr. Loewenfeld-Ruß beantwortet eine Interpellation des Abg. Johann Gürtler, betreffend die Zuckerknappheit und die Unregelmäßigkeiten in der Belieferung mit Zucker. Der Staatssekretär verweist zunächst darauf, daß es in Deutschösterreich nur vier Zuckerfabriken gibt, gegenüber einem Bestande von 180 Zuckerfabriken im alten Oesterreich, und daß diese vier Fabriken nicht in der Lage sind, auch nur für einen Monat den Zuckerbedarf Deutschösterreichs zu decken. Sofort nach dem Zusammenbruche wurde Vorsorge getroffen, um im Wege von Verhandlungen mit den Czechen die Versorgung Deutschösterreichs mit Zucker zu sichern. Diese Verhandlungen fanden ihren Abschluß, indem am 20. November mit der czechischen Regierung, beziehungsweise der von ihr eingesetzten Zuckerkommission ein Vertrag abgeschlossen wurde, wonach sich diese Kommission verpflichtete, unter Aufrechterhaltung der damals geltenden Zuckerreise Deutschösterreich für die Zeit bis 31. Januar 1919 zeitgerecht und in vollem Ausmaße mit Zucker zu versorgen, und zwar in der bisherigen Form, daß nämlich die Dispositionen von Wien aus erfolgen und daß entsprechend diesen Dispositionen Deutschösterreich mit Zucker beliefert werde.

Dieser Vertrag war vorläufig für die Monate November, Dezember und Januar abgeschlossen, und auf Grund desselben hätten bis zum 31. Januar 3700 Waggons Zucker geliefert werden sollen, welche genügt hätten, um den vollen Bedarf für diese drei Monate zu decken. Die Ablieferungen auf Grund dieses Vertrages haben jedoch Verzögerungen erlitten, und erst am 13. Dezember haben die Lieferungen eingesetzt und sich in der Folge so schleppend gestaltet, daß am 31. Januar, also mit Ablauf des Vertrages, von den 3700 Waggons erst 300 geliefert waren, so daß sich ein Rückstand von 400 Waggons, das heißt ein Rückstand im Ausmaße von zwei Monaten ergab. Das erklärt, daß schon in den genannten drei Monaten die Zuckerbelieferung nur sehr unbefriedigend vor sich gehen konnte. Abgesehen von den ungezählten Urgenzen, welche die deutschösterreichische Regierung nach Prag richtete, um die Zuckerversorgung zu sichern, haben wir zeitgerecht Mitte Januar neue Verhandlungen aufgenommen, um die Zuckerversorgung für die Zeit nach dem 31. Januar zu sichern. Bei den Verhandlungen, die in Prag geführt wurden, wurde czechischerseits erklärt, daß der Zucker nur zu einem wesentlich höheren Preise geliefert werden kann und daß die Zahlung in czecho-slowakischer Währung zu erfolgen hat.

Als diesen Forderungen nach langen Verhandlungen von uns entsprochen wurde, wurden von seiten der Czechen neue Forderungen aufgestellt, hauptsächlich in der Richtung, daß eine ganze Reihe von Kompensationsobjekten geliefert werden müsse. Diese Kompensationsforderungen, die zu neuerlichen Verhandlungen Anlaß gegeben haben, wurden schließlich bereinigt und betreffen hauptsächlich die Lieferung von Rinde, Magnesit, Knochen, Sensen, Sicheln und einer Reihe von Industrieartikeln; unter anderm wurden auch Milchkühe verlangt (Hört! Hört!-Rufe), obwohl wir selbst bekanntlich sehr großen Mangel an Vieh haben.

Im Laufe der Verhandlungen wurde czechischerseits auch eine Reihe anderer Forderungen gestellt, die insbesondere die Liquidation der Zentralen und kriegswirtschaftlichen Organisationen des alten Oesterreich und Fragen der Sachdemobilisierung betreffen. Schließlich kam ein neues Abkommen zustande, in welchem sich die Czechen verpflichteten, uns bis 30. September monatlich mit rund 900 Wagen Zucker für den unmittelbaren Konsum und etwas über 300 Wagen für Industriezwecke zu versorgen. Abgesehen davon wurde noch ein Quantum von rund 1000 Wagen einmalig für Zwecke der Marmeladenindustrie zugesagt. Die Zusagen, die die Czechen uns damals machten, hätten es ermöglicht, daß wir die Zuckerquote etwas erhöhen. Darauf bezogen sich auch die Zeitungsnachrichten, die dahin lauteten, daß wir in der Lage wären, die Zuckerquote um ein Viertelkilogramm zu erhöhen. Dies wäre jedoch nur unter der Voraussetzung möglich gewesen, daß die Czechen rechtzeitig geliefert hätten.

Der Vertrag wurde am 13. März geschlossen, wir haben ihn am 17. März ratifiziert, von seiten der Czechen wurde die Ratifizierung jedoch immer wieder hinausgeschoben und erfolgte erst am 30. April. Aber abgesehen von der Verzögerung der Ratifizierung, entstand noch eine Reihe von Schwierigkeiten in bezug auf die Bezahlung des Zuckers. Für die in Betracht kommenden Quantitäten waren monatlich mehr als 100,000.000 Kronen in czecho-slowakischer Währung notwendig. Nun haben aber die finanzpolitischen und valutarischen Maßnahmen in Czechien es unmöglich gemacht, daß wir uns diese Summen in czecho-slowakischer Währung rechtzeitig verschaffen konnten. Alle Bankguthaben und Kontokorrentsaldi waren gesperrt, und auch die Bemühungen, auf dem freien Markte czecho-slowakische Noten zu beschaffen, begegneten den größten Schwierigkeiten, weil ein geregelter Zahlungsverkehr zwischen Wien und Prag nicht bestand.

Nach weiteren Verhandlungen gelang es endlich, Anfang Mai ein Abkommen mit den Czechen hinsichtlich der Bezahlung zustandezubringen, und zwar vorläufig für zwei Monate. Der für diese Zeit notwendige Betrag wurde in der Weise sichergestellt, daß ein Teil durch czecho-slowakische Firmen zur Verfügung gestellt wurde, welche die Bewilligung erhalten hatten, ihre Guthaben in czecho-slowakischer Währung dazu zu verwenden, um ihre in deutschösterreichischen Kronen in Deutschösterreich bestehenden Verbindlichkeiten zu decken, ein Teil der Beträge wird durch Kredite gedeckt, die teils von Wiener, teils von czechischen Banken zur Verfügung gestellt werden, ein Teil endlich dadurch, daß wir auf dem freien Markte czechische Valuta beschaffen und diejenigen einlaufenden Beträge verwenden, die infolge gelieferter Kompensationsobjekte einfließen. Für die Finanzierung der Zuckerlieferungen für die weiteren Monate ist ein endgültiges Abkommen noch nicht erfolgt; damit im Zusammenhange steht nämlich die Regelung einer Reihe finanzieller Fragen, die von den Czechen an diese Regelung geknüpft wurden.

Was die Preiserhöhung des Zuckers betrifft, möchte der Staatssekretär zunächst daran erinnern, daß die Czechen uns den Zucker um 320 czecho-slowakische Kronen loko Prag gegen früher 246 K. verkaufen; die Steuer, die beim Zucker in der Fabrik eingehoben wird, haben die Czechen nicht überwiesen, so daß der Zuckerpreis sich um die Steuer erhöht, die das Staatsamt für Finanzen bei dem Einkaufen des Zuckers einhebt und auf diese großen Steuerbeträge nicht verzichten kann. Ferner erhöht sich der Preis um die Versicherung gegen das Risiko infolge von Beraubung und Diebstählen. Es ist eine traurige Tatsache, daß fast kein einziger Waggon unbestohlen im Konsumort einlangt, was auch mit einer der Gründe für vielfache Klagen ist, daß der Zucker, obwohl er zugewiesen ist, nicht ausgeteilt werden kann. Das Hauptmoment der Verteuerung liegt aber darin, daß wir den Zucker in czecho-slowakischer Währung zahlen müssen. Bei der Festsetzung des Zuckerpreises in deutschösterreichischer Währung mußten wir ein gewisses Agio für die deutschösterreichische Krone rechnen. Nach den seinerzeitigen Verhältnissen glaubte die Regierung mit zirka 20 Prozent auskommen und auf dieser Basis den Zuckerpreis erstellen zu können. Das Disagio der deutschösterreichischen gegenüber der czecho-slowakischen Währung hat sich aber wesentlich erhöht, und derzeit hat der deutschösterreichische Staat bei dem Zuckerpreis, wie er jetzt festgestellt ist, bei jedem Kilo einen nicht unwesentlichen Verlust. Das Staatsamt der Finanzen drängt darauf, daß diese Währungsdifferenz nicht fortlaufend dem Staatsschatze zur Last falle.

Der Hauptgrund für die unregelmäßige Belieferung der Bevölkerung mit Zucker war die unregelmäßige An- und Ablieferung seitens der czechischen Zuckerfabriken. Von dem ersten Vertrage, der im November abgeschlossen wurde, sind heute noch 500 Waggons rückständig. Aus dem zweiten Vertrage, auf Grund dessen ab Februar monatlich 1200 Waggons zu liefern waren, sind bis zum 12. Mai erst 80 Waggons abgeliefert worden, so daß wir es mit einem Rückstande von 5200 Waggons zu tun haben. Ein größerer Teil davon ist schon bezahlt. Daraus ist zu ersehen, daß die Knappheit an Zucker fast ausschließlich darauf zurückzuführen ist, daß die Lieferung nicht mit der notwendigen Raschheit vor sich geht. Der Regierung kann sicherlich kein Vorwurf gemacht werden, denn wir urgieren fast täglich die Lieferung des Zuckers.

Nach den Erfahrungen, die wir während des Krieges gemacht haben, wird die Aufarbeitung eines derart großen Rückstandes einige Monate erfordern, so daß eine sofortige Glattstellung der Unregelmäßigkeiten in der Zuckerversorgung in der nächsten Zeit leider nicht zu erhoffen ist. Dadurch, daß die Rückstände noch bis in den Dezember hineinreichen, sind auch die in der Anfrage ausgesprochenen Beschwerden über die ungleichmäßige Belieferung in den einzelnen Bezirken, beziehungsweise einzelner Händler, erklärt. Eine Anzahl von Händlern ist erst mit dem Zucker für Januar und Februar beliefert. Es kann vorkommen, daß in einem Orte ein Händler den Zucker für den Januar, vielleicht Februar, vielleicht sogar einen Teil für März erhalten hat, in einem anderen Bezirke erst der Zucker für Dezember geliefert wurde. Diese Unregelmäßigkeit ist von uns aus nicht zu vermeiden, denn die Dispositionen und Expositionen erfolgen von Prag und nicht von uns aus. Damit im Zusammenhang steht auch, daß einzelne Händler Rohzucker, andere Weißzucker bekommen haben. Die Czechen haben zugesagt, uns womöglich Weißzucker zu liefern, sie liefern aber viel Rohzucker. Auch hier werden die Dispositionen von der czecho-slowakischen Zuckerstelle getroffen. Um die Ungleichmäßigkeit in der Belieferung, die bei der Bevölkerung sehr viel Unmut hervorgerufen hat, wenigstens teilweise zu beheben, haben wir den Auftrag erteilt, daß die Händler den Zucker nicht früher ausgeben sollen, ehe nicht genug Zucker vorhanden ist, um die allgemeine quotenmäßige Verteilung vorzunehmen. Dies führte wieder zur Unzufriedenheit in der Bevölkerung da die Leute wußten, daß Zucker da ist, und es nicht verstehen konnten, daß er nicht ausgegeben wurde. Angesichts der bestehenden Verhältnisse wird es begreiflich erscheinen, daß ich ein Versprechen nicht abgeben kann, daß heuer Einsiedezucker ausgegeben wird. Solange es nicht möglich ist, den normalen Konsumzucker zur Verfügung zu stellen, kann ich nicht zusichern, daß Einsiedezucker, also eine Plusquote, ausgegeben wird. Wenn die Czechen diese Zuckersendungen regelmäßig expedieren, dann wird es vielleicht möglich sein, die Quote zu erhöhen, obwohl ich keine bestimmte Zusage auch nicht hinsichtlich des Termins geben kann. Jedenfalls bitte ich, die Versicherung entgegenzunehmen, daß von unserer Seite alles geschieht, um die Zuckerversorgung klaglos zu gestalten. Nachdem die Bezahlung für die nächsten Monate gesichert ist, kann ich der Hoffnung Ausdruck geben, daß eine regelmäßigere Belieferung mit Zucker in absehbarer Zeit erfolgt. Eine bestimmte Zusage kann ich aber auch hier nicht machen, da die Erfüllung der Voraussetzungen nicht von uns allein abhängig ist.

Präsident Seitz stellt dem Hause den Unterstaatssekretär Dr. Tandler vor.

Die Kompetenz des Vizekanzlers.

Das Haus beschließt auf Vorschlag des Präsidenten nach einem Referate des Berichterstatters Dr. Eisler den heute vom Verfassungsausschuß erledigten Gesetzentwurf, betreffend die Ergänzung des Artikels 11 des Gesetzes vom 15. März über die Staatsregierung dringlich zu behandeln und nimmt das Gesetz unverändert in zweiter und dritter Lesung an.

Die definitive Anstellung der Bezirksschulinspektoren.

Berichterstatter Kunschak gedenkt anläßlich der Berichterstattung über das Gesetz, betreffend die definitive Bestellung der Bezirksschulinspektoren des fünfzigjährigen Bestandes des Reichsvolksschulgesetzes. Jedes Gesetz muß nach einer fünfzigjährigen Geltungsdauer notwendig veralten. Der Berichterstatter tritt der Behauptung entgegen, daß die Uebelstände auf dem Gebiete des Schulwesens auf die Teilnahme der autonomen Verwaltungen zurückzuführen seien. Die Staatsverwaltung ist ihren Pflichten auch hinsichtlich der Schulaufsicht und namentlich hinsichtlich der Bestellung der Bezirksschul- und Landesschulinspektoren nicht nachgekommen. Der Bezirksschulinspektor ist ein staatlich bestelltes Organ, wird aber von der autonomen Verwaltung bezahlt. Daraus ergibt sich das Unnatürliche und Unhaltbare seiner Stellung.

Abg. Heinl überreicht einen Resolutionsantrag worin die Regierung aufgefordert wird, das Geeignete zu veranlassen, damit die dermaligen provisorischen Bezirksschulinspekturen, soweit sie nicht mehr definitiv bestellt werden können, im Interesse der Kontinuität der Entwicklung des Schulwesens auf ihrem bisherigen Dienstposten bis auf weiteres, wenigstens aber bis zum Schluß der betreffenden Funktionsperiode belassen werden. Bei ihrer Versetzung in den Ruhestand wäre ihnen eine ihrer Dienstzeit als Bezirksschulinspektoren angemessene Zulage zuzuerkennen.

Das Gesetz wird in zweiter und dritter Lesung unverändert angenommen.

Der Resolutionsantrag Heinl wird angenommen.

Das Verbot der Nachtarbeit der Frauen und Jugendlichen in gewerblichen Betrieben.

Abg. Spalowsky macht auf die Zunahme der Verwendung der Frauen zur Nachtarbeit und auf die nachteiligen Folgen dieser Tatsache auf den Gesundheitszustand der arbeitenden Frauen aufmerksam. Aehnlich liegen die Verhältnisse bei den Jugendlichen. Das Haus muß durch seinen Beschluß deutlich zu erkennen geben, daß ein Verbot der Nachtarbeit der Frauen und Jugendlichen eine absolute Notwendigkeit darstellt. Er empfiehlt folgende Resolution der Abg. Dr. Hildegard Burjan zur Annahme:

Bei Ausnahmen von den Vorschriften des Gesetzes, die hauptsächlich Frauen betreffen, wären dort, wo keine Organisation weiblicher Arbeitnehmer besteht, die in Betracht kommenden zuständigen gewerkschaftlichen Organisationen anzuweisen, in erster Linie ihre weiblichen Mitglieder zu befragen. (Lebhafter Beifall bei den Christlichsozialen.)

Abg. Dr. Michael Mayr stellt den Antrag, in § 4 die Worte „... der Landesregierungen und " zu streichen, zumal die Kompetenzfrage zwischen Staatsregierung und Landesregierungen durch die neue Verfassung entsprechend geregelt werden wird.

Abg. Anna Boschek betont in ihren Ausführungen, die Industrie kann nicht geschädigt werden, wenn die Nachtarbeit der Frauen verboten wird. Das Verbot der Nachtarbeit der Frauen bedeutet gleichzeitig ein Stück Mutterschutz. (Zustimmung.) Insbesondere ist die Vorlage vom Standpunkte der Jugendlichen zu begrüßen, wenn es auch angezeigt wäre, den Jugendschutz noch weiter auszudehnen. Sie begrüße als Frau und Sozialdemokratin das Gesetz als Segen und als eine Wohltat. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Sozialdemokraten.)

Hierauf wird das Gesetz mit dem Antrage Dr. Michael Mayr in zweiter und dritter Lesung zum Beschlusse erhoben.

Die Resolution Dr. Hildegarde Burjan wird angenommen.

Die Verhandlung wird abgebrochen.

Ersatzwahl in den Hauptausschuß.

An Stelle des Abgeordneten Abram, der seine Mitgliedschaft im Hauptausschusse niedergelegt hat, wird Abg. Leuthner zum Mitglied des Hauptausschusses gewählt.

Anträge.

Anträge werden eingebracht von den Abgeordneten Doktor Straffner, betreffend Elektrisierung der Teilstrecke Innsbruck-Westbahnhof-Telfs der Staatsbahnlinie Innsbruck-Bregenz;

Dr. Michael Mayr, Dr. Gimpl, Födermayr, Miklas, Paulitsch, Dr. Ramek, Dr. Schneider, betreffend die Grundzüge der deutschösterreichischen Verfassung.

Nächste Sitzung morgen Donnerstag den 15. d., 3 Uhr nachmittags, mit der Fortsetzung der heutigen Tagesordnung.

Reichspost
15.IV.1919
53

Der christlichsoziale Verfassungsentwurf für Deutschösterreich.

Die christlichsozialen Abgeordneten haben in der heutigen Sitzung der Nationalversammlung den Antrag über die Bundesverfassung des Bundesstaates Oesterreich eingebracht. Der Entwurf trägt den Titel:

„Verfassung des deutschen Bundesfreistaates Oesterreich"

und hat folgenden Eingang und Wortlaut:

Wir freien Völker der selbständigen Länder Oesterreich nid der Enns, Oesterreich ob der Enns, Salzburg, Steiermark, Kärnten, Tirol, Vorarlberg, Heinzenland und der Freistadt Wien schließen uns aus eigenem Antriebe und aus freiem Entschlusse zum deutschen Bundesfreistaate Oesterreich zusammen und geben uns im Vertrauen auf Gottes gnädigen Beistand nachstehende Verfassung:

I. Abschnitt: Umfang und Zweck.

Artikel 1.

1. Der deutsche Bundesfreistaat Oesterreich umfaßt das Gebiet der selbständigen Länder Oesterreich nid der Enns, Oesterreich ob der Enns, Salzburg, Steiermark, Kärnten, Tirol, Vorarlberg, Heinzenland, sowie das Gebiet der Freistadt Wien, und zwar in ihrem gegenwärtigen Umfange.

2. Die Grenzen der Länder können nur nach Zustimmung der betreffenden Landtage durch Bundesgesetz geändert werden.

3. Das Gebiet der Freistadt Wien ist jenem eines Landes gleichzuhalten, wie überhaupt die Freistadt Wien die in der Bundesverfassung vorgesehenen Freiheiten, Rechte und Pflichten eines selbständigen Landes und der Gemeinderat der Freistadt Wien die Rechte und Pflichten eines Landtages genießen.

Artikel 2.

Im Wege der Aenderung der Verfassung können weitere deutsche Länder mit gleichen Rechten und Pflichten in den deutschen Bundesfreistaat Oesterreich aufgenommen werden.

Artikel 3.

1. Der deutsche Bundesfreistaat Oesterreich ist ein Bundesstaat der in Artikel 1 angeführten Länder.

2. Er bezweckt die gemeinsame Vertretung und Verteidigung nach außen, die Sicherung von Ruhe und Ordnung im Innern, den Schutz der Freiheit und der Rechte der Staatsbürger und die allgemeine Förderung der Kultur nnd Zivilisation, des Volkswohlstandes und der Volkswohlfahrt.

II. Abschnitt: Bundesstaat und Länder.

Artikel 4.

1. Die Länder sind selbständig, so weit ihre Selbständigkeit nicht durch die Bundesverfassung eingeschränkt ist; sie üben als solche alle Rechte aus, welche nicht durch die Bundesverfassung der Bundesgewalt übertragen sind.

2. Die vertragsmäßig zustandegekommenen Bundesgesetze binden alle Länder.

Artikel 5.

Die Länder des Bundesfreistaates sind untereinander gleichberechtigt. Sie stehen in unauflöslicher Wehrgemeinschaft und sind zur gemeinsamen Verteidigung gegen jeden feindlichen Angriff verpflichtet.

Artikel 6.

Die Länder bilden ein einheitliches Zoll- und Wirtschaftsgebiet. Binnenzölle und Verkehrsbeschränkungen dürfen von keiner Landes- oder Ortsgewalt gegen ein Land oder ein Gebiet des Bundesfreistaates aufgerichtet werden.

Artikel 7.

Der Bundesfreistaat gewährleistet den Ländern ihr Gebiet, ihre Selbständigkeit und auf ihr Ansuchen ihre verfassungsmäßig zustandegekommenen Landesverfassungen, soferne die letzteren den Anforderungen der Bundesverfassung entsprechen.

Artikel 8.

Besondere Bündnisse und Verträge politischen Inhaltes sind den Ländern untersagt.

Artikel 9.

Die Länder sind nicht berechtigt, stehende Truppen zu halten. Gendarmerie und Polizei gelten nicht als stehende Truppen. Ueber Streitigkeiten unter den Ländern entscheidet der Verfassungsgerichtshof (Art. 55, 2. Absatz).

Artikel 10.

Im Falle der Auflösung des Bundesfreistaates fallen sämtliche an denselben übertragenen staatlichen Hoheitsrechte und das Bundesvermögen an die Länder zurück.

III. Abschnitt: Bundesstaat und Bürger.

Artikel 11.

Das Verhältnis des Bundesfreistaates zu den Staatsbürgern ist in besonderen Gesetzen geregelt; so insbesondere durch die Grundgesetze über das Staatsbürgerrecht, das Vereinsrecht, das Versammlungsrecht, die allgemeinen Rechte der Staatsbürger, zum Schutze der persönlichen Freiheit, zum Schutze des Hausrechtes.

Artikel 12.

Die deutsche Sprache ist die Staatssprache, die in Amt und Schule Anwendung findet.

Artikel 13.

1. Jeder Staatsbürger ist wehrpflichtig.

2. Mütter, die ihre Kinder betreuen, sind der Wehrpflicht enthoben.

3. Zum Dienste mit der Waffe können nur Personen männlichen Geschlechtes herangezogen werden.

4. So weit nicht militärische Gründe entgegenstehen, sollen die Truppenkörper aus der Mannschaft desselben Landes gebildet werden.

5. Die Dauer und Art der Ausübung der Wehrpflicht, die auf dem Milizsystem beruht, wird durch ein eigenes Gesetz geregelt.

6. Wehrpflichtige, die infolge des Wehrdienstes an Leib und Leben Schaden erleiden, haben für sich und ihre Familien Anspruch auf Unterstützung aus Bundesmitteln.

IV. Abschnitt: Wirkungsbereich der Bundesgewalt.

Artikel 14.

1. Der Wirkungskreis der Bundesgewalt umfaßt alle Angelegenheiten, die sich auf Rechte, Pflichten und Interessen beziehen, welche den Ländern des Bundesfreistaates gemeinschaftlich sind.

2. Diese Angelegenheiten sind:

a) die Verfassung des Bundesfreistaates und deren Organisation, die Kundmachung der Bundesgesetze;

b) die Entscheidung über Krieg und Frieden; überhaupt alle auswärtigen Angelegenheiten mit Einschluß der diplomatischen und kommerziellen Vertretung dem Auslande gegenüber; insbesondere der Abschluß von Staats- und Handelsverträgen sowie die in betreff der internationalen Verträge notwendigen Verfügungen;

c) die Regelung der Wehrpflicht nach dem Milizsystem und die Festlegung jeder Art Heereslasten;

d) die Führung des Bundeshaushaltes; die Verwaltung des Bundesvermögens und der Bundesschulden, der Monopole und Fremdenpolizei- und Paßwesens, endlich der bundesstaatlichen Steuerwesens; die Festlegung der Steuerquellen für die Länder;

e) die Regelung des Vereins- und Versammlungsrechtes, des Presse- und Theaterwesens;

f) die Regelung des Staatsbürgerrechtes, des Auswanderungswesens, der Rechte und Pflichten der Ausländer, des Fremdenpolizei- und Paßwesens, endlich der bundesstaatlichen Statistik;

g) die Regelung des Hochschulwesens;

h) das Arbeiterrecht; Frauen- und Kinderschutz; das soziale Versicherungswesen;

i) die gesamte Justizpflege, die Regelung des Strafjustiz-Polizeistraf-, Steuerstraf- und Gefällsstrafwesens, des Zivilrechtes und Zivilprozesses, des Verfahrens außer Streitsachen, des Verwaltungsrechtes und der Konsulargerichtsbarkeit, endlich die Organisation der Justiz- und Finanzbehörden, sowie der obersten Gerichtshöfe;

k) ferner der Regelung des Handels- und Wechselrechtes, das Patentwesen, Marken- und Musterschutz, der Schutz des geistigen Eigentums, das Münz- und Währungswesen, die Bundesbank, das Punzierungswesen, Maß- und Gewicht, das Zollwesen;

l) das Verkehrswesen, so die Eisenbahnen, Schiffahrt nnd Luftschiffahrt, Post, Telegraph und Telephon.

Artikel 15.

1. Alle übrigen Angelegenheiten fallen in den Wirkungskreis der Länder.

2. Die Bundesgesetzgebung kann auch bestimmte Angelegenheiten ihres Wirkungskreises fallweise oder auf bestimmte Dauer allen oder einzelnen Ländern überlassen.

3. Jede Gesetzgebung kann in Angelegenheiten ihres Wirkungskreises jene Strafjustiz-, Polizeistraf- und Zivilrechtsvorschriften erlassen, die zur Regelung des Gegenstandes notwendig sind, und ebenso die zur Durchführung eines Gesetzes nötigen Behörden und Organe schaffen und bezeichnen.

Artikel 16.

Die Landesgesetzgebung über die nationalen und konfessionellen Verhältnisse, über das untere und mittlere Bildungs- und Erziehungswesen, über das Sanitäts- und Veterinärwesen, über das Kredit-, Bank- und Gewerbewesen, über das Wasserrechtswesen, über Jagd und Fischerei, über Wasserbau- und Forstpolizei, sowie über die Nutzbarmachung der Naturschätze nnd Naturkräfte erfolgt unter Mitwirkung der Bundesregierung; ebenso jene Landesgesetzgebung, die Bundesmittel in Anspruch nimmt. (Art. 54.)

V. Abschnitt: Organe der Gesetzgebung.

Artikel 17.

1. Alle Gewalt ruht beim Volke und geschieht nur im Namen des Volkes.

2. Die gesetzgebende Gewalt wird entweder unmittelbar vom Volke durch die Volksabstimmung oder auf repräsentativem Wege durch die Volksvertretung ausgeübt.

A. Die Volksvertretung.

Artikel 18.

1. Die Volksvertretung besteht aus zwei Kammern, dem Volkshaus und dem Ständehaus.

2. Die Volksvertretung wird auf sechs Jahre gewählt und tritt mindestens einmal jährlich in der Bundeshauptstadt Wien zusammen.

I. Das Volkshaus.

Artikel 19.

1. Das Volkshaus wird in geheimer, gleicher und unmittelbarer Abstimmung nach dem Verhältniswahlverfahren aus dem Volke gewählt. Die Abstimmung erfolgt in bundesstaatlichen Wahlkreisen, die jedoch die Ländergrenzen nicht überschreiten dürfen. Auf je 40.000 Einwohner eines Landes wird ein Abgeordneter gewählt, wobei Bruchzahlen von über 20.000 als 40.000 gerechnet werden.

2. Das Wahlverfahren bestimmt das Wahlgesetz zur Volksvertretung.

3. Wahlberechtigt ist jeder Staatsbürger, der das 20. Lebensjahr vollendet hat und durch das Wahlgesetz vom Wahlrechte nicht ausgeschlossen ist.

4. Wählbar ist jeder wahlberechtigte Staatsbürger, der das 26. Lebensjahr vollendet hat.

II Das Ständehaus.

Artikel 20.

1. Das Ständehaus setzt sich wie folgt zusammen:

I. Die Landtage entsenden je drei Landesvertreter auf sechs Jahre im Verhältniswahlverfahren in das Ständehaus. Wahlberechtigt ist jedes Mitglied des Landtages. Wählbar ist jeder zum Landtage Wahlberechtigte, der das 30. Lebensjahr vollendet hat.

II. Ebenso entsenden die Räteorganisationen als Berufsorganisationen entsprechend ihrer Mitgliederzahl ihre Vertreter im Verhältniswahlverfahren auf sechs Jahre in das Ständehaus. Diese Vertreter müssen der betreffenden Räteorganisation angehören, zum Volkshause wahlberechtigt sein und das 30. Lebensjahr vollendet haben. Das Wahlverfahren und die Mandatsverteilung, sowie die Organisation des Rätesystems selbst werden durch ein besonderes Gesetz geregelt. Jedes Land hat aus den verschiedenen Räteorganisationen insgesamt die gleiche Zahl von Rätevertretern in das Ständehaus zu entsenden.

2. Die Zahl der Mitglieder des Ständehauses darf einschließlich der Vertreter der Landtage die Hälfte der Mitgliederzahl des Volkshauses nicht überschreiten.

Artikel 21.

Volkshaus und Ständehaus treten gesondert unter dem Vorsitze ihres Aeltesten zusammen. Jede Kammer wählt nach Verhältniswahl sofort auf ein Jahr ihre Leitung, die aus einem Vorsitzenden und zwei Stellvertretern, drei Schriftführern und drei Ordnern besteht.

Artikel 22.

In den Wirkungskreis der Volksvertretung fällt der gesetzgeberische Teil aller in Artikel 13 erwähnten Angelegenheiten des Wirkungskreises der Bundesgewalt, insbesonders

a) die Prüfung und Genehmigung der Staats- und Handelsverträge;

b) die jährliche Bewilligung des Rekrutenkontingentes;

c) die jährliche Prüfung und Genehmigung der Führung des Bundeshaushaltes und der Rechnungsabschlüsse; die jährliche Bewilligung der Steuern und Abgaben;

d) die Gesetzgebung über Errichtung, Einrichtung und Wirkungskreis der Obersten Gerichtshöfe (Art. 55);

e) die Gewährleistung der Landesverfassungen (Art. 7);

f) die Gesetzgebung über die Verantwortlichkeit des Präsidenten, bezw. Vizepräsidenten des Bundesfreistaates, sowie der Bundesregierung und ihrer Mitglieder; die Erhebung der Staatsanklage; die Gesetzgebung über die Rechtsstellung der Bundesangestellten und über die Haftung des Bundes für seine Organe;

g) die Gesetzgebung über die Formen des bundesstaatlichen Wahlverfahrens und der Volksabstimmung;

h) die Gesetzgebung über die Geschäfts- und Hausordnung; die Wahl der Leitung;

i) die Wahl des Präsidenten und des Vizepräsidenten des Bundesfreistaates, der Bundesregierung; ferner der Mitglieder des Verfassungsgerichtshofes und des Obersten Verwaltungsgerichtshofes; endlich des Herzogs der Bundesarmee;

k) jene Angelegenheiten der Landesgesetzgebung, welche ein Landtag fallweise der Bundesgesetzgebung überläßt, jedoch nur rücksichtlich des betreffenden Landtages.

Artikel 23.

1. Das Vorschlagsrecht (die Initiative) steht dem Präsidenten des Bundesfreistaates, der Bundesregierung, jeder der beiden Kammern der Volksvertretung und jedem einzelnen Mitgliede derselben zu; das Vorschlagsrecht der Landtage ist schriftlich auszuüben.

2. Wenn 100.000 stimmberechtigte Staatsbürger oder die absoluten Mehrheiten zweier Länder es verlangen, steht die Initiative auch beim Volke.

Artikel 24.

Vorlagen der Bundesregierung können in jeder der beiden Kammern eingebracht werden; nur Finanzvorlagen sind in allen Fällen zuerst dem Volkshause zur Beratung und Beschlußfassung zu unterbreiten.

Artikel 25.

1. Beide Kammern verhandeln in der Regel getrennt unter Führung ihrer Leitung.

2. Folgende Angelegenheiten des Wirkungskreises der Volksvertretung sind in gemeinsamer Sitzungen beider Kammern verfassungsmäßig zu erledigen:

I. Die Gesetzgebung, betreffend die Geschäftsordnung und die Hausordnung, welche für beide Kammern Geltung haben;

II. die Wahlen des Präsidenten und des Vizepräsidenten des Bundesfreistaates auf zwei Jahre; der Bundesregierung; der Mitglieder des Verfassungsgerichtshofes und des Obersten Verwaltungsgerichtshofes auf sechs Jahre; im Mobilisierungsfalle des Herzogs der Bundesarmee (Art. 22, lit. i);

III. die Gewährleistung der Landesverfassungen (Art. 7);

IV. die Erhebung der Staatsanklage gegen den Präsidenten, bezw. Vizepräsidenten des Bundesfreistaates, sowie gegen alle oder einzelne Mitglieder der Bundesregierung;

V. die Fälle des Artikels 27, 3. Absatz.

3. Gemeinsame Sitzungen beider Kammern führt die Leitung des Volkshauses.

4. Alle Angelegenheiten des Wirkungskreises der Volksvertretung, welche nicht in gemeinsamer Sitzung beider Kammern erledigt werden, sind von der erstberatenden Kammer der anderen zu eigener Behandlung zu übermitteln.

Artikel 26.

1. Zu einem gültigen Beschlusse ist in beiden Kammern die Anwesenheit eines vollen Drittels der Mitglieder erforderlich; bei gemeinsamen Sitzungen beider Kammern die Anwesenheit von 100 Mitgliedern der Volksvertretung, gleichviel, aus welcher Kammer.

2. Es entscheidet die absolute Mehrheit der Anwesenden, ausgenommen den Fall des Artikels 27, 3. Absatz.

Artikel 27.

1. Zu einem Gesetze im Wirkungskreise der Volksvertretung sind in der Regel die übereinstimmenden Beschlüsse beider Kammern, die Zeichnung durch den Präsidenten des Bundesfreistaates und die Gegenzeichnung der Bundesregierung, sowie die Kundmachung erforderlich.

2. Kann in einem Finanzgesetze über einzelne Posten desselben oder im Rekrutengesetze über die Höhe des auszuhebenden Kontingentes trotz wiederholter Beratung keine Uebereinstimmung zwischen beiden Kammern erzielt werden, so gilt die kleinere Ziffer als genehmigt.

3. Wenn bezüglich anderer Beschlüsse einer Kammer trotz zweimaliger Beratung in jeder Kammer die Zustimmung der anderen Kammer nicht herbeigeführt werden kann, so beraten beide Kammern in gemeinsamer Sitzung. Diesfalls ist zu einem rechtsgültigen Beschlusse die Zweidrittelmehrheit der Anwesenden erforderlich (Art. 26). Ist diese nicht zu erzielen, so gelten sämtliche Anträge als abgelehnt. Ueber Beschluß einer Kammer oder über Vorschlag des Präsidenten des Bundesfreistaates sind jedoch die letzten Beschlüsse beider Kammern — neben einem allfälligen Vermittlungsvorschlage des Präsidenten des Bundesfreistaates — dem Volke zur Entscheidung vorzulegen.

Wiener=

Rote Diplomatie.

Die Früchte der sozialdemokratischen Auslandpolitik drohen zu reifen. Nicht zur Ehre der Gärtner, die Galläpfel ernten anstatt der erhofften Calville.

Ein hervorragender Vertreter der deutschen unabhängigen Sozialdemokratie hat vor einiger Zeit in schmerzlicher Selbsterkenntnis ausgerufen: „Wir haben keine Politik!" In noch viel höherem Maße trifft dieses bittere Urteil auf die auswärtige Politik der deutschösterreichischen Sozialdemokratie seit dem 12. November 1918 zu. War sie vor diesem Datum in den Zeiten bequemer Opposition, unbeschwert von der objektiven Beurteilung der Weltbilder, der Machtverhältnisse und der bewegenden politischen und wirtschaftlichen Absichten und Triebkräfte nach dem einfachen Rezept der unbedingten Mißbilligung der Regierung zugeschnitten, so zeigt sich in ihr, seitdem sie selbst das Steuer führt, mit besonders augenfälliger Deutlichkeit die Unzulänglichkeit der geistigen Initiative der Epigonen von Marx und Engels, die sich überall bloßstellen, wo der Koran dieser beiden Propheten keine Richtlinien mehr bietet.

Die Größen der Demagogie versagen in der Kunst der Diplomatie. Das Parteiwohl ist ihr Grundsatz und die Parteimacht ihr Halt. Die auswärtige Politik kann und darf jedoch nur eine Partei kennen: den Staat und die Wahrung seiner politischen und wirtschaftlichen Ansprüche. Die sozialdemokratischen Leiter unserer Auslandspolitik haben diese Interessen eines einseitigen Parteizieles willen mutwillig mit Füßen getreten. Nicht wissend, was sie sollen, nicht wissend, was sie wollen und wie es durchzuführen wäre, habe sie über der Abrechnung mit der Vergangenheit die Sicherung der Zukunft versäumt. In allen Winkeln in Berlin, München und Wien haben sie nachgestöbert nach Akten und Beweisen, um das deutsche Volk mit der Kriegsschuld zu belasten und der Raffgier des feindlichen Imperialismus dadurch Rechtstitel in seiner unersättlichen Annexionspolitik geliefert.

Anstatt mit Nägel und Zähnen jeden Fleck deutschen Landes verteidigend festzuhalten, anstatt einen eindringlichen Aufruf an das Gerechtigkeitsgefühl der Völker gegen die brutale Gewalt der Lostrennung urdeutscher Gebiete zu richten, riefen sie herausfordernd den Anschluß in die Welt hinaus und gaben damit die besten deutschen Landesgebiete der Willkür unersättlicher Ausdehnungspolitik preis. Die Folgen dieser Politiken ohne Information [illegible] ohne Berücksichtigung der Richtung und Gewalt der maßgebenden Kräfte in Paris waren vorauszusehen.

Nun droht dem deutschösterreichischen Volke die Gefahr, mit Preisgabe materieller, kultureller und nationaler Interessen, mit einer trostlosen Gegenwart und einer finsteren Zukunft die Fehler der sozialdemokratischen Kurpfuscherei bezahlen zu müssen. Unsere Friedensabordnung hat einen schweren Standpunkt in ihrer Aufgabe, zu retten, was noch zu retten ist. Sie bekam zwar von der Nationalversammlung, die nun nach dem Bankerott der Bauerschen Geheimdiplomatie zum ersten Male in der Außenpolitik bestimmend mitsprach, eingehend durchberatene Richtlinien mit, aber die beste Stellung im Ringen zu Saint Germain wurde ihr das Abtreten desjenigen schaffen, der das Schiff mit dilettantischer Hand in die Klippen gesteuert hat.

Unsere Diplomaten der Vorrevolutionsschule hätten mehr politisches Taktgefühl und wußten zu gehen, wenn ihre Politik sich als unhaltbar erwies. Sie waren eben anderer Rasse, der das Anstandsgefühl mehr lag, als dem Stamm jener Männer, die hinten wieder hereinkommen, wenn sie vorne hinauskomplimentiert werden. Der Erfüllung seiner klaren Augenblickspflicht ist Bauer noch näher gerückt durch die französische Mitteilung, daß seine Anschlußpolitik unseren Delegierten jene schwierige Verhandlungsbasis geschaffen hat, deren Bekanntwerden das ganze Volk, auch die nichtjüdischen Sozialdemokraten, im tiefsten Empfinden aufgewühlt hat. Aber was schert sich der Gettosprößling aus Böhmen um Deutschsüdtirol und Böhmerwald, um Südkärnten und Südsteiermark! Was kümmern seinen Stammesgenossen Ludo Hartmann Milliarden, die das deutsche Christenvolk zu bezahlen hat! Die Parteifreunde Bauers und Hartmanns im Reiche, mit denen unter dem Zeichen der „roten Fahne" auf Kosten von einer Million Oesterreicher sich zu vereinigen, sie mit unentwegter Hartnäckigkeit nachstreben, geben ähnliche Beweise deutschen Fühlens. Im Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands führt Kautsky aus, daß die Versailler Bedingungen für Deutschland nicht nur annehmbar, sondern auch erträglich seien. In Kautsky treffen sich allerdings gleich zwei Freundschaftsströmungen für das deutsche Volk: er ist Jude und in seiner abendländischen Ausgabe Tscheche! In demselben Blatt wird die Abtrennung Oberschlesiens als vollkommen gerechtfertigt erklärt. In hundert Versammlungen machen diese „Unabhängigen" den Deutschen weiß, daß dieser Friede anzunehmen sei und nichts so Schreckhaftes biete, wie die große Mehrheit der Volksvertreter in ihren Reden es ausgesprochen habe. Diese Herren wissen eben, daß Not und Verzweiflung ihre Aecker pflügen. Nu, sie spekulieren auf Baisse! Das deutsche Volk muß die Kosten dieser Spekulation bezahlen mit Gut und Blut.

Wenn die Alliierten Deutschösterreich eine Million Einwohner abnehmen wollen, wir wüßten einen Rat, der beide Teile befriedigen könnte. Die Entente möge die roten Diplomaten höflich einladen, unser Land mit ihren Stammesgenossen zu verlassen. Das deutsche Volk würde diese Aufforderung dringend unterstützen und dankbar sein. Deutschösterreich wäre dann auf jene Einwohnerzahl beschränkt, die die Entente auf Grund der Bauerschen Verhandlungsbasis für unseren Staat vorgesehen hat.

Von Kramar bezahlt?

Das Hauptorgan der sozialdemokratischen Regierungspartei, die durch den Pariser Gewaltfrieden so fürchterlich bloßgestellt worden ist, wirft heute den Christlichsozialen, weil sie in die Preisgabe Südtirols nicht einwilligen wollen, sondern für die Rettung dieses deutschesten und kostbarsten Gebietes lieber alles wagen wollen, „Verrätereien" vor und fragt dann, ob „diese Leute von Kramar bezahlt" seien, da in ihrem Verfassungsentwurf unter den Ländern, die sich zum Bundesstaate zusammenschließen sollen, Deutschböhmen und Sudetenland nicht angeführt seien. Wie erinnerlich hatten die Kramar, Masaryk, Machar und Genossen, kurz die ganze „Maffia", auf die man jetzt in Prag so stolz ist, in Wien gerade an der „A.-Z." die leidenschaftlichsten Verteidiger und im Parlament an den sozialdemokratischen Abgeordneten die eifrigsten Helfer. Das Blatt wird daher gut tun, die Frage zunächst an sich selber zu richten. Auch möge es vor allem antworten, warum es die sonntägige Massenversammlungsrede des sozialdemokratischen Ministers des Aeußern totgeschwiegen hat. Hatte es Bedenken gegen den Inhalt oder hatte Staatssekretär Bauer Bedenken gegen die Veröffentlichung seiner öffentlichen Rede? Macht am Ende die Sozialdemokratie eine doppelte Außenpolitik, eine für die Agitationsbedürfnisse, also zur Bemogelung der Bevölkerung, und eine andere, amtliche, hinter den Kulissen? Heraus mit der Sprache! Was aber die Nichtaufzählung der Gebiete Deutschböhmen und Sudetenland im christlichsozialen Verfassungsentwurfe betrifft, so handelt es sich eben nur um einen Entwurf d. h. der Einfügung der beiden Worte steht nichts im Wege, sobald die Bevölkerung der beiden Gebiete Gelegenheit hatte, sich endgültig für den unmittelbaren Anschluß an Reichsdeutschland oder für ihr Verbleiben bei Deutschösterreich zu entscheiden. War an chAbg. Leuthner „von Kramar bestochen", als er in der „A.-Z." in einem Aufsatze über Deutschösterreich schrieb, dieses sei ein unmögliches Gebilde und die Angliederung der deutschen Sudetengebiete an die benachbarten Länder Deutschlands werde sich von selbst machen? Die deutsche Bevölkerung der beiden Gebiete wird aber erst nach dem Friedensschluß die sachlichen Voraussetzungen für eine Entscheidung besitzen. Und warum soll der „von Kramar bestochen" sein, der den Deutschen Böhmens und des Sudetenlandes die Entscheidung zwischen dem roten Wien und dem roten Berlin nicht vorwegnehmen will?

Neue Freie Presse
16.IV.1919

Konstituierende Nationalversammlung.

Erledigung des Gesetzes über die Betriebsräte und des Gesetzes über die Mindestruhezeit und den Ladenschluß.

Wien, 15. Mai.

Die Nationalversammlung hat heute das Gesetz über die Betriebsräte erledigt. Nur der Berichterstatter sprach, der Abgeordnete Hueber, der das Gesetz zur Annahme empfahl. Er sagte: Mögen die Friedensdelegierten aus Saint-Germain was immer zurückbringen, es ist sicher, daß wir ohne Unterschied des Standes und der Klasse fleißig werden arbeiten müssen. Die Betriebsräte wären nur dann ein Experiment für Industrie und Gewerbe, wenn es in Oesterreich keine gewerkschaftlichen Organisationen gäbe. Auch für die Spezialisierung der Industrie werde die Mitarbeit geschulter Betriebsräte dienen. Im übrigen hat die Nationalversammlung heute noch das Gesetz über den Mindestladenschluß angenommen. Es ist merkwürdig, daß manche Eigenschaften des Reichsrates auf die Nationalversammlung übergegangen sind. Deutschösterreich steht vor neuen erschütternden Verlusten. Die Serben wollen durch eine Gewaltmaßregel, die jedem Rechtsgedanken Hohn spricht, sich des Eigentums der deutschösterreichischen Unternehmungen bemächtigen. Sie wollen alle Geschäfte, alle Güter beschlagnahmen, liquidieren und den Erlös für sich behalten. Ein Kapital, das in die Milliarden geht, soll unserem ohnehin schon so verarmten Lande geraubt werden. Die Oesterreichisch-ungarische Bank teilt mit, daß alle Filialen in Ungarn und in Bosnien geschlossen und große Geldbestände weggenommen wurden. Milliardenverlust in den Ländern der Südslawen, Milliardenverlust in Ungarn drohend, volle Gewalttätigkeit in Galizien und dazu die Gefahr einer Kriegsentschädigung, das alles gibt das Bild eines Jammers, an dem das Parlament nicht achtlos vorübergehen darf. Die Nationalversammlung sollte mit dem Vollgewicht ihrer Autorität für den Schutz deutschösterreichischer Staatsbürger eintreten und sie vor unermeßlicher Schädigung bewahren helfen.

Nur in einer Interpellation des Abgeordneten Kraft kam diese Sorge um die Zukunft von Deutschösterreich, dessen Name jetzt sogar in Frage gestellt wird, zur Geltung. Der Abgeordnete Kraft verwies auf die Nachrichten, die sagen, daß angeblich den Nationalstaaten erlaubt wurde, die Teilnahme an der Kriegsschuld zu verweigern. Der Abgeordnete Kraft kann gegen diese Ansicht ein sehr gewichtiges Zeugnis anrufen: den Entwurf der Entente für den Frieden mit Deutschland. Es heißt dort in einer Klausel über die finanziellen Bestimmungen: Jedwede Gebietsabtretung bedingt für den nutznießenden Staat die Uebernahme eines Teiles der deutschen Schulden und die Bezahlung der Staatsgüter auf diesen Territorien. Eine Ausnahme erfolgt für Elsaß-Lothringen. Schon daraus und aus der ebenso bekannten Stellungnahme der Entente gegenüber den Teilstaaten in Rußland ist klar ersichtlich, daß der Rechtsstandpunkt der Czechen von der Pariser Konferenz nicht geteilt werden kann. Der Abgeordnete Kraft verwies von neuem darauf, wieviel die Czechen durch die Unterhaltsbeiträge und durch die Zuwendungen an die Industrie gewonnen haben und sagte mit Recht, daß gerade die Ententestaaten, die Staatsgläubiger der meisten Länder der Erde, das stärkste Interesse daran haben, daß Treue und Glauben im Schuldendienste nicht gebrochen werden. Die Existenz Deutschösterreichs müßte in den Grundfesten erschüttert werden, wenn eine so gewaltige Last ihm auf die Schultern fiele.

Das Gesetz über den Ladenschluß und über die Mindestruhezeit bestimmt, daß in Handelsgewerben den Hilfsarbeitern und Angestellten eine ununterbrochene Ruhezeit von mindestens zwölf Stunden, im Kleinhandel mit Lebensmitteln von elf Stunden gewährt werde. Auch eine Mittagspause von im allgemeinen zwei Stunden ist einzuräumen. Ausnahmen für den goldenen Sonntag und für andere besondere Notwendigkeiten der Geschäftsführung sind festgestellt. Der Abgeordnete Pick verwies darauf, daß während des Krieges die Siebenuhrsperre fast ausnahmslos durchgeführt wurde und daß jetzt die Geschäftsleute eine noch kürzere Arbeitszeit verlangen. Der Abgeordnete Forstner besprach die Verhältnisse in der Speditionsbranche. Der Abgeordnete Allina forderte die gesetzliche Festlegung, daß für die Bankangestellten die Sonntagsruhe am Samstag zwei Uhr nachmittags beginnen solle.

(16. Sitzung.)

Beginn der Sitzung um 3 Uhr.

Die Neubesetzung eines Deutschsüdtiroler Mandats.

Präsident Seitz teilt mit, daß vom Staatsamte des Innern folgende Zuschrift eingelangt ist: „Das Landessekretariat der sozialdemokratischen Partei Deutschtirols hat mitgeteilt, der auf Grund des § 40 der Wahlordnung in die konstituierende Nationalversammlung einberufene Abgeordnete Heinrich Snoy in Meran lehne das Mandat ab, weshalb der Ersatzmann Snoy, Gastwirt Anton Lagger in Bozen, das Mandat auszuüben haben werde. Lagger war im Wahlvorschlag der sozialdemokratischen Partei für den 26. Wahlkreis, Deutsch-Südtirol, an dritter Stelle — nach den berufenen Abgeordneten Snoy und Idl — gereiht und käme als erster Ersatzmann der sozialdemokratischen Partei in Betracht, falls die Wahl mit dem dem Beschlusse der Nationalversammlung vom 4. April laufenden Jahres entsprechenden Ergebnisse tatsächlich durchgeführt worden wäre. Die Hauptwahlbehörde hält sich jedoch nicht für berechtigt, Lagger den Wahlschein auszufertigen und dadurch der Entscheidung der Nationalversammlung vorzugreifen. Das Mandat Snoy beruht nicht auf einer Wahl, sondern auf einem im freien Ermessen gelegenen Beschluß der Nationalversammlung, die sich darauf beschränkt hat, von der im § 40, Absatz 2, der Wahlordnung vorgesehenen Ermächtigung Gebrauch zu machen, ohne eine besondere Verfügung für den Fall der Erledigung eines von ihr nach § 40 der Wahlordnung verliehenen Mandats zu treffen.

Nach Ansicht der Hauptwahlbehörde kann der Umstand, daß die Nationalversammlung bei der Berufung der Abgeordneten Deutschsüdtirols sich an die Reihenfolge der Wahlvorschläge hielt, nicht ohne weiters den Schluß rechtfertigen, die Besetzung eines freiwerdenden Mandats dieser Art müsse automatisch durch das Ersuchen eines Ersatzmannes nach den für normale Wahlen geltenden Vorschriften erfolgen. Die Hauptwahlbehörde glaubt deshalb dem Präsidium anheimstellen zu sollen, ehestens einen Beschluß der Nationalversammlung oder doch des Hauptausschusses darüber veranlassen zu wollen, wer an Stelle Snoys als vollberechtigtes Mitglied in die Nationalversammlung einzutreten hätte, beziehungsweise ob in diesem Falle, sowie im Falle der Erledigung weiterer derartiger Mandate die Bestimmungen des § 36, letzter Absatz, Wahlordnung, analoge Anwendungen zu finden hätten."

Der Präsident spricht die Ansicht aus, es sei ganz selbstverständlich, daß das Haus im Falle einer Nichtannahme des Mandats so vorgehe, wie bei jeder Erledigung eines Mandats, sei es durch Tod oder Verzicht. Nach der Wahlordnung werde in einem solchen Falle der nächste in der betreffenden Parteiliste Angeführte einberufen. Der Sinn des seinerzeit vom Hause gefaßten Beschlusses war offenbar der, aus der Parteiliste, der Snoy angehört, einen Kandidaten als Abgeordneten einzuberufen. Da Snoy das Mandat nun nicht annimmt, entspreche es wohl den Intentionen des Hauses und des seinerzeit gefaßten Beschlusses, daß der nächste Wahlbewerber in der betreffenden Parteiliste, Gastwirt Anton Lagger, in die Nationalversammlung als Abgeordneter einberufen werde.

Das Haus stimmt diesem Vorschlage des Präsidenten zu.

Der Ladenschluß im Handelsgewerbe.

Berichterstatter Pick referiert über das Gesetz, betreffend die Mindestruhezeit, den Ladenschluß und die Sonntagsruhe in Handelsgewerben und anderen Betrieben. Schon vor Beginn des Krieges wurde die 7-Uhr-Geschäftssperre fast ausnahmslos durchgeführt und im Kriege hatte sich herausgestellt, daß sowohl die Angestellten als auch die Kaufleute eine kürzere Geschäftszeit verlangen. Er bittet um Annahme des Gesetzes, das ein gutes Stück sozialer Reformarbeit für Angestellte und Hilfsarbeiter, also für viele Zehntausende arbeitender Menschen darstelle.

Abg. Forstner stellt den Abänderungsantrag zu § 96, d, daß für Kutscher im Speditionsgewerbe eine ununterbrochene Ruhezeit von mindestens 11 Stunden festgestellt wird.

Abg. Allina stellt den Abänderungsantrag, daß die Bestimmungen über den Beginn der Sonntagsruhe für Angestellte der Banken, Versicherungs-, Erwerbs-, Wirtschaftsgenossenschaften und ähnlichen Unternehmungen ab Samstag 2 Uhr nachmittags in dem Gesetze festgelegt werden und die Landesregierungen nach Anhörung der in Betracht kommenden Interessenvertretungen Ausnahmen von diesen Bestimmungen im Wege einer Verordnung erlassen können. Er bespricht sodann die Ueberlastung der Angestellten der Banken durch die für die Vermögensabgabe notwendigen Arbeiten, unter welcher Last die Angestellten zusammenzubrechen drohen. Schon in der nächsten Woche wird die Bestimmung getroffen werden müssen, daß nur drei Tage für die Uebernahme von Effekten festgestellt werden, während die restlichen drei Tage der Woche zur Aufarbeitung des eingelaufenen Materials reserviert bleiben müssen.

Abg. Kraft beantragt, den § 96e, Absatz 4, der den Großhandel, die Vermittlungs- und Kommissionsgeschäfte und das Speditionsgewerbe betrifft, in dem Sinne abzuändern, daß die Betriebsräumlichkeiten für den Parteienverkehr spätestens um 6 Uhr abends zu schließen sind.

Bei der Abstimmung wird die Vorlage mit den Anträgen Forstner, Allina und Kraft und einigen vom Berichterstatter beantragten Richtigstellungen in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Der Bericht des Ausschusses für Handel und Gewerbe über den Antrag der Abgeordneten Partik, Heinl, Kollmann und Genossen, betreffend den schleunigen Abbau der Zentralen, wird mit Rücksicht darauf, daß der Berichterstatter Kollmann als Bürgermeister von Baden in dringenden Amtsgeschäften abberufen wurde, von der Tagesordnung abgesetzt.

Das Betriebsrätegesetz.

Zur Verhandlung gelangt sodann das Gesetz, betreffend die Errichtung von Betriebsräten.

Berichterstatter Hueber hebt hervor, daß trotz des heißen Kampfes im Ausschusse von den bürgerlichen Parteien grundsätzliche Bedenken gegen die Errichtung der Betriebsräte nicht erhoben wurden. Trotz der Gegensätzlichkeit der Anschauungen ist es zu einem gefunden Kompromiß gekommen. Der Ausschuß mußte sich sagen, daß die alten Formen der Betriebsverfassung des industriellen Absolutismus in Zukunft nicht mehr möglich sind und daß es besser ist, durch eine zeitgemäße Aenderung der Betriebsverfassung und durch eine Erweiterung des Arbeitsrechtes Beruhigung in die industriellen Betriebe zu bringen. Die Bedenken, daß die Betriebsräte unter Umständen ein Experiment für Industrie und Gewerbe werden könnten, wären nur dann stichhaltig, wenn es in Oesterreich keine gewerkschaftlichen Organisationen gäbe. In gewerkschaftlichen Organisationen der Angestellten und Arbeiter mit einer Zahl von über einer halben Million Mitgliedern und mit Tausenden von Vertrauensmännern, wie es sie heute in Oesterreich gibt, ist das Gesetz kein Experiment. Es ist vielmehr eine sehr kluge Politik, das in den Betrieben tatsächlich schon Bestehende gesetzlich festzulegen: das Gesetz wirkt nicht nur zugunsten der Arbeiterschaft, es muß auch im Interesse von Gewerbe und Industrie wirken. Mögen unsere Delegierten von der Friedenskonferenz was immer heimbringen, wir alle wissen, daß wir, ohne Unterschied des Standes, der Rasse und der Klasse fleißig werden arbeiten müssen. (Lebhafter Beifall.) Wenn wir aber arbeiten müssen, dann nicht zugunsten einzelner, sondern zugunsten der Allgemeinheit. Ein grundlegender Aufbau unserer Volkswirtschaft ist nur dann möglich, wenn die Betriebsräte, so wie es in dem Gesetze vorgesehen ist, eingeführt werden.

Man spricht heute schon in industriellen Kreisen und auch in der mittleren Industrie von Spezialisierung der Industrie. Ihr muß naturgemäß die Spezialisierung der Arbeit in den Betrieben folgen. Ohne Betriebsräte, ohne geschulte Leute, die der Industrie, dem Gewerbe nicht fremd gegenüberstehen, wird aber eine solche Spezialisierung nicht möglich sein. Im Ausschuß wurde weiter erörtert, daß die kollektiven Arbeitsverträge vom Werkstattvertrage zum Gruppenvertrage, dann weiter zum Bezirks- und Landes- bis zum Reichsvertrage geeignet sind, mehr Ruhe und Sicherheit in die Kalkulation zu bringen und Erschütterungen, wie sie auf allen Gebieten des Gewerbes durch die Not der Zeit hervorgerufen wurden, in Zukunft zu vermeiden. Zur Anbahnung und Durchführung der kollektiven Arbeitsverträge braucht man ebenfalls eine Organisation. Auch diese Aufgabe werden die Betriebsräte erfüllen. Der Berichterstatter empfiehlt schließlich das Gesetz und die vom Ausschusse vorgeschlagene Entschließung zur Annahme. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Die Abstimmung.

Es wird zur Abstimmung geschritten.

§ 1, Absatz 1, wird unverändert angenommen.

Absatz 2 wird in folgender vom Abg. Dr. Wutte beantragter Fassung zum Beschlusse erhoben: „In Betrieben, in denen nicht nach Absatz 1 Betriebsräte zu errichten sind, werden Vertrauensmänner mit der Besorgung einzelner Aufgaben der Betriebsräte im Sinne dieses Gesetzes, soweit dies dem Umfange und der Art des Betriebes entspricht, betraut (§ 4). Voraussetzung hiefür ist, daß in dem Betriebe mindestens 5 Arbeiter oder Angestellte dauernd gegen Entgelt beschäftigt sind, welche das 18. Lebensjahr vollendet haben. In Betrieben mit 5 bis 10 Beschäftigten ist ein Vertrauensmann, in solchen mit 11 bis 20 Beschäftigten sind zwei Vertrauensmänner zu bestellen."

Absatz 3 wird in der Fassung des Ausschusses angenommen.

§ 2 wird in der vom Ausschusse beschlossenen Form angenommen.

§ 3, Absatz 1, wird unter Ablehnung eines Antrages Friedmann, wonach sich die Tätigkeit der Betriebsräte außerhalb der Arbeitszeit zu vollziehen habe, in der Fassung des Ausschusses angenommen.

Die Punkte 1 bis 3 werden bis auf den letzten Absatz dieses Punktes unverändert, der letzte Absatz nach folgendem Antrag Wutte angenommen: „Auf Antrag des Betriebsrates kann das Einigungsamt durch beeidete Sachverständige behufs Feststellung der für die Berechnung der Akkord-, Stück- oder Gedinglöhne in Betracht kommenden Umstände in jene Aufzeichnungen des Betriebsinhabers Einsicht nehmen lassen, die über die Erzeugungs- und Lohnverhältnisse Aufschluß geben. Die Sachverständigen sind zur Verschwiegenheit verpflichtet." (Im Ausschußantrage hieß es: „Auf Antrag des Betriebsrates . . . kommenden Umstände in die darüber Aufschluß gebenden Bücher und Aufzeichnungen des Betriebsinhabers Einsicht nehmen lassen.")

Die Punkte 4 bis inklusive 10, Absatz 1 (letzterer unter Ablehnung eines Antrages Friedmann auf Streichung des Wortes „allmonatlich" und unter Ablehnung eines Zusatzantrages Friedmann, wonach die Beratungen der Betriebsräte außerhalb der Arbeitszeit stattfinden sollen) werden unverändert zum Beschlusse erhoben.

Absatz 2 des Punktes 10 wird mit dem Zusatzantrage Doktor Eisler auf Einschaltung der Worte „und Bergwerken" nach den Worten „in allen Industrieunternehmungen" angenommen.

Punkt 11 wird unter Ablehnung eines Zusatzantrages Friedmann, wonach der Verwaltungsrat oder der Direktionsrat die Abberufung der Vertreter der Betriebsräte verlangen kann, wenn diese sich eines Vertrauensmißbrauches schuldig machen, durch die die Interessen der Unternehmer gefährdet werden können, unverändert angenommen.

Punkt 12 gelangt unverändert zur Annahme.

Ebenso werden die §§ 4 und 5 (alter § 4) unverändert zum Beschlusse erhoben.

§ 6 (alter § 7) wird unter Ablehnung eines Antrages Friedmann, wonach die Wahlberechtigung mit dem 20. (statt 18.), die Wählbarkeit mit dem 30. (statt 24.) Lebensjahre festgesetzt werden soll, unverändert angenommen.

Ferner gelangt folgender Zusatzantrag Heinl zu Punkt 3 des § 6 zur Annahme: „Doch können die Vorstandsmitglieder und Beamten der Organisationen der Arbeiter und Angestellten gleichzeitig nur einem Betriebsrat oder, wenn eine Unternehmung mehrere Betriebe umfaßt, oder ein Betrieb in mehrere selbständige Betriebsabteilungen zerfällt, (§ 5), nur den Betriebsräten dieser Unternehmung oder dieses Betriebes angehören."

Punkt 4 wird gemäß einem Antrage Wutte in folgender Fassung angenommen: „Bei nichtständigen oder neuentstandenen Betrieben sind die in der Bestimmung der Absätze 2 und 3 bezeichneten Personen auch dann wahlberechtigt, wenn sie noch nicht einen Monat, und wählbar, wenn sie noch nicht sechs Monate im Betriebe beschäftigt sind."

Die §§ 7 (alter § 8), 8 (alter § 9), 9 (alter § 10), 10 (alter § 11) und 11 (alter § 12) werden in der Fassung des Ausschusses unverändert angenommen.

§ 12, Absatz 1, wird gemäß einem Antrage Wutte in folgender Fassung angenommen: „Die Mitgliedschaft im Betriebsrate ist ein Ehrenamt, das neben den eigentlichen Berufspflichten ausgeübt wird. Für unvermeidlichen Verdienstentgang und erwachsene Barauslagen gebührt den Mitgliedern des Betriebsrates eine Entschädigung."

Absatz 2 des § 12 wird mit folgenden Zusatzanträgen Wutte angenommen: „Inwieweit für den Verdienstentgang nach dem Gesetze der Betriebsinhaber aufzukommen hat, entscheidet im Streitfalle das Einigungsamt."

Im übrigen wird § 12 unverändert angenommen.

§ 13 (alter § 14) gelangt gemäß einem Antrage Wutte in folgender Fassung zur Annahme: „Ueber Streitigkeiten, die zwischen den Beschäftigten eines Betriebes oder zwischen ihnen und den Betriebsinhabern aus der Errichtung und Geschäftsführung eines Betriebsrates, insbesondere über den Umfang des Rechts- und Pflichtenkreises der Betriebsräte entstehen, entscheidet das Einigungsamt."

§ 14 (alter § 15) wird gemäß dem Antrag des Ausschusses angenommen.

§ 15 (alter § 16) wird mit einer vom Abg. Wutte zu Punkt 4 beantragten Einschaltung angenommen, wonach das Einigungsamt zur Durchführung in diesem Gesetz den Einigungsämtern zugewiesenen Aufgaben berufen wird, insolange das Gesetz über die Einigungsämter noch nicht in Kraft getreten ist und diese ihre Tätigkeit noch nicht aufgenommen haben.

§ 16 (alter § 17 [Vollzugsklausel]) wird ebenso wie Titel und Eingang des Gesetzes unverändert angenommen.

Hierauf wird das Gesetz auch in dritter Lesung zum Beschlusse erhoben. (Lebhafter anhaltender Beifall und Händeklatschen.)

Die vom Ausschusse beantragte Entschließung: „Die Staatsregierung wird aufgefordert, um unser daniederliegendes Wirtschaftsleben nicht zu hemmen und die treibenden Kräfte privaten Fleißes und persönlicher Energie wieder zur Schaffensfreude anzuregen, mit tunlichster Beschleunigung mit vollverbindlicher Deutlichkeit zu erklären, bei welchen Betrieben sie eine Sozialisierung beabsichtige," wird angenommen.

Die Verhandlung wird abgebrochen.

Präsident Seitz richtet an die Ausschüsse, insbesondere an den Ausschuß für soziale Verwaltung und den Sozialisierungsausschuß, die Aufforderung, morgen und die folgenden Tage zu eifriger Arbeit zu benützen, und schlägt die nächste Sitzung für Mittwoch den 21. d., 3 Uhr nachmittags, mit der Tagesordnung: Bericht des Ausschusses für Handel und Gewerbe über den Antrag Partik und Genossen, betreffend den schleunigen Abbau der Zentralen vor. Er mache jedoch darauf aufmerksam, daß er die Sitzung für Mittwoch nur in der Voraussetzung vorschlage, daß die beiden genannten Ausschüsse einen wesentlichen Teil der ihnen vorliegenden Arbeit bis zu dieser Zeit beendet haben, so daß diese Ausschußberichte der Tagesordnung der Mittwochsitzung angefügt werden können.

Das Haus stimmt dem Vorschlage des Präsidenten bezüglich der Einberufung der nächsten Sitzung zu.

Der Einlauf.

Anträge werden überreicht von den Abgeordneten

Dr. Seipel, betreffend die Durchführung einer Entschuldungsaktion für die Privatangestellten;

Dr. Angerer, betreffend die Umgestaltung der Handels- und Gewerbekammern;

Dr. Wutte betreffs Einstellung der Aktivitätsbezüge für die mit Vorbehalt der Wiederverwendung entlassenen k. k. Minister;

Dr. Angerer, betreffend den Abbau der Volkswehr und Schaffung einer Wehrmacht im Sinne des schweizerischen Milizsystems.

Die Meldungen über die Behandlung der Kriegsschulden im Friedensvertrage.

Die Abgeordneten Kraft, Heinl und Genossen richten an den Staatssekretär der Finanzen folgende Anfrage:

In den gestrigen Zeitungen waren Nachrichten französischer Blätter wiedergegeben, welche angebliche Grundzüge des uns von den Ententestaaten zugedachten Friedensvertrages veröffentlichten. Diese Grundzüge stehen in einem derart schreienden Gegensatz nicht nur zu den stets verkündeten Prinzipien des Völkerbundes, sondern auch zu der in der letzten Zeit namentlich von französischer Seite betonten Geneigtheit, uns wirtschaftlich entgegenzukommen, oder doch zumindest Gerechtigkeit zuteil werden zu lassen, daß man an die Richtigkeit dieser Blättermeldungen einfach nicht glauben kann. Auf die in diesen Zeitungsmeldungen enthaltenen politischen Friedensbestimmungen, welche übrigens schon in den heutigen Telegrammen aus Paris als noch in grundsätzlicher Beratung stehend und daher gewiß nicht endgültig entschieden bezeichnet werden, soll im gegenwärtigen Zeitpunkte noch nicht näher eingegangen werden.

Dagegen darf auch nicht einen Tag darüber hinweggegangen werden, daß die gemeldeten Absichten hinsichtlich der Behandlung des österreichischen Staatsschuldenproblems — wenn sie auch nur annähernd den Tatsachen entsprechen sollten — nicht nur allen Grundsätzen von Recht und Gerechtigkeit hohnsprechen, sondern auch die wirtschaftliche Existenz Deutschösterreichs vorweg vernichten müßten. Es braucht an dieser Stelle gewiß nicht weiter dargelegt zu werden, daß Deutschösterreich so wenig der Rechtsnachfolger der alten Monarchie ist, wie irgendeiner der Nationalstaaten, daß unsere Bevölkerung den Krieg nicht mehr gewollt und verschuldet hat, als die Bevölkerung in den Nationalstaaten und daß die Aufwendungen, welche der alte Staat aus den für die Kriegführung aufgebrachten Mitteln [illegible] hat — man denke nur an die Unterhaltsbeiträge für die Angehörigen der Mobilisierten, an die der Landwirtschaft für die Bedeckung des Armeebedarfes zugeflossenen Gelder und vor allem an die Milliarden, welche der vorwiegend im czecho-slowakischen Gebiet befindlichen Industrie zugute gekommen sind — ganz gewiß nicht einseitig für Deutschösterreich, sondern für alle Teile der Monarchie verwendet wurden.

Es ist aber auch daran zu erinnern, daß nach den Grundsätzen des Völkerrechtes und jedes internationalen Kreditverkehrs politische Umwälzungen niemals die losgerissenen Teile von der Verpflichtung zur Erfüllung der vor dem Umsturz rechtsgültig aufgenommenen Staatsschulden entbinden können. Es ist insbesondere hervorzuheben, daß an der Aufrechterhaltung dieses Grundsatzes gerade die Großmächte der Entente, welche die Staatsgläubiger der meisten Länder der Erde sind, ein ungeheures Interesse haben. Letzten Endes aber hätte es für niemanden einen Zweck, selbst mit der gewaltsamen Beugung jedes Rechtes und jeder Moral unserem Staate, welcher unter dem plötzlichen Zusammenbruch wirtschaftlich am schwersten gelitten und dadurch die wirtschaftlichen Lasten für den Aufbau der Nationalstaaten ohnedies schon zum größten Teil getragen hat, neue völlig unerträgliche Lasten aufzubürden und ihn damit Erschütterungen preisgeben, welche nicht nur für die Existenz unseres gequälten Volkes, sondern auch für die neu aufzurichtende Ordnung in Europa im höchsten Grade gefährlich werden müssen.

Die Bevölkerung Deutschösterreichs, die bisher umgeben von politisch auf das Tiefste aufgewühlten Ländern und zermürbt durch die viele Monate über das Kriegsende hinaus fortgesetzte Hungerblockade mit dem Aufgebot aller Kräfte Ordnung und Ruhe zu bewahren gewußt hat, soll und darf auch nicht einen Augenblick lang den unabsehbaren Konsequenzen solcher Alarmnachrichten preisgegeben werden. Der Herr Staatssekretär für Finanzen hat in den letzten Tagen in einer großangelegten Rede die Richtlinien für die finanzielle Zukunft unseres Landes dargelegt und dabei die unentbehrliche Voraussetzungen gekennzeichnet, unter welchen wir an den dringend nötigen wirtschaftlichen Wiederaufbau schreiten können. Was wir von den Ententestaaten verlangen und verlangen müssen, ist keine Gnade und kein Almosen, sondern wir verlangen Recht und Gerechtigkeit und eine Hilfe solcher Art, daß wir das Empfangene in absehbarer Zeit wiedererstatten und die natürlichen Kräfte unseres Landes, sowie den Fleiß unserer Bevölkerung in den Dienst des friedlichen Wettbewerbes der Nationen werden stellen können. Gegenüber den Schreckensnachrichten, die den Gegenstand unserer Anfrage bilden, ist eine sofortige Beruhigung unseres Volkes zur Ablehnung unmittelbarer Gefahr unerläßlich, und wir richten daher an den Staatssekretär die Anfrage: Wie verhält sich der Herr Staatssekretär der Finanzen zu den bisher zu uns gedrungenen unverbürgten Nachrichten über die wirtschaftlichen Bestimmungen des unseren Friedensbelegierten vorzulegenden Friedensvertrages und welche Maßnahmen sind getroffen, um bei den zu gewärtigenden Verhandlungen mit den Ententestaaten unser Recht und die Lebensinteressen unseres Volkes zu vertreten?

Schluß der Sitzung ½6 Uhr abends.

Der Neue Tag
18/V. 1919

62

Demokratisierung der Lokalverwaltung.

I.

Ueberall da, wo viele und große Aufgaben einer vielköpfigen Körperschaft gewählter Funktionäre anvertraut sind, ist von vorneherein klar, daß die durch das Vertrauen ihrer Mitbürger in die Verwaltung Gerufenen in ihrer Gesamtheit zwar als Träger des Willens der Korporation erscheinen können, anderseits aber ihre Aufgaben ohne Heranziehung beamteter Angestellter nicht erfüllen können, so daß sich immer zwei Gruppen von Organen, die Gewählten einerseits, die Angestellten anderseits, ergeben.

Die Abgrenzung des Wirkungskreises

dieser zwei Organisationen zu einander ist in der Gemeindeverwaltung verschieden, je nach der Auffassung, die der Gesetzgeber bei der Schaffung der Gemeindegesetze von dem ganzen Wesen der autonomen Verwaltung hatte. So finden sich Gemeindeverfassungen, in denen nach grundsätzlicher Auffassung des Gesetzgebers die Gesamtheit der freigewählten Repräsentanten das einzige für die Willensbildung der Gemeinde maßgebende Organ ist, wie z. B. in der englischen Gemeindeverwaltung, wie sie durch die Reformakte von 1835 und die Munizipalakte von 1882 begründet wurde. Wir finden Verfassungen, in denen der freigewählten Körperschaft der Hauptsache nach repräsentative Aufgaben zugedacht sind, wie in manchen Städteverfassungen im Deutschen Reich, wo der Bürgermeister, der mit seinen Beamten die Gemeindeverwaltung in seiner Hand vereinigt, zwar aus dem Stadtverordnetenkollegium gewählt wird, aber nur aus einem engen Kreise berufsmäßiger Verwaltungsbeamter erkoren werden konnte, und außerdem der Ernennung durch die Staatsregierung bedurfte, der Schwerpunkt der Gemeindeverwaltung somit außerhalb der Stadtverordnetenversammlung liegt, der nur die Kontrolle hauptsächlich in finanzieller Hinsicht über die vom Magistrat und Bürgermeister geführte Verwaltung zusteht, während von einer Selbstverwaltung der Gemeindeangelegenheiten durch die gewählten Gemeindemitglieder kaum gesprochen werden kann.

Die geltende Wiener Gemeindeverfassung

kann als ein Mittelding zwischen den beiden grundsätzlichen Richtungen angesehen werden. Die freigewählten Gemeindevertreter wählen zwar den Bürgermeister aus ihrer Mitte, welcher einer Bestätigung durch die Krone bedurfte, während ein Ernennungsrecht der Regierung nicht vorgesehen ist. Die Gemeinde wird in ihren Angelegenheiten zwar durch den Gemeinderat vertreten, die Verwaltung aber ist einerseits dem Gemeinderate und seinen Ausschüssen, bezw. dem Stadtrate, anderseits dem Magistrate anvertraut. Der Gemeinderat ist zwar berechtigt, bindende Beschlüsse zu fassen, die gesamte Geschäftsführung zu untersuchen, die Vorlage aller Akten, Rechnungen und Berichte zu verlangen, wie er will, sich in einzelnen Fällen von besonderer Wichtigkeit die Genehmigung vorzubehalten (gewisse, besonders wichtige Angelegenheiten sind ihm schon durch das Gesetz vorbehalten), dies hindert aber nicht, daß Aufgaben von Gesetzes wegen ausdrücklich dem Magistrate überwiesen sind, z. B. die Erlassung lokalpolizeilicher Anordnungen mit allgemein verbindlicher Kraft.

Naturgemäß brachte es die Bedeutung der Gemeinde Wien als Hauptstadt des Reiches mit sich, daß der Gemeinderat in seinen öffentlichen Sitzungen an aktuellen Tagesfragen und politischen Problemen nicht vorübergehen konnte und hierüber große Debatten abführte; oft genug war ja der Wiener Gemeinderat bei Ausschaltung der parlamentarischen Tätigkeit der alleinige Boden hiefür. So selbstverständlich dies bei einer solchen Körperschaft ist, so hatte es zur Folge, daß durch solche politische Debatten für die sachliche und gründliche Beratung wirtschaftlicher Angelegenheiten der Gemeinde gar oft der Weg verlegt wurde und daher manchmal Beschlüsse von großer wirtschaftlicher Bedeutung wegen Knappheit der Zeit ohne jede weitere Debatte gefaßt werden mußten oder, wie es auch vorgekommen ist, eine Reihe von Anträgen nur nach den Vorlagen en bloc zur Annahme gelangten.

Zusammenfassend kann man sagen, daß der Gemeinderat zwar durch Gesetz mit der obersten Verwaltung und Beschlußfassung in Gemeindeangelegenheiten betraut ist, aber neben ihm auch Organe bestehen, denen durch das Gesetz ein Teil der Gemeindeverwaltung und Willensbildung für die Gemeinde überlassen ist. Aber auch für jene Angelegenheiten, die dem Gemeinderate vorbehalten sind, vollzieht sich die Vorbereitungsart gewöhnlich ohne seine Mitwirkung und er kommt meist erst dann in die Lage, sich mit den ihm vorbehaltenen Angelegenheiten zu befassen, wenn ihm die Vorlagen zukommen. Da eine so große Körperschaft nicht ununterbrochen Sitzungen abhalten kann, muß oft eine große Anzahl Vorlagen in einzelnen Sitzungen zusammengedrängt und hier infolge der Kürze der Zeit rasch erledigt werden, so daß die Beschlüsse der obersten Körperschaft manchmal wenig mehr als eine formelle Sanktion darstellen.

Wer jemals die jährlichen Elaborate über Voranschlag und Rechnungsabschluß der Gemeinde Wien zur Hand genommen hat, weiß, daß es sich hier um mehrere starke Bücher mit hunderten von Seiten, unzähligen Rubriken und einem enormen Ziffernmaterial handelt, welches zu beherrschen überhaupt niemandem anderen möglich ist, als den einzelnen Beamten, welche diese Bücher alljährlich in mühevoller Arbeit zusammenstellen.

Kein Mitglied des Gemeinderates wäre auch nur physisch imstande, in der Zeit zwischen Versendung der Elaborate und der Sitzung sich mit allen einzelnen Posten derart vertraut zu machen, um zu allen Posten in sachlicher Ausführung zu sprechen. Tatsächlich vollzieht sich

die Erledigung der wichtigen Tagesordnung

nicht in der Weise, daß alle einzelnen Posten durchberaten werden, es werden nur einzelne Posten herausgegriffen, um Wünsche für die Zukunft vorzubringen, ein Zuviel oder ein Zuwenig zu bemängeln, während die Mehrzahl der Posten außer Erörterung bleiben müssen; oder es wurde — zur Zeit von Parteikämpfen — aus Zwecken der Obstruktion einzelne Posten einer derartig gründlichen Erörterung unterzogen, daß die Erledigung der Tagesordnung gefährdet war, bis dann nach Zustandekommen eines Kompromisses der Großteil der Rechnungen ohne Debatte zur Abstimmung und Annahme gelangt.

Es ist klar, daß eine derartige Erledigung wirtschaftlich wichtiger Angelegenheiten zwar formell den Anforderungen des Gesetzes entspricht, aber nicht jene sachliche Erledigung ist, die dem Gesetzgeber vorschwebte. Andererseits liegt es auf der Hand, daß bei dem enormen Umfange der Gemeindeverwaltung eine Durcharbeitung aller wichtigen Angelegenheiten in der Plenarsitzung eine rasche Abwicklung der Gemeindeverwaltung selbst dann unmöglich machen würde, wenn der Gemeinderat tägliche Sitzungen abhielte.

Man wird also, wenn die ehrenamtliche Tätigkeit in der künftigen Gemeindeverwaltung im Sinne einer fortschreitenden Demokratisierung ausgestaltet werden soll,

Stellen schaffen müssen,

wo den vom Volke entsendeten Vertretern außerhalb des unvermeidlich schwerfälligen Apparates der Plenarsitzung die Mitarbeit in einfacher und zweckentsprechender Weise ermöglicht wird, ohne dabei mit dem obersten Prinzip der Gemeinderatsautonomie zu brechen, daß für die Willensbildung ausschließlich die gewählte Körperschaft in ihrer Gesamtheit in Betracht kommt.

In vorbildlicher Weise ist dieses Problem in der englischen Lokalverwaltung gelöst worden. Ihre Einrichtungen sollen in einem zweiten Artikel besprochen werden.

Neues Wiener Tagblatt 20./IV. 1919 71

Niederösterreichischer Landtag.

Die Eröffnungssitzung.

Der am 4. d. neugewählte niederösterreichische Landtag ist heute um 12 Uhr mittags zu seiner ersten Sitzung zusammengetreten. Der Versammlungsort, der alte Ständesaal des Landtages, ist derselbe geblieben, doch die Vertretung zeigt ein durchaus verändertes Aussehen. Während im letzten Kurienlandtag die Christlichsozialen eine große Mehrheit hatten, ziehen jetzt die Sozialdemokraten mit 64 Mandaten als die stärkste Partei ein. Die Christlichsozialen haben 45, die Großdeutschen 8 Mandate erhalten. Eine ganz neue Erscheinung sind die Tschechen, welche zum erstenmal eine Vertretung, und zwar in der Stärke von drei Mandaten, in diesem Hause erlangt haben. Abgesehen von der Verschiebung des Kräfteverhältnisses der Parteien ist von den alten Vertretern nur eine geringe Zahl in den neuen Landtag eingezogen.

Die Aufgabe der heutigen Sitzung ist ausschließlich der Konstituierung vorbehalten. Zum Landeshauptmann wird auf Grund eines Klubbeschlusses der Sozialdemokraten der Abgeordnete Sever gewählt. Die drei Landeshauptmannstellvertreter sind der Sozialdemokrat Widholz und die Christlichsozialen Leopold Steiner und Johann Mayer. Von den sieben Landesräten, welche die Funktion des Landesausschusses des Kurienlandtages übernehmen, fallen vier den Sozialdemokraten und drei den Christlichsozialen zu. Die Erwählten der Sozialdemokraten sind die Abgeordneten Polzer, Volkert, Rudolf Müller und Karl Müller, die der Christlichsozialen die Abgeordneten Repusil, Jukel und Zwetzbacher. Den Großdeutschen wurde eine Vertretung im Landesrate, der gleichfalls auf Grund des Proporzes zusammengesetzt ist, nicht zuerkannt. Namens der deutschnationalen Abgeordneten haben die Abgeordneten Dr. Riehl und Genossen folgende Rechtsverwahrung im Landtage überreicht:

Die Rechtsverwahrung der Deutschnationalen.

Die gefertigten Abgeordneten legen namens der deutschbewußten Bevölkerung Niederösterreichs schärfste Rechtsverwahrung ein gegen die Anwesenheit tschecho-slowakischer Vertreter im niederösterreichischen Landtag, weil diese als Tschecho-Slowaken, also als Vertreter eines ausländischen Staatsvolkes, gewählt sind und weil sie zum großen Teil von Wählern, die sich zum tschecho-slowakischen Staat bekannt haben, dort also heimatberechtigt sind, daher in Wien nicht wahlberechtigt waren, Stimmen erhalten. Durch Meldungen von Eisenbahnern ist bekannt geworden, daß zum Zwecke der Wiener Wahlen in der Tschecho-Slowakei heimatberechtigte und bereits dahin ausgewanderte Tschechen hieher gereist sind. Tschecho-slowakische Staatsbürger haben über Weisung der tschecho-slowakischen Regierung sich als deutschösterreichische Staatsbürger bekannt, um bei den Wahlen im Interesse des tschecho-slowakischen Staates tätig sein zu können. Sie haben gleich die Versicherung erhalten, daß ihnen die tschecho-slowakische Staatsbürgerschaft mit besonderen Vorteilen gewährleistet sei. Wehrpflichtige Angehörige der Tschecho-Slowakei sind für die Dauer der Wiener Wahlen nicht einberufen worden. Diese Rechtsverwahrung beantragen wir, in das Protokoll aufzunehmen.

Die niederösterreichischen Abgeordneten der verschiedenen deutschnationalen Gruppen haben vor Beginn der Sitzung unter dem Vorsitz des Abgeordneten Kittinger eine kurze Vorberatung über die einzubringenden Anträge abgehalten und den Beschluß gefaßt, auf Grund ihrer bei den Landtagswahlen aufgebrachten Stimmenanzahl, die mehr als 112,000 beträgt, ein Mandat in der Landesregierung zu beanspruchen.

* * *

Der bisherige Landeshauptmann Steiner eröffnet die Sitzung mit einer kurzen Ansprache und übergibt sodann dem ältesten Mitglied Abgeordneten Jedek den Vorsitz, welcher die konstituierenden Arbeiten einleitet. Zunächst wird die Gelöbnisformel verlesen und der Namensaufruf der Abgeordneten vorgenommen.

Zwischenfall bei der Angelobung der tschechischen Abgeordneten.

Ein Zwischenfall ergibt sich bei der Angelobung der tschechischen Abgeordneten. Von diesen wird zunächst der Abgeordnete Dworak aufgerufen. Er leistet die Angelobung mit dem Worte „Slibuji." („Ich gelobe.") Auf der rechten des Hauses wird heftiger Widerspruch laut.

Man ruft: Wir sind doch in Wien. Da hört sich doch alles auf! Wir sind kein doppelsprachiger Landtag!

Der Alterspräsident Jedek fordert den Abgeordneten Dworak auf, das Gelöbnis zu wiederholen, und zwar nur in deutscher Sprache.

Dworak wiederholt aber die vorerwähnte Art des Gelöbnisses, worauf sich neuerlich heftiger Widerspruch erhebt.

Alterspräsident Jedek ruft den Abgeordneten Dworak zur Ordnung.

Sodann wird in der Verlesung der Namensliste fortgefahren. Der zweite tschechische Abgeordnete Klimesch leistet das Gelöbnis in derselben Weise wie der Abgeordnete Dworak.

Der Widerspruch ist jetzt noch viel heftiger als früher. Es wurden Rufe laut: „Frechheit, hinaus mit ihm! Das lassen wir uns nicht bieten!"

Alterspräsident Jedek fordert auch den Abgeordneten Klimesch auf, die Angelobung ausschließlich in deutscher Sprache zu leisten. Er wiederholt sie aber wiederum in der vorerwähnten Form, was neuerlich heftige Protestrufe auf der rechten Seite des Hauses auslöst. Auch der dritte tschechische Abgeordnete Machat leistet gleichfalls die Angelobung in tschechischer und deutscher Sprache.

Wieder erheben sich heftige Zwischenrufe auf der rechten Seite: Wir lassen uns solche Provokationen nicht gefallen!

Auf die Aufforderung des Alterspräsidenten Jedek, das Gelöbnis deutsch zu leisten, antwortet der Abgeordnete Machat: Ich habe bereits gelobt!

Die Proteste und Zwischenrufe auf der Rechten werden immer heftiger.

Der Alterspräsident Jedek wendet sich an das Haus mit den Worten: Ich bitte sich von den Tschechen nicht aufreizen zu lassen.

Rufe rechts: Entweder die Herren werden hier deutsch sprechen oder sie werden hier nicht reden. Hier gibt es keine Doppelsinnigkeit.

Abg. Rain ersucht um das Wort zur Geschäftsordnung. Er erhebt sich, um zur Geschäftsordnung zu sprechen, ergreift jedoch nicht das Wort, da eingewendet wird, daß während des Namensaufrufes eine Unterbrechung nicht stattfinden dürfe.

Der Alterspräsident Jedek wiederholt seine Aufforderung an die tschechischen Abgeordneten, das Gelöbnis nochmals ausschließlich in deutscher Sprache zu leisten, welcher die Tschechen aber nicht Folge leisten.

Der Lärm dauert einige Minuten und es werden wieder heftige Zwischenrufe gegen die Tschechen laut. Einige Heiterkeit erweckt der Zwischenruf „Böhmische Dickschädel". Schließlich wird der Namensaufruf fortgesetzt.

Es folgt sodann die Wahl von sechs Schriftführern und zwei Ordnern. Nach dieser Wahl erfolgt der Namensaufruf zur Abgabe der Stimmzettel für die Wahl des Landeshauptmannes. Zur Vornahme des Skrutiniums wird die Sitzung um ½1 Uhr für kurze Zeit unterbrochen.

Die Wahl Severs.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung verkündet der Präsident das Wahlresultat, daß zum Landeshauptmann mit 106 von 116 abgegebenen Stimmen der Abgeordnete Sever gewählt ist. Vier Stimmzettel waren leer. Abgeordneter Sever, mit lebhaftem Beifall begrüßt, übernimmt sodann den Vorsitz.

1 Uhr. Die Sitzung dauert fort.

Neue Freie Presse

21.V.1919

74

Niederösterreichischer Landtag.

Wien, 20. Mai.

Die Eröffnung des niederösterreichischen Landtages nahm nicht den ruhigen Verlauf, der sonst bei solchen, rein formalen Tagesordnungsgegenständen vorbehaltenen Sitzungen üblich ist. Da das Gesetz vom 20. März 1919, mit dem die Landesordnung abgeändert wurde, wurde die Bestimmung aufgenommen, daß die Verhandlungssprache des Landtages die deutsche sei. Die drei czechischen Landtagsabgeordneten scheinen die Meinung zu haben, daß für sie diese Bestimmung keine Geltung habe, gleichsam, als ob sie, wie in einem Zwischenruf gesagt wurde, als Angehörige eines fremden Staates Exterritorialität genießen würden. Die christlichsozialen und deutschnationalen Abgeordneten haben diese unnütze Demonstration in schärfster Weise zurückgewiesen. Es wäre zu wünschen, daß die czechischen Abgeordneten, denen durch die neue Wahlordnung das Mitbestimmungsrecht in den Landesangelegenheiten zuteil wurde, es bei ihrer heutigen Demonstration bewenden ließen, damit der Landtag sich ruhiger Arbeit widmen könne. Auf allen Gebieten der Landesgesetzgebung gilt es, wie Landeshauptmann Sever heute ausgeführt hat, neu aufzubauen, Verfassung und Verwaltung des Landes müssen auf andere Grundlagen gestellt, für die Reform des Schulwesens, die Wiederbelebung von Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft muß die Hilfe des Landes in Anspruch genommen werden. Die Finanzlage des Landes erfordert die Eröffnung neuer Einnahmsquellen. Der Landeshauptmann wies auch auf die Sozialisierung hin und sagte, daß den großen Gemeinden jene Unternehmungen überantwortet werden sollen, die sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben brauchen. Donnerstag wird der Landtag die Ausschüsse wählen.

Nachstehend der Bericht über die Sitzung im Anschlusse an das Abendblatt:

Nach seiner Wahl zum Landeshauptmann hielt Abgeordneter Sever eine Rede, in welcher er der Versammlung seinen Dank für die auf ihn gefallene Wahl aussprach und dann ausführte:

Ich bin mir wohl bewußt, daß ich durch die Wahl aus dieser Versammlung, die ein treues Spiegelbild des Willens der niederösterreichischen Bevölkerung gibt, eine ganz andere Stellung gewinne, wie die früheren Landeschefs. Der Statthalter, ein hoher Beamter, war nach obenhin ein Diener des Ministers des Innern, nach unten hin ein Herr, der nicht einmal dem Landtage verantwortlich war. Und gar im Krieg, wo der Landtag überhaupt ausgeschaltet war, wo der nackte Absolutismus und Bureaukratismus das Land ebenso wie das Reich beherrschte, galt der Statthalter als der unbeschränkte und unkontrollierbare Herr.

Das ist nun anders geworden. Das Volk hat im November das ganze System des Regierens in den Ländern gestürzt. Es hat durch Gesetz die Zusammenlegung der bisher landesfürstlichen und der autonomen Verwaltung verfügt und beide den freigewählten Vertretern übergeben. Durch das allgemeine und gleiche Wahlrecht aller Frauen und Männer des Landes ist dieses hohe Haus berufen. Durch die Wahlen hat das Volk endgültig erklärt, wie es das Land regiert und verwaltet wissen wolle. Die Entscheidung erfolgte im Sinne des Fortschrittes und der sozialen Entwicklung. Ihnen und damit dem Volke, das Sie entsendet hat, bin und fühle ich mich für alle Amtsgeschäfte, die ich in diesem Sinne führen will, verantwortlich.

Die vorläufige Staatsverfassung und wohl auch die künftige gibt dem Lande und seiner Regierung eine wichtige und einflußreiche Stellung im Staate. Das Leitwort, das für die Beziehungen zwischen Staats- und Landesregierung gelten soll, heißt: „Einvernehmen". Das gilt auch zwischen Land und Gemeinde. Die Landesregierung wird das Bindeglied zwischen dem freien Staate und der freien Gemeinde sein.

Die Gesetzgebung und die Verwaltung des Landes stehen unter dem Drucke der Folgen des entsetzlichen Krieges und bald vielleicht auch der Folgen eines Gewaltfriedens. Aber so traurig diese Tatsachen sind, wir dürfen den Mut nicht sinken lassen, wir müssen uns wieder erheben, wir müssen aufbauen. Vor allem müssen wir Arbeit schaffen in der Industrie und im Gewerbe, in der Landwirtschaft und im Handel. Die Forderung der Industrie ist verknüpft mit der Sozialisierung der Kohle, des Eisens, der Wasserkräfte. Wir müssen vor allem den großen Gemeinden jene Unternehmungen überantworten, deren sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben bedürfen. Das sind, soweit sie nicht kommunalisiert oder vom Staate sozialisiert sind: die Betriebe für den Personenverkehr, die Licht- und Kraftwerke, die Brotfabriken, die Schlachthäuser, die Mühlen, die Molkereien und die Brauereien. Auch die Ziegel- und Kalkwerke und die Steinbrüche werden in den Bereich der Gemeinwirtschaft einzubeziehen sein. Desgleichen das Anschlagwesen, die gewerbsmäßige Stellenvermittlung und die Apotheken, nicht zu vergessen der planmäßige Bau von Kleinwohnungen. Welchen Anteil das große Werk der Sozialisierung auch den Ländern noch zuweisen möge, Niederösterreich wird stets freudig mithelfen.

Kräftig muß der Wiederaufbau auch auf dem Gebiete der Landwirtschaft einsetzen. Es darf nicht mehr vorkommen, daß die Landwirte an Saatgut und Dünger Mangel leiden. Auch unser Viehstand ist ganz niedergedrückt. Ihm wird unter anderm die neue Alpenwirtschaft helfen, die auf Jagdbesitzer keine Rücksicht nimmt. (Zustimmung.) Wir müssen unsere Volksernährung vom Auslande möglichst unabhängig machen. Zur Erreichung dieses Zieles, das allerdings leider noch in weiter Ferne steht, wird die Landwirtschaft durch Förderung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens und durch die Herstellung direkter Beziehungen zwischen Produzenten und Konsumenten im gemeinsamen Interesse nicht nur der Landwirte, sondern auch der städtischen Bevölkerung zu fördern sein. Je besser das Land produziert, desto besser und billiger wird die Stadt versorgt sein. (Beifall.)

Während wir zur Gesundung unserer Volks- und Geldwirtschaft das Produkt der Landwirtschaft dem inländischen Konsum zuzuführen gedenken, müssen Industrie und Gewerbe hauptsächlich für den Export arbeiten. Die Gewerbeförderung wird insbesondere in Wien in der Förderung des Exports bestehen. Kommen erst Handel, Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft in Gang, so ist der Ansatz zum Wiederaufbau gemacht, das Gespenst der Arbeitslosigkeit wird verscheucht, wir werden wieder arbeiten und essen.

Eine große Aufgabe ist uns im Schulwesen gestellt. Die Volksbildung ist einer jener Werte, die man uns nicht als Kriegsentschädigung nehmen kann, ebenso wenig wie man unseren geistigen Anschluß an die deutsche Kultur verbieten kann. Wir wollen die Schule hüten und betreuen als eines unserer höchsten Güter, wir wollen unser intelligentes, fleißiges Volk zur höchsten Stufe des Wissens und Könnens emporgeleiten. Die Landesregierung wird ihren Einfluß dahin geltend machen, daß die Jugend im patriotischen Sinne, das heißt für den republikanischen und demokratischen Gedanken erzogen wird. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Wie in die Schule muß der neue Geist auch einziehen in die Verwaltung, der große Aufgaben gestellt sind. Der Ausbau unserer Eisenbahnen und Straßen, die Ausgestaltung der sozialen Verwaltung, insbesondere die Organisation der Findlings- und Waisenpflege, das Armenwesen und alle Zweige der öffentlichen Fürsorge, die Spitäler, die Heil- und Pflegeanstalten, das alles wird Gegenstand unserer ernsten Sorge und Arbeit sein. In diese ganze soziale Verwaltung, von der die Massen des Volkes abhängig sind, von der Wiege bis zum Grab, wollen wir den neuen sozialen Geist tragen.

Wir wollen ihn aber auch hineintragen in die eigentliche politische Verwaltung, in die Behörden und Aemter. Diese müssen die Tatsache erfassen, daß sie nur dem Volk zu dienen haben und daß das Volk ihnen die einzige Autorität ist. Den Beamten wird die entgegenkommendste Bereitwilligkeit gegenüber jedermann ohne Unterschied zur Pflicht gemacht. Insbesondere muß die ärgerliche Tatsache aus der Welt geschafft werden, daß man noch heute tagelang von einem Amt zum anderen geschickt werden kann, ohne daß sich eines als zuständig erklärt. Ich bin überzeugt, daß es unserer pflichtbewußten, arbeitsfreudigen Beamtenschaft gelingen wird, sich raschestens neu einzustellen. Die Landesregierung ist bereit, im Vereine mit der Staatsregierung die Verwaltungsreform durchzuführen. Bis die Reform vollzogen ist, wird sie darauf bedacht sein, daß auch in der ersten Instanz, bei der Bezirkshauptmannschaft, der Volkswille zum Ausdruck komme und diese ihre Amtshoheit nicht nur von der Landesregierung, sondern auch von der Bevölkerung ihres Bezirkes herleite. Dadurch wird den örtlichen Interessen am besten Rechnung getragen.

So gehen wir denn an die Arbeit. Wir verzagen nicht, wir geben uns aber auch keinen übertriebenen Hoffnungen hin. In dem Chaos des wirtschaftlichen und finanziellen Zusammenbruches, bei der schrecklichen Arbeitslosigkeit, die eine zwecklose und grausam verlängerte Blockade bis in die letzten Monate noch vergrößerte, bei der Hungersnot, die noch immer herrscht, wachsen die Schwierigkeiten einer geordneten Verwaltung von Tag zu Tag. Die Republik hat von der Monarchie ein schreckliches Erbe übernommen. Was unser Wille, unsere Kraft, unsere Arbeit vermag, wird geschehen, um über diese Zeit hinwegzukommen. Wer sein Volk liebt und dessen Bestes will, der gehe mit uns, aufwärts und vorwärts zum Heile unseres lieben Landes und seines Volkes. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Sozialdemokraten.)

Wahl der drei Landeshauptmannstellvertreter.

Es wird zur Wahl der drei Landeshauptmannstellvertreter geschritten.

Abg. Bierbaumer (deutschnational): Von den 1,115.000 abgegebenen Stimmen sind 114.000 auf die deutschnationalen Vertreter im Landtag entfallen. Auf Grund dieser Ziffer erheben wir Anspruch auf ein Mandat in der Landesregierung und bringen hiefür den Abg. Kittinger in Vorschlag.

Bei der Wahl erhalten die Abg. Johann Mayer und Steiner 114 Stimmen, der Abg. Widholz 108 und der Abgeordnete Kittinger 8 Stimmen. Es erscheinen somit die Abgeordneten Johann Mayer, Steiner und Widholz zu Landeshauptmannstellvertretern gewählt. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten und Christlichsozialen.)

Wahl der Landesräte und Funktionäre.

Zu Landesräten werden gewählt die Abgeordneten Karl Müller, Rudolf Müller, Pölzer, Volkert, Jukel, Neprstil und Zwetzbacher.

Zu Schriftführern werden gewählt die Abgeordneten Adolf Müller, Paulik, Anna Kaff, Otto Volker, Wollek und Dr. Walter Riehl.

Mittels Zurufes werden zu Ordnern gewählt die Abgeordneten Lang und Gerdinitsch.

Bericht des Finanzkontrollausschusses.

Im Einlauf befindet sich der Bericht des Finanzkontrollausschusses über seine Tätigkeit in der Zeit vom 24. Juni 1914 bis Ende 1918. Den Bericht wird in einer der nächsten Sitzungen der Abg. Seitz erstatten.

Nächste Sitzung Donnerstag den 22. d., 11 Uhr vormittags. Tagesordnung: Wahl der Ausschüsse.

Arbeiterzeitung
21./V. 1919

77

Niederösterreichischer Landtag.

Der neugewählte Landtag Niederösterreichs hat sich heute konstituiert. Zum Landeshauptmann wurde Genosse Sever gewählt. Er entwickelte in seiner Antrittsrede ein großzügiges Arbeitsprogramm, das schon erkennen läßt, wie mit der Uebernahme der Landesverwaltung durch die Sozialdemokraten in die Landesstube und Landesregierung ein neuer Geist einzieht. An die Stelle des alten Unterdrückungssystems und der volksfremden Bürokratie tritt der neue Geist wahrer Demokratie und ernsten sozialen Schaffens.

Den übrigen Teil der denkwürdigen Sitzung füllten die Wahlen aus. Es wurden noch der Christlichsoziale Mayer zum ersten, Genosse Widholz zum zweiten und der frühere Landeshauptmann Steiner zum dritten Landeshauptmannstellvertreter gewählt. Daß der Vertreter der Bauernschaft, Abgeordneter Mayer, zum ersten Stellvertreter bestimmt wurde, darin drückt sich das Uebergewicht aus, das in der christlichsozialen Partei jetzt die Bauern haben; die Arbeiter und Bauern sind im heutigen Niederösterreich die wichtigsten Stände, die nach dem neuen Wahlrecht, das die Kräfteverhältnisse unverfälscht und treu in Erscheinung treten läßt, nun auch die Regierung des Landes übernehmen.

Zu Landesräten wurden vier Sozialdemokraten und drei Christlichsoziale gewählt. Die sozialdemokratischen Landesräte sind Karl Müller, Rudolf Müller, Pölzer und Volkert, die auch die für die Arbeiterschaft wichtigsten Verwaltungsangelegenheiten übernehmen. Die Angelegenheiten der Bauern wurden natürlich den christlichsozialen Landesräten überlassen, die meist selber Bauernvertreter sind. Die Selbstverwaltung soll eben auch den Bauern in weitestem Maßstab die Möglichkeit geben, ihre Angelegenheiten selbst zu ordnen.

Die Eröffnung der Sitzung.

Um 12 Uhr begaben sich die Sozialdemokraten, die vorher eine Klubsitzung abgehalten hatten, in den Saal und besetzten die linke Seite. Sie waren alle mit roten Nelken geschmückt. Die rechte Seite nehmen auch weiter die Christlichsozialen ein, die freilich stark zusammengeschmolzen sind. In der Mitte sitzen die Deutschbürgerlichen und hinter ihnen in den letzten Reihen die Tschechen, die ebenfalls rote Nelken aufgesteckt hatten.

Landeshauptmann **Steiner** begrüßt den Landtag und übergibt den Altersvorsitz dem Abgeordneten Jedek.

Jedek hält eine kurze Ansprache, in der er erinnert, daß das Land durch den unglücklichen Krieg furchtbar in Mitleidenschaft gezogen ist. Große Aufgaben stehen daher dem Landtag bevor, die zum Wohle der Allgemeinheit nur durch inniges zielbewußtes Zusammenwirken aller Parteien und Stände gelöst werden können. Die Christlichsozialen spenden ihm lebhaften Beifall.

Dann wollte er die Wahl der Schriftführer vornehmen, wurde aber vom Abgeordneten Seitz aufmerksam gemacht, daß das vor der Angelobung nicht gehe. Es wurden hierauf die jüngsten zwei Abgeordneten Jiricek und Rott zu provisorischen Schriftführern bestellt.

Die Angelobung.

Bei der Angelobung ging es recht wenig feierlich zu. Die drei Tschechen hatten nämlich den Einfall, die Angelobung zu einer kindischen Demonstration zu benützen. Sie sagten nämlich ihr „Ich gelobe" zuerst tschechisch und dann gleich anschließend deutsch. Wenn die Christlichsozialen und Deutschbürgerlichen so klug gewesen wären, diese Kinderei zu ignorieren, wäre die kindische Demonstration in den Brunnen gefallen und der Tschechen Mühe wäre vergeblich gewesen. Aber die Klugheit fehlte und als der erste tschechische Abgeordnete Dworzak sein tschechisches „Ich gelobe" aussprach, da begannen die Christlichsozialen ein furchtbares Geschrei: „Er muß deutsch reden!" — „Hier gibt es nur eine deutsche Verhandlungssprache!" Die Deutschnationalen, die anfangs eine klügere Taktik einhielten, befürchteten aber dann, daß ihnen die Christlichsozialen den Rang in dieser Art der Rettung des Deutschtums ablaufen, schrien schließlich mit und beide Parteien steigerten bei den beiden anderen Tschechen, die in derselben Art gelobten, ihren Lärm. Der Erfolg war, daß die Tschechen natürlich im Landtag ebenso sitzen, wie sie dort gesessen wären, wenn man ihre tschechischen Worte ignoriert hätte. Aber in diesem Falle hätte kein Mensch in Oesterreich die Tschechen beachtet und keine Zeitung über sie geschrieben. Dank der geschickten Taktik der Christlichsozialen und der Deutschnationalen, die den Tschechen die lärmende Claque beistellten, wurden diese Lärmlich zum Mittelpunkt der Angelobung gemacht und zu Helden einer Zeitungssensation der Klatschpresse gemacht. Aber es war beiden geholfen: die Tschechen hatten ihre Freude und fühlen sich als nationale Helden und die Christlichsozialen und Deutschnationalen haben auch ihre Freude, daß sie sich als Retter des Deutschtums und Helden zeigen konnten und — gesehen ist nichts, weder für Deutsche noch Tschechen und es ist heute um keinen Tschechen mehr und um keinen weniger im Landtag als vor diesem Heldenkampf. Die Sozialdemokraten haben sich natürlich an diesen zwecklosen Kindereien nicht beteiligt.

Die Wahl des Landeshauptmannes.

Bei der Wahl des Landeshauptmannes wurden 116 Stimmzettel abgegeben, wovon 106 auf den Abgeordneten Sever entfielen und zehn leer waren. Unter großem Beifall der Sozialdemokraten erklärt der Alterspräsident den Abgeordneten Sever als zum Landeshauptmann gewählt und übergibt ihm den Vorsitz.

Die Ansprache des Landeshauptmannes Sever:

Hoher Landtag! Geehrte Frauen und Männer! Dankbar für das entgegengebrachte Vertrauen, erkläre ich, daß ich die Wahl zum Landeshauptmann annehme. Gestützt auf meine langjährigen Erfahrungen will ich mich bemühen, Ihr Vertrauen durch rastlosen Eifer und aufs große Ziel gerichteten Willen zu erhalten und zu festigen. Bei der Leitung der Verhandlungen will ich mich der strengsten Unparteilichkeit und Objektivität befleißen.

Neue Freie Presse
22/V. 1919
80

Konstituierende Nationalversammlung.

Der Abbau der Zentralen und die Ernährungslage.

Wien, 21. Mai.

Gegen die staatliche Zwangswirtschaft ist heute in der Nationalversammlung manch kräftiges und zutreffendes Wort gesprochen worden. Es wurde geschildert, wie die Zentralen anfangs nur für unentbehrliche Artikel geschaffen worden seien, wie sie aber später sich gleich einer epidemischen Krankheit ausgebreitet und die ganze Privatinitiative niedergeschlagen haben. Dem Hause lag heute ein Antrag des Ausschusses für Handel und Gewerbe vor, der die Regierung auffordert, den Abbau der kriegswirtschaftlichen Zentralen, soweit ihr Bestand sich nicht als notwendig erweise, in die Wege zu leiten. In dem Berichte wird gesagt, daß die Zwangswirtschaft auf allen Gebieten des Erwerbs- und Wirtschaftslebens die verheerendsten Wirkungen ausgelöst habe. Sie ist von der Landwirtschaft, vom Gewerbe, von der Industrie und vom Handel und ebenso von den Verbrauchern als drückende Fessel empfunden worden. Der Zerfall der Monarchie, das Ende des Krieges und die Aufhebung der Blockade lassen es geboten erscheinen, die Hemmung durch die Zwangswirtschaft zu beseitigen und der Schaffensfreude und Arbeitslust der Bevölkerung wieder den weitesten Spielraum einzuräumen. Die vielen Tausende von Kräften, die zum Schaden der Volkswirtschaft aus dem Wirtschaftsleben ausgeschaltet waren, sollen berufen sein, durch Aufnahme ihrer Beziehungen zu den Nachbarländern und Ueberseestaaten unserem Gewerbe und der Industrie die nötigen Rohstoffe zu vermitteln, das Erwerbsleben zu befruchten und die Arbeitslosigkeit zu beheben. Der Ausschuß stellt den Antrag, ein Komitee von 21 Mitgliedern zu wählen, mit der Aufgabe, die beschleunigte wirtschaftliche Demobilisierung zu überwachen und der Regierung beratend zur Seite zu stehen. In dem Komitee sollen die großen Gruppen von Gewerbe, Handel, Industrie und Landwirtschaft sowie der Verbraucher vertreten sein.

In der Debatte wurde hervorgehoben, daß niemand an eine überstürzte Rückkehr zum freien Handel und an eine schrankenlose Einfuhr von Waren für Luxuszwecke denke. In diesem Sinne sprach auch der Staatssekretär für Volksernährung Dr. Loewenfeld-Ruß, dessen Erklärungen der Berichterstatter Kollmann als eine Vorrede zu den Verhandlungen über den Abbau der Zentralen bezeichnete. Der Staatssekretär hatte nach Eröffnung der Sitzung in Beantwortung einer Anfrage über den Versorgungsplan der Regierung bis zur Ernte eine Darstellung der Ernährungslage gegeben. Er teilte mit, daß sich jetzt Abordnungen in Warschau und Belgrad befinden, und daß zu hoffen sei, man werde mit Unterstützung der Ententemissionen aus Polen und Jugoslawien Lebensmittel erhalten. Aber es war ein sehr trauriges Bild, das er von unseren nächsten Aussichten entwarf. Die heimischen Aufbringungen spielen für die Versorgung derzeit überhaupt keine Rolle mehr. Rindfleisch braucht Wien monatlich 1·67 Millionen Kilogramm, geliefert wurden im April nur 400.000. Unser täglicher Bedarf an Milch ist 900.000 Liter, heute erhielten wir nur 36.000 Liter. Nicht einmal die einjährigen Kinder und die Kranken können mit Milch versorgt werden. Die erhöhte Brotquote ist nur für zwei bis drei Wochen, die Quote von 12 Dekagramm Fett bis zur ersten Hälfte Juni gesichert. Ein großer Teil der Bevölkerung kann wegen der hohen Preise aus der Erhöhung der Lebensmittelmengen keinen Vorteil ziehen. Die Ausgaben für die Lieferungen der Entente im jetzigen Umfange dürften mit 17 bis 20 Millionen Dollar monatlich beziffert werden. Die Gesamtkosten der bisherigen Lebensmittelimporte übersteigen bereits eine Milliarde. Der Staatssekretär erklärte, es bestehe die Hoffnung, daß wir bei den Friedensverhandlungen langfristige Kredite bekommen. Aus Gründen der Valuta, der Preispolitik und der Verteilung der importierten Artikel hält es Dr. Loewenfeld-Ruß für notwendig, den Handel in der nächsten Zeit einer gewissen Beschränkung und Ueberwachung zu unterwerfen.

Abgeordneter Kollmann führte den vom Staatssekretär hervorgehobenen Rückgang der heimischen Erzeugung auf die staatliche Zwangswirtschaft zurück, die jedermann die Freude an der Produktion gründlich genommen habe. Auf welchem Gebiete immer die Zentralen eingeführt wurden, überall verschwanden die Artikel vom Markte und der anständige Kaufmann wurde ausgeschaltet. Abgeordneter Friedmann sagte, man könne sich einen kläglicheren Erfolg überhaupt nicht denken, als ihn die Staatsbewirtschaftung bei der Aufbringung der Lebensmittel hatte. Die Mengen, die aufgebracht wurden, stehen weit hinter dem zurück, was die Landwirtschaft freiwillig gegeben hätte. Er verlangte, daß an Stelle des heutigen allgemeinen Verbotes die Ein-, Aus- und Durchfuhr grundsätzlich freizugeben sei und daß jene Artikel ausdrücklich bezeichnet werden, deren Ein- und Ausfuhr untersagt ist. Es bestehe die Gefahr, daß alle, die Unternehmungsgeist und Arbeitslust haben, wegen der ihnen bereiteten Hindernisse auswandern. Von sozialdemokratischer Seite wolle man die Zentralen als Unterbau für die Sozialisierung erhalten. Aber ehe dieses Ziel erreicht sei, könnte unser ganzes Wirtschaftsleben zusammenbrechen. Abgeordneter Stocker nannte die zentrale Bewirtschaftung eine Sozialisierung der Verteilung und des Handels. Diese Maßnahme habe vollständig versagt und der heutige Zustand wäre ein wahres Paradies, wenn auch die Erzeugung in dieser Weise sozialisiert würde. Die Abgeordnete Emmy Freundlich erklärt, die Sozialdemokraten hätten nie daran gedacht, eine Sozialisierung der Verteilung einzuführen, vielmehr stets gefordert, daß die Sozialisierung bei der Erzeugung anfangen müsse. Es sei absolut notwendig, daß der Staat sich eine Kontrolle über die Einfuhrmöglichkeiten offen halte. Erst wenn unsere Geldverhältnisse besser geworden sind, werde man von der kriegswirtschaftlichen Organisation langsam abgehen können. Die Debatte wird in der nächsten Sitzung am Freitag fortgesetzt werden.

Der Sitzungsbericht.

(17. Sitzung.)

Präsident Seitz eröffnet die Sitzung um 3 Uhr.

Mandatsniederlegungen.

Die Abgeordneten Preußler und Johann Mayer haben ihre Mandate niedergelegt; wegen Einberufung der Ersatzmänner wird das Erforderliche veranlaßt werden.

Regierungsvorlage.

Das Staatsamt für Aeußeres übermittelt einen Gesetzentwurf, betreffend Rückstellung von Kunst- und historischen Wertgegenständen an Italien.

Versorgungsplan der Regierung bis zur Ernte.

Staatssekretär für Volksernährung Dr. Loewenfeld-Ruß gibt in Beantwortung der Interpellation Dr. Dinghofer, Dr. Schürff und Genossen, betreffend den Versorgungsplan der Regierung bis zur nächsten Ernte, die Ernährungsaushilfe des Auslandes und die seitens des Auslandes, insbesondere Amerikas, zu erhoffenden Lebensmittelmengen eine Darstellung der gegenwärtigen Ernährungslage und der Aussichten für die nächste Zeit. Was die inländische Produktion anbelangt, kann derzeit darauf nur in geringem Maße oder gar nicht gerechnet werden. Hinsichtlich des Getreides sind wir mit unserer eigenen Produktion fast zu Ende. Die heimische Aufbringung spielt für die Versorgung derzeit überhaupt keine Rolle mehr. Aehnlich verhält es hinsichtlich der Kartoffeln, die wir bisher immer aus den jetzigen Sukzessionsstaaten bezogen haben. Ein ebenso trauriges Kapitel bildet die Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch. Diesbezüglich liegen die Verhältnisse in den Ländern allerdings sehr verschieden, obwohl die Fleischversorgung auch in der Provinz jetzt bereits eine sehr schlechte geworden ist. Der Rindfleischbedarf Wiens mit Einschluß des Bedarfes der Spitäler und Anstalten beträgt im Monat 1,670.000 Kilogramm. Geliefert wurden jedoch im Januar 790.000, im Februar 750.000, im März 770.000 und im April gar nur 400.000 Kilogramm. (Hört! Hört!) Auf dem Gebiete der Fettversorgung kommt die heimische Aufbringung so gut wie gar nicht in Betracht. Von dem Wochenbedarf, der bei einer Quote von 12 Dekagramm 857 Tonnen beträgt, werden in Deutschösterreich selbst nur 64 Tonnen aufgebracht. Eines der traurigsten Kapitel bildet die Milchversorgung. In dieser Beziehung befindet sich nicht nur Wien, sondern alle Städte, auch Industrieorte in einer geradezu entsetzlichen Lage. Eine Abhilfe könnte nur dadurch erfolgen, daß Kondensmilch importiert wird. Aehnlich liegen die Verhältnisse hinsichtlich der Eierproduktion. Gegenwärtig befinden sich Missionen in Warschau und Belgrad, und wir hoffen, insbesondere durch Unterstützung der hiesigen Ententemissionen, aus Polen und aus Jugoslawien Nahrungsmittel zu erhalten.

Der Staatssekretär verweist auf die von den neutralen Staaten gelieferten Lebensmittel, die immerhin eine Erleichterung brachten, deren Mengen aber nicht ausschlaggebend sind. Deutschland, das selbst in Not ist, hat uns Saatkartoffeln zur Verfügung gestellt. (Lebhafter Beifall.) Die Haupthilfe kommt derzeit von der Entente. Der Staatssekretär hält es für seine Pflicht, den Vertretern der in Wien befindlichen Ententemissionen für die ununterbrochenen Bemühungen zu danken, die sie in unserem Interesse entfalten. (Beifall.) Diese persönlichen Bemühungen der Herren hatten uns wiederholt in manchmal verzweifelt erscheinenden Situationen geholfen. (Beifall.) Der Staatssekretär erinnert in diesem Zusammenhange insbesondere an die von Herrn Hoover in den letzten Tagen eingeleitete Aktion zur Unterstützung unserer Kinder.

Die Erhöhung der Brotquote und die Fettquote.

Er verweist sodann darauf, daß in den Mehllieferungen ein Ansteigen des durchschnittlichen Tageseinlaufes von 270 Tonnen im Januar auf 650 Tonnen im Februar, 970 Tonnen im März, 1400 Tonnen im April und 1858 Tonnen täglich in den ersten 16 Tagen des Mai erfolgte. Angesichts des Steigens der Zuschübe sei das Volksernährungsamt in der Lage, vom nächsten Sonntag angefangen die Brotquote um einen Viertellaib des Normallaibes zu erhöhen. Vorläufig sei diese Erhöhung nur für die nächsten 14 Tage bis drei Wochen gesichert. Wenn die Zuschübe wieder sinken, wird es vielleicht nicht möglich sein, die Erhöhung bis zur nächsten Ernte aufrechtzuerhalten.

Angesichts der zur Verfügung stehenden Vorräte sei die Beteilung der Bevölkerung mit einer Quote von 12 Dekagramm Fett bis zur ersten Hälfte Juni gesichert. Reis und Bohnen können nur von Fall zu Fall, je nach dem Einlangen, verteilt werden. Durch die Ententezuschübe ist es auch gelungen, eine wenn auch geringe Verbesserung der Lebensmittelverteilung für bestimmte Bevölkerungskategorien herbeizuführen, zum Beispiel die Gewährung von besonderen Zubußen an die Eisenbahner, die Forstarbeiter usw. Wenn auch eine Verbesserung der Quantitäten der Ernährung bis zu einem gewissen Grade konstatiert sei, so lasse sich doch leider nicht leugnen, daß ein großer Teil der Bevölkerung aus dieser Verbesserung den Nutzen nicht ziehen könne, weil die Preise zu hoch sind. (Sehr richtig!) Entgegen den gehegten Erwartungen hat nach der Aufhebung der Blockade eine Welle der allgemeinen Aufwärtsbewegung der Preise eingesetzt. Eine der Hauptursachen hiefür ist der ungünstige Stand unserer Valuta. Die Preissteigerung hat entsetzliche Dimensionen angenommen und die Nahrungsmittelausgaben beanspruchen bei den minderbemittelten und Mittelstandsfamilien den größten Teil des Einkommens. Die vorgenommenen Preisermäßigungen für Mehl, Fleisch und Milch könnten nur dadurch durchgeführt werden, daß der Staat das Valutarisiko übernimmt, indem der größte Teil der Ware kreditiert wird und die Hoffnung besteht, daß wir bei den Friedensverhandlungen langfristige Kredite bekommen.

Abg. Dr. Schürff: Wie groß sind die Gesamtkosten der bisherigen Lebensmittelimporte?

Staatssekretär für Volksernährung Dr. Loewenfeld-Ruß: Das kommt darauf an, wie man die Valuta berechnet. Sie dürften bereits eine Milliarde übersteigen. Die Ausgaben für die Lieferungen im gegenwärtigen Umfange dürften auf 17 bis 20 Millionen monatlich beziffert werden können.

Ablehnung einer Differenzierung der Preise.

Gegenüber der wiederholt gegebenen Anregung, die hohen Preise dadurch erträglicher zu machen, daß man für einen bestimmten Teil der Bevölkerung höhere Preise ansetzt und den Minderbemittelten niedrigere Preise gewährt, möchte der Staatssekretär darauf hinweisen, daß dies mit Rücksicht auf die soziale Schichtung der Bevölkerung sehr erschwert sei, weil der größte Teil der Bevölkerung nicht zu den Bemittelten gehört. Bei einem Wochenbedarf von 800.000 Kilogramm Fleisch in Wien müßten z. B., wenn ein Viertel der Bevölkerung höhere Preise zahlen sollte und der Rest der Bevölkerung statt 30 20 K. zu zahlen hätte, die Höherbemittelten 120 K. per Kilo bezahlen, was zur Folge hätte, daß das Fleisch überhaupt von diesen Schichten nicht gekauft würde, da sie im Schleichhandel Schweinefleisch billiger haben könnten. Die einzige Erleichterung, welche geboten werden könne, sei die sogenannte Mindestbemitteltenaktion, die für Deutschösterreich in den letzten drei Vierteljahren 56 Millionen Kronen erforderte und in welche in der letzten Zeit auch die Arbeitslosen, deren Zahl in Wien 130.000 beträgt, einbezogen wurden. Für die Unterstützung des Mittelstandes, der ebenso bedürftig ist wie jene, die als Mindestbedürftige gelten, wurden 31 Millionen ausgegeben. Das einzige Mittel für die Verbesserung unserer Ernährungsverhältnisse ist die Erhöhung unserer Produktion. Wir können nicht immer fort Lebensmittel auf Pump beziehen, wir müssen erzeugen, um die Lebensmittel zu bezahlen. Es ist ein grundlegender Irrtum, wenn in der Oeffentlichkeit angenommen wird, daß wir die Importe nur bis zur neuen Ernte brauchen und daß sich Deutschösterreich in der nächsten Zeit aus der neuen Ernte selbst erhalten könnte.

Kontrolle des Handels oder freie Wirtschaft.

Der Staatssekretär polemisiert sodann gegen die Behauptung, daß das Ernährungsamt importhindernd auftrete, das heißt, durch Festhalten an gewissen Maßnahmen zur Regelung der Importe diese erschwere oder verhindere. Es ist selbstverständlich, daß sich das Staatsamt für Volksernährung nach Aufhebung der Blockade mit der Frage, nach welchen Grundsätzen die Wareneinfuhr zu regeln sei, ob sie dem freien Handel unbeschränkt zu überlassen sei, auf das intensivste beschäftigt. Was die Frage der Lebensmittelimporte betrifft, ist Redner der Meinung, daß für eine längere Uebergangsperiode der sofortige und überstürzte Uebergang zur freien Wirtschaft sowohl vom Standpunkte der Allgemeininteressen wie auch vom Standpunkte der heimischen Produktion nicht möglich ist. (Zustimmung.) Er wünsche keine übermäßige Drosselung des Kaufmannes und des Handels, aber es erscheine vorläufig unmöglich, daß die Einfuhr ohne Einschränkungen und ohne Kontrolle bleibt und daß gewisse staatliche Maßnahmen auf dem Gebiete der Verteilung der Importe wegfallen. Soweit die Eigenproduktion nicht ausreicht — und das wird für einige Zeit noch der Fall sein — muß eine Regulierung durch Einschränkung des Eigenbedarfes stattfinden. Diese Selbstregulierung und die Anpassung des Bedarfes und seiner Deckung dem freien Handel zu überlassen, halte der Staatssekretär für die nächste Zeit für nicht möglich. Das Interesse des Kaufmannes ist es in erster Linie, daß er überhaupt Ware bekommt. Wir haben aber ein qualifiziertes Interesse an der Einfuhr. Es ist ein gewaltiger Unterschied, ob der Handel sich im Rahmen einer normalen wirtschaftlichen Entwicklung betätigt oder in einer vollkommen zerstörten Wirtschaft, die erst wieder neu aufgebaut werden muß. Wir müssen zunächst in der Richtung sparen, daß keine Luxusartikel eingeführt werden. (Lebhafte Zustimmung.) Daß von der Einfuhr von solchen Lebensmitteln, die nicht unentbehrlich sind, vorläufig Abstand genommen werden muß, werden auch die Anhänger des freien Handels zugeben. Es handelt sich aber auch um die Beeinflussung der Einfuhr nach einer anderen Richtung.

Es muß Wert darauf gelegt werden, daß die Einfuhr nach der Richtung der billigeren Importe gelenkt wird. Es wird gesagt, der Kaufmann könne durch seine Kredite uns Lebensmittel verschaffen. Speziell beim Lebensmittelhandel möchte Redner, wenigstens was die Masse anlangt, dies bezweifeln. Während Deutschland immer einen sehr starken Ueberseehandel gehabt hat, sind wir nach dem Osten orientiert gewesen. Die Entente hat uns vor einigen Monaten bereits gestattet, 30.000 Tonnen Getreide aus Argentinien zu beziehen. Bisher ist dies dem Handel nicht gelungen, und es ist jetzt doch wieder die Regierung, die sich für diese Kredite interessieren muß. Es wird behauptet, der Handel kaufe billiger ein, er werde der Bevölkerung die Artikel billiger zur Verfügung stellen können. Zu welchem Preise wird sich der Kaufmann, der sie auf Kredit kauft, den Dollar errechnen? Wahrscheinlich zum jetzigen Kurs, denn das Valutarisiko wird er wohl nicht zur Gänze auf sich nehmen, wie es der Staat tut. Infolgedessen hält es der Staatssekretär nicht für möglich, daß unter den jetzigen Verhältnissen der freie Handel in der Lage wäre, die Lebensmittel billiger abzugeben. Angenommen, es wäre die Möglichkeit gegeben, daß der private Kaufmann draußen billiger einkauft: Ist dadurch schon die Gewähr geboten, daß die Lebensmittel dem Konsum wirklich zu billigeren Preisen zur Verfügung gestellt werden? Es ist doch höchstwahrscheinlich, daß er die Marge, die ihm im Inlande zwischen dem Normalpreise und dem Schleichhandelspreis gegeben ist, ausnützt. Es ist daher, wenn man eine gewisse Einschränkung und Ueberwachung des Handels vornimmt, unser Zweck, diesen Nutzen zum Teile aufzufangen und ihn dem Konsumenten zugute kommen zu lassen, ohne daß hiebei dem Kaufmann sein Nutzen und Anreiz zum Import genommen werden müßte. Der Staatssekretär ist daher der Meinung, daß es aus Gründen der Valuta, der Preispolitik und einer Verteilung der importierten Artikel für die nächste Zeit notwendig sei, den Handel einer gewissen Beschränkung und Ueberwachung zu unterwerfen. Im Wesen der Uebergangswirtschaft liege es, daß die Wirtschaft sich den jeweiligen Verhältnissen anpasse.

Das Verhältnis zu den Ländern in der Ernährungsfrage.

Der Staatssekretär kommt schließlich auf das Verhältnis der Regierung zu den Ländern zu sprechen. Kein Ressort sei von diesem Verhältnis so arg bedrückt wie das seinige. Es ist manchmal kaum möglich, eine Ernährungswirtschaft zu führen, wenn jedes Land, ja innerhalb jedes Landes jeder Bezirk, jede Gemeinde nach eigenem Gutdünken vorgeht, so begreiflich es ist, daß in der Not der Verhältnisse jeder sich zu helfen sucht, wie er kann. Aber das allgemeine Interesse und die Einheitlichkeit der Verwaltung müßten unbedingt gewahrt werden, speziell jetzt, wo wir auf ausländische Einfuhren angewiesen sind. Man muß weder Zentralist noch Bureaukrat sein, um unbedingt überzeugt zu sein, daß gerade die Ernährungswirtschaft der einheitlichen Verwaltung bedarf. Der Staatssekretär erinnert an die Verhältnisse, wie sie sich durch die Frage der Einreisebewilligungen gestaltet haben, und konstatiert, daß es gestern nach mühsamen Verhandlungen gelungen sei, in der Frage des Reise- und Sommerverkehres zu einem Kompromiß zu gelangen. Er hoffe, daß die Länder die gestern gegebenen Zusagen halten werden. Wenn in den anderen Beziehungen der Ernährungswirtschaft die Länder gleichfalls Entgegenkommen bekunden würden, würde das für die Versorgungsmöglichkeiten nur von Vorteil sein. Wo ein Wille ist, ist ein Weg. Unser Wille ist der beste, und wir können die Vertreter der Länder nur bitten, den Weg, den wir gehen wollen, nicht zu verrammeln. (Beifall.)

Eine Regierungserklärung über den Umfang der Sozialisierungsaktion.

Vizekanzler Fink: Die Nationalversammlung hat in der Sitzung vom 17. d. die Regierung aufgefordert, mit vollverbindlicher Deutlichkeit zu erklären, bei welchen Betrieben sie eine Sozialisierung beabsichtigt. Mit Zustimmung des Kabinetts komme ich dieser Aufforderung durch die folgende Erklärung nach:

Nach den Absichten der Regierung sollen folgende Privatunternehmungen enteignet und in den Besitz und Betrieb gemeinwirtschaftlicher Anstalten überführt werden:

1. Diejenigen Kohlenbergbaue, welche nicht ausschließlich der örtlichen Versorgung oder der Versorgung einer einzelnen Unternehmung, deren Bestandteil sie bilden, dienen. Im Zusammenhange mit der Sozialisierung dieser Kohlenbergbaue soll auch der Kohlengroßhandel sozialisiert und zu diesem Zwecke eine besondere gemeinwirtschaftliche Anstalt gegründet werden.

2. Die Eisenerzgewinnung und die Roheisenerzeugung sowie die damit unmittelbar verbundene Weiterverarbeitung und die Gewinnung anderer nutzbarer Metalle.

3. Die Elektrizitätswirtschaft und die hiezu erforderliche Ausnützung der Wasserkräfte, soweit sie nicht ausschließlich örtlichen Bedürfnissen dienen.

4. Die großen Forste nebst der Holzindustrie und der Großhandel mit Holz.

Es sollen also die beiden wichtigsten Kraftquellen, Kohle und Elektrizität, und die beiden wichtigsten Rohstoffe, Eisen und Holz, sozialisiert werden. Auf diese Weise wird die Gesellschaft die Verfügung über die wichtigsten Produktivkräfte erlangen.

Die Vergesellschaftung soll gemeinsam durch den Staat und die Länder erfolgen. An der Verwaltung der gemeinwirtschaftlichen Anstalten, die den Kohlenbergbau und die Großeisenindustrie übernehmen sollen, sollen neben der Staatsregierung auch die Landesverwaltungen teilnehmen. Die Elektrizitätswirtschaft und die Forstwirtschaft sollen Landesanstalten übertragen werden, die sich zur Verwaltung gemeinsamer Angelegenheiten zu Staatsverbänden vereinigen.

Die Gesetzentwürfe über die Sozialisierung des Kohlenbergbaues und der Großeisenindustrie werden schon in der nächsten Woche der Sozialisierungskommission zugehen können. Der Gesetzentwurf über die Vergesellschaftung der Elektrizitätswirtschaft, der in der Sozialisierungskommission und in dem Wasser- und Elektrizitätswirtschaftsamt bereits vorberaten wurde, soll noch einer gemeinsamen Beratung mit den Vertretern der Landesregierungen unterzogen werden. Die Vorlagen über die Sozialisierung der Forstwirtschaft befinden sich noch in Vorbereitung.

Außerdem beabsichtigt die Staatsregierung, die militärärarischen Betriebe an besondere gemeinwirtschaftliche Anstalten zu übertragen und sie dadurch in den Dienst der Volkswirtschaft zu stellen. Auch darüber werden der Sozialisierungskommission schon in allernächster Zeit Vorschläge unterbreitet werden. Im Zusammenhange damit wird endlich auch die Sozialisierung einzelner Zweige der chemischen Industrie, die monopolistischen Charakter tragen, erwogen; doch sind die Studien darüber noch nicht zum Abschlusse gelangt.

Der Abbau des landwirtschaftlichen Großbesitzes soll durch ein besonderes Gesetz erfolgen, das im Staatsamt für Landwirtschaft vorbereitet wird. Einen ersten Schritt dazu stellt das Wiederbesiedelungsgesetz dar, das der Nationalversammlung bereits vorliegt.

Damit ist der Umfang der von der Staatsregierung in Aussicht genommenen Sozialisierungsaktion begrenzt. Was die Sozialisierung durch die Gemeinden betrifft, so werden ihre Grenzen durch den der Nationalversammlung bereits vorgelegten Gesetzentwurf über die Vergesellschaftung durch die Gemeinden umschrieben.

Ich bitte, diese Erklärung zur Kenntnis zu nehmen. (Beifall.)

Es wird zur Tagesordnung übergegangen.

Der Abbau der Zentralen.

Berichterstatter Kollmann (christlichsozial) referiert über den Antrag der Abgeordneten Partik, Heinl, Kollmann und Genossen, betreffend den schleunigen Abbau der Zentralen. Die Ausführungen des Staatssekretärs Dr. Löwenfeld-Ruß seien für seinen Bericht eine glänzende Vorrede gewesen. An eine überstürzte Rückkehr zum freien Handel denke ja niemand. Den denkbar traurigsten Eindruck machten die Ausführungen des Staatssekretärs, die sich auf die Ernährung des Volkes durch die eigene Produktion bezogen. War diese Ernährung in dem betroffenen Gebiete immer so schlecht? Nein! Ein großer Teil der Ursachen dieses Rückganges in der Erzeugung muß in der Zwangswirtschaft des Staates gefunden werden. Und die Preispolitik! Es geht nicht an, daß man, um dem einen das Leben möglichst billig zu machen, dem anderen in die Tasche greift und sie leert.

Abg. Schiegl: Die Bauern sind doch reich geworden! (Widerspruch und Gegenrufe rechts.)

Berichterstatter Kollmann: Es bestand eine dreifache Zwangswirtschaft: für die Industrie, für den Arbeiter und für den Landwirt. Die Zwangswirtschaft für die Industrie wurde so gestaltet, daß alle Preisansätze rückhaltlos bewilligt wurden. Den Anforderungen der Arbeiterschaft in bezug auf Ernährung wie Bezahlung ist jederzeit Gerechtigkeit widerfahren. (Widerspruch und Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten.) Bei der Zwangswirtschaft der Produzenten, insbesondere wo es sich um Brot und Fleisch gehandelt hat, ist der gegenteilige Weg eingeschlagen worden. Das hat dazu geführt, daß unsere Produktion zum Teile zurückgegangen ist.

Daß wir mit der freien Wirtschaft, wie sie früher war, nicht über den Krieg hätten durchhalten können, ist zugegeben; aber darum eine solche Art der Zwangswirtschaft einzuführen, wie sie heute noch gilt, war absolut nicht gerechtfertigt. Heute ist der Grund für die Zwangswirtschaft jedenfalls nicht mehr vorhanden. Es ist auch ein zweiter Grund weggefallen: die Blockade. Die Einfuhrmöglichkeit ist gegeben. Der bezüglich der Preisbildung angestrebte Zweck ist auch nicht erreicht worden. Es ist nicht gelungen, die Preise so zu halten, wie es wünschenswert gewesen wäre. Solange der freie Handel bestand, war man noch imstande, sich mit den betreffenden Artikeln zu versorgen. In dem Augenblicke, wo die Zentralenwirtschaft eingeleitet wurde, waren diese Artikel spurlos vom Markte verschwunden. Den anständigen, den soliden Kaufmann hat man ausgeschaltet und dem unanständigen die Wege geebnet.

Von den heute bestehenden Zentralen kann ein sehr großer Teil beseitigt werden, und zwar muß dies möglichst rasch schon mit Rücksicht darauf geschehen, da die Zentralen, die für das ehemalige alte Oesterreich gegründet wurden, zwei Drittel ihres Gebietes verloren haben, während sie noch mit dem vollen Apparat weiter bestehen.

Abg. Friedmann bemerkt, daß ein Abbau der aus der Kriegswirtschaft übernommenen Zentralenwirtschaft noch viel mehr im Interesse der nichtproduzierenden Kreise als der Produzenten selbst gelegen sei. Der hauptsächlichste Zweck der staatlichen Bewirtschaftung, nämlich die wichtigsten Bedarfsgegenstände für die Armee aufzubringen, ist heute weggefallen, die Höchstpreise sind mit der zunehmenden Dauer der Zwangswirtschaft immer mehr auf dem Papier geblieben. Der Umsturz hat uns in andere Verhältnisse gebracht. Hat sich während des Krieges in dem viermal größeren alten Oesterreich die zentrale Bewirtschaftung, so gut sie theoretisch ausgedacht war, infolge des gänzlichen Mangels eines geeigneten Verwaltungsapparats als unhaltbar herausgestellt, so gilt dies noch viel mehr von dem neuen Staate, in dem es mit dem Verwaltungsapparat wesentlich schlechter bestellt ist. Die Flucht der Länder, die ungemein bedauerlich ist, hat, das muß loyal zugegeben werden, ihren Grund in dem Widerstande, sich von Wien aus in allen Einzelheiten des wirtschaftlichen Lebens beherrschen zu lassen. Wien kommt dabei in erster Linie zum Handkuß, da hier alle Konsumenten das lebhafteste Interesse daran haben, daß die Landwirtschaft gern und freudig produziert (Beifall rechts) und daß die Landwirte uns möglichst freiwillig das geben, was wir brauchen. (Beifall rechts.) Einen kläglicheren Erfolg, als die Staatsbewirtschaftung hinsichtlich der Aufbringung der Lebensmittel gehabt hat, kann man sich überhaupt nicht denken. Die Quantitäten, die durch die staatliche Bewirtschaftung aufgebracht wurden, stehen weit hinter dem zurück, was die Landwirtschaft uns freiwillig gegeben hätte.

Redner kritisiert sodann die Tätigkeit der Zentralstelle für Ein-, Aus- und Durchfuhr, welche Importe dadurch unmöglich mache, daß sie die Importziffern ohne nähere Prüfung kürze, Importgeschäfte als Luftgeschäfte erkläre, und selbst dort, wo die Waren bereits bezahlt sind, die Einfuhr einfach verbiete. Ebenso wendet er sich gegen die Tätigkeit des Warenverkehrsbureaus, das seiner Aufgabe, den sogenannten Kompensationsverkehr zu bewältigen, nicht genüge. Mit den Erschwernissen, die unserer Ein- und Ausfuhr bereitet werden, gehe es nicht weiter. An Stelle der verschiedenen Stellen, die heute bestehen, müßte eine Kommission für alle Fragen der Ein-, Aus- und Durchfuhr, sowie der Valutabeschaffung unter Zuziehung aller Interessenten aus dem Kreise der Landwirtschaft, des Gewerbes und der Industrie gebildet werden. Ferner muß an Stelle des heutigen generellen Verbotes die Ein-, Aus- und Durchfuhr grundsätzlich freigegeben und jene Artikel ausdrücklich namhaft gemacht werden, deren Ein- oder Durchfuhr verboten ist. Es handelt sich dabei um die Lebensfrage für uns, ob wir die Produktion heben oder ob wir es riskieren wollen, daß diejenigen, die Unternehmungsgeist und Arbeitslust haben, infolge der ihnen bereiteten Hindernisse auswandern. (Beifall rechts.)

Abg. Stocker (deutsche Bauernpartei) bemerkt, daß die zentrale Bewirtschaftung in der Praxis vollständig versagte. Die Regierung habe, statt alles aufzubieten, um die landwirtschaftliche Erzeugung zu steigern, die Bauern mit Requisitionen und Kontrollen geplagt. Das bureaukratische System der zentralen Bewirtschaftung hätte nur einen Zweck gehabt, wenn dadurch ersetzt worden wäre, was die Landwirte entbehren konnten. Aber es hat sich nicht damit begnügt, sondern hat der Landwirtschaft die wichtigsten Produktionsmittel, Saatgut und Nutzvieh, entzogen. Redner kritisiert die von den Zentralen geübte Preispolitik, durch die die Bauern zum Schleichhandel geradezu gezwungen wurden. Das System der Zentralen hat vollständigen Bankrott erlitten. Eine Lehre hat es aber erteilt, allerdings mit großem Lehrgeld: Die zentrale Bewirtschaftung ist eine Art Sozialisierung, eine Sozialisierung der Verteilung und des Handels. Diese Sozialisierungsmaßnahme hat vollständig versagt. Was würde erst kommen, wenn die Erzeugung in dieser Weise sozialisiert würde? Gegenüber dem, was uns bevorstünde, wäre der heutige Zustand noch ein wahres Paradies. Die Beseitigung der Zwangswirtschaft in bezug auf landwirtschaftliche Erzeugnisse wird nicht nur dem Bauer, sondern in ganz besonderer Weise dem Konsumenten nützen. Das einzusetzende Komitee darf nicht den Zweck haben, die Aufhebung der Zwangswirtschaft weiter hinauszuschieben und vielleicht als Beruhigungsmittel zu dienen, sondern im Interesse der gesamten Volkswirtschaft muß immer wieder gefordert werden: Weg mit der zentralen Bewirtschaftung! Je früher, desto besser! (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Parteigenossen.)

Abg. Emmy Freundlich (Sozialdemokratin): Der Berichterstatter hat durchaus nicht die Stimmung des gesamten Ausschusses wiedergegeben, sondern lediglich den Standpunkt eines Teiles der Kommission vertreten. Es wurde die Aufhebung der Zentralen verlangt, während der Ausschuß den Beschluß faßte, es solle der Abbau der zentralen Bewirtschaftung untersucht werden. Der große Mangel, unter dem wir während des Krieges gelitten haben, hat natürlich einen Erfolg der Kriegswirtschaft von vornherein ausgeschlossen. Wenn man davon spricht, daß die Freude an der Produktion fehlt, weil die Produktion nicht mehr den erwarteten Gewinn ergeben hat, so zeigt dies ganz deutlich, woher die Freude an der Produktion bisher in allen Produzentenkreisen gekommen ist. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten. Lebhafte Zwischenrufe.)

Präsident Seitz (das Glockenzeichen gebend): Ich finde es wenig angemessen, eine Frau, die hier spricht, unausgesetzt zu stören. Ich richte an die Herren den Appell, sich ihre Bemerkungen aufzuheben und sich dann zum Worte zu melden.

Abg. Emmy Freundlich (fortfahrend): Wie unmöglich es anscheinend war, eine andere Organisation aufzurichten, zeigt gerade die wirtschaftliche Organisation der Gemeinde Wien. Die Bezirkswirtschaftsämter arbeiten genau so, wie die staatlichen Zentralen, sie arbeiten nicht besser und nicht anders, und es wird unsere Aufgabe sein, die Approvisionierungsverhältnisse der Stadt Wien auf andere Grundlagen zu stellen.

Es ist absolut notwendig, daß der Staat sich eine Kontrolle über die Einfuhrmöglichkeiten offen hält. Sicher müssen wir langsam zu einem Abbau der Kriegswirtschaft gelangen, aber es kommt darauf an, wie, in welchem Tempo und wann man abbaut. Wenn man die Freiheit des Handelsverkehres haben will, dann muß vorerst eine ordentliche ausreichende Vermögensabgabe gemacht werden. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Wenn alle Klassen der Gesellschaft die Vermögensabgabe nicht nur angenommen, sondern auch geleistet haben werden, dann wird sich die Valuta verbessern, dann wird man auch schnell zum Abbau der Kriegswirtschaft gelangen. Aber man kann nicht zuerst die Kriegs-

Ostdeutsche = Rundschau

22.V.1919

0/22

81

Konstituierende Nationalversammlung.

Sitzung vom 21. Mai 1919.

Präsident Seitz eröffnet die Sitzung um 3 Uhr 20 Minuten.

Die Abgeordneten Preußler und Johann Mayer haben ihre Mandate niedergelegt; wegen Einberufung der Ersatzmänner wird das Erforderliche veranlaßt werden.

Unsere Versorgung bis zur nächsten Ernte.

Staatssekretär für Volksernährung Dr. Loewenfeld-Ruß beantwortete die Anfrage Dr. Dinghofer, Doktor Schürff und Genossen, betreffend den Versorgungsplan der Regierung bis zur nächsten Ernte.

Was die inländische Produktion anbelangt, so kann derzeit darauf nur in geringem Maße oder gar nicht gerechnet werden. Hinsichtlich des Getreides sind wir mit unserer eigenen Produktion fast zu Ende. Aehnlich verhält es sich hinsichtlich der Kartoffeln.

Ein ebenso trauriges Kapitel bildet die Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch. Diesbezüglich liegen die Verhältnisse in den Ländern allerdings sehr verschieden. Der Rindfleischbedarf Wiens mit Einschluß des Bedarfes der Spitäler und Anstalten beträgt im Monat 1,670.000 Kilo. Geliefert wurden jedoch im Jänner 790.000, im Februar 750.000, im März 770.000 und im April gar nur 400.000 Kilo. (Hört! Hört!)

Auf dem Gebiete der Fettversorgung kommt die heimische Aufbringung so gut wie gar nicht in Betracht.

Eines der traurigsten Kapitel bildet die Milchversorgung. In dieser Beziehung befindet sich nicht nur Wien, sondern alle Städte und Industrieorte in einer geradezu entsetzlichen Lage.

Wien brauchte im Frieden täglich 900.000 Liter Milch, jetzt sind durch Milchanlieferung nur 3 bis 4 v. H. dieses Bedarfes gedeckt. Eine Abhilfe konnte nur dadurch erfolgen, daß Kondensmilch importiert wird. Aehnlich liegen die Verhältnisse hinsichtlich der Eierproduktion.

Der Staatssekretär verweist auf die von den neutralen Staaten gelieferten Lebensmittel, die immerhin eine Erleichterung brachten, deren Mengen aber nicht ausschlaggebend sind. **Deutschland, das selbst in Not ist, hat uns Saatkartoffeln zur Verfügung gestellt.** Die Haupthilfe kommt derzeit vom Verbande. Der Staatssekretär verweist sodann darauf, daß in den Mehllieferungen ein Ansteigen des durchschnittlichen Tageseinlaufes von 270 Tonnen im Jänner auf 650 Tonnen im Februar, 970 Tonnen im März, 1400 Tonnen im April und 1858 Tonnen täglich in den ersten 16 Tagen des Mai erfolgte. Angesichts des Steigens der Zuschübe sei das Volksernährungsamt in der Lage, **vom nächsten Sonntag angefangen, die Brotquote um einen Viertellaib des Normallaibes zu erhöhen.** Vorläufig sei diese Erhöhung nur für die nächsten 14 Tage bis drei Wochen gesichert.

Der Staatssekretär erörtert sodann die Frage der Fleisch- und Fettbelieferung durch den Verband. Angesichts der zur Verfügung stehenden Vorräte sei die Beteilung der Bevölkerung mit einer **Quote von 12 Deka Fett bis zur ersten Hälfte Juni gesichert.** Reis und Bohnen können nur von Fall zu Fall, je nach dem Einlangen, verteilt werden.

Redner erörtert sodann ausführlich die Preisberechnungen für die vom Verbande eingeführten Lebensmittel, insbesondere für Mehl, Fleisch und Milch.

Abg. Dr. Schürff: Wie groß sind die Gesamtkosten der bisherigen Lebensmittelimporte?

Staatssekretär für Volksernährung **Dr. Loewenfeld-Ruß:** Das kommt darauf an, wie man die Valuta berechnet. Sie dürften bereits **eine Milliarde übersteigen.** Die Ausgaben **für die Lieferungen im gegenwärtigen Umfange dürften auf 17 bis 20 Millionen Dollars monatlich beziffert werden können.** Das einzige Mittel für die Verbesserung unserer Ernährungsverhältnisse ist die Erhöhung unserer Produktion. Es ist ein grundlegender Irrtum, wenn in der Oeffentlichkeit angenommen wird, daß wir die Importe nur bis zur neuen Ernte brauchen.

Was die Frage der Lebensmittelimporte betrifft, ist Redner der Meinung, daß für eine längere Uebergangsperiode der sofortige und überstürzte Uebergang zur freien Wirtschaft nicht möglich ist. Soweit die Eigenproduktion nicht ausreicht — und das wird für einige Zeit noch der Fall sein — muß eine Regulierung durch Einschränkung des Eigenbedarfes stattfinden. Wir müssen zunächst in der Richtung sparen, daß keine Luxusartikel eingeführt werden. Daß von der Einfuhr von solchen Lebensmitteln, die nicht unentbehrlich sind, vorläufig Abstand genommen werden muß, werden auch die Anhänger des freien Handels zugeben. Es muß ferner Wert darauf gelegt werden, daß die Einfuhr nach der Richtung der billigeren Importe gelenkt wird.

Der Staatssekretär kommt schließlich auf das Verhältnis der Regierung zu den Ländern zu sprechen. Kein Ressort sei von diesem Verhältnis so arg bedrückt wie das seinige. Das allgemeine Interesse und die Einheitlichkeit der Verwaltung müßte unbedingt gewahrt werden.

Die für die Enteignung und Sozialisierung in Aussicht genommenen Betriebe.

Vizekanzler **Fink:** Die Nationalversammlung hat in der Sitzung vom 15. Mai die Regierung aufgefordert, mit vollverbindlicher Deutlichkeit zu erklären, bei welchen Betrieben sie eine Sozialisierung beabsichtige. Mit Zustimmung des Kabinetts komme ich dieser Aufforderung durch die folgende Erklärung nach:

Nach den Absichten der Regierung sollen folgende Privatunternehmungen enteignet und in den Besitz und Betrieb gemeinwirtschaftlicher Anstalten überführt werden:

1. Diejenigen Kohlenbergbaue, welche nicht ausschließlich der örtlichen Versorgung oder der Versorgung einer einzelnen Unternehmung, deren Bestandteil sie bilden, dienen. Im Zusammenhange mit der Sozialisierung dieser Kohlenbergbaue soll auch der Kohlengroßhandel sozialisiert und zu diesem Zwecke eine besondere gemeinwirtschaftliche Anstalt gegründet werden.

2. Die Eisenerzgewinnung und die Roheisenerzeugung sowie die damit unmittelbar verbundene Weiterverarbeitung und die Gewinnung anderer nutzbarer Metalle.

3. Die Elektrizitätswirtschaft und die hierzu erforderliche Ausnützung der Wasserkräfte, soweit sie nicht ausschließlich örtlichen Bedürfnissen dienen.

4. Die großen Forste nebst der Holzindustrie und der Großhandel mit Holz.

Die Vergesellschaftung soll gemeinsam durch den Staat und die Länder erfolgen. An der Verwaltung der gemeinwirtschaftlichen Anstalten, die den Kohlenbergbau und die Großeisenindustrie übernehmen sollen, sollen neben der Staatsregierung auch die Landesverwaltungen teilnehmen. Die Elektrizitätswirtschaft und die Forstwirtschaft sollen Landesanstalten übertragen werden, die sich zur Verwaltung gemeinsamer Angelegenheiten zu Staatsverbänden vereinigen.

Außerdem beabsichtigt die Staatsregierung, die militärärarischen Betriebe an besondere gemeinwirtschaftliche Anstalten zu übertragen und sie dadurch in den Dienst der Volkswirtschaft zu stellen. Im Zusammenhange damit wird endlich auch die Sozialisierung einzelner Zweige der chemischen Industrie, die monopolistischen Charakter tragen, erwogen. Der Abbau des landwirtschaftlichen Großbesitzes soll durch ein besonderes Gesetz erfolgen, das im Staatsamt für Landwirtschaft vorbereitet wird.

Es wird zur Tagesordnung übergegangen.

Der Abbau der Zentralen.

Berichterstatter **Kollmann** referiert namens des Ausschusses für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten über den Antrag der Abgeordneten Partik, Heinl, Kollmann und Genossen, betreffend den schleunigen Abbau der Zentralen.

Er beleuchtet eingehend die Mißwirtschaft der Zentralen, die ihren Zweck zum großen Teil verfehlt und unsere eigene Produktion arg geschädigt haben. Da die Gründe für die Zwangswirtschaft nicht mehr bestehen, sei der Abbau der Zentralen ehestens durchzuführen.

Von den heute bestehenden Zentralen kann ein sehr großer Teil beseitigt werden, und zwar muß dies möglichst ratsch schon mit Rücksicht darauf geschehen, da die Zentralen, die für das ehemalige aus Oesterreich gegründet wurden, zwei Drittel ihres Gebietes verloren haben, während sie noch mit dem vollen Apparat weiter bestehen.

Hierauf spricht Abg. Friedmann.

Abg. **Stocker** bemerkt, daß die zentrale Bewirtschaftung in der Praxis vollständig versagte und versagen mußte, da in ihr der Bureaukrat zum Kaufmann und der in den Zentralen tätige Kaufmann zum Bureaukraten geworden sei. Die Regierung habe, statt alles aufzubieten, um die landwirtschaftliche Erzeugung zu steigern, die Bauern mit Requisitionen und Kontrollen geplagt. Die Bauernschaft hat stets die Notwendigkeit erkannt, das möglichste zur Ernährung der Bevölkerung beizutragen. Aber sie wurde nicht gefragt. Hätte man sie gefragt, wären vielleicht weniger Verordnungen erlassen worden, sicherlich jedoch wäre mehr erzeugt worden. Das bureaukratische System der zentralen Bewirtschaftung hätte nur einen Zweck gehabt, wenn dadurch erfaßt worden wäre, was die Landwirte entbehren konnten. Aber es hat sich nicht damit begnügt, sondern hat der Landwirtschaft die wichtigsten Produktionsmittel, Saatgut und Kunstdünger, entzogen. Redner kritisiert die von den Zentralen geübte Preispolitik, durch die die Bauern zum Schleichhandel geradezu gezwungen wurden. Die zentrale Bewirtschaftung hätte, weil die nötige Sachkenntnis fehlte, die ja planmäßig ausgeschieden wurde, zur Folge, daß Lebensmittel in ungeheurer Menge verdorben sind. Das System der Zentralen hat vollständigen Bankerott erlitten. Eine Lehre hat es aber erteilt, allerdings mit großem Lehrgeld: Die zentrale Bewirtschaftung ist eine Art Sozialisierung, eine Sozialisierung der Verteilung und des Handels. Diese Sozialisierungsmaßnahme hat vollständig versagt. Was würde erst kommen, wenn die Erzeugung in dieser Weise sozialisiert würde? Es muß alles aufgeboten werden, um die Erzeugung auf der eigenen Scholle möglichst zu steigern. Der Schlüssel hierzu ist die Beseitigung der Zwangswirtschaft.

Abg. **Emmy Freundlich** führt aus, der Berichterstatter habe durchaus nicht die Stimmung des gesamten Ausschusses wiedergegeben, sondern lediglich den Standpunkt eines Teiles der Kommission vertreten. Es wurde die Aufhebung der Zentralen verlangt, während der Ausschuß den Beschluß faßte, es solle der Abbau der zentralen Bewirtschaftung untersucht werden.

Die Verhandlung wird abgebrochen.

Nächste Sitzung Freitag, den 23. d., um 3 Uhr nachmittags

Reichspost

23./V.1919

83

Die Nationalversammlung

wird morgen Freitag die Beratung über den Abbau der Zentralen beenden, ferner das Wiederbesiedelungsgesetz erledigen. Es soll dann noch in der nächsten Woche eine Sitzung am Dienstag stattfinden, um das „Schlössergesetz" fertigzustellen, falls bis dahin eine Einigung zustandekommt. Dann soll die Nationalversammlung in die Pfingstferien eintreten. Wie eine parlamentarische Korrespondenz meldet, soll die Pause bis Ende Juni dauern und dann sollen nach einer kurzen Tagung die Sommerferien, die ungefähr zwei Monate dauern sollen, sich anschließen. An diesem Arbeitsplane sollen aber Aenderungen vorgenommen werden, wenn die Friedensverhandlungen, die während der Pfingstpause zum Abschluß gelangen dürften, solche notwendig machen.

Die Inanspruchnahme der Luxusbauten.

Die Verhandlungen über die Regelung der Entschädigung für die Enteignung von Luxusbauten sind auch heute noch zu keinem Ergebnisse gelangt. Im Ausschusse für soziale Verwaltung erklärte heute Abg. Dr. Schacherl, die Sozialdemokraten stünden auf dem Standpunkte, daß angesichts der notorischen Armut des Staates und der Dringlichkeit der Angelegenheit eine Entschädigung nur in besonderen Fällen geleistet werden könnte. (Wenn den Industriebaronen vorbehaltlos und trotz der weit größeren Ablösungssummen Entschädigungen gewährt werden können, warum dann nicht überhaupt?) Er behalte sich vor, für den Fall, daß keine Einigung erzielt werde, das Referat niederzulegen.

Abg. Dr. Mayr erklärt im Namen der Christlichsozialen, daß seine Partei in der Frage der Entschädigung das äußerste Entgegenkommen gezeigt habe.

Hierauf wurden die §§ 6 und 7, welche Fragen rein juristischer Natur (Uebernahme des Eigentums durch den Staat und Uebernahme der dringlichen Rechte) beinhalten, in Verhandlung gezogen. Nach längerer Debatte wurde beschlossen, die vom Referenten vorgeschlagene Fassung dieser Paragraphen in Druck zu legen und an die Mitglieder zu verteilen. Die Einberufung der nächsten Sitzung wurde dem Obmann überlassen.

Das Enteignungsgesetz.

Der Sozialisierungsausschuß hat heute die Beratung der Sozialisierungsgesetze fortgesetzt und, wie berichtet, das Enteignungsgesetz in Verhandlung gezogen, zu dem eine große Anzahl von Abänderungsanträgen vorgelegt wurde. In der Generaldebatte gaben die Parteien Erklärungen ab, wobei die Großdeutschen verlangten, daß die Beratung der Sozialisierung bis zur Entscheidung über den christlichsozialen Verfassungsentwurf vertagt werden sollen. Namens der Christlichsozialen erklärte Abg. Dr. Mayr, er bedaure, daß die Verfassungsgebung nicht die erste Tat der Nationalversammlung war; die Beratung über die Verfassung werde gewiß zu den wichtigsten Aufgaben der nächsten Zeit zählen, doch könne gleichzeitig auch die Sozialisierung weiterberaten werden, für welche die Christlichsozialen, ihrem Programm gemäß, eintreten. Es trennen sie dabei sehr große und grundsätzliche Unterschiede von den Plänen der Sozialdemokraten, insbesondere seien die Christlichsozialen gegen eine uferlose Sozialisierungsaktion und begrüßen daher mit Freude die Erklärung des Vizekanzlers Fink über die Abgrenzung des Umfanges der Sozialisierung und die Aufstellung bestimmter Grundsätze hiefür. Er sprach sich daher für das Eingehen in die Spezialdebatte aus.

Sektionschef Krasny erklärt, die Sondergesetze über die Sozialisierung einzelner Betriebsarten sollen in der nächsten Zeit vorgelegt werden. Gerade deswegen sei es aber notwendig, die Gesetze über das Enteignungsverfahren und die gemeinwirtschaftlichen Anstalten zu beschließen, um nicht die Sondergesetze durch allgemeine Bestimmungen zu belasten. Gegen eine Ausscheidung der materiellrechtlichen Bestimmungen über die Entschädigung hätte die Regierung nichts einzuwenden, ausgenommen Bestimmungen über den Ersatz von Investitionen, die beibehalten werden sollen, um die Produktion nicht von Neuinvestitionen abzuhalten.

Professor Dr. Lederer betont, daß die Fragen der Sozialisierung nur vom Staate im Einvernehmen mit den Ländern gelöst werden können.

Abg. Dr. Gimpl erklärt gegenüber einer großdeutschen Einwendung, daß die Christlichsozialen bei ihrem Bestreben, die Forstwirtschaft zu sozialisieren zwar nicht die großen Forstbesitzer, aber die großen Wählermassen hinter sich haben. Hierauf wurde in die Spezialdebatte eingegangen.

§ 1 wird in folgender Fassung zum Beschluß erhoben:

„1. Die gemäß § 1, Abs. 2 des Gesetzes vom 14. März 1919, StGBl. Nr. 181 zu erlassenden Gesetze über die Enteignung von Wirtschaftsbetrieben haben den Gegenstand und Umfang der Enteignung zu bestimmen sowie den Verhältnissen der einzelnen Wirtschaftszweige angepaßte Grundsätze über die Entschädigung festzusetzen. Bei Bemessung der Entschädigung sind die im Rahmen der ordentlichen Geschäftsführung seit 14. März 1919 gemachten Aufwendungen zur Erhaltung und Ausgestaltung der Betriebe oder zur Beschaffung von Betriebsstoffen nach angemessenen Abschreibungen voll zu vergüten, hingegen Verhältnisse nicht zu berücksichtigen, die in der Absicht hervorgerufen wurden, um eine Erhöhung der Entschädigung zu erzielen. — 2. In diesen Enteignungsgesetzen ist zu bestimmen, inwieweit bei der Enteignung das Einvernehmen mit der Landesverwaltung herzustellen ist."

Im § 2 wurde der letzte Satz der Regierungsvorlage ge-

[illegible] Beratung über die Regelung der Entschädigung für die Enteignung von Luxusbauten sind auch heute noch zu keinem Ergebnisse gelangt. Im Ausschusse für soziale Verwaltung erklärte heute Abg. Dr. Schacherl, die Sozialdemokraten stünden auf dem Standpunkte, daß angesichts der notorischen Armut des Staates und der Dringlichkeit der Angelegenheit eine Entschädigung nur in besonderen Fällen geleistet werden könnte. (Wenn den Industriebaronen vorbehaltlos und trotz der weit größeren Ablösungssummen Entschädigungen gewährt werden können, warum dann nicht überhaupt?) Er behalte sich vor, für den Fall, daß keine Einigung erzielt werde, das Referat niederzulegen.

Abg. Dr. Mayr erklärt im Namen der Christlichsozialen, daß seine Partei in der Frage der Entschädigung das äußerste Entgegenkommen gezeigt habe.

Hierauf wurden die §§ 6 und 7, welche Fragen rein juristischer Natur (Uebernahme des Eigentums durch den Staat und Uebernahme der dringlichen Rechte) beinhalten, in Verhandlung gezogen. Nach längerer Debatte wurde beschlossen, die vom Referenten vorgeschlagene Fassung dieser Paragraphen in Druck zu legen und an die Mitglieder zu verteilen. Die Einberufung der nächsten Sitzung wurde dem Obmann überlassen.

Das Enteignungsgesetz.

Der Sozialisierungsausschuß hat heute die Beratung der Sozialisierungsgesetze fortgesetzt und, wie berichtet, das Enteignungsgesetz in Verhandlung gezogen, zu dem eine große Anzahl von Abänderungsanträgen vorgelegt wurde. In der Generaldebatte gaben die Parteien Erklärungen ab, wobei die Großdeutschen verlangten, daß die Beratung der Sozialisierung bis zur Entscheidung über den christlichsozialen Verfassungsentwurf vertagt werden sollen. Namens der Christlichsozialen erklärte Abg. Dr. Mayr, er bedaure, daß die Verfassungsgebung nicht die erste Tat der Nationalversammlung war; die Beratung über die Verfassung werde gewiß zu den wichtigsten Aufgaben der nächsten Zeit zählen, doch könne gleichzeitig auch die Sozialisierung weiterberaten werden, für welche die Christlichsozialen, ihrem Programm gemäß, eintreten. Es trennen sie dabei sehr große und grundsätzliche Unterschiede von den Plänen der Sozialdemokraten, insbesondere seien die Christlichsozialen gegen eine uferlose Sozialisierungsaktion und begrüßen daher mit Freude die Erklärung des Vizekanzlers Fink über die Abgrenzung des Umfanges der Sozialisierung und die Aufstellung bestimmter Grundsätze hiefür. Er sprach sich daher für das Eingehen in die Spezialdebatte aus.

Sektionschef Krasny erklärt, die Sondergesetze über die Sozialisierung einzelner Betriebsarten sollen in der nächsten Zeit vorgelegt werden. Gerade deswegen sei es aber notwendig, die Gesetze über das Enteignungsverfahren und die gemeinwirtschaftlichen Anstalten zu beschließen, um nicht die Sondergesetze durch allgemeine Bestimmungen zu belasten. Gegen eine Ausscheidung der materiellrechtlichen Bestimmungen über die Entschädigung hätte die Regierung nichts einzuwenden, ausgenommen Bestimmungen über den Ersatz von Investitionen, die beibehalten werden sollen, um die Produktion nicht von Neuinvestitionen abzuhalten.

Professor Dr. Lederer betont, daß die Fragen der Sozialisierung nur vom Staate im Einvernehmen mit den Ländern gelöst werden können.

Abg. Dr. Gimpl erklärt gegenüber einer großdeutschen Einwendung, daß die Christlichsozialen bei ihrem Bestreben, die Forstwirtschaft zu sozialisieren zwar nicht die großen Forstbesitzer, aber die großen Wählermassen hinter sich haben. Hierauf wurde in die Spezialdebatte eingegangen.

§ 1 wird in folgender Fassung zum Beschluß erhoben:

„1. Die gemäß § 1, Abs. 2 des Gesetzes vom 14. März 1919, StGBl. Nr. 181 zu erlassenden Gesetze über die Enteignung von Wirtschaftsbetrieben haben den Gegenstand und Umfang der Enteignung zu bestimmen sowie den Verhältnissen der einzelnen Wirtschaftszweige angepaßte Grundsätze über die Entschädigung festzusetzen. Bei Bemessung der Entschädigung sind die im Rahmen der ordentlichen Geschäftsführung seit 14. März 1919 gemachten Aufwendungen zur Erhaltung und Ausgestaltung der Betriebe oder zur Beschaffung von Betriebsstoffen nach angemessenen Abschreibungen voll zu vergüten, hingegen Verhältnisse nicht zu berücksichtigen, die in der Absicht hervorgerufen wurden, um eine Erhöhung der Entschädigung zu erzielen. — 2. In diesen Enteignungsgesetzen ist zu bestimmen, inwieweit bei der Enteignung das Einvernehmen mit der Landesverwaltung herzustellen ist."

Im § 2 wurde der letzte Satz der Regierungsvorlage ge-

[illegible] stellvertreter einer Bezirksvertretung in Wien gewählt, so ist er für die Dauer des Mandates, im Falle der Wahl zum Ersatzmann aber vom Zeitpunkte des nachträglichen Eintrittes in den Vertretungskörper, außer Dienst zu stellen.

Die Gemeinderäte von Städten mit mehr als 50.000 Einwohnern außer Wien, sowie die Bezirksräte in Wien sind, wenn sie Staatsangestellte sind, soweit vom Dienste zu befreien, als es zur Ausübung ihres Mandates erforderlich ist. Den Vertretungskörpern steht es frei, wenn es das Ausmaß der einzelnen Mitgliedern obliegenden Geschäfte erfordert, deren Außerdienststellung für die Zeit ihrer Mandatsdauer zu verlangen. Diesem Verlangen ist von der vorgesetzten Dienstbehörde sofort Rechnung zu tragen.

Der außer Dienst gestellte Staatsangestellte erhält die Bezüge und behält die Ansprüche, die ihm als aktiven Staatsangestellten nach den allgemeinen Vorschriften ohne Rücksicht auf seine Außerdienststellung zukommen.

Sind die Voraussetzungen der Außerdienststellung entfallen, so ist der Staatsangestellte zum Diensteintritt aufzufordern und ihm seine Dienstbestimmung bekanntzugeben.

Es wurde auf Antrag der Sozialdemokraten und Großdeutschen beschlossen, die Bestimmungen auf Mitglieder des Gemeinderates einer Landeshauptstadt oder einer Stadt mit mehr als 50.000 Einwohnern auszudehnen. Ein Staatsangestellter der zum Landesabgeordneten gewählt wird, kann auf sein Verlangen für die Dauer der jeweiligen Tagung außer Dienst gestellt werden. Dies soll obligatorisch nur für Mitglieder der Landesregierung oder der Landesräte erfolgen, ebenso auch nicht für alle Mitglieder „des Wiener Gemeinderates", sondern nur für Bürgermeister, Vizebürgermeister oder Stadtrat von Wien.

Im übrigen wurde der Antrag unverändert beschlossen.

Verstaatlichung des Salzburger Mozarteums.

Im Ausschuß für Erziehung und Unterricht wurde in seiner heutigen Sitzung ein Antrag über die Verstaatlichung des Konservatoriums „Mozarteum" in Salzburg verhandelt und beschlossen, daß der Unterstaatssekretär für Unterricht über diese Verstaatlichung die nötigen Verhandlungen führen und über deren Ergebnis, namentlich über die finanziellen Voraussetzungen der Verstaatlichung, dem Ausschusse vor Schluß der Sommersession Bericht erstatten solle.

Der Unterstaatssekretär kündigte am Schlusse der Sitzung für die nächste Zeit eine Reihe von Maßnahmen auf dem Gebiete des gesamten Schulwesens an und berichtete über die Besetzung des Direktoriums der Akademie für Musik und darstellende Kunst.

Rückkehr des Abg. Dr. Steinwender in die Nationalversammlung.

Wie wir erfahren, wird der Kärntner deutschfreisinnige Abg. Egger sein Mandat als Nationalrat niedergelegen, wie es seinerzeit vereinbart worden war und an seine Stelle wird Abg. Dr. Steinwender wieder in die Nationalversammlung eintreten.

Neue Freie Presse

24./V. 1919

Konstituierende Nationalversammlung.

Einsetzung eines Komitees zur Ueberwachung der wirtschaftlichen Demobilisierung.

Wien, 23. Mai.

Die Tätigkeit der Zentralen ist auch in der heutigen Sitzung der Nationalversammlung auf das schärfste verurteilt worden. Der Wert des freien Handels wird nun auch dort erkannt, wo man ihm früher nur sehr wenig Wohlwollen entgegenbrachte. Nach dem völligen Versagen der staatlichen Zwangswirtschaft, nach dem unmöglichen Zustande, zu dem sie geführt hat, wird die große Bedeutung des Kaufmannes für unsere Wirtschaft wieder gebührend hervorgehoben. Der christlichsoziale Abgeordnete Partik erklärte heute, der Kaufmann werde der erste sein, der die Beziehungen zu den anderen Staaten wieder aufnimmt. Der Handel, der immer völkerversöhnend gewirkt hat, werde die Rohstoffe von Uebersee zu uns bringen, das Erwerbsleben in Gang setzen und eine neue Blüte für Wien ermöglichen. Nur wenn der legitime Handel eingeführt wird, fügte er hinzu, werden die Menschen wieder zur ihrer Arbeit schreiten und die Preise abgebaut werden können. Der Abgeordnete Buchinger nannte die Zentralen die Geißel für die gesamte Volkswirtschaft wie für die Wirtschaft jedes Einzelnen, und der Abgeordnete Thanner meinte, wer gegen den Abbau der Zentralen sei, empfinde nicht mit dem Elend der unteren Schichten und unterstütze den Schleichhandel. Das Haus hat schließlich den Antrag des Berichterstatters angenommen, ein Komitee von 21 Mitgliedern zu wählen, dem die Aufgabe zufällt, die beschleunigte wirtschaftliche Demobilisierung zu überwachen und der Regierung, die aufgefordert wird, den Abbau der kriegswirtschaftlichen Zentralen nach Möglichkeit einzuleiten, beratend zur Seite zu stehen. Das Wiederbesiedelungsgesetz, das den nächsten Beratungsgegenstand bilden sollte, wurde an den Ausschuß zurückgewiesen, weil sich Meinungsverschiedenheiten über die Vorlage ergeben haben. In den Verhandlungen der Nationalversammlung tritt nun eine einwöchige Pause ein.

Der Sitzungsbericht.

(18. Sitzung. Präsident Seitz eröffnet die Sitzung um 3 Uhr.

Angelobung.

Der an Stelle des Abg. Johann Mayer, welcher sein Mandat niedergelegt hat, eingetretene Ersatzmann Dr. Karl Buresch leistet die Angelobung.

Fortsetzung der Debatte über den schleunigen Abbau der Zentralen.

Abg. Buchinger schildert die Erfahrungen, welche er als Obmann einer landwirtschaftlichen Genossenschaft mit den Zentralen zu machen Gelegenheit hatte. Der Hauptvorwurf, der den Zentralen gemacht werden muß, ist, daß sie produktionshindernd gewirkt haben. Sie wurden dadurch zu einer Geißel für die gesamte Volkswirtschaft und die Wirtschaft jedes einzelnen und haben damit mehr zum Zusammenbruche des alten Staates beigetragen als die Blockade. Die Landwirte haben unter den Folgen des Schleichhandels am meisten gelitten und werden es sehr begrüßen, wenn nach Beginn der neuen Ernte der Rucksackverkehr gründlich beseitigt wird. Er verlangt eine bessere Belieferung der Landwirtschaft mit Kunstdünger, namentlich mit Knochenmehl und fordert die Aufhebung der Knochenzentrale. Was die Kriegsgetreideverkehrsanstalt betrifft, ist eine Reorganisation dringend notwendig, da die Landwirte zu dieser Anstalt in ihrer heutigen Zusammensetzung kein Vertrauen haben. In erster Linie muß die Aufbringung den landwirtschaftlichen Genossenschaften übertragen werden und der landwirtschaftliche Beirat bei der Kriegsgetreideverkehrsanstalt ausgebaut werden. Redner kritisiert die für die Bewirtschaftung der Kartoffeln im Vorjahre erlassenen Weisungen, welche zur Folge hatten, daß die Landwirte, um höhere Preise für Frühkartoffeln zu bekommen, halbreife Kartoffeln im August aus der Erde nahmen, wodurch nicht nur die Kartoffelernte wesentlich geschmälert, sondern auch die Versorgung der städtischen Bevölkerung auf das ärgste gefährdet wurde. Zu der Zeit, als die Bevölkerung an der ärgsten Lebensmittelnot litt, hat die Kriegsgetreideverkehrsanstalt ihre Angestellten samt Familien mit dem entsprechenden Quantum Kartoffeln versorgt. Der Sekretär des ehemaligen Direktors der Kriegsgetreideverkehrsanstalt habe die Schiebereien als leitender Beamter durchgeführt. Dieser Herr, namens Fuchs, hat 20 Waggons Mehl an die Kuranstalten zu einem Preise von 10 K. geliefert, wo gewiß nicht Angehörige der ärmeren Schichten Unterkunft finden. Die Kriegsgetreideverkehrsanstalt werde nur bei entsprechender Reorganisation in der Lage sein, ihre Pflichten gegenüber der Bevölkerung zu erfüllen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Christlichsozialen.)

Abg. Thanner führt aus, daß die Bauern gern liefern, es muß ihnen aber durch ein vernünftiges Lieferungswesen auch ermöglicht werden. Vor allem darf, was die Viehlieferung anbelangt, nicht das Jungvieh, sondern es muß das Schwervieh herangezogen werden, was auch zu einer Erniedrigung des Preises und zur Hebung der Viehzucht beitragen würde. Diejenigen, die sich heute noch gegen die Abschaffung der Zentralen aussprechen, empfinden nicht mit dem Elend der unteren Schichten, sondern sind für die oberen Zehntausend und helfen mit, den Schleichhandel zu unterstützen. Man habe vergeblich erwartet, daß sich die Volksvertretung in der Republik des Bauernstandes annehmen werde, der als der erste und notwendigste Stand vor dem drohenden Untergange bewahrt werden muß.

Auf Antrag des Abgeordneten Schiegl wird die Debatte geschlossen.

Generalredner Partik betont in seinen Ausführungen, daß Zehntausende von kaufmännischen Angestellten, die die staatlichen Unterhaltsbeiträge in Anspruch nehmen, und Tausende von intelligenten kaufmännischen Kräften infolge der zentralen Bewirtschaftung zur Untätigkeit verurteilt sind, Kräfte, die durch ihre Beziehungen zu den Nachbarstaaten, zum neutralen Auslande und zu den Ueberseeländern in der Lage wären, die zur Wiederaufrichtung unseres Gewerbes und unserer Industrie nötigen Rohstoffe zu vermitteln. Der Kaufmann wird der erste sein, der die Beziehungen zu den anderen Staaten wird aufnehmen können. (Lebhafte Zustimmung rechts.)

Unter keinen Umständen kann das bisherige System der staatlichen Bewirtschaftung aufrechterhalten bleiben. Redner bespricht die während des Krieges geübte Preispolitik, durch die der Schleichhandel gradezu gezüchtet wurde. Nur wenn der legitime Handel wieder eingeführt wird, werden die Menschen wieder zu ihrer Arbeit schreiten können. Die Preise werden nur abgebaut werden können, wenn die Schleusen geöffnet werden und die Angsthäufe aufhören. Er bezeichnet es als einen Fehler des Ernährungamtes, Offerten von Händlern bloß deshalb zurückzuweisen, weil man voraussetzt, daß der Kaufmann verdienen will. Wenn durch die zentrale Bewirtschaftung der Industrie und der Bevölkerung die nötigen Waren nur eßlöffelweise zur Verfügung gestellt werden, wird die Wirtschaft nie aufgerichtet werden können. (Zustimmung rechts.)

Berichterstatter Kollmann verzichtet auf das Schlußwort. Bei der Abstimmung werden die vom Ausschusse vorgeschlagenen Entschließungen angenommen.

Wiederbesiedlungsgesetz.

Berichterstatter Buchinger beantragt, da bezüglich dieses Gesetzes gewisse Differenzen sich noch ergeben hätten, die Rückverweisung desselben an den Ausschuß, und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß das Gesetz, auf welches die Bevölkerung dränge, ehestens zur Erledigung gelangen werde.

Der Rückverweisungsantrag wird angenommen.

Die Abgeordneten Parrer und Genossen überreichen eine Anfrage, betreffend die Wegnahme von deutschösterreichischem Eigentum in Westungarn.

Die Abgeordneten Dr. Straffner, Wutte und Genossen richten an den Präsidenten der Republik Seitz eine Anfrage, in der es heißt: Der Vizekanzler Jodok Fink ist gegenwärtig mit der Leitung der Regierungsgeschäfte betraut und kann in dieser Stellung einen weitgehenden Einfluß auf die politische und wirtschaftliche Entwicklung unseres neuen Staatswesens ausüben. Der Vizekanzler ist gleichzeitig Vertreter des Landes Vorarlberg, dessen Bevölkerung sich mit überwiegender Stimmenmehrheit dafür ausgesprochen hat, daß mit der Schweiz Verhandlungen wegen Zusammenschlusses dieser beiden Länder zu pflegen sind. Der Vizekanzler kommt hiedurch in eine überaus schwierige Stellung, da er einerseits die Interessen der Republik Deutschösterreich, anderseits jene seiner engeren Heimat zu wahren hat.

Anträge werden eingebracht von den Abgeordneten:

Dr. Schürff, betreffend die Gewährung von Schadenersatz aus Anlaß der Plünderungen, Verwüstungen und Brandstiftungen;

Dr. Schürff, betreffend die Zulassung der Frauen zum Unterricht an der Wiener Kunstakademie;

Dr. Schürff, betreffend die Rückversetzung von in Innerösterreich und den Alpenländern gebornen, derzeit im czecho-slowakischen, polnischen und jugoslawischem Gebiete befindlichen ehemaligen österreichischen Staatsangestellten nach Deutschösterreich;

Pauly, betreffend die Errichtung einer technischen Hochschule in Linz;

Pauly, betreffend Ausbau und Erweiterung der Kunstgewerbeschule in Wien;

Dr. Wutte, Dr. Gimpl, betreffend die Aufhebung der Geflügel- und Wildbretzentrale.

Präsident Seitz teilt mit, daß die nächste Sitzung im schriftlichen Wege werde einberufen werden und voraussichtlich Freitag den 30. Mai stattfinden dürfte.

Kein Mandatsverzicht des Abgeordneten Egger.

Parteiamtlich wird verlautbart: „In der heute stattgefundenen Vollsitzung der Großdeutschen Vereinigung teilte der in Kärnten gewählte Abgeordnete Egger mit, daß er die Absicht habe, sein Mandat zurückzulegen. Nach eingehender Besprechung der Sachlage wurde einstimmig beschlossen, Abgeordneten Egger aufzufordern, von einem Mandatsverzicht Abstand zu nehmen. Abgeordneter Egger bleibt Mitglied der konstituierenden Nationalversammlung. Der Großdeutschen Vereinigung bleibt somit eine sehr wertvolle Arbeitskraft erhalten, die namentlich bei Beratung aller praktischen landwirtschaftlichen Fragen schwer ersetzt werden könnte."

Das Gesetz über die Enteignung von Wirtschaftsbetrieben.

Der Sozialisierungsausschuß hat heute die Beratung über das Gesetz, betreffend die Enteignung von Wirtschaftsbetrieben, beendet, doch wird es in der nächsten Sitzung einer nochmaligen Durchsicht unterzogen werden.

Die Bestimmungen über die Uebernahme der Lasten und Schulden werden dahin abgeändert, daß die Lasten, die auf den zur enteigneten Unternehmung gehörigen Sachen und Rechten haften, zu übernehmen seien, soweit sie in deren vom Schiedsgericht festzustellenden Schätzwert (Regierungsvorlage: „in deren Liquidationswerte") Deckung finden.

Weiter werden folgende neuen Fassungen beschlossen:

Der Uebernehmer haftet ohne Rücksicht auf die Höhe der Entschädigungssumme für die Verbindlichkeiten, die nach Zustellung (Regierungsvorlage: „nach Fällung") des Enteignungsbeschlusses bis zur Uebernahme der Unternehmung im Rahmen der ordnungsmäßigen Geschäftsführung oder mit Zustimmung des Uebernehmers eingegangen worden sind.

Die mit den Arbeitern und Angestellten mündlich oder schriftlich abgeschlossenen Dienst- und Arbeitsverträge gehen unter Aufrechthaltung aller hieraus entspringenden Rechte und Pflichten auf den Uebernehmer über; doch steht den Dienstnehmern und dem Uebernehmer, letzterem jedoch nur gegenüber solchen Angestellten, deren jährliche feste Gesamtbezüge den Betrag von 30.000 K. übersteigen, das Recht zu, innerhalb eines Monats nach Uebernahme den Vertrag unter Einhaltung einer einjährigen Frist zu kündigen, ohne daß hieraus Ersatzansprüche gegen den Enteigneten oder Uebernehmer entstehen.

Die Abstattung der unter Berücksichtigung der übernommenen Verbindlichkeiten verbleibenden Entschädigung kann nach Wahl des Uebernehmers in barem oder ganz oder teilweise in amortisablen Teilschuldverschreibungen geschehen. Nähere Bestimmungen über die Ausgabe dieser Schuldverschreibungen und die hiefür zu bestellenden Sicherheiten werden in besonderen Gesetzen getroffen.

Denjenigen, die ihre Ansprüche angemeldet haben, steht es frei, sich am schiedsgerichtlichen Verfahren wegen Feststellung ihrer Entschädigung zu beteiligen.

Der Zinsfuß für die Auseinandersetzung zwischen dem Uebernehmer und der Unternehmung wird mit 5 statt mit 4 Prozent festgesetzt.

Die übrigen Bestimmungen des Gesetzes wurden im wesentlichen nach der Regierungsvorlage zum Beschlusse erhoben.

Schließlich wurde noch die Einschaltung einer Bestimmung beschlossen, wonach, wenn die durch die Sondergesetze bestimmte Frist zur Durchführung der Enteignung verstrichen ist, ohne daß die Enteignung erfolgt wäre, der Enteignungsbeschluß aufzuheben ist; für den etwaigen Schaden, der dadurch entsteht, daß die Enteignung nicht durchgeführt wurde, haftet derjenige, zu dessen Gunsten die Enteignung ausgesprochen wurde. Mit der genaueren Formulierung des diesbezüglichen Paragraphen wird der Referent betraut.

Zum Berichterstatter für das Haus wurde Abg. Doktor Eisler bestellt.

Die nächste Sitzung findet Dienstag den 27. d., 1 Uhr nachmittags, mit folgender Tagesordnung statt: Zweite Lesung der Beschlüsse über das Gesetz, betreffend die Enteignung von Wirtschaftsbetrieben; Gesetz über gemeinwirtschaftliche Anstalten und Gesellschaften gemeinwirtschaftlichen Charakters.

Antrag auf Aufhebung des Ermächtigungsgesetzes.

Abg. Kraft und Genossen haben einen Antrag auf Außerkraftsetzung des Gesetzes vom 24. Juli 1917 eingebracht, mit welchem die Regierung ermächtigt wurde, aus Anlaß der durch den Krieg verursachten außerordentlichen Verhältnisse die notwendigen Verfügungen auf wirtschaftlichem Gebiete zu treffen. In der Begründung wird hervorgehoben, daß die Verordnungen, die auf Grund dieses Gesetzes erlassen worden seien, sehr mannigfaltig sind. Von den Höchstpreisen der Dörrpflaumen bis zur Wohnungsenteignung und zum Banknotenumlauf treffen sie die verschiedensten Gebiete unseres wirtschaftlichen Lebens. In den meisten Fällen wäre das Ermächtigungsgesetz nicht nötig gewesen, die Verordnungen wären parlamentarisch ebenso rasch entschieden worden; in manchen Angelegenheiten, zum Beispiel bezüglich der Arbeitslosenzuweisung, hat man das Gefühl, daß man, so wie in vergangenen Tagen, gerne einer Debatte ausweichen wollte. Die Anwendung des Ermächtigungsgesetzes auf Fälle, die nur bei einer zwangsweisen Auslegung unter seine Bestimmungen fallen, lassen die berechtigte Sorge aufkommen, daß irgendeine kommende Regierung damit ohne Parlament unter dem Scheine der Verfassung die ganze Herrschaft bestreiten könnte. Die derzeitige Regierung empfindet es offenbar, daß die Anwendung des Ermächtigungsgesetzes auf alle erdenklichen Fälle verfassungswidrig ist und hat in dieser Erkenntnis ein Ermächtigungsgesetz, betreffend zoll- und handelspolitische Verfügungen, eingebracht, welches auch zum Beschlusse erhoben wurde. Auf diesem Wege können wir der Regierung vielleicht folgen und wir ersuchen sie, diesbezüglich Spezialvorlagen einzubringen.

zum Besuche des Präsidenten Masaryk ein, um mit ihm über die Teschener Frage zu beraten.

Das Wilson-Schiff wieder in Europa.

Telegraphischer Bericht.

K. B. **Brest**, 23. Mai.

Der Dampfer „George Washington" ist angekommen.

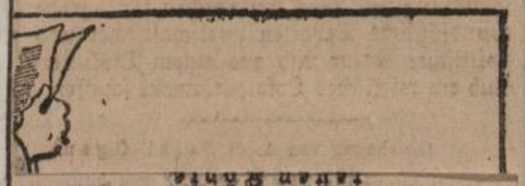
Vom Kärntner Kriegsschauplatz.

Telegraphischer Bericht.

Klagenfurt, 24. Mai.

Der Präsident des Kärntner Landesausschusses verlautbart: Situationsbericht vom 24. d. vormittags: Im Raume Unterdrauburg wurden durch Artilleriefeuer unterstützte feindliche Angriffsversuche abgewiesen. Westlich des Mittaglogels wurde eine starke Patrouille vertrieben.

(Zeichnung von Guillaume.)



Demokratisierung der Lokalverwaltung.*)

Die englische Gemeindeverfassung hat sich bei ihren Bestimmungen lediglich von dem Grundsatze leiten lassen, daß die Verwaltung der Gemeinde ausschließlich durch die gewählten Vertreter des Volkes zu führen ist, und auch sie hatte mit den Schwierigkeiten zu kämpfen, daß eine große Körperschaft wegen ihrer Schwerfälligkeit nicht imstande ist, ihre Funktionen in klagloser Weise zu erfüllen. Statt aber die Kompetenzen, wie dies das Wiener Gemeindestatut tut, derart zu trennen, daß der Gemeinderat neben der allgemeinen Kontrolle sich die wichtigsten Angelegenheiten vorbehält, eine Anzahl Angelegenheiten von geringerer Bedeutung einem aus ihm gewählten kleineren Körper und die große Masse der Kleinarbeit dem Magistrate überläßt, hat die englische Munizipalverfassung unter grundsätzlicher Festhaltung obigen Prinzips das Problem auf sehr einfache Art in der Weise gelöst, daß sich die Gesamtheit des Gemeinderates in seiner ersten Versammlung in eine

Reihe von Ausschüssen

auflöst, denen die vollständige Besorgung aller Verwaltungsgruppen obliegt. Die Zahl dieser Ausschüsse ist beliebig groß, wie es eben das Plenum für zweckmäßig befindet. Es gibt ständige Ausschüsse, die von vorneherein dauernd für einzelne Gruppen festgesetzt sind und Spezialausschüsse, die für einzelne vorübergehende Verwaltungsaufgaben gebildet werden. In diese Ausschüsse werden die einzelnen Mitglieder entsendet, es kann auch ein Gemeinderat Mitglied mehrerer Komitees sein. Die Ausschüsse sind von verschiedener Größe. Sie können sich auch in Unterausschüsse teilen, wie es eben die praktischen Gesichtspunkte erfordern. Sie haben ihre Aufgaben nach einer vom Plenum festgesetzten Geschäftsordnung durch Beratung und Beschluß zu erledigen, wobei jedem Ausschuß

*) S. den Artikel im „Neuen Tag" vom 18. Mai d. J.

deutschen Bevölkerung ist eine ungeheure.

Neue Freie Presse

25./V. 1919

Eine Bundesverfassung für Deutschösterreich.

Von Universitätsprofessor Dr. Rudolf Herrnritt.

Wien, 24. Mai.

Der kürzlich von der christlichsozialen Partei der Nationalversammlung vorgelegte Verfassungsentwurf für den deutschen „Bundesfreistaat Oesterreich" verdient schon deshalb eine besondere Beachtung, weil er den ersten Versuch bildet, eine in sich geschlossene Verfassung dem neuen Staate zu geben. Denn die bisherigen vier Verfassungsgesetze für Deutschösterreich tragen schon dadurch einen bloß provisorischen Charakter an sich, daß sie nur einzelne Seiten des Staatslebens regeln. Sie stellen ein Mosaik von Einzelbestimmungen dar, welches vielfach lückenhaft, hie und da auch Widersprüche aufweisend, das oft gebrauchte Bild eines eilig hergestellten Notdaches für das neue Staatsgebäude rechtfertigt. Weit bedenklicher aber ist die Tatsache, daß diese vorzüglich unter dem Einflusse der in Wien herrschenden radikalen politischen Strömungen zustande gekommenen Verfassungsgesetze im Bewußtsein des Volkes, namentlich der Landbevölkerung, wie die zunehmende „Los von Wien"-Bewegung dartut, nicht recht Wurzel zu fassen vermochten.

Die Verfassung eines Staates bildet die gesetzliche Festlegung der das Staatsleben beherrschenden Machtverhältnisse. Sie wird nur dann die Grundlage für eine gesunde Entwicklung bilden können, wenn sie als lebendiger Ausdruck der im Staate zusammenwirkenden politischen Kräfte auch im Herzen der Staatsbürger fest verankert ist; anders bleibt sie ein toter Buchstabe. Die in den Ländern in letzter Zeit überhandnehmenden separatistischen Strömungen, welche das Dasein des jungen Staates geradezu in Frage stellen, bilden einen Fingerzeig dafür, daß die bisherigen Verfassungsversuche eben nicht als Ausdruck für die Resultierende des politischen Kräftespieles in unserem Staate empfunden werden.

Der nunmehr eingebrachte Verfassungsentwurf nimmt dagegen das deutschösterreichische Verfassungsproblem in seiner Gänze auf. Im Gegensatze zu der bisherigen zentralistischen Richtung, die namentlich in dem Gesetze, betreffend die Uebernahme der Staatsgewalt, in den Ländern das Verhältnis des Staates zu seinen geschichtlichen Bestandteilen im unklaren läßt, will er den Staat föderalistisch, als Bundesstaat organisieren, welcher die Selbständigkeit der Länder: Oesterreich unter und ob der Enns, Salzburg, Steiermark, Kärnten, Tirol, Vorarlberg, dann des bisher dem ungarischen Staate angehörenden Heinzenlandes, endlich der Freistadt Wien in ihrem gegenwärtigen Umfange, deren Gemeinderat die Rechte und Pflichten eines Landtages genießen soll, anerkennt, soweit sie nicht durch die Bundesverfassung eingeschränkt ist. Den Zweck des Bundesfreistaates bildet die gemeinsame Vertretung und Verteidigung nach außen, die Sicherung von Ruhe und Ordnung im Innern, der Schutz der Freiheit und der Rechte der Staatsbürger und die allgemeine Förderung der Kultur und Zivilisation, des Volkswohlstandes und der Volkswohlfahrt.

„Die Länder", — so lautet die überaus deutliche Sprache der Erläuterung zum Entwurfe — „welche durch die Auflösung der Pragmatischen Sanktion ihre volle freie Selbstbestimmung und Selbständigkeit wieder erlangt haben, können sich nicht länger durch verfehlte und widernatürliche verfassungsrechtliche Experimente, wie es die untaugliche staatliche und autonome Doppelverwaltung des letzten halben Jahrhunderts war, oder ein neues rein zentralistisches System sein müßte, in ihrer natürlichen Entwicklung hemmen und unterdrücken lassen. Sie haben ein heiliges Recht, wenn sie zusammengeschlossen bleiben sollen, auf eine bundesstaatliche Verfassung, die ihre Selbständigkeit verbürgt und zugleich eine genügend kräftige Zentralgewalt schafft."

Es ist nicht leicht, diesem kühnen Versuche einer Neugestaltung Deutschösterreichs eine Prognose zu stellen, zumal ja die künftigen Entwicklungsmöglichkeiten des Staates von unbekannten Faktoren, vor allem von den Ergebnissen der gegenwärtigen Friedensverhandlungen und von der weiteren Entwicklung in der Anschlußfrage abhängen werden. Eines ist aber meine Ueberzeugung: Daß, die Unabhängigkeit des deutschösterreichischen Staates vorausgesetzt, die Möglichkeit einer gesunden Entwicklung eher in der Richtung einer föderalistischen als einer zentralistischen Gestaltung liegt. Einerseits scheint ein volkspsychologisches Moment dafür zu sprechen. Dem Geiste der germanischen Völker entspricht eher eine losere, föderalistische Gestaltung des Staatslebens und das Wort Montesquieus, daß die Selbstverwaltung, die doch das föderalistische Element in der Verwaltung darstellt, in den germanischen Wäldern ihren Ursprung genommen hat, behält seine Berechtigung auch für das Verfassungsleben. Es ist bezeichnend, daß die Völker germanischer Rasse — dies gilt von Deutschland ebenso wie von Nordamerika und England sowie der überwiegend deutschen Schweiz — im Gegensatze zu den romanischen der zentralistischen Verfassung stets abgeneigt waren. Besonders kennzeichnend ist es, daß Deutschland, nachdem die revolutionäre Sturmflut etwas zurückgestaut worden war, auch trotz des Wegfalles der Dynastien als naturgemäßer Träger des föderalistischen Gedankens bei seiner früheren bundesstaatlichen Gestaltung verblieben ist. Anderseits findet aber die föderalistische Gestaltung in der Geschichte der österreichischen Länder ihre volle Begründung. Die Landstände waren hier seit altersher die Träger der Selbständigkeit der Länder und es vermochte selbst das kräftigste Einlenken in zentralistische Bahnen, wie wir es namentlich unter Maria Theresia und Josef II. wahrnehmen, die Stellung der Landstände und damit der staatsrechtlichen Individualität der Länder niemals gänzlich zu entwurzeln. Das Heimatgefühl ist auch heute noch bei den Oesterreichern in erster Reihe mit dem Heimatlande verknüpft und führt erst über dieses zum Staate.

Eine große Gefahr, das darf nicht verschwiegen werden, kann allerdings das bundesstaatliche Verfassungsprojekt für die Freistadt Wien bieten, die sich, auch wenn sie einen eigenen Gliedstaat bilden wird, dennoch vermöge ihrer Größe und ihres wirtschaftlichen Lebens ganz unorganisch dem vorzugsweise agrarischen Kleinstaate „Oesterreich" einfügt und schon bezüglich ihrer Ernährung auf die übrigen Länder angewiesen ist. Hier läßt der Entwurf die notwendigen Garantien, die vor allem in der Anerkennung der vollen persönlichen und sachlichen Freizügigkeit liegen würden, vermissen. Daß die Bestimmung des einheitlichen Zoll- und Wirtschaftsgebietes hiedurch nicht vollen Ersatz bietet, hat das Verhältnis zwischen Oesterreich und Ungarn in der alten Monarchie zur Genüge dargetan. Richtiger wäre es, wenn der Entwurf, ähnlich der Schweizer Bundesverfassung, die ja nicht allein in ihrer kernigen Sprache hier zum Muster diente, einen Katalog der Grundrechte aufnehmen und unter die Gewähr der Verfassung stellen würde, anstatt des Vorbehaltes der bloßen künftigen gesetzlichen Regelung. (Artikel 11.)

Was nun den Entwurf selbst anbelangt, so kann nur auf einige Richtlinien desselben hingewiesen werden. Das wichtigste Problem einer bundesstaatlichen Verfassung bildet die Herstellung des entsprechenden Gleichgewichtes zwischen der Gewalt des Bundes und derjenigen der Gliedstaaten (Länder). Von ihr hängt Sein oder Nichtsein des Bundesstaates ab. Der Bundesstaat wurde nicht mit Unrecht als das größte Kunstwerk des modernen Verfassungslebens bezeichnet. Er besitzt zwei Schwerpunkte, einerseits in dem Bunde, anderseits in den Gliedstaaten, und nur die richtige Ausbalancierung der beiden nach entgegengesetzter Richtung strebenden Kräfte kann ihm Dauer verleihen. Der Bundesgewalt muß gewährt werden, was die Existenz des Bundesstaates als politischer und wirtschaftlicher Einheit unbedingt verlangt, also vor allem die Einheit der äußeren Politik und der Heeresverwaltung, dann des Wirtschaftslebens, mindestens in seinen Grundlagen. Das freie Spiel der politischen Kräfte wird dagegen bestimmen, was darüber hinaus den Kulturaufgaben der Bundesgewalt vorbehalten bleibt. Dabei muß aber als technisches Prinzip die größtmögliche Klarheit bei der Sonderung der Bundes- und Gliedstaatengewalt herrschen.

In diesen beiden Richtungen ist aber der Entwurf, abgesehen natürlich von manchen notwendigen Modifikationen, nicht unrichtig aufgebaut. Der vierte Abschnitt, betreffend den Wirkungskreis der Bundesgewalt zählt neben den angeführten Belangen einen im Vergleiche mit den Verfassungen der übrigen Bundesstaaten, namentlich der Schweiz, umfangreichen Katalog von Bundeskompetenzen auf, der vielfach der alten Reichsratskompetenz des Staatsgrundgesetzes vom Jahre 1867 nachgebildet ist. Wir finden hier unter anderm, was besonders wertvoll ist, die gesamte Justizpflege und die Justizgesetzgebung, das Hochschulwesen, die soziale Fürsorge, das Verkehrswesen als Bundesbelange wieder; in mancher Beziehung geht der Entwurf in den Vorbehalten für die Bundesgewalt eher zu weit (Theaterwesen, Regelung des Verwaltungsrechtes). Auch die Verfügung über die gesamten Finanzquellen des Staates seitens der Bundesgewalt, welche in der Zuständigkeit derselben zur „Festlegung der Steuerquellen für die Länder" sich äußert, dürfte zu Bedenken Anlaß geben. Immerhin ist aber der verhältnismäßig weite Umfang der Bundesgesetzgebung nur zu begrüßen.

Neben den Bundeskompetenzen wird aber im Artikel 16 eine Reihe von Belangen aufgezählt, die zwar in den Wirkungskreis der Landesgesetzgebung fallen, aber doch unter „Mitwirkung der Bundesregierung". Hieher gehören, abgesehen von Fragen der Landeskultur (Wasserrecht), dann der Nutzbarmachung der Naturschätze und Naturkräfte, unter anderem auch das untere und mittlere Bildungs- und Erziehungswesen. Dieser Artikel dürfte wohl den hauptsächlichen Kampfplatz der verschiedenen politischen Richtungen bilden, falls dem Entwurfe, wie ich hoffe, das Schicksal der parlamentarischen Beratung beschieden sein wird. Auf gleichem Boden wurden doch auch namentlich bezüglich des Schulwesens und der mit der Landeskultur zusammenhängenden wirtschaftlichen und Verkehrsfragen die heftigsten Kämpfe zwischen der zentralistischen und föderalistischen Richtung im alten Oesterreich gefochten. Das Kompromiß zwischen diesen beiden Richtungen, wie es in der „Mitwirkung" der Bundesregierung offenbar beabsichtigt ist, wäre an sich ein glücklicher Gedanke, vorausgesetzt, daß es gelingt, die Wirkungssphären beider Gewalten gegeneinander genau abzugrenzen.

Die Volksvertretung soll aus zwei Kammern, einem auf breitester demokratischer Grundlage gewählten Volkshause und einem von den Landtagen entsendeten Stände-(Staaten-)hause bestehen. Hier handelt es sich um eine im Wesen jeder bundesstaatlichen Verfassung, die die wenigstens teilweise Zusammensetzung der Bundesorgane aus Vertretern der Gliedstaaten erheischt, liegende Einrichtung. Neu und der Richtung der Zeit Rechnung tragend ist die Vertretung der Räteorganisationen im Ständehause. Die demokratische Richtung findet auch weite Berücksichtigung in der unmittelbaren Volksgesetzgebung. Diese erscheint einerseits als Gesetzesvorschlagsrecht (Initiative), anderseits als Volksabstimmung, die, abgesehen von grundlegenden Verfassungsfragen, als Beitritt zu einem Völkerbunde, staatsrechtliche Verbindungen mit fremden Staaten, Teilung und Neuaufnahme von Ländern, auch über Verlangen von mindestens 200.000 Stimmberechtigten oder der Mehrheit derselben in drei Ländern über jedes Gesetz einzuleiten ist. Es ist zu erwägen, ob hier nicht die Einschränkung des Referendums auf Gesetze und Beschlüsse „nicht dringlicher Natur" nach dem Muster der Schweizer Bundesverfassung vorzuziehen wäre. Die Landesgesetzgebung über die nicht der Bundesgesetzgebung vorbehaltenen Gegenstände wird nach Maßgabe der jeweils geltenden Landesverfassungen vom Landtage geübt, der auch die Landesregierung zu wählen hat.

Die Vollzugsgewalt im Bunde überträgt der Entwurf einem verantwortlichem Bundespräsidenten, welcher nach französischem Vorbilde aus der Wahl der Volksvertretung in gemeinsamer Sitzung beider Kammern für zwei Jahre hervorgeht, jedoch in seiner vorzugsweise repräsentativen Stellung allzuwenig an das französische Vorbild erinnert; ferner einer über Vorschlag des Präsidenten von der Volksvertretung gewählten Bundesregierung.

Die wichtige Frage der Klärung strittiger Zuständigkeiten zwischen Bund und Ländern ist dem Verfassungsgerichtshofe übertragen. Seine Mitglieder werden gleich jenen des Obersten Verwaltungsgerichtshofes, der auch als Wahlgerichtshof fungiert, durch Wahl in gemeinsamer Sitzung beider Kammern für sechs Jahre bestellt. Der Verfassungsgerichtshof entscheidet über Streitigkeiten zwischen Bundesstaat und Ländern, dann der Länder untereinander, sowie über erhobene Staatsanklagen. Eigentümlicherweise können vor demselben Gesetzesbeschlüsse der Landtage nicht bloß wegen Verfassungswidrigkeit angefochten werden, sondern auch dann, wenn sie entgegen der Vorstellung der Bundesregierung zum zweitenmal vom Landtage zum Beschlusse erhoben wurden. Hier handelt es sich also um eine Beurteilung von Gesetzesbeschlüssen nicht bloß auf ihre Verfassungsmäßigkeit hin, sondern auch aus Rücksichten der Zweckmäßigkeit, wofür sich aber ein Gerichtshof wohl kaum eignet. Wenn die Stellung des Schweizer Bundesgerichtes hier als Vorbild diente, so wurde übersehen, daß dieses bezüglich der Verfassungsstreitigkeiten nur auf die Beurteilung von Rechtsfragen beschränkt ist.

Das weitere Schicksal dieses in seinen wichtigsten Bestimmungen kurz dargelegten Entwurfes, welcher das Verdienst für sich beanspruchen kann, gesunde Einrichtungen aus der Vergangenheit mit fruchtbaren Gedanken der neuesten Entwicklung zu verknüpfen, bleibt der Zukunft vorbehalten. Immerhin scheint mir der Entwurf den richtigen Weg anzudeuten, um der bedenklichen Erscheinung der besonders außerhalb Wiens um sich greifenden Staatsverdrossenheit zu steuern und den Staat aus seiner trostlosen Gegenwart einer besseren Zukunft entgegenzuführen.

Österr. Volkszeitung

26./VI. 1919

90

Die Gemeindewahlen in Niederösterreich.

Bisherige Wahlergebnisse.

In der folgenden Tabelle werden Abkürzungen für die Wahlwerbergruppen gebraucht, und zwar: b = bürgerlich, s = sozialdemokratisch, chr = christlichsozial, d = deutschnational, Bb = Bauernbund, Ns = nationalsozial, W = Wirtschaftspartei, F = Festbesoldete.

Gemeinde	b	s	chr	d	Bb	Ns	W	F
Atzgersdorf	6	28[1]	—	—	—	—	—	1
Aspang		5	11[2]	—	—	—	—	—
Amstetten		14	8	—	—	2	6	—
Annaberg	3	3	8	—	—	—	—	—
Au a. Leithaberg	—	—	—	—	8	—	4	—
Allentsteig	—	2	6	6	—	—	—	—

[1]) Darunter 1 Tscheche.
[2]) Im Verein mit den Deutschvölkischen.

Gemeinde	b	s	chr	d	Bb	Ns	W	F
Baden	23	15	—	—	—	—	4	—
Bisamberg	—	6	6	—	—	2	—	—
Bruck a. d. L.	—	12	—	—	—	—	—	12
Brunn a. Steinfelde	5	7	—	—	—	—	—	—
Brunn a. Geb.	10	14	—	—	—	—	—	—
Deutsch-Altenburg	—	8	—	6	6	—	—	—
Engelharstetten	—	—	9	—	—	3	—	—
Ebenfurt	5	11	—	—	—	—	—	—
Erlaa	6	10	—	—	—	—	—	—
Erlach	5	9	—	—	—	—	—	—
Felixdorf	2	14	—	—	—	—	—	—
Fischau	—	6	8	—	—	—	—	—
Gaaden	6	6	—	—	—	—	—	—
Gloggnitz	8	10	—	—	—	—	—	—
Grünbach am Schneeberg	—	10	—	—	—	—	3	—
Göpfritz a. d. Wild	—	5	7	—	—	—	—	—
Götzendorf	—	7	—	—	—	—	—	7
Gumpoldskirchen	12	4	—	—	—	—	—	—
Groß-Enzersdorf	1[3])	6	6	3	—	—	—	—
Grub an der March	—	4	6	—	—	—	—	—
Groß-Siegharts	—	6	6	4	—	—	—	—
Hinterbrühl	8	6	—	—	—	—	—	—
Hirtenberg	—	13	—	—	—	—	3	—
Hof a. d. L.	—	7	—	—	7	—	—	—
Horn	—	4	4	10	—	—	—	—
Inzersdorf	6	18	—	—	—	—	—	—
Kaltenleutgeben	7	7	—	—	—	—	—	—
Katzelsdorf	—	4	10	—	—	—	—	—
Klosterneuburg	—	20	11	11	—	—	—	—
Kottingbrunn	—	12	—	—	—	—	4	—
Krems	3	16	11	—	—	11	—	1
Laa a. d. Th.	—	8	6	8	—	—	—	—
Langenlois	7	6	9	—	—	—	1	—
Landegg	7	5	—	—	—	—	—	—
Lang-Enzersdorf	—	8	9	—	—	5	—	—
Laxenburg	—	7	7	—	—	—	—	—
Leobersdorf	—	15	—	—	—	7	—	—
Lichtenwörth	5	13	—	—	—	—	—	—
Liesing	7	23	—	—	—	—	—	—
Lindabrunn	—	8	—	—	—	4	—	—
Maria-Enzersdorf	15	7	—	—	—	—	—	—
Mannersdorf	—	13	—	—	2	—	3	—
Mauer	12	12	—	—	—	—	—	—
Melk	—	5	5	—	—	6	—	—
Mödling	—	20	11	10	—	—	—	1
Neumarkt a. d. Ybbs	5	6	—	—	—	—	3	—
Neunkirchen	9	25	—	—	—	—	—	—
Neu-Aigen	—	5	—	—	—	—	7	—
Ober-Mallebern	—	—	—	—	2	—	—	—
Oehling	1	1	10	—	—	—	—	—
Perchtoldsdorf	—	14	8	8	—	—	—	—

[3]) Zionist.

Neue Freie Presse 29./V.1919

Der Bundesstaat Oesterreich?

Von Universitätsprofessor Dr. Karl Brockhausen.

Wien, 28. Mai.

Kaum hat sich der deutschösterreichische Staat vorerst provisorisch und dann endgültig konstituiert und schon wird eine neue, grundlegende Umänderung geplant. Die Christlichsoziale Vereinigung hat der Nationalversammlung einen Entwurf vorgelegt, wonach der Einheitsstaat Deutschösterreich in einen Bundesstaat zerlegt werden möge. Wird dieser Entwurf Gesetz, dann haben wir in einem halben Jahre mehr Häutungen durchgemacht als früher in Jahrhunderten. Von der Doppelmonarchie lösten sich die Ungarn gänzlich ab, aus dem Kaisertum wurden Republiken, aus dem altösterreichischen Einheitsstaate fünf Nationalstaaten, und jetzt soll der Nationalstaat Deutschösterreich seinerseits in sieben Freistaaten zerfallen, wobei der Entwurf Deutschböhmen und Deutschmähren nicht mitzählt, sonst wäre das Dutzend Staaten beinahe voll und die Bezeichnung als Duodezstaaten unvermeidlich.

Nur immer lustig weiter zersägt und zerspalten, bis von dem einst stolzen Staatsschiff nichts mehr übrig bleibt als eine Anzahl aneinander sich reibender Balken, bestenfalls ein Floß, wie wir sie in primitiven Formen die Donau abwärtsgleiten sehen, schwer lenkbar und in steter Gefahr, zu zerschellen, gewiß nur geeignet, abwärts zu fahren, niemals aufwärts.

In größter Eile entworfen, zeigt dieser Entwurf zahlreiche technische Mängel, die eines verbessernden Rotstiftes bedürfen, um auch nur das zu erreichen, was er selbst will. Aber nicht von solchen Einzelheiten sei vorerst die Rede; nicht die Paragraphen, sondern die Grundgedanken und die Absichten des Entwurfes mögen in diesem Aufsatze behandelt werden.

Der grundsätzliche Unterschied zwischen dem deutschösterreichischen Einheitsstaate, wie er nach der derzeitigen Verfassung besteht, und einem Bundesstaate springt in die Augen. Aus einem Staate würden deren sieben werden, aus Landesgrenzen Staatsgrenzen; jedes dieser Ländchen würde ein Staat mit allen Herrschaftsrechten und der Souveränität eines solchen, mit wachsendem Partikularismus und abnehmendem Gemeinschaftsgefühle. Der Bund würde auf ein Minimum des unerläßlichen Einflusses eingeschränkt werden, wirtschaftlich würde er von dem leben, was die Einzelstaaten, die selbst kaum leben können, für ihn übrig lassen, und dies würde sehr, sehr wenig sein, nach dem alten Satze, daß eher ein Vater sieben Söhne ernähren kann als sieben Söhne einen Väter. Seine äußere Macht wäre gleich Null; er wäre in allen Grenzfragen und bei allen auswärtigen Lebensinteressen seiner Bürger auf die — Gutmütigkeit fremdsprachiger Nachbarstaaten angewiesen.

Dennoch wäre es ungerecht, diesen Entwurf als ein Werk boshafter Selbstverstümmlung zu brandmarken, der das vollenden will, was unseren Feinden trotz ihrer jetzt als Siege ausposaunten Niederlagen in Rußland, Serbien, Rumänien und am Isonzo nicht gelungen ist, nämlich die völlige Zermürbung und Zerstampfung Deutschösterreichs. Obzwar dieser Entwurf so aussieht, als ob er das Programm der Italiener von der Zertrümmerung Oesterreichs in gerader Linie fortsetzen wollte, so gestattet er doch auch eine mildere Beurteilung; man kann ihn als den Versuch bewerten, aus Balken, die frei davonschwimmen mochten, wenigstens ein schwerfälliges Floß zu zimmern.

Denn wie ein großes Unglück selten allein kommt, hat ein panikartiges Streben, davon zu laufen und auseinander zu gehen, die einzelnen Länder, insbesondere die Alpenländer, ergriffen, eine „Los von Wien"-Bewegung, die mit der alten deutschen Hauptstadt zugleich die wichtigsten deutschen Vorposten zu opfern bereit ist, um in der Enge der Gebirgstäler ein idyllisches Leben der Selbstgenügsamkeit zu leben — eine seltsame Hoffnung in dieser sturmbewegten Zeit. Aber diese Vorstellung ist nun einmal da, und nicht sie zu tadeln, sondern sie zu begreifen, sie zu werten und zu bewerten, ist die Aufgabe des Staatsmannes, der den Karren vor dem Sturz in den Abgrund bewahren muß.

Deshalb ist ein Vergleich lehrreich, wohin wir steuern, und wohin die anderen, mit denen wir noch kürzlich staatlich vereint waren, ihr Steuer richten.

Nationalstaaten hatte uns das sterbende Kaisertum in einem letzten Manifest verheißen; Nationalstaaten, begrenzt nach nationalen Siedelungen, lautete diese Losung. Sie bedeutete zwar eine Lösung des alten Kaiserreiches, aber doch zugleich eine Zusammenfassung innerhalb jeder einzelnen Nation zu einem lebensfähigen Ganzen. Diesen Gedanken haben die Slawen sich sofort zu eigen gemacht. Sie haben alles, was trennend und kleinlich sich zwischen ihre einzelnen recht verschieden gearteten Stämme und Volksteile schob, mit kühnem Griffe beseitigt. Kroaten und Serben waren zwar Todfeinde seit Jahrhunderten, sie waren als Katholiken und Orthodoxe weit schärfer geschieden wie Katholiken und Protestanten, sogar ihre Schriftzeichen, die lateinischen und die cyrillischen, hinderten die einen, das zu lesen, was die anderen schrieben, und dennoch haben sie sich untereinander und mit den durchaus anders gearteten Slowenen zu einem Einheitsstaate verbunden. Desgleichen haben Czechen und Slowaken, deren Verwandtschaft erst kürzlich und künstlich ans Tageslicht gefördert werden mußte, sich zu einem Einheitsstaate zusammengetan, um hoffnungsfroh zu kaum geträumter künftiger Geltung zu gelangen nach dem alten Satze: Einigkeit macht stark.

Und in diesem weltgeschichtlichen Augenblicke setzt in den Alpenländern eine erst schüchterne, dann immer heftiger betriebene Agitation ein, welche geflissentlich das Trennende unter den Deutschen hervorsucht; man vertieft den Gegensatz zwischen Stadt und Land, ja zwischen Gebirgsland und Ebene, zwischen Industrie und Bauerntum, dialektische Abweichungen und Stammesunterschiede werden lebhaft betont, sogar die größere oder geringere Frömmigkeit wird als Keil eingeschoben, kurz alles wird sorgfältig hervorgeholt, was das Gefühl der Zusammengehörigkeit eines Volkes in Not zersprengen kann. Insbesondere Wien wird das Ziel der Angriffe; weil die Czechen sich überheben und einen nennenswerten Prozentsatz der Wiener Bevölkerung auszumachen sich rühmen, wird diese einseitige Behauptung aus Feindesmund mit Behagen als Wahrheit ausposaunt und Wien bereits als eine halbslawische Stadt hingestellt; natürlich spielen auch die Wiener Juden bei christlichen Agitatoren eine besondere Rolle.

Dies ist die gefühlsmäßige Seite jener, das deutsche Volk zerreißenden Agitation; dazu kommt die sehr zweifelhafte rechnungsmäßige Auffassung, daß man sich pekuniär um einige Prozente besser stehen könnte, wenn man sich von seinen Volksgenossen trennt und diese ihrem Schicksale überläßt. Noch wissen die so lange passiven und vom Reiche unterstützten Alpenländer nicht, ob sie überhaupt auf eigenen Füßen stehen können; aber schon wird ausgerechnet, daß sie damals — vor dem Kriege — nicht genug empfangen haben und daß sie jetzt — im Kriege — mehr Opfer gebracht hätten als andere.

Zu diesen beiden Grundströmungen der gefühlsmäßigen und der rechnungsmäßigen tritt die begreifliche Angst der mehr konservativ gerichteten Alpenländer vor politischer Vorherrschaft der Sozialdemokraten und dem Eindringen bolschewistischer Strömungen, und wenn sie auch den allgemeinen und notwendigen Wandel der Zeit begreifen, so fürchten sie doch jede Ueberstürzung. So ist jene Bewegung entstanden, die Deutschösterreich am liebsten ganz auflösen und jeden Zusammenhang beseitigen möchte.

Das Vorhandensein dieser Gegensätze ist nicht zu leugnen. Aber ganz die gleichen Mißklänge gibt es bei allen Nationen, bei den Slawen nicht weniger als bei uns; jedes Ding hat seine zwei Seiten, und es ist nur die Frage, ob man das Gute liebevoll hervorhebt, das Minderwertige mit dem Mantel christlicher Nächstenliebe zudeckt, oder ob man haßerfüllt das Trennende in den Vordergrund stellt und die eigenen Volksgenossen angreift. Vergleicht man nun das Vorgehen der Slawen mit jenem unserer Deutschen, so läßt sich nicht leugnen, daß jene politisch klüger handeln, indem sowohl die Czecho-Slowaken als auch die Serbo-Kroato-Slowenen, vorbehaltlich späterer Abrechnung, jetzt alle Mißstimmungen kraftvoll überwinden, um zum Einheitsstaate zu gelangen. Hingegen erkennt man in dieser Religion des Hasses, die den Deutschen von ihren eigenen Volksgenossen tagtäglich gepredigt wird, schaudernd die Nachwirkungen eines unglücklich geführten Krieges.

Der Blick in diesen Abgrund hat selbst diejenigen, deren Parteigenossen jener Agitation der Trennung nicht ferne standen, veranlaßt, durch den Antrag auf Umwandlung des Einheitsstaates Deutschösterreich in einen Bundesstaat wenigstens das äußerste, das völlig ratlose und richtungslose Davonlaufen und damit die Hinopferung des deutschösterreichischen Ostens zu verhüten. Jeder Beurteilung des Entwurfes muß daher die Anerkennung seiner guten Absicht vorausgehen, daß er eine Bremse sein will, die den Karren vor dem Absturze bewahren soll.

Er soll insbesondere die durch Gefühlserregungen in eine Panik versetzten Alpenländer soweit zur Besinnung bringen, daß sie erkennen, das bloße Davonrennen sei noch kein positives Programm, und daß der Läufer doch zum mindesten das Ziel kennen sollte, bevor er sich in Trab setzt.

Vorarlberg hat in wenig beneidenswerter Weise mit dem Davonlaufen begonnen; es hat eine — zum Glück noch unverbindliche — Volksabstimmung veranstaltet, die ihm eine Zurückweisung seitens der Schweiz eintragen kann. Das ist beschämend; beinahe so beschämend, als wenn ein Mädchen das elterliche Haus verläßt, um sich in ein fremdes Zimmer zu legen, dort aber von den Hausgenossen hinauskomplimentiert wird. Diese Jungfrau wider Willen wird mit recht gemischten Gefühlen heimkehren. Seinen Tiroler Volksgenossen gereicht dieser verlorene Schritt gewiß nicht zum Vorteil; Tirol bangt um seinen deutschen Süden. Keine Brachialgewalt könnte das Verhängnis aufhalten, wohl aber der Respekt vor einem absolut unbeirrbaren Volksgefühl. Wenn aber Teile dieses Volkes mit dem Rechenstift in der Hand bereit sind, sich um ein Linsengericht besserer Versorgung anderswohin zu wenden, so schadet dies jenem Respekt.

Ob und wieweit das Projekt des Bundesstaates, wie es hier vorliegt, geeignet ist, weitere Schädigungen unseres Volkstums hintanzuhalten und welchen Gewinn er den Beteiligten erbringen kann, sei in einem weiteren Aufsatz erörtert.

Arbeiterzeitung

Demokratie und Rätesystem.

Von **Heinrich Ströbel** (Berlin).

Das Rätesystem ist dem Proletariat zu einer Vorstellung geworden, an der es mit religiöser Inbrunst hängt. Von ihm erwartet es die Erfüllung seiner sozialen Hoffnungen und Sehnsüchte, die trotz der Demokratie bisher unbefriedigt geblieben sind. Was soll uns, sagt sich der Proletarier, das formale Prinzip der Demokratie, wenn der Besitzende kraft seines Geldes und seiner auf dem Privileg des Besitzes beruhenden höheren Bildung die Demokratie plutokratisch zu fälschen vermag? Wenn der Geldsack die Wahlen macht, wenn er eine Mehrheit seiner Vertreter in die Parlamente schickt, wenn er durch Beherrschung der Presse nach seinen Interessen öffentliche Meinung produziert, wenn er sogar die Wissenschaft durch die korrumpierende Macht des Geldes in seinen Dienst zwingt? Wie können wir da hoffen, daß die Maschinerie der Gesetzgebung zu unserem Vorteil arbeitet, daß die Wohlfahrt der Nichtbesitzenden oberstes Gesetz wird, daß die Sozialisierung ohne Rücksicht auf die Interessen der Kapitalisten kraftvoll durchgeführt wird? Ganz etwas anderes ist es, wenn die Arbeiter selbst durch ihre Organe, die Arbeiterräte, an die Staatsverwaltung und Wirtschaftsumgestaltung herangehen. Denn die Arbeiterräte sind Personen ihres Vertrauens, Leute von proletarischer Herkunft, mit proletarischen Interessen. Zeigen sie sich dennoch des ihnen anvertrauten Mandats unwürdig, so werden sie sofort durch Bessere, Tauglichere ersetzt.

Diese Argumentation ist so bestechend, daß es ein Wunder wäre, wenn das Rätesystem nicht Hoffnungsanker und soziale Glaubensformel breiter Arbeiterkreise geworden wäre. Und da die Arbeiterräte in ihren verschiedenen Abstufungen das wichtigste Hilfsmittel werden können, um die Demokratie mit lebendigem sozialen Inhalt zu erfüllen und den so notwendigen Sozialisierungsprozeß so sehr als irgend möglich zu beschleunigen, teile auch ich die Ansichten, die Max Adler an dieser Stelle über das Rätesystem entwickelt hat. Wir brauchen die Räteorganisation, um der Produktion durch Sozialisierung neue Lebenssäfte einzuflößen, wir brauchen sie, um das Proletariat wieder mit Arbeitsfreudigkeit und mit Vertrauen zum Staate und zur Gesellschaft zu erfüllen. Und wir brauchen sie in Deutschland als unentbehrliches Mittel, um die unheilvoll zerklüfteten proletarischen Massen wieder zu einer kraftvollen Kampfeseinheit zusammenzuschweißen. Aber diese hohe Wertschätzung des Rätesystems darf nicht in trittlose Ueberschätzung umschlagen, darf uns nicht blind machen gegen die großen Schwächen und unzähligfachen Gefahren, die dieses System in sich birgt.

Mit Entschiedenheit abzulehnen ist zunächst das „reine Rätesystem" oder die Rätediktatur, die einfache Ersetzung der Demokratie und des Parlamentarismus durch eine mannigfach gegliederte und indirekt gestaffelte Rätevertretung. Das Rätesystem, so weitherzig man seine Wahlbestimmungen auch auslegen mag, wird immerhin Teile der Bevölkerung vom Wahlrecht ausschließen und damit in die schärfste Opposition treiben. Selbst angenommen, die Rätediktatur vermöchte sich in Mitteleuropa, in Staaten mit einem entwickelten Selbstbewußtsein und widerstandsfähigem Bürgertum, zunächst einmal durchzusetzen (was noch keineswegs feststeht), so würde sie sich ihres antidemokratischen Charakters wegen nur durch Terror behaupten können. Durch Unterdrückung der Vereins- und Versammlungsfreiheit, der Preßfreiheit, kurz durch all jene Maßnahmen, die wir in Rußland beobachten konnten, wo sie sich nicht nur gegen die Elemente der Bourgeoisie, des Kleinbürgertums und der Bauern, sondern auch gegen Teile des Proletariats, gegen Gruppen anders denkender Sozialisten richteten. Terror aber ist immer eine üble Sache und ein mehr als zweifelhafter Hebel der sozialen und kulturellen Entwicklung. So wenig er zunächst die Absicht roher Brutalisierung haben mag, so unfehlbar endet er, da Unterdrückung mit dem Zwange eines Naturgesetzes verdoppelten Widerstand auslöst, in blutigem Gewaltregiment.

So willkommen, so notwendig das Rätesystem als Regierungs- und Verwaltungsorgan neben Parlamentarismus und Demokratie ist, so bedenklich wird es dem kritisch Prüfenden als einziges Organ der Legislative und Exekutive. Noch weiß kein Mensch, ob es überhaupt in großem Stile arbeitsfähig ist. Denn das russische Experiment vollzog sich unter ganz besonderen sozialen und politischen Umständen. Zudem kann es heute als — mindestens vorläufig — mißlungen angesehen werden. Es hat weder die Landwirtschaft noch die Industrie zu sozialisieren vermocht und endet einstweilen mit der immer offener eingestandenen Rückkehr zu kapitalistischen Wirtschaftsmethoden. Was man zu Gunsten des Rätesystems in Rußland allenfalls sagen könnte, wäre, daß es im Grunde niemals zu wirklicher Entfaltung gekommen sei. Denn die eigentliche Leitung der Wirtschaftsverhältnisse sei immer mehr in die Hände einer Vertreteroligarchie und einer Sowjetbürokratie geraten, deren Bevormundung sich die Masse immer passiver habe unterwerfen müssen. Und die eigentliche politische Leitung habe erst recht keine Selbstverwaltung der souverän sich von unten auf regierenden Proletariermassen dargestellt, sondern sei in den Händen der außerordentlichen Kommissionen und anderer Usurpatoren der Diktatur gelegen.

Diese Tatsachen sind richtig, aber sie exkulpieren nicht das Rätesystem. Sie sind vielmehr ein ganz natürlicher Ausfluß dieses Systems, in dem sich die wirkliche Demokratie, die Selbstherrschaft der vielen, im Grunde weit weniger durchzusetzen vermag als innerhalb der neuerdings unverdientermaßen so geringschätzig behandelten Demokratie. Ein Rätesystem, dessen Funktionen unbegrenzt sind und das nicht wieder seine Korrektur findet in einer starken Demokratie, in unbeschränktester Freiheit der Kritik, in völliger Koalitions-, Rede- und Preßfreiheit, wird unfehlbar zünftlerischer und bürokratischer Verknöcherung verfallen, womit sich ungebührlicher Einfluß skrupelloser Demagogen, politischer Glücksritter und Scharlatane durchaus verträgt. Es war durchaus kein Zufall, daß in München neben einigen wirklichen Idealisten vorwiegend Abenteurer und Wirrköpfe ans Ruder gelangten. Wer die harten realen Widerstände des politischen und Wirtschaftslebens am souveränsten ignorierte, den entfesselten Leidenschaften am skrupellosesten schmeichelte und den Massen die phantastischesten Versprechungen machte, kam am sichersten obenauf. Um so unentrinnbarer mußte das Abenteuer schließlich ein Ende mit Schrecken nehmen.

Was sich in München im großen abspielte, wird sich unter dem Rätesystem tausendmal im kleinen ereignen. Nicht die klugen, bedächtigen, kenntnisreichen Arbeiter werden vielfach zu Mitgliedern der Arbeiterräte gewählt werden, sondern die Schreier, die Leute mit den rücksichtslosen Ellbogen, die gerissenen Rechnungsträger. Das wird nicht die Regel sein, aber auch keine allzu seltene Ausnahme. Und die Gefahr, jederzeit wieder des Postens enthoben werden zu können, wird nicht zum Charakter und zu unbestechlicher Selbständigkeit des Urteils erziehen, sondern zur Geschmeidigkeit und Rechnungsträgerei. Und da das Rätesystem sich auf dem indirekten Wahlverfahren aufbaut, wird sich der gleiche Vorgang unter den gleichen psychologischen Bedingungen mehrfach wiederholen, so daß das Menschenmaterial der Räteorganisation keineswegs ohneweiters ein nach wirklicher Tüchtigkeit erlesenes sein wird. Jeder im Partei- und Gewerkschaftsleben Erfahrene hat ja schon dergleichen Beobachtungen gemacht. Trotzdem ließen sich im Laufe der Zeit durch die Siebung der öffentlichen Kritik und durch die Erprobung in der praktischen Arbeit diese Mängel auf ein unschädliches Maß reduzieren — wenn eben das Rätesystem die Zeit dazu erhält, wenn es erst einmal aus dem Stadium der Gärung durch vernünftige Tätigkeit zur Klärung gelangt. Unter der Rätediktatur aber wird es niemals als Ganzes zu wirklicher Arbeit kommen, wird es niemals der kritischen Siebung — die ja vollste Freiheit der Meinungsbetätigung in Wort und Schrift voraussetzt — ausgesetzt sein, wird es unfehlbar zum Werkzeug der Herrschaftsgelüste einer Handvoll von Demagogen und Bürokraten entarten!

Da das Rätesystem, theoretisch betrachtet und an den Erfahrungen ähnlicher Organisationsformen gemessen, voller Mängel und Gefahren steckt und für mitteleuropäische Verhältnisse noch niemals großen Stils erprobt worden ist, wäre es viel nützlicher, erst einmal für Erprobungsmöglichkeiten zu sorgen, als ungeniert einfach „alle Macht" für die Arbeiterräte zu reklamieren. Bisher ist noch niemals ein neues System einfach vom Himmel gefallen, sondern alle gesellschaftlichen und politischen Institutionen haben sich allmählich und organisch entwickelt. Es verrät völlig utopistisches Denken und nicht die geringste Vertrautheit mit den geschichtsmaterialistischen Erkenntnissen des Marxismus, wenn uns jetzt einfach ein funkelneues Gesellschaftsverwaltungssystem empfohlen wird, von dem man im Handumdrehen die Lösung der verwickeltsten Wirtschaftsprobleme erwartet, an deren Aufwerfung Jahrzehnte und Jahrhunderte gearbeitet haben. Trotzdem wäre es unpsychologisch und darum vergebens, die drängenden Proletariermassen durch geschichtliche Lehren und Erfahrungen überzeugen zu wollen. Die Massen wollen sozialistische Taten sehen, sie meinen, daß Probieren über Studieren gehe. Man gebe ihnen also die Möglichkeit zum Probieren. So rasch als möglich und in großem Stile, als es nur immer tunlich erscheint. Nur dann werden wir erfahren, welche aufbauenden Elemente im Rätesystem stecken und in welchem Umfang und Tempo sich die Sozialisierung durchführen läßt.

Ueber das Rätesystem theoretisch zu streiten hat gar keinen Zweck. Die Zweifler werden sich dadurch so wenig bekehren lassen wie die Gläubigen. Das einzige Mittel, sich mit dem Rätesystem in vernünftiger Weise auseinanderzusetzen, ist die Praxis. Man gebe den Arbeiterräten in der Verfassung die gebührende Stellung und damit die Möglichkeit, sich in der Kommune wie im Staat an der Sozialisierung zu versuchen. Dilettantischer Uebereifer wird dann schon durch die nüchternen Tatsachen gezügelt werden, und umgekehrt wird jedes Gelingen eines Sozialisierungsversuchs allzu ängstliche Bedächtigkeit beiseite schieben. Und die Vorzüge und Mängel des Rätesystems werden sich bei dieser praktischen Arbeit allmählich so deutlich abheben, daß jede gebotene Korrektur oder auch jede wünschenswerte Erweiterung der Kompetenzen der Arbeiterräte vorgenommen werden kann. Aller Voraussicht nach aber wird es dadurch zu einer gegenseitigen Ergänzung und einer Verschmelzung von Rätesystem und Demokratie kommen, die jedem System seine spezifischen Nachteile nimmt und seine besonderen Vorzüge für den gesellschaftlichen Fortschritt um so wirksamer macht.

Reichspost

95

30./V. 1919

Die Tagesordnung der Nationalversammlung.

Auf der heute ausgegebenen Tagesordnung der morgen Freitag den 30. Mai um 11 Uhr vormittags stattfindenden (19.) Sitzung der Konstituierenden Nationalversammlung befinden sich folgende Beratungsgegenstände: 1. Gesetz über die Errichtung und Unterbringung von Volkspflegestätten (Schlössergesetz); 2. das Gesetz über die Enteignung von Wirtschaftsbetrieben; 3. die Salzburger Teilschuldverschreibung; 4. Antrag Kunschak, Dr. Stumpf und Genossen, betreffend Maßnahmen zur Behebung des Supplentenelends; 5. Antrag Dr. Burjan und Genossen, betreffend die Errichtung von staatlichen land- und hauswirtschaftlichen Schulen. — In einer gestern ausgegebenen Tagesordnung war das Wiederbesiedlungsgesetz als fünfter Punkt angesetzt, das nun wieder verschoben ist.

Christlichsoziale Beamtenfürsorge.

Eine Reihe von Anträgen der Christlichsozialen, betreffend die Besserstellung verschiedener Kategorien der Staatsangestellten und Staatspensionisten, wurden gestern im Finanz- und Budgetausschusse der Nationalversammlung behandelt. Das Referat erstattete Abg. Dr. Michael Mayr, der insbesondere darauf hinwies, daß die christlichsozialen Anträge auf alle Fälle von großer Bedeutung für die bevorstehende allgemeine und einheitliche Neuregelung des Dienstverhältnisses aller Staatsangestellten seien. — Der Antrag der Abg. Dr. Resch, Dr. Ramek, Dr. Seipel, betreffend die Einsetzung einer Kommission zur Vorbereitung einer Entschuldungsaktion der Staatsangestellten, wurde vorläufig zurückgestellt. Den Anträgen Dr. Seipel, Dr. Resch, Paulitsch, betreffend die Pragmatisierung der Buchführerinnen, Kalkulantinnen und Disponentinnen des Postsparkassenamtes, hat die Regierung bereits Rechnung getragen. Die Durchführung des Antrages Dr. Resch, betreffend die Uebernahme jener Beamten der Gruppe C, welche alle drei juristischen Staatsprüfungen abgelegt haben, in die Gruppe A, erfolgt anläßlich der allgemeinen Neuregelung, soferne die Petenten die Ablegung der praktischen Prüfung nachweisen. Dem Antrage Dr. Seipel, Dr. Resch, betreffend die Regelung der Dienstes- und Bezugsverhältnisse der aus den auf ehemaligem österreichischen Boden neuerrichteten Nationalstaaten vertriebenen Staatsangestellten deutschen Stammes, konnte augenblicklich keine Folge gegeben werden, doch erhalten diese Staatsangestellten eine Verwendungszulage. Bezüglich des Antrages Dr. Anton Maier, Fischer, betreffend die Pragmatisierung der staatlichen Steuerexekutoren, laufen Verhandlungen; die Steuerexekutoren werden bestimmt unter die Unterbeamten eingereiht. Auch dem Antrage Födermayr, betreffend die Besserstellung der Staats- und der Bezirksförster, wird anläßlich der Besoldungsreform Rechnung getragen; sie kommen in die Kategorie der Unterbeamten. Sämtliche sonstigen Anträge, sowie die Anträge Kletzmayr, Födermayr, betreffend die Einreihung der Stadt Steyr in eine höhere Aktivitätszulagenklasse, Dr. Seipel, Dr. Ramek, Dr. Resch, betreffend die Erhöhung der Teuerungszulagen und Anschaffungsbeiträge für die Staatsbediensteten aller Kategorien, wurden der Regierung zur Würdigung übermittelt.

Gemäß dem Antrage Kunschak, Dr. Stumpf, betreffend die Behebung des Supplentenelends, wird Abg. Dr. M. Mayr morgen in der Nationalversammlung über die finanzielle Seite des Antrages Bericht erstatten und die sofortige Zuweisung desselben an den Unterrichtsausschuß zwecks Beratung der sachlichen Fragen beantragen.

Der Antrag der Abg. Dr. A. Maier, Fischer, Steinegger, betreffend die Auszahlung der Zuwendungen für die Staatspensionisten, Witwen und Waisen, ist bereits günstig erledigt. Die Anträge Kletzmayr, Födermayr, bezüglich der Erhöhung der Pensionen der staatlichen Arbeiter und Beamten, Dr. Ramek, betreffend die Erhöhung der Ruhegenüsse der Staatsbediensteten und Staatslehrpersonen des Ruhestandes, sowie der Pensionen und Erziehungsbeiträge für Witwen, bezw. Waisen nach Staatsbediensteten, Schönsteiner, betreffend die Gewährung von Pensionszulagen an staatliche Mittelschuldirektoren, Frau Dr. Burjan, betreffend die Pensionserhöhung für die ab 1. Oktober 1918 pensionierten Postadjunktinnen, und Dr. Seipel, Dr. Resch, betreffend die sofortige materielle Besserstellung der deutschösterreichischen Altpensionisten, wurden der Regierung zur besonderen Würdigung abgetreten.

Die Wünsche der Supplenten.

Gestern erschien eine Abordnung des Wiener Ortsausschusses der Supplenten im Parlament und sprach beim Abg. Prof. Mayr sowie bei einigen anderen Abgeordneten vor und dankte dafür, daß sich die Nationalversammlung endlich mit der überaus traurigen Lage der Supplenten befasse; die vom Finanzausschusse beschlossene einmalige Aushilfe bedeute jedoch in Anbetracht der großen Verschuldung des Supplentenstandes nur einen Tropfen; eine wirkliche Hilfe könne nur die Regelung der rechtlichen Stellung der Supplenten zum Staate bringen. Die Supplenten mögen gleich den Volks- und Bürgerschullehrern nach zwei Dienstjahren definitiv angestellt werden, und zwar solle dies sofort durch eine provisorische Vollzugsanweisung geschehen. Das Verlangen, den Kriegsteilnehmern die Kriegsjahre in die Dienstzeit einzurechnen, sei gewiß ein berechtigtes, da man die gleiche Forderung den Juristen bereits bewilligte.

Abg. Prof. Mayr erwiderte, daß die christlichsoziale Partei sich mit allem Nachdrucke für die Forderungen der Supplenten eingesetzt habe, leider war eine größere Aushilfe, als die vom Ausschuß beschlossene, nicht durchzusetzen. Im übrigen komme die Frage, betreffend die Regelung des Dienstverhältnisses der Supplenten, mit einem Antrag Kunschak und Prof. Stumpf im Unterrichtsausschusse zur Verhandlung, wo die Partei gewiß nicht versäumen werde, für die Interessen dieses Standes einzutreten.

Christlichsoziale Heerschau in Stockerau.

Aus Stockerau wird uns berichtet: Eine eindrucksvolle und erhebende Massenversammlung tagte heute hier in der Schießstätte. Obmann des Bezirksbauernrates Peter Idinger als Vorsitzender und Bürgermeister Hainisch sprachen Worte herzlichster Begrüßung. Landtagsabgeordneter Lang (Eggendorf) legte in kräftigen Worten die Notwendigkeit eines mächtigen Ausbaues der bäuerlichen Organisation und deren feste Zugehörigkeit zur christlichsozialen Partei dar. Namens der christlichsozialen Städteorganisation sprach Professor Dr. Czermak und führte aus, daß trotz aller gegnerischen Anstürme der Kern unseres Volkes gesund geblieben, die von Lueger gepflanzte christliche Volkspartei aufrecht geblieben und insbesondere im Viertel unter dem Manhartsberg ihre unerschütterliche Festigkeit in den heurigen Wahlschlachten erwiesen habe. Direktor Sturm vom Niederösterreichischen Bauernbund begrüßte es freudigst, daß der christlich-deutsche Bauernstand mit starker Hand eingreife, um in zielbewußter Arbeit die ärgste Not zu bannen und unserer Heimat eine bessere Zukunft zu schaffen. Deutsche Bauern, Bürger und Arbeiter stehen heute einmütig vereint, mit dem Schwure auf den Lippen: Wir wollen sein ein einig Volk von Brüdern, es eint uns die Not, wir schmieden eine neue Heimat!

Nach Absingung des Bauernbundliedes hielt Unterstaatssekretär Dr. Erwin Waiß eine begeisternde Rede, in welcher er zur unverdrossenen Arbeit aufmunterte. Wir brauchen Menschen, sagte er, die zur Ruhe, zur gegenseitigen Liebe und Eintracht mahnen die nicht Zwietracht säen und der Arbeit nicht aus dem Wege gehen. Gottlob gewinnen auch unsere Heimkehrer besonders die aus dem Bauernstande, immer mehr die allen so notwendige Ruhe und wenden sich von der allzuviel versprechenden Partei der roten Weltbeglücker ab. Ist unser Volk und Vaterland nun auch bettelarm, die Arbeit kann uns wieder retten und aufhelfen. Agitation von Mann zu Mann, Ausbau der Presse, Stärkung der Organisation muß bewirken, daß bei den nächsten Wahlen in zwei Jahren allüberall die christlichsoziale Fahne flattert. Gutsverwalter Schinhan, Obmann der Stockerauer Lagerhausgenossenschaft, behandelte wirtschaftliche Fragen, besonders die geplante Errichtung einer Zuckerfabrik, zu deren Finanzierung das jüdische Großkapital sich geradezu zudringlich antrage.

Alle Redner lösten stürmischen Beifall und helle Begeisterung aus, die sich nach der Versammlung in einem imposanten Festzug durch die Straßen der Stadt kundgab. Wohl an 2000 Personen marschierten in Viererreihen mit der durch den Zellerndorfer Burschenverein verstärkten Musikkapelle des Katholischen Gesellenvereines Stockerau. In dessen Heim versammelten sich nachmittags einige hundert Orts- und Bezirksbauernräte und Bürgermeister und nahmen mit großem Beifall ein Referat des Redakteurs Bartal („Neues Wochenblatt") und eine praktische Instruktion des Direktors Sturm über die Stellung der Christlichsozialen zu den Tagesfragen entgegen.

Konstituierende Nationalversammlung.

Enteignungsverfahren und Schlössergesetz. — Auseinandersetzung zwischen Sozialdemokraten und Christlichsozialen über die Koalition.

Wien, 30. Mai.

Das Haus ist von der nervösen Unruhe erfüllt, welche die Ungewißheit über die nächsten Ereignisse hervorruft. Die Befürchtung, daß die Entente uns sehr drückende Friedensbedingungen auferlegen will, hat sich seit der letzten Sitzung des Hauptausschusses noch verstärkt. Dazu kommt die Sorge um Klagenfurt und das quälende Gefühl, den Kärntnern in ihrer schweren Not nicht beistehen zu können. Vom Berichterstattertische aus hat heute ein sozialdemokratischer Abgeordneter Deutschösterreich einen Bettelstaat genannt und hervorgehoben, daß die Unglücksbilanz des Krieges noch nicht gezogen sei. In dieser Lage tritt das Parlament an Aufgaben heran, deren Lösung noch nirgends mit Erfolg versucht worden ist und die noch nicht einmal in der Theorie genügend geklärt sind. Das Großkapital, hat heute ein Redner gesagt, ist im Kriegsministerium zugrunde gegangen und die ganze Industrie hängt in der Luft. Da mußte sich die Frage aufdrängen, ob gerade der jetzige Zeitpunkt geeignet sei, die Gemeinwirtschaft anzubahnen. Den schwersten Bedenken, die gegen die Regierungsvorlage über die Enteignung von Wirtschaftsbetrieben geltend gemacht werden mußten, ist freilich vom Sozialisierungsausschusse Rechnung getragen worden. Die Regierung hat nicht jene allgemeine Ermächtigung erhalten, die sie verlangt hat. Der Ausschuß hat nur den Rahmen geschaffen, er hat nur das Verfahren für die Enteignung festgesetzt, für jede Enteignung selbst muß ein eigenes Gesetz geschaffen werden. Eine so weitgehende Vollmacht, wie sie von der Regierung gewünscht wurde, hätte die gesamte Industrie beunruhigt und die so nötige Produktionspolitik gestört. Der Abgeordnete Dr. Adler hat heute erklärt, die Sozialdemokraten müßten darauf zurückkommen, was im Gesetze nicht enthalten und was vom Ausschuß aus ihm entfernt worden sei. Der Ausschuß habe die Möglichkeit, rascher zu arbeiten, genommen, aber aufgeschoben sei nicht aufgehoben. Man werde, führte er weiter aus, bei jedem Gesetz, das nun in rascher Folge kommen müsse, sehen können, wie es mit der Frage der Sozialisierung stehe. Die Sozialdemokraten glauben, daß es möglich sei, auf dem jetzigen Wege vorwärts zu kommen, aber sie sind entschlossen, auf jedem Wege zu ihrem Ziele zu gelangen. Dr. Adler beschäftigte sich auch mit den Gründen, aus denen die Regierungsvorlage vom Ausschuß geändert wurde, und dies führte ihn zur Erörterung des Verhältnisses zwischen den beiden Mehrheitsparteien, den Sozialdemokraten und den Christlichsozialen. Er teilte mit, daß hinter den Kulissen der Koalition durch Wochen ein heftiger Kampf geführt worden sei und daß einigemal eine Krise gedroht habe, in der sozialdemokratische Mitglieder der Regierung bereit und gewillt waren, die Sache aufzugeben. Die Sozialdemokraten seien sich bewußt, daß sie etwas in das Hintertreffen gekommen seien, aber in der ernsten Situation, in der sich der Staat wenige Tage vor der Bekanntgabe der Friedensbedingungen befindet, werden und wünschen sie keine Krise herbeizuführen. Dr. Adler hatte von der Koalition der Arbeiter und Bauern gesprochen, und gegen diese Auffassung wendete sich der Abgeordnete Kunschak. Nicht Arbeiter und Bauern, betonte er, sondern die Sozialdemokratie und die christlichsoziale Partei haben sich zu gemeinsamer Arbeit zusammengefunden. Die Christlichsozialen müssen verlangen, daß die Bezeichnung, die für ihre Partei gewählt wurde, respektiert wird. Sie seien keine Arbeiter-, aber auch keine Bauernpartei, sondern eine Volkspartei. Die Christlichsozialen würden sich das Recht, Kritik zu üben, Abänderungsanträge zu stellen und für eine Verbesserung von Vorlagen in ihrem Sinne zu kämpfen, nicht nehmen lassen. Der Redner versicherte dann, daß seine Partei dem Sozialisierungsgedanken ohne Voreingenommenheit gegenüberstehe, aber gerade darum wünscht sie ihn nicht durch ein verunglücktes Experiment zu diskreditieren, und je mehr die Sozialdemokraten vorwärtsstürmen wollen, desto fester würde sie bremsen, damit der Karren nicht umwerfe. Der Abgeordnete Kunschak bezeichnete es als begreiflich, daß man jetzt keine Freude am Regieren habe. Daran sei vielleicht mehr Saint-Germain schuld, als die Aenderungen am Sozialisierungsgesetze und die Extratouren mit der Großdeutschen Vereinigung. „Sie werden ihre Portefeuilles behalten und wir die unsrigen," rief der Redner. „Es obliegt Ihnen die moralische Verpflichtung, Volk und Staat aus den durch den Umsturz geschaffenen Verhältnissen möglichst wieder herauszubringen."

Auch Abgeordneter Dr. Wutte bezeichnete als die wichtigste Aufgabe das Streben, aus dem Tiefstand der Wirtschaft emporzukommen. Der Sozialdemokratie machte er den Vorwurf, daß ihr Ziel nicht diese Hebung der Volkswirtschaft, sondern die Verwirklichung ihres Programms sei. Die Betriebe sind nicht in Schwung zu setzen, wenn sie immer wieder beunruhigt werden und eine Fabrik nach der anderen zusperren muß. Abgeordneter Friedmann wies auf den Widerspruch hin, der darin liege, daß man auf der einen Seite Deutschösterreich im Gesetz für einen Teil des Deutschen Reiches erklärt hat, während man anderseits daran gehe, hier Wirtschaftsgrundlagen zu schaffen, die völlig verschieden sind von denen, die bisher im Deutschen Reiche bestanden haben und dort beabsichtigt sind. Den Bericht im Namen des Ausschusses hatte Abgeordneter Dr. Eisler erstattet, der zur Begründung der Sozialisierungsbestrebungen auch anführte, daß im Kriege das alte Wirtschaftssystem an seiner inneren Unhaltbarkeit zusammengebrochen sei. Tatsächlich hat aber nicht die alte Ordnung, sondern die der Vergesellschaftlichung sehr nahe kommende Zwangswirtschaft versagt und all die schrecklichen Folgen für die Bevölkerung gezeitigt. Das Gesetz über das Verfahren bei der Enteignung von Wirtschaftsbetrieben wurde schließlich mit einigen Abänderungen mehr stilistischer Art genehmigt.

Auch das Schlössergesetz hat heute in der vom Ausschuß beschlossenen Fassung die Zustimmung der Nationalversammlung gefunden. Selbstverständlich ist der Zweck des Gesetzes, Heil- und Pflegestätten für Kranke, Invalide und Kinder zu schaffen, von niemand bekämpft worden. Zweifel wurden nur in der Richtung laut, ob die Vorlage zu dem angestrebten Ziele führen werde. Wir haben heute gehört, daß im Ausschusse selbst von der Regierung erklärt worden sei, es würden sich leider sehr wenig Gebäude finden, die sich wirklich für Volkspflegestätten eignen. Es fehlt überdies jede statistische Uebersicht über den Bedarf. Auch diese Vorlage hat ja im Ausschuß viele Aederungen erfahren, aber die Abgeordneten Kittinger und Dr. Michael Mayr brachten heute noch eine Reihe berechtigter Einwendungen vor. Beachtung verdient die Anregung der Abgeordneten Dr. Hildegarde Burjan und Anna Boschek, auch für Frauen und Mütter Erholungsstätten zu schaffen.

(19. Sitzung. — Fortsetzung aus dem Abendblatte.)

Das Schlössergesetz.

Berichterstatter Dr. Schacherl, in seinen Ausführungen zum Gesetze über die Errichtung und Unterbringung von Volkspflegestätten (Schlössergesetz) fortfahrend, verweist auf die große Zahl an Toten und Krüppeln in den Kriegsjahren und der Zunahme der Sterblichkeit in Niederösterreich und Wien besonders durch die Tuberkulose, die vor allem die Altersklassen von 5 bis 15 Jahren schwer betraf.

Die Zunahme der Tuberkulose.

Im ersten Viertel 1919 hat sich trotz des milden Winters und Frühlings der Gesundheitszustand bedeutend ungünstiger als selbst in den Kriegsjahren gestaltet. Die Sterblichkeit ist um 33 Prozent höher als im Jahre 1914. In den letzten Kriegsjahren sind in Oesterreich allein mindestens 35.000 Menschen an Tuberkulose gestorben, in Wien allein 12.000. Heute müssen wir mit einer Zahl von mindestens 350.000 bis 400.000 Menschen rechnen, die der Behandlung wegen Tuberkulose bedürftig sind, also mit mindestens 800.000 Menschen, die durch ihr gemeinsames Wohnen mit den Kranken aufs schwerste gefährdet sind. Diese Zunahme der Tuberkulose ist nicht so sehr auf eine Masseninfektion, als auf ein schnelleres Aktivwerden und schnellen tödlichen Verlauf bis dahin latenter Tuberkulose wegen der Hungerzustände zurückzuführen. Es ist erschütternd, den Bericht der Reichsanstalt für Mütter- und Säuglingsschutz zu lesen. Es ist furchtbar, daß wegen der Unterernährung der Mütter die Stillpropaganda, die man sich in den letzten Jahren zum Hauptzweck gesetzt hat, eingestellt werden muß. Man opfert die Kinder, um nicht die Mütter opfern zu müssen. Es wächst ein blutleeres Geschlecht heran mit unentwickelten Muskeln, mit unentwickelten Knochen und mit unentwickeltem Gehirne. Ein Volk geht vor unseren Augen zugrunde, der bethlehemitische Kindermord war nichts im Vergleiche mit dem, was der Krieg an uns angerichtet hat. Männer von 40 Jahren sehen heute aus, als wären sie Greise von 60, Frauen von 30 Jahren sind verblüht, unsere Blüte, unsere Jugend, verdorrt.

Dazu kommt die Verbreitung der Geschlechtskrankheiten und ihrer Folgeerscheinungen. Durch die Leiden an der Front und im Hinterland haben wir zahllose Nervenkrüppel, hunderttausende Invalide, Tuberkulose, Herz-, Nieren- und Malariakranke. Die ungeheuere Zahl verwahrloster und gefährdeter Kinder, der Kriegerwaisen und der unehelichen Kinder forderte besondere staatliche Fürsorge. Allen diesen Schrecken gegenüber stehen wir ohne geeignete Anstalten mit leeren Händen da. Wir müssen unsere Kinder ins Ausland schicken, um sie pflegen und nähren zu lassen. Der amerikanischen Kinderhilfsaktion gebührt gewiß der größte Dank, aber es wäre schmählich, wenn wir nicht selbst alles aufbieten würden, um den Kindern außer Nahrungsmitteln auch Licht, Sonne und Pflege angedeihen zu lassen.

Wir brauchen eine Vermehrung von Spitälern aller Art, Heilstätten, Rekonvaleszentenheime, Mütterheime, Heimstätten für Sieche und Blinde, Volksnervenheilstätten, Schulen für Behandlung und Pflege von Invaliden, Ferienkolonien, Schülerhorte, Kinderkrippen, Tagesheimstätten und Waldschulen, Landeserziehungsheime, Spiel- und Sportstätten für alt und jung. Der Bettelstaat Deutschösterreich hat nicht das Geld, um solche Anstalten selbst zu bauen oder zu kaufen. Soll aber deshalb das Volk zugrundegehen? Entweder man nimmt die Gebäude, die zur Verfügung stehen, für die Zwecke der Volksgesundheit im Wege des Gesetzes in Anspruch oder man wird ruhig zusehen müssen, wie solche Paläste wild- und wahllos in Anspruch genommen werden; wenn auch einigen wenigen Schlösserbesitzern ein Unrecht geschehen würde, sie würden das Opfer leichter ertragen, als die Masse des Volkes das Unrecht getragen hat, das ihnen während des Krieges angetan wurde.

Abg. Kittinger erklärt, die großdeutsche Partei wird für die Paragraphe 1 bis 3 stimmen, hiegegen sei sie aus staatsbürgerlicher Ueberzeugung gegen die Enteignung ohne Entschädigung, weil somit Härten, Ungleichheiten und Willkürlichkeiten möglich wären, die die Gesetzgebung nicht ohne weiteres auf sich nehmen kann. Er erinnert an die in Frankreich durchgeführte Enteignung ohne Entschädigung und bemerkt, nach kurzer Zeit seien nur 30 Prozent des enteigneten Gutes im Staatsbesitz geblieben, während 70 Prozent von kapitalskräftigen Spekulanten aufgekauft wurden, die große Gewinne daraus zogen.

Abg. Schneidmadl: Mit Spitälern wird in der Regel nicht spekuliert!

Abg. Kittinger erklärt, den Kriegsgewinnern, die nichts produziert und nur spekuliert haben, sollen ohne weiteres 90 Prozent bei der Vermögensabgabe weggenommen werden, es darf aber nicht übersehen werden, daß unter denen, die nach dem 1. Januar 1915 Realitäten erworben haben, sich nicht lauter Kriegsgewinner befinden. Es wäre angezeigt, auch ein Gesetz zu schaffen, wodurch der in der Umgebung der Industriezentren gelegene verbauungsfähige Grund, der sich in Händen von Terrainspekulanten befindet, erfaßt werden könnte. Die im Punkt 2 des § 14 vorgesehene Möglichkeit einer Entschädigung für den Fall, daß das Gebäude für die wirtschaftliche Existenz des Besitzers von wesentlicher Bedeutung ist, ist viel zu allgemein gefaßt, als daß sie eine willkürliche Praxis ausschließen würde. Absatz 1 des § 5 gibt überdies die Möglichkeit der Enteignung von landwirtschaftlichen Grundstücken, die nahe bei Schlössern gelegen sind, wodurch geradezu die Möglichkeit einer Bauernlegung herbeigeführt wird. Der Ausschuß scheint sich der Gefahren, die in dem Gesetz gelegen sind, wohl bewußt gewesen zu sein und hat deshalb im § 24 festgestellt, daß bei Anwendung des

Arbeiterzeitung
1./VI. 1919
99

für Wien.

Bezugsbedingungen:
Wien: Mit Zustellung ins Haus
Wöchentlich . . . . K 1.20
Monatlich . . . . . „ 5.—
Vierteljährig . . . „ 15.—
Provinz und Ungarn:
Monatlich . . . . . K 5.40
Vierteljährig . . . „ 16.20
Tschecho-slovakischer Staat:
Monatlich . . . . . K 5.40
Vierteljährig . . . „ 16.20
(Tschechische Kronen.)
Deutschland: Vierteljährig M. 20.—.
Für alle anderen dem Weltpostverein angehör. Länder: Vierteljährig Fr. 25.—.
Abonnements werden angenommen in der Verwaltung, V. Rechte Wienzeile 97, und in den Ausgabestellen:
I. Schulerstraße 18, Tel. 9191
II. Pazmanitengasse 30, Tel. 4228
X. Wielandplatz 5, Tel. 6624
XIV. Vienningerplatz 6, Tel. 3826
XVI. Klausgasse 34, Tel. 3416
XVII. Lacknergasse 22, Tel. 1776
XXI. Angererstraße 14.
Für die an fremde Austräger oder Verschleißer bezahlten Beträge leisten wir keine Garantie.

itung

eichs.

hr nachmittags.

XXXI. Jahrgang.

Wie es um Deutschösterreich steht.

So deutlich die Zeichen mahnen und den unabwendbaren Zusammenbruch ankündigen, wenn nicht die Gegenkräfte planmäßig organisiert werden, so scheint sich die bürgerliche Welt der Erkenntnis der wahren Lage Deutschösterreichs dennoch beharrlich verschließen zu wollen und sich mit manchesterliberalen Redensarten, die angesichts der wahren Sachlage nur erbittern können, in einen Rausch des Optimismus hineinzuschwindeln, der, wenn ihm das Handeln entspräche, einfach verhängnisvoll werden müßte. Man muß die Lage Deutschösterreichs, und insbesondere die seiner ganz widernatürlichen Zweimillionenstadt, die in ihrer Furchtbarkeit ohne jedes Beispiel ist, immer von neuem schildern und es allen Menschen einhämmern, daß ohne tiefstgreifende Umkehr, ohne eine vom Grund aus andere wirtschaftliche Einstellung, das Entrinnen vor dem drohenden Tode schlechthin unmöglich ist. Der Optimismus hat auch in der Politik seine Existenzberechtigung: indem er der verzweifelten Stimmung entgegenwirkt und die Schaffensfreude belebt. Aber jener Vulgäroptimismus der vor den düsteren Problemen davonläuft und auf sie alle nur die feile Antwort hat: Werd'ns schon machen, der hindert, weil er den Mut der Wahrheit vermissen läßt, die Erkenntnis der Dinge, ohne die man über den Weg, den man fortan zu wandeln hat, natürlich nie Klarheit gewinnen kann. Wir müssen vor allem wissen, wie es um Deutschösterreich steht: sonst ist es unvermeidlich, daß wir in die Irre gehen, in den Sumpf, in dem wir uns befinden, immer tiefer hineingeraten, bis jede Möglichkeit schwindet, daß wir uns noch herauszuarbeiten vermögen.

Wir sind von der furchtbarsten Nahrungsmittelnot bedrängt und wissen, daß wir ohne ständige und große Lieferungen aus dem Ausland verhungern müßten; verhungern in des Wortes schrecklich-wörtlicher Bedeutung. Nun ist es selbstverständlich, daß diese Not jetzt, wo alle heimischen Vorräte aufgezehrt sind, am allergrößten ist; aber man würde doch ganz fehlgehen, wenn man meinte, daß sie nur eine vorübergehende sei, mit der Einbringung der neuen Ernte, wenigstens in der entsetzlichen Schwere, verschwinden werde. Sondern die Wahrheit ist, daß Deutschösterreich einem gewaltigen Lebensmitteldefizit ständig ausgesetzt ist und weder menschliche Kraft noch Gunst der Natur diesen verhängnisvollen Zustand zu beseitigen vermag. Von den Ländern Deutschösterreichs ist ein einziges, das in gewissen Lebensmitteln mehr hervorbringt, als zu der Ernährung seiner eigenen Bevölkerung notwendig ist: Oberösterreich, aber mit dessen Ueberschuß ist der Mangel, der alle anderen Länder bedroht, natürlich nicht wettzumachen. Wovon hat Deutschösterreich im Frieden gelebt? In Weizen von Ungarn, in Kartoffeln von Böhmen, Mähren und Galizien, in Schweinen von Ungarn und Galizien, in Eiern von Galizien, in Zucker von Böhmen und Mähren; mit Ausnahme von Rindvieh war es wohl in allen Lebensmitteln auf die Zufuhr aus Gebieten angewiesen, die zu Deutschösterreich nicht mehr gehören, die für Deutschösterreich nicht minder Ausland sind wie etwa Kanada oder Argentinien. Zu diesem Ausfall an Lebensmitteln, die wir in dem gemeinschaftlichen Zollgebiet hatten und die wir nun einführen müssen, kommen natürlich weiter die Lebensmittel, die auch früher eingeführt werden mußten, weil sie bei uns nicht wachsen: Kaffee, Tee, Gewürze, Tabak; wir sind also in Deutschösterreich auf eine große und ständige Zufuhr angewiesen, wenn wir überhaupt leben sollen.

Die Möglichkeit, unsere eigene landwirtschaftliche Erzeugung zu steigern, ist aber beschränkt. Wir sprechen nicht von den augenblicklichen Schwierigkeiten, obwohl sie so beträchtlich sind, daß viele Jahre nicht ausreichen werden, sie zu beheben. Die Aecker sind erschöpft und in ihrer Ertragsfähigkeit wohl um ein Drittel zurückgeworfen. Es fehlt an Menschen, es fehlt den Menschen an der Freude zur Arbeit; es fehlt, durch die Reduzierung des Viehstandes, an animalischem Dünger, es fehlt der Kunstdünger; das alles macht schon den Wiederaufbau der zerrütteten Landwirtschaft schwer, geschweige denn ihre Verstärkung und Steigerung. Wie sollen wir die Fettnot besiegen,

zahlen können, also danach zu forschen haben, was ir auszuführen vermögen, womit wir zahlen können.

Auch hier hat die Auflösung des Wirtschafts- bietes die Sachlage für Deutschösterreich schlimm geltet. Die Hauptausfuhr Oesterreich-Ungarns waren imlich Rohstoffe; sie sind Deutschösterreich, das sie ir im Rahmen des Imperiums besaß, alle verloren gangen. Gerste, Malz, Hopfen, Zucker, Braunkohle; etroleum; wir haben das alles nicht mehr, alles ben die anderen. Was uns geblieben ist, ist Holz ber auch hier war die Nährquelle unserer Ausfuhr ch hauptsächlich die Bukowina und Bosnien) und elleicht ein bißchen Eisen; alles in Hinsicht unseres iesenbedarfs an Lebensmitteln und Rohstoffen nicht tscheidend. Wir können die Lebensmittel und ohstoffe, die wir einführen müssen, nicht mit Rohffen bezahlen; aber bezahlen müssen wir sie türlich, weil Kredite nur ein Verschieben des ahltages sind, das innerliche Verhältnis der Dinge cht zu beseitigen vermögen. Wir können, der Schluß wohl unwiderleglich, die Einfuhr also nur durch usfuhr von Halb- und Ganzfabrikaten bestreiten; nur ben, indem wir Materie verändern, das heißt aus ohstoffen Waren erzeugen und diese Waren dem usland anbieten und liefern. Und nur inweit leben: das heißt der ganze Standard nseres Lebens ist von der Masse der Güter abingig, die wir hervorzubringen imstande sind. Wer ese fundamentale Wahrheit nicht sieht, ist ein gnorant; wessen Geist fähig ist, sie zu erkennen, aber den Menschen fehlt, weil es eine Wahrheit , die allen denen, die nicht Güter hervorbringen, peinch ist, ist ein Schwindler. Insbesondere derjenige, der e Behauptung unternimmt, Deutschösterreich, oder ien, könnte die Mittel zur Zahlung für Nahrung nd Rohstoffe durch Handel hervorbringen! Als sich die Warenmenge vermehrte, wenn jede are einen ganzen Kreislauf durchmacht, und die emeinschaft reicher würde, weil die Waren vom Erger bis zum Verbraucher einen unendlichen Zickckurs durchlaufen! Und als ob es nicht ausließlich auf die Menge der Waren, die wir rvorbringen, ankäme, da doch von ihr die Menge nserer Einfuhr, also der Stand unseres Lebens ohängt!

Dieses ist das Problem und daraus ergeben sich ei Grundtatsachen. Erstens, daß die gesamte irtschaft auf die Hervorbringung von ütern eingestellt werden muß, jede Neben- und wischentätigkeit, auch wenn sich deren augenblickche Träger blutig mühen, in diesem letzten Sinne ne unökonomische, eine vergeudete Arbeit ist, ir also, wenn auch der Uebergang furchtbar hwer und schmerzlich ist, den Wirtschaftsprozeß on ihr befreien müssen. Zweitens daß jede Arbeit uf die erreichbar höchste Stufe der Ergiebigkeit geracht werden muß, daß jede mit dieser höchstreichbaren Fruchtbarkeit nicht ausgestattete Produktion ne Verwüstung von Rohstoffen und Arbeitskraft ist, uf deren ersprießlichste Verwendung wir eben, um die otwendige Einfuhr zu ermöglichen, angewiesen sind. Daß sich also aus der ökonomischen Lage er Welt und insbesondere Deutschsterreichs die ökonomische Notpendigkeit des Sozialismus ergibt. Worüber noch das Nötige gesagt werden wird.

Österr. Volkszeitung

1. VII. 1919

100

Das „Schlössergesetz".

Von **Dr. Wolfgang Madjera.**

Zu den großen und überaus schwierigen Fragen, deren Lösung die furchtbare Kriegsnot mit gebieterischer Plötzlichkeit auf die Tagesordnung gesetzt hat, gehört auch jene des Eigentumsrechtes und seiner Grenzen. Dem bitteren Elend, das der Krieg auf der einen Seite in weiten Kreisen erzeugte, stehen auf der anderen ungeheuerliche Mißbräuche in der Ausbeutung der bestehenden Eigentumsordnung gegenüber; und so ist es keineswegs zu verwundern, wenn ein gewaltiges Maß von Erbitterung ob dieses offen zutage liegenden Mißverhältnisses aufgespeichert ist — einer Erbitterung, die, an sich vollkommen berechtigt, doch, wie jede Art von leidenschaftlicher Erregung, auch die Gefahr in sich birgt, übers Ziel zu schießen.

Das „Schlössergesetz", das die Nationalversammlung in ihrer Sitzung vom 30. Mai erledigt hat, bot den Anlaß zur breiten Erörterung der Grenzen des Eigentumsrechtes in der Oeffentlichkeit. Es ist selbstverständlich, daß diese Erörterung, in der es sich um eines der menschlichen Naturrechte und um eine gesellschaftliche Einrichtung aller Jahrtausende handelte, nicht unterlassen werden konnte, wo es sich um eine Aufhebung staatlicher Grundgesetze handelte, über deren genaue Einhaltung zu wachen bisher dem Staatsbürger als eine der höchsten Pflichten des Staates galt. Denn Artikel 5 des auch heute noch geltenden Staatsgrundgesetzes vom 21. Dezember 1867, R.-G.-Bl. Nr. 142, besagt: „Das Eigentum ist unverletzlich. Eine Enteignung gegen den Willen des Eigentümers kann nur in den Fällen und in der Art eintreten, welche die Gesetze bestimmen." Ueber die Art dieser Enteignung aber bestimmte der § 365 jenes Gesetzbuches, das sich allerdings als ein „bürgerliches" bezeichnet: „Wenn es das allgemeine Beste erheischt, muß ein Mitglied des Staates gegen eine angemessene Schadloshaltung selbst das vollständige Eigentum einer Sache abtreten." Es wäre also wohl ganz unbegreiflich, ja unverantwortlich gewesen, wenn diejenigen, die den Sinn für Gesetz und Recht noch bewahrt haben, sich nicht die Frage erlaubt hätten, wie denn die einfache, entschädigungslose Wegnahme von Eigentum durch den Staat mit jenen Gesetzen und mit dem natürlichen Eigentumsrecht in Einklang zu bringen sei?

Auch in diesem Blatte ist am 27. v. M. ein Aufsatz erschienen, der, wie eingelangte Zuschriften beweisen, die Leser zu lebhafter Beschäftigung mit der gedachten Frage angeregt hat. Abgesehen von einigen Ergüssen, die durch Schmähungen die Unfähigkeit ihrer Verfasser zu sachlicher Beurteilung verdecken wollen, sind hiebei auch Gesichtspunkte und Einwendungen geltend gemacht worden, die es angebracht erscheinen lassen, auf den Gegenstand jenes Aufsatzes noch einmal kurz zurückzukommen.

„Darf der Staat zum Räuber werden?" wurde damals gefragt. Da das bürgerliche Gesetzbuch (§ 354) das Eigentum als Recht bezeichnet, „mit der Substanz und den Nutzungen einer Sache nach Willkür zu schalten und jeden anderen davon auszuschließen", ergab sich logischerweise für die gewaltsame Wegnahme von Sachen durch einen anderen — wenn dieser andere auch der Staat ist — das Bild des Raubes. Nicht gesagt war aber damit, daß der Staat in der Heranziehung des Privateigentums zur Deckung der Bedürfnisse der Gesamtheit innerhalb der Schranken und unter Wahrung der Formen des Gesetzes nicht so weit gehen solle, als es eben das gebieterische Interesse der staatlichen Gemeinschaft erfordert. Nicht ein Wort war hier vor allem gesprochen gegen die unvermeidliche Vermögensabgabe; diese ist ja keine Beschlagnahme des Eigentums, sie ist, wie ihr Name besagt, eine wenn auch hohe Abgabe, eine Steuer, die nach allgemeinen Grundsätzen und unter Berücksichtigung der Zahlungskraft auf die Besitzenden umgelegt werden soll. Diese Abgabe ist nicht mehr und nicht weniger Eigentumsbeschränkung, als jede andere Steuer. Zu wünschen wäre nur, daß bei ihrer Ausmittlung und Abstufung eine gerechte und kluge Bedachtnahme auf Art und Zeit der Vermögenserwerbung platzgreife, wie dies Ingenieur A. Strial in einer sehr lesenswerten kleinen Abhandlung*) fordert.

Nirgend wurde auch in jenem Aufsatze etwa Schonung für Kriegsgewinner verlangt. Im Gegenteil: Was dem ersten Entwurf des Schlössergesetzes zum Vorwurf gemacht werden mußte, war gerade der Fehler, daß es zwischen erarbeitetem oder erbgesessenem oder sonstwie auf anständigem Wege erworbenem Besitz und demjenigen, der auf Kosten des ausgesogenen, ausgeplünderten Volkes erbeutet wurde, keinen Unterschied machte. Auch die neue Fassung des Gesetzes hat diesen Unterschied noch nicht scharf genug zur Geltung gebracht.

Nicht gefordert wurde endlich in jenem Aufsatze, daß unser armer Staat — der allerdings auf manchem anderen Gebiete seiner Armut noch nicht genügend Rechnung trägt! — sich durch den Aufwand unerschwinglicher Summen für die Enteignung beanspruchter Schlösser und Paläste verbluten solle. Nein! Gefordert wurde nur, daß bei der Inanspruchnahme nicht das Vertrauen in die Rechtsordnung erschüttert und der Anschein erweckt werde, als ob das Naturrecht des Eigentums ein widerrufliches Gnadengeschenk der Gesamtheit oder nicht einmal dieser, sondern einer zufällig am Ruder befindlichen Mehrheit wäre. Auch ohne diese Erschütterung war der angestrebte Zweck bei gutem Willen vollkommen zu erreichen: denn fürs erste, heißt es doch, an der Zukunft Deutschösterreichs verzweifeln, wenn man tut, als wäre unser Land nun für alle Zukunft von armen Krüppeln und von Tausenden kranker, unterernährter Kinder bevölkert. Es muß der Wille aller Gutgesinnten sein, aus Deutschösterreich so rasch als möglich ein glückliches Land zu machen. Kranken-, Invaliden- und Kinderfürsorge in so ausgedehntem Maße darf also nur eine vorübergehende Folgeerscheinung des Krieges bleiben, und es hätte daher genügt, wenn man die Enteignung des Benützungsrechtes für geeignete Baulichkeiten auf 15 oder 20 Jahre, etwa noch mit einer möglichen Verlängerung, ausgesprochen, das Eigentumsrecht aber, die „nuda proprietas" des Römischen Rechtes, dem Eigentümer belassen hätte.

Ebensowenig war es irgendwie notwendig, eine entschädigungslose Enteignung in die Gesetzgebung einzuführen. Es gibt zahlreiche Fälle, in denen sowohl für private wie auch für gemeinnützige Zwecke Dienstbarkeiten und andere Rechte gegen Leistung eines sogenannten „Anerkennungszinses" von ganz geringer Höhe — er beträgt manchmal nicht mehr als eine Krone — bestellt werden. Ebenso wäre dort, wo die Enteignung der Benützung für den Enteigneten keinen nachweisbaren wirtschaftlichen Schaden begründet, die Entschädigung in der Form eines niedrigen Anerkennungszinses festzusetzen gewesen.

Auf solche Art hätte die ganze leidige Angelegenheit des „Schlössergesetzes" in die bestehende Rechtsordnung eingeführt werden können, und man muß nur darüber staunen, daß man nicht einmal von einem Versuch der bürgerlichen Parteien der Nationalversammlung gehört hat, einen solchen die Ansprüche von allen Seiten wahrenden Ausweg möglich zu machen. Und doch wäre es gerade die große Aufgabe jener Parteien, gegenüber den rührigen Demagogen, die des Volkes Not zum Werkzeug des Umsturzes machen möchten, zu beweisen, daß man des Umsturzes nicht bedarf, sondern daß redlicher Wille auch auf dem Boden der bestehenden Gesellschaftsordnung dem gebieterischen Volksbedürfnis zu seinem Rechte zu verhelfen vermag!

---

*) „Ein Wort zur Vermögensabgabe." Von Ingenieur A. Strial. Druck von Guberner und Hierhammer. (Das Erträgnis fließt dem Zentralverband der Kriegsbeschädigten zu.

Neues Wie

...tt.

...n.

Oesterreich-Ungarn:
Morgen- und Abendblatt mit täglich einmaliger | zweimaliger Postversendung
Monatl. 9 K 50 h | 10 K 50 h
Vierteljl. 28 K — h | 31 K — h
Halbj. 56 K — h | 62 K — h
Ganz. 112 K — h | 124 K — h
Für die Länder der ehemaligen österr.-ungar. Monarchie gelten unsere Bezugs- und Ankündigungspreise in der in diesen Ländern üblichen Währung.

Für das Ausland:
Mit täglich einmaliger Postversendung:
Für Deutschland vierteljährig 34 K
Für die andern Länder des Weltpostvereines 36 K.
Bei den Postämtern vierteljährig:
In Deutschland Mark 15.—, Schweiz Fr. 19.—.
Ankündigungen übernehmen alle deutschen in- und ausländ. Annoncenbureaux.

53. Jahrgang.

„Los von Wien!"

So geht es nicht weiter. Dem plötzlichen Zusammenbruche der alten Monarchie folgt die allmähliche Zersetzung Deutschösterreichs. Gehässige Absperrmaßnahmen, eine innere Blockade gegen Wien, ein Geist der Entfremdung zwischen den Ländern und der Hauptstadt drohen das armselige Staatswesen in Splitter und Trümmer aufzulösen. Wer am 21. Oktober 1918 dem ergreifenden Akte im alten Landhause in der Herrengasse beigewohnt hat, als der Staat Deutschösterreich geboren wurde und über der Versammlung das Wort aus der Rütliszene zu schweben schien: „Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern" — der mochte nicht ahnen, daß ein halbes Jahr später das Ueberschreiten der Enns und des Semmering ein schwieriges und verwickeltes Unternehmen, die Aushungerung Wiens durch die Länder in ein System gebracht und Deutschösterreich in eine Anzahl von Zwergeinheiten zerschlagen sein würde, die sich durch einen Panzer der schroffen Unliebenswürdigkeit gegen die Hauptstadt abschließen. Und schlimmer als die Absperrung, die ja schließlich doch gelockert oder behoben werden wird, ist die Stimmung der Länder, die in tausend Anzeichen sichtbar wird. In Graz bildet man einen „Inhage"-Bund, der Industrie, Handel und Gewerbe vereinigt und programmgemäß im Zeichen dreifacher Gegnerschaft steht: gegen Wien, gegen die Sozialisierung, gegen die zentralistische Methode der Vermögensabgabe. Daß eine Gruppe jugendlicher Sozialisten und Heimkehrer die Versammlung sprengte und mehrere Vorkämpfer der „Inhage"-Bewegung blutig geschlagen wurden, schafft den Geist nicht aus der Welt, der aus dieser Gründung spricht. In Innsbruck wurde am letzten Sonntag ein Tiroler Bauerntag abgehalten, auf dem eine Sinnesrichtung zutage trat, in der fast jedes Gefühl der Zusammengehörigkeit mit Wien und dem Ganzen Deutschösterreichs verschüttet zu sein schien. Es fielen bösartige Worte, der Hauptredner Landesrat Dr. Steidle rief aus: „Die Alpendeutschen haben es satt, von Wien aus in Grund und Boden regiert zu werden. Das alte monarchistische Wien hat redlich das Seine getan, um sich bei den Ländern in Mißkredit zu bringen. Das neue sozialistische Wien aber hat die schlimmsten Erwartungen noch weit übertroffen. So ziel- und planlos wurde noch kein Staatswesen auseinanderregiert wie diese Mißgeburt Deutschösterreich, die schon in ihrem Namen den ganzen Unsinn ihrer Leitung widerspiegelt. Anstatt den im In- und Auslande schwer kompromittierten Namen Oesterreich endgültig von der Landkarte zu streichen, wurde er mit einem zwecklosen Zusatze erneuert und so dem feindlichen Auslande förmlich Tag für Tag Anlaß gegeben, uns als Erben und rechtmäßige Nachfolger des alten zerschlagenen Staates anzusehen."

Das sind Erscheinungen, die nicht aus der Welt geschafft werden, indem man die Augen vor ihnen verschließt. Man muß sich mit diesen Dingen auseinandersetzen, sich von den geschehenen Mißgriffen Rechenschaft geben und trachten, den Strom zu dämmen, ehe weiteres Unheil geschieht. Schwere Fehler wurden auf beiden Seiten begangen. Es wäre heute vergebens, das Gemeingefühl der Länder anzurufen. Aber die nüchterne Erwägung ihres eigenen Nutzens müßte sie belehren, daß der Kampf gegen Wien sie selbst ins Unglück mitreißt. Wie stellen sie sich im kommenden Zeitalter der imperialistischen Riesenreiche und der geschlossenen ungeheuren Wirtschaftsgebiete die Existenz vereinsamter Landsplitter vor, die einer vom andern nichts wissen wollen? Alle übrigen Völker werden eingeschaltet sein in den belebenden Blutkreislauf eines freien, weltumspannenden Verkehres, und auf diesem Fleck Erde, genannt Deutschösterreich, soll die jämmerlichste mittelalterliche Kleinstaaterei wiedererstehen? Die Bewegung gegen Wien arbeitet auch mit nationalen Motiven. Aber vergißt man in Graz und Linz, in Salzburg und Innsbruck, daß die Politik der Absperrung und Aushungerung eine Bevölkerung von zwei Millionen Deutschen trifft, daß deutsche Kinder es sind, die in Wien zu vielen Tausenden an der Unterernährung zugrunde gehen? Und schließlich sind die Länder, ob sie wollen oder nicht, durch eine zwar papierene, jedoch unlösbare Kette an Wien gebunden. Wenn hier das Fleisch, das Fett, die Kartoffeln ein Vielfaches dessen kosten, was man wenige Eisenbahnstunden entfernt dafür zahlt, so wird nicht nur der hungernde Wiener davon berührt, sondern auch die Papierkrone. Die verhängnisvolle Entwertung des Geldes, zum Teil eine Folge der Absperrung der Länder, trifft auch die Bewohner der westlichen und südlichen Alpengebiete, die sich ja schließlich von dem Weltverkehr nicht werden ausschalten können und bei der Bezahlung jedes Stückes Auslandsware den Kurs unsres Geldes zu spüren bekommen. Einst waren die österreichischen Länder durch die goldene Herrscherkrone zusammengehalten, jetzt sind sie durch die papierene Geldkrone aneinander gekettet und zur finanziellen Schicksalsgemeinschaft vereint.

Nein, auch für die Länder wäre nichts gefährlicher, als wenn sie ab irato, in der Stimmung unbedachten Zornes, ihre Entschließungen faßten. Aber in Wien wird man gut tun, an den bedenklichen Zeichen der Gärung nicht länger achtlos vorüberzugehen. Die hier herrschende Sozialdemokratie wird sich bequemen müssen, die Stimmungen der Länder zu beachten und einer öden Zentralisierungslust zu entsagen, die schon darum gefährlich ist, weil sie in letzter Linie nur die Schwäche der Wiener Regierung offenbart. Die Länder haben nicht nur den Willen, sondern sie haben auch die Macht, sich jedem Diktat zu entziehen und die Beglückungspläne der Wiener Gewalthaber abzulehnen. Die Drohung des Abg. Dr. Friedrich Adler, die Sozialdemokraten würden „auf jedem Wege" zu ihrem Ziel gelangen, ist leerer Schall. An den Grenzen der Hauptstadt, vielleicht Niederösterreichs enden die Schrecken einer solchen Drohung, und schließlich wird den Herren doch nichts übrig bleiben, als die Tatsache anzuerkennen, daß es außer den Sozialdemokraten auch Bürger und Bauern gibt — im Staate sowohl wie auf dem Boden der Nationalversammlung und innerhalb der Koalition. Der Fehler der Ententestaatsmänner, die bisher unsre Friedensabordnung

Arbeiterzeitung
3./III. 1919
105

Die Reichskonferenz der Arbeiterräte Deutschösterreichs.

Der dritte Tag der Beratungen.

Die Reichskonferenz der Arbeiterräte setzte Mittwoch vormittag ihre Beratungen mit der

politischen Debatte

fort.

Emminger (Salzburg):

Dieser Kongreß wird die Räteregierung nicht beschließen, aber wenn dieser Beschluß mit den Stimmen der Sozialdemokraten gefaßt werden sollte, werden unsere Parteigenossen im letzten Provinzort mit uns gehen und den Beschluß rücksichtslos durchführen. Denn hinter uns stehen nicht Leute, die heute Revolutionäre und morgen vielleicht Deutschnationale oder Patrioten sind (lebhafte Zustimmung), sondern Leute, die jahrzehntelang für das Proletariat wirken und die auch, wenn es sein muß, zur Befreiung der Arbeiterschaft von jeder Knechtschaft ihr Letztes hergeben werden. Auf Grund der Rede des Genossen Toman läßt sich sehr wohl diskutieren. Hätten die Abgesandten der Kommunisten in der Provinz in derselben Art gesprochen, so wäre die Kluft zwischen uns nicht so groß geworden. Draußen aber versucht man es mit den perfidesten Beschimpfungen von Leuten, die jahrelange Arbeit für uns geleistet haben.

Das konnten wir nicht dulden. Die Wortführer der Kommunisten draußen sind zumeist Leute, die wir vor dem Kriege und während des Krieges nicht gekannt haben. (Zustimmung.) Von manchem wissen wir, daß er vor dem Kriege im Lager der Gelben gestanden ist. Wir Sozialdemokraten sind die letzten, die in den Ruf

„Los von Wien!"

einstimmen. Wir haben fortwährend Kämpfe mit den Bürgerlichen auszufechten, die immer sagen: „Der Wiener Jud'" und damit den Wiener Proletarier meinen. Aber in der letzten Tagung des Landtages war es ein Kommunist, der neben dem Angriff auf die Pfaffen auch den Ruf ausgestoßen hat: „Los von Wien!" Tatsache ist, daß die Kommunisten von Salzburg los von den Wiener Kommunisten gegangen sind. Ich billige den Führern der Kommunisten zu, daß sie das, was sie anstreben, auch verstehen, aber manche von ihren Leuten draußen haben keine Idee von einer Idee. (Heiterkeit.) Die Salzburger Kommunisten haben über ihre Partei Worte fallen lassen, die mich als Sozialdemokraten geschmerzt haben.

Etwas ist an den Reden der Kommunisten daran: daß unsere heutige Ordnung, die durch die Sozialdemokratie beeinflußt wird, nicht das hervorbringt und zum Teil nicht hervorbringen kann, was die Massen wollen. Wir wollen, daß endlich einmal gesagt wird, was mit der Vermögensabgabe ist, und wir wollen über die Gefahr eines Staatskrachs aufgeklärt werden, denn ein Staatskrach wäre eine gefährliche Klippe für die ganze Arbeiterschaft.

Wir haben in Salzburg den Mut gehabt, offen Aug' in Aug' mit den Kommunisten zu sprechen, und ich bitte Sie, falls Sie von der Zentralleitung wieder Leute hinausschicken, sie zu veranlassen, daß sie uns nicht beschmutzen, sondern einen ehrlichen Kampf führen, wie ihn Toman gestern hier geführt hat. Wenn der Beschluß gefaßt wird, Diktatur oder nicht, so muß er von der gesamten Arbeiterschaft gefaßt werden. Die Entscheidung wird dann nicht beim linken Flügel der Kommunisten, sondern bei den Sozialdemokraten sein. Wir Provinzler sind der festen Ueberzeugung, daß die Arbeiterschaft nicht in ein Chaos hineingehetzt werden darf. Wir können nicht ins Exil gehen, wir sind an die Scholle gebunden und müssen darum dafür sorgen, daß man nicht Dummheiten macht.

Wenn wir in der Provinz die Rätediktatur nicht sofort einführen, so tun wir es deshalb, weil wir Sozialdemokraten eben Demokraten sind. Wir können nicht begreifen, daß wir mit den Kapitalisten gegen die Kommunisten zusammengehen sollen, wir können aber auch nicht begreifen, daß wir die Demokratie, die wir in jahrzehntelangen Kämpfen errungen haben, wieder über Bord werfen sollen.

Trachten auch Sie von der linken Seite die Einigkeit unter der Arbeiterschaft aufrecht zu erhalten, suchen Sie den Keil des Hasses nicht noch tiefer unter die Arbeiterschaft zu treiben. Wir sind überzeugt, daß

alles, was Arbeiter ist, eine Front bilden muß,

eine Front nicht gegen die Arbeiter, sondern eine Front gegen die Kapitalisten, gegen die Ausbeuter und alles, was gegen uns ist. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Dies sagen wir nicht, weil wir uns vor den Bauern fürchten. Wenn die Front der Arbeiter von rechts bis zur äußersten Linken geschlossen ist, dann mag kommen was will; wir wollen nicht die Herrschaft einer Klasse, wir wollen die Demokratie. Wenn wir aber sehen, daß aller Kampf, alle ehrliche Aufopferung im Rahmen der Demokratie nutzlos ist, wenn unsere ehrliche Arbeit nicht anerkannt wird, dann soll auch in Oesterreich nur der Wille einer Klasse herrschen. (Lebhafter allgemeiner Beifall.)

Dr. Eisler (Graz):

Adler hat die Entwicklung des Separatismus in den Ländern so dargestellt, als ob daran die Genossen irgend ein Verschulden träfe, und hat als ein Beispiel dafür das Schicksal der Sozialisierung der Alpinen bezeichnet. Er hat erzählt, daß die Absicht der Staatsregierung, die Alpine Montangesellschaft zu sozialisieren, vom Lande aus gar nicht beantwortet wurde, daß man erklärt hat, es soll sozialisiert werden, aber nur für das Land. Aus seinen Ausführungen ist nicht hervorgegangen, wer diese Erklärung abgegeben hat. Diese Einwendung gegen die Sozialisierung ist nicht von den Sozialdemokraten, sondern von bürgerlicher Seite erhoben worden und von den Sozialdemokraten in der entschiedensten Weise bekämpft worden. Es ist niemals einem Sozialdemokraten in irgend einem Lande, am allerwenigsten in Steiermark, eingefallen, zu verlangen, daß die Alpine Montangesellschaft für das Land sozialisiert werde. Dagegen läßt sich nicht leugnen, daß infolge der Erfahrungen des Krieges auch in gewissen Kreisen der Arbeiterschaft der Wunsch wach geworden ist, sich auf eigene Füße zu stellen und namentlich in Ernährungsfragen zunächst an sich selbst zu denken. Wir verkennen die Gefahr dieser Entwicklung nicht. Die sozialdemokratische Arbeiterschaft ist bemüht, diese separatistischen Bestrebungen zu bekämpfen und auf die Notwendigkeit nicht nur des staatlichen Zusammenhalts, sondern der bedingungslosen Solidarität der Partei im ganzen Staate hinzuweisen.

Unser Kampf gegen den Separatismus

wird aber durch die nach unserer Meinung absolut schädliche Agitation der sogenannten Kommunisten nicht nur erschwert, sondern geradezu gelähmt. Es ist gar kein Zweifel, daß die kommunistische Agitation es langsam dazu bringt, daß die Arbeiter in der Steiermark mit Wien nichts zu tun haben, daß sie von dem Wien, das erfüllt ist von einem für uns verabscheuungswürdigen Treiben der Wiener Kommunisten, nichts wissen wollen. (Zustimmung.) Die Delegierten aus der Steiermark können die Haltung einer großen Zahl der Wiener Genossen nicht verstehen. Denn solange sie nicht gegen diese die Arbeiterschaft mehr als alles andere schädigende Agitation entschieden Front machen, solange sie nicht dieser Agitation gegenüber Farbe bekennen, solange ist die Einheit der Partei in Gefahr.

Wir machen den Kommunisten aus ihrer Agitation gar keinen Vorwurf; wir betrachten sie nicht als Angehörige, sondern als Gegner der Partei und behandeln sie auch als solche. (Zwischenrufe bei den Kommunisten.) Denn sie zerstören mutwillig unsere Organisationen, sie beschimpfen und verleumden unsere Vertrauensmänner, sie gefährden die Erhaltung der Einheit unserer Partei. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten; lebhafter Widerspruch bei den Kommunisten.) Wir haben daher das Recht, gegen jene Angehörigen unserer Partei Stellung zu nehmen, die noch immer nicht einsehen wollen, welche Gefahr sie über die Partei heraufbeschwören, wenn sie sich nicht entschließen, da einmal reinen Tisch zu machen und sich darüber klar zu werden, daß es irgend eine Verständigung mit einer Auffassung, die allen Auffassungen der Partei widerspricht, überhaupt nicht geben kann und nicht geben wird.

Dr. **Friedländer**: Dr. Eisler und Dr. Wutte, Gesellschaft mit beschränkter Haftung!

Dr. **Eisler**: Sie haben hier eine Probe des Verleumdens in sehr lebendiger Form gehört. Das sind die alten Formen der Verleumdung, endlich haben die Herren Farbe bekannt. Sie benützen unsere mühsame Arbeit im Interesse der Arbeiterschaft, unsere Arbeit, um irgend etwas von der Wirtschaft aufrecht zu erhalten, dazu, um durch unwissende und indifferente Leute unsere Vertrauensmänner beschimpfen und besudeln zu lassen. (Zwischenrufe des Dr. Friedländer; Gegenrufe bei den Sozialdemokraten; Lärm.) Solange es in Steiermark eine Organisation gibt, solange werden wir uns das Treiben der Kommunisten und diese verbrecherische Agitation, die uns unsere Organisation zerschlägt, die Arbeiter dem Hunger ausliefert, nicht gefallen lassen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten; Zwischenrufe bei den Kommunisten.) Die Kommunisten erfüllen die Arbeiter mit Haß gegen die Organisationen, sie wollen ihnen die Schädlichkeit der Organisation einreden; das läßt uns jede Verständigung mit ihnen ausgeschlossen erscheinen. Die Methoden, die sie anwenden, schädigen nach unserer Ueberzeugung die Arbeiterschaft im höchsten Maße. Die Folgen dieser Methoden haben nicht die Kapitalisten zu tragen, sondern nur die Arbeiter. Die Kommunisten lähmen die Schlagfertigkeit der Partei und sie machen der Partei vor allem eines unmöglich, was sie heute notwendiger denn je hätte: eine radikale, energische Politik zu machen, sie zwingen die Partei ununterbrochen, sich mit ihnen herumzuschlagen, ihre beste Kraft mit diesem Streite zu verbrauchen. Und hinter uns

freuen sich die Bürgerlichen

und jubeln darüber, daß durch das Treiben der Kommunisten wir geschädigt werden. Darum stehen wir in Steiermark auf dem Standpunkt, die Partei muß sich mit einem Ruck von dieser Gesellschaft ein für allemal frei machen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten; Zwischenrufe und Widerspruch bei den Kommunisten; Lärm.)

Koritschoner (Kommunist):

Genosse Eisler hat einen Standpunkt eingenommen, der ihn vielleicht als Sozialdemokraten erscheinen läßt, sicher nicht aber als einen Mann, der auf dem Boden der Arbeiterräte steht. Man hat uns vorgeworfen, daß wir, wenn wir von Weißgardisten sprechen, weiße Mäuse sehen, daß das alles nur Einbildung sei. Ich bin in der Lage, Material vorzubringen, das den klaren Beweis dafür gibt, daß Weiße Garden bestehen. Es ist seltsam, daß die steirische Landesregierung, die so viel Energie gegen die Kommunisten aufbringt, nicht so viel Energie aufbringt, um gegen verschiedene Comités, welche einen ausgesprochen reaktionären Charakter tragen, vorzugehen.

Der Redner bringt ein Schreiben des „Comités zur Befreiung der Deutschen" an ein Offizierscomité in Wien zur Verlesung, in welchem darauf hingewiesen wird, daß die Oberleitung in Graz als letzten Termin für die Befreiung der Deutschen in Westungarn den 10. Juli 1919 festgesetzt hat; da soll für die blutigen Tage von Oedenburg Revanche genommen werden. Dieses deutsche Zentralcomité zur Befreiung der Deutschen in Westungarn wirkt einträchtig zusammen mit ungarischen Gegenrevolutionären.

Leichin: Wir kennen das internationale Gesindel nicht. (Stürmische Entrüstungs- und Pfuirufe bei den Kommunisten; Gegenrufe bei den Sozialdemokraten; großer Lärm.) — **Koritschoner**: Ja, wir sind international! Sie beleidigen also die Kommunisten! — **Leichin**: Das ist eine Verdrehung; das habe ich nicht gesagt. Ich meinte die Weißen Gardisten! (Anhaltende Unruhe und Zwischenrufe.)

Vorsitzender **Janetschek**: Ich ersuche, die Ruhe zu bewahren.

Leichin: Er muß zurücknehmen, daß ich die Kommunisten beschimpft habe! (Rufe: Koritschoner hat ja verdreht!)

Vorsitzender **Janetschek**: Da es sich herausstellt, daß Koritschoner bezüglich des von Leichin gemachten Zwischenrufes „Internationales Gesindel" der Meinung war, es seien damit die Kommunisten gemeint, Leichin aber, wie aus dem ganzen Zusammenhang hervorgeht, mit seinem Zwischenruf die Reaktionäre gemeint hat, ersuche ich, sich zu beruhigen.

Koritschoner: Ich nehme das zur Kenntnis. Wir haben Beweise dafür, daß sich weißgardistische Elemente unter falschen Namen in Graz aufhalten und dort ihrem Handwerk nachgehen. Die Organisation besteht aus Zöglingen der Militärakademie und aus angeworbener Mannschaft, größtenteils aus Offizieren. Die leitenden Männer sind Fürst Johann Liechtenstein (Hört! Hört!), Graf Alberti, derzeit in Lilienfeld, Graf Walterskirchen, derzeit in Kemmelbach, Graf Karolyi, ein gewisser Neumann, Sturm, Pospischil, Feith, Veits. Außerdem liegt eine Liste der angeworbenen Mannschaft vor, die im Dienste der Gegenrevolution mißbraucht werden soll. Die Organisation verfügt über guten und reichlichen Proviant, über Munition, Artillerie und Waffen. Diese sind in verschiedenen Wohnungen zu finden. Es sind uns Pässe vorgelegen, Passierscheine in Form eines Achtelbogens, des Inhaltes, daß der Besitzer berechtigt ist, die Grenze Steiermarks zu überschreiten. Ausgefertigt sind diese Scheine von der Polizeidirektion und tragen die — entweder echte oder gefälschte — Unterschrift eines leitenden Wiener Polizeibeamten. Diese Passierscheine dienen offenbar als Legitimation und so ist das Geheimnis der Murinsel zu erklären.

Wir können den verantwortlichen Staatsmännern Deutschösterreichs den Vorwurf nicht ersparen, daß sie systematisch Propaganda für die Annexion des ungarischen Westgaues getrieben haben, obwohl es klar ist, daß die Proletarier Westungarns auf einer Sowjettagung erklärt haben, bei der ungarländischen Sowjetrepublik verbleiben zu wollen. Auch der Stellungnahme der Arbeiter-Zeitung in Bezug auf Westungarn und die gesamte ungarländische Sowjetrepublik muß entgegengetreten werden. Es ist auch absolut unrichtig, daß das ganze Wirtschaftsleben in Sowjetungarn darniederliegt. Es sind Schwierigkeiten vorhanden und wenn dessenungeachtet die Lage der ungarischen Arbeiter nicht eine Verschlechterung, sondern sogar eine Verbesserung erfahren hat (Gelächter bei den Sozialdemokraten), so ist das schon sehr viel.

Pichler (Bruck an der Mur): Fragen Sie die Kapfenberger Metallarbeiter, die aus Ungarn zurückgekommen sind und die Ihnen sagen werden, wie es in Ungarn ausschaut!

Koritschoner: Vereinzelte Schwierigkeiten an einem einzelnen Orte beweisen nichts. (Rufe: Was ist in Budapest?) In Budapest ist eine Organisation des Ernährungsdienstes. (Rufe: Ohne Lebensmittel! — Heiterkeit.) Nein, mit Lebensmitteln. Es ist eine Besserung eingetreten. Die momentanen Schwierigkeiten sind überwunden und die Genossen, die dort so große Arbeit geleistet haben, verdienen unsere Bewunderung, nicht aber Spott und Hohn... Die Entente wird uns von dem Tage an keine Lebensmittel mehr senden, wo wir nichts mehr zu verpfänden haben. Die Entente hat kein Interesse daran, den Wiederaufbau unseres Landes zu beschleunigen oder zu erleichtern. Er stellt schließlich einen Antrag, wonach die Reichskonferenz die unverzügliche Aufnahme des diplomatischen Verkehrs mit den Sowjetrepubliken Rußlands, der Ukraine und der Slovakei fordern soll. Ferner beantragt er eine Resolution, in der die geplante Vergewaltigung des Proletariats Westungarns, die durch die Entsendung des kapitalistischen Vertreters Beer nach Saint-Germain angebahnt wurde, energisch zurückgewiesen wird. (**Beifall bei den Kommunisten.**)

Fabri (Wien):

Die Rede Koritschoners war nicht die Rede eines Wiener Arbeiterrates, sondern eher des Vertreters der ungarischen Sowjetregierung. Die Protokolle der Sitzungen des ungarischen Arbeiter- und Soldatenrates beweisen authentisch, daß die Behauptung Koritschoners nicht richtig ist, daß nur die Bourgeoisie hungert. Es wird dort ausdrücklich festgestellt, daß sich die Bourgeoisie noch immer leichter verpflegen kann, weil sie die Möglichkeit hat, zu hamstern. Vornehmlich die Hamster aus dem Bürgertum haben zum Beispiel den Preis der Butter von 80 auf 150 Kronen in einer Woche und in der zweiten Woche auf 240 Kronen hinaufgetrieben. Der Volksbeauftragte für Ernährung sagte: „Wir müssen unter allen Umständen durchhalten" — ein Wort, das man im Kriege oft genug gehört hat. Er sagte weiter, daß man imstande sein muß, für die Proletariatdiktatur zu hungern, und von der Lebensmittelnot, die in Ungarn dieselben Zustände geschaffen hat wie in Rußland, erklärte er ausdrücklich, daß es dem Budapester Proletariat sehr schlecht geht, sogar schlechter als vor drei Monaten, also zu einer Zeit, wo es noch keine Räteherrschaft gab. Erdely sprach davon, daß das ungarische Proletariat zeigen muß, daß es für die Revolution auch zu hungern vermag. Wie kann also Koritschoner sagen, daß in Ungarn das Proletariat nicht hungert? Es ist

eine verbrecherische, leichtfertige Demagogie,

wenn die Kommunisten die Arbeiter mit solchen Ammenmärchen ködern wollen. Oder aber die Kommunisten wissen selbst nicht, was in ihrem Lager vorgeht. Die Kommunisten wollen das Proletariat in dieselbe Katastrophe hineinhetzen wie in Rußland. Vielleicht wissen die Kommunisten nicht, welche Kämpfe Garbai und Hevesy führen müssen, um die Produktion wieder in Gang zu bringen. In Deutschösterreich müßte eine Minorität die Majorität durch die Macht der Bajonette unter ihren Willen bringen, wenn man die Räteherrschaft aufrichten wollte. Wenn das Proletariat seine Kräfte für diesen Kampf binden würde, woher sollen wir die Kräfte nehmen, die produzieren? Wenn wir aber nicht produzieren können, dann bricht alle Gewalt zusammen. Die Kommunisten sind mit der Taktik der Sozialdemokraten nicht einverstanden. Aber gerade die Taktik der Kommunisten ist danach angetan,

der Gegenrevolution die Bahn freizumachen.

Die Gegensätze der Sozialdemokraten und Kommunisten sind nicht so tief, daß dadurch die Einheitsfront des Proletariats durchbrochen werden dürfte. Das Ziel, die Aufrichtung der sozialistischen Gesellschaft, ist ein gemeinsames, nur der Weg ist verschieden. Wir müssen endlich den Weg nach einem neuen Hainfeld finden, um die Einheit des Proletariats wiederherzustellen, die heute mißbraucht wird von Marodeuren der Revolution.

Rieß (Wien, Kommunist):

Es ist bedauerlich, daß immer nur von den Schattenseiten der Rätediktatur gesprochen wird. Es wäre Pflicht der deutschösterreichischen Sozialdemokraten gewesen, eine unparteiische Kommission nach Ungarn zu entsenden, die dort die Verhältnisse studieren kann. Toman selbst hat gesagt, daß das Proletariat in der ersten Zeit der Rätediktatur schwere Zeiten durchleben wird. (Rufe: Vor dem Rathause erzählen Sie ganz andere Dinge!) — Nein, wir sagen immer dasselbe. Wenn man uns immer vorwirft, daß in Ungarn das Proletariat hungert, so müssen wir sagen, daß dort nur jene hungern, die nicht zur Proletarierklasse gehören. (Lebhafter Widerspruch.) Die größte Schwierigkeit für die Rätediktatur sind die Bauern, aber die Bauern haben uns immer ausgehungert und ausgewuchert. Es gibt nur ein Mittel, sie durch Gewalt zur Produktion und Ablieferung zu zwingen. (Lachen und Widerspruch.) Ich warne auch vor der Ueberschätzung der Gewerkschaften. In den Gewerkschaften werden die Arbeiter nur zum Materialismus erzogen, in politischen Fragen fehlt die Erziehung. Aus den augenblicklichen Zuständen kann man nicht anders herauskommen, als durch den Sturz des kapitalistischen Systems und der Aufrichtung einer sozialistischen Herrschaft.

Pichler (Steiermark):

Wir haben seit Jahrzehnten mühselig aufgebaut, um die Arbeiter auf dem Lande für den Sozialismus zu gewinnen. Jetzt sagen die Kommunisten diesen Arbeitern, daß die Sozialdemokraten Gauner sind — das ist ihr ganzes ABC! Die Kommunisten mögen zuerst die heute noch Indifferenten für den Sozialismus erziehen, dann können sie den Kommunismus begreifen. Die Kommunisten mögen sich auch die Elemente, die für sie arbeiten, besser ansehen. Ein Kommunist kam

Reichspo

ost.

olk.

täglich einmaliger Postzusendung
Morgenbl. allein: monatl. K 6.—
vierteljährlich . 18.—
Morgenblatt u. Wiener Stimmen
monatlich . . . . . K 8.—
vierteljährlich . . . . . 24.—
Morgenblatt, Wiener Stimmen und Neues Montagblatt
monatlich . . . . . K 9.—
vierteljährlich . . . . . 27.—
Bei täglich zweimaliger Postversendung
Morgenblatt u. Wiener Stimmen
monatlich . . . . . K 8.70
vierteljährlich . . . . . 26.—
Morgenblatt, Wiener Stimmen und Neues Montagblatt
monatlich . . . . . K 9.70
vierteljährlich . . . . . 29.—
Für Deutschland:
Morgenblatt allein:
vierteljährlich . . . . . K 23.—
Morgenblatt u. Wiener Stimmen
vierteljährlich . . . . . K 29.—

919 XXVI. Jahrgang

Das Todesurteil Wiens.

Von Abgeordneten Leopold Kunschak.

Einmütig ist das Urteil der parlamentarischen Kreise der christlichsozialen Partei, daß der Friedensentwurf von St. Germain das staatliche Leben Deutschösterreichs auszulöschen droht und seine Ausführung das politische und nationale Ende Deutschösterreichs bedeutet. Welche Mittel anzuwenden sind, um der Vernichtung zu begegnen, darüber gehen naturgemäß jetzt noch die Meinungen auseinander. Die radikalste Folgerung aus dem Ereignis von St. Germain zieht der Führer der christlichsozialen Arbeiterpartei, dem wir in Nachstehendem das Wort geben.

Unannehmbar — das ist das allgemeine Urteil, welches die Friedensbestimmungen gefunden haben. In der Tat — das, was die Entente uns zumutet, ist unannehmbar, für Deutschösterreich unannehmbar, ganz besonders für Wien, das mehr als ein Drittel der Bevölkerung des übrigbleibenden Deutschösterreichs beherbergen wird.

In wirtschaftlicher Hinsicht sind es zwei Bestimmungen, die jedes Leben unterbinden. Erstens die Meistbegünstigung, die Deutschösterreich — o h n e G e g e n l e i s t u n g — den neuen, auf österreichischem Gebiete entstandenen Staaten gewähren soll, und die Erklärung der March als uneingeschränktes Besitztum des tschecho-slowakischen Staates. Für Wien bedeuten diese beiden Bestimmungen den wirtschaftlichen Tod. Wien besitzt eine starke Kleinindustrie und ein starkes gewerbliches Leben, das durch den Krieg ohnehin schwer in Mitleidenschaft gezogen worden ist. Bei der Schwierigkeit des Rohstoffbezuges, den teuren Lebensverhältnissen in der Stadt und den daraus resultierenden Produktionsschwierigkeiten vermögen unsere Kleinindustrie und unser Gewerbe einer tschecho-slowakischen Konkurrenz, die sich der Meistbegünstigung erfreut, absolut nicht standzuhalten. Wir müssen, falls der Friede auf dieser Grundlage geschaffen werden sollte, mit dem Zusammenbruch dieser beiden Stützen unseres wirtschaftlichen Lebens rechnen.

Die Erklärung der March zum tschecho-slowakischen Besitztum bedeutet die Verlegung der Mündung des Donau-Oder-Kanals auf tschecho-slowakisches Gebiet. Eine der wenigen Hoffnungen für das wirtschaftliche Wiedererstarken Wiens war geknüpft an den Plan, Wien durch den Donau-Oder-Kanal zu einem erstklassigen Handelsplatz an der Donau werden zu lassen. Diese Hoffnung ist nun dahin, denn die Tschechen im Besitze der March werden den Donau-Oder-Kanal in der Nähe von Preßburg ausmünden lassen und dort den für Wien gedachten großen Binnenschiffahrtshafen anlegen. Die wirtschaftlichen Folgen einer solchen Maßnahme sind für Wien unabsehbar, sie sind für sein Wirtschaftsleben geradezu katastrophal.

In nationaler Beziehung liegen die Dinge gleich trostlos. Die Friedensbestimmungen beinhalten die Verpflichtung, daß fremdsprachige Minoritäten das R e c h t haben, ihre Kinder in ihrer Muttersprache unterrichten zu lassen und daß die Gemeinden die Pflicht haben, zum Unterhalt dieser Schulen beizutragen. Wir werden also in Wien nicht nur tschechische Schulen in großer Zahl bekommen, wir werden diese auch noch zum überwiegendsten Teile e r h a l t e n müssen. Dies bedeutet also das Ende des deutschen Schulwesens, das zu einem gemischtsprachigen herabsinkt. Eine weitere Bestimmung gibt den fremdsprachigen Einwohnern das Recht, sich vor Gericht ihrer Muttersprache zu bedienen, das bedeutet das Ende der deutschen Rechtspflege und die Einführung der gemischtsprachigen Gerichtsbarkeit. Mit dem deutschen Charakter der Stadt Wien ist es somit vorbei, Wien hört auf, eine deutsche Stadt zu sein. Die wirtschaftliche Not, die vielfach gerade die deutsche Intelligenz zur Auswanderung veranlassen wird und die Stoßkraft der slawischen Erobe-

Die Kundgebung der Nationalversammlung in der Samstagsitzung.

Wien, 4. Juni.

Die Parteien erörtern die Friedensbedingungen. Heute war eine Beratung der Christlichsozialen, morgen und übermorgen finden Gruppenberatungen der Sozialdemokraten und der Großdeutschen Vereinigung statt. Je tiefer man in die Einzelheiten eindringt, desto deutlicher kommt es zum Bewußtsein, daß diese Friedensbedingungen für Deutschösterreich geradezu katastrophal sind. Die Beratungen der anwesenden Abgeordneten über den Friedensvertrag sind vorläufig nur akademischer Natur, da Beschlüsse erst nach der Rückkehr des Präsidenten Seitz, des Vizekanzlers Fink und des Staatssekretärs Dr. Bauer aus Feldkirch gefaßt werden können. Die Rückkehr dieser drei Funktionäre wird für morgen abend erwartet. Sie werden über das Ergebnis ihrer Besprechungen mit dem Staatskanzler Dr. Renner zunächst dem Kabinettsrat berichten. Freitag nachmittag erfolgt der Bericht des Staatssekretärs Dr. Bauer im Hauptausschuß. Aus diesem Berichte werden sich bereits die Richtlinien ergeben, die dann von den Mitgliedern des Hauptausschusses den Parteiklubs vorgelegt werden. Die Absicht geht dahin, alle Parteien in ihrer Stellungnahme zu den Friedensbedingungen auf eine einheitliche Linie zu vereinigen und auf diese Art eine volle Solidaritätskundgebung der gesamten Nationalversammlung zu erzielen.

Die Nationalversammlung ist für Samstag 10 Uhr vormittags einberufen. Die Tagesordnung enthält nur einen einzigen Punkt: den Bericht über die bisher übermittelten Friedensbedingungen. Am Beginn der Sitzung dürfte Präsident Seitz eine längere Eröffnungsrede halten. Darauf folgt der Bericht des Staatssekretärs für Aeußeres Dr. Bauer, der auch bereits das Ergebnis der Besprechungen mit dem Staatskanzler Dr. Renner enthalten wird. An diesen Bericht schließen sich dann die offiziellen Erklärungen der Parteien. Eine weitere Debatte ist nicht geplant.

Die Leitung des Staatsamtes für Aeußeres.

In Vertretung des verreisten Staatssekretärs Doktor Bauer hat Unterstaatssekretär Egon Pflügl die Leitung des Staatsamtes für Aeußeres übernommen.

Die Kundgebung gegen die Friedensbedingungen in der Rathaus-Volkshalle.

Die Großdeutsche Vereinigung erläßt folgenden Aufruf: „Deutsche Volksgenossen! Die Großdeutsche Vereinigung veranstaltet im Einvernehmen mit sämtlichen nationalen Richtungen Wiens Freitag den 6. d. um 6 Uhr abends in der Volkshalle des Rathauses in Wien eine Massenkundgebung gegen den Vernichtungsfrieden. Es ist selbstverständlich, daß sich die deutschbewußten Kreise Wiens aus allen Ständen massenhaft an dieser Volkskundgebung beteiligen werden. Wir richten aber auch an die derzeit in Wien weilenden Stammesbrüder aus den besetzten Siedlungsgebieten der Ostmark die Bitte, bestimmt zu dieser Versammlung zu erscheinen. Deutsche aus dem Sudetenland, aus Böhmen, aus den Donau- und Alpenländern kommt und erhebt mit uns Eure Stimme gegen den uns aufgedrängten Erdrosselungsfrieden, der nicht nur unsere engere Heimat zerstören, sondern auch unsere ganze Zukunft vernichten soll! Nun müssen die Ostmarkdeutschen eine Einheitsfront bilden, unsere Feinde müssen sehen, daß wir nicht gewillt sind, unseren Nacken unter das Joch zu beugen. Deutsche Wiens, Frauen, Männer und Jungmannen, erscheint alle zu dieser Volkskundgebung! Dem Vernichtungsfrieden der Feinde setzen wir unser Selbstbestimmungsrecht, unseren Erhaltungswillen und unsere Zusammengehörigkeit mit den Brüdern im Deutschen Reich entgegen. Heilgruß Deutschland! Die Großdeutsche Vereinigung der Nationalversammlung."

Den Vorsitz in der Versammlung wird Abg. Kittinger führen. Es werden die Abgeordneten Dr. Angerer und Dr. Ursin, für die deutschen Frauen Frau Emmy Stradal sprechen. Auch vor dem Rathaus wird eine Versammlung abgehalten, in der Abg. Wedra sprechen wird. Die deutsche Studentenschaft versammelt sich um halb 5 Uhr nachmittags vor der Universität und wird nach kurzen Ansprachen in geschlossenem Zuge vor das Rathaus ziehen, um an der Versammlung teilzunehmen. Nach Beendigung der Versammlungen in und vor dem Rathaus wird ein Umzug veranstaltet, der sich über den Ring zum Schwarzenbergplatz bewegen wird, wo der Tiroler Abg. Dr. Sepp Straffner und Landtagsabgeordneter Dr. Walter Riehl Ansprachen halten werden. Auch in Linz, Graz, Salzburg, Wels und Melk werden große Volksversammlungen veranstaltet, bei denen Mitglieder der Großdeutschen Vereinigung und der Schutzvereine sprechen werden.

Der Hauptausschuß des Alpenvereines richtet an die Alpinisten Wiens folgende Aufforderung: „Freitag den 6. d. um 6 Uhr findet in der Volkshalle des Rathauses eine Massenkundgebung gegen den Vernichtungsfrieden statt. Alpinisten, die ihr wißt, welch unerhörter Raub an ideellen und materiellen Gütern uns bevorsteht, wenn dieser schmähliche Friedensvertrag zur Wirklichkeit werden sollte, bezeugt durch vollständiges Erscheinen eure Empörung über diese unerhörte Zumutung dieses Friedensangebotes und den festen Willen, nie und nimmer einem solch schmählichen Frieden zuzustimmen."

Der Friedensentwurf von den Christlichsozialen als unannehmbar erklärt.

Die Christlichsoziale Vereinigung hielt heute unter dem Vorsitz ihres Obmannes Präsidenten Hauser eine fast vollzählig besuchte Klubsitzung ab, über die folgende parlamentarische Mitteilung veröffentlicht wird: „An Stelle des Abg. Wagner, der sein Mandat im Hauptausschusse zurücklegte, wurde Abg. Professor Seipel in den Hauptausschuß entsendet. Der Vorstand der Vereinigung wurde im Hinblick auf die Friedensverhandlungen durch die Abgeordneten Heinl, Dr. Mataja, Paulitsch, Dr. Schoepfer und Dr. Seipel verstärkt. Abg. Dr. Weiskirchner berichtete über die Vorgänge in der gestrigen Sitzung des Hauptausschusses und insbesondere über die Ausführungen des Staatssekretärs Doktor Bauer. Ueber diesen Bericht entwickelte sich eine eingehende Wechselrede, an der sich vornehmlich die Abgeordneten M. Mayr, Kunschak, Kollmann, Dr. Seipel und Dr. Schoepfer beteiligten. Im Allgemeinen brachte die Wechselrede die Anschauung zum Ausdruck, daß das Friedensdiktat der Entente unannehmbar sei, weil es Deutschösterreich lebensunfähig mache und dem politischen und wirtschaftlichen Tode weihe. Zunächst handle es sich darum, ruhiges Blut zu bewahren und alle Kräfte Deutschösterreichs mutig und zähe zusammenzuschließen, um das äußerste Verderben abzuwenden. Unser Vertrauen in die Zukunft darf man nicht vorzeitig sinken lassen. Die Beratungen werden fortgesetzt."

Kundgebung der Wiener Börsekammer über den Friedensentwurf.

In der heute unter dem Vorsitze des Präsidenten Otto Seybel und in Anwesenheit des Staatskommissärs Oberfinanzrates Dr. Mosing abgehaltenen Plenarsitzung der Wiener Börsekammer wurde folgende Kundgebung einhellig beschlossen:

Die Wiener Börsekammer hat unter dem niederschmetternden Eindruck der Friedensbedingungen und dem Empfinden sämtlicher Börsemitglieder entsprechend verfügt, die Börse bis auf weiteres zu schließen. Das allmähliche Bekanntwerden der Einzelheiten des Friedensvertrages vertieft immer mehr den Eindruck des Katastrophalen. Die Wiener Börse als wichtiger Konzentrationspunkt alles wirtschaftlichen Geschehens im Staate fühlt sich berufen, Ereignisse in ihren Endwirkungen abzuschätzen und zu werten. Sie vermag die Tragweite der Deutschösterreich aufzuerlegenden ungeheuerlichen Bedingungen umso sicherer zu ermessen, als in ihrer Kammer die leitenden Faktoren der finanziellen, kommerziellen und industriellen Unternehmungen des Staates vereinigt sind.

Ohne der offiziellen Friedensdelegation vorzugreifen, glaubt die Kammer aus dem Gefühl der Verantwortlichkeit heraus, welche sie gegenüber allen gemeinsamen Interessen an der Volkswirtschaft trägt, mit größter Eindringlichkeit auf die völlige Unannehmbarkeit der bekanntgewordenen Zumutungen hinweisen zu sollen. Die Kammer erblickt schon in den bisher bekanntgegebenen Vertragsbestimmungen alle Voraussetzungen des vollkommenen Niederbruches der heimischen Volkswirtschaft und die absolute Unmöglichkeit einer wirtschaftlichen Existenz der gesamten Bevölkerung.

Von besonders tief einschneidender Wirkung sind die Verfügungen über die Rechtsverhältnisse des Staates Deutschösterreich und seiner Bewohner zu den neugegründeten Nationalstaaten, weil diese Verfügungen eine vollständige und einseitige Aufhebung aller bisher für unantastbar gehaltenen Rechtsgrundlagen bedeuten und den Ruin des Volkes und Staates und damit eine soziale Katastrophe herbeiführen müßten, welche sich weit über die vorgezogenen Grenzen Deutschösterreichs erstrecken würde.

Dr. Kramarz und Deutschösterreich.

Von führender deutscher Seite wird den „Deutschen Nachrichten" mitgeteilt: „Dr. Renner hat in Saint-Germain ganz richtig festgestellt, daß Deutschösterreich ebenso wie die Czecho-Slowakei und Jugoslawien mit der Vergangenheit und dem alten Oesterreich nichts zu tun hat und daß dieses Land ebenso wie die anderen Sukzessionsstaaten jede Verantwortung für die Politik des alten Oesterreich ablehnen muß. Demgegenüber hat Dr. Kramarz sich beeilt, seine Ueberraschung über diese Auffassung auszusprechen und in „Petit Journal" die Frage aufzuwerfen, wer denn anders als „Oesterreich" für das Martyrium der Czechen und für seine Einkerkerung und das über ihn verhängte Todesurteil verantwortlich sei. Bei dieser Gelegenheit muß daran erinnert werden, daß die als Zeugen im Kramarz-Prozeß erschienenen Minister deutscher Nationalität, vor allem Ministerpräsident Graf Stürgkh, sämtlich zugunsten des Doktor Kramarz aussagten. Es ist noch erinnerlich, daß Graf Stürgkh die Verdienste des Dr. Kramarz insbesondere für die Wehrmacht der Monarchie hervorhob und ausdrücklich erklärte, daß er nach seiner genauen Kenntnis der steten loyalen Haltung des Dr. Kramarz es nicht für möglich halte, daß Dr. Kramarz irgend etwas Monarchiefeindliches auch nur beabsichtigt habe. Er rühmte gleichzeitig die stete Aufrichtigkeit und Offenheit des Dr. Kramarz, der stets sein gegebenes Wort gehalten habe, was ebenfalls einen derartigen Verdacht nicht aufkommen lassen könne.

Im selben Sinne sagten auch die anderen deutschen Staatsmänner aus. Sie alle rühmten auch die Verdienste, die sich insbesondere Dr. Raschin um das Zustandekommen des kleinen Finanzplanes und überhaupt um die Sanierung der Finanzen Oesterreichs erworben hat. Der einzige deutsche Abgeordnete, der in dem Prozeß als Zeuge erschien, Dr. Licht, sagte wörtlich: „Es muß hervorgehoben werden, daß Doktor Raschin an den Verhandlungen über den Finanzplan sich hervorragend beteiligte und zu dem günstigen Ergebnis entscheidend beigetragen hat. Ebenso muß ich betonen, daß ich nicht den Eindruck hatte, daß Dr. Kramarz je in einer auswärtigen Tätigkeit monarchiefeindlich gewesen ist." Dabei muß berücksichtigt werden, daß damals ein gewißer Mut dazu gehört hat, gegenüber der offensichtlichen Tendenz des Kriegsgerichtes, Kramarz zu verurteilen, in diesem Sinne auszusagen. Wenn also Dr. Kramarz dennoch verurteilt wurde, so kann er dies jedenfalls dem deutschen Volke Oesterreichs nicht zur Last legen. Gerade aus den erwähnten Aussagen der deutschen Staatsmänner geht ja hervor, daß Deutsch-Oesterreich mit dem, was Dr. Kramarz als „Alt-Oesterreich" bezeichnet, nichts zu tun hat; denn letzteres hat eben Dr. Kramarz trotz der Feststellung der deutschen Staatsmänner zum Tode verurteilt. Klarer könnte der Unterschied zwischen „Alt-Oesterreich" und „Deutsch-Oesterreich" nicht gekennzeichnet werden, als durch diese heute sehr aktuelle Erinnerung an die Vorgänge im Kramarz Prozeß."

Neue Freie Presse
Abend
7/VI. 1919
120

Das Parlament und die Friedensbedingungen.

Der Bericht des Staatssekretärs Dr. Bauer und die Parteienkundgebungen in der Nationalversammlung.

Wien, 7. Juni.

Die Nationalversammlung ist heute zusammengetreten, um den Bericht des Staatssekretärs Dr. Bauer über die Friedensbedingungen entgegenzunehmen und um den Parteien Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Im einzelnen zu erweisen, daß es sich um ein undurchführbares Urteil handle, und die Meinung des gesamten deutschösterreichischen Volkes zum Ausdruck zu bringen, bezeichnete Präsident Seitz in seiner Eröffnungsansprache als Zweck der heutigen Sitzung. Er erteilte sofort dem Staatssekretär Dr. Bauer das Wort, der in ausführlicher Rede die Einzelheiten der Friedensbedingungen kritisierte. Dann sprachen namens der Christlichsozialen Abgeordneter Hauser, namens der Großdeutschen Vereinigung Abgeordneter Dinghofer, namens der Sozialdemokraten Dr. Adler. Es folgten die Erklärungen der Ländervertreter. Das Wort ergriffen Schraffl für Tirol, Rieger für Deutschböhmen und Sudetenland, Gimpl für Steiermark, Größbauer für Kärnten und Skaret für Wien und Niederösterreich. Als hierauf der Czeche Dworzak zu sprechen begann, verließ der größte Teil der Abgeordneten den Sitzungssaal.

Der Sitzungsbericht.

(21. Sitzung. Präsident Seitz eröffnet die Sitzung um 11 Uhr.)

Die einberufenen Ersatzmänner.

Die als Ersatzmänner einberufenen Abgeordneten Alois Bauer, Simon Geisler, Matthias Hermann, Karl Hohenberg, Theodor Meißner, Karl Mühberger, Frau Julia Rauscha, Frau Irene Sponer, Heinrich Ulrich, Franz Zelenka sind zum erstenmal im Hause erschienen und leisten die Angelobung.

Die Verhandlung über den Friedensvertrag.

Präsident Seitz: Hohes Haus! Die Schicksalsstunde der deutschösterreichischen Republik hat geschlagen. Mehr als sieben Monate sind es her, seit die k. und k. österreichisch-ungarische Monarchie auf den Schlachtfeldern geendet und sterbend den Waffenstillstand mit den kriegführenden Mächten geschlossen hat. Die Völker, frei geworden und von ihrem Selbstbestimmungsrecht Gebrauch machend, haben die südslawische, die deutschösterreichische, die ungarische und die czecho-slowakische Republik gebildet. Aber keiner dieser Freistaaten ist wirklich frei. Die Sieger haben nicht nur das Recht, sie alle für die Handlungen derer verantwortlich zu machen, die Oesterreich-Ungarn seinerzeit regiert haben, sie haben auch die Macht, diese Länder und Völker zu zerreißen, die Menschen wie Steine in einem Spiele zu verschieben, ihre Wirtschaft zu vernichten, Väter, Mütter und Kinder dem Hungertode zu überantworten. Im Besitze dieser außerordentlichen Machtvollkommenheit haben sie den Völkern des ehemaligen Oesterreich-Ungarn, je nach ihren Sympathien, das Urteil gesprochen. Uns Deutschösterreichern wurde es am 2. Juni verkündet. Ob die Machthaber, die jetzt über das Schicksal Europas entscheiden, wirklich wissen, was ihr Spruch für Deutschösterreich bedeutet, können wir nicht ermessen. Wir aber, die wir im Lande leben und dieses Land und dieses Volk kennen, wir wissen es, daß dieses Urteil ein Todesurteil ist, das überdies, an einen grausamen orientalischen Gebrauch erinnernd, von dem Betroffenen an sich selbst vollzogen werden soll.

Ein solches Urteil ist undurchführbar. (Lebhafte Zustimmung und Beifall.) Das im einzelnen zu erweisen und die Meinung des gesamten deutschösterreichischen Volkes zum Ausdruck zu bringen, ist der Zweck unserer heutigen außerordentlichen Sitzung.

Ich bitte den Herrn Staatssekretär Dr. Bauer, die Verhandlung einzuleiten.

Das Exposé des Staatssekretärs Dr. Bauer.

Staatssekretär Dr. Bauer: Die Bekanntgabe der Friedensbedingungen hat in unserem Lande einen nur allzu begreiflichen Ausbruch der Leidenschaft ausgelöst. Aber nicht im Tone der Leidenschaft wollen und dürfen wir heute darüber reden, welches Schicksal das Diktat des Siegers unserem Lande zu bereiten droht. Unsere Bemühungen müssen heute darauf konzentriert werden, zu Verhandlungen mit den alliierten und assoziierten Mächten zu gelangen. Und das wird uns nur dann gelingen, wenn wir uns bemühen, so schwer das auch ist, die Bedingungen, die uns auferlegt werden sollen, sachlich, nüchtern und leidenschaftslos zu analysieren und ohne Uebertreibung durch rein gegenständliche und wahre Darstellung den Beweis zu erbringen, daß sie die Grenze überschreiten, die wohlverstandenes eigenes Interesse dem Rechte des Siegers setzt.

Zehn Millionen Deutsche haben im alten Oesterreich in geschlossenen Sprachgebieten gewohnt. Als das alte Oesterreich zusammenbrach, als auf den Trümmern der alten österreichisch-ungarischen Monarchie unsere junge Republik entstand, gedachten wir, diese zehn Millionen Deutschen in unserem neuen Freistaate zu vereinigen. Aber der Friede, der uns jetzt auferlegt werden soll, reißt deutsches Land mit mehr als vier Millionen Deutschen von unserer Republik los. Nicht weniger als zwei Fünftel unseres Volkes sollen ungefragt gegen ihren unzweifelhaften Willen der Fremdherrschaft unterworfen, ihres Selbstbestimmungsrechtes beraubt werden. Verlieren sollen wir vor allem den industriell und kulturell höchststehenden Teil Deutschösterreichs, die Teile Deutschösterreichs, in denen unsere größte Industrie, unsere intensivste Landwirtschaft liegen und deren Bewohner an Gewerbe, Fleiß und Volksbildung alle anderen Stämme Deutschösterreichs übertreffen: Unser Deutschböhmen und unser Sudetenland.

Würde sich der Sieger an die Grundsätze gebunden fühlen, die er im Kampfe verkündet hat, würde der Grundsatz gelten, daß kein Volk gegen seinen Willen aus einer Souveränität in die andere verschoben werden dürfe, würde dem Volke Deutschböhmens und des Sudetenlandes das Recht zugestanden, durch freie Volksabstimmung unter neutraler Kontrolle selbst über seine staatliche Zugehörigkeit zu entscheiden, dann hätten wir den Verlust dieser Länder nicht zu befürchten. Aber die Sieger halten sich nicht mehr für gebunden an jene Prinzipien der Demokratie, die sie verkündet haben, ehe noch ihr Sieg errungen war. An die Stelle des verheißenen Sieges des Rechtes ist das alte brutale Recht des Siegers getreten. Der Appell an die Grundsätze, die Mittel waren, den Sieg zu erringen, wäre wirkungsvoll gegen den errungenen Sieg. Nicht von der Frage des Rechtes soll also heute mehr die Rede sein, sondern nur davon, ob solcher Gebrauch der Macht den Interessen der Mächte selbst entspricht.

Die alliierten und assoziierten Mächte schaffen einen czecho-slowakischen Staat, in dem neben 6½ Millionen Czechen 3½ Millionen Deutsche wohnen werden, die sich vom ersten Tage an gegen die verhaßte Fremdherrschaft auflehnen werden, dann 2 Millionen Slowaken, die trotz ihrer nahen Verwandtschaft mit dem czechischen Volke ihre eigene Sprache haben, die geschichtlich mit Böhmen und Mähren keine Gemeinschaft, sozial eine ganz andere Struktur, kulturell ganz andere Traditionen haben, als die Czechen. Und neben den Deutschen und den Slowaken bekommt der czechische Staat noch beinahe drei Viertel Millionen Magyaren, eine halbe Million Ukrainer, wenigstens 100.000 Polen. Czechen, Deutsche, Slowaken, Magyaren, Polen, Ukrainer, ist es nicht ein neues Oesterreich, das da unter czechischer Flagge von neuem ersteht (lebhafte Zustimmung), ein neuer Nationalitätenstaat, in dem sechs Nationen, von wildem Hasse gegeneinander erfüllt, zusammengepfercht werden und in ihrer ganzen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen Entwicklung gehemmt sein werden durch den von der Zwangsherrschaft genährten, das ganze öffentliche Leben vergiftenden nationalen Haß und nationalen Kampf.

Das alte Oesterreich-Ungarn hat durch seine bloße Existenz, die dem Freiheitsdrange der Völker, ihrem Drange nach staatlicher Selbständigkeit entgegenstand, ganz Europa, die ganze Welt in Flammen setzen müssen. Gegründet auf die Herrschaft über zusammengewürfelte Nationen und Nationssplitter, hat es Jugoslawen und Rumänen, Italienern und Polen das Selbstbestimmungsrecht, das Recht auf Einheit und Freiheit verweigern müssen, um seinen Bestand zu behaupten, mußte es daher in unlösbaren Konflikt mit Serbien und mit Rumänien, mit Italien und mit Polen geraten. Der unlösbare Konflikt zwischen dem aus der Vergangenheit fortlebenden Nationalitätenstaat und dem von den jungen aufsteigenden Völkern getragenen, sich gegen seinen Bestand auflehnenden Nationalitätenprinzip hat die ganze Welt in einen Trümmerhaufen verwandelt, hat die wehrhafte Jugend aller Kulturvölker der Erde hingemäht. Und jetzt, da endlich das Nationalitätenprinzip über den Nationalitätenstaat triumphiert hat, da die Völker von den Fesseln des alten Nationalitätenstaates befreit sind und endlich die Möglichkeit besteht, jedem Volke das Recht einzuräumen, auf seinem eigenen Boden in voller Freiheit sein eigenes staatliches Dasein zu führen, jetzt schickt man sich an, zwischen Eger und Kaschau, zwischen Bodenbach und Preßburg einen neuen Nationalitätenstaat zu schaffen, einen Nationalitätenstaat, der von dem alten in Blut und Schimpf und Schande, unter dem Fluche der Völker zusammengebrochenen nur dadurch verschieden sein wird, daß er jener bindenden Kräfte entbehren wird, die jahrhunderte lange staatliche und wirtschaftliche Gemeinschaft, die der Mystizismus der Jahrhunderte dem alten Nationalitätenstaat verliehen hat.

Der alte Nationalitätenstaat ist zerfallen, obwohl dem Menschen als heilig gilt, was grau von Alter ist; wird der neue Nationalitätenstaat, ein Kunstgebilde einer machtpolitisch orientierten Diplomatie, ohne wirtschaftliche Gemeinschaft, ohne geographische Einheit, ohne gemeinsame Geschichte bestehen können? Der alte Nationalitätenstaat hat in seinem Zusammenbruch über die ganze Welt das furchtbarste Verhängnis gebracht; wird der neue Nationalitätenstaat, wenn der Freiheitsdrang der Völker ihn schließlich sprengt, zerfallen können, ohne daß abermals der ganze Erdteil in Flammen gerät?

Man sucht uns damit zu trösten, daß die czecho-slowakische Republik zu einer neuen Schweiz werden könnte, in der sechs Völker in Freiheit und Frieden zusammen leben würden. Aber ein so wunderbares Gebilde, wie die Schweizer Eidgenossenschaft es ist, entsteht nur unter bestimmten historischen Voraussetzungen, als das Produkt einer eigenartigen historischer Entwicklung; nur ein oberflächlicher Rationalismus, der von der historischen Bedingtheit staatlicher Ordnung und nationalen Zusammenlebens nichts ahnt, kann glauben, daß das Schweizer Vorbild an beliebiger Stelle, unter beliebigen geographischen, wirtschaftlichen und historischen Bedingungen nachgeahmt werden könnte. Die Schweiz ist aus gemeinsamem Freiheitskampf geworden, nicht aus dem Zwangsdiktat eines Siegers, der Völker wider ihren Willen fremder Herrschaft unterwirft. (Zustimmung.) Die Schweiz ist freiwillige Eidgenossenschaft, nicht ein Zwangsverband, in dem die Völker durch das Schwert des Siegers zusammengezwungen und zusammengehalten werden. (Lebhafte Zustimmung.) Der blutige 4. März war kein Sempach und kein Murten. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Der Nationalitätenstaat, der durch die Gewalt begründet wird, kann sich nur durch die Gewalt behaupten, er muß in Widerspruch geraten mit dem Freiheitsdrange der Völker, sein bloßer Bestand muß zur dauernden Gefahr für den Frieden und die Freiheit der Völker des ganzen Erdteiles werden, ganz ebenso wie es der Bestand der alten österreichisch-ungarischen Monarchie gewesen ist. (Zustimmung.)

Wir neiden Czechen und Slowaken ihre staatliche Selbständigkeit nicht. Ich selbst habe — das wissen meine vielen czechischen Freunde sehr wohl — das unbeschränkte Selbstbestimmungsrecht des czecho-slowakischen Volkes, sein Recht auf einen souveränen Staat verfochten, als noch die Mittelmächte auf dem Höhepunkt ihrer Macht waren und als hierzulande noch jedem, der dieses Recht verfocht, die Hochverratsanklage drohte. Aber heute wie damals bin ich überzeugt, daß das Recht des czecho-slowakischen Volkes auf selbständige Staatlichkeit nicht über sein geschlossenes Sprachgebiet hinausreicht (Zustimmung) und daß es nicht nur ein nationales Interesse des deutschen Volkes, sondern ein wahrhaft internationales Interesse, ein Interesse des Friedens und der Freiheit der Völker ganz Europas ist, daß der czecho-slowakische Staat auf das Siedlungsgebiet des czecho-slowakischen Volkes beschränkt bleibe (Lebhafter Beifall und Händeklatschen).

So beschränkt hätte die czecho-slowakische Republik alle Bedingungen glücklichster, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklung. Im Besitze der prächtigen Landwirtschaft der böhmischen Ebene und der reichen Waldbestände der Slowakei, der Kohlenlager von Ostrau, Kladno und Pilsen, der großen Maschinenindustrie von Prag, Pilsen und Königgrätz, der Textilindustrie Mittelmährens und der czechischen Textilbezirke in Böhmen, der großen Zuckerindustrie, Bierbrauerei und Spiritusindustrie Böhmens und Mährens, bewohnt von einem der fleißigsten, tüchtigsten und an Volksbildung höchststehenden Völker Europas, könnte die czecho-slowakische Republik ein freies und friedliches Leben führen, ohne die Freiheit anderer Völker zu gefährden. Wird aber Deutschböhmen, wird das Sudetenland der czecho-slowakischen Republik ausgeliefert, dann werden nicht nur 3½ Millionen Deutsche ihres Selbstbestimmungsrechtes beraubt, dann verliert nicht nur Deutschösterreich beinahe seinen ganzen Kohlenbergbau, beinahe seine ganze Textil-, Glas- und Porzellanindustrie, dann werden nicht nur unsere Produktivkräfte, unser Nationalvermögen, unsere wirtschaftliche Tragfähigkeit, unsere Steuerkraft um mehr als die Hälfte reduziert, nein, dann wird zugleich mitten in Europa ein Staat geschaffen, der eine Stätte des wildesten Nationalitätenkampfes, ein Herd des deutschen, des ungarischen, des polnischen Irredentismus, eine Quelle dauernder Feindschaft zwischen Nachbarvölkern, dauernder Gefahr für den Frieden sein wird. Wir sind machtlos, das zu verhindern; aber noch einmal, in letzter Stunde warnen wir. Es gibt eine internationale Solidarität der Völker; das Schicksal Polens, die Geschichte Serbiens haben gezeigt, daß die Vergewaltigung eines Volkes schließlich zum blutigen Verhängnis für alle Völker wird. (Zustimmung.)

Man hat die Losreißung Deutschböhmens und des Sudetenlandes von Deutschösterreich mit der geographischen Lage dieser Länder begründet. Aber dieser Grund trifft sicherlich nicht für diejenigen deutschen Gebiete Böhmens und Mährens zu, die unmittelbar an Nieder- und Oberösterreich grenzen, mit Nieder- und Oberösterreich und den Alpenländern ein geschlossenes deutsches Sprachgebiet bilden: für den Böhmerwaldgau und für den Znaimer Kreis. Daß diese beiden Gebiete an die Czecho-Slowakei fallen sollen, läßt sich nicht mit geographischen, nicht mit ethnographischen, nicht mit wirtschaftlichen Argumenten begründen, nur ein Argument kann für dieses Verlangen angeführt werden: das historische Argument, das Argument der historischen Grenzen. Aber historische Grenzen gelten nur dort als unverrückbar, wo dies für die Czecho-Slowaken und gegen uns wirkt. Unsere historischen Grenzen, die Grenzen unserer deutschen Länder achtet der Friedensentwurf der assoziierten Mächte nicht. (Zustimmung.) Er gibt Czecho-Slowaken Znaim, weil es historisch zu Mähren gehört, er gibt ihnen auch Feldsberg und Hohenau, obwohl sie historisch zu Niederösterreich gehören. (Zustimmung.)

Dabei zweifeln wir, ob die alliierten Mächte überhaupt wissen, wie furchtbar schwer sie uns durch eine solche Grenzziehung treffen. Durch den Zerfall des alten Reiches ist Wien zu einer Grenzstadt geworden. Sowohl im Norden wie im Osten geht die Grenze fast unmittelbar vor den Toren unserer Hauptstadt. Die Zweimillionenstadt ist von den Gebieten getrennt, aus denen sie naturgemäß Milch, Gemüse und andere Lebensmittel beziehen muß. Es ist ein wahres Lebensinteresse für Wien, daß die Staatsgrenze so weit gerückt wird, daß die Lebensmittelversorgung der Zweimillionenstadt möglichst sichergestellt werden kann. Wenn man uns aber nicht nur den Znaimer Kreis nimmt, sondern auch noch die angrenzenden fruchtbaren Gebiete Niederösterreichs, so macht man die geordnete Lebensmittelversorgung der Großstadt zu einem schlechthin unlösbaren Problem. Mit diesen niederösterreichischen Grenzbezirken verlieren wir die fruchtbarsten Gebiete des Hinterlandes der Hauptstadt. (Zustimmung.) Die Hektarerträge sind gerade dort größer als in jedem anderen Teil des Landes — verlieren wir großen Viehstand, bedeutende Milchwirtschaft, die einzige größere Zuckerraffinerie und je eine der wenigen Textil- und Glasfabriken, die uns nach dem Verlust Deutschböhmens noch bleiben. Wenn man die Grenzen nach der Maxime zieht, daß jedem Nachbarstaat erlaubt wird, sich zu nehmen, was immer es in unserem Gebiet Wertvolles gibt, dann freilich kann der Rest, der übrig bleibt, nicht zu einem lebensfähigen Staatsgebilde werden.

Wie im Norden so im Süden. Der Londoner Vertrag vom Jahre 1915 hat Italien den Anspruch auf Südtirol bis zum Brenner gegeben. Wir waren uns vom Tage des Waffenstillstandes an darüber klar, daß Deutschsüdtirol furchtbare Gefahr drohte. Und klar war der Staatsregierung auch vom ersten Tage an, daß wir Deutschsüdtirol nicht anders retten können, als wenn es uns gelingt, mit Italien selbst zu einer direkten Verständigung über die Südtiroler Frage zu gelangen, Italien selbst zum Verzicht auf jene deutschen Gebiete zu bewegen, die die alliierten Mächte ihm nicht erst jetzt, sondern schon im Jahre 1915 zugesprochen haben. Durch diese Erwägung war schon seit dem November unsere Politik bestimmt — eine Politik, die leider nicht immer das volle Verständnis und die notwendige Unterstützung in unserer Oeffentlichkeit gefunden hat. (Zustimmung.)

Wir wissen, daß Italien Deutschsüdtirol vornehmlich aus strategischen Gründen besitzen will. Wir wollen nicht darüber diskutieren, welche Berechtigung strategische Grenzen heute noch haben; auch nicht darüber, ob nicht die Sprachgrenze, die seit vielen Jahrhunderten Deutsche und Italiener scheidet, allen strategischen Forderungen, die ein Staat stellen kann, vollauf entspricht. Nein, wir stellen uns ganz auf den Boden Italiens selbst, wir suchen eine Lösung des Problems, die Italien volle Sicherheit gibt, sein Land im Kriegsfalle auf der strategisch günstigsten Linie verteidigen zu können, nie wieder einen Einfall vom Norden her befürchten zu müssen und dabei doch die dem ganzen deutschen Volke so teuren Täler und Berge Deutschsüdtirols in staatsrechtlicher und wirtschaftlicher Gemeinschaft mit uns erhält.

Eine solche Lösung zu finden, scheint uns nicht unmöglich zu sein. Wir haben der italienischen Regierung schon vor Monaten, schon bei der allerersten Gelegenheit, die sich uns dazu bot, einen Vorschlag, einen konkreten Vertragsentwurf unterbreitet, demgemäß Deutschsüdtirol zwar staatsrechtlich und wirtschaftlich bei uns bleiben, aber in militärischer Beziehung neutralisiert werden sollte.

Es war der italienischen Regierung bisher aus Gründen, die wir verstehen und die wir achten, nicht möglich, mit uns in direkte Verhandlungen einzutreten; unser Vorschlag ist daher unbeantwortet geblieben. Aber wir hoffen, daß die italienische Regierung es nicht ablehnen wird, bei den Verhandlungen in Saint-Germain diesen Vorschlag zu diskutieren. Sie wird uns bei einer solchen Diskussion zu jedem Opfer bereit finden, das erforderlich wäre, um die deutschen Gebiete Tirols im staatlichen und wirtschaftlichen Verbande mit uns zu erhalten. (Beifall und Händeklatschen.)

Auch da handelt es sich nicht um unser Interesse allein. Ich weiß nicht, ob die alliierten Mächte, als sie über Deutschsüdtirol verfügten, das Tiroler Volk gekannt haben. In der Zeit, in der die Bauern im größten Teile Europas leibeigen waren, saß der Tiroler Bauer als freier Mann auf seiner Scholle, saßen seine Vertreter neben Prälaten und Herren, neben Rittern und Städtern in den Landständen und hat er sich das Recht gewahrt, Waffen zu besitzen und zu führen. Er hat dem Tiroler Volke seine Geschichte, stolzen Freiheitssinn, trotziges Selbstbewußtsein vererbt.

Lebendige geschichtliche Ueberlieferung nährt seine Freiheitsliebe. Wie kann man glauben, daß sich ein solches Volk leichthin der Fremdherrschaft unterwerfen könnte? (Lebhafte Zustimmung.) Es wird sich gegen die Fremdherrschaft um so leidenschaftlicher auflehnen, da sie zugleich die wirtschaftliche Verelendung des Landes bedeuten würde. (Sehr richtig!)

Neues Wiener Tagblatt
12./IV. 1919

Niederösterreichischer Landtag.

Der Landtag hielt gestern zwei Sitzungen ab. Die erste, über die im Abendblatte berichtet wurde, galt ausschließlich einer feierlichen Protestkundgebung gegen den uns von der Entente zugedachten Gewaltfrieden, dessen Bedingungen unter der stürmischen Zustimmung aller Parteien als unannehmbar und undurchführbar bezeichnet wurden. Eine halbe Stunde nach dieser außerordentlichen Sitzung folgte die zweite, in der eine umfangreiche Tagesordnung zur Erledigung gelangte. Bei einem Lehrer- und Schulfragen betreffenden Antrage kam es zwischen den Sozialdemokraten und Christlichsozialen zu ziemlich scharfen Auseinandersetzungen.

Nachstehend der Bericht:

Anfragen und Anträge.

Die Abgeordneten Bierbaumer und Genossen stellen eine Anfrage betreffend die Einreisebewilligung für die Familien der ungarischen Volksbeauftragten und fordern den Landeshauptmann auf, diese Bewilligung, die auch politisch gefährlich sei, zu widerrufen.

Die Sachdemobilisierung.

Die Abgeordneten Volkert und Genossen fordern in einem Antrage die Beschleunigung der Sachdemobilisierung, damit durch eine rasche Freigabe der noch vorhandenen militärischen Güter die Arbeitsnot gemildert und brachliegender Kulturboden wieder dem Anbau zugeführt werde. Der bureaukratische Apparat für die Sachdemobilisierung, so wird in der Begründung ausgeführt, habe einen komplizierten und riesenhaften Umfang erreicht, während die Sachgüter durch Diebstahl, Plünderungen und durch sonstige Einflüsse erheblich weniger und wertloser werden, zum Teil aber auch durch unvorteilhafte Lagerung dem Verderben ausgesetzt seien. Für die bodenständige Industrie und für das Gewerbe seien nur kleine Mengen von Gütern freigegeben worden, während die Tschechen, Ungarn, Jugoslawen und Polen von dem ihnen gebührenden Teile raschen Gebrauch gemacht und von den vorhandenen Sachgütern für sich die beste Auswahl getroffen haben. Der uns bleibende Rest werde durch den schwerfälligen Apparat nicht im notwendigen Maße einer zweckdienlichen Auswertung zugeführt. Es scheine fast, daß diese Reste den Vorwand bilden, einzelnen so lange als nur möglich eine gute Versorgungsmöglichkeit zu sichern. Die Beurteilung über die zweckdienlichste Auswertung des Gesamtmaterials solle nur von praktisch erfahrenen Fachleuten erfolgen, die nicht als Angestellte der Hauptanstalt für Sachdemobilisierung, sondern nur im Ehrenamte gegen Entschädigung der Kosten zu wirken haben.

Die Uebelstände bei der Zuckerversorgung.

Die Abgeordneten Dr. Lutz und Genossen bringen eine Interpellation ein betreffend die Uebelstände bei der Versorgung der Bevölkerung mit Verbrauchszucker. Wie auf andern Gebieten der Ernährung sei auch beim Zucker für die wohlhabenden Schichten die Möglichkeit gegeben, in reichlicher Weise ihre Bedürfnisse zu befriedigen, während die breiten Massen der Bevölkerung bittersten Mangel leiden müssen. Die Erzeugung von Kanditen und zuckerhältigen Backwaren habe einen unglaublichen Aufschwung genommen und zieht in offener Mißachtung der bestehenden Vorschriften im Wege des Schleichhandels Unmengen von wichtigen Volksnahrungsmitteln an sich. Die Interpellanten fordern, daß die zuckerverarbeitende Industrie streng kontrolliert und die Hinausgabe von Zucker an sie so lange eingeschränkt werde, bis die ordnungsmäßige allgemeine Versorgung mit Verbrauchszucker sichergestellt sei. Gegen die unerhörte Ausbeutung der Bevölkerung durch die unter Duldung der Behörden verlangten Wucherpreise müsse mit aller Energie eingeschritten und der allseits sehnsüchtig erwartete Abbau der Preise rücksichtslos durchgeführt werden.

Das Tragen tschechischer Abzeichen.

Die Abgeordneten Dr. Riehl und Genossen beantragen, das Tragen tschechischer Abzeichen auf dem Gebiete von Niederösterreich so lange zu verbieten, als auch im tschecho-slowakischen Staate das Tragen deutscher Abzeichen verboten ist.

Erhebungen über die nichtdeutschen Angestellten.

Landeshauptmann Sever beantwortet eine Interpellation des Abg. Bierbaumer betreffend die Kündigung der nichtdeutschen Angestellten im Landes-, Schul- und Gemeindedienste und teilt mit, daß in dieser Angelegenheit zunächst Erhebungen erforderlich sind, die bereits in Angriff genommen seien; er werde das Ergebnis sowie die Stellungnahme des Landesrates in dieser Frage sofort bekanntgeben.

Hierauf wird in die Beratung der Tagesordnung eingegangen.

Die Lage der Deutschen in Westungarn.

Die Abgeordneten Dr. Riehl und Genossen stellen eine Anfrage an den Landeshauptmann, in welcher ausgeführt wird, daß die Deutschen in Westungarn unter der Herrschaft der kommunistischen Budapester Regierung entsetzlich zu leiden haben. Sie werden unaufhörlich durch Requisitionen gequält. Die Landesregierung wird gefragt, was sie zu tun gedenkt, um die Deutschen Westungarns, die durch viele Jahrhunderte mit Niederösterreich verbunden waren, entsprechend dem Selbstbestimmungsrechte von der Herrschaft der magyarischen Bolschewisten zu befreien.

Lehrer- und Schulfragen.

Abg. Dr. Max Adler berichtet über den Antrag des Schulausschusses betreffend die Vorstellung der Staatsregierung gegen den Beschluß der provisorischen Landesversammlung über die Rechtsverhältnisse des Lehrerstandes an den öffentlichen Volksschulen. Es wird der Antrag gestellt, die Gemeinde Wien sei aufzufordern, dem Landtage mit aller Beschleunigung den Entwurf eines neuen Gehaltsgesetzes für die Lehrpersonen Wiens vorzulegen.

Abg. Volker wendet sich gegen die Geschäftsführung des Unterstaatssekretärs für Unterricht, der wiederholt in die Autonomie des Landes eingreife. Wenn es sich um die Vertretung der Lehrer handelt, sollen vor allem die Lehrer gehört werden.

Abg. Zwilling bemerkt, es werde immer auf die Not der Lehrer verwiesen. Wer habe in dieser Beziehung an der Lehrerschaft gesündigt? Jahrzehnte hatten die Christlichsozialen die Herrschaft und wußten nichts von der Not der Lehrerschaft. Wir wollen die Lehrer davor schützen, damit sie künftig nicht so geschädigt werden.

Der Antrag des Schulausschusses wird hierauf angenommen.

Abg. Max Adler referiert über einen Antrag des Schulausschusses wegen Gewährung eines Teuerungsbeitrages an die Lehrpersonen des flachen Landes, rückwirkend vom 1. Mai 1919.

Abg. Dr. Beirer beantragt die Einbeziehung der Religionslehrer.

Abg. Dr. Prader verlangt eine Erhöhung des bisherigen 50prozentigen Teuerungszuschlages. Die Schuldiener, die von der Gemeinde bezahlt würden, wie zum Beispiel in St. Pölten, beziehen jetzt, wenn sie einige Dienstjahre aufzuweisen haben, einen Jahresgehalt von 9000 bis 10,000 K., der Lehrer oder Oberlehrer an derselben Schule einen Gehalt von 3000 bis 4000 K. (Rufe: Hört! Hört!)

Abg. Dr. Friedjung fragt, warum der Vorredner diese Erhöhung nicht vor dem 30. April vorgeschlagen habe? Ein solches Vorgehen mache den Eindruck, als ob es sich um eine Lizitation handle. Die 50 Prozent seien genau so ungenügend wie 100 Prozent und noch mehr. Auf diesem Wege komme man zu keiner sachlichen Erledigung. Man könne nicht jeden Tag neue Beschlüsse fassen.

Abg. Krikawa: Das habt Ihr früher nicht gewußt? (Gegenrufe bei den Sozialdemokraten.)

Berichterstatter Adler hält den Christlichsozialen vor, daß ihre Mitglieder im Schulausschusse von dem Beschlusse über die fünfzigprozentige Erhöhung der Teuerungszulage nichts gesagt hätten. Andernfalls wäre diese Angelegenheit in vollständig sachlicher Weise erledigt worden. Die Christlichsozialen hätten etwas verschwiegen, was zur Sache gehört, weil sie aus parteipolitischen Zwecken Kapital daraus schlagen wollten. Das sei ein unwürdiges Vorgehen. (Lebhafte Zwischenrufe bei den Christlichsozialen.)

Abg. Krikawa: Das wird euch noch öfter passieren!

Berichterstatter Adler: Es wird uns hoffentlich nicht mehr so oft passieren, weil wir aus dieser Angelegenheit heute gelernt haben. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten, Zwischenrufe bei den Christlichsozialen.) Die sozialdemokratische Partei wird alles tun, was zur Besserung des lernenden Volkes, also auch der Lehrer, beiträgt. Wir können aber solche Anträge nicht ins Blaue hinein bewilligen, bevor wir uns über ihre Durchführbarkeit informiert haben.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Ausschusses, den Landesrat aufzufordern, noch vor den Sommerferien einen Gesetzentwurf, die Rechts- und Gehaltsverhältnisse der Lehrerschaft des flachen Landes betreffend, zur Beschlußfassung vorzulegen, angenommen, der Antrag bezüglich des Teuerungsbeitrages wird dem Schulausschusse zur ehesten Berichterstattung zugewiesen. Die Zusatzanträge Beirer und Prader werden gleichfalls angenomen.

Berichterstatter Zwilling stellt namens des Schulausschusses folgenden Antrag: „Der Landesrat wird angewiesen, bei Besetzung von Lehrstellen an den Landesmittelschulen in erster Linie die subsistenzlosen Lehrpersonen aus fremdnationalen Staaten, die ursprünglich in Niederösterreich zuständig waren, zu berücksichtigen."

Landesrat Karl Müller stellt den Zusatzantrag, diese subsistenzlosen Lehrpersonen nicht nur an den Landesmittelschulen, sondern auch an den Volks- und Bürgerschulen zu berücksichtigen.

Abg. Birbaumer weist darauf hin, daß nicht nur Lehrer, sondern auch Beamte in überaus großer Zahl aus den Sukzessionsstaaten ausgewiesen worden sind und nun ohne Heim und Verdienst dastehen. Für diese vertriebenen Beamten müsse unbedingt Raum geschaffen werden. Er stellt deshalb den Antrag, die Landesregierung zu beauftragen, die Vorarbeiten zur Enthebung der nichtdeutschen Beamten und Angestellten im Landes-, Schul- und Gemeindedienste unverzüglich zu veranlassen.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Schulausschusses mit dem Zusatzantrage Müller angenommen, der Antrag Birbaumer abgelehnt.

Vermehrung der Gemeinderatsmandate in den Landstädten.

Es wird hierauf der Antrag des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über das Ansuchen der Gemeinden Mödling und Korneuburg betreffend die Erhöhung der Zahl der Gemeinderatsmandate in größeren Städten in Beratung gezogen.

Abg. Präsident Seitz hält dieses Gesetz vom Standpunkte der jetzt bevorstehenden Wahlen aus für bedenklich. Die Wahlvorschläge sind bereits erstattet, die Frist dafür ist schon abgelaufen; es müßten daher jetzt zugleich die Fristen bezüglich des Wahlvorschlages verlängert werden. Zur präziseren Fassung der Abänderungen beantragt er, die Sitzung zu unterbrechen.

Die Sitzung wird hierauf unterbrochen. Nach Wiederaufnahme derselben werden die bezüglichen vom Gemeinde- und Verfassungsausschuß vorgeschlagenen Aenderungen zum Beschluß erhoben.

Die amerikanische Ausspeiseaktion.

Landesrat Volkert berichtet hierauf namens des Landesrates über die amerikanische Ausspeiseaktion zugunsten der Jugend. Bezüglich die Aktion „Wiener Kinder aufs Land" bemerkt Redner, daß diese Aktion leider nicht den erwarteten Erfolg gezeitigt habe. Um aber trotzdem in dieser Richtung etwas zu schaffen, habe das Landesjugendamt an verschiedenen Orten des Landes Plätze für Kinder in Anspruch genommen. Der Referent stellt den Antrag, daß das Land für die amerikanische Kinderhilfsaktion einen Beitrag von 300,000 K. und zu der vom Landesrate eingeleiteten Aktion zur Unterbringung besonders erholungsbedürftiger Kinder einen Beitrag von 200,000 K. bewilligt. Schließlich spricht der Referent dem amerikanischen Volke für seine Hilfeleistung den herzlichsten Dank aus. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Abg. Wolny hätte gewünscht, daß von den vermögenden Familien auf dem Lande Kinder über die Ferien aufgenommen würden. Der Landesrat möge sich noch einmal an die Landbevölkerung wenden.

Landesrat Volkert bemerkt, daß sich das Landesjugendamt über Auftrag des früheren Referenten Kunschak an die Geistlichkeit und an die Bürgermeister gewendet habe. Die Unterbringung der Kinder in Familien konnte aber leider nicht erreicht werden. (Lebhafte Rufe: Warum?) Das kann ich leider nicht sagen. Ich kenne die Gründe einer derartigen Herzenskälte, wie wir sie in dieser Beziehung kennen gelernt haben, leider nicht.

Abg. Beirer: Es ist nicht Herzenskälte, es ist ein andrer Grund!

Abg. Volkert: Da Sie die Gründe kennen, so sollen Sie uns dieselben doch mitteilen.

Bei der Abstimmung werden die Anträge des Landesrates einstimmig angenommen. (Lebhafter Beifall.)

Nächste Sitzung Dienstag, 11 Uhr vormittags.

Wiener-Stimmen
12. VII. 1919

124

Was wird aus Wien werden?

Wiens Not und die Sozialdemokraten.

Seit die Sozialdemokraten ihren Einzug ins Rathaus gehalten haben, sind sie gezwungen, sich auch mit dem Schicksal Wiens eingehender zu befassen. Daß von der mechanischen Erhöhung aller Tarife, von der Verteuerung der Straßenbahn, des Gases, der elektrischen Stromes, also der Beleuchtung, der Beheizung, der mechanischen Betriebsmittel, somit der ganzen Lebenshaltung der Bevölkerung eine Rettung Wiens vor der ihm drohenden wirtschaftlichen Katastrophe nicht zu erwarten ist, kann doch schließlich selbst dem blindesten Auge nicht verborgen bleiben. Das Ringelspiel der Lohnerhöhungen, die übrigens immer nur einen geringen Bruchteil der Bevölkerung und diese nur auf ganz kurze Zeit und stets auf Kosten der Gesamtheit beglücken, kann nicht in alle Ewigkeit fortgesetzt werden. Mit dem Schlagwort der Sozialisierung kann man eine Zeitlang die Herzen entflammen und die Köpfe verwirren, aber nicht knurrende Mägen zum Schweigen bringen; es ist zwecklos, das reine Nichts zu „sozialisieren".

Der von Niemand mehr als von der Sozialdemokratie bejubelte — und von ihr leidenschaftlich geförderte — Zerfall des Reiches in seine Teile, der „große Umsturz", wird von der Wiener Bevölkerung immer mehr als Wiens großes Unglück erkannt, gefühlt, beklagt. Das Glück, die Freude der Sozialdemokratie ist Wiens Elend und Trauer.

Und so setzen sich denn die sozialdemokratischen Doktoren der Reihe nach hin, besehen den Schaden, stecken die Köpfe zusammen, geben ihre Gutachten ab. Das sozialdemokratische Hauptorgan druckt heute an der Spitze einen Aufsatz seines Chefredakteurs, des Abgeordneten Friedrich Austerlitz ab, den dieser in der Zeitschrift „Kampf" veröffentlicht hat und worin in der Form einer Polemik gegen die sogenannten

Neue Freie

Niederösterreichischer Landtag.

Wien, 11. Juni.

(4. Sitzung. — Fortsetzung aus dem Abendblatte.)

Anfragen und Anträge.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung nach der Rede des Landeshauptmannes über die Friedensbedingungen gelangt der Einlauf zur Verlesung. Unter den vom Abg. Bierbaumer und Genossen eingebrachten Anfragen befindet sich jene über die Einreisebewilligung für die Familien der ungarischen Volksbeauftragten. Die Regierung wird aufgefordert, die politisch gefährliche Bewilligung zu widerrufen.

Abg. Volkert und Genossen fordern in einem Antrage die Beschleunigung der Sachdemobilisierung.

Abg. Dr. Lutz und Genossen stellen einen Antrag, die Errichtung eines Donaustrom-Kraftwerkes.

Abg. Dr. Lutz und Genossen bringen eine Interpellation ein, betreffend die Uebelstände bei der Versorgung der Bevölkerung mit Verbrauchszucker.

Abg. Dr. Mittermann und Genossen stellen eine Anfrage über die Sicherung des Wahlrechtes jener deutschösterreichischen Staatsbediensteten und Staatseisenbahnbediensteten, die über amtliche Aufforderung auf ihren Dienstesposten in den Nationalstaaten verblieben.

Abg. Kittinger und Genossen stellen einen Antrag, betreffend die Vermeidung von Fremdwörtern in den Drucksachen der Landesversammlung und in den Schriftstücken der Landesämter sowie den Gebrauch deutscher Schriftzeichen.

Abg. Riehl und Genossen beantragen, das Tragen czechischer Abzeichen auf dem Gebiete von Niederösterreich so lange zu verbieten, als auch im czecho-slowakischen Staate das Tragen deutscher Abzeichen verboten ist.

Rechtsverhältnisse des Lehrerstandes.

Berichterstatter Max Adler referiert über die Vorstellung der Staatsregierung gegen den Beschluß der provisorischen Landesversammlung über die Rechtsverhältnisse des Lehrerstandes und begründet den Antrag, die Gemeinde Wien sei aufzufordern, dem Landtage mit aller Beschleunigung den Entwurf eines neuen Gehaltsgesetzes für die Lehrpersonen Wiens vorzulegen.

Abg. Bürgerschullehrer Volker wendet sich gegen den Erlaß über die Regelung der Aufnahmsprüfungen in die Mittelschulen und meint, die Lehrerschaft habe nicht das mindeste gegen die Experimentalpädagogik, aber es könne eine Prüfung auf den Intellektualismus allein nicht aufgebaut werden. Bei dieser Prüfung werde Jungisrael gut abschneiden. Redner bespricht den Geheimbrief, der bei diesen Aufnahmsprüfungen die Hauptrolle spielt.

Redner wird vom Landeshauptmann wiederholt ermahnt, sich an die Tagesordnung zu halten, erörtert dann den Erlaß über die religiösen Uebungen.

Nach dem Schlußworte des Referenten wird der Antrag des Schulausschusses angenommen.

Teuerungsbeitrag für die Landlehrer.

Abg. Max Adler berichtet über die Gewährung eines Teuerungsbeitrages an die Lehrpersonen des flachen Landes, rückwirkend vom 1. Mai 1919 und eheste Ausarbeitung eines Gesetzentwurfes, betreffend die Rechts- und Gehaltsverhältnisse dieser Lehrpersonen.

Abg. Dr. Beirer beantragt die Einbeziehung der Religionslehrer in diesen Antrag.

Abg. Birbaumer verlangt ein definitives Gehaltsgesetz für die Landlehrerschaft und die Verstaatlichung des ganzen Schulwesens.

Abg. Dr. Prader findet die bisherige Erhöhung der Teuerungszulage um 50 Prozent für zu gering und verlangt einen höheren Teuerungszuschlag. Die Schuldiener, die von der Gemeinde bezahlt würden, wie z. B. in St. Pölten, beziehen jetzt, wenn sie einige Dienstjahre aufzuweisen haben, einen Jahresgehalt von 9000 bis 10.000 K., der Lehrer oder Oberlehrer an derselben Schule einen Gehalt von 3000 bis 4000 K. (Lebhafte Hört! Hört!-Rufe.) Redner stellt den Zusatzantrag, dieselben Teuerungszuschläge auch den Lehrerpensionisten zu gewähren.

Abg. Dr. Friedjung warnt vor solchen Lizitationen bei Gehaltserhöhungen. Die vorgeschlagene 50prozentige Erhöhung sei genau so ungenügend wie eine 100prozentige. Auf diesem Wege komme man zu keiner sachlichen Erledigung. Wir können nicht jeden Tag neue Beschlüsse fassen.

Abg. Krikawa: Das habt Ihr früher nicht gewußt? (Gegenrufe bei den Sozialdemokraten.)

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Ausschusses, den Landesrat aufzufordern, noch vor den Sommerferien einen Gesetzentwurf, die Rechts- und Gehaltsverhältnisse der Lehrerschaft des flachen Landes betreffend, zur Beschlußfassung vorzulegen, angenommen: der Antrag bezüglich des Teuerungsbeitrages wird dem Schulausschusse zur eheste Berichterstattung zugewiesen. Die Zusatzanträge Beirer und Prader werden gleichfalls angenommen.

Die Lehrpersonen aus den Nationalstaaten.

Berichterstatter Zwilling stellt namens des Schulausschusses den Antrag: „Der Landesrat wird angewiesen, bei Besetzung von Lehrstellen an den niederösterreichischen Landesmittelschulen in erster Linie die subsistenzlosen Lehrpersonen aus frembnationalen Staaten, die ursprünglich in Niederösterreich zuständig waren, zu berücksichtigen."

Landesrat Karl Müller stellt den Zusatzantrag, diese subsistenzlosen Lehrpersonen nicht nur an den Landesmittelschulen, sondern auch an den Volks- und Bürgerschulen zu berücksichtigen.

Abg. Birbaumer stellt den Antrag, die Landesregierung zu beauftragen, die Vorarbeiten zur Enthebung der nichtdeutschen Beamten und Angestellten im Landes-, Schul- und Gemeindedienste unverzüglich zu veranlassen.

Berichterstatter Zwilling erklärt, diese Angelegenheit werde gegenwärtig ohnehin auf das Genaueste untersucht und vorher könne der Landtag nicht einschreiten, um nicht den Eindruck von Vergeltungsmaßnahmen zu erwecken.

Abg. Dr. Riehl: Das wäre auch kein Unglück!

Berichterstatter Zwilling: Das mag die Anschauung einzelner sein! Vielleicht werden unsere Feinde aus unserer Gerechtigkeit lernen, was Gerechtigkeit ist. Ich bitte Sie, als Christen diesen christlichen Gedanken selbst praktisch zu üben.

Nach den Vorschlägen des Gemeindeausschusses wird einer Reihe von Gemeinden die Einhebung erhöhter Umlagen bewilligt.

Vermehrung der Gemeinderatsmandate.

Ueber das Ansuchen der Gemeinden Mödling und Korneuburg, betreffend die Erhöhung der Gemeinderatsmandate in größeren Städten, berichtet Abgeordneter Segur und beantragt eine Aenderung des Artikels 2 des Gesetzes, betreffend die Gemeindewahlordnung für Niederösterreich.

Abg. Seitz hält dieses Gesetz vom Standpunkte der jetzt bevorstehenden Wahlen aus für bedenklich. Zur präziseren Fassung der Abänderung des Gesetzestextes sowie zur Aenderung der Gemeindewahlordnung bezüglich Verlängerung des Fristenlaufes für die Wahlvorschläge beantragt er, die Sitzung zu unterbrechen.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung berichtet der Abgeordnete Segur über die vom Gemeinde- und Verfassungsausschusse beschlossenen Aenderungen; diese werden angenommen.

Hilfsaktionen für Kinder.

Landesrat Volkert stellt den Antrag, daß das Land für die amerikanische Kinderhilfsaktion einen Beitrag von 300.000 K. und zu der vom niederösterreichischen Landesrat eingeleiteten Aktion zur Unterbringung besonders erholungsbedürftiger Kinder einen Beitrag von 200.000 K. bewilligt. Schließlich spricht der Referent dem amerikanischen Volke für seine Hilfeleistung den herzlichsten Dank aus. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

In der Debatte wird das Bedauern darüber ausgedrückt, daß die eingeleitete Hilfsaktion bei der Landbevölkerung so wenig Unterstützung fand.

Bei der Abstimmung werden die Anträge des Landesrates einstimmig angenommen. (Lebhafter Beifall.)

Landesrat Volkert stellt weiter den Antrag, den Wiener Kinderspitälern auf die Dauer eines Jahres ein unverzinsliches Darlehen von zusammen 295.000 K. zu gewähren.

Dieser Antrag wird angenommen.

Im Einlaufe befindet sich ein Antrag der Abgeordneten Philp und Genossen, betreffend die Regelung der Bezüge der Landtagsstenographen.

Nächste Sitzung Dienstag, 17. d., 11 Uhr vormittags.

Die Zahl der Gemeinderäte in den niederösterreichischen Gemeinden.

Das in der heutigen Sitzung des niederösterreichischen Landtages beschlossene Gesetz, betreffend die Abänderung der Wahlordnung für die Städte des flachen Landes, hat folgenden Wortlaut:

Der Artikel 2 des Gesetzes vom 2. Mai 1919 wird in der bisherigen Fassung aufgehoben und hat in Hinkunft zu lauten wie folgt:

„Artikel 2: Die Zahl der Vertreter des Gemeinderates richtet sich nach der Zahl der Personen, die im Wählerverzeichnisse eingetragen sind.

Der Gemeinderat besteht in Gemeinden bis 250 Wahlberechtigten aus 10 Mitgliedern, von 251 bis 500 Wahlberechtigten aus 12, von 501 bis 1000 Wahlberechtigten aus 14, von 1001 bis 1500 Wahlberechtigten aus 16, von 1501 bis 2000 aus 18, von 2001 bis 2500 Wahlberechtigten aus 22, von 2501 bis 3000 Wahlberechtigten aus 24, von 3001 bis 4000 Wahlberechtigten aus 26, von 4001 bis 5000 Wahlberechtigten aus 30, von 5001 bis 7500 Wahlberechtigten aus 34, von mehr als 7500 Wahlberechtigten aus 42 Mitgliedern.

Der Berechnung der Wahlzahl wird die erhöhte Mandatszahl zugrunde gelegt.

Arbeiterzeitung
12./VI. 1919

Los von Wien!

Von Friedrich Austerlitz.

Wir gravitieren nach Wien! Los von Wien! In diesen zwei Losungen spiegelt sich, schärfer als in jeder anderen Beziehung, der Niedergang der ehemals geliebten und bewunderten „Kaiserstadt" ab. Wir gravitieren nach Wien: dieses Wort von Eduard Herbst war der Ausdruck der Tatsache, daß alle Deutschen in Oesterreich in Wien den geistigen, politischen und wirtschaftlichen Mittelpunkt der Monarchie erblickten, in der Größe und Blüte Wiens die Bürgschaft für ihr Gedeihen erkannten. Los von Wien: das ist die Absage an Wien, das ist der Schrei der Geringschätzung, ja der Verachtung; sie alle, die ehemals auf den „deutschen Charakter" Wiens so stolz taten, werfen die entthronte Stadt, das darbende und trauernde Wien, zu den Toten und verkünden stolz, daß sie mit Wien nichts zu schaffen haben wollen. Und dieses Todesurteil geht von der Partei aus, die auf dem Wiener Boden erwachsen und in die Höhe geschossen ist! Die Christlichsozialen sind es, die bei dem giftigen Lärm gegen Wien den Ton angeben; Wiener Christlichsoziale sogar, die sich daran ergötzen, daß die Parteigenossen in den Ländern Wien die Absage schicken. An der Hetze der Christlichsozialen gegen Wien kann die Wiener Bevölkerung ermessen, was die Freunde, die es in der Not so schnöde verleugnen und so gefühllos verlassen, wert waren.

Die Abneigung gegen Wien ist die Abneigung gegen die arme Stadt. Psychologisch ist ja das alles nicht unbegreiflich. In der Vorkriegszeit war Wien vor allem der gute Markt, die Stadt, wo sich der Reichtum häufte, das „kaufkräftige Publikum" versammelt war, die also jeder aufsuchte, der Waren abzusetzen hatte. Das ist eben der revolutionäre Unterschied der ausgepumpten Wirtschaft, wie wir sie heute jeden Tag schaudernd erfahren, und der von Waren strotzenden Wirtschaft vor dem Kriege: damals suchte die Ware den Käufer; jetzt suchen die Käufer die Waren. In den Zeiten, da die heimische Landwirtschaft die Lebensmittel im Ueberfluß hervorbrachte, der Ueberschuß des ganzen gemeinsamen Wirtschaftsgebietes zur Verfügung stand und es auch kein sonderliches Kunststück gewesen wäre, das Fehlende aus dem Ausland zu beziehen, war Wien, als ein Konsumort von zwei Millionen Menschen, natürlich beliebt; da erschien die Riesenstadt, die jegliche Menge aufnehmen konnte, alles bar und zu gutem Preise bezahlte, allen jenen, die Waren zu verkaufen hatten, ob Lebensmittel oder Industrieprodukte, als die Stadt, von der sie lebten, deren Existenz die ihre erleichterte und verbürgte. Heute ist es natürlich umgekehrt; heute erscheint Wien als die Stadt, die den Ländern die Lebensmittel, die ja nirgends im Ueberfluß vorhanden sind und deren Absatz, was die Hauptsache ist, keine Beschwernisse macht, wegnehmen möchte, die den Anspruch erhebt, daß die Länder gleichsam das Letzte mit ihr teilen sollen, sie erscheint als die Stadt, die von ihnen lebt, oder sie wenigstens hindert, wenn sie das staatliche Gesetz anruft (Ablieferung, Höchstpreise), für ihre Produkte den letzten, noch eben erreichbaren Schleichhandelspreis zu erlangen. Solange die Landwirtschaft von der Sorge bedrängt war, wie sie ihre Erzeugung verkaufen könnte — und das war vor dem Kriege eine Sorge, wie es sich ja faßlich in den Agrarzöllen, in dem Verbot der Einfuhr von Vieh und Fleisch zeigte —, war natürlich Wien, das so viel konsumierte, die begehrte, die geehrte Stadt; nun, wo überall Mangel herrscht und es keine Schwierigkeiten mehr macht, den bescheidenen Ueberfluß, der sich irgendwo vorfinden mag, an den Mann zu bringen, ist die große Stadt, deren Hunger so schwer zu stillen ist, die gehaßte Stadt, die Stadt, die zu versorgen und zu ernähren die Länder als Last empfinden. Vormals konnte natürlich Wien, die Zweimillionenstadt, auf deren Konsum die landwirtschaftliche Bevölkerung angewiesen war, auftrumpfen, auf die Länder hochmütig hinabsehen. Das hat sich von Grund aus verändert; heute können sie hochmütig sein und sind es wahrlich, die Mehl, Kartoffeln, Milch und Butter zu verkaufen haben. Welches Geriß gab es in der Vorkriegszeit um die Sommerfrischler! Das waren die Leute, die in die Dörfer Geld brachten; die man deshalb herzlich einlud, freudig bewillkommnete und, damit sie ja nur wiederkommen, liebevoll behandelte. Heute sind die Wiener Sommergäste lästige Mitesser, Leute, die den Einheimischen sozusagen den Bissen vom Munde wegnehmen, die man also nicht mehr einladet, vielmehr sich sie mit allen Mitteln vom Leibe zu halten sucht. Die Länder, die selbst von Ernährungssorgen heimgesucht sind, die selbst sparen und sich Entbehrungen auferlegen müssen, empfinden dieses Wien, das von ihnen ernährt werden will, nur als schwere Last.

Das ist vor allem der Sinn jener Abneigung vor Wien, die sich gefühlsmäßig in dem Rufe verdichtet: Los von Wien! Es ist ein Teil jener Erscheinung, die da jetzt das gesamte Wirtschaftsleben beherrscht; man könnte sie die Entthronung des Geldes nennen. Das Geld hatte einst, als die Welt von Waren strotzte und die periodisch wiederkehrenden Wirtschaftskrisen darin bestanden, daß zu viel Waren aufgestapelt waren, so daß ihr Ueberfluß die Stockung bewirkte, eine ungehemmte Kaufkraft. Wer Geld hatte, hatte alles; weil ihm im Gelde die Verfügung über alles, über Güter wie über Menschen, gegeben war. Ganz abgesehen davon, daß schon die innerliche Verringerung der Kaufkraft des Geldes seiner einstmaligen Allmacht Abbruch tut — indem sie seine Wirkungsmöglichkeit einengt —, hat die furchtbare Entgüterung der Wirtschaft das Verhältnis zwischen Geld und Gütern umgestürzt: die Güter und insbesondere die Rohstoffe sind der entscheidende Faktor, wogegen das Geld geradezu in eine subalterne Stellung gedrängt worden ist. Nicht bloß in dem volkswirtschaftlichen Sinne hat sich das Verhältnis verschoben, daß die Nachfrage heute überall und in jedem Punkte das Angebot überwiegt, sondern auch psychologisch: die Besitzer der Güter und da natürlich vor allem die Besitzer der Güter, die dem unmittelbaren und dringendsten Bedürfnis dienen, die Besitzer der Lebensmittel, sind spröde, übermütig geworden, können beruhigt warten, daß man sie aufsucht, wogegen sich die „Nachfrage" zu einem Nachlaufen, Betteln, Umschmeicheln degradieren muß. Einstmals war es der Bauer, der unter Mühen seine Waren zum Markte brachte; jetzt ist es der Städter, der in die Dörfer kommt, jeden Preis zu bezahlen sich erbötig macht und dem Bauern noch hofieren muß: in diesem Unterschied ist der radikale Wechsel der Dinge sinnfällig zu erkennen. Wenn die Länder, die einstmals für Wien schwärmten, nun gegen Wien so hochfahrend reden, so hat das seine eigentliche Ursache darin, daß sie einstmals Wien gebraucht haben und nun Wien auf sie angewiesen ist.

Das ganze Geschwätz von dem „kaiserlichen" Wien, dem die Herzen zuflogen, und dem republikanischen, das nur Abneigung erweckt, hat also gar keinen Sinn und entspringt nur dem Unvermögen, die ökonomischen Grundlagen der Ideologie zu erkennen, oder dem Bedürfnis, sie zu verschleiern: weil es sich natürlich schöner ausnimmt, die Abneigung der Länder gegen Wien als die Empörung gegen die Republikaner, Sozialisten und Juden hinzustellen, wonach sie eine gewisse geistige Färbung annimmt, als wie sie als den Wunsch zu erkennen, alles selbst zu behalten und Wien, anstatt dessen Mangel zu teilen, seinem Schicksal zu überlassen. Der christlichsoziale Verfassungsentwurf, der die wirtschaftlichen Fragen auf das politische Geleise schieben will — wahrscheinlich auch deshalb, weil er auf das ökonomische Problem keine Antwort weiß —, ist ein Exempel dieser Eskamotage, die die Sache in die Ideologie verlegen möchte, statt, wo sie zu finden ist, nach den Ursachen der Ideologie zu forschen. Und die Professoren, die jetzt über das „zentralistische" oder „föderalistische" System ihre Plattheiten verbreiten — wie insbesondere der Herr Universitätsprofessor Hernritt, der über Bundesstaat oder Einheitsstaat so jede Woche einen Artikel produziert, mit jedem neuen aber neuerlich zeigt, daß er von den Problemen keine Ahnung hat —, entschlagen sich selbst der Bemühung, die gegenwärtige Machtverteilung zwischen Staat und Ländern zu analysieren; sie verbleiben, wie es schon ihre Art, im Bereich des Papiers. Natürlich ist auch die Ideologie mit ihrem ökonomischen Unterbau nicht identisch, und so fließt in der Abneigung der Länder, die ihre sehr erkennbare wirtschaftliche Ursache hat, auch Politisches, Geistiges mit; den christlichsozialen Länderbonzen mag es mit ihrer Wut über das

Arbeiterzeitung
14./VI. 1919

Arbeiter und Arbeiterinnen!

Der Kreisarbeiterrat Wien, zu seiner konstituierenden Sitzung am 13. d. versammelt, erklärt:

Der neugewählte Arbeiterrat bringt den wahren Willen des ganzen klassenbewußten Proletariats Wiens aller Richtungen zum Ausdruck und hat daher allein die Kompetenz,

Massenaktionen der Wiener Arbeiterschaft

einzuleiten, zu beschließen und zu ihnen aufzufordern.

Diese Klarstellung der Kompetenzfrage ist im Hinblick auf gewisse Aktionen in den letzten Wochen dringend geboten. Kleine Gruppen, die es meistens vorziehen,

unter dem Deckmantel der Anonymität

aufzutreten, erlassen Aufrufe zu Massenaktionen, die offensichtlich den Zweck haben, die Arbeiterschaft in Verwirrung zu bringen und zur

Veranstaltung eines Putsches

zu mißbrauchen. In der ersten Juniwoche sollte ein Streik in einigen Metallbetrieben, wo es sich um eine rein gewerkschaftliche Forderung (50 Kronen Abzug) handelte, den Vorwand bieten zur Veranstaltung eines Generalstreiks mit politischen Zielen. Nachdem dieser Versuch

an dem Willen der Arbeiterschaft gescheitert

ist, forderte einige Tage später ein anonymes „revolutionäres Soldatencomité" in Plakaten zu einer „Massendemonstration des Wiener Proletariats gegen den Abbau der Volkswehr" auf. Der Kreisarbeiterrat verurteilt den Erpressungsversuch der Entente betreffend den Abbau der Volkswehr, insbesondere im Hinblick auf die dadurch wirtschaftlich betroffenen Volkswehrmänner. Aber diese wirtschaftliche Frage der Volkswehrmänner muß vollständig getrennt beurteilt werden von der großen politischen Frage der Wehrfähigkeit der Revolution. Für die Stellungnahme zur ersteren sind in erster Linie die Volkswehrmänner selbst kompetent, über die politische Frage dagegen hat

nur die gesamte Wiener Arbeiterschaft

zu entscheiden, von der die Volkswehr zwar einen sehr wichtigen, aber doch nur sehr kleinen Teil bildet. Die große Schicksalsfrage, ob und wann eine Auflehnung gegen die Diktate der Entente möglich und zweckmäßig ist, kann nicht aus der berechtigten Empörung über Einzelforderungen, wie der Abbau der Volkswehr eine ist, sondern nur im vollen Bewußtsein der Verantwortlichkeit mit dem klaren

Blick aufs Ganze

zur Entscheidung gebracht werden. Der Arbeiterrat erwartet, daß sich die Volkswehr stets fühlen werde als ein

Instrument des proletarischen Klassenkampfes

der gesamten Arbeiterschaft. Vor allem hofft aber der Arbeiterrat, daß auch weiterhin die

Volkswehr als Einheit

wirken werde, daß alle Konflikte innerhalb der Volkswehr und damit

die Gefahr blutiger Zusammenstöße

zwischen den Volkswehrmännern vermieden werden. Die zwecklosen Opfer, die so zahlreich in Berlin und anderen deutschen Städten gefallen sind, gingen meistens hervor aus oft recht nebensächlichen Konflikten verschiedener Truppenteile. Die Wiener Arbeiterschaft will keine Wiederholung der

traurigen Berliner Beispiele.

Unsere Volkswehr soll stets bereit sein, als einige Kampftruppe zu wirken im

Dienste der Gesamtarbeiterschaft

gegen die Feinde des Proletariats.

Ueber die Taktik der Wiener Arbeiterschaft und damit auch über die Frage, ob die Alleinherrschaft des Proletariats in Wien zweckmäßig sei, kann allein der Wiener Arbeiterrat entscheiden. Der Arbeiterrat ist der Boden, auf dem die Meinungskämpfe innerhalb der Wiener Arbeiterklasse ausgetragen werden müssen und ausgetragen werden sollen. Der Arbeiterrat verwahrt sich daher von vornherein gegen jeden Versuch gewisser kleiner Gruppen, die Arbeiterschaft mit Gewaltmitteln vergewaltigen zu wollen. Zu der Befürchtung, daß derartiges geplant werde, geben die letzten

Vorgänge innerhalb der Kommunistischen Partei

genügend Grund. Die Kommunistische Partei hat in Wien, wie die Ergebnisse der Arbeiterratswahlen deutlich zeigen, bei weitem nicht einmal den zwanzigsten Teil der Arbeiterschaft hinter sich. In dieser Partei ist eine Spaltung eingetreten zwischen jenen, die einen Putsch in der gegenwärtigen Zeit unbedingt herbeiführen wollen, und jenen, die einen derartigen Versuch unter den gegebenen Umständen für

ein Verhängnis für die Arbeiterklasse

halten und die eine Wiederholung der Niederlage des Proletariats, wie sie in München erlebt wurde, vermeiden wollen.

Die Wiener Arbeiterschaft ist sich der Pflichten internationaler Solidarität bewußt und war stets froh, Genossen anderer Länder als Mitarbeiter in unserer Bewegung begrüßen zu können. Sie verwahrt sich aber dagegen auf das entschiedenste, daß über ihr politisches Schicksal durch das Diktat von Leuten entschieden werde, die die Verhältnisse Deutschösterreichs gar nicht und den Sozialismus überhaupt recht wenig lang kennen. Der Arbeiterrat erklärt, daß

der Arbeiterrat allein die verantwortliche Körperschaft

für die Entscheidungen der Wiener Arbeiterklasse ist. Er erwartet, daß die Kommunisten ihre Sache im Arbeiterrat vertreten werden, nicht gegen den Arbeiterrat.

Der Arbeiterrat ist das Forum, in dem die politischen Schicksalsfragen der Arbeiterklasse Wiens zu entscheiden sind, und die Arbeiterschaft Wiens wird sich gegen jeden Versuch der Vergewaltigung des Proletariats durch kleine Minoritäten, mögen sie reaktionär sein oder sich als revolutionär ausgeben, zur Wehr zu setzen wissen.

Für den Kreisarbeiterrat Wien:

Franz Ziegler. **Friedrich Adler.**

Kreisarbeiterrat Wien.

Der Kreisarbeiterrat Wien trat gestern Freitag um 3 Uhr nachmittags unter dem Vorsitz Friedrich Adlers zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Vor Eingang in die Tagesordnung hielt Adler eine Trauerrede für Rosa Luxemburg, deren Leichnam zu gleicher Stunde zu Grabe getragen wurde. In einer mehr als vierstündigen von Adler eingeleiteten Debatte, an der sich Sozialdemokraten und Kommunisten beteiligten, wurde die Kompetenzfrage des Arbeiterrats behandelt, und am Schlusse der von Adler eingebrachte Antrag auf Erlassung einer Kundgebung, deren Wortlaut wir an der Spitze des Blattes veröffentlichen, mit 235 gegen 27 Stimmen bei 6 Enthaltungen beschlossen. Ein ausführlicher Bericht über die wichtige Sitzung des Kreisarbeiterrats wird im Abendblatt der Arbeiter-Zeitung veröffentlicht

Der Abend
14./VI.1919

A 14
133

nd

Außerhalb Wiens und Straßenverkauf:
14 Heller.
Bezugspreis:
Deutschösterreich, Nationalstaaten und Deutschland:
monatlich . . . K 4.—
vierteljährlich . K 12.—
Leitung und Verlag: Wien, IX./4, Canisiusgasse 8—10.
Fernsprecher der Schriftleitung: 13243 und 13364.

...r der Schwächeren."

5. Jahrgang.

...n Putsch.

Die gestrige Sitzung des neugewählten Wiener Arbeiterrates

Auseinandersetzung über die Putschgerüchte.

Gestern nachmittags fand die konstituierende Versammlung des Wiener Arbeiterrates statt.

Friedrich Adler eröffnete im Auftrag der Obmänner der Wiener Bezirksarbeiterräte die Sitzung. Seine ersten Worte gelten dem Gedächtnis Rosa Luxemburgs. Er feiert sie als die unerschrockene Vorkämpferin des revolutionären Sozialismus. Er erinnert daran, daß sie schon lange Jahre vor dem Weltkrieg die Zusammenhänge zwischen Kapitalismus und Imperialismus aufzeigte, wie beide zu einem Weltkrieg führen und wie dieser Krieg den revolutionären Umsturz auslösen müsse.

Ein von den Obmännern provisorisch eingesetztes Viererkomitee übernimmt hierauf die Leitung der Versammlung. Als Tagesordnung wird festgesetzt:

1. Konstituierung;
2. Wahlen für die Mandatsprüfungskommission, Berufungskommission, welche unter anderem auch über die Zulassung von Vertretern der Polizei, Stadtschutzwache und Finanzwache zum Arbeiterrat beraten soll, ferner für die Approvisionierungskommission, die Geschäftsordnungskommission (in der auch die Frage der Immunität der Arbeiterräte behandelt werden soll) und die Finanzierungskommission, welche die Lösung der Frage der Deckung der Arbeitskosten des Arbeiterrates vorbereiten soll;
3. Die Kompetenz des Arbeiterrates;
4. Eingelaufene Anträge;
5. Eventuelles.

Die Wahlen werden vorgenommen.

Die Rede Dr. Adlers.

Dann ergreift Friedrich Adler zum dritten Punkt der Tagesordnung „Die Kompetenz des Arbeiterrates" das Wort: Der Wiener Kreisarbeiterrat als die Körperschaft des klassenbewußten Proletariats hat über alle politischen Vorgänge und Unternehmungen das maßgebende Urteil zu geben und die entscheidenden Schritte selber zu tun. Denn er ist hervorgegangen aus dem Willen der gesamten klassenbewußten Arbeiterschaft Wiens. Alle proletarischen Parteien sind in ihm vertreten. Einzig der Kreisarbeiterrat ist berufen, Massenaktionen durchzuführen. Keine politische Partei soll in ihrer offenen Betätigung gehemmt werden. Aber dagegen müssen wir uns wehren, daß unter dem Deckmantel der Anonymität das Proletariat Wiens zu Aktionen verleitet wird. Wir waren in den Vorarbeiten zum Arbeiterrat gehindert durch solche anonyme Komitees, mit deren Unternehmungen wir uns beschäftigen mußten.

Wir haben heute das dringende Bedürfnis, eine offene politische Aussprache mit den Kommunisten zu halten.

Der Arbeiterrat Wiens ist eine Vertretung der Arbeiterschaft. Daß Teile von ihr abgesprengt sind, ist bedauerlich, aber eine Tatsache, die hingenommen werden muß. Der Arbeiterrat soll nun der gemeinsame Boden für den Klassenkampf sein. Hier soll entschieden werden, was die Arbeiterschaft in Wien will. Die heutige Lage ist ernst und zugespitzt. Es gibt eine Gruppe in Wien, die die Veranstaltung eines Putsches wünscht. Es darf keine Vogel-Strauß-Politik betrieben werden, sondern klar heraus soll von den Kommunisten erklärt werden, welchen Standpunkt sie einnehmen. Vom revolutionären Soldatenkomitee das unbekannt ist, wurde gegen den Abbau der Volkswehr mit Plakaten, Flugzetteln, Massenkundgebungen vorgegangen. Wir müssen uns aber klarmachen, daß einzig allein der Wiener Arbeiterrat berechtigt ist, Kundgebungen jeder Art zu veranstalten. Der 15. Juni scheint nun der Stichtag zu sein für eine kommunistische Aktion. Innerhalb der kommunistischen Partei gibt es Meinungsverschiedenheiten. Der alte Vorstand ist zurückgetreten und ein Direktorium von vier Mitgliedern beherrscht die Partei. Was aber heute festgestellt werden muß, ist, daß die Frage der Diktatur nicht entschieden

Das Schlußwort Friedrich Adlers.

Friedrich Adler erhält das Schlußwort. Er sagt: Die Kommunisten hier sind nur in der Lage, für ihre Person sprechen zu können, aber nicht im Namen der kommunistischen Partei. Ausgenommen Dr. Wertheim. Sie, Dr. Wertheim, haben es abgelehnt, unsere Fragen zu beantworten. Dieses Schweigen ist Antwort. Wir schweben in Gefahr, daß die Arbeiterschaft Deutschösterreichs ein zweites München mitzumachen hat. Es ist eine Anmaßung, ohne Namen übermorgen diktieren zu wollen. Wir glauben nicht, daß derjenige, der von außen nach Deutschösterreich gesendet ist, um zu diktieren, dazu fähig ist, er kennt die Verhältnisse hier nicht. Wir sind stolz darauf, in diesen sieben Monaten die Arbeiterschaft Wiens vor schweren Fehlern bewahrt zu haben. Es wäre leicht gewesen, in dieser Zeit die Aktion zu führen. Ich hätte die Arbeiterschaft mitnehmen können. Aber es hat sich bei mir niemals um meinen Namen gehandelt, sondern immer nur um die Arbeiterschaft. Sie handeln, wenn Sie handeln, gegen die übergroße Mehrheit der Proletarier. Wenn sie es versuchen, übermorgen zu tun, so werden sie nicht Ungarn, sondern München nachahmen.

Eine Drohung.

Wir haben die Entschließung eingebracht, weil es nottut, den Willen der Arbeiterschaft kundzugeben. Wir erklären, wir haben nichts zu tun damit, was sie Sonntags vorhaben. Wir erklären, keine Gnade zu üben gegen diejenigen, die Politik treiben gegen die Arbeiterschaft und gegen den Arbeiterrat! (Starker Beifall.)

Unter „persönlichen Berichtigungen" stellt Friedländer fest, daß er seit einigen Wochen bereits aus dem Vorstand der kommunistischen Partei ausgeschieden sei und von einem 15. Juni nichts wisse.

Die Entschließung wird mit 235 gegen die 27 Stimmen der Kommunisten angenommen. Sechs Stimmenthaltungen. Hierauf wird die Entschließung Friedländers mit dem Abänderungsantrag Freys zur Abstimmung gebracht. Friedländer zieht seine Entschließung zurück, die von Frey wieder aufgenommen und mit der Abänderung beantragt wird. Sie wird bei Stimmenthaltung der Kommunisten angenommen. Ein Antrag auf Veröffentlichung der Entschließung Fritz Adlers durch die sozialistische Presse und Plakate wird gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen.

Die Kommunistenverhaftungen.

Es wird noch der Antrag gestellt, eine Untersuchungskommission wegen der Mißhandlung des Michael Eber zu bestellen. Dr. Adler erklärt: Wir werden uns für die Freilassung der verhafteten Kommunisten um so mehr einsetzen, als es eine politische Blödheit der Behörden sondergleichen ist, derart aufzutreten.

Der Antrag wird einstimmig angenommen. Die Sitzung wird um 9 Uhr geschlossen.

Arbeiterzeitung
15./VI. 1919
134

V. Rechte Wienzeile 97.
Stadt-Ausgabe und Meiner Anzeiger:
I. Schulerstraße 18.

Telephone:
Schriftleitung 880
Verwaltung 900
Anzeigen-Aufnahme 920
Ausgabestelle I. 9191
„ II. 40288
„ X. 68244
„ XIV. 88126
„ XVI. 84146
„ XVII. 17175

Telegramm-Adresse:
Arbeiter-Zeitung Wien.

Postsparkassenkonto:
Verwaltung u. Lokalabonnement 19210
Provinzabonnement. . . . 115988
Anzeigen. 182845
Ungarn 40292

Anzeigen übernehmen alle deutschen in- und ausländischen Anzeigenbüros.

Arbeiter-Zeitung

Zentralorgan der Sozialdemokratie Deutschösterreichs.

Erscheint täglich um 6 Uhr morgens, Montag um 2 Uhr nachmittags.

für Wien.
Bezugsbedingungen:
Wien: Mit Zustellung ins Haus:
Wöchentlich . . . . K 1.20
Monatlich . . . . . „ 5.—
Vierteljährig . . . „ 15.—
Provinz und Ungarn:
Monatlich . . . . . K 5.40
Vierteljährig . . . . „ 16.20
Tschecho-slovakischer Staat:
Monatlich . . . . . K 5.40
Vierteljährig . . . . „ 16.20
(Tschechische Kronen.)
Deutschland: Vierteljährig M. 20.—.
Für alle anderen dem Weltpostverein angehör. Länder: Vierteljährig Fr. 25.—.
Abonnements werden angenommen in der Verwaltung, V. Rechte Wienzeile 97, und in den Ausgabestellen:
I. Schulerstraße 18, Tel. 9191
II. Bazaranitengasse 30, Tel. 40288
X. Wielandplatz 5, Tel. 68244
XIV. Wiemingerplatz 6, Tel. 88126
XVI. Klausgasse 34, Tel. 84146
XVII. Lacknergasse 22, Tel. 17175
XXI. Angererstraße 14.
Für die an fremde Austräger oder Verschleißer bezahlten Beträge leisten wir keine Garantie.

Nr. 163. Wien, Sonntag, 15. Juni 1919. XXXI. Jahrgang.

Arbeiter und Arbeiterinnen!

Die Befürchtungen, denen der gestrige Aufruf des Kreisarbeiterrats Wien Ausdruck gab, haben sich bereits als vollständig berechtigt erwiesen. In Tausenden Plakaten und Flugblättern wird mehr oder minder unverhüllt für Sonntag vormittag

ein Putschversuch

in Aussicht gestellt. Nicht nur die Kommunistische Partei als solche, sondern auch ein „Zentralcomité der Arbeitslosenorganisationen" und ein „Zentralcomité der freien Vereinigung abgerüsteter Soldaten und Heimkehrer", also

anonyme Comités,

fordern zu einer Kundgebung für „die Errichtung der Räterepublik" auf.

Wir sind für die volle Freiheit der Meinungsäußerung und wollen daher auch niemandem das Versammlungsrecht verkümmern lassen. Was für heute Sonntag geplant wird, ist aber keine Volksversammlung zum Meinungsaustausch, sondern eine

Zusammenrottung zu Gewaltzwecken.

Das geht ganz deutlich aus dem kommunistischen Flugblatt an die Volkswehr hervor. Dort heißt es: „Jeder Volkswehrmann hat die Pflicht, mit der Waffe in der Hand an dieser Demonstration teilzunehmen."

Die morgige Veranstaltung ist also keine Versammlung im gewöhnlichen Sinne. Trotzdem wollen wir, daß von vornherein keine Gewaltmittel gegen den Putschversuch zur Anwendung gebracht werden. Es soll ganz deutlich werden,

wen die Verantwortung trifft,

wenn es zu Tätlichkeiten kommt.

Ein Gewaltstreich des „Vierercomités" mit dem der Wiener Arbeiterschaft vollständig unbekannten ungarischen Leutnant Bettelheim (oder Bernstein?) an der Spitze wird geplant.

Und daher beladen wir von vornherein dieses Vierercomité und seine Werkzeuge mit der vollen Verantwortung für alles Unheil, das heute entstehen kann.

Die Wiener Arbeiterschaft in ihrer überwältigenden Majorität will sich nicht zu gewissenlosen Putschversuchen mißbrauchen lassen und wird daher heute den kommunistischen Veranstaltungen fernbleiben.

Arbeiter und Arbeiterinnen!

Laßt euch nicht zu Putschversuchen mißbrauchen!

Glaubt nicht den sinnlosen Gerüchten, die sicher heute ausgesprengt werden!

Bewahrt ruhiges Blut!

Bleibt den gewissenlosen Veranstaltungen der Kommunisten fern!

Folgt einzig der Parole des Arbeiterrates!

Für die Exekutive des Wiener Kreisarbeiterrates:
Franz Ziegler.

Für die Wiener Mitglieder des Reichsvollzugsausschusses der Wiener Arbeiterräte:
Josef Benisch. Friedrich Adler.

Die heutige Flugblattverteilung.

Die Vertrauensmänner versammeln sich zur Flugblattverteilung um 6 Uhr früh in ihren Bezirken in folgenden Lokalen:

Innere Stadt: Café City, Werdertorgasse.

Leopoldstadt: Novaragasse, Vereinsheim; Kehrs Gasthaus, Obermüllnerstraße Nr. 23; Roths Gasthaus, Bellegardegasse Nr. 5.

Landstraße: Landstraße Hauptstraße Nr. 99/101, Parteisekretariat.

Wieden: Jarosch' Gasthaus, Favoritenplatz Nr. 1.

Margareten: Kohlgasse Nr. 27.

Mariahilf: Gumpendorferstraße Nr. 62.

Neubau: Burggasse Nr. 70 (Burgkeller).

Josefstadt: Leichengasse Nr. 13.

Alsergrund: Nußgasse Nr. 4, Bezirkssekretariat.

Favoriten: Laxenburgerstraße, Arbeiterheim, kleiner Saal.

Simmering: Drischützgasse Nr. 4, Privatlokal.

Meidling: Eichenstraße Nr. 50/52, Arbeiterheim.

Hietzing: Missindorfstraße Nr. 9, Privatlokal.

Rudolfsheim: Toßgasse Nr. 4, Bezirkssekretariat.

Fünfhaus: Zinkgasse Nr. 17, Privatlokal.

Ottakring: Klausgasse, Arbeiterheim, Parterresaal.

Hernals: Pezzlgasse Nr. 63, Bezirkssekretariat.

Währing: Plenergasse Nr. 7, Privatlokal.

Döbling: Pyrkergasse Nr. 38, Privatlokal.

Brigittenau: Sektion 1, 9 und 6: Wintergasse Nr. 29; Sektion 2, 3, 4 und 5: Karl Meiselstraße Nr. 11; Zwischenbrücken: Donaustädter Konsumverein, Vorgartenstraße Nr. 84.

Floridsdorf: Angererstraße Nr. 14, Arbeiterheim.

Stadlau: Zeitungsverschleiß Höchsmann, Stadlauerstraße.

Soldaten, haltet euch bereit!

Der „Freie Soldat" veröffentlicht in einer Sonderausgabe folgenden Aufruf:

Es droht heute dem Proletariat Deutschösterreichs eine schwere Gefahr. Sie erfordert die strengste Bereitschaft der gesamten proletarischen Soldaten Wiens.

Der Vollzugsausschuß der Soldatenräte der Volkswehr Wiens hat deshalb folgenden Beschluß gefaßt:

Der Vollzugsausschuß der Soldatenräte der Volkswehr Wiens ordnet ab Samstag 5 Uhr nachm. die Konsignierung der gesamten Garnison Wiens an. Ab 5 Uhr nachmittags haben die gesamten Volkswehrmänner in den Kasernen zu verbleiben und sich ausschließlich für die Befehle des Vollzugsausschusses bereitzuhalten.

Der Vollzugsausschuß der Soldatenräte der Volkswehr Wiens.

Vom Bataillon 41 erhält der Vollzugsausschuß folgende Meldung:

Das Bataillon 41, seine Soldatenräte, Bataillons- und Kompagnieführer erklären, daß sie, um die proletarische Einheitsfront der Soldaten zu erhalten, mit den übrigen Bataillonen der Garnison Wiens bereit sind, die vom Vollzugsausschuß angeordnete Konsignierung strikt zu halten.

Die Soldatenräte, Bataillons- und Kompagnieführer des Bataillons 41.

Konferenz der Obmänner der Bezirksarbeiterräte.

Heute Sonntag findet um 11 Uhr vormittags im Klubzimmer IV des Arbeiterheims Favoriten eine Obmännerkonferenz statt. Vollzähliges Erscheinen unbedingt nötig!

Soldaten!

Der Reichsvollzugsausschuß der Arbeiterräte Deutschösterreichs und die Exekutive des Kreisarbeiterrates Wiens fordern die Arbeiterklasse Wiens auf, sich an der heutigen Kundgebung der Kommunistischen Partei **nicht zu beteiligen,** sie aber auch nicht zu stören. Die Kommunistische Partei hat in einem gestrigen Abendblatt erklärt, daß sie alle Maßnahmen selbst treffen wird, um Ausschreitungen zu verhindern.

Der Vollzugsausschuß der Soldatenräte der Volkswehr Wiens erachtet deshalb alle jene, die die proletarisch-revolutionäre Disziplin dieser Kundgebung durch Putschversuche zu stören trachten,

als Desperados,
als Verbrecher an der Revolution.

Kameraden! Werdet in dieser schweren Stunde des Proletariats eurer stolzen Aufgabe bewußt:

Die Hut der Revolution liegt in eurer Hand! Lasset die Revolution durch Wahnsinn und Verbrechen nicht gefährden!

Vor allem, Kameraden, bewahret

Ruhe, Besonnenheit und Kaltblütigkeit!

Lasset euch aber **auch nicht durch Alarmnachrichten verwirren!** Eure Aktionen leitet der Vollzugsausschuß, nur seinen, und ausschließlich nur seinen Befehlen habt ihr zu gehorchen und nur Nachrichten von ihm Glauben zu schenken!

Duldet deshalb auch keine Agitation in den Kasernen, die die Volkswehr zerspalten könnte! Unbefugten verweigert den Eintritt! So harret geschlossen in den Kasernen der Anordnungen des Vollzugsausschusses! Kein Volkswehrmann und keine Volkswehrabteilung darf ohne ausdrücklichen Befehl des Vollzugsausschusses die Kaserne verlassen! Die revolutionär-proletarische Disziplin erfordert ungebrochene Einheit des Gesamtwillens des bewaffneten Proletariats.

Soldatenräte! Vor allem auf euch liegt die schwere Verantwortung für das einheitliche Handeln der Volkswehr. Aber mit euch tragen alle proletarischen Soldaten die geschichtliche Verantwortung, daß jeder Versuch eines Häufchens Wahnwitziger, die es wagen, das Schicksal der Wiener Arbeiterklasse in ein unsägliches Verhängnis zu verstricken und die Revolution neuerdings mit Arbeiterblut zu beflecken, zu Schanden wird!

Die Arbeiterklasse, die euch als den Hort der Revolution würdigt, erwartet von euch in ihrer schweren Stunde

die Erfüllung des Gelöbnisses der Treue,

das ihr dem Proletariat geleistet habt!

Soldaten! Genossen!

Schirmt und beschützet die Revolution!

Der Vollzugsausschuß der Soldatenräte der Volkswehr Wiens.

Mahnruf an die Invaliden!

Der Zentralverband der deutschösterreichischen Kriegsbeschädigten hat mit den auf den Plakaten ersichtlich gemachten Einladungen an Invalide, sich an der sonntägigen Versammlung zu beteiligen, **nicht das geringste gemein und warnt die Invaliden, sich an derartigen Kundgebungen zu beteiligen.**

Der Zentralverband der deutschösterreichischen Kriegsbeschädigten (Kriegsbeschädigtenvereinigung der Invaliden, Witwen und Waisen).

16. VI. 1919

137

Die Kundgebung der Wiener Kommunisten.

Budapest, 16. Juni.

Das Elend flüchtet aus den dumpfen Räumen des ärmlichen Heims auf die Straße. Die vom Hunger fahlen Gesichter sprechen das Unaussprechliche aus: was sie seit fünf Jahren entbehrt und gelitten, was sie krampfhaft begehrt und nie erreicht haben, den ganzen Jammer einer Millionenstadt, der die lebenserhaltende Nahrung entzogen wurde. Wiens Kommunisten veranstalteten am gestrigen Sonntag eine Riesendemonstration gegen den Hunger, gegen die Impotenz der Behörden, die nicht würdig sind, in diesen schweren Zeiten ihres verantwortungsvollen Amtes zu walten, gegen den hoffähig gewordenen Sozialismus, dem die Halbheit, die Unentschlossenheit, die Neurasthenie der politischen Kompromißmacher anhaftet. Eine erfreuliche, herzerquickende Erscheinung war diese aufgeregte Menge keinesfalls; sie war nicht lieb den Machthabern, die die Führer der Hungernden schon einen Abend vorher aus übertriebener Vorsicht verhaften ließen, auch den Sozialistenführern nicht, die die Menge mit ihrer Koalitionspolitik irregeführt haben; noch weniger der Polizei, die sich von ihren nicht weniger als glorreichen Traditionen noch immer nicht loszusagen vermag. Und so kam es, daß die Menge sich anschickte, das Gebäude des Landesgerichts zu stürmen und die Verhafteten zu befreien; so ward es möglich, daß gegen den bisher volkstümlichsten Arbeiterführer Fritz Adler Stimmen des Mißtrauens, ja geradezu des Hasses vernommen wurden; und so kam es zwischen den Demonstranten und der Polizei zu einem blutigen Zusammenstoß, dem leider viele Verwundete, aber auch Tote zum Opfer fielen. Die Polizei ging beim Angriff auf die Menge ganz spontan vor; sie gebrauchte den Säbel sowohl wie die Schießwaffe nach Herzenslust. Hingegen verhielt sich die Volkswehr der Kundgebung gegenüber ganz so, wie es von ihr ihr Klassenbewußtsein, ihr proletarisches Gefühl und die Solidarität der Arbeitenden mit Recht erheischte.

Die Kundgebung war ein neueres Zeichen der in der Tiefe der Herzen nistenden Unzufriedenheit, ein Wetterleuchten, das das Herannahen des Sturmes andeutet, eine weitschallende, jedem Verständigen einleuchtende Demonstration.

Ueber die Wiener Kundgebungen erhalten wir folgenden Bericht:

Wien, 15. Juni.

Gegen sechs Uhr abends begannen sich auf dem Schauplatz der Zusammenstöße die zurückgebliebenen Gruppen zu zerstreuen. Teile der Gruppen zogen noch zum Rathaus, vor dem sie sich eine Zeitlang aufhielten und sich schließlich auflösten. Allmählich wurden die Wache und die Volkswehr eingezogen. Nach 8 Uhr 30 Minuten rückte auch die berittene Wache in ihre Ubikationen ein. Nur einzelne Patrouillen bewachten weiterhin die wichtigsten Punkte des Schauplatzes der Kämpfe. Unter den Verletzten befinden sich acht Handelsangestellte, drei Schüler, zwei Invalide. Nach Berichten aus den verschiedenen Spitälern sollen einige Schwerverwundete ihren Wunden erlegen sein. (U. T.-K.-B.)

Wien, 15. Juni.

(Meldung des Ung. Tel.-Korr.-Bur.) Die heutige Demonstration hatte den Zweck, den Sozialdemokraten zu zeigen, daß die Arbeiterschaft Wiens für die Räterepublik sei. Gestern nacht hatte die Regierung auf Verlangen einiger Bankdirektoren und Industriellen verfügt, daß die Führer der Wiener Kommunisten verhaftet werden. So wurden während der Nacht verhaftet: Karl Toman, Dr. Paul Friedländer, Frau Friedländer, der ungarische Kommunist Bettelheim, Dr. Johannes Wertheim, der Führer der Arbeitslosen, und Frau Wertheim, die Redaktrice der Sozialen Revolution. Die Genannten hatten nachts in den Administrationslokalitäten der Sozialen Revolution eine Besprechung über das Programm der heutigen Demonstration. Schutzleute drangen in das Lokal ein und erklärten die Anwesenden für verhaftet. Während der Nacht wurden die Plakate der Kommunistischen Partei überall abgerissen.

Heute um ungefähr 10 Uhr vormittags versammelte sich eine riesige Menschenmenge, deren Zahl auf 20.000 bis 30.000 geschätzt wird, vor dem Rathause. Die Menge stand ohne Führer da. Arbeiterrat Ludwig Heidt teilte in einer Ansprache an die Menge mit, daß die Führer nachts verhaftet worden seien. Es wurde nun aus der Menge gefordert, man solle vor das Landesgerichtsgebäude ziehen, was auch sofort erfolgte. Eine aus zehn Mitgliedern der Partei bestehende Deputation begab sich zum Präsidium. Die Menge machte Miene, das Gebäude zu stürmen, wo Maschinengewehre aufgestellt waren, und eine Abteilung der Stadtschutzwache Aufstellung genommen hatte. Bald erschienen die Mitglieder der Deputation auf dem Balkon und teilten mit, daß nach den Versicherungen des Präsidiums kein politischer Häftling sich im Gebäude befinde. Darauf wurde aus der Menge gerufen, es müßten sich im Gebäude viele politische Gefangene befinden. Der Führer der Deputation erwiderte darauf, die politischen Gefangenen seien während der Nacht wahrscheinlich ins Polizeigebäude auf der Elisabethpromenade übergeführt worden. Nunmehr nahm die Menge Abstand von der Erstürmung des Gebäudes. Der Kommunistenführer Egon Erwin Kisch stellte in einer Ansprache an die Menge die Forderung, man möge zum Präsidenten der Nationalversammlung Karl Seitz gehen und von ihm die sofortige Freilassung aller Führer verlangen, widrigenfalls auf der Straße Blut fließen werde. Die Menge antwortete mit Rufen, man werde die Gefangenen selbst aus dem Polizeigebäude befreien.

Nun zog die Menge gegen die Elisabethpromenade, und zwar durch die Hörlgasse. Hier war ein Kordon berittener Polizisten postiert, hinter denen sich eine starke Abteilung der Stadtschutzwache befand. Die Menge wurde von rückwärts immer mehr nach vorne gedrückt, so daß sich die Sicherheitsmannschaft schließlich zurückziehen mußte, um in einer Entfernung von etwa achtzig Schritten wieder Aufstellung zu nehmen. Auf die Menge, die dann nachdrängte, richteten die berittenen Polizisten ihre Revolver, die Stadtschutzwache ihre Karabiner und gaben einige Salven gegen die vollständig unbewaffnete Menge ab. Nach einer Version gab es überhaupt keinen Einzelschuß, sondern die Polizisten gaben gleich Salven ab, und zwar wahrscheinlich, weil das Pferd eines Polizisten zum Sturze gebracht worden war. Aus der Menge fiel kein Schuß. Die Menge flutete zurück. Die Polizisten und die Stadtschutzwache gaben auf die zurückflutende Menge noch einige Salven ab. Es wurden auch diejenigen verletzt, die den schon Verwundeten Hilfe leisten wollten. Nach zirka fünf Minuten hörten die Salven auf. Es gelang den Demonstranten, die Verwundeten und Gefallenen ins Arkaden-Kaffeehaus zu tragen, wo ihnen von einer Sanitätspatrouille des benachbarten Militärkommandos und von Aerzten des Allgemeinen Krankenhauses gleich Hilfe geleistet wurde. Die Verwundeten wurden in Autos der Rettungsgesellschaft weggebracht. Auf dem Votivkirchenplatz versammelten sich neue Gruppen, die auf die Mitteilung, daß in der Hörlgasse sich noch Verwundete befinden, gleichfalls gegen das Chemische Institut, an der Ecke der Hörlgasse und der Währingerstraße vordrangen. Diese Gruppen, die bedeutend schwächer waren als die Stadtschutzwache, wurden aus eine Entfernung von 200 Schritten von der Polizei neuerlich mit Salven beschossen. Es gab wieder viele Verwundete.

Die Gesamtzahl der Toten ist, wie bisher festgestellt werden konnte, acht, die Zahl der Verwundeten nach Angabe der Rettungsgesellschaft 59. Viele der Verwundeten nahmen eine ärztliche Hilfe der Rettungsgesellschaft nicht in Anspruch und gingen fort, wenn ihre Verletzung nicht sehr schwer war. Unter den Verwundeten gibt es viele, die Herz- und Bauchschüsse empfangen haben.

Beim zweiten Ansturm dürften aus dem benachbarten Gebäude des Militärkommandos einige Volkswehrleute herbeigelaufen sein, von denen drei oder vier, aufgeregt durch die Ereignisse, einige Schüsse gegen die Wache abfeuerten. Doch wurden die Polizisten von ihnen nur leicht verletzt. Einige von ihnen erhielten Streifschüsse. Die schwerste Verletzung soll die eines Polizeiinspektors sein, der eine Kugel in den Oberschenkel bekam.

Während der Demonstration wurden die in der Nacht verhafteten Kommunistenführer enthaftet und zwei von ihnen, Dr. Friedländer und Toman, begaben sich sofort an die gefährdeten Stellen und hielten Reden, in denen sie auf die Menge beruhigend einwirkten. Es muß noch bemerkt werden, daß während der Demonstrationen die Menge sich gegen Friedrich Adler wandte. Dieser Umstand verdient um so mehr eine Beachtung, weil Adler bisher der populärste Führer der Sozialisten war. (U. T.-K.-B.)

Arbeiterzeitung
16/VI. 1919
16
138

Stadt-Ausgabe und Kleiner Anzeiger:
I. Schulerstraße 18.

Telephone:
Schriftleitung 88
Verwaltung 900
Anzeigen-Aufnahme 900
Ausgabestelle I 9191
„ II 40228
„ X 58244
„ XIV 33126
„ XVI 34146
„ XVII 17175

Telegramm-Adresse:
Arbeiter-Zeitung Wien.

Postsparkassenkonto:
Verwaltung u. Lokalabonnement 166.10
Provinzabonnement 157.586
Anzeigen 182.546
Ungarn 40.292

Anzeigen übernehmen alle bekannten in und ausländischen Anzeigenbüros.

Arbeiter-Zeitung

Zentralorgan der Sozialdemokratie Deutschösterreichs.

Erscheint täglich um 6 Uhr morgens, Montag um 2 Uhr nachmittags.

Bezugsbedingungen:
Wien: Mit Zustellung ins Haus:
Wöchentlich . . . . K 1.20
Monatlich . . . . . „ 5.—
Vierteljährig . . . . „ 15.—
Provinz und Ungarn:
Monatlich . . . . . K 5.40
Vierteljährig . . . . „ 16.20
Tschecho-slovakischer Staat:
Monatlich . . . . . K 5.40
Vierteljährig . . . . „ 16.20
(Tschechische Kronen.)
Deutschland: Vierteljährig M. 20.—.
Für alle anderen dem Weltpostverein angehör. Länder: Vierteljährig Fr. 25.—.
Abonnements werden angenommen in der Verwaltung, V. Rechte Wienzeile 97, und in den Ausgabestellen:
I. Schulerstraße 18, Tel. 9191
II. Pazmanitengasse 30, Tel. 40228
X. Wielandplatz 5, Tel. 58244
XIV. Wieningerplatz 6, Tel. 33126
XVI. Klausgasse 34, Tel. 34146
XVII. Backnergasse 22, Tel. 17175
XXI. Angererstraße 14.
Für die an fremde Austräger oder Verschleißer bezahlten Beträge leisten wir keine Garantie.

Nr. 164. Wien, Montag, 16. Juni 1919. XXXI. Jahrgang.

Ein Trauertag.

Der unselige Sonntag, den das vermessene „Direktorium" über Wien verhängte, hat furchtbar traurige Opfer gekostet. Zwölf Menschen tot, an fünfzig verwundet: das ist das entsetzliche Ergebnis einer verbrecherischen Politik, die ohne Bedenken darauf ausgeht, den Machtumsturz, den sie in dem Bewußtsein und in dem Willen der Arbeiterklasse nicht zu erzielen vermag, mit Gewalt, mit Blutvergießen herbeizuführen. Es war der bewußte Vorsatz der Veranstalter jener „Massenkundgebung", ein Blutbad herbeizuführen — zu dem Zwecke die Aufforderung an die Volkswehrmänner, die sie als die Ihren betrachten, „mit der Waffe in der Hand an dieser Demonstration teilzunehmen" —, um über Tote und Verwundete, über das vergossene Blut hinweg nach der Macht zu greifen, die ihnen die Arbeiterschaft, für die sie der Form nach alle Macht reklamieren, nicht zu überantworten gedenkt. Alle Macht den Arbeiterräten, sagen sie; aber den festen Beschluß des Wiener Kreisarbeiterrates, der berufenen Vertretung des Wiener Proletariats, haben sie freventlich mißachtet und, allen Mahnungen und Beschwörungen zum Trotz, diesen Sonntag veranstaltet, der Blut kosten sollte und Blut gekostet hat. „Und daher beladen wir von vornherein dieses Direktorium und seine Werkzeuge mit der vollen Verantwortung für alles Unheil, das Sonntag entstehen kann." So hat es der Wiener Kreisarbeiterrat erklärt, und die Verantwortung für das schreckliche Unheil, das gestern entstanden ist, fällt nun mit voller, zermalmender Schwere auf diejenigen, die den Putsch ersonnen und organisiert hatten, die das Blutvergießen in den Umfang ihres Denkens und Planes aufgenommen haben; denen Blutopfer nur ein Mittel mehr ihrer Agitation sind. Wem das Menschenleben heilig ist — und wem sollte es, zumal nach dem grausigen Blutvergießen des Krieges, nicht sein? —, wird sich mit Entsetzen von diesen kaltblütigen Rechnern abwenden, denen Leben und Tod von Menschen zu einem politischen Hilfsmittel geworden ist.

Dabei hat sich noch einmal gezeigt, daß die kommunistische Bewegung, soweit sie mit Gewalttätigkeiten und Putschen wirken will, von dem Wiener Proletariat geradezu einmütig abgelehnt wird. Mit welchen Mitteln wurde für die „Massenkundgebung" vor dem Rathause gearbeitet! Alle Leidenschaften aufgepeitscht, alle Egoismen entfesselt; ein ungeheures Aufgebot von Flugzetteln, Plakaten sollte die Massen auf die Beine bringen. Indessen haben sich zur der „Massenkundgebung", mit der das „Direktorium" den entscheidenden Schlag zu führen hoffte, kaum fünf- bis sechstausend Menschen eingefunden, von denen vielleicht die Hälfte innerlich unbeteiligte Neugierige waren. Braucht es noch eines Beweises, daß sich, wie es der Wiener Kreisarbeiterrat feststellte, die Wiener Arbeiterschaft in ihrer überwältigenden Majorität zu gewissenlosen Putschen nicht mißbrauchen lassen will, daß es so nicht eine Diktatur des Proletariats, vielmehr eine gegen das Proletariat wäre? Wer gibt diesen leichtfertigen Führern den frevlen Mut, den Willen der Arbeiterklasse für ein Nichts zu erklären, ihren eigenen Willen aber als das Gebot, dem sich das ganze proletarische Wien widerspruchslos zu fügen habe? Ist das revolutionär, kann das überhaupt noch als proletarisch betrachtet werden? Gebietet nicht vielmehr die revolutionäre Erkenntnis, das revolutionäre Gefühl, die Wegrichtung für das Handeln vor allem in dem Willen des Proletariats selbst zu sehen? Wir würden meinen, daß die Kommunistische Partei nach diesem Sonntag allen Anlaß hätte, das Vorgehen jenes „Direktoriums", das die ganze Arbeiterklasse vergewaltigen will und dem gesamten Proletariat schweren Schaden zufügt, unter die kritische Lupe zu nehmen; es kann auch ihr Wunsch nicht sein, daß die Arbeiter gebraucht und mißbraucht werden „wie Steine im Spiel", und blutige Taten geschehen, weil derlei Führer ihre Stunde für gekommen erachten. Für die kommunistischen Arbeiter ist dieser traurige Sonntag eine ernste Mahnung, diesem frevelhaft leichtfertigen Treiben zu steuern.

Vergebens werden sich die Diktatoren des „Direktoriums" darauf berufen, daß sie in der Samstagnacht verhaftet worden seien, also der Verantwortung enthoben und aus ihrer Festnahme der Anlaß entsprungen sei, der zu den blutigen Geschehnissen geführt habe. Ohne Zweifel wird man über die Zweckdienlichkeit dieser polizeilichen Maßnahme verschiedener Meinung sein können, aber selbst diejenigen, die für die Behörde, die berufen ist, für die Erhaltung der äußerlichen Ordnung zu sorgen, kein Recht der Abwehr, der Vorkehrung zulassen wollen, werden nicht bestreiten können, daß folgendes vorlag: auf der einen Seite der bewußte Plan, einen Putsch hervorzurufen, bestimmt, den gewaltsamen Umsturz der republikanischen Verfassung herbeizuführen, der bewußte Plan, dabei kein Gewaltmittel zu scheuen, also auch Blut zu vergießen, die Regierungsgebäude zu besetzen und sich der sozialdemokratischen Führer zu bemächtigen; auf der anderen Seite aber die Möglichkeit, dadurch, daß man das Wirken jenes Direktoriums für diesen furchtbar-kritischen Vormittag verhinderte, das drohende Unheil zu begrenzen, es in seinem gefährlichen Lauf zu hemmen, die Gefahren, die durch das gewissenlose Unternehmen über unser Gemeinwesen und über das gesamte Proletariat heraufbeschworen würden, zu begründen und zu verringern. Ist es wirklich so unerhört, daß man diejenigen, die über eine Tat brüten, die ein Verbrechen und ein Unglück geworden wäre, daran hindert, dieser Tat den ihnen gewünschten Umfang zu geben? Ist es wirklich ein unfaßbares Gewaltmittel, den Unseligen für wenige Stunden — um mehr hatte es sich vorweg nicht gehandelt und mehr geschah auch nicht — die Freiheit zu nehmen, soviel an Unheil auszusäen, als ihnen wünschenswert erscheinen mochte? Und wenn jeder das Recht hat, an der „Verhaftung" Kritik zu üben, sie mit Tadel zu bedenken — diese Führer, die die schlimmste Gewalt vorbereitet hatten, die, um zur Macht zu gelangen, ihre Gegner ungescheut vergewaltigt hätten, diese Diktatoren des Direktoriums sind zu ihr nicht berechtigt! Wenn sie über die „Verhaftung" zetern, sie, die einladen, „mit der Waffe in der Hand" an ihrer Demonstration teilzunehmen, so ist das wahrlich nur eine Heuchelei, der nicht zu unterliegen die einfachste Ueberlegung des Tatbestandes ausreicht. Die Sozialdemokraten haben weiß Gott ausreichend dargetan, daß sie auch den Kommunisten die politischen Freiheiten restlos zubilligen, die Freiheiten der Demokratie, die die Kommunisten so schroff verneinen; schon der Ernst, mit dem sich der Kreisarbeiterrat der Sache annimmt, ist dafür eine Bürgschaft. Aber kann denn eine bloße Vorkehrung zur Begrenzung eines Unheils, das sich drohend ankündigt, eine Beschränkung politischer Freiheit genannt werden?

Und ebensowenig wird es den Veranstaltern dieses unseligen Sonntag gelingen, die Verantwortung für das vergossene Blut von sich abzuschieben, weil es Schüsse der Wache waren, denen die schmerzlichen Opfer geschuldet sind. Wir sprechen nicht davon, daß es nach vielen einwandfreien Zeugnissen feststeht, daß der Stadtschutzwache jede Absicht, die Menge anzugreifen, fernlag, daß zuerst gegen sie geschossen wurde und daß sie ihre unglückseligen Schüsse erst abgab, als sie in förmlicher Lebensgefahr schwebte; es ist eine traurige Sache, bei Menschenleben auf Notwehr zu plaidieren. Darüber muß eine unbefangene und rücksichtslose Untersuchung, die wir nachdrücklich fordern, noch Klarheit schaffen. Die wahrhaft Schuldigen an dem Blutvergießen sind diejenigen, die das Blutvergießen in ihren Vorsatz aufgenommen haben; und kein nachträgliches Ableugnen, kein Vortäuschen, daß nur an eine politisch wirksame Demonstration gedacht wurde, wird die Tatsachen wegschaffen, die unzweideutig vorliegen: daß ein regelrechter Putsch vorbereitet wurde, bei dem es ohne Blutvergießen nicht abgeht. Dazu wurden in letzter Hinsicht die Demonstranten auf die Straße gerufen; der Gedanke, daß der politische Umsturz, der damit bewerkstelligt werden sollte, es wert sei, daß ihm Blutopfer dargebracht werden, ist den Menschen, die zu der Demonstration angerufen wurden, eingehämmert, er ist ihnen gleichsam als der Wesensinhalt dieser „Kundgebung" mitgegeben worden. Aus welchem Anlaß, an welcher Straßenecke sich dann diese Auffassung entladet, ist danach beinahe ein Zufall. Die Putschisten haben am 12. November geschossen, sie haben am Gründonnerstag geschossen, sie haben gestern geschossen; das Schießen und Blutvergießen dünkt ihnen ein sittlich erlaubtes Mittel! Sie können wahrlich nicht leugnen, daß sie schießen wollten, auch nicht, daß sie geschossen haben, sie tragen die furchtbar schwere Schuld, daß wieder Menschen ihr Leben gelassen, ihre Gesundheit verloren haben; diese Blutschuld wird von ihnen nimmer weichen.

Ein Tag der Trauer wird dieser fünfzehnte Juni sein und düsterer Schmerz senkt sich auf die Stadt, der dieser Unheilssonntag auferlegt ward. Wir kennen noch nicht die Namen der Opfer, nicht ihren Beruf, aber wer sie sein mögen, es sind Menschen, es sind Brüder, die da von dem Leben gewalttätig getrennt worden sind, deren Schicksal uns schmerzlich ergreift und denen wir nur das tiefste Mitgefühl zu widmen haben. Wir werden sie als Opfer einer unheilvollen Zeit zu Grabe geleiten und uns dabei geloben, die Geister aufzuklären, die Herzen mit menschlicher Liebe zu erfüllen, damit Tage und Taten wie diese sich nicht mehr wiederholen können. Genug der Opfer, genug des Kummers, genug der Qual! Die Arbeiter sollen einander nicht bekämpfen, sondern, sich zur unwiderstehlichen Einheitsfront vereinend, mit der ganzen Wucht der einigen Arbeiterklasse ihr Befreiungswerk fortsetzen. Heilig muß ihnen aber das Menschenleben sein, und keines darf in gewissenloser Leichtfertigkeit mehr aufs Spiel gesetzt werden.

Was geplant wurde!

Was am Sonntag tatsächlich beabsichtigt wurde, geht aus den nachfolgenden „Direktiven" hervor, die an die sogenannten Initiativ-Komités (J. K.) gesendet wurden. Diese J. K. bestehen nahezu bei jedem Bataillon der Volkswehr; sie haben über die kommunistischen Volkswehrleute diktatorische Gewalt und ihre Hauptaufgabe liegt darin, die Volkswehr zu kommunistischen Aktionen mitzureißen. An diese Initiativ-Komités sind nun für den Sonntag von den „Revolutionären Soldatencomités" folgende Direktiven gegeben worden:

Rundstampiglie:
Revolutionäres Soldatenkomitee
D.-Oe. Sekretariat.

Direktiven.

Was macht das J. K.?

Wenn der Befehl zum Ausrücken kommt

a) und die Soldaten auf Kampf zwischen Proletarier und Polizei ꝛc. stoßen, so **entfaltet der dazu schon jetzt vom J. K. bestimmte Genosse die rote Fahne und ruft ein Hoch auf die Diktatur ꝛc. aus.** Die anderen Vertrauensmänner stimmen begeistert ein, **setzen alles daran, um die ganze Abteilung mitzureißen** und sie schließen sich den Arbeitern an. Seite an Seite mit den Brüdern im Arbeitsrock kämpfen die Volkswehrleute gegen den gemeinsamen Feind, ob es sich um Polizei, Offiziersbataillone oder reaktionäre Studenten handelt.

b) und wenn die Soldaten **auf Gebäude stürmende Proletarier stoßen,** so entfalten sie (wie bei Punkt a) die rote Fahne, rufen Hoch, schließen sich an die Arbeiter an **und das Gebäude wird Hand in Hand mit dem Proletariat genommen. Die Abteilung besetzt das betreffende Gebäude und handelt laut Punkt c;**

c) und die Abteilung den Auftrag erhält, **irgend ein Gebäude u. s. w. zu besetzen,** ohne auf Kämpfende u. s. w. zu stoßen, dann hissen sie die rote Fahne auf dem Gebäude und verlangen, **daß das Kommando über dieses Gebäude in die Hände eines zu ernennenden Gebäudecomités übergeht,** das zu gleichen Teilen aus Kommunisten und Sozialdemokraten (Soldatenräte oder Mannschaft, aber keine Offiziere!) zusammengesetzt ist.

Bitte fortwährend Berichte schicken! Besonders nach jeder wie immer gearteten Aktion.

Danach wird man über die letzten Absichten dieser „Massenkundgebung" am Sonntag wohl nicht mehr im unklaren sein. Man wollte sich selbstverständlich nicht mit einem theoretischen „Hoch auf die Diktatur" begnügen, sondern die Volkswehr veranlassen, mit den Putschisten gemeinsame Sache zu machen und sie zu verführen, die verschiedenen „Gebäude" mitbesetzen zu helfen. An welche Gebäude da gedacht wurde, wird natürlich ebenfalls nicht zweifelhaft sein; man hoffte, sich auf diese Weise in den Besitz all der Gebäude zu setzen, in denen die staatliche Macht konzentriert ist. Mit

Abend
17. VII. 1919
139

irten würde. Indem wir neuerdings erklären, daß wir nicht bloß unsrerseits alle Angriffsoperationen eingestellt haben, sondern daß wir auch die notwendigen Maßnahmen getroffen haben, um unsern Abteilungen aufzutragen, im Sinne ihrer Aufforderung zu handeln und daß wir zu dem Zwecke alle technischen Vorarbeiten eingeleitet haben, bitten wir Sie freundlichst, die nötigen Schritte bei der tschechoslowakischen Republik und bei der Regierung des rumänischen Königreiches zu unternehmen, damit diese unsrem in diesem Sinne gerichteten Ersuchen stattgeben. Wir bitten ferner, diesen Regierungen genaue Instruktionen zu erteilen, daß sie Ihre Befehle ausführen, direkte Verbindungen mit uns suchen, und namentlich daß auch sie jedem unnötigem Blutvergießen und jeder Eroberung Einhalt tun, die nur die Leiden und Schrecken des Krieges verlängern."

Aus dem Parlament.

Unter den heute im Parlament erschienenen Abgeordneten wurden die Vorgänge des letzten Sonntags eifrig erörtert. Was den Wunsch nach Rückberufung Dr. Renners betrifft, so wurde darauf verwiesen, daß nach der Entgegennahme finanzieller Vorschläge der Entente jedenfalls eine Besprechung der maßgebenden Funktionäre mit Dr. Renner entweder in Feldkirch oder, falls die Zeit es gestattet, in Wien erfolgen werde.

Zur Frage des Zusammentrittes der Nationalversammlung wurde von mehreren Abgeordneten erklärt, daß vorläufig kein Arbeitsmaterial (!) fertiggestellt sei und sich daher die Debatte nur zu einer fruchtlosen (?) Kritik der traurigen Vorgänge vom Sonntag gestalten würde. Gleichzeitig wurde die Meinung geäußert, daß im Falle einer Wiederholung der sonntägigen blutigen Ausschreitungen es im Interesse der Gesetzgebung gelegen wäre, wenn diese ihren Sitz von Wien, das in letzter Zeit zu einem Herd von Unruhen geworden sei, in eine Provinzhauptstadt verlegen würde.

Tagesbericht.

Der blutige Sonntag.

Eine Interpellation im Landtage.

In der heutigen Sitzung des niederösterreichischen Landtages stellten die nationaldemokratischen Abgeordneten Dr. Lutz und Genossen an den Landeshauptmann eine Anfrage wegen des kommunistischen Putschversuches. In der Anfrage wird darauf hingewiesen, daß die kommunistische Propaganda immer heftigere Formen annehme. Diese auf einen gewaltsamen Umsturz und die Aufrichtung der Diktatur einer verschwindenden Minderheit gerichteten Bestrebungen werden von auswärtigen Agitatoren fast ausnahmlos jüdischer Volkszugehörigkeit geleitet. Die zu diesem Zwecke betriebene maßlose Hetze arbeite mit reichlichen Geldmitteln, die von der ungarischen bolschewistischen Regierung zur Verfügung gestellt werden.

Gegenüber diesem Treiben, das von allen Einsichtigen, einschließlich der sozialdemokratischen Arbeiterschaft, verurteilt wird, habe unsre Regierung bisher eine bedauerliche Nachsicht gezeigt. Der blutige Ausgang des Versuches und die außerordentliche Beunruhigung der Bevölkerung lassen sofortige Maßnahmen als notwendig erscheinen, um Vorgängen vorzubeugen, deren Wiederholung das entsetzlichste Unheil im Gefolge hätte. Die Regierung müsse endlich zu diesen gewaltsamen Umsturzversuchen eine entschieden ablehnende Stellung einnehmen.

Auch die einheimische Arbeiterschaft stehe dieser wüsten Propaganda vollkommen fern. Der Kreisarbeiterrat Wiens habe sich mit Recht dagegen verwahrt, daß über das politische Schicksal des Staates durch ein Diktat solcher Elemente entschieden werden solle. Diese ausländischen Hetzer müßten sofort abgeschafft werden. Pflicht der Allgemeinheit sei es, für diejenigen vorzusorgen, welche in Ausübung ihrer Pflicht oder ohne ihr Verschulden Opfer der blutigen Vorfälle geworden sind, und die Verantwortlichkeit für das Blutvergießen durch eine eingehende Untersuchung festzustellen. Die Gefertigten stellen daher die Anfrage:

1. Ist der Landeshauptmann geneigt, bei der Staatsregierung die sofortige Ausweisung aller Staatsfremden, deren Aufenthalt eine Gefahr

Die Opfer der Demonstrationen.

Wie berichtet, ist die Zahl der Todesopfer des sonntägigen Putschversuches auf fünfzehn gestiegen. Außer den elf Opfern, deren Namen bereits verlautbart wurden, sind noch folgende vier Personen gestorben:

der 35jährige Geschäftsdiener Robert Szimaszek, 10. Bezirk, Herzgasse Nr. 80 wohnhaft,

der 33jährige Verkäufer Franz Vejputnik, 6. Bezirk, Hofmühlgasse Nr. 20 wohnhaft,

der 20jährige Monteurgehilfe Ignaz Eisik, 16. Bezirk, Albrechtskreithgasse Nr. 36 wohnhaft, und

der 19jährige Expedient Leopold Madl, 14. Bezirk, Wurmsergasse Nr. 15 wohnhaft.

* * *

Im Spital ist heute, wie uns um die Mittagsstunde gemeldet wird, auch der 17jährige Dreher Dominik Smichal der Schußverletzung erlegen, welche er bei den Kämpfen am Sonntag in der Hörlgasse erlitten hat.

* * *

Verhaftung von Kommunisten in Edlach.

Im Hotel „Edlacherhof" in Edlach wurden gestern zwei ungarische Gäste Namens Szamdas und Kroisig verhaftet. In ihrem Besitze fand man Legitimationen, die von der ungarischen Gesandtschaft in Wien ausgestellt waren, und Waffen. Dem Vernehmen nach beabsichtigten die ungarischen Kommunisten, Attentate auf einige in dem obbezeichneten Hotel abgestiegene ungarische Aristokraten.

Abonnik
17./III. 1919
141

Abonnement für das Ausland:
Vierteljährig:
Bei den (Kreuzband-Versendung): Deutschland, Bulgarien und für Staaten des Weltpostvereines K. 32.
Bei den Postämtern: Deutschland M. 11.15, Schweiz Fr. 13.55, Belgien Fr. 15.95, Italien L. 14.47, Rumänien Fr. 17.90, Serbien Fr. 15.50, Bulgarien Fr. 15.55, Russland K. 8.50, Griechenland/d. d. Buchhandl. Eleftheroudakis & Barth, Athen oder Zeitungs-Expedition in Triest) K. 15.02. Europäische Türkei K. 17.45, Aegypten K. 16.64, Dänemark Kr. 12.90, Schweden Kr. 11.90, Norwegen Kr. 10.55, Finnland M. 15.10, Holland F. 4.—. Bei den Agenturen in Italien: Loescher & Co., Rom Fr. 15.80, Frankreich: Hachette & Cie., 111, Rue Réaumur, Fr. 15.80; England: Saarbach, London, 21, Bride Lane, Fleet Street, E. C. Siegle & Co., London E. C. 199, Leadenhall Street P. O., St. 1 sh. 1; Nordamerika: E. Steiger, 25 Park Place, G. E. Stechert 151—155 West 25 th St., L. A. Rosswag, 57, Second Avenue in Newyork, Doll. 6.40. Vertreter für das ganz Ausland: Saarbachs News Exch., Ges. m. b. H., Mainz
Für die an Agenten, Austräger oder Verschleißer bezahlten Beträge leisten wir keine Garantie.

se.

1919.

Zugestanden wurde die Volksabstimmung in Oberschlesien; Danzig solle Freistadt werden und nicht zu Polen gehören und es scheint, daß auch sonst an der Ostgrenze, wo ein Zweifel besteht, die Volksabstimmung über die Zugehörigkeit entscheiden soll.

Die Gefahr des Rückfalles in den Krieg.

Die Steinwürfe in Versailles zeigen, wie ernst die Gefahr eines Rückfalles in den Krieg ist. Die Ungeheuerlichkeit eines solchen Beschlusses der Konferenzmächte, das Grauen, welches dieser Gedanke einflößt, sind überwältigend und fallen aufs Herz.

Von der Möglichkeit, von der Wahrscheinlichkeit der Nichtunterzeichnung muß nach den Stimmungen in Weimar auch heute gesprochen werden. Gewißheit fehlt allerdings, da die Erklärungen der Parteien noch nicht vorliegen, die eine sichere Meinung gestatten würden. Aber schon die Vorstellung, daß wir heute tatsächlich wieder am Rande eines Krieges sind, wird als unerträglich empfunden. Das ist nicht ein Krieg, sondern der Untergang eines Zeitalters. Die Konferenzmächte verkünden bereits, daß Franzosen, Engländer, Amerikaner, Czechen und Polen Deutschland von allen Seiten einschnüren werden. Die Polen werden ihnen die Kohle von Oberschlesien, die Franzosen die des Ruhrgebietes wegnehmen. Der Krieg soll nach den Absichten in Frankreich in wenigen Tagen beendigt werden. Auch mit der Zerreißung von Deutschland in Nord und Süd, dem Ideal der französischen Politik, wird gedroht. England will mit der schärfsten Blockade einsetzen. Die Tiere im Walde werden nicht so gehetzt wie das deutsche Volk, das diesen Kräften keine Armee entgegenstellen kann und wehrlos ist. Es hat die Kanonen und die Maschinengewehre ausliefern müssen. Die schwerste Krise ist für Deutschland angebrochen. Wird sein Wille, der sich gegen die Unterzeichnung auflehnt gebeugt werden? Das ist die ernste Frage, auf die heute keine sichere Antwort zu geben ist.

Ein Tag nervöser Spannung.

Beunruhigende Gerüchte für den Nachmittag.

Wien, 17. Juni.

Gegen die in der Samstagnacht verhafteten kommunistischen Führer und Agitatoren wird, so weit sie wieder freigelassen worden sind, die Untersuchung trotzdem fortgesetzt. Für heute nachmittags 5 Uhr ist der Kreisarbeiterrat zu einer Vollversammlung in das Arbeiterheim einberufen, um den Bericht des fünfgliedrigen Untersuchungsausschusses über die Schuld an den blutigen Vorgängen des Sonntags entgegenzunehmen.

---

gnügungsfahrten. Es ist unbegreiflich, wie die Wiener Taxameterbesitzer mit allen möglichen Verordnungen in ihrer Verdienstmöglichkeit gehindert werden. Auch ist es unbegreiflich, daß Geschäftsleute, die wegen der schlechten Zugsverbindungen heute auf das Automobil angewiesen sind, dasselbe zu ihren Geschäftsreisen nicht verwenden können, wenn sie in Wien ansässig sind. Aber in der Provinz kehrt man sich an alle Verordnungen der Wiener Regierung nicht und macht Vergnügungsreisen im Automobil, die nicht nur einen, sondern mitunter zwei Tage dauern. Es ist ein Zeichen, daß für derartige Reisen doch noch Benzin genügend vorhanden ist."

[Zweijähriger chemischer Fachkurs für Frauen.] Die Einschreibungen finden jeden Montag und Donnerstag von 3 bis 4 Uhr nachmittag in der Kanzlei des Laboratoriums, 9. Bezirk, Spitalgasse 31, - Telephon 16119, statt, wo auch Auskünfte erteilt werden. Beginn des Unterrichtes 1. Oktober.

[Zeitungskorrespondenz Weiß.] Ab 15. d. befindet sich das Bureau der Zeitungskorrespondenz Weiß Wien, 9. Bezirk, Liechtensteinstraße 3. Telephon 18184.

[Verband der Hilfsgruppen Angehöriger Kriegsgefangener.] Freitag den 20. d. um 7 Uhr abends findet im Saale des Elektrotechnischen Instituts, 4. Bezirk, Gußhausstraße 25, ein Lichtbildervortrag des Ingenieurs Heinrich Junk über Rußland und Sibirien statt, der am Samstag den 21. d. zur selben Stunde und am gleichen Orte fortgesetzt wird. Karten hiezu sind im Verbandslokal, 1. Bezirk, Börsegasse 11, erhältlich.

[Gemütlicher Abend des Operntheaters.] Am Mittwoch den 18. d. um 6 Uhr abends veranstaltet die Neuangekommission der Gemeinschaftsküche des Operntheaters in Hopfners Parkhotel Schönbrunn, 13. Bezirk, Hietzinger Hauptstraße 12/14, einen gemütlichen Abend mit musikalischen und humoristischen Vorträgen, sowie Tanzproduktionen. Mitwirkende sind ausschließlich Mitglieder des Operntheaters, und zwar Solopersonal, Orchester, Chor und Ballett. Eintrittskarten zum Preise von 10 K. sind bei den Portieren des Operntheaters und beim Portier in Hopfners Parkhotel Schönbrunn erhältlich.

[Ein Toter auf dem Kahlenberg.] Sonntag wurde im Walde nächst dem Hotel Kahlenberg die Leiche eines Mannes gefunden. Sie wurde als die des 29jährigen polnischen Oberleutnants in der Reserve Anton Czarnik, zu Lemberg geboren, erkannt. Czarnik dürfte schon zwei Tage vorher an der Stelle von plötzlichem Tode ereilt worden sein.

[Der Minoritätenschutz im Friedensentwurf und die jüdischen Nationalratswahlen.] Heute findet um ½8 Uhr abends in den „Drei Engel-Sälen", 4. Bezirk, Große Neugasse 36, eine jüdische Volksversammlung statt. Referenten Abgeordneter Ingenieur Robert Stricker u. a. Thema: Der Minoritätenschutz im Friedensentwurf und die jüdischen Nationalratswahlen.

Kommunismus in Deutschösterreich und in Ungarn zu verwenden.

Ueber Dr. Wertheim hat in einer Sonntag in Kagran abgehaltenen Versammlung Unterstaatssekretär Dr. Waiß folgende Mitteilungen gemacht:

Als Hauptmannauditor führte ich am 29. Juli 1918 eine Verhandlung gegen den der kommunistischen Propaganda angeklagten Dr. Wertheim. Es war ein verschüchterter Jüngling, der während der ganzen Verhandlung mehr stammelte als redete und zum Schluß der Verhandlung sich an mich mit der Bitte wendete: „Lassen Sie mich das unbeschriebene Blatt sein, das ich bisher war. Ich werde mich niemals mehr in Politik einmischen, sondern mich nur meinen Studien widmen!" Dr. Wertheim mußte, da der Zeugenbeweis für einen Schuldspruch nicht ausreichend war, freigesprochen werden. Nach der Verhandlung gab er mir mit Tränen in den Augen die Versicherung, er werde sich künftighin „brav" aufführen. Als kürzlich eine Vertretung der Kommunisten wegen des Abbaues der Volkswehr bei der Regierung vorsprach, fand ich unter dieser Abordnung auch Dr. Wertheim, den ich sofort mit den Worten begrüßte: „Sind Sie noch immer das unbeschriebene Blatt?" Unter den in dem Lokal der Kommunisten, Pulverturmgasse Nr. 7, vorgestern abend Verhafteten, 115 an der Zahl, befand sich auch Dr. Wertheim.

Die Opfer der sonntägigen Demonstrationen.

Außer den elf Opfern, deren Namen verlautbart wurden, sind noch vier Personen gestorben: Der 35jährige Geschäftsdiener Robert Szimaszek, 10. Bezirk, Herzgasse 80 wohnhaft, der 33jährige Verkäufer Franz Besputnik, 6. Bezirk, Hofmühlgasse 20 wohnhaft, der 20jährige Monteurgehilfe Ignaz Eisik, Albrechtskreithgasse 36 wohnhaft und der 19jährige Expedient Leopold Madl, 14. Bezirk, Wurmsergasse 15 wohnhaft.

Ein sechzehntes Todesopfer der Zusammenstöße.

Heute ist ein weiterer Verletzter, der Eisendreher Dominik Michal, einer Schußverletzung, die er am Sonntag bei den Zusammenstößen erlitten hat, erlegen.

Damit erhöht sich die Zahl der Todesopfer auf sechzehn.

Die Leichenfeier für die Opfer der sonntägigen Zusammenstöße.

Tag und Stunde des Leichenbegängnisses der sechzehn Opfer des blutigen Sonntags stehen noch nicht fest, da selbstverständlich eine gerichtsärztliche Untersuchung der Leichen erfolgen muß.

Das Leichenbegängnis dürfte voraussichtlich am Freitag direkt vom Zentralfriedhofe aus stattfinden.

Verhaftung ungarischer Kommunisten in Edlach.

In Edlach wurden gestern zwei Ungarn, ein gewisser Szamvas und Kroisigk, verhaftet. Sie waren im Edlacherhof abgestiegen und machten sich durch ihre häufigen telephonischen Gespräche mit Wien bemerkbar.

Ein Kellner des Hotels erstattete die Anzeige, daß die beiden ihn veranlassen wollten, die Speisen der im selben Hotel wohnenden Grafen Apponyi, Grafen Croy und Cousy mit einem Narkotikum, das sie zur Verfügung stellten, zu durchsetzen.

Die Gendarmerie, der die Anzeige erstattet wurde, nahm die Verhaftung vor. Im Besitze der Verhafteten fand man einen Passepartout der Wiener ungarischen Gesandtschaft und scharf geladene Revolver.

Die Verhafteten versuchten den Fall harmlos aufzuklären, mußten dann aber zugeben, daß sie es auf einen Raub von Akten und Dokumenten der ungarischen Aristokraten abgesehen hatten.

Die Verhaftung wurde vorgenommen, als die Agenten, die während des Sonntags in Wien geweilt hatten, nach Edlach zurückgekommen waren. Die Verhafteten wurden dem Gerichte in Gloggnitz überstellt. Die Wiener Polizei ist von dem Vorfall verständigt worden.

Eine Interpellation im niederösterreichischen Landtag.

In der heutigen Sitzung des niederösterreichischen Landtages überreichten die Abgeordneten Dr. Lutz (Nationaldemokrat) und Genossen eine Anfrage, betreffend die Vorfälle beim sonntägigen Putschversuch der Kommunisten. In der Anfrage wird darauf hingewiesen, daß die kommunistische Propaganda immer heftigere Formen annehme. Diese auf einen gewaltsamen Umsturz und die Aufrichtung der Diktatur einer verschwindenden Minderheit gerichteten Bestrebungen werden von auswärtigen Agitatoren fast ausnahmslos jüdischer Volkszugehörigkeit geleitet. Die zu diesem Zwecke betriebene maßlose Hetze arbeite mit reichlichen Geldmitteln, die von der ungarischen bolschewistischen Regierung zur Verfügung gestellt werden. Gegenüber diesem Treiben, das von allen Einsichtigen einschließlich der sozialdemokratischen Arbeiterschaft verurteilt wird, habe unsere Regierung bisher eine bedauerliche Nachsicht gezeigt. Der blutige Ausgang des Versuches und die außerordentliche Beunruhigung der Bevölkerung lassen sofortige Maßnahmen als notwendig erscheinen, um Vorgängen vorzubeugen, deren Wiederholung das entsetzlichste Unheil im Gefolge hätte. Die Regierung müsse endlich zu diesen gewaltsamen Umsturzversuchen eine entschieden ablehnende Stellung einnehmen. Auch die einheimische Arbeiterschaft stehe dieser wüsten Propaganda vollkommen ferne. Der Kreisarbeiterrat Wiens habe sich mit Recht dagegen verwahrt, daß über das politische Schicksal des Staates durch ein Diktat solcher Elemente entschieden werden solle. Diese ausländischen Hetzer müßten sofort abgeschafft werden. Pflicht der Allgemeinheit sei es, für diejenigen vorzusorgen, welche in Ausübung ihrer Pflicht oder ohne ihr Verschulden Opfer der blutigen Vorfälle geworden sind und die Verantwortlichkeit für das Blutvergießen durch eine eingehende Untersuchung festzustellen. Die Gefertigten stellen daher die Anfrage:

1. Ist der Herr Landeshauptmann geneigt, bei der Staatsregierung die sofortige Ausweisung aller Staatsfremden, deren Aufenthalt eine Gefahr für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung bedeutet, zu veranlassen?

2. Gedenkt der Landeshauptmann bei der Staatsregierung die Forderung zu erheben, daß Staatsfremden, deren Aufenthalt im Inlande aus den gedachten Gründen nicht wünschenswert erscheint, die Einreise nach Deutschösterreich verboten wird?

3. Ist der Herr Landeshauptmann geneigt, die Staatsregierung zu veranlassen, daß für die in Ausübung ihrer

Arbeiterzeitung
17. VII. 1919

An das Wiener Proletariat!

In einem Aufruf an die „Arbeiter und Soldaten" erbreistet sich das kommunistische Direktorium — ein Häuschen von vier Leuten! —, die Wiener Volkswehr als ein „blindes Werkzeug" der „kapitalistischen Regierung" hinzustellen, das von ihr als „nicht verläßlich genug" am Sonntag kaserniert wurde. Es erhebt die Frage:

Was hat die Regierung und vor allem die sozialdemokratische Partei veranlaßt, die Volkswehr an einem solchen Tage zu kasernieren und das Proletariat wehrlos der Weißen Garde auszuliefern?

Und schließt mit dem Aufruf:

Proletarier! Die Volkswehr schien unserer kapitalistischen Regierung nicht „verläßlich" genug, in das revolutionäre Proletariat zu schießen. Unsere bourgeoise Koalitionsregierung kann sich nur noch auf die Weißen Garden, Polizei und Teile der Stadtschutzwache verlassen. Sie fürchtet die Volkswehr, die Arbeiter im Waffenrock!

Arbeiter und Arbeiterinnen! Wir klagen die kapitalistische Regierung an, wir klagen vor allem die Sozialpatrioten an, daß sie aus Furcht vor dem revolutionären Willen der Masse durch weißen Terror das Proletariat verbluten lassen. Proletarier! Ihr werdet auf diesen Verrat eine Antwort finden!

Der Vollzugsausschuß der Soldatenräte der Volkswehr Wiens stellt dieser ungeheuren Anschuldigung gegenüber fest:

In unzähligen Manifestationen haben die Wiener Volkswehrmänner und ihre Vertreter im Vollzugsausschuß feierlichst erklärt, daß sie sich

im Dienste des Gesamtproletariats

und nicht eines Teiles der Arbeiterschaft stehend betrachten und gewillt sind,

das Treueverhältnis der Solidarität zwischen Proletariat und Soldatenschaft

auch in der Stunde der Not zu halten. Das Direktorium der Kommunistischen Partei ist nicht die Vertretung der Arbeiterklasse Wiens, ihre sonntägige Aktion war keine Aktion des Proletariats. Die von mehr als einer halben Million Wiener Arbeiter erwählten Arbeiterräte haben mit Zustimmung des Vollzugsausschusses der Soldatenräte Wiens in einer feierlichen Kundgebung erklärt, daß nur der Arbeiterrat **den wahren Willen des ganzen klassenbewußten Proletariats Wiens aller Richtungen zum Ausdruck bringt** und daher allein die Kompetenz hat, Massenaktionen der Wiener Arbeiterschaft einzuleiten, zu beschließen und zu ihnen aufzufordern, und daß somit

der Arbeiterrat allein die verantwortliche Körperschaft

für die Entscheidungen der Wiener Arbeiterklasse ist. Er erwartet, daß die Kommunisten ihre Sache im Arbeiterrat vertreten werden, nicht gegen den Arbeiterrat.

Das kommunistische Direktorium hat **den Willen des Wiener Proletariats mißachtet und gegen den Arbeiterrat** die Vorbereitungen zum bewaffneten Aufstand fortgesetzt. Der Arbeiterrat hat hierauf in seiner sonntägigen Kundgebung die Verantwortung dieses wahnwitzigen Unternehmens festgestellt. Er erklärte:

Und daher beladen wir von vornherein dieses Viererkomitee und seine Werkzeuge mit der vollen Verantwortung für alles Unheil, das heute entstehen kann. Die Wiener Arbeiterschaft in ihrer überwältigenden Majorität will sich nicht zu gewissenlosen Putschen mißbrauchen lassen und wird daher heute den kommunistischen Veranstaltungen fernbleiben!

Im Sinne dieser Kundgebungen des Arbeiterrates beschloß die Volkswehr die Sicherungsmaßnahmen für die

durch das verblendete Direktorium gefährdete Revolution.

Im Einvernehmen mit den Vertretern aller kommunistischen Genossen in der Volkswehr wurde die Konsignierung der Garnison Wiens vom Vollzugsausschuß angeordnet. Der Vollzugsausschuß traf alle Vorbereitungen, er allein ordnete die Besetzung der Staatsämter, des Parlaments und des Rathauses an, er verfügte die strategischen Maßnahmen zur Sicherung der Innern Stadt, auf seinen Befehl konzentrierte sich die Volkswehr an verschiedenen Punkten der Stadt. Es ist daher

eine unerhörte Entstellung der Wahrheit,

die Volkswehr als ein willenloses Werkzeug einer „kapitalistischen Regierung" als,

die Mauer einer „Weißen Garde"

hinzustellen.

Der Vollzugsausschuß erklärt, daß die Volkswehr Sonntag im Sinne ihrer Parole fest entschlossen war, jeden Putschversuch niederzukämpfen.

Wir proletarischen Soldaten lassen die Revolution durch wahnsinnige Verbrechen nicht gefährden!

Die Arbeiterschaft hat die Teilnahme an diesem wahnwitzigen Abenteuer abgelehnt. Unsere Pflicht als die berufenen Hüter der Revolution war es,

das Treugelöbnis dem Proletariat zu halten und seine Revolution zu schirmen und zu beschützen.

Im Dienste dieser Aufgabe stand Sonntag auch die Stadtschutz- und Sicherheitswache. Wir leugnen nicht die Notwendigkeit einer strengen und gerechten Untersuchung der blutigen Zusammenstöße. Aber wir stellen fest, daß die gegen Kordone der Sicherheitswache anstürmenden und feuernden, als Sturmbock vorgeschobenen Jugendlichen und Invaliden nicht als das Wiener Proletariat anzusehen sind, und **lehnen entschieden den Versuch des kommunistischen Direktoriums ab, die schwere Blutschuld, die auf ihm lastet, auf die „Weiße Garde" und die „kapitalistische Regierung" abzuwälzen.**

Die Blutschuld für das sonntägige Morden fällt mit zermalmender Wucht auf das kommunistische Direktorium!

Der sonntägige Putsch war in allen Einzelheiten vorbereitet. In Tausenden Aufrufen der Kommunisten wurden die Soldaten aufgefordert, bewaffnet zu erscheinen, und in Zirkularschreiben den kommunistischen Vertrauensmännern in den einzelnen Volkswehrbataillonen genaue Direktiven für die Erstürmung von Staatsgebäuden gegeben. Sonntag morgen wurden Tausende Aufrufe verteilt, die den Soldaten zurufen: „Die Stunde der Befreiung ist da!" In einem zweiten Aufruf: „An die Proletarier und Soldaten" wird den Soldaten versprochen:

Wenn ihr die Diktatur des Proletariats verwirklicht, so wird es euch so ergehen wie euren ungarischen Brüdern, die dreifachen Lohn beziehen und in den Palais der Reichen wohnen. Habt ihr die Diktatur des Proletariats errungen, so wird die ungarische Räterepublik ihre durch die Eroberung der Slovakei gefüllten Getreidespeicher auch euch zur Verfügung stellen. Wie lange wollt ihr noch mit verschränkten Armen zuwarten? Arbeiter, heraus! Hinweg mit der Bourgeoisie! Hoch die Proletarierdiktatur! Hoch die Räterepublik Deutschösterreich!

Daß also der Putsch vom kommunistischen Direktorium geplant, vorbereitet und gewollt war, unterliegt keinem Zweifel. **Die volle, schicksalsschwere Schuld für das vergossene Blut der Arbeiter, der Frauen und Kinder lastet auf ihm!**

Angesichts des erschütternden Endes des verbrecherischen Abenteuers dieser vier Leute und ihrer Werkzeuge erklärt der Vollzugsausschuß der Soldatenräte namens der Volkswehr Wiens feierlichst:

Wir Soldaten stehen auch fernerhin treu zur Arbeiterklasse Wiens und dem von ihr erwählten Arbeiterrat, bereit, mit ihr für die volle Macht im Staate zu kämpfen. Wir werden uns aber niemals als Werkzeug eines kleinen, verirrten und verblendeten Teiles der Arbeiterschaft mißbrauchen lassen! Wir wollen fernerhin bleiben, was wir waren und sind:

Die getreuen Schildträger des Proletariats!

Der Vollzugsausschuß der Soldatenräte der Volkswehr Wiens.

Die Opfer des Sonntag.

Im Laufe der gestrigen Vormittagsstunden wurden abermals zwei Todesopfer durch Verwandte agnosziert. Es sind der kriegsbeschädigte Hilfsarbeiter Adolf Baldesari, im Kriegsspital in Pflege, und der 33jährige Hilfsarbeiter Franz Höller.

Spät abends wird noch gemeldet: Von den bisher nicht agnoszierten Todesopfern des Kampfes in der Hörlgasse ist wieder eines erkannt worden. Der Tote ist der Kutscher Franz Kohner, im Jahre 1897 geboren, Klosterneuburgerstraße Nr. 91 wohnhaft. Im Laufe des heutigen Tages ist keines der Opfer gestorben.

Gegenüber der auf Gerüchten beruhenden Mitteilung, es sei während der gestrigen Tumulte aus einem Fenster im dritten Stock des Hauses Hörlgasse Nr. 8 (Wasa-Gymnasium) auf die Demonstranten geschossen worden, wird uns mitgeteilt, daß die Behauptung vollständig erfunden ist. Im dritten Stock ist nur eine Privatwohnung, die eines Primararztes, eines älteren Herrn. Die übrigen Räume im Stockwerk nimmt das archäologische Institut des Gymnasiums ein. Aus beiden Wohnungen ist nicht geschossen worden.

Fünfzehn Tote.

Die Zahl der Toten bei der sonntägigen Demonstration ist bisher auf fünfzehn gestiegen.

Das Gerücht über Dumdumgeschosse.

Die Behauptung, daß bei den unglückseligen Vorgängen in der Hörlgasse Dumdumgeschosse in Anwendung gekommen sind, sucht der „Abend" durch die Mitteilung eines Gewährsmannes zu stützen, der dort einen Patronenkarton für scharfe Patronen mit Einschußhülsen gefunden haben will und diesen Karton auch vorwies. Der Karton mag tatsächlich existieren, aber damit ist noch nicht der Beweis erbracht, daß er wirklich in der Hörlgasse gefunden worden ist. Die Einschußpatronen wirken allerdings wie Dumdumgeschosse, wenngleich sie einen anderen Zweck haben, und bei der Schlamperei, mit der im alten Staate gewirtschaftet wurde, ist es auch gelegentlich vorgekommen, daß solche Kartons irrtümlicherweise zwischen andere geraten. Es ist aber gleichwohl völlig ausgeschlossen, daß irgend ein Stadtschutzmann solche Patronen besaß und verwendete, denn die von drei Mitgliedern des Vollzugsausschusses der Soldatenräte — darunter einem Soldatenrat des kommunistischen Bataillons Nr. 41 — vorgenommene peinlichst genaue Visitierung der Gewehre und der Munition hat, wie abermals festgestellt werden kann, ergeben, daß keine wie immer gearteten Dumdumgeschosse in Anwendung gekommen sind. Wie das Gerücht entstanden sein mag, haben wir bereits erklärt. Nach fünf Kriegsjahren sollten die Menschen überhaupt schon wissen, daß Dumdumgeschosse immer dort auftauchen, wo man sie zu propagandistischen Zwecken und zur Verleumdung des Gegners braucht.

* * *

Amtlich wird gemeldet: Am Sonntag nachmittag wurde im Vollzugsausschuß der Soldatenräte beim Landesbefehlshaber davon gesprochen, daß nach einer eingelaufenen Meldung die Stadtschutzwache Dumdumgeschosse verwendet habe, nämlich Geschosse, deren Spitze abgeplattet gewesen sei. Die Herren vom Vollzugsausschuß meinten, es wäre vielleicht gut, eine Revision der Munition vorzunehmen. Der anwesende Zentralinspektor Oberpolizeirat Dr. Pamer erklärte sich selbstverständlich sofort einverstanden und betonte, daß übrigens die ganze Munition seinerzeit vom Arsenal ausgefaßt worden sei. Es wurde sogleich vom Soldatenrat des Bataillons Nr. 41 Hoffmann sowie einem anderen Soldatenrat in Gegenwart eines Teiles des Vollzugsausschusses der Stadtschutzwache eine eingehende Revision der Munition und der Gewehre, die in Betracht kommen, bei den Stadtschutzabteilungen vorgenommen, welche ergab, daß die Munition vollständig einwandfrei war.

Verhaftung des vermutlichen Urhebers der Schießerei.

Ein Teilnehmer an den Demonstrationen wurde noch gestern verhaftet, von dem man auf Grund vieler Verdachtsgründe und Zeugenaussagen annehmen kann, daß er einer der ersten, vielleicht der erste gewesen ist, der auf die Sicherheitswache bei den Sturmszenen in der Hörlgasse geschossen hat. Der Mann ist der 23jährige Handelsangestellte Valerio Witaschek; er ist seiner Angabe nach erst am 14. d. aus Pola hier eingetroffen, wie er behauptet, um hier Waren einzukaufen. Witaschek gibt zu, sich an den Demonstrationen beteiligt zu haben, will aber nur als Neugieriger in der Hörlgasse gewesen sein. Verhaftet wurde er, weil er aufreizende Reden führte und die Menge gegen die Behörden scharfzumachen suchte. Nach seiner Verhaftung ergaben sich gewichtige Verdachtsgründe, daß Witaschek den Kommandanten des Stallpostens Floridsdorf, Revierinspektor Pöllmann, durch einen Revolverschuß am Bauche lebensgefährlich verletzt hat. Witaschek wurde gestern dem Landesgericht eingeliefert.

Kein Schuß in der Kolingasse.

Der sozialdemokratische Vertrauensmann der Abteilung 17 der Stadtschutzwache Hernals Wilhelm Pelz, der Sonntag am Eingang der Kolingasse das Kommando über seine Kameraden führte, ersucht uns mitzuteilen, daß seine Abteilung, obgleich sie angeschossen, beworfen und bespien wurde, von der Schußwaffe keinen Gebrauch gemacht hat. Diese Feststellung erscheine notwendig, weil in einigen Berichten behauptet worden ist, daß auch in der Kolingasse geschossen wurde. Wilhelm Pelz führt als Zeugen für die Wahrheit seiner Angabe den Gemeinderat Genossen Jirecek.

Arbeiterzeitung
18./VI. 1919

143

Sitzung des Kreisarbeiterrates.

Bericht der Untersuchungskommission.

Im Favoritener Arbeiterheim trat um 6 Uhr abends der Kreisarbeiterrat zusammen, um den Bericht der Untersuchungskommission über die blutigen Vorgänge vom Sonntag entgegenzunehmen. Der Besuch der Versammlung war in Anbetracht der allgemeinen Spannung massenhaft. Der große Saal und die Galerien waren dicht besetzt.

Friedrich Adler eröffnete die Versammlung mit einigen Worten des Gedenkens an die Proletarier, deren Blut am Sonntag geflossen ist. Die Versammlung erhebt sich von den Sitzen. Zum Vorsitzenden wurde Janecek gewählt. Den Bericht der Untersuchungskommission über die Ursachen der Ereignisse am 15. d. erstattete Friedrich Adler. Sein Referat nahm zweieinhalb Stunden in Anspruch. Es machte großen Eindruck und wurde ruhig angehört, nur selten durch einzelne Zwischenrufe unterbrochen. Aus seinen Ausführungen lassen wir einen Auszug folgen, der natürlich nur das Wesentlichste enthalten kann.

Friedrich Adler:

Die Kommission soll nicht ein Urteil fällen, sondern Material liefern, damit der Kreisarbeiterrat selbst ein Urteil feststellen kann. Es war nicht leicht, Klarheit in die Dinge zu bringen. Wir waren und sind entschlossen, die Wahrheit festzustellen, ohne Rücksicht auf Personen. Wir sind der Meinung, daß es in dieser schweren Situation keine Politik gibt, sondern nur die Wahrheit festgestellt werden darf. Deshalb haben wir alle irgend wie in Betracht kommenden Personen einvernommen, auch den Staatssekretär Eldersch und den Präsidenten Seitz. Wir haben auch das Direktorium der Kommunisten eingeladen, aber die Kommunisten haben es abgelehnt, Aussagen zu machen. Doch liegt von dieser Seite eine Darstellung in dem kommunistischen Flugblatt über die Ereignisse vor. Wir wollten auch, daß ein Vertrauensmann der Kommunisten an der Versammlung teilnehme, und ich war persönlich bei den Kommunisten und es wurde mir zugesagt, bis 9 Uhr abends uns einen Vertrauensmann zu nennen. Um 9 Uhr wurde uns aber mitgeteilt, daß die Kommunisten nicht wünschen, an dieser Kommission teilzunehmen.

Adler bespricht nun die Behauptung, daß angeblich Dumdumgeschosse verwendet wurden, wie es der „Abend" behauptet und durch die Abbildung der Aufschrift einer Hülse eines solchen Geschosses erhärten wollte. Wir haben die Sache mit diesen E-Hülsen genau untersucht und festgestellt, daß es sich um ein reines Mißverständnis handelt. Diese Hülsen sind

nicht Einschußhülsen, sondern Eisenhülsen,

die nicht so haltbar wie die Messinghülsen und deshalb mit E bezeichnet wurden. Wir hatten uns von der Stadtschutzwache solche Hülsen vorlegen lassen und hatten auch festgestellt, daß die Wache schon nach den Novemberereignissen die ganze Munition genau untersucht hat. Wenn wir uns die Situation vom Sonntag vergegenwärtigen, so müssen wir zunächst feststellen, daß eine Versammlung unter Umständen einberufen war, die in jedermann das subjektive Gefühl hervorrufen mußte, daß eine

gewaltsame Aktion beabsichtigt

sei. Auch der Arbeiterrat war sich ja darüber klar und hat aus diesem Gefühl seine ernste Warnung erlassen. Daß eine gewaltsame Aktion in Aussicht stand, unterliegt keinem Zweifel. Auch die Kommunisten haben es ja nie abzuleugnen versucht, daß sie bereit sind, mit Gewalt eine Aenderung des herrschenden Systems herbeizuführen. Am 5. d. hat eine Demonstration gegen den Abbau der Volkswehr beim Votivpark stattgefunden, die in Ruhe verlief, aber es fiel damals von einem Führer der Kommunisten der Ruf: „Diesmal noch in Ruhe, das nächstemal kommen wir mit den Waffen, wenn es beim Abbau bleiben sollte!" Diese Demonstration war das Signal für die ganze Bevölkerung, daß mit Waffengewalt gedroht wurde. Mir war damals sofort klar, daß der 15. Juni, an dem der Abbau stattfinden sollte, der Stichtag sei, für den etwas geplant sei. Nun ist es gelungen, den Abbau abzuwehren, und ich dachte anfangs, daß damit die Gefahr vorbei sei. Aber in der Sitzung am Freitag mußten wir konstatieren, daß das eine Täuschung sei. Auf unsere Frage an die Kommunisten, was sie am Sonntag beabsichtigen, erhielten wir die Antwort durch den Zwischenruf: „Das werdet ihr am 16. Juni sehen!" und durch das Schweigen der anderen.

Der Zweifel, den man am Freitag noch haben konnte, war aber Samstag früh geschwunden, als Wien mit jenen Flugblättern und Plakaten überschwemmt wurde, deren Inhalt ja ganz eindeutig war. Wie ernst es war, bewies nicht nur die ganze Aufmachung, sondern vor allem auch das Flugblatt, das die Volkswehrmänner auffordert, bewaffnet zu erscheinen.

Wir haben überdies festgestellt, daß sich die Absichten noch klarer aus Ereignissen in der Provinz beweisen lassen. Freitag war das Mitglied des Direktoriums Koritschoner in Ternitz und hat dort dem rasch zusammengetrommelten Arbeiterrat vorgeschlagen, es solle dort die Rätediktatur ausgerufen werden. Wenn er auch schließlich seinen Willen nicht durchsetzte, weil die Ternitzer das ohne die Wiener-Neustädter nicht machen wollten, so hat er dort doch ein klares, wenn auch romantisches Programm entwickelt, wie die Ausrufung der Räterepublik erfolgen sollte. Es sollte durch ein Höhenfeuer von einer Anhöhe bei Vöslau allen Genossen angezeigt werden, daß der Augenblick für die Ausrufung der Räterepublik gekommen sei. Auch in Stockerau hat eine Versammlung stattgefunden, in der ein Redner aus Wien, der sich für den Genossen Steiner aus dem Arsenal ausgab oder dafür ausgegeben wurde, erklärte,

Sonntag sei der Stichtag

und die Stockerauer sollten den Wienern zu Hilfe kommen. Die Wiener-Neustädter „Gleichheit" wurde Sonntag vom kommunistischen Blatte in Oedenburg angerufen und gefragt, ob die Räterepublik schon ausgerufen sei, da man den Satz schon fertig habe, und als das verneint wurde, wurde entsetzt gefragt: „Warum denn noch nicht?" In Ungarn fand an diesem Tage der Rätekongreß statt, und man wünschte dort die Eroberung Wiens für die Räterepublik mitzuteilen. Das alles beweist, daß dieser Termin sehr ernst gemeint war.

Nun ist es denkbar, daß beim Direktorium im letzten Moment am Samstag eine Meinungsänderung eingetreten ist. Samstag erschien ja der Aufruf des Kreisarbeiterrates in der Arbeiter-Zeitung und es ist möglich, daß sie sich entschlossen, die Sache zu vertagen, und die Kommunisten berufen sich auch darauf, daß sie schon am Samstag gesagt hätten, daß sie nur eine friedliche Demonstration wollten.

Wie schaut nun dieses Alibi aus?

Es ist im „Abend" eine Mitteilung erschienen, daß ein Redakteur dieses Blattes eine Unterredung mit einem hervorragenden Mitglied der Kommunistischen Partei hatte, das erklärte, daß nichts geplant sei, und, Herr Colbert bemerkte dazu, er sei auch gegen die Räterepublik. (Heiterkeit.) Wir bekennen, wir haben nicht gewußt, als wir das lasen, daß der „Abend" ein offizielles Publikationsorgan der Kommunistischen Partei ist. (Zustimmung und Heiterkeit.) Wir haben nicht gewußt, daß derartige Beziehungen bestehen, sondern wir haben bisher gewußt, daß der „Abend" ein Privatunternehmen ist, das auf Sensation spekuliert. (Beifall.) Wir haben ja vom „Abend" derartige Sensationsnachrichten oft erlebt, daß wir dem nicht unbedingt Glauben beimessen mußten. Allerdings haben wir in der Untersuchung feststellen können, daß diesmal wirklich ein Mitglied der Kommunistischen Partei, Genosse Melcher, dem Redakteur Weiß diese Mitteilung gemacht hat. Aber wir meinen, wenn die Kommunisten im Ernst eine gewaltsame Demonstration ablehnen wollten, dann hätten sie nicht den Weg einer anonymen Darstellung zu wählen, mindestens hatten zu sagen, daß die Erklärung vom Genossen Melcher stamme, der zwar nicht dem Direktorium angehört, aber doch gewisse Funktionen in der Kommunistischen Partei hat. Aber noch ehrlicher wäre es gewesen, wenn sie auch da wieder den Weg gegangen wären wie bei der Ankündigung der bewaffneten Kundgebung. Sie hätten sich vielleicht auch die Mühe geben müssen, ein paar Flugblätter und Plakate mit der Unterschrift der Partei hinauszugeben.

Auch die Absage hätte in denselben Formen erfolgen müssen wie die Ansage.

Sie begreifen also, daß man uns nicht zumuten kann, wenn sie es nicht offiziell erklären, ein Sensationsblatt als Publikationsorgan der Kommunisten anzuerkennen. Wir konnten das also auch nicht als Alibi anerkennen. Die Lage war also die, daß bis Samstag früh an der Absicht einer gewaltsamen Demonstration nicht gezweifelt werden konnte und die Kommunisten daran offenbar auch nicht gezweifelt haben.

Dr. Adler bespricht nun das Verhalten der Polizei gegenüber der geplanten Demonstration. Die Untersuchungskommission hat die absolute Ueberzeugung gewonnen, daß die Polizei und der Staatssekretär des Innern Genosse Eldersch bei ihren Entschließungen, die wir keineswegs alle billigen, von dem Willen ausgegangen sind, daß keine Gefahr für das Leben von Menschen entstehe. Am Samstag sprach alles dafür, daß es am Sonntag zu einem gewaltsamen Unternehmen kommen werde, wozu noch Nachrichten aus Ungarn kamen, wie von dort aus mit Geld gearbeitet wird. Auch kam die offizielle Mitteilung, daß tausend Rotgardisten an der Grenze stehen, um am 15. Juni einzumarschieren und eventuell die Gendarmen zu entwaffnen. Ferner auch Nachrichten über gewisse Reisen kommunistischer Führer, die klar machten, daß etwas am Werke sei, und es war der Polizei bekanntgeworden, daß Maßnahmen großen Stils getroffen waren, um die Mitglieder der Regierung zu verhaften, und noch Samstag mitternacht wurde es für durchaus möglich gehalten, daß in der Nacht oder am frühen Morgen eine Verhaftung der führenden Persönlichkeiten der Sozialdemokratie durch die Kommunisten erfolgen werde. Es steht einwandfrei fest, daß von Ungarn Summen von

hunderttausend Kronen für die Ablieferung sozialdemokratischer Staatssekretäre

geboten wurden. Die Frage war nun, wie man einem gewaltsamen Aufstand begegnen und doch Opfer vermeiden könne. Da standen sich nun zwei Anschauungen gegenüber. Der Polizeipräsident meinte, das beste wäre, die Versammlung zu verbieten, die Bezirkszüge in den Bezirken zu zerstreuen und das Direktorium als Anstifter für die Zeit der Untersuchung in Gewahrsam zu bringen und ihm die Möglichkeit zu entziehen, das Leben anderer Menschen in Gefahr zu bringen.

Nun sind wir gewiß für die Freiheit der Meinungsäußerung, aber in diesem Falle handelte es sich nicht um die Meinungsfreiheit, sondern um ein gewaltsames Unternehmen und ich bekenne allerdings, daß ich den Kommunisten gewiß das Recht zuspreche, ihre Ziele mit den Mitteln der Gewalt zu verwirklichen, wenn sie es als zweckmäßig ansehen, aber ich war immer auf dem Standpunkt, daß wir nur dann das Recht haben, mit Gewalt vorzugehen, wenn die anderen die Gewalt begonnen haben. Diesen Standpunkt habe ich auch in der Zeit des Absolutismus eingenommen und ich war dazu berechtigt, weil damals statt Recht und Gesetz nur Gewalt herrschte. Sicher ist, daß, wer Gewalt übt, damit rechnen muß, daß ihm mit Gewalt geantwortet wird,

es kommt darauf an, wer mit der Gewalt beginnt.

In diesem Falle ist es unzweifelhaft, daß die Initiative zur Gewalt von Ihnen ergriffen wurde, was die Flugblätter allein schon beweisen, und es gibt keine Staatsform, die es sich gefallen lassen kann, daß, wenn jemand zur Gewalt gegen sie greift, sie nicht ebenfalls dazu griffe — auch eine kommunistische Regierung in Moskau oder Budapest oder München nicht, und wenn Sie in Wien die Herrschaft hätten, auch Sie nicht.

Der Redner legt nun die Mißverständnisse bezüglich der Verhaftung dar. Wir dachten, durch die Ablehnung des Versammlungsverbotes sei auch jede andere Idee fallen gelassen, Eldersch wieder meinte, daß das damit nichts zu tun habe, und stimmte damit der Polizei zu. Die Polizei wieder wollte bloß das Direktorium verhaften, und zwar in der Wohnung, erfuhr, daß zehn Leute eine Sitzung halten, es stellte sich aber heraus, daß es 115 waren. Von der Verhaftung erfuhr Seitz und ich erst am nächsten Tage. Die Soldatenräte allerdings noch bei Nacht, sie hielten sie für einen Fehler, wobei die Meinung nicht einheitlich darüber war, wann sie enthaftet werden sollen. Die Polizei stand auf dem Standpunkt, daß sie den Bettelheim kennen lernen wolle. Auch die Soldatenräte wünschten die Durchführung der Verlustrierung.

Die Kommunisten behaupten nun, daß die Verhafteten eben die Ordner waren, die die friedliche Art der Versammlung beweisen. Undenkbar wäre ja das nicht, daß sie wirklich im letzten Augenblick ihre Ansichten geändert hätten. Nur spricht dagegen, daß die einen von ihnen behaupten, es sei bereits beschlossen worden, die Demonstration friedlich durchzuführen, die anderen aber, es hätte erst beschlossen werden sollen. Noch weniger stimmt dazu, daß man

bei diesen Ordnern Revolver gefunden

hat, was eine Ausrüstung ist, die sich für Ordner gerade nicht empfiehlt und auch nicht üblich ist. Das Traurige an der Verhaftung ist, daß die Demonstration jetzt plötzlich ein Objekt bekam. Wie sehr wir alle gegen die Verhaftungen waren, beweist der Umstand, daß, als ich davon erfuhr, ich sofort alles daran setzte, sie rückgängig zu machen, und daß als ich im Staatsamt deshalb intervenierte, ich mit zwei Genossen des Soldatenrates dort zusammenkam, die dasselbe wollten.

Was nun den blutigen Sonntag betrifft, so wissen wir ja alle, wie leicht jetzt Schüsse losgehen. Wenn uns jemand in dem kommunistischen Flugblatt vorwirft, es habe die Absicht bestanden, Blut zu vergießen, so enthalte ich mich jeder Bemerkung darüber, daß jemand meint, es könnte jemand, der Verantwortung für das Proletariat hat, daran denken, Proletarierblut zu vergießen. Das können nur Leute machen, die mit der Gewalt spekulieren. Wenn sich die Kommunisten angewöhnt haben, die

Polizei und Stadtschutzwache

als „Weiße Garde" zu bezeichnen, so empfinde ich das als ungerechte Verdächtigung, weil ich weiß, daß das auch nur Proletarier sind und mancher von ihnen ein schon lange organisierter Proletarier. Allerdings müssen wir auch einsehen, daß es nicht Uebermenschen sind, und dürfen nicht vergessen, daß doch ein gewisses Maß von Selbstüberwindung dazu gehört, sich nicht nur beschimpfen und bespucken, sondern auch mit Steinen und Eisenstücken bewerfen zu lassen. Man hat auf die gefährdeten Punkte nicht Polizei gestellt, sondern Volkswehr, gegen die eine ganz andere Stimmung besteht. Da hat nun aber ein Riegel versagt, er wurde durchbrochen und die Leute stießen plötzlich nicht auf Volkswehr, sondern auf Stadtschutzwache.

Nun gehen die Meinungen auseinander,

wer zuerst geschossen hat,

nämlich ob von den Demonstranten oder aus einem Gymnasium, sicher aber ist, daß die Stadtschutzwache mit dem Schießen nicht angefangen hat. Es ist auch sicher, daß die Stadtschutzwache zunächst blind geschossen hat, daß auch eine Polizeiabteilung auf die geschossen wurde, nicht zurückschoß, sondern kehrt machte. Durch die Zeugen ist erwiesen, daß zunächst von Zivilisten geschossen wurde, dann die Stadtschutzwache eine blinde Salve abgab und als dann die Menge wieder vorstürmte, es zu dem traurigen Schießen kam.

Von allen Fragen, die hier auftauchten, ist die wichtigste die, ob die proletarischen Parteien die Arbeiterräte als die kompetente Instanz anerkennen, die die Entscheidungen in allen wichtigen politischen Fragen der Arbeiter zu treffen haben. Wenn das nicht der Fall sein sollte, würden wir zu Zuständen kommen, wie in Deutschland. Denn wenn der Arbeiterrat besteht, die Parteien sich aber an seine Beschlüsse nicht zu kehren brauchen, dann ist das die Zerklüftung der Arbeiterklasse.

Es handelt sich auch um eine Frage der Existenz des Gedankens der Arbeiterräte. Wir sind bereit, mit Ihnen die Arbeiterräte zu verbessern, aber wenn sie drohen, die Arbeiterräte zu verlassen, so sprengen Sie diese Institution und machen es unmöglich, aus ihr ein Instrument des Klassenkampfes zu machen. (Lebhafter Beifall.)

Es sprachen dann Eichinger (Kommunist), Tomann (Kommunist), Dr. Frey, Koritschoner (Kommunist), Kampichler und Eldersch. Danach wurde die Sitzung um 1/2 1 Uhr nachts auf Samstag vertagt. Die Stunde wird noch bekanntgegeben werden. **Ein ausführlicher Bericht über diesen Teil der Sitzung erscheint heute im Abendblatt.**

Neue freie Presse

144

18./VI. 1919

Ruhiger Verlauf des heutigen Tages.

Wien, 17. Juni.

Die nervöse Spannung, die um die Mittagsstunde die ganze Stadt erfaßt hatte, nahm am späteren Nachmittag allmählich ab, als sich zeigte, daß die durch Wacheverstärkungen und Aufstellung von Maschinengewehren bewirkten Sicherungen von öffentlichen Gebäuden sich als bloße Akte der Vorsicht erwiesen hatten. Viel Stoff zur allgemeinen Erörterung hatte der Umstand geboten, daß versucht wurde, die gestern konfiszierten neuerlichen Kundgebungen der kommunistischen Partei in der mannigfaltigsten Art trotzdem in Umlauf zu setzen. Diese parteimäßig gefärbten Darstellungen, die agitatorisch wirken sollten, hatten die Befürchtung erweckt, es könnten sich wieder größere Menschenansammlungen bilden und so die Vorgänge vom Sonntag wiederholen. Aus dieser Stimmung heraus erklärten sich die mehrfachen an die Behörden gestellten Ansuchen um Beistellung entsprechenden Schutzes. Wache, Stadtschutz und Volkswehr waren tagsüber in Bereitschaft.

Die beunruhigenden Gerüchte.

Wir haben im Abendblatte die in der Stadt verbreiteten Gerüchte verzeichnet, daß von kommunistischer Seite neuerdings Demonstrationen oder Anschläge vorbereitet würden und haben mitgeteilt, daß diese Besorgnisse zu umfassenden Sicherheitsvorkehrungen führten und namentlich die polizeiliche und militärische Besetzung wichtiger Staatsgebäude, Betriebe und Geldinstitute zur Folge hatten.

Die gestern konfiszierten neuen Enunziationen der kommunistischen Partei und seitdem wiederholte Versuche, Darstellungen der Sonntagsereignisse in kommunistischer Deutung und mit agitatorischer Tendenz in die Oeffentlichkeit zu bringen, waren eine Hauptursache für die Beunruhigung und für die vielfachen Wünsche, heute besonderen, ausreichenden Schutz zu erhalten. So wurden Wache, Stadtschutz und Volkswehr in Bereitschaft gehalten.

Die kommunistische Partei ließ außer kleinen Flugzetteln mit Angriffen auf die Sozialdemokraten, heute auch Neudrucke der konfiszierten großen Flugblätter von gestern herstellen und ließ sie durch Soldaten verteilen. Man erzählt, daß, um neuen Konfiskationsverfall vorzubeugen, Mitglieder der kommunistischen Volkswehr die ganze Auflage der Flugblätter aus einer Druckerei in der Leopoldstadt abholten und im Wagen unter bewaffneter militärischer Eskorte in die Kaserne eines kommunistischen Bataillons brachten.

In der Tat wurde versucht, Flugblätter auszuteilen. Die Mannschaften mit roter Kappenkokarde bestritten das Recht der Wache, gegen diese verbotene Verteilung einzuschreiten. Es sollen Soldatenräte des Bataillons für die Freilassung beanständeter Kolporteure interveniert haben und es soll vorgekommen sein, daß Soldaten Stadtschutzmänner zu entwaffnen versuchten, wenn sie die Verteilung hindern wollten. Es wurde von den politischen Behörden eine Verfügung des Heeresamtes gegen diese Kolportage angesucht.

Zu den übrigen beunruhigenden Gerüchten, die von bestimmten Plänen zu erzählen wußten, kam die von vielen Seiten verbreitete Nachricht, man habe in den Kasernen auffallende Unruhe bemerkt und man habe um die Mittagsstunde sehr viele Automobile mit Ungarn durch die Stadt eilen gesehen.

Das kommunistische Direktorium.

Wien, 17. Juni.

Die kommunistische Partei ist in ihrer heutigen Zusammensetzung die jüngste der politischen Parteien Wiens. Was sich in früheren Jahren Kommunist nannte oder ohne sein Zutun als Kommunist bezeichnet wurde, war entweder nicht allzu scharf von dem linken Flügel der Sozialdemokratie geschieden, oder führte als Anarchist, als Individualist, als Revolutionär, als Edelanarchist und so weiter ein politisches Einzeldasein, das ausdrücklich und zielbewußt der Einpferchung in eine Partei widerstrebte. Das ist während des Weltkrieges und durch denselben anders geworden. Nicht etwa erst in den Novembertagen des vergangenen Jahres, die den großen politischen Umsturz brachten. Allerdings ist bei dieser Gelegenheit die neue kommunistische Partei zum erstenmal aus direkten Versammlungen und Polizeiberichten in das volle Licht der Oeffentlichkeit getreten. Damals wurden auch zum erstenmal die Namen ihrer Führer genannt, die seither nach ihrer unbewiesenen Behauptung mit Unrecht und ohne Verschulden eine so traurige Berühmtheit erlangt haben. Die Partei als solche will an den Vorgängen vor dem Parlament am Gründonnerstag nicht beteiligt gewesen sein, und sie bemüht sich desgleichen, die Verantwortung für die tragischen Geschehnisse des vergangenen Sonntags von sich abzuschieben.

Als die Schüsse in der Hörlgasse knallten, als das Blut von Dutzenden über das Straßenpflaster strömte, da öffneten sich beinahe im selben Augenblick die Türen der Untersuchungszellen des Polizeigefangenenhauses auf der Elisabethpromenade, und die Führer der Wiener Kommunistenpartei durften sich nach zwölfstündiger Haft wieder ihrer Freiheit erfreuen. Einer von ihnen, der geheimnisvollste, angeblich auch der geistig Bedeutendste, hatte die Zelle gar nicht betreten. Das ist jener Mann, der als der zukünftige Diktator der von den Kommunisten angestrebten österreichischen Räteregierung bezeichnet wird, von dem man nicht einmal mit voller Bestimmtheit den wirklichen Namen anzugeben vermag. Bernstein ist er genannt worden, ein anderesmal Bettelheim, ein drittesmal Regner, und mindestens ebenso viele Adressen in Wien und Umgebung sind von ihm angegeben worden, als ihm Namen beigelegt wurden. Von Bernstein-Bettelheim wird behauptet, daß er sein großes agitatorisches Talent bei den Heimkehrern, bei den Invaliden, bei den Arbeitslosen, teilweise auch bei der Volkswehr, bald mit größerem, bald mit geringerem Erfolg betätigt habe. Aber nicht nur persönliche Fähigkeiten, sondern auch das Verfügungsrecht über ganz gewaltige Geldsummen, die bis ins Siebenzifferige gehen sollen, erleichtern angeblich seine Arbeit im Dienste der Parteiinteressen. Bettelheim-Bernstein hat sich nicht unter den hundertzwanzig Führern der Partei und Ordnern befunden, deren sich die Behörde in jener Samstagnacht in dem photographischen Atelier auf dem Dachboden des Hauses Pulverturmgasse Nr. 7 versicherte. Sein Verbleiben ist heute ebenso unaufgeklärt, wie die letzten Wochen überhaupt.

Dagegen sind damals so ziemlich alle übrigen Führer und Führerinnen der Kommunisten festgenommen worden. In keiner anderen Partei spielt die Frau eine so bedeutende und ausschlaggebende Rolle wie bei den Kommunisten. Während sonst im öffentlichen Leben erst die allerjüngste Gegenwart der Gleichberechtigung der Frauen Tür und Tor öffnete, kann man bei den Wiener Kommunisten beinahe von dem Vorherrschen weiblicher Führung sprechen. Desgleichen ein Umstand, der dafür spricht, in wie hohem Grade diese Bewegung nach russischen Mustern und Vorbildern organisiert ist. Zwei Ehepaare zählen zu den Spitzen der Partei: Dr. Paul Friedländer und dessen Gattin Elfriede, Dr. Johann Wertheim und dessen Gattin Nora. Dr. Friedländer und Frau, die sich beide viel mit philosophischen Studien befaßten und literarisch betätigten, haben die längste Zeit das publizistische Organ der Partei „Weckruf" geleitet, bis dieses Organ die Titeländerung „Die soziale Revolution" vornahm und neuestens von dem Parteiobmann Toman gezeichnet wird. Der Gewerkschaftssekretär der Silber- und Goldschmiede Karl Toman war in Rußland Kriegsgefangener und ist während dieser seiner Gefangenschaft in persönliche Beziehungen zu Lenin getreten. Als er in die Heimat zurückgekehrt war, begann er sofort die Heimkehrer im Sinne jener Parteiideen zu bearbeiten und zu beeinflussen, in deren Bann er selbst während seines Aufenthaltes in Rußland geraten war.

Von dem Chef der Fédération Révolutionaire, „Soziale Internationale", Dr. Johann Wertheim, hat man zuletzt anläßlich der Arbeitslosendemonstration Ende Januar dieses Jahres gehört, als auf dem Getreidemarkt und in der Babenbergerstraße ein simples Automobil sozusagen als Tank verwendet wurde, um einen Wachkordon zu durchbrechen. Auf diesem Auto hat damals Dr. Wertheim, in seinem Beruf Mittelschullehrer für moderne Sprachen an einem Privatinstitut, die rote Fahne entfaltet und Ansprachen an die Menge gehalten. Im Juli des vergangenen Jahres hatte aber ein aufsehenerregender Hochverratsprozeß vor dem Militärgericht stattgefunden, in dem Dr. Wertheim als Angeklagter figurierte. Damals haben der gegenwärtige Präsident Seitz und der Abgeordnete Skaret durch ihre Aussagen die Anklage entkräftet, die dahin ging, daß Wertheim im Arbeiterheim durch Ansprachen an die streikenden Arbeiter das Verbrechen des Hochverrates begangen habe. Dr. Wertheim hat sich damals einen Nichtpolitiker, ein unbeschriebenes Blatt genannt und sich nachgerühmt, daß Erziehen sein Beruf sei. In jenem Prozeß ist auch die Gattin des Dr. Wertheim als Zeugin aufgetreten, die damals Hörerin der Philosophie war und für sich und ihren Mann sehr nachdrücklich betonte, daß beide stets gegen Gewaltanwendung gewesen seien. Jener Hochverratsprozeß schloß mit dem Freispruch Dr. Wertheims.

Andere Führer der Wiener Kommunisten sind der Bankbeamte Franz Koritschoner, einer der Verwundeten des Putschversuches vom 12. November, der damals einen Bauchschuß erhielt und von dessen Folgen noch nicht vollständig hergestellt ist. Dann der Forstmann Heinrich Melcher, ebenfalls ein ehemaliger Kriegsgefangener in Rußland, und der Schriftsetzer Karl Steinhart, der die ersten großen Versammlungen der kommunistischen Partei unter freiem Himmel und die sich daranschließenden Umzüge arrangiert und geleitet hat.

Ungarische Geldmittel für die Wiener Kommunisten.

Wien, 17. Juni.

Es wurde bereits wiederholt über die Geldmittel berichtet, die der Wiener und deutschösterreichischen kommunistischen Agitation von ungarischer Seite zufließen. Auch wurde mitgeteilt, daß von Mittelspersonen der ungarischen Gesandtschaft in Wien der Versuch unternommen worden sei, Fühlung mit Wiener Polizeibeamten zu erhalten, um sie unter der Zusage großer Geldzuwendungen für die kommunistische Sache zu gewinnen. Demgegenüber hat die Gesandtschaft bekanntlich erklärt, „die anscheinend amtlich ausgegebene Behauptung, daß politische Bevollmächtigte der ungarischen Räteregierung sich Polizeibeamten zu solchen Zwecken genähert hätten, sei unwahr, und es sei vielmehr festgestellt, daß das Wiener Polizeipräsidium eine solche Annäherung an die Gesandtschaft versucht habe, um Agents provocateurs ins Haus zu bringen".

Wir erhalten hiezu von informierter Seite folgende Darstellung:

„Ein Revierinspektor der Wiener Polizeidirektion, das ist ein Beamter der Sicherheitswache in der zehnten Rangklasse, wurde von einem Mittelsmanne zu einer vertraulichen Unterredung eingeladen. Die Zusammenkunft war im Kaffeehaus vereinbart und von hier aus führte der ungarische Herr den Wachbeamten in das Gebäude der ungarischen Gesandtschaft in der Bankgasse.

Im Gesandtschaftsgebäude wurde der Revierinspektor von einer leitenden Persönlichkeit empfangen. Einleitend sprach diese über die Lohn- und Dienstverhältnisse der Wiener Wache und erwähnte die weitaus günstigere Lage der Budapester Wachmannschaft. Sie erhielten dort dreifachen Lohn ausbezahlt und mit Lebensmitteln seien die Budapester Kameraden glänzend versorgt, während hier doch alles knapp wäre.

Später erkundigte sich die leitende Persönlichkeit, wie es mit der Disziplin bei der Wiener Wache stehe, ob immer und unter allen Umständen zuverlässiger Gehorsam beobachtet werde und ob zu erwarten sei, daß alle

DIANABAD
HEUTE
sowie Jeden Mittwoch und Samstag von 2—6 Uhr
WELLENBAD
SCHWIMMBÄDER
SONNENBÄDER
Montag bis Samstag von 10—6 Uhr.
KURANSTALT
samt Inhalatorium, gleiche Tage v. 8—4 Uhr.
SALON-WANNENBÄDER
WANNENBÄDER I. u. II. Kl.
Montag bis Samstag von 8—3 Uhr.
SALON-DAMPFBÄDER
Montag, Mittwoch, Donnerstag, Samstag von 8—3 Uhr.
SONNTAG ALLE ABTEILUNGEN GESCHLOSSEN.

Brillanten
Gold,
Perlen, Silber,
Platin, Uhren,
kaufen zu den höchsten Preisen:
1. Bezirk
Lipschitz, Brandstätte 5, Ecke Bauernmarkt
3. Bezirk
Czuczka, Hauptstrasse 5
7. Bezirk
J. Botter, Mariahilferstr. 98, Tel. 32099
9. Bezirk
Reiskin, Sechsschimmelgasse 21.

Kurort GLEICHENBERG, Steiermark
in vollem Kurbetrieb mit Lebensmittel versorgt.
Deutschösterreicher: Reisepaß od. amtliche Identitätsbestätigung mit Lichtbild u. ärztliches Zeugnis.
Ausländer: Einreisebewilligung der Landesregierung Graz (ärztliches Zeugnis und 10 K beilegen).

Hygienische
Eiskasten
(amerikan. System, eissparend)
von K 350.— aufwärts.
R. Braun
I. Wipplingerstrasse 18
Telephon 19410.

Gold
Zahle noch immer den zehnfachen Friedenspreis für
Brillanten, Uhren und Silberwaren
Brüder HORVAT
IV. Margaretenstr. 2, beim Rainerplatz.

GOLD PERLEN, SILBER
PLATIN, UHREN
n allerbesten nur bei
IX. Sechsschimmelgasse
Telephon 4305/VI
21
-ige postwendend.

STICKEREI: BLUSEN
ETAMINE: KLEIDER

WIENER
WERKSTÄTTE
I. KÄRNTNERSTR. 41

Tagesbericht.

Die kommunistischen Umtriebe.

Die Tätigkeit der ungarischen Gesandtschaft.

Gegen die verhaftet gewesenen und später wieder enthafteten Kommunistenführer wird die Untersuchung fortgeführt. Nach den bestehenden gesetzlichen Vorschriften ist nun eine Verhaftung vollständig gerechtfertigt, wenn eine Wiederholungsgefahr besteht. Den Beweis dafür, daß diese Wiederholungsgefahr vorhanden ist, haben die Führer der Kommunisten seit dem Sonntag wohl erbracht. Tausende von Flugschriften und Plakaten haben sie herstellen lassen, deren Inhalt dasselbe Verbrechen bildet, dessentwegen Samstag nachts diese Leute verhaftet worden sind. Diese Flugzettel und Plakate wurden nun von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt. Gewaltsam wurde aber diese behördliche Beschlagnahme vereitelt, indem die Kommunisten, unterstützt von bewaffneten Volkswehrleuten kommunistischer Bataillone, diese Flugzettel dennoch in den Straßen öffentlich zur Verteilung bringen. Daß Geld hiebei keine Rolle spielt, ergibt sich aus dem Umstande, daß diese Flugzettelverteiler einen Taglohn von 300 bis 500 K erhalten. Die Kommunisten können dies tun, denn sie schöpfen aus den ungarischen Millionen.

Es ist vollkommen einwandfrei erwiesen, daß der Hauptherd der Agitation die ungarische Gesandtschaft selbst ist, und allgemein ist das Befremden in allen Schichten der Bevölkerung darüber, daß unsre Regierung trotz dieser offenkundigen Schuldbeweise sich noch immer nicht zu der unbedingt erforderlichen Tat entschließen konnte, die Beziehungen zu dem Räteungarn zu lösen, dem hiesigen Gesandten und seinem Personale die Pässe zuzustellen und gegen alle Emissäre der ungarischen Kommunisten mit der nachsichtslosesten Strenge vorzugehen. Noch immer führen die ungarischen Emissäre in den hiesigen großen Hotels, wie auch in der Umgebung Wiens ein Prasserleben, veranstalten Champagnergelage, halten sich Tagesautos und sind hier für ihre Zwecke und für die der ungarischen Bolschewiken tätig, ohne daß sich unsre Regierung bisher zu einem nun schon dringend gebotenen Vorgehen gegen diese Leute ermannt hätte.

Verschleppung eines antikommunistischen Schriftleiters.

In Wien ist seit einiger Zeit ein antikommunistisches Organ für die hier lebenden Ungarn erschienen. Dieses Blatt hat plötzlich wieder sein Erscheinen eingestellt, und der Schriftleiter desselben ist verschollen. Nun wird in Kreisen hiesiger ungarischer, vollkommen einwandfreier Flüchtlinge erzählt, daß dieser Journalist von Emissären Bela Kuns hier betäubt, bewußtlos in ein Auto verladen und nach Ungarn gebracht wurde, wo seine Hinrichtung bereits erfolgt sein soll. Auch den hiesigen Behörden ist dieses Gerücht bereits zu Ohren gekommen, ob es auf Wahrheit beruht, hat man hier nicht feststellen können. Das ungarische Geld rollt eben und findet seine Abnehmer.

Kommunistische Volkswehrpatrouillen.

Wie eingangs erwähnt, wurden gestern trotz des behördlichen Verbotes unter Assistenz kommunistischer Volkswehrleute Flugzettel zur Verteilung gebracht. Wurde einer der Flugzettelverteiler dennoch angehalten und zur Polizei gebracht, so erschien bald darauf eine Patrouille kommunistischer Volkswehrmänner, um den Mann zu befreien und die beschlagnahmten Flugzettel wieder zu erlangen. Es ist auch vorgekommen, daß der Versuch gemacht wurde, einzeln gehende Stadtschutzleute zu entwaffnen, und aus diesem Grunde wurde

Der Abend
18/VI. 1919
A 18
148

Die gestrige Sitzung des Wiener Arbeiterrates.

Gegen 6 Uhr eröffnet Friedrich Adler die Sitzung. Vor Eingang in die Tagesordnung gedenkt Friedrich Adler der am Sonntag gefallenen Proletarier. Die Versammelten erheben sich zum Zeichen der Trauer von den Sitzen. Auf der Tagesordnung steht: Die Vorgänge am Sonntag. Dazu ergreift Friedrich Adler als Berichterstatter des Untersuchungsausschusses über das Ereignis das Wort.

Dr. Adler über die Verhaftungen und eine Systemänderung bei der Polizei.

Er wendet sich mit den aus seiner Freitagrede bekannten Argumenten gegen die Kommunisten und sagt über die Untersuchungskommission: Es wurden möglichst alle Personen, die zur Aufklärung über die Vorgänge beitragen konnten, vernommen. Wir haben auch das Direktorium eingeladen, als Zeugen zu kommen. Die Kommunisten haben es abgelehnt. Dr. Adler gibt zu, es sei „denkbar, daß das kommunistische Direktorium im letzten Moment seine Meinung änderte. Am Samstag haben wir im Morgenblatt den Aufruf des Wiener Kreisarbeiterrates erscheinen lassen. Und es ist schon möglich, daß die Aktion des Arbeiterrates die Genossen Kommunisten zur Einkehr bewogen hat." Wir waren gegen Gewaltmaßnahmen, denn wir wollten die reine Verantwortung der Kommunisten festgelegt haben. Es sollte keine Ausrede möglich sein. Samstag nachmittags hatten sich Soldatenräte, Vollzugsausschüsse der Arbeiterräte, Genossen Seitz, Eldersch, Bauer, Deutsch zusammengefunden. Wir haben dort gesagt: Wir wünschen keine derartigen Maßregeln. Und wir waren der Überzeugung, daß keine Maßnahmen getroffen wurden, daher kein Versammlungsverbot und keine Verhaftung. Die Sache war sehr schwierig, Genosse Eldersch konnte sich nicht entschließen. Wir waren der Meinung, es werden keine Maßregeln getroffen werden, Genosse Eldersch aber hatte den irrtümlichen Eindruck, daß die Verhaftung notwendig sei, und daß wir nicht dagegen wären. Das war ein bedauerliches Mißverständnis. Das ist der traurige Punkt, den wir alle bedauern und als nicht geschehen wünschen. Die Kommunisten behaupten, daß am Samstag in der Pulverturmgasse eine Ordnersitzung stattgefunden habe. Undenkbar ist es ja nicht, daß im letzten Moment der Plan geändert wurde. Diese Verhaftung war das Traurigste, was vorgefallen ist. Als ich von der Verhaftung Kenntnis bekam, war es ¼11 Uhr vormittags am nächsten Tag. Da habe ich alles in Bewegung gesetzt, um die Verhaftung rückgängig zu machen. Ich habe mich sofort mit Genossen Seitz in Verbindung gesetzt, doch zu meinem größten Erstaunen wußte dieser auch nichts! Genossen Eldersch haben wir sofort überzeugt!

Über die Vorfälle vom Sonntag sagte Friedrich Adler: Der Untersuchungsausschuß ist sich darüber klar geworden, daß, was den Sicherheitsdienst betrifft, es nicht so weitergehen kann! Eine doppelte Befehlsgewalt, Militär und Polizei, geht nicht. Wir werden zu fordern haben, daß eine Vereinheitlichung von Polizei, Stadtschutz und Volkswehr geschlossen wird und daß die politische Leitung in eine Hand gelegt wird und solche Vorfälle organisatorisch ausgeschlossen werden. Das zweite, worauf wir dringen müssen, daß in der Frage der Meinungsfreiheit in Deutschösterreich eine weitere Klärung und Gesetzgebung stattfinden muß. Es wird Sache des Arbeiterrates sein zu verlangen, daß das objektive Verfahren aufhört. Endlich ist noch die Frage zu erledigen: Wie steht es mit dem Verhältnis von Polizei und Arbeiterrat. Wir verlangen von den politischen Parteien, daß sie den Arbeiterat als Instanz anerkennen! (Starker Beifall.)

(Die Rede Dr. Adlers ist im heutigen Morgenblatt der „Arbeiter-Zeitung" enthalten und wir bringen vorstehend nur den Teil, der dort allzu stiefmütterlich behandelt ist oder weggelassen ist.)

Die Antwort der Kommunisten.

Eichinger (Kommunist): Wir haben es abgelehnt, einen Delegierten in die Untersuchungskommission zu senden, weil wir uns sagen mußten, es hat keinen Zweck, einen solchen in eine einseitig zusammengesetzte Kommission zu entsenden. Wir wissen aus Erfahrung, daß, wo Kommunisten einer Mehrheit von Sozialdemokraten gegenüberstehen, diese die Minderheit vergewaltigen! Wir verlangen eine paritätisch zusammengesetzte Kommission mit Hinzuziehung von zwei Rechtsanwälten, von jeder Partei einen. Wenn Genosse Adler so gut unterrichtet zu sein scheint über die Vorgänge in der kommunistischen Partei, so mußte er auch gewußt haben, daß für Sonntag, zumindest seit Freitag abends, nur eine friedliche Kundgebung geplant war. Die Sache am Sonntag verhält sich so, daß wegen der Dummheit von Leuten, die auf Posten sind, wohin sie nicht gehören, es zu diesen Ereignissen gekommen ist, um nicht zu sagen, daß man ein Exempel statuieren wollte. Wenn der Abbau der Volkswehr nicht zurückgezogen worden wäre, dann wären wir mit Waffengewalt aufgetreten. Nach dem dieser Punkt in unserem Sinne und durch unser Verdienst erledigt war, wollten wir nur eine ruhige Versammlung veranstalten. Dr. Adler wundert sich, daß wir am Samstag eine Erklärung im „Abend" abgaben. Der „Abend" ist die einzige Wiener Tageszeitung, die die Bezeichnung klassenkämpferisch verdient. Die Schuld an den blutigen Vorfällen trägt der Staatssekretär des Innern. Er hat alle Verantwortung auf sich gezogen. Nach unserer Verhaftung wollten wir ihn telephonisch interpellieren, daß er nun die Verantwortung für Sonntag zu tragen habe. Da uns dies abgeschlagen wurde, hat man fast den Eindruck, als wollte man ein Blutbad anrichten. Das wird der Untersuchungsausschuß festzustellen haben. Am 17. September 1911 war auch ein derartiges Blutbad. Damals war die bürgerliche Regierung da, heute ist es die Koalitionsregierung. Die Sozialdemokraten machen es heute wie damals die Bürgerlichen: alle Schuld von sich auf andere abzuwälzen. Nicht alle Polizisten und Stadtschutzwachmänner sind verroht und arbeiterfeindlich, wir verdammen nicht so sehr den einzelnen Mann als das System. Redner bringt eine Entschließung ein.

Die Anträge der Kommunisten.

Die lange Resolution gipfelt in folgenden Anträgen:

1. Der Wiener Kreisarbeiterrat beschließt, daß aus der Mitte der Kreisarbeiterräte ein Untersuchungsausschuß nominiert wird, der bestehen soll aus zwei Kommunisten, zwei Sozialdemokraten, zwei Rechtsanwälten, welche von den betreffenden Parteien beigegeben werden sollen, außerdem einen von den sechs zu wählenden neutralen Vorsitzenden.

2. Der Wiener Kreisarbeiterrat beschließt, daß alle an den blutigen Vorgängen am Sonntag schuldtragenden Staatsorgane, insbesondere der Staatssekretär für Inneres und der Polizeipräsident Schober ihr Amt niederzulegen haben.

3. Der Wiener Arbeiterrat beschließt die sofortige Ersetzung der Polizei, der Stadtschutzwache durch die Volkswehr.

4. Der Arbeiterrat beschließt, daß die Konfiskationen der Darstellungen der kommunistischen Partei von den Sonntagsvorgängen sofort zurückzunehmen sind und die für die Konfiskation und Verhaftung der Kolporteure Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden.

Der Wiener Arbeiterrat beschließt die sofortige Enthaftung der politischen Häftlinge und das Aufhören aller politischen Verfolgungen.

Der Standpunkt eines linksstehenden Sozialdemokraten.

Frey (Sozialdemokrat): Ich bin für die ehrliche Gewalt gegen den Kapitalismus. Von den Kommunisten unterscheidet mich die Bestimmung des Zeitpunktes, denn dieser muß vor diesem Forum entschieden werden. Es steht fest, daß am 15. Juni ein Putsch stattfinden sollte. Als ich den „Abend" in die Hand bekam und die Erklärung las, da dachte ich, der Putsch sei aufgegeben worden, es soll eine friedliche Demonstration stattfinden, es darf ihr nichts in den Weg gelegt werden. Bisher waren wir aber der Meinung, daß Samstag nachmittags kein Putsch mehr hätte stattfinden sollen. Es ist dies aber nicht wahr, die Vorbereitungen dauerten fort, sogar am Sonntag vormittags. Noch im Laufe der Nacht wurden diese Zettel an die „Initiatoren" ausgegeben. Noch nach der Katastrophe sind die Vorbereitungen weiter gediehen. An der Ecke Ebendorferstraße war ein ungarisch aussehender Offizier, umringt von jungen Leuten, die er fortwährend wie Ordonanzen fortschickte. Das hauptsächliche Mitglied des Direktoriums Bettelheim scheint noch einen eigenen Apparat zu haben. (Wenn der Untersuchungsausschuß die Angaben Freys für richtig befindet, dann werden die Kommunisten in ihren Reihen gründlich reinemachen müssen. Die Schriftl.)

Frey nimmt darauf die Stadtschutzwache und die Polizei vor Verallgemeinerungen in Schutz und fährt fort: Ich habe in meinem Bataillon gesagt: Laßt euch bespucken, bewerfen, beschimpfen, und rührt euch nicht. Wenn aber gegen euch geschossen wird und einer wird verwundet, dann schießt! (Lärm bei den Kommunisten.) Frey weist noch ausführlich nach, was schon Friedrich Adler bemerkte, daß die fraglichen Patronen keine Dum-Dum-Geschosse waren. Er bemerkt, daß erstens das Proletariat von der kommunistischen Partei, daß zweitens die kommunistische Partei vom Direktorium und daß drittens das Direktorium von Bettelheim vergewaltigt wurde. (Zwischenrufe.) Koritschoner hat in Ternitz unrichtige Angaben über die allgemeine Situation gemacht. Der Führer der Wiener-Neustädter Kommunisten Hatzl hat gesagt, ein revolutionäres kommunistisches Komitee habe dem Direktorium ein 24stündiges Ultimatum gestellt, innerhalb welcher Zeit es abtreten müsse. Dies fordert auch der Arbeiterrat. (Starker Beifall.)

Die Furcht vor dem weißgardistischen Putsch.

Koritschoner (Kommunist): Ich weise energisch zurück, unrichtige Angaben gemacht zu haben. Ich erkläre: Ich habe in Ternitz und Neunkirchen auf die Ausrufung der Räterepublik hingearbeitet. In Wien wäre für den 15. d. ein weißgardistischer Putsch geplant gewesen! Ich habe gewußt, es wird zu einem Blutvergießen kommen, da die weißen Garden die Demonstranten provozieren würden, um niedermetzeln zu können. Das Wort Adlers: „Keine Gnade" ist die Aufmunterung und Sanktion für die ganzen Schandtaten gewesen. (Lärm.)

Eine Beschuldigung.

Kanpichler (Sozialdemokrat) schildert die Vorgänge in Ternitz und Neunkirchen. Koritschoner ist hingekommen, hat den Arbeiterrat einberufen und versucht, einen Beschluß durchzubringen, der die Ausrufung der Räterepublik zum Inhalte hatte. Der Antrag ist aber mit großer Mehrheit abgelehnt worden. Er hat auch erzählt, in Wien gebe es ein geheimes Direktorium, dem auch Friedrich Adler angehöre. (Lärm.) Koritschoner berichtigt, daß er nur von dem unglaubwürdigen Gerücht erzählt und es selbst als unwahrscheinlich bezeichnet habe.

Rede des Kommunisten Tomann.

Tomann (Kommunist): Die proletarische Bewegung ist um die merkwürdige Tatsache bereichert, daß sich das revolutionäre Proletariat verteidigen will vor einem Forum, das geschlossen ist, die Diktatur des Proletariats zu erringen! Wir sind in diesen Untersuchungsausschuß deshalb nicht eingetreten, weil er ein Verteidigungsausschuß der kapitalistischen Regierung ist! Alle sind verteidigt worden: Polizei, Stadtschutzwachmänner, Eldersch. Wir haben niemals geleugnet, daß wir verschiedene Mittel im Kampfe gegen den Kapitalismus verwenden. Uns wird zur Last gelegt, daß wir das Proletariat auffordern für die Rätediktatur einzutreten. Ja, wir sind nun diese Partei, die unmittelbar darauf hinarbeitet, die Gewalt der kapitalistischen Herrschaft niederzuringen. Adler macht uns den Vorwurf, daß wir vorbereitet waren. Ich danke ihm dafür. Es wäre eine Schuld gegenüber dem Proletariat, keine Vorbereitungen zu treffen. Jede unserer Aktionen ist in jedem Momente ein Versuch der Entscheidung. Sie werden Putsche genannt, bis es gelingt, dann heißt es soziale Revolution. Daß wir Geld benötigen, ist jenen so nötig, als die Hammerbrotwerke seinerzeit Geld benötigt hatten, um den wirtschaftlichen Kampf gegen den Kapitalismus zu führen. Wir bekommen von den proletarischen Brüdern jene Mittel, die wir im Kampf gegen den Kapitalismus brauchen. Eines steht fest, daß Vorbereitungen von der Polizei getroffen waren, diesen Sonntag wirkungsvoll zu gestalten. Es ist eigentümlich, daß wir gerade von den Fenstern des Polizeigebäudes aus beobachten konnten, daß vollbeladene Bierwagen in das Polizeigebäude geführt wurden.

Eigentümlich, daß soviele Stadtschutz- und Polizeimänner weiße Blumen und Kornblumen trugen! Es ist eigentümlich, daß man, nachdem man eine Salve abgefeuert hatte, es für notwendig hielt, auf die Fliehenden ununterbrochen weiter zu schießen. Es sind fast gar keine Verletzten der Wachen, ein Beweis daß die Demonstranten keine Waffen mitgebracht hatten. Es wurde auf Menschen geschossen, die flohen, die sich in die Häuser flüchteten, die sich an der Mauer zusammendrängten, die fielen. Wir wollten Samstag Genossen Frey sprechen, um von jedem Bataillon 10 bis 15 Mann zur Umfriedung der Demonstration zu bekommen. Wir konnten Genossen Frey nicht antreffen. Als wir verhaftet wurden, fragte ich: Auf wessen Veranlassung? Wir erhielten keine Antwort! Darauf bat ich, an Eldersch telephonieren zu dürfen. Es wurde nicht gestattet. Man hat die Ordner, Bezirksvertrauensmänner, sogar Zeitungsverkäufer verhaftet. Ich habe bei der Entlassung aus dem Gefängnis erklärt: Jetzt schicken sie uns heraus, um zu beruhigen. Hätten sie uns früher entlassen, so wäre kein Blut geflossen.

Trotzdem die Sozialdemokraten in der Regierung sitzen, hat das Proletariat in Deutschösterreich noch nichts davon gehabt. Der Name ist gesichert, das System ist das alte. Unsere Taktik ist klar vorgezeichnet. Wer Sonntags Recht hat, wir oder sie, das wird die Geschichte entscheiden. (Beifall.)

Verteidigungsrede Elderschs.

Eldersch (Sozialdemokrat): Die Ereignisse haben auf mich furchtbar gewirkt. Ich habe mich gegen mein Amt gewehrt. Ich wollte nicht diese schwere Verantwortung tragen. Wir haben durch unsere jahrelange Parteitätigkeit uns den Anspruch erworben, daß man uns glaubt, daß wir dieses System nicht lieben. Ich bin kein Werkzeug der kapitalistischen Klasse. Die Errichtung der Räterepublik ist jetzt nicht möglich, wenn sie eshier beschließen, so werde ich mich fügen.

Er schildert dann noch einmal die Vorfälle in der Samstagnacht und polemisiert gegen die Ungarn, die Versprechungen machen, Lebensmittel zu schicken, ohne selbst genügend zu haben. Er fährt fort: Wir mußten die Ausrufung der Räterepublik verhindern, solange eine Minorität des Proletariats die Mehrheit vergewaltigen will. Fassen sie einen Beschluß, es wird die Gewalt, die jetzt gegen die Kommunisten angewendet werden muß, dem Proletariat zur Verfügung stehen. Die Kommunisten haben eine Krankheit, sie sehen nichts als weiße Garden. Ein Putsch muß jetzt kontrerevolutionär wirken und nicht revolutionär. Dem fortwährenden Drohen mit Gewalt von Seiten der Kommunisten, sind die Sicherheitstruppen nicht gewachsen. Das ewige in Bereitschaft sein weckt ungeheure Nervosität, sie demolieren die proletarischen Machtmittel, die uns einmal zur Verfügung stehen sollen.

18/VII. 1919 149

STICKEREI: BLUSEN
ETAMINE: KLEIDER
WIENER
WERKSTÄTTE
I. KÄRNTNERSTR. 41

Tagesbericht.

Die kommunistischen Umtriebe.

Die Tätigkeit der ungarischen Gesandtschaft.

Gegen die verhaftet gewesenen und später wieder enthafteten Kommunistenführer wird die Untersuchung fortgeführt. Nach den bestehenden gesetzlichen Vorschriften ist nun eine Verhaftung vollständig gerechtfertigt, wenn eine Wiederholungsgefahr besteht. Den Beweis dafür, daß diese Wiederholungsgefahr vorhanden ist, haben die Führer der Kommunisten seit dem Sonntag wohl erbracht. Tausende von Flugschriften und Plakaten haben sie herstellen lassen, deren Inhalt dasselbe Verbrechen bildet, dessentwegen Samstag nachts diese Leute verhaftet worden sind. Diese Flugzettel und Plakate wurden nun von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt. Gewaltsam wurde aber diese behördliche Beschlagnahme vereitelt, indem die Kommunisten, unterstützt von bewaffneten Volkswehrleuten kommunistischer Bataillone, diese Flugzettel dennoch in den Straßen öffentlich zur Verteilung bringen. Daß Geld hiebei keine Rolle spielt, ergibt sich aus dem Umstande, daß diese Flugzettelverteiler einen Taglohn von 300 bis 500 K. erhalten. Die Kommunisten können dies tun, denn sie schöpfen aus den ungarischen Millionen.

Es ist vollkommen einwandfrei erwiesen, daß der Hauptherd der Agitation die ungarische Gesandtschaft selbst ist, und allgemein ist das Befremden in allen Schichten der Bevölkerung darüber, daß unsre Regierung trotz dieser offenkundigen Schuldbeweise sich noch immer nicht zu der unbedingt erforderlichen Tat entschließen konnte, die Beziehungen zu dem Räteungarn zu lösen, dem hiesigen Gesandten und seinem Personale die Pässe zuzustellen und gegen alle Emissäre der ungarischen Kommunisten mit der nachsichtslosesten Strenge vorzugehen. Noch immer führen die ungarischen Emissäre in den hiesigen großen Hotels, wie auch in der Umgebung Wiens ein Prasserleben, veranstalten Champagnergelage, halten sich Tagesautos und sind hier für ihre Zwecke und für die der ungarischen Bolschewiken tätig, ohne daß sich unsre Regierung bisher zu einem nun schon dringend gebotenen Vorgehen gegen diese Leute ermannt hätte.

Verschleppung eines antikommunistischen Schriftleiters.

In Wien ist seit einiger Zeit ein antikommunistisches Organ für die hier lebenden Ungarn erschienen. Dieses Blatt hat plötzlich wieder sein Erscheinen eingestellt, und der Schriftleiter desselben ist verschollen. Nun wird in Kreisen hiesiger ungarischer, vollkommen einwandfreier Flüchtlinge erzählt, daß dieser Journalist von Emissären Bela Kuns hier betäubt, bewußtlos in ein Auto verladen und nach Ungarn gebracht wurde, wo seine Hinrichtung bereits erfolgt sein soll. Auch den hiesigen Behörden ist dieses Gerücht bereits zu Ohren gekommen, ob es auf Wahrheit beruht, hat man hier nicht feststellen können. Das ungarische Geld rollt eben und findet seine Abnehmer.

Kommunistische Volkswehrpatrouillen.

Wie eingangs erwähnt, wurden gestern trotz des behördlichen Verbotes unter Assistenz kommunistischer Volkswehrleute Flugzettel zur Verteilung gebracht. Wurde einer der Flugzettelverteiler dennoch angehalten und zur Polizei gebracht, so erschien bald darauf eine Patrouille kommunistischer Volkswehrmänner, um den Mann zu befreien und die beschlagnahmten Flugzettel wieder zu erlangen. Es ist auch vorgekommen, daß der Versuch gemacht wurde, einzeln gehende Stadtschutzleute zu entwaffnen, und aus diesem Grunde wurde

italienischen Obersten Heereskommandos bezüglich des derzeitigen Verzichtes auf den Abbau der Volkswehr ersucht. Die italienische Mission vermittelte sofort die Anfrage und ermächtigte die deutschösterreichische Regierung in Erwartung der Antwort die Anfrage als im günstigen Sinn erledigt anzusehen. Offenbar hat damit die italienische Mission der deutschösterreichischen Regierung gegenüber eine wohlwollende Haltung eingenommen. Die Entscheidung der italienischen Militärmission bezüglich der Anfrage der deutschösterreichischen Regierung wurde, bevor noch die offizielle Anfrage der deutschösterreichischen Regierung überreicht worden war, erwogen, da der italienischen Mission bekannt war, daß die französische Mission sich ebenfalls für die Angelegenheit interessiert. Die italienische Militärmission hat, trotzdem sie zur Kontrolle der Durchführung der Waffenstillstandsbedingungen verpflichtet ist, das Ansuchen nach Verschiebung des Abbaues der Volkswehr günstig aufgenommen, da sie anerkennt, daß die Volkswehr in ihrem größten Teile als ein Element zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung gegen kommunistische Umsturzversuche zu betrachten ist.

* * *

Die Verhaftung der Kommunisten in Edlach.

Ueber die schon in unserm gestrigen Abendblatte kurz gemeldete Verhaftung von zwei ungarischen Kommunisten im Hotel Edlacherhof wird uns aus Edlach, 17. d., noch berichtet: Gestern abend wurden in dem Bahnhofe in Payerbach zwei Männer festgenommen, die ein Attentat auf zwei im Hotel Edlacherhof in Edlach wohnhafte ungarische Aristokraten geplant hatten. Einer dieser Verhafteten, ein gewisser Ludwig Hamvas, ein Ungar, hatte sich tags vorher in der zum Hotel gehörigen Villa Bristol einquartiert und sich durch sein Verhalten gleich von allem Anfang an verdächtig gemacht. In demselben Hotel wohnten auch zwei ungarische Aristokraten, und zwar Prinz Croy und ein Privatier Herr Czula v. Hazy, auf welche allem Anschein nach Hamvas ein Attentat plante. Er hatte sich durch den Zimmerkellner des Hotels Josef Ballasch über die beiden genannten Aristokraten genau informieren lassen und suchte ihn für seine Zwecke zu gewinnen. Er stellte dem Kellner eine hohe Belohnung — 100,000 K. — in Aussicht, wenn er ihm bei der Durchführung seines Planes behilflich sein würde. Hamvas sagte dem Kellner, daß er ein Abgesandter der ungarischen Gesandtschaft in Wien sei mit dem speziellen Auftrage, die beiden Aristokraten genau zu beobachten, da sie im Verdachte stehen, die seinerzeit aus der Bankgasse abhanden gekommenen 150 Millionen Kronen entweder zu besitzen oder von ihrem Hinterlegungsorte Kenntnis zu haben.

Die beiden Aristokraten hätten Schriftstücke bei sich, aus denen viele wichtige Aufklärungen über den Verbleib dieser Riesensummen sich ergeben könnten. Die beiden Aristokraten müßten daher in einen schlafähnlichen Zustand versetzt werden, währenddessen die genaue Durchsuchung ihres Gepäcks und der schriftlichen Aufzeichnungen, die sie mitführten, ermöglicht werden solle. Hamvas wies darauf hin, daß er zu diesem Zwecke Chloroform mitgebracht habe, das der Kellner den beiden Aristokraten entweder im Kaffee oder im Wein verabreichen müsse, damit dann, wenn die Wirkung des Chloroforms sich eingestellt habe, die Durchführung des Planes möglich sei. Das Chloroform sei in einem Fläschchen unterhalb einer Brücke in der Nähe der Villa Bristol versteckt und der Kellner brauche es nur von dort für den angegebenen Zweck zu holen. Der Kellner Ballasch ging scheinbar auf den geheimnisvollen Plan des Hamvas ein und fand tatsächlich an der bezeichneten Stelle ein Fläschchen mit Chloroform, das als Berliner Fabrikat gekennzeichnet war. Ballasch nahm das Fläschchen an sich, erstattete aber von dem Vorfall sofort der Hoteldirektion und der Gendarmerie die Anzeige von dem mysteriösen Plan. Hamvas, der nur eine Nacht in der Villa Bristol gewohnt hatte, war jedoch inzwischen nach Wien gereist, kehrte aber gestern abend in Begleitung eines Fremden nach Payerbach zurück. Hier wurden beide, kaum daß sie den Zug verlassen hatten, von der Gendarmerie verhaftet. Bei Hamvas fand man Ausweispapiere, die von der ungarischen Gesandtschaft in Wien ausgestellt waren, sowie eine scharf geladene Pistole. Der Begleiter des Hamvas gab an, Kreuzig zu heißen. Er ist in Karlsbad geboren und nach Deutschösterreich zuständig. Offenbar hätte Kreuzig Hamvas bei der Durchführung seines Planes behilflich sein sollen.

Bei ihrer Einvernahme gaben die beiden an, daß sie im Auftrage der Wiener ungarischen Gesandtschaft nach Payerbach gekommen seien, um die beiden Aristokraten genau

150

19./VI. 1919

Die kommunistischen Umtriebe.

Die Haltung der Volkswehr und das 41. Bataillon.

Auch der gestrige Tag ist vollständig ruhig verlaufen, und es ist nirgends zu einem Zwischenfall gekommen. Es hat aber nicht den Anschein, als ob die Kommunisten auch weiterhin Ruhe halten wollten. Es scheint ihnen noch nicht genug der Opfer zu sein, welche ihre Agitationen am Gründonnerstag beim Parlament und am letzten Sonntag in der Hörlgasse gefordert haben. Aus den weiter unten mitgeteilten Aeußerungen ihrer Vertreter im Kreisarbeiterrat geht klar hervor, was die Kommunisten für den Sonntag geplant hatten und welche Ziele sie auch weiterhin zu verfolgen gedenken. Sie hatten die Absicht, im Wiener-Neustädter und im Ternitzer Industriebezirk die Räterepublik auszurufen, Teile der ungarischen Roten Armee in österreichisches Gebiet einfallen zu lassen und dann Wien vor die vollendete Tatsache zu stellen oder mit Gewaltmitteln auch hier die Rätediktatur einzuführen. Wie uns mitgeteilt wird, wurden seitens der Kommunisten und ihrer Emissäre die größten Anstrengungen gemacht, um durch das Anbot ganz bedeutender Summen die Volkswehr auf ihre Seite zu bekommen. Als es sich aber zeigte, daß ihr Plan bezüglich der Volkswehr keine Hoffnung auf Gelingen hatte, mußten die ursprünglichen Absichten wieder geändert werden. Darauf ist das Telegramm zurückzuführen, welches dem Mitglied des kommunistischen Direktoriums Koritschoner nach Ternitz nachgesendet und mit welchem er zur Heimkehr nach Wien aufgefordert wurde, da „die Sachlage sich verändert habe". Diese „geänderte Sachlage" war eben das Festhalten der Volkswehr an der sozialdemokratischen Partei und die Tatsache, daß selbst das kommunistische 41. Volkswehrbataillon sich mit der vom Landesbefehlshaber verfügten Konsignierung einverstanden erklärt hatte.

Seither ist wohl eine kleine Aenderung in den Dispositionen eingetreten. Nach wie vor ist die Volkswehr die schützende Garde der sozialistischen Partei; das 41. Bataillon aber unterstützt, wenn vielleicht auch nicht in seiner Gänze, die Kommunisten dadurch, daß bewaffnete Angehörige dieses Bataillons die von der Regierung beschlagnahmten kommunistischen Flugschriften in den Straßen zur Verteilung bringen lassen und die Verteiler durch die Gewalt ihrer Waffen vor dem behördlichen Einschreiten schützen.

Der Emissär mit 70 Millionen.

Es ist, wie schon wiederholt mitgeteilt wurde, erwiesen, daß Ungarn das treibende Element dieser ganzen von einem Häuflein Menschen mit Gewaltmitteln arbeitenden Bewegung ist. Der ungarische Bolschewismus hat Millionen in dieses Unternehmen hineingesteckt und will nun dafür einen Erfolg haben. Gelegentlich der in Kladno in den letzten Tagen erfolgten Verhaftung des tschechischen Kommunistenführers Muna hat die Prager Polizei festgestellt, daß auch er viele Millionen aus Ungarn erhalten hat, um in der Tschecho-Slowakei den Kommunismus zu organisieren und dann den Anschluß an das Räte-Ungarn durchzuführen. Welche Rolle die hiesige ungarische Gesandtschaft und die ungarischen Emissäre bei den Wiener Kommunisten spielen und wieviele Millionen von den Ungarn für diese Zwecke bezahlt worden sind, wurde schon wiederholt berichtet. Heute wird erzählt, daß die Abberufung des früheren ungarischen Gesandten Bolgar nur aus dem Grunde erfolgte, weil er sich als nicht genügend tatkräftig erwiesen haben soll, respektive weil es ihm nicht gelingen wollte, hier mit Hilfe der Wiener Kommunisten den Umsturz herbeizuführen. Deshalb sei der neue Gesandte Czobel nach Wien gesendet worden. Was an diesen in hiesigen ungarischen Kreisen kursierenden Erzählungen wahr ist, läßt sich natürlich nicht feststellen. Tatsache ist aber, daß seit dem Eintreffen des neuen Gesandten Czobel in Wien die Beziehungen der Wiener Kommunisten zur ungarischen Gesandtschaft viel innigere und lebhaftere geworden sind und daß seitdem neuerlich eine rege Agitationstätigkeit der Wiener Kommunistenführer einsetzte. Heute wird sogar erzählt, daß der Wiener Putsch von der ungarischen Räteregierung mit 70 Millionen hätte „finanziert" werden sollen. Ein Abgesandter aus Ungarn, der auf Schleichwegen ans Budapest hiehergekommen war und das Geld bei sich gehabt haben soll, hat unter dem Namen Preuß in einem Hotel in der Inneren Stadt gewohnt, ist aber am nächsten Tage schon wieder verschwunden und seither unauffindbar. Er soll mit seinem richtigen Namen Barnauer heißen und sich in der Umgebung von Wien verborgen halten. Nach einer Version soll er einen Teil des Geldes bereits für kommunistische Zwecke hier hinterlegt, nach anderen Darstellungen wieder es vorgezogen haben, das Geld bei sich zu behalten.

Die „Spezialgesandtschaft" der Frau Lubarska in Bern.

Von einer Persönlichkeit aus dem neutralen Auslande, die im Sommer des vorigen Jahres in Bern weilte, erhalten wir interessante Mitteilungen, in welcher Weise sich die Schweizer Behörden damals der bolschewistischen Agitatoren entledigt haben. Im Juni 1918 waren 18 Russen in Begleitung einer Frau Lubarska nach Bern gekommen. Sie waren durchweg Arbeiter, die sich dort im Hotel Löwen einquartierten und als russische Spezialgesandtschaft ausgaben. In Bern traten sie mit dem politischen Agenten Holzmann in Beziehungen, und nach einem achttägigen Aufenthalt schon hatten sie ihr Aussehen ständig verändert; statt der einfachen Arbeiteranzüge, in denen sie gekommen waren, trugen sie elegante Kleider, fuhren nur mehr in Automobilen und verteilten sich dann schließlich auf Bern sowohl als auch auf Zürich. Das politische Departement in Bern erhielt alsbald Kenntnis von dem Zweck des Aufenthalts dieser Leute; sie hetzten die in der Schweiz internierten russischen Kriegsgefangenen zu Sabotageakten auf, verhetzten die Arbeiterschaft und veranlaßten schließlich die großen Ausstände in Zürich, bei denen es zu argen Zusammenstößen kam, die aber rasch wieder ihr Ende fanden, nachdem sich die Schweizer Regierung zu energischen Abwehrmaßnahmen entschlossen hatte. Den 18 Russen und ihrer Begleiterin wurde nun eines Abends der Befehl erteilt, am nächsten Morgen Bern und Zürich und binnen einer weiteren kurzen Frist die Schweiz zu verlassen. Sie versuchten Protest einzulegen oder wenigstens einen Aufschub zu erlangen, aber es fruchtete nichts. Am nächsten Morgen wurden sie unter militärischer Eskorte in Automobile gesetzt, zur Bahn gebracht und bis zur Grenze begleitet. Das Rezept empfiehlt sich von selbst.

Doppeltes Maß.

Von beachtenswerter Seite gehen uns die nachstehenden Mitteilungen zu: Viele Ungarn haben sich seit der Herrschaft Bela Kuns mit ihren Familien unter den größten Gefahren und Mühseligkeiten aller Art nach Deutschösterreich und Wien geflüchtet, um der Willkürherrschaft der Rätediktatur — so manche sogar dem ihnen angedrohten Todesurteil — zu entgehen. Diese der wilden Wut der Rätediktatur entgangenen Flüchtlinge führen hier ein bescheidenes und nur zu oft kümmerliches Dasein, können aber gewöhnlich nur wenige Tage hier bleiben, da sie als Eindringlinge behandelt werden, keine Aufenthaltsbewilligung erhalten und wieder weitergeschoben werden. Diesen Flüchtlingen ist es wohl bekannt, daß Wien unter dem Mangel an Lebensmitteln leidet und daß die Bevölkerung unsrer Stadt keinen Zuwachs verträgt. Anderseits sind aber diese jetzt Heimatlosen vollkommen schutzlos geworden. Hier wird im Sinne der bestehenden Vorschriften gegen sie vorgegangen; der Heimweg nach Ungarn wäre für sie der Weg in den sicheren Martertod, und in der Tschecho-Slowakei würde man sie als feindliche Ausländer gefangennehmen. Was sollen nun diese armen Landflüchtigen tun? Abordnungen aus ihren Kreisen haben sich an verschiedene hier weilende Ententemissionen mit der Bitte um Schutz gewendet, aber auch dieses Ansuchen ist vergeblich geblieben. Im Gegensatz zu dem strengen Festhalten an den bestehenden Ausweisungsvorschriften steht nun aber bei uns das Verhalten den umstürzlerischen Emissären gegenüber, welche die Stadt Wien und die deutschösterreichische Republik in dasselbe Elend stürzen wollen, in welchem sich Budapest und das Rätungarn befinden. Gegenüber diesen Emissären, die angeblich „Beamte der Gesandtschaft", „Kuriere der Volksbeauftragten", „Wareneinkäufer" oder „Warenüberbringer" sind, in Wirklichkeit aber die Verbindung zwischen Bela Kun und den Wiener Kommunisten herstellen, machen sich augenscheinlich oft Einflüsse geltend, so daß sie ungestört hier weilen und ihr Werk fortsetzen sowie dabei ein Leben führen können, bei dem Geld keine Rolle spielt. Wäre es nicht weit mehr geboten, jenen infolge des Schreckensregiments der Räteregierung landflüchtig Gewordenen ein vorläufiges Asyl zu gewähren und dafür mit allen gesetzlichen Maßnahmen gegen die ungezählten fremdländischen

Arbeiterzeitung 22./IV. 1919 157

Sitzung des Kreisarbeiterrates.

Die Debatte über den Bericht der Untersuchungskommission.

Samstag nachmittag trat der Kreisarbeiterrat neuerdings im Arbeiterheim Favoriten zu einer Sitzung zusammen, um die Erörterung über den Bericht der Untersuchungskommission fortzusetzen. Der große Saal und auch die Galerien waren dicht gefüllt. Nach der Eröffnung der Sitzung durch den Vorsitzenden Janicek wird in die Debatte eingegangen.

Käthe Pick:

Der Bericht der Untersuchungskommission hat mit den Schuldigen in der Richtung nach links abgerechnet. Wir dürfen aber nicht vergessen, auch nach rechts zu schauen. Wir müssen als Sozialdemokraten verlangen, daß hier Klarheit geschaffen wird. Die Kommunisten haben übrigens in der letzten Woche eine moralische Niederlage nach der anderen erlitten. Die sehr schwach besuchte Versammlung vor dem Rathause am Sonntag war allein eine Niederlage. Erst die Nachricht von der Verhaftung hat Zündstoff in das kleine Häuflein getragen. Wir müssen fordern, daß für die Zukunft dergleichen unmöglich gemacht wird. Der Kreisarbeiterrat soll auch darauf achten, daß die Sozialdemokratie ihren revolutionären Charakter behält.

Frank (Kommunist):

Es gibt nur eine Entscheidung: ganz nach links oder ganz nach rechts. Wenn ein Genosse, der wie Eldersch mit Energie für das Proletariat eintritt, in die Lage kommt, Proletarierblut auf sich nehmen zu müssen, so sehen wir, daß es so nicht weiter geht. In Deutschland ist die Erfahrung gemacht worden, daß jede Koalition mit den Bürgerlichen zu solchen Zuständen führt, wie sie jetzt draußen herrschen. So ist es auch bei uns. Es läßt sich nicht genau feststellen, von wo aus am Sonntag der erste Schuß gefallen ist. Es ist auch nebensächlich. Es handelt sich vielmehr darum, festzustellen, daß es überhaupt möglich war, daß der Grund zu einer solchen Demonstration vorhanden war. Es geht eben bei uns mit nichts weiter. Eine andere Frage ist, wie wir uns zum Arbeiterrat stellen. Wir müssen dafür sorgen, daß der Arbeiterrat so zusammengesetzt ist, wie er zusammengesetzt sein soll. Solange er das nicht ist, müssen wir unsere Parteiangelegenheiten auch ohne ihn ausmachen. Für uns ist das Direktorium maßgebend, dem wir auch dann folgen, wenn wir, wie am Sonntag, nicht alle mit ihm einverstanden sind. Es wird vielleicht notwendig werden, daß wir uns gegen Sie mit Gewalt wenden, aber man soll uns nicht verhetzen, sondern uns zubilligen, daß wir bona fide handeln. Im Arbeiterrat möge in Hinkunft eine solche Politik befolgt werden, daß wir uns an ihr beteiligen können.

Rothe:

Ich war am Sonntag in der Hörlgasse, als die Menge noch nicht dorthin gekommen war. Die Hörlgasse war schon abgesperrt. Als die Menge kam, wurde verhandelt und die Stadtschutzleute zogen sich zurück. Die Menge zog weiter. In diesem Augenblick krachte der erste Schuß. Ich habe ein Rauchwölkchen hinter dem Polizeikordon gesehen. Nach einer kleinen Pause fiel ein zweiter Schuß. Dann kamen Stadtschutzleute und berittene Polizei. Als sie an die Ecke der Hörlgasse kamen, krachte eine Salve. Nun erst wich die Menge zurück. Ich glaube, daß an dem Unglück der alte Polizeigeist schuld ist.

Engel (Kommunist):

Ich war auch Augenzeuge der Demonstration. Ich habe noch keine friedlichere gesehen. Die Demonstranten wollten nur durch eine Deputation die Enthaftung der Führer erwirken. Die Gewalt wurde von der Regierung aus begonnen. Man ließ die Demonstranten ruhig in die Hörlgasse ziehen, erst aus der Wasagasse wurde auf sie geschossen. Wenn die Polizei an eine Putschabsicht geglaubt hat, so war es die größte Dummheit, die Führer zu verhaften und die Menge sich selbst zu überlassen. Wir wollen nicht zu Gunsten des Kreisarbeiterrates abdizieren. Wir wollen mitarbeiten, aber wir lassen uns nicht vorschreiben, ob wir Aktionen veranstalten dürfen.

Arbeitel:

Die Obmännerkonferenz der Arbeiterräte war, als die erste Nachricht von dem Kampfe am Sonntag zu ihr drang, von vornherein gegen die Wache. Aber als wir der Schuldfrage nähertraten, haben wir uns gefragt: War das der Kampf gegen das alte Oesterreich oder ein Kampf von Proletariern gegen Proletarier? Und wir haben die Untersuchungskommission eingesetzt. Wir haben dort jeden gehört, der aussagen wollte. Warum war Genosse Rothe nicht dort? Der Genosse Milde von der Stadtschutzwache hat bei uns ausgesagt, daß ein Kamerad verwundet war und, als er ihn fortführen wollte, mit dem Revolver bedroht worden sei. Wir hätten Milde Rothe gegenübergestellt. Der Kampf ist ein Kampf unter Proletariern, der die Reaktion aufmuntert. Da haben die Kommunisten einen großen Teil der Schuld, weil sie gegen den Beschluß des Kreisarbeiterrates gehandelt haben. Wir haben uns in der Untersuchungskommission gefragt: Was hat dazu geführt? Ich kenne den Genossen Eldersch, der ein Proletarier ist, und habe mir gesagt, wenn er die Verhaftung für nötig gehalten hat, so wird sie nötig gewesen sein. Die Polizei konnte nicht daran zweifeln, daß ein Putsch geplant war. Es wurde nur verhindert, daß das größere Unglück geschieht. Wir dürfen daher den Genossen Eldersch nicht blind verurteilen. Die Kommission hat nicht bloß „deferativ" das Material zusammengetragen.

Wir Arbeiterräte der Majorität haben die Partei zu sehr in den Hintergrund gedrängt. Wir müssen mehr an sie Anschluß finden. Es wird behauptet, wir arbeiteten in den Arbeiterräten nicht. Wer eine Sitzung mitgemacht hat, wird wissen, welche Lust gerade die Kommunisten an leeren Diskussionen haben und wie sehr sie Parteireklame treiben. Was sich die Kommunisten an Verhetzung der Sozialdemokratie leisten, haben nicht einmal die Christlichsozialen getan. Ihnen kommt es eben nur auf Worte, auf scharfe Worte an. Wenn das so weiter geht, kommen wir überhaupt zu keiner Arbeit. Die Arbeiterräte haben noch große Aufgaben. Die Revolution ist noch nicht zu Ende. Die Arbeiterräte werden den Schlußstein zu legen haben. Darum müssen wir Verständigung und gemeinsame Arbeit gegen die Bourgeoisie finden.

Nagler (Kommunist):

Der Bericht konnte uns nicht befriedigen. Man hat es unterlassen, auch gegenüber der Regierung eindeutig zu reden. Man darf hier nicht immer Parteipolitik betreiben. Die Arbeiterräte mögen den Antrag der Kommunisten annehmen, der dahin geht, eine paritätische Kommission einzusetzen, bestehend aus zwei Sozialdemokraten, zwei Kommunisten, zwei Rechtsanwälten und einem von diesen zu wählenden Vorsitzenden.

Friedländer (Kommunist):

Man kann nicht eine Untersuchungskommission einsetzen nach dem Größenverhältnis der Parteien. Was geschehen ist, ist dadurch geschehen, daß sich Eldersch vom Polizeipräsidenten leiten ließ. Die Schuld kommt daher, daß die jetzige Koalitionspolitik eine Politik ist, die nichts anderes tut, als die bestehende Gewalt aufrecht zu erhalten. Der Arbeiterrat ist für uns erst kompetent, wenn er alle Macht hat.

Max Adler:

Die Kommunisten wollen den Kreisarbeiterrat nicht anerkennen, weil er angeblich keine Macht hat. Dieser Kreisarbeiterrat hat aber eine ungeheure Macht, denn er hat den Putsch, den die Kommunisten beabsichtigt haben, verhindert (lebhafte Zustimmung); und er hat diese Macht, weil die überwältigende Mehrheit des Proletariats hinter ihm steht. Die Verhaftung und die Vorgänge in der Nacht von Samstag auf Sonntag sind nicht das Wesentliche für die Schuldfrage; das Wesentliche ist, woher denn überhaupt die Notwendigkeit zu solchen Uebergriffen gekommen ist. Die Kommunisten hätten es am Freitag in der Hand gehabt, die ganze beklemmende Stimmung zu zerstreuen, sie haben ausweichende Antworten gegeben. Am Samstag nachmittag noch haben sie die Volkswehr aufgefordert, bewaffnet zu erscheinen. Wir stehen hier vor einer völlig lückenlosen Kette von Beweisen dafür, daß Sie den Putsch nur deswegen nicht gemacht haben, weil Sie ihn nicht machen konnten. Sie drohen immer mit der Reaktion, aber Ihre Taktik gefährdet die Entwicklung des Sozialismus noch mehr und arbeitet erst recht der Reaktion in die Hand. Ich bin für die strengste Untersuchung, wenn Uebergriffe vorgekommen sind. Aber wir sind die Ankläger, weil die Kommunisten eine Taktik eingeführt haben, die das Proletariat in eine Zwangslage bringt, daß es Gewalt gegen Proletarier anwenden muß, und welche die Solidarität seiner Klasse sprengt. Wir nehmen es ernst mit der Parole: „Alle Macht den Arbeiterräten", und werden daher die überwältigende Majorität der Arbeiter nicht durch eine Minorität vergewaltigen lassen. (Lauter Beifall.)

Rieß (Kommunist):

Genosse Max Adler wirft uns vor, wir hätten uns abgespaltet. Die Spaltung haben die Sozialpatrioten hervorgerufen. Gegenwärtig haben die Sozialdemokraten vielleicht noch die Mehrheit. Aber das wird sich bald ändern. Die Untersuchungskommission hat so entschieden, wie sie es schon vorher haben wollte. Wenn die Stadtschutzwache keine Gewehre gehabt hätte, so wäre es zu keinem Blutvergießen gekommen. Die Wache hat Vergeltung für den Gründonnerstag geübt. Das war kein Straßenkampf, sondern ein Mord der weiß-roten Gardisten. Das hätte die Kommission untersuchen sollen. Wir können die Kompetenz des Arbeiterrates nicht anerkennen, solange er nicht revolutionär ist, solange die Gefahr vorliegt, daß er den Anschluß an das Noske-Deutschland betreibt. Wenn der Arbeiterrat Macht hätte, so hätte er die sofortige Enthaftung unserer Genossen erwirken können. Wenn Sie revolutionär sein wollen, so beweisen Sie es, indem Sie unsere Resolution unterstützen.

Seitz:

Wenn man die Aufregung und die Leidenschaften der Redner sieht, erinnert man sich unwillkürlich an die alte Zeit des Streites zwischen Radikalen und Gemäßigten, den Anarchisten und Sozialisten. In dieser Zeit hatte die Reaktion in Oesterreich ihre größten Triumphe. Um so bedauerlicher ist es, daß wir aus der Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung nicht das gelernt haben, wessen wir jetzt bedürfen in der Zeit, in der wir die Revolution vorwärts treiben sollen. Der Wiener Arbeiterrat hätte ganz andere Aufgaben. Wir haben uns mindestens in Wien in die Macht gesetzt. Wäre es da nicht gerade Pflicht des Arbeiterrates, zu beraten über das, was in der Gemeinde zu geschehen hat? Einem Beschluß des Arbeiterrates würde sich kein sozialdemokratischer Gemeinderat widersetzen. Wir könnten hier schon die Macht üben, aber wir streiten uns um Dinge, die für die soziale Revolution in Oesterreich keinen Pfifferling bedeuten. Deshalb will ich auf die Schuldfrage nicht viel eingehen. Wer auf dem Standpunkt steht, daß Gewalt anzuwenden sei, hat überhaupt kein Recht, sich über Gewalt zu beklagen. Sie reden immer von der bürgerlichen Gewalt. Aber wir leben weder in einem bürgerlichen noch in einem sozialistischen Staat, sondern in einem Uebergang, in dem ein schlagbereites, kenntnisreiches, selbstbewußtes Proletariat jeden Tag und jede Stunde bestimmen muß, was jetzt zu geschehen hat. Nun hat der Arbeiterrat hier beschlossen, was zu geschehen habe; dagegen wurde Gewalt angewendet. Wollen die Kommunisten die Autorität des Arbeiterrates anerkennen oder nicht? Haben sie das Recht, allein zu bestimmen, was geschehen soll? Sie sagen, der Arbeiterrat sei nicht revolutionär. Wissen Sie nicht, wie schwer Sie Hunderttausende Proletarier beleidigen, die seit Jahrzehnten in der Partei kämpfen und alles geopfert haben? Ein Unglück ist unvermeidlich, wenn in dieser Weise Massen aufgeboten werden. Die Kommunisten haben sie aufgeboten gegen den Wiener Arbeiterrat.

Wir können die große Streitfrage zwischen Kommunisten und uns nicht durch Demonstrationen aus der Welt schaffen. Die Streitfrage ist, ob wir eine Rätediktatur aufrichten können. Das entscheidet man nicht mit Demonstrationen. Sie können nicht eine Rätediktatur gegen das Proletariat aufrichten. Es gibt nur eine Diktatur des Proletariats. Wir Sozialdemokraten können die Verantwortung dafür heute nicht übernehmen, weil wir die großen Massen des Proletariats nicht in Not und Hunger stürzen dürfen. Und wenn Sie sagen, daß das Proletariat diese Not und den Hunger auf sich nehmen muß, weil es angeblich gilt, die soziale Revolution zu beschleunigen, so müßten wir schon — abgesehen davon, wie viel unserer Generation schon an solchen Opfern in diesen fünf Jahren zugemutet worden ist — die Frage aufwerfen: Werden wir hier in Deutschösterreich in der großen Frage der Welt entscheidend sein? Was würde das, was in Deutschösterreich geschieht, für Rußland, Amerika und die großen Staaten der Welt bedeuten? Einen Sturm im Wasserglas. Nach unserer Meinung wäre es ein zweckloses Opfern von Millionen, für das wir nicht die Verantwortung übernehmen können. Wenn aber das Proletariat in seiner Mehrheit heute trotz unserer Warnung für die sofortige Aufrichtung der Rätediktatur wäre, würden wir es nicht hindern, weil wir keine Gewalt anwenden, sondern uns unterordnen, weil ein Sozialdemokrat nicht das Recht hat, die Mehrheit zu vergewaltigen.

Wir Sozialdemokraten wollen die Revolution. Wir haben die politische Revolution durchgeführt, wir sind jetzt am Werke der sozialen Revolution. Die soziale Revolution kann aber nicht das Werk eines Tages sein wie die politische; sie wird das Werk einer ungeheuren, jahrelangen Arbeit sein. Die Wege der sozialen Revolution können nicht aus Büchern gelernt werden, sie müssen gefunden werden durch das Proletariat in seiner Masse und im Vertrauen darauf, daß es den richtigen Weg findet. Wenn Sie die Mehrheit unausgesetzt in ihrer Ueberzeugung erschüttern und sie beunruhigen, werden Sie nur der Reaktion dienen. Wir haben nie Gewalt gegen die Kommunisten angewendet und werden sie nicht anwenden, weil wir die Gewalt verabscheuen. Aber wir bitten Sie, von der Gewalt gleichfalls abzustehen und sich der Mehrheit unterzuordnen. Wenn Sie das tun, wird das Proletariat unbeirrt und nach seiner Erkenntnis seine historische Aufgabe erfüllen und im rechten Augenblick jene Aktionen unternehmen, die es zum Siege führen, mit Energie und in geschlossener Einheit. (Stürmische Zustimmung.)

Martinelli (Kommunist):

Alle Proredner haben nur das Geschehene verteidigt, statt Tatsachen vorzubringen. Wieso hat es zu der Metzelei kommen können? Die Kreisarbeiterratssitzung hat den ersten Aufruf zur Reaktion erschallen lassen. Man hat von jeher die Radikalen terrorisiert und das ist die Ursache der Vorkommnisse am Sonntag. Hat man es je erlebt, daß man die Wache mit Gewehren bewaffnet hat? (Rufe: Hat man es erlebt, daß aufgefordert wurde, bewaffnet zu einer Demonstration zu kommen?) Die Blutopfer sind nur gefallen, weil der Kreisarbeiterrat provoziert hat.

Wahl der Generalredner.

Es wird nun Schluß der Debatte beschlossen und zu Generalrednern für Goldscheid und Ziegler, gegen Elfriede Friedländer und Toman gewählt.

Dr. Goldscheid:

Was den Putsch betrifft, so sind die Ergebnisse der Untersuchung eindeutig. Es hat sich ergeben, daß die überwältigende Majorität des Proletariats durch eine verschwindende Minderheit vergewaltigt werden sollte, daß die leitenden Funktionäre verhaftet werden sollten. Da ist es begreiflich, daß man zu Gegenmaßnahmen griff. Dagegen kann bei den Sozialdemokraten von einer Schuld nicht gesprochen werden. Es ist zweifellos, daß Eldersch in bestem Glauben, in bestem proletarischen Gefühl gehandelt hat. Es kann bloß von Fehlern gesprochen werden, die hüben und drüben begangen wurden, wir haben Vorkehrungen zu treffen, daß sie nicht mehr vorkommen können. Es darf nicht vorkommen, daß man beabsichtigt, vier Personen zu verhaften, und hundertzwanzig verhaftet, ohne daß weder die Regierung noch der Vollzugsausschuß davon erfährt. Auch hat sich gezeigt, daß der alte Polizeigeist noch nicht abgetan ist. Massenverhaftungen sollten doch nur dann vorkommen, wenn man sich schon gar nicht anders helfen kann. Ich glaube, daß die Schuld an dem Putsch so eindeutig bewiesen ist, daß sie auch die paritätische Kommission, der ich beipflichte, klar ergeben wird. Durch die paritätische Zusammensetzung wird aber diese Feststellung ein größeres Gewicht haben. Wenn ich auch ein unbedingter Gegner des Terrors bin, so muß ich doch die Haltung der Arbeiter-Zeitung auf das schärfste verurteilen, weil sie nicht den Mut hatte, gegen die bürgerliche Presse ein Wort zu sagen, die aus den Vorgängen Kapital zu schlagen versuchte. Wenn wir uns fragen, wieso der Kommunismus soviel Boden in der Bevölkerung findet, so liegt der Grund in der zwiespältigen Haltung der Arbeiter-Zeitung, die bald abwiegelt, bald aufwiegelt. Wenn die Arbeiter-Zeitung eine einheitlichere Haltung einnehmen und wenn das Unerläßliche mit Entschiedenheit gefordert würde, hätte die kommunistische Bewegung niemals so viel Boden gefunden. Der Grundfehler der Partei ist, daß sie nicht den Bürgerlichen sagt: Wenn ihr alles sabotiert, was für die Gesundung unseres Wirtschaftslebens unerläßlich ist, könnt ihr euch nicht wundern, wenn eine immer größere Erregung entsteht; ihr Fehler ist es, daß sie in der Koalition nicht energisch genug aufgetreten ist. (Rufe: Ist das der Proredner!) Gerade durch die Zauberpolitik der Partei entsteht die Gefahr, daß die Unhaltbarkeit der Verhältnisse eines Tages zu bolschewikischen Verhältnissen führt. Deshalb müssen wir besonders darauf hinarbeiten, daß positive Arbeit geleistet wird und daß die Partei mit einem großzügigen Programm für die Gesundung unserer Verhältnisse vorangeht. Es kann sehr bald der Tag kommen, wo die Koalition nicht mehr möglich ist, und wenn dann kein klares Programm vorliegt, werden überstürzt Maßnahmen getroffen werden. Deshalb würde ich es für das beste Ergebnis halten, wenn sich Kommunisten und Sozialdemokraten zu positiver Arbeit zusammenfinden, was aber nur möglich ist, wenn die Kommunisten mit größerer Ehrlichkeit gegen uns vorgehen. Wenn sie aber weiter außerhalb dieser Räume Gewalttaten vorbereiten, ist es nicht möglich.

Elfriede **Friedländer** (Kommunistin):

Die Differenz zwischen uns ist die, daß Sie sich mit den Bürgerlichen koalieren und ein bißchen mit der Rätediktatur kokettieren, während wir uns von den Bürgerlichen ganz losgesagt haben. Sie versuchen gar nicht zu untersuchen, ob wir recht haben. Der Kapitalismus kann nur durch Gewalt unterdrückt werden. Die revolutionäre Weltbewegung ist nicht aufzuhalten. Wir stellen uns nur in ihren Dienst. Wir lassen die Gewalt nur gelten im Interesse des Proletariats. Der tragische Irrtum der Sozialdemokratie ist, zu glauben,

Arbeiterzeitung
23. VII. 1919

23

158

Die Gemeinderatswahlen in Niederösterreich.

Große Erfolge der Sozialdemokraten.

Gestern haben auf dem Lande in Niederösterreich, das ist in allen Gemeinden mit Ausnahme von Wiener-Neustadt und Waidhofen an der Ybbs, die ein eigenes Statut haben, die Gemeinderatswahlen stattgefunden. Sie erfolgten überall auf Grund des allgemeinen Wahlrechtes aller Männer und Frauen. Bis zur Stunde liegen selbstverständlich nur aus einem kleinen Teil der 1608 Gemeinden Berichte über den Ausgang der Wahl vor. So weit Berichte vorliegen, haben die Sozialdemokraten in allen Industrieorten — das gilt namentlich für das große Wiener-Neustädter Industriegebiet — große Erfolge errungen, das heißt, sie haben in den Industrieorten überall die Mehrheit der Mandate erhalten und werden somit die Bürgermeisterstellen besetzen. In vielen Orten hat der bürgerliche Mischmasch so wenig Mandate erhalten, daß er kaum den Bürgermeisterstellvertreter wird stellen können.

Bisher haben wir folgende Berichte erhalten:

Stammersdorf. Es wurden 1931 Stimmen abgegeben. Davon erhielten die Sozialdemokraten 1003 Stimmen, die vereinigten Christlichsozialen, Bauern- und Gewerbebündler 573, die Deutschdemokraten 346 Stimmen. Es entfallen also auf die Sozialdemokraten zwölf, auf die Christlichsozialen, Bauern- und Gewerbebündler sechs und auf die Deutschdemokraten vier Mandate. Die Sozialdemokraten haben also die Mehrheit wie in der Bevölkerung so auch im Gemeinderat.

Hadersdorf-Weidlingau. Wählerzahl 2340. Abgegebene gültige Stimmen 1942. Das ergibt eine Wahlbeteiligung von 83 Prozent. Es nahmen 882 Männer und 1076 Frauen an der Wahl teil. Davon erhielten die Sozialdemokraten 1082, die vereinigten Christlichsozialen und Deutschnationalen 586 und die Deutsche Bürgervereinigung 274 Stimmen. Es sind somit gewählt (nach Entscheidung eines Mandats durch das Los) 13 Sozialdemokraten, 6 von der Vereinigten Wirtschaftspartei und 3 von der Deutschen Bürgervereinigung. Die Sozialdemokraten haben also eine starke Majorität im Gemeinderat.

Wiener-Neustadt, 22. Juni. Das Ergebnis der Wahlen in den Gemeinden des Viertels unter dem Wienerwald ist glänzend. Soweit die Berichte bis zur Stunde vorliegen, ist zu entnehmen, daß unsere Partei ihren Besitzstand voll behauptet, in einzelnen Orten sogar einen erheblichen Stimmenzuwachs zu verzeichnen hat. Das ist ein großer Erfolg. Erfahrungsgemäß ist bei Gemeindewahlen, besonders in den kleineren Orten, ein anderer Maßstab bei der Beurteilung als bei den Wahlen in Reich und Land anzulegen. Hier entscheiden lokale und persönliche Fragen, oft auch persönliche Beziehungen, Cliquen- und Kirchturminteressen. Das setzt unsere Partei schon von Haus aus einigermaßen in eine schlechtere Stellung. Bei den Wahlen am 22. Juni galt es, mit den Dorfprotzen und den Vetterncliquen Abrechnung zu halten. In allen Gemeinden regierte die christlichsoziale Unfähigkeit; gerade während des Krieges trat das jedem Gemeindemitglied klar vors Auge. Die Christlichsozialen haben jedes Vertrauen in der bäuerlichen Bevölkerung verloren; das zeigt sich am besten darin, daß es die Christlichsozialen gar nicht wagten, mit ihrer Parteibezeichnung vor die Wählerschaft zu treten. Der Titel wurde geändert. Was man da in den Orten oft für Parteibezeichnungen antreffen konnte, ist ein spaßiges Kapitel. „Wirtschaftspartei", „Unpolitische Partei", „Intelligenzpartei", „Bauernpartei", „Jungbauerngruppe" — weder die Christlichsozialen noch die Deutschnationalen traten mit ihrer alten Parteibezeichnung auf. Aber die Wählerschaft ist ihnen auf den Schwindel nicht hineingefallen: Die Firmaänderung hat nichts genützt, in allen Orten haben diese Volksverräter auch unter der neuen Firma eine kräftige Niederlage erlitten. In **Sollenau** zum Beispiel, einst eine christlichsoziale Hochburg, wo der christlichsoziale Obmannstellvertreter des Bauernbundes Abgeordneter Gruber seinen Sitz hat, haben die vereinigten Bürgerlichen vier Mandate erhalten, während die Sozialdemokraten vierzehn Sitze eroberten. Nicht anders in **Schönau,** wo der Herr Abgeordnete Jukel residierte; dort erhielten die Sozialdemokraten acht Mandate, die Wirtschaftspartei fünf Mandate. In **Grünbach,** wo der christlichsoziale Abgeordnete Parrer sitzt, erhielten die Sozialdemokraten zehn, die Christlichsozialen vier Sitze. In **Baden** haben wir gut abgeschnitten, ebenso in **Mödling,** ganz besonders gut in unseren Hochburgen des Liesinger, Neunkirchner, Leobersdorfer, Hirtenberger Gebietes. Die bis jetzt vorliegenden Resultate des **Klosterneuburger** und **Schwechater** Gebietes zeigen an, daß überall die Sozialdemokratie festen Fuß gefaßt hat und die Wahlsiege des 16. Februar und 4. Mai nicht jene Zufallssiege waren, als die sie von den Christlichsozialen dargestellt wurden.

Dem Wahlsieg vom 22. Juni kommt auch insofern große Bedeutung zu, weil unsere Partei in mehr als zwei Dritteln der Orte des ganzen Gebietes den Bürgermeister wird stellen müssen. Der Wahlsieg stellt die Partei vor neue, schwere Aufgaben. Die Gemeinden sind verschuldet und durch die christlichsoziale Mißwirtschaft finanziell vollständig heruntergekommen. Leicht wird die Arbeit nicht sein, die unsere Genossen zu bewältigen haben werden. Der große Wahlsieg kann uns alle freuen, weil er den Beweis erbracht hat, daß der Sozialismus marschiert.

Aus den einzelnen Orten sind bisher folgende Teilresultate bekannt: **Baden:** 15 Sozialdemokraten, 23 Bürgerliche. — **Mödling:** 20 Sozialdemokraten, 11 Christlichsoziale, 10 Deutschnationale, 1 Festbesoldeter. — **Klosterneuburg:** 20 Sozialdemokraten, 11 Christlichsoziale, 11 Deutschnationale. — **Schwechat:** 15 Sozialdemokraten, 7 Wirtschaftsparteiler. — **Bruck an der Leitha:** 12 Sozialdemokraten, 12 Wirtschaftsparteiler. — **Liesing:** 23 Sozialdemokraten, 7 Bürgerliche. — **Atzgersdorf:** 23 Sozialdemokraten, 6 Bürgerliche, 1 Tscheche (140 Stimmen). — **Inzersdorf:** 18 Sozialdemokraten, 6 Bürgerliche. — **Mauer:** 12 Sozialdemokraten, 12 Bürgerliche. — **Perchtoldsdorf:** 14 Sozialdemokraten, 8 Christlichsoziale, 8 Deutschnationale. — **Siebenhirten:** 13 Sozialdemokraten, 5 Bürgerliche. — **Vösendorf:** 9 Sozialdemokraten, 3 Wirtschaftsparteiler, 4 Bürgerliche. — **Erlaa:** 10 Sozialdemokraten, 6 Bürgerliche. — **Mannersdorf:** 13 Sozialdemokraten, 3 Wirtschaftsparteiler, 2 Bauernbündler. — **Rannersdorf:** 8 Sozialdemokraten, 6 Bauernbündler.

Neunkirchen: Abgegebene sozialdemokratische Stimmen 3665, Wirtschaftspartei 1444. Gewählt: 25 Sozialdemokraten, 9 bürgerliche Mischmaschler.

Ebenfurt: Abgegebene sozialdemokratische Stimmen 715, Wirtschaftspartei 327. Gewählt: 11 Sozialdemokraten, 5 Bürgerliche.

Felixdorf: Abgegebene sozialdemokratische Stimmen 1015, bürgerlicher Mischmasch 161. Gewählt: 14 Sozialdemokraten, 2 Mischmaschler.

Lichtenwörth: Abgegebene sozialdemokratische Stimmen 952, Bürgerliche 420. Gewählt wurden: 13 Sozialdemokraten, 5 Bürgerliche.

Piesting: Sozialdemokratische Stimmen 518, bürgerliche Mischmaschle 343. Gewählt wurden: 10 Sozialdemokraten, 6 Bürgerliche.

Sollenau: Sozialdemokratische Stimmen 1037, Christlichsoziale 350. Gewählt wurden: 14 Sozialdemokraten, 4 Christlichsoziale.

Steinabrückl: Sozialdemokratische Stimmen 471, Bürgerliche 122. Gewählt wurden: 11 Sozialdemokraten, 3 Bürgerliche.

Katzelsdorf: Sozialdemokratische Stimmen 146, Bauernbund 333. Gewählt wurden: 4 Sozialdemokraten, 10 Christlichsoziale.

Brunn am Steinfeld: Sozialdemokratische Stimmen 202, Bürgerliche 154. Gewählt wurden: 7 Sozialdemokraten, 5 Bürgerliche.

Fischau: Sozialdemokratische Stimmen 376, Christlichsoziale 437. Gewählt wurden: 6 Sozialdemokraten, 8 Christlichsoziale.

Pottendorf: Sozialdemokratische Stimmen 750, Christlichsoziale 214, Wirtschaftspartei 257, Tatzel-Partei 124. Gewählt wurden: 11 Sozialdemokraten, 6 Bürgerliche, 1 Mandat fiel auf Tatzel.

Theresienfeld: Gewählt wurden: 6 Sozialdemokraten, 8 Bauernbündler.

Siegersdorf: Gewählt wurden: 7 Sozialdemokraten, 5 Wirtschaftsparteiler.

Landegg: Gewählt wurden: 5 Sozialdemokraten, 7 Bürgerliche.

Wöllersdorf: Gewählt wurden: 12 Sozialdemokraten, 3 Bauernbündler, 1 Wirtschaftsparteiler.

Grünbach am Schneeberg: Gewählt wurden: 10 Sozialdemokraten, 4 Christlichsoziale.

Hirtenberg: Gewählt wurden: 13 Sozialdemokraten, 3 Wirtschaftsparteiler.

Lindabrunn: Gewählt wurden: 8 Sozialdemokraten, 4 Wirtschaftsparteiler.

Leobersdorf: Gewählt wurden: 15 Sozialdemokraten, 7 Wirtschaftsparteiler.

Kottingbrunn: Gewählt wurden: 12 Sozialdemokraten, 4 Wirtschaftsparteiler.

Schönau an der Triesting: Gewählt wurden: 9 Sozialdemokraten, 5 Wirtschaftsparteiler.

Erlach: Gewählt wurden: 9 Sozialdemokraten 5 Bürgerliche.

Pitten: Gewählt wurden: 8 Sozialdemokraten, 8 christlichsoziale Mischmaschler.

Schiltern: Gewählt wurden: 4 Sozialdemokraten, 6 Mischmaschler.

Seebenstein: Gewählt wurden: 5 Sozialdemokraten, 7 Mischmaschler.

Sautern: Gewählt wurden: 6 Sozialdemokraten, 4 Wirtschaftsparteiler.

Gloggnitz: Gewählt wurden: 10 Sozialdemokraten 8 Bürgerliche.

St. Pölten. Von 9234 abgegebenen Stimmen erhielten die Sozialdemokraten 5608 Stimmen, Christlichsoziale 1990, Deutschnationale 1181, Deutschgelbe 455 Stimmen. Es bekommen also die Sozialdemokraten 26 Mandate, die Christlichsozialen 9, die Deutschnationalen 5 und die Gelben 2 Mandate.

Deutsch-Altenburg. Von vierzehn Mandaten eroberten die Sozialdemokraten acht, also die Majorität. Die vereinigten Deutschnationalen und Bauernbündler blieben mit sechs Mandaten in der Minderheit. Die Sozialdemokraten haben 404, die vereinigten Reaktionäre 284 Stimmen erhalten.

Neues Wiener Tagblatt
23./VI. 1919
159

Die Erklärungen des Kreisarbeiterrates über den kommunistischen Putschversuch.

Der Bericht über die letzte Sitzung der Untersuchungskommission.

Heute liegt in der „Arbeiter-Zeitung" der ausführliche Bericht über die Samstagsitzung des Kreisarbeiterrates, respektive über die Resolution vor, mit welcher derselbe nach fortgesetzter, sehr lebhafter Debatte über das Referat der Untersuchungskommission sein Urteil über die Vorgänge vom 15. Juni aussprach. Danach erklärt es der Kreisarbeiterrat im wesentlichen mit allen gegen 22 Stimmen als feststehend:

1. daß ein kommunistischer Putsch für den 15. d. geplant war;

2. daß die Kommunisten ohne die Kundgebung des Kreisarbeiterrates vom 13. d. an ihrem wahnwitzigen Plane festgehalten hätten und daß diese Absicht am Samstag, den 14. d., noch nicht aufgegeben war;

3. daß es darum nicht nur am Freitag, sondern auch am Samstag und Sonntag durchaus berechtigt war, alle notwendigen Vorsichtsmaßregeln zu treffen, damit nicht — auch diese besondere Motivierung fehlt nicht in der Resolution — eine Vergewaltigung des Wiener Proletariats durch eine kleine Minderheit stattfinde.

Die Debate, in deren Zuge Dr. Friedrich Adler unter anderm mitteilte, daß die ungarischen Bolschewisten tatsächlich einen Einfall auf deutschösterreichisches Gebiet geplant haben, nahm durchweg einen vielfach interessanten Verlauf, wie aus dem Nachstehenden hervorgeht:

Die Debatte.

Käthe Pick führte aus die Kommunisten hätten in der letzten Woche eine moralische Niederlage nach der andern erlitten. Die sehr schwach besuchte Versammlung vor dem Rathause am Sonntag war allein eine Niederlage. Erst die Nachricht von der Verhaftung hat Zündstoff in das kleine Häuflein getragen. Wir müssen fordern, daß für die Zukunft dergleichen unmöglich gemacht wird.

Frank (Kommunist): Es läßt sich nicht genau feststellen, von wo aus am Sonntag der erste Schuß gefallen ist. Es ist auch nebensächlich. Für uns ist das Direktorium maßgebend, dem wir auch dann folgen, wenn wir, wie am Sonntag, nicht alle mit ihm einverstanden sind. Es wird vielleicht notwendig werden, daß wir uns gegen Sie mit Gewalt wenden, aber man soll uns nicht verhetzen, sondern uns zubilligen, daß wir bona fide handeln.

Rothe glaubt, daß an dem Unglück der alte Polizeigeist schuld ist.

Engel (Kommunist): Wir wollen nicht zugunsten des Kreisarbeiterrates abdizieren. Wir wollen mitarbeiten, aber wir lassen uns nicht vorschreiben, ob wir Aktionen veranstalten dürfen.

Arbeitel: Als wir der Schuldfrage nähertraten, haben wir uns gefragt: War das der Kampf gegen das alte Oesterreich oder ein Kampf von Proletariern gegen Proletarier? Wir haben die Untersuchungskommission und dort jeden gehört, der aussagen wollte. Warum war Genosse Rothe nicht dort? Der Genosse Milde von der Stadtschutzwache hat (der neue Details betreffs der Vorgänge in der Hörlgasse vorgebracht hatte) ausgesagt, daß ein Kamerad verwundet war und, als er ihn fortführen wollte, mit dem Revolver bedroht worden sei. Wir hätten Milde Rothe gegenübergestellt. Der Kampf ist ein Kampf unter Proletariern, der die Reaktion aufmuntert. Da haben die Kommunisten einen großen Teil der Schuld, weil sie gegen den Beschluß des Kreisarbeiterrates gehandelt haben. Die Polizei konnte nicht daran zweifeln, daß ein Putsch geplant war. Es wurde nur verhindert, daß das größere Unglück geschieht. Wir dürfen daher den Genossen Elderſch nicht blind verurteilen. . . . Es wird behauptet, wir arbeiteten in den Arbeiterräten nicht. Wer eine Sitzung mitgemacht hat, wird wissen, welche Lust gerade die Kommunisten an leeren Diskussionen haben und wie sehr sie Parteireklame treiben. Was sich die Kommunisten an Verhetzung der Sozialdemokratie leisten, haben nicht einmal die Christlichsozialen getan. Ihnen kommt es eben nur auf Worte, auf scharfe Worte an.

Nagler (Kommunist) verlangt neuerlich, eine paritätische Kommission einzusetzen, bestehend aus zwei Sozialdemokraten, zwei Kommunisten, zwei Rechtsanwälten und einem von diesen zu wählenden Vorsitzenden.

Friedländer (Kommunist): Man kann nicht eine Untersuchungskommission einsetzen nach dem Größenverhältnis der Parteien. Was geschehen ist, ist dadurch geschehen, daß sich Elderſch vom Polizeipräsidenten leiten ließ. Die Schuld kommt daher, daß die jetzige Koalitionspolitik eine Politik ist, die nichts andres tut, als die bestehende Gewalt aufrechtzuerhalten. Der Arbeiterrat ist für uns erst kompetent, wenn er alle Macht hat.

Max Adler: Die Kommunisten wollen den Kreisarbeiterrat nicht anerkennen, weil er angeblich keine Macht hat. Dieser Kreisarbeiterrat hat aber eine ungeheure Macht, denn er hat den Putsch, den die Kommunisten beabsichtigt haben, verhindert (Lebhafte Zustimmung); und er hat diese Macht, weil die überwältigende Mehrheit des Proletariats hinter ihm steht. Wir stehen vor einer völlig lückenlosen Kette von Beweisen dafür, daß Sie den Putsch nur deswegen nicht gemacht haben, weil Sie ihn nicht machen konnten. Sie drohen immer mit der Reaktion, aber Ihre Taktik gefährdet die Entwicklung des Sozialismus noch mehr und arbeitet erst recht der Reaktion in die Hand.

Rieß (Kommunist): Wir können die Kompetenz des Arbeiterrates nicht anerkennen, solange er nicht revolutionär ist, solange die Gefahr vorliegt, daß er den Anschluß an das Noske-Deutschland betreibt. Wenn Sie revolutionär sein wollen, so beweisen Sie es, indem Sie unsre Resolution unterstützen.

Rede des Präsidenten der Nationalversammlung.

Hierauf ergreift der Präsident der Nationalversammlung Seitz das Wort und sagt unter anderm: Wenn man die Aufregung und die Leidenschaften der Redner sieht, erinnert man sich unwillkürlich an die alte Zeit des Streites zwischen Radikalen und Gemäßigten, den Anarchisten und Sozialisten. In dieser Zeit hatte die Reaktion in Oesterreich ihre größten Triumphe. Wie haben uns mindestens in Wien in die Macht gesetzt. Wäre es da nicht gerade Pflicht des Arbeiterrates, zu beraten über das, was in der Gemeinde zu geschehen hat? Wir könnten hier schon die Macht üben, aber wir streiten uns um Dinge, die für die soziale Revolution in Oesterreich keinen Pfifferling bedeuten. Wer auf dem Standpunkt steht, daß Gewalt anzuwenden sei, hat überhaupt kein Recht, sich über Gewalt zu beklagen. Sie reden immer von der bürgerlichen Gewalt. Aber wir leben weder in einem bürgerlichen noch in einem sozialistischen Staat, sondern in einem Uebergang. Wollen die Kommunisten die Autorität des Arbeiterrates anerkennen oder nicht? Haben sie das Recht, allein zu bestimmen, was geschehen soll? Sie sagen, der Arbeiterrat sei nicht revolutionär. Wissen Sie nicht, wie schwer Sie Hunderttausende Proletarier beleidigen, die seit Jahrzehnten in der Partei kämpfen und alles geopfert haben? Die Streitfrage ist, ob wir eine Rätediktatur aufrichten können. Das entscheidet man nicht mit Demonstrationen. Sie können nicht eine Rätediktatur gegen das Proletariat aufrichten. Es gibt nur eine Diktatur des Proletariats. Wir Sozialdemokraten können die Verantwortung dafür heute nicht übernehmen, weil wir die großen Massen des Proletariats nicht in Not und Hunger stürzen dürfen. Und wenn Sie sagen, daß das Proletariat diese Not und den Hunger auf sich nehmen muß, weil es angeblich gilt, die soziale Revolution zu beschleunigen, so müßten wir schon — abgesehen davon, wie viel unsrer Generation schon an solchen Opfern in diesen fünf Jahren zugemutet worden ist — die Frage aufwerfen: Werden wir hier in Deutschösterreich in der großen Frage der Welt entscheidend sein? Was würde das, was in Deutschösterreich geschieht, für Rußland, Amerika und die großen Staaten der Welt bedeuten? Einen Sturm im Wasserglas. Nach unsrer Meinung wäre es ein zweckloses Opfern von Millionen, für das wir nicht die Verantwortung übernehmen können. Die Wege der sozialen Revolution können nicht aus Büchern gelernt werden, sie müssen gefunden werden durch das Proletariat in seiner Masse und im Vertrauen darauf, daß es den richtigen Weg findet.

Martinelli (Kommunist) führt dann noch aus, ob man es je erlebt hat, daß man die Wache mit Gewehren bewaffnet hat? (Rufe: Hat man es erlebt, daß aufgefordert wurde, bewaffnet zu einer Demonstration zu kommen?)

Hierauf wird Schluß der Debatte beschlossen und zu Generalrednern für Goldscheid und Ziegler, gegen Elfriede Friedländer und Toman gewählt.

Die Generalredner.

Dr. Goldscheid: Es hat sich ergeben, daß die überwältigende Majorität des Proletariats durch eine verschwindende Minderheit vergewaltigt werden sollte, daß die leitenden Funktionäre verhaftet werden sollten. Da ist es begreiflich, daß man zu Gegenmaßnahmen griff. Dagegen kann bei den Sozialdemokraten von einer Schuld nicht gesprochen werden. Es kann bloß von Fehlern gesprochen werden. In diesem Zusammenhange führt der Redner unter anderm aus: Wenn ich auch ein unbedingter Gegner des Terrors bin, so muß ich doch die Haltung der „Arbeiter-Zeitung" auf das schärfste verurteilen, weil sie nicht den Mut hatte, gegen die bürgerliche Presse ein Wort zu sagen, die aus den Vorgängen Kapital zu schlagen versuchte. Wenn wir uns fragen, wieso der Kommunismus so viel Boden in der Bevölkerung findet, so liegt der Grund in der zwiespältigen Haltung der „Arbeiter-Zeitung", die bald abwiegelt, bald aufwiegelt. Wenn die „Arbeiter-Zeitung" eine einheitlichere Haltung einnehmen und wenn das Unerläßliche mit Entschiedenheit gefordert würde, hätte die kommunistische Bewegung niemals so viel Boden gefunden. Der Grundfehler der Partei ist, daß sie nicht den Bürgerlichen sagt: Wenn ihr alles sabotiert, was für die Gesundung unsres Wirtschaftslebens unerläßlich ist, könnt ihr euch nicht wundern, wenn eine immer größere Erregung entsteht; ihr Fehler ist es, daß sie in der Koalition nicht energisch genug aufgetreten ist. (Rufe: Ist das der Proredner?) Gerade durch die Zauderpolitik der Partei entsteht die Gefahr, daß die Unhaltbarkeit der Verhältnisse eines Tages zu bolschewikischen Verhältnissen führt.

Elfriede Friedländer (Kommunistin): Die Differenz zwischen uns ist die, daß Sie sich mit den Bürgerlichen koalieren und ein bißchen mit der Rätediktatur kokettieren, während wir uns von den Bürgerlichen ganz losgesagt haben. Wir lassen die Gelwat nur gelten im Interesse des Proletariats.

Ziegler: Wir Arbeiter verstehen unter der Diktatur des Proletariats vor allem nicht eine Diktatur eines Wertheim oder Friedländer, wie diese sie meinen. Wir erinnern uns noch der Zeit, wo es uns schlecht gegangen ist und wir uns an die Männer gewendet haben, die jetzt an der Spitze stehen. Diese haben unsre Interessen vertreten. Das Proletariat ist nicht gewillt, sich eine Diktatur von ein paar Leuten aufoktroyieren zu lassen, die kein Mensch kennt. Wir Arbeiter sind nicht gewillt, uns terrorisieren zu lassen. Wenn sie uns mit Gewalt kommen, sind wir auch gewillt, Ihnen mit Gewalt zu antworten. Die kommunistischen Führer geben vor, die Diktatur des Proletariats aufzurichten, und wollen in Wirklichkeit nur ihre eigene Diktatur aufrichten. Sie benützen zu ihren Demonstrationen die Heimkehrer und die Arbeitslosen und die Invaliden, denen es bedauerlicherweise so schlecht geht, aber sie finden keinen Anklang in den Betrieben.

Toman (Kommunist): Auch im Gemeinderat hat die Sozialdemokratie, wo sie in der Majorität ist, noch keine proletarische Politik getrieben. Wir haben noch nichts von der Enteignung der Hausbesitzer gehört. Es heißt, wir hätten keine Monarchie mehr, aber es handelt sich nicht um den Kaiser, sondern um das System. Sie werfen uns vor, daß wir von Ungarn Geld bekommen. Ja, wir haben Geld erhalten und werden noch welches nehmen! Nicht die Polizisten sind an den blutigen Vorgängen am Sonntag schuld, sondern das System.

Das Schlußwort Dr. Fritz Adlers.

Dr. Fritz Adler, der nun das Schlußwort spricht, führt unter anderm aus: Die Debatte hat einwandfrei festgestellt, daß ein Putsch in Vorbereitung gewesen ist. Daran ist kein Zweifel mehr, und wie kindisch, wenn die Kommunisten das ableugnen wollten! Daß es viel besser kommen muß, darin sind wir alle einig. Das Problem ist ja, daß wir gar nicht wissen, was gut ist und was besser, sondern in dieser Situation nur das tun können, was das Minimum des Uebels ist. Die Politik kann gar nicht darauf eingestellt sein, alles schlechte zu beseitigen, weil das nicht möglich ist. Sie werden es mir glauben, daß ich die Koalition nicht aus Liebe zu den Christlichsozialen will. Wenn wir den Kommunisten am 12. November gefolgt hätten, die Diktatur des Proletariats zu errichten, dann hätten wir schon längst eine große Niederlage erlitten, und ich meine auch, daß uns auch heute nichts andres übrig bleibt, als diese Regierung zu erdulden. Nun wird auch behauptet, wir als Arbeiterrat hätten nur jene Revolution zu sanktionieren, die wir der Gnade von oben, das ist diesmal den Genossen Koritschoner und Wertheim, zu verdanken haben. So ist es nicht. Es ist auch nicht wahr, daß ein geglückter Putsch soziale Revolution heiße und daß das etwa gar marxistisch wäre, sondern wir wissen, daß Karl Marx jahrelang im bittersten Kampf gegen die Putschpolitik der Planquisten war, und wir sind auch der Meinung, daß zwischen einem Putsch, der von einigen wenigen als eine Art Verschwörung angelegt ist, mit der die Masse, die es noch nicht versteht, beglückt werden soll, und einer Bewegung, die aus der Masse hervorgeht, ein himmelweiter Unterschied ist. Wir dürfen nicht eine Niederlage des Proletariats herbeiführen! Aus den Ereignissen der letzten Woche habe ich die Ueberzeugung gewonnen, daß ein großer Teil der Kommunisten die Schwierigkeiten, die hier bestehen, wohl erkennen. Anderseits sehen wir, daß neben der Vernunft, die sich bei den Kommunisten doch Bahn bricht, es eine Tendenz gibt, die nicht von ihnen kommt, sondern von Ungarn, die gegen die Interessen des deutschösterreichischen Proletariats es zu etwas treiben will. Ich begreife es gewiß, wenn ein Genosse aus dem Ausland bei uns arbeitet, aber ich meine, daß ein Genosse aus einem fremden Lande, der sich anmaßt, sofort über uns zu verfügen, ein frivoles Subjekt sein muß. Bettelheim, dessen Name ich in der Internationale nie gehört habe, mag ein energischer und gescheiter, vielleicht sogar ein anständiger Mensch sein, aber daß er frivol ist und ohne Verantwortungsgefühl und Gewissenhaftigkeit, davon bin ich überzeugt. Die Befreiung der Arbeiter muß das Werk der Arbeiter selbst sein, aber nicht von irgendwelchen Leuten, die uns hergeschickt werden, sondern sie muß unser Werk sein. Ueberlegen Sie es sich, was da geschehen soll! Ueberlegen Sie sich, daß es nicht [illegible]